

Rosenland

Zeitschrift für lippische Geschichte

Nr. 28

September 2023

Eine Festschrift für Andreas Ruppert



Inhaltsverzeichnis

Editorial

Editorial	2
Zum Geleit	3
Beiträge	
Annette Hennigs/Roland Linde/Heinrich Stiewe La fortuna le rose: Auf dem Frankfurter Weg durch Lippe. Quellen des 12. bis 17. Jahrhunderts	11
Joachim Kleinmanns Theodor Kliem (1824-1889) – ein früher Detmolder Bildchronist	42
Wolfgang Bender Der Bestand L 79 neu im Netz – oder: Quod non est in rete, non est in mundo!	72
Carsten Doerfert Die Wahlpflicht im Freistaat Lippe. Theorie und Praxis eines demokratischen Experiments	95
Karl Banghard Der Volkskörper schwitzt. Fotografisch inszenierte Muskelfraft im Germanengehöft Oerlinghausen	105
Lars Lüking Tod im Kaninchenbusch. Ein ungeklärter Kriminalfall in Schötmar aus dem Jahr 1941	113
Dieter Zoremba Ein Blomberger Soldat im Ostfeldzug der deutschen Wehrmacht 1941–1945	119
Stefan Wiesekopsieker Täter oder Opfer? Der Schötmaraner Kaufmann Gustav Deppe und seine Beteiligung an den Hohenhauser Fliegermorden am 5. August 1944	139
Jürgen Scheffler Der Lebensweg der Holocaust-Überlebenden Ruth Margalit und ihr Beitrag zur Erinnerungskultur in Detmold	158
Jürgen Hartmann Ein Kollaborateur der Gestapo? Louis Sternberg aus Paderborn als Vertrauensmann der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland	177
Bärbel Sunderbrink Der Volksgerichtshof und das Spruchgericht Detmold- Hiddesen. Milde Strafe für einen NS-Juristen	214
Hermann Niebuhr Die lippische Rose im nordrhein-westfälischen Landeswappen	233
Hansjörg Riechert Feuerstürme in der Lüneburger Heide und im Wendland: Der Einsatz lippischer Feuerwehren bei der bislang größten deutschen Brandkatastrophe im August 1975	239
Katrin Stoll Chris Webb & Artur Hojan: The Chelmino Death Camp.	251
Impressum dieser Sonderausgabe	260

Bei der Nummer 28 von „Rosenland“ handelt es sich um eine besondere Ausgabe: um eine Festschrift für den Mitherausgeber, den Historiker und ehemaligen Detmolder Stadtarchivar Andreas Ruppert zu dessen 75. Geburtstag. Es ist eine sehr umfangreiche Ausgabe geworden, denn zahlreiche Weggefährtinnen und Weggefährten haben mit spannenden Beiträgen zu diesem Werk beigetragen. Sie alle sind auf verschiedene Weise mit dem Archivar und Historiker Andreas Ruppert verbunden, haben ihn in verschiedenen Phasen seines Wirkens – mitunter auch seines Lebens – begleitet. Und sie alle verbindet ein außerordentlich großer Respekt für ihn als Kollegen und als Menschen.

Die Ausgabe mit 14 Beiträgen bietet einen Querschnitt aus den Themenkomplexen, mit denen Andreas Ruppert sich ausgiebig in den vergangenen fast vier Jahrzehnten befasst hat. Wir danken den Autorinnen und Autoren für ihr Mitwirken und entschuldigen uns zugleich bei denen, die wir versehentlich unberücksichtigt ließen.

Wir wünschen nun dem zu Würdigenden sowie den Leserinnen und Lesern eine gute Lektüre!

*Jürgen Hartmann &
Bärbel Sunderbrink*

Der Archivar und Historiker Andreas Ruppert – Versuch einer Würdigung zum 75. Geburtstag

von Jürgen Hartmann und Bärbel Sunderbrink

„Hinter den Dingen gibt es eine Geschichte, eine Entwicklung, und deren Spuren kann man nachvollziehen. Sie liegen in unseren Archiven. Es sind verstreute Mosaiksteine, die wir zu einem Bild zusammenfügen, oder besser: zu einer Erzählung, die mehr ist als die Beschreibung des Objekts. Aufspüren, Zusammenfügen und Erzählen, um den Bürgerinnen und Bürgern ihren Lebensort näher zu bringen, gehört zu den Aufgaben unseres Berufs. Auch deshalb ist es ein schöner Beruf.“

Diese Sätze stammen aus einem Vortrag, den Andreas Ruppert, von 2000 bis 2013 Stadtarchivar in Detmold, anlässlich des 63. Westfälischen Archivtages 2009 in der ehemaligen Residenzstadt hielt. Sie sind leidenschaftlicher Ausdruck seines Selbstverständnisses als Archivar und Historiker und zeugen von einer engen Verbundenheit mit „seiner“ Stadt Detmold.

Diese enge Verbundenheit mit Detmold und Lippe resultiert aus einer glücklichen Fügung. Ende der 1980er Jahre suchte das Staatsarchiv (heute: Landesarchiv) in Detmold einen Historiker, der sich mit einem einzigartigen Aktenbestand beschäftigen sollte: dem zu weiten Teilen erhaltenen Schriftgut der NSDAP-Kreisleitungen Detmold und Lemgo (ab 1938 zur Kreisleitung Lippe zusammengefasst). Ein seltener Bestand traf damit auf einen außergewöhnlichen Historiker und Menschen. Oder, von anderer Seite betrachtet: ein in Paderborn lebender Hesse verzeichnete nun diesen einmaligen lippischen Bestand.

Es sind drei Regionen seines „Koordinatensystems“, welches nicht hermetisch abgeriegelt, sondern für Weiterungen immer offen ist. Geographisch wie thematisch reicht es über die genannten Ankerpunkte Hessen (Wiesbaden und Frankfurt), Paderborn/Paderborner Land und vor allem Lippe immer wieder hinaus. Erwähnt werden muss hier das große Interesse für spanische (katalanische) oder ebenso die osteuropäische Geschichte und Kultur. Ob der Spanische Bürgerkrieg oder die Shtetl Galiziens – sein Wissensdurst und die letztlich daraus entstandenen Kenntnisse sind beeindruckend.

Vor Lippe

Andreas Rupperts Wirkenszeit lässt sich – aus rein lippischer Sicht – in die vor und nach Lippe einordnen. Über Jahre hinweg bis 1988 war er in die Arbeit des Kreismuseums bzw. der Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg eingebunden. In der Gedenkarbeit im Zusammenhang

mit der ehemaligen SS-Ordensburg und dem angegliederten Konzentrationslager Niederhagen in Büren begegnete Ruppert bei Treffen in den 1980er Jahren noch zahlreichen überlebenden Häftlingen. Er näherte sich ihnen, wie es für ihn typisch ist: mit ehrlichem Interesse, großer Empathie und detailliertem Wissen. Mit einigen verband ihn über viele Jahre hinweg eine tiefe Freundschaft. Genannt sei hier Otto Preuss, den er bis zu dessen Tod 2003 in Belgien besuchte. In Wewelsburg tauchte Andreas Ruppert zugleich ein in die Vermittlung historischer Forschungsergebnisse für ein breites Publikum. Welche Dokumente, welche Fotos oder welche Gegenstände eignen sich für eine Ausstellung? Im Team mit seinem verstorbenen Freund Wulff Brebeck gelang es ihm, die Gedenkarbeit in der Wewelsburg auf gute Füße zu stellen.

In Lippe

1988 ist das Jahr des Zusammentreffens Rupperts mit Lippe. Mit großer Akribie widmete er sich der Aufgabe der Sichtung, Sortierung und Verzeichnung des Bestandes L 113 (Schriftgut der NSDAP in Lippe) im Staatsarchiv Detmold. Akte um Akte verzeichnete er anfangs handschriftlich auf Tausenden von Zetteln, die wiederum nach einem für Außenstehende nicht erschließbaren System in Karteikästen eingeordnet wurden. Parallel „rollte“ Ruppert die Organisationsstruktur der Partei und ihrer Gliederungen bis hinunter zu den Ortsgruppenleitern auf. Das daraus resultierende Findbuch zeugt von dieser immensen Leistung und einer beeindruckend tiefen Sachkenntnis. Aus der Beschäftigung mit dem Bestand entstanden zahlreiche Beiträge, Vorträge oder auch Workshops.

Es erwuchsen daraus weitere Forschungsprojekte. Mit seinem Kollegen, dem Kreisarchivar Hansjörg Riechert, realisierte er zwei über die Grenzen Lippes hinaus in der Fachwelt gewürdigte Publikationen zu „Herrschaft und Akzeptanz“ und „Militär und Rüstung“ in Lippe. Andreas Ruppert füllte die Doppelrolle Archivar und Historiker in vorbildlicher, aber auch in selbstverständlicher Weise.

Gedenkarbeit

An dieser Stelle sind einige Ausführungen zur Bedeutung der Gedenkarbeit in Andreas Rupperts Wirken notwendig. Als Gymnasiast hatte er Mitte der 1960er Jahre den großen Auschwitz-Prozess im Frankfurter Gerichtssaal mitverfolgt. Es sollte ein prägendes Moment sein. Fragestellungen um Opfer wie Täter des nationalsozialistischen Massenmords an der jüdischen Bevölkerung Europas bewegen ihn bis heute.

Sehr viele seiner bearbeiteten Themen – ob in Beiträgen, Vorträgen oder Ausstellungen – sind historische Aufarbeitung wie Gedenkarbeit zugleich. Er begriff diese Arbeit mit dem Punkt hinter dem letzten Satz nie als abgeschlossen.

Andreas Ruppert hielt den aus dieser Arbeit entstandenen Kontakt zu Überlebenden oder deren Angehörigen oftmals über viele Jahre. Daraus entwickelten sich wie bei Otto Preuss Freund-

schaften. Genannt werden sollen hier: Vittore Bocchetta, der italienische Künstler und Schriftsteller, der das KZ Flossenbürg überlebte und 2021 mit 102 Jahren starb. Genannt werden sollen als Nachfahren jüdischer Lipper die Enkel des von den Nationalsozialisten ermordeten Detmolder Journalisten Felix Fechenbach oder der Enkel des deportierten und umgebrachten Salli Blank aus Horn.

Es waren und sind Begegnungen, die ihn wiederum zeichneten. In seiner selbstverständlichen Art, auf die Menschen zuzugehen, ins Gespräch zu kommen, seinen Horizont permanent zu erweitern, wirkte und wirkt Andreas Ruppert auf andere in hohem Maße inspirierend.



*Abb. 1: Im Gespräch! Mit jungen Menschen in Prag, 1991.
(Foto: Jürgen Hartmann)*

Mitunter ergaben sich besondere Gelegenheiten. Als der tschechische Holocaust-Überlebende Adolf Burger nach einem Vortrag in Lippe 1991 eine Einladung zu einem Besuch in Prag aussprach, stand die Umsetzung außer Frage. Burger, Häftling in Auschwitz und Sachsenhausen, musste als gelernter Drucker beim „Unternehmen Bernhard“ mitwirken. Es handelte sich um den Versuch der SS, durch gefälschte Pfundnoten die britische Wirtschaft lahmzulegen. Die 2007 entstandene Verfilmung von Burgers Buch erhielt einen „Oscar“. Die fünf Tage in Prag waren gefüllt von beeindruckenden Besuchen des ehemaligen Ghettos Theresienstadt, des von der SS liquidierten Ortes Lidice und der Orte jüdischen Lebens in Prag seit dem Mittelalter. Ruppert war mit der Geschichte bestens vertraut – und beeindruckte damit wiederum Adolf Burger.

Eine Begegnung, die besonders tiefe Spuren bei ihm hinterließ, war die mit dem früheren Archivpädagogen Wolfgang Müller. Das umtriebige Engagement des zu früh verstorbenen „Motors“ der Gedenkarbeit in Detmold wirkte äußerst fruchtbar auf Andreas Ruppert. Müllers Arbeit fand auch in ihm eine Fortsetzung.

Der „Akzenteseitzer“

Andererseits wirkt auch Andreas Ruppert als Motor und Initiator. Er taucht tief in die Themen ein und weiß Menschen zu motivieren. Wenn man so will: seine Art der Beschäftigung erweist sich als hochgradig infektiös auf Dritte. Dazu gehört neben dem Austausch mit Kolleginnen und Kollegen insbesondere die Arbeit mit jungen Menschen. Er versteht es, Interesse zu wecken für die Lokalgeschichte, für das Archiv oder für die Erinnerungsarbeit. Durch seine Anstöße sind eine Reihe von Beiträgen junger Historikerinnen und Historiker entstanden. Durch seine spürbare Leidenschaft haben sich Schülerinnen und Schüler in Projekten eingebracht.

Historikerinnen und Historiker, Archivarinnen und Archivare schätzen die Arbeit mit ihm. Ruppert ist engagiert und verlässlich. Erwähnt werden muss sein Wirken im Kreis der lippischen Kommunalarchivare, ebenso in der Fachstelle Geschichte des Lippischen Heimatbundes. Ruppert ist uneitel und großer Teamplayer. Für die „Lippische Geschichte“ in zwei Bänden hat er wesentliche Überblicksbeiträge geschrieben und auch andere Autoren immer wieder unterstützt.

Besondere Akzente setzte er 2005. In diesem Jahr startete ein innovatives Projekt, das seit 2005 existierende e-paper *Rosenland*. Ruppert ist Mitherausgeber und selbst zuverlässiger Lieferant spannender Beiträge. Die zahlreichen von ihm redigierten Beiträge zeugen von dem hohen wissenschaftlichen Niveau, dass für ihn immer der Maßstab einer Veröffentlichung ist.



Abb. 2: Recherche vor Ort! Gutsfriedhof Herberhausen, 2016.
(Foto: Bärbel Sunderbrink)

Detmold im Fokus

Bereits in den 1990er Jahren war Ruppert an mehreren Detmolder Geschichtsprojekten maßgeblich beteiligt, darunter vor allem „Nationalsozialismus in Detmold“ und „Krieg – Revolution – Republik“. Hinzu kamen Vorträge und Beiträge wie zum umstrittenen Donopbrunnen, zum vergessenen Weinbergfriedhof und Bildbände, die einen besonderen Blick auf die Stadt seit Erfindung der Fotografie ermöglichen. Andreas Ruppert hat sich gerade damit an ein breites Publikum gewandt und seine Begeisterung für Detmolds Geschichte weitergegeben.

Als die Verantwortlichen der Stadt Detmold sich aufgrund einer neuen Gesetzgebung dazu entschlossen, ihr Stadtarchiv, das sich im Gebäude des Landesarchivs befindet – auch personell auszustatten, konnte es keine geeignetere Person als Andreas Ruppert geben. In seiner Arbeit als Stadtarchivar in Detmold ab 2003 konnten seine vielfältigen Kenntnisse und Fähigkeiten in optimaler Form verschmelzen. Er verband die Kernaufgaben eines Archivars, das Sichern historischer Unterlagen aus der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft mit der ihm ebenso wichtigen Aufgabe, diese Unterlagen der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Nutzerinnen und Nutzer des Archivs war er immer ein kompetenter Gesprächspartner, der sich in die Forschungsfragen hineindachte und über den Bestand des Stadtarchivs hinaus mit klugen Hinweisen auf einschlägige Quellen unterstützte. Seine Aufgabe füllte er mit unerschöpflicher Leidenschaft. Andreas Ruppert war ein echter Glücksgriff für die Stadt Detmold, die vielleicht seine „eigentliche Heimat“ geworden ist.

Eines lässt aber sich quasi „amtlich“ verbürgen, da es seinen Worten des Abschieds für die Beschäftigten der Stadtverwaltung vom November 2013 entstammt:

„Heute sage ich: Stadtarchivar in Detmold gewesen zu sein, war ein großes Privileg“.

Kein Schlusspunkt ...

Detmold und Lippe: Andreas Ruppert hat der historischen Arbeit einen dicken Stempel aufgedrückt – und wird es wohl noch weiterhin. Denn Kraft zog und zieht er auch von einem – für Außenstehende – denkwürdigen speziellen Koordinatensystem. Hier dominieren die Punkte Frankfurt, Paderborn und Bielefeld sowie Inverness in Schottland. Verbunden werden müssen sie mit den Begriffen „Eintracht“, „SC“, „Arminia“ und „Caledonian Thistle“. Dem runden Spielgerät gehört eine andere Seite seiner Leidenschaft. Gleiches gilt für das Radfahren. Der ehemalige Leichtathlet Ruppert (hessischer A-Jugendmeister über 400 Meter und im Hochsprung, 1966) erkundet die Region – wie sollte es anders sein – mit offenen Augen für historische und künstlerische Details.

Alle an dieser Festschrift Beteiligten wünschen:

Alles Gute zum 75. Geburtstag!

Ad multos annos!

Und auch:

Mögest Du 120 Jahre alt werden!

Auswahlbibliographie

Wewelsburg

Wulff E. Brebeck/Andreas Ruppert, Wewelsburg, in: Joachim Meynert/Arno Klönne (Hg.), Verdrängte Geschichte. Verfolgung und Vernichtung in Ostwestfalen 1933-1945. Bielefeld 1986, 323-372

Wulff E. Brebeck/Andreas Ruppert, Deutsche im östlichen Mitteleuropa. Kultur – Vertreibung – Integration: Einführung in die Ausstellung im Kreismuseum Wewelsburg, Paderborn 1987

Lippe

Andreas Ruppert (Bearb.), NSDAP und NS-Organisationen in Lippe. Findbuch, 2 Bände, herausgegeben vom Staatsarchiv Detmold, Detmold 1990

Andreas Ruppert, Der Kreisleiter in Lippe. Zur Funktion einer Mittelinstanz der NSDAP zwischen Ortsgruppen und Gau, in: Lippische Mitteilungen, 60/1991, 199-230

Andreas Ruppert, „Der nationalsozialistische Geist lässt sich nicht in die Enge treiben, auch nicht vom Arbeitsamt“. Zur Auseinandersetzung zwischen dem Kreisleiter der NSDAP und dem Leiter des Arbeitsamtes Detmold in den Jahren 1939 bis 1943, in: Lippische Mitteilungen, 62/1993, 253-284

Andreas Ruppert/Hansjörg Riechert, Herrschaft und Akzeptanz. Der Nationalsozialismus in Lippe während der Kriegsjahre. Analyse und Dokumentation, Opladen 1998

Hansjörg Riechert/Andreas Ruppert, Militär und Rüstung in der Region. Lippe 1914-1945, Bielefeld 2001

Andreas Ruppert, Die Macht des Blockleiters. Die Bescheinigungen politischer Zuverlässigkeit als Herrschaftsinstrument der NSDAP, in: Lippische Mitteilungen, 72/2003, 335-358

Andreas Ruppert, Das Infanterie-/Grenadier-Regiment Nr. 18, die Traditionsgemeinschaft des I.R. 18 und das „Kuratorium Rshew“, in: Rosenland 1/2005, 2-15

Andreas Ruppert, Max Staercke (1880-1959) – Publizist und Politiker in Lippe, in: Rosenland, 12/2011, 35-52

Andreas Ruppert, „Es ist ganz anders gekommen“ – Anmerkungen zu den Kriegserinnerungen des August Otto, in: Rosenland, 25/2021, 2-30

Andreas Ruppert, Die Rolle des Militärs beim Übergang vom Fürstentum zum Freistaat Lippe, in: Julia Schafmeister/Bärbel Sunderbrink/Michael Zelle (Hg.), Revolution in Lippe. 1918 und der Aufbruch in die Demokratie, Bielefeld 2018, 40-56

Detmold

Hermann Niebuhr/Andreas Ruppert (Hg.), Nationalsozialismus in Detmold. Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts, Bielefeld 1998

Andreas Ruppert, Kriegerdenkmäler in Detmold, in: Rosenland, 2/2005, 2-18

Andreas Ruppert, Das Warschauer Ghetto und Detmold, in: Rosenland, 4/2006, 2-17

Andreas Ruppert, Lortzingstraße 3 – ein Detmolder Grundstück, in: Rosenland, 5/2007, 29-43

Hermann Niebuhr/Andreas Ruppert (Bearb.), Krieg – Revolution – Republik. Detmold 1914-1933, Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts, Bielefeld 2007

Andreas Ruppert, „Der Brunnen gehört dem Volke“. Der Donopbrunnen vor dem Detmolder Rathaus, in: Rosenland, 6/2008, 2-9

Andreas Ruppert, Der Friedrichstaler Kanal in Detmold (Lippische Kulturlandschaften), hg. vom Lippischen Heimatbund, Detmold 2009

Andreas Ruppert, Der Weinbergfriedhof in Detmold, in: Rosenland, 10/2010, 26-41

Andreas Ruppert, Felix Fechenbach als Soldat – Feldpostbriefe 1914 bis 1918, in: Rosenland, 15/2013, 4-24

Andreas Ruppert, Die Detmolder Ortsgruppen der NSDAP 1933 bis 1945, in: Rosenland, 22/2019, 48-66

Andreas Ruppert, Der unbekannte Oberst, in: Rosenland, 24/2020, 56-70

Sonstiges

Neus Catala, „In Ravensbrück ging meine Jugend zu Ende“. Vierzehn Frauen berichten über ihre Deportation in deutsche Konzentrationslager. Aus dem Spanischen mit einer Einleitung und Anmerkungen von Dorothee von Keitz und Andreas Ruppert, Berlin 1994

Ingo Kolboom/Andreas Ruppert (Hg.), Zeit-Geschichten aus Deutschland, Frankreich, Europa und der Welt. Lothar Albertin zu Ehren, Lage 2007

Andreas Ruppert, Holocaust, Shoah, Reichspogromnacht. Zum Gebrauch der Begriffe, in:
Rosenland, 17/2015, 53-62

La fortuna le rose: **Auf dem Frankfurter Weg durch Lippe. Quellen des 12. bis 17. Jahrhunderts**

von Annette Hennigs, Roland Linde und Heinrich Stiewe

Andreas Rupperts lebenslange Begeisterung für das Reisen spiegelt sich in seinem Interesse an historischen Reiseberichten, ob es sich dabei um die mehrjährige Reise eines Schutzjuden aus Talle durch die Habsburgermonarchie und Italien (1719-1723) handelt oder die Frankreich-Impressionen eines Hedderhagener Landwirts aus dem Krieg von 1870/71.¹ Selbstverständlich war umgekehrt auch das Land Lippe ein Erfahrungsraum für Reisende aus anderen Regionen. Mehrere bedeutende Fernwege des Mittelalters und der Frühen Neuzeit durchquerten das „Rosenland“, dem Andreas Ruppert seine Forschungen in den letzten 35 Jahren gewidmet hat. Eine dieser Routen verband Orte, die in der Biographie des Jubilars wichtig sind: Es ist der Fernweg von Frankfurt nach Bremen, also den beiden Universitätsstädten, in denen Andreas Ruppert studiert und später auch promoviert hat. Und nicht nur das – der sogenannte Frankfurter Weg durchquerte auch die beiden Städte, in denen er seit mehreren Jahrzehnten wohnt bzw. von 1988 bis 2013 beruflich tätig war: Paderborn und Detmold. Zu guter Letzt wird der gebürtige Wiesbadener es auch zu würdigen wissen, dass zumindest ein nicht ganz unwichtiger Nachbarort seiner Heimatstadt im Folgenden Erwähnung findet, sind beide Städte doch ebenso alt wie einander zugetan.

Im Folgenden soll der Frankfurter Weg im östlichen Westfalen und Lippe anhand von drei sehr unterschiedlichen Quellen in den Blick genommen werden – dem Itinerar eines isländischen Mönchs, der um 1151/54 nach Rom und Jerusalem pilgerte, dem mit Zeichnungen versehenen Bericht eines Arztes, der 1632 einen hessischen Landgrafen zu dessen Hochzeitsfeier nach Aurich begleitete, und den lippischen „Passantenlisten“, die 1681 angesichts einer drohenden Pestepidemie geführt wurden. Es könnten noch weitere Berichte ergänzt werden, etwa der eines anonymen Autors im *Westphälischen Magazin* von 1788,² oder der Bericht des Abraham Levie, der zu Beginn seiner Reise im Jahr 1719 den Weg über Detmold und Paderborn nach Frankfurt und Mainz nahm.³

¹ ANDREAS RUPPERT, Abraham Levies große Reise, in: ROSENLAND. ZEITSCHRIFT FÜR LIPPISCHE GESCHICHTE 19/2017, 31–36; DERS.: „Es ist ganz anders gekommen“. Anmerkungen zu den Kriegserinnerungen des August Otto, in: EBD., 25/2021, 2–30.

² ANONYMUS, Bemerkungen eines Reisenden, in: WESTPHÄLISCHES MAGAZIN, 4/1788, 284–293.

³ RUPPERT 2017.

1. Die Pilgerfahrt des Isländers Nikulás und die mittelalterlichen Fernwege zwischen Minden und Paderborn

Die wohl älteste Beschreibung des Frankfurter Wegs bietet das Itinerar des isländischen Mönchs Nikulás Bergþorsson⁴ bzw. Bergsson († um 1159), der auf einer rund dreijährigen Pilgerfahrt 1151 bis 1154 bis nach Rom (*Romaborg*) und Jerusalem (*Jorsalaborg*) gelangte.⁵ Seinen „Wegweiser“ (*leidarvísir*) verfasste er nach seiner Rückkehr im Kloster Munkaþverá, dem er in seinen letzten Lebensjahren als Abt vorstand. Erhalten ist sein Reisebericht in zwei Abschriften des späten 14. Jahrhunderts. Der Bericht ist praxisorientiert; so benennt er die Länge der einzelnen Wegstrecken in Tagesreisen und erläutert mehrfach alternative Routen. In die Aufzählung der Orte auf dem Reiseweg flocht er kurze Anmerkungen zu den dortigen Kirchen und Ortsheiligen ein, aber auch anderes Wissens- und Bemerkenswertes, etwa dass am St. Peter-Hospital in den Alpen oft noch Ende Juli Schnee und Eis liege, dass die Frauen in Siena die schönsten seien und dass an einem Ort namens *Luka* auf Zypern jeder, der Dänisch sprechen könne, kostenlos Wein ausgeschenkt bekäme so viel er wolle, dank der Stiftung eines Dänenkönigs. Nikulás Bericht lässt immer wieder anklingen, dass der Pilger nicht alleine reiste, sondern dass auf den Pilger-routen viele Menschen unterwegs waren (Abb. 1).



Abb. 1. Pilger im späten 12. Jahrhundert:

Das Relief vom Westportal der Großen Marienkirche in Lippstadt zeigt vermutlich den hl. Jakobus und drei Jakobspilger.
(Foto: Heinrich Stiewe, 2023)

⁴ Altnordisch þ steht für den aus dem Englischen bekannten „th“-Laut.

⁵ Zur Einführung s. DOMINIK WARENHOVEN, „Dort ist die Mitte der Welt“. Ein isländischer Pilgerführer des 12. Jahrhunderts, in: Gestiftete Zukunft im mittelalterlichen Europa. Festschrift für Michael Borgolte zum 60. Geburtstag, Berlin 2008, 29-61, <http://dx.doi.org/10.17613/0a02-6z89>. Edition und Übersetzung des Reiseberichts durch RUDOLF SIMEK, Altnordische Kosmographie. Studien und Quellen zu Weltbild und Weltbeschreibungen in Norwegen und Island vom 12. bis zum 14. Jahrhundert, Berlin/New York 1990, 478-490; s. DERS., Artikel „Itinerare § 2. Skandinavische und insulare Itinerare“, in: REALLEXIKON DER GERMANISCHEN ALTERTUMSKUNDE (im Folgenden: RGA), Bd. 15, Berlin/New York 2000, 601 f.

Der Reiseweg des Nikulás

Der Isländer setzte zunächst mit dem Schiff nach Norwegen über, gelangte von dort nach Dänemark und erreichte schließlich Haithabu und Schleswig. Nunmehr wandte er sich nach Westen, überquerte die Elbe bei Itzehoe und gelangte vom Holsteinerland (*Hollsetulandi*) ins Sachsenland (*Saxlandi*), wo „das Volk äußerst höflich“ sei und „die Nordmänner (*Nordmenn*) viel über Benehmen“ lernten. Nikulás zog weiter über Stade, den Bischofssitz Verden und Nienburg nach Minden, „wo der Bischofsstuhl in der Peterskirche ist“. Dass der Mindener Dom sich damals im Neubau befand (Abb. 2), erwähnt er nicht.



*Abb. 2. Der nach Kriegszerstörungen wieder aufgebaute Westriegel des Mindener Doms.
Er entstand Mitte des 12. Jahrhunderts zur Zeit der Pilgerreise des Nikulás.
(Foto: Aeggy für Wikimedia, 2010, Lizenz BY-SA 3.0)*

In Minden fiel Nikulás ein anderer Dialekt des Altsächsischen auf, als er ihn bis dahin gehört hatte: „Nun wechselt die Zunge (*nu skiptazt tungur*)“. Von Minden (*Mundioburg*) nach Paderborn (*Poddubrunna*), „wo sich der Bischofsstuhl in der Liboriuskirche“ befindet, waren es dem Isländer zufolge „zwei Tagesreisen“.⁶ Und weiter: „Dann sind es vier Tagesreisen nach Mainz (*Meginzo*), dazwischen liegt ein Dorf namens *Horus* und ein anderes namens *Kiliandr*, und dort ist die *Gnitaheide* (*Gnitaheidr*), wo Sigurd (*Sigurdr*) den Fafnir (*Fabni*) schlug.“ Auf diese Stelle kommen wir gleich noch zurück.

⁶ Zu Minden und Paderborn im Früh- und Hochmittelalter zusammenfassend CHRISTOF SPANNHOFF, Minden, in: MANFRED BALZER U. A. (Hg.): Nordrhein-Westfalen: Westfalen (Die deutschen Königspfalzen, 6.3), Göttingen 2023, 256-287, MANFRED BALZER, Paderborn, in: EBD., 325-423.

Das zwischen Paderborn und Mainz gelegene *Horus* kann mit Horhusen identifiziert werden, dem heutigen Niedermarsberg. Die Siedlung an der Diemel unterstand grundherrschaftlich dem Kloster Corvey und war seit dem Jahr 900 mit einem königlichen Markt- und Zollregal ausgestattet. Im frühen 12. Jahrhundert gab es hier mindestens 147 Hausstätten, was für ein Dorf jener Zeit beachtlich war.⁷ Auch die übliche Identifizierung des weiter südlich zu vermutenden *Kiliandr* mit Caldern im Lahntal, zehn Kilometer nordwestlich von Marburg, ist plausibel. Das Dorf ist seit dem frühen 9. Jahrhundert urkundlich bezeugt (802/817 *Calantra*, 1201/1220 *Calderen*); für das 8. bis 11. Jahrhundert ist eine Wallanlage auf einer Kuppe oberhalb Calderns archäologisch nachgewiesen.⁸ Auch urkundliche Mitteilungen des späten 13. Jahrhunderts über das auf Kaufleute hinweisende Nikolai-Patrozinium der Calderner Pfarrkirche (1263) und einen Markt- und Gerichtsplatz (1286) bestätigen, dass dieser Ort von seiner Lage am Fernweg geprägt war. Eine weitere Entwicklung zur Stadt wurde aber offensichtlich durch die Nähe zur landgräflichen Residenzstadt Marburg verhindert.

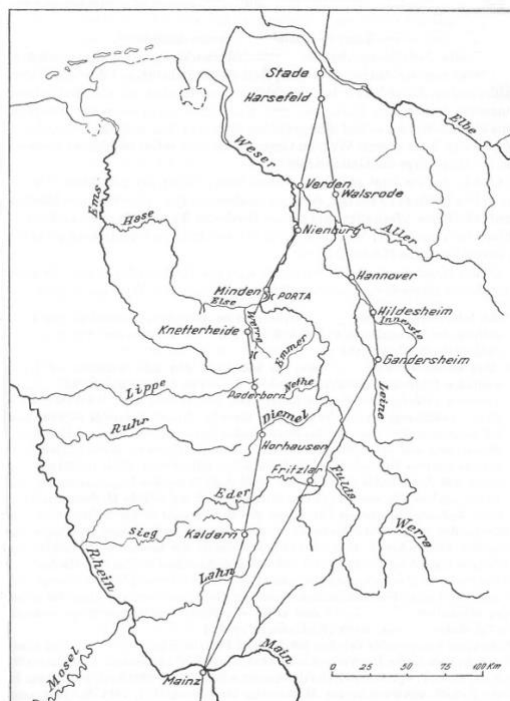


Abb. 3: Kartenskizze der von Nikulás beschriebenen Reisewege der Nordmänner von Stade nach Mainz.
Die „Gnitaheide“ wird hier irrtümlich mit Knetterheide bei Salzuflen gleichgesetzt.
(Aus: HÖFLER 1961)

Als Endpunkt des geschilderten Weges nennt Nikulás nicht etwa das auch damals schon bedeutende Frankfurt, in dem nur wenige Jahre zuvor Bernhard von Clairvaux zum Zweiten Kreuzzug aufgerufen hatte (1147) und wo während seiner Reise Herzog Friedrich von Schwaben zum römisch-deutschen König gewählt wurde (1152), der spätere Kaiser Friedrich Barbarossa. Der

⁷ LEOPOLD SCHÜTTE, Die Corveyer Herrschaft über Horhusen/Marsberg, in: Herausgeber? Marsberg-Horhusen. Stadtgeschichte aus 11 Jahrhunderten, Marsberg 2000, 87-102.

⁸ Siehe Landesgeschichtliches Informationssystem Hessen, Artikel „Caldern, Gemeinde Lahntal“ (<https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/ol/id/9020>) und „Burg Caldern, Gemeinde Lahntal“ (<https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/ol/id/53401202003>), zuletzt bearbeitet 28. November/12. Januar 2022.

Isländer erwähnt dagegen den westlich gelegenen Erzbischofssitz Mainz, der als Schauplatz von Hoftagen ebenfalls zu den politischen Zentren des Reiches zählte. Als alternative Reiseroute von Stade nach Mainz beschreibt Nikulás anschließend den Weg durch den Osten des Sachsenlandes über Hannover, Hildesheim, Gandersheim und Fritzlar. „Diese zwei Hauptstraßen benutzen die Nordmänner“ (Abb. 3). Von Mainz aus führte sein Weg dann weiter nach Worms, Speyer, Straßburg und Basel.

Die Gnitaheide

Die Erwähnung der Gnitaheide, auf der Sigurd den Drachen Fafnir schlug, ist einer der frühesten Belege für diese Erzähltradition, deutlich vor der isländischen Jungsigurddichtung der sogenannten Lieder-Edda (Codex Regius) aus dem späten 13. Jahrhundert und auch vor dem mittelhochdeutschen Nibelungenlied des ausgehenden 12. Jahrhunderts.⁹ Mit der Germanen- und Mittelalterbegeisterung des 19. Jahrhunderts ging eine neue Begeisterung für diesen Erzählstoff einher,¹⁰ wovon auch künstlerische Adaptionen am alten Frankfurter Weg zeugen (Abb. 4a und 4b).

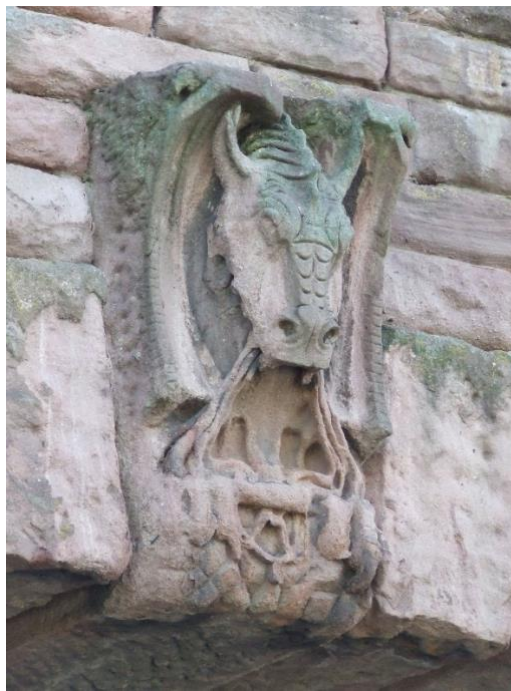


Abb. 4a: Darstellung des Drachen Fafnir an der 1904 fertiggestellten Kaiserbrücke zwischen Mainz und Wiesbaden.

Relief von Gotthold Riegelmann.

(Foto: Kandschwar für Wikimedia, 2006, Lizenz CC BY-SA 3.0)

⁹ ULRIKE SPRENGER, Artikel „Jungsigurddichtung“, in: RGA 16/2000, 125-129; CLAUDIA BRINKER-VON DER HEYDE, Artikel „Nibelungenlied“, in: RGA 21/2002, 131-135.

¹⁰ Einen Überblick zur Rezeptionsgeschichte bietet VOLKER GALLÉ (Hg.), Siegfried. Schmied und Drachentöter, Worms 2005.



Abb. 4b: Siegfried der Drachentöter, Marmorskulptur von Constantin Dausch, 1875, heute im Bürgerpark in Bremen-Schwachhausen.
(Foto: Rami Tarawneh für Wikimedia, 2006, Lizenz CC BY-SA 2.5)

Der Realschullehrer und Sprachforscher Hermann Jellinghaus (1847-1929) aus Wallenbrück bei Herford hat 1891 mit seiner Schrift „Arminius und Siegfried“ die schon zuvor gelegentlich geäußerte Idee popularisiert, dass in der Sage vom Drachenkampf des Siegfried bzw. Sigurd eine Erinnerung an den Kampf des Arminius gegen die Römer in der Schlacht am „Teutoburger Wald“ (*Teutoburgiensis saltus*) im Jahre 9 n. Chr. bewahrt sei.¹¹ Durch den völkisch geprägten Wiener Germanisten und Skandinavisten Otto Höfler (1901-1987) hat diese These noch 1961 universitäre Weihen erhalten.¹² Höfler nutzte die Stelle bei Nikulás sogar für Überlegungen zur Örtlichkeit der Varusschlacht. Die Gnitahede des Nikulás sei das lippische Knetterheide im heutigen Ortsteil Werl-Aspe der Stadt Bad Salzuflen. Dass die Formulierung des Nikulás sehr deutlich nahelegt, dass er den sagenumwobenen Ort zwischen Paderborn und Mainz und nicht zwischen Minden und Paderborn lokalisierte, wischte Höfler mit der Bemerkung bei Seite, es gäbe dort keinen solchen Ortsnamen.

Nun ist es durchaus wahrscheinlich, dass Nikulás den Weg über Salzuflen und Schötmar gewählt hat und dabei dort entlangkam, wo sich heute Knetterheide befindet. Doch den Ort konnte er damals noch gar nicht bemerken, denn der ist erst ab dem späten 16. Jahrhundert als

¹¹ HERMANN JELLINGHAUS, *Arminius und Siegfried*, Kiel/Leipzig 1891. Zur Rezeption dieser Deutung s. die Literaturhinweise bei WILHELM HANSEN (Bearb.), *Lippische Bibliographie*, Detmold, 1957, Sp. 1396 f. – Zum „saltus Teutoburgiensis“ aus sprachwissenschaftlicher Sicht s. zuletzt PAUL DERKS, *Osning oder Teutoburger Wald. Zur Namen-Geschichte des westfälischen Gebirgszuges*, in: *NORDMÜNSTERLAND. FORSCHUNGEN UND FUNDE*, 7/2020, 7-78.

¹² OTTO HÖFLER, *Siegfried Arminius und die Symbolik. Mit einem historischen Anhang über die Varusschlacht*, Heidelberg 1961, 107-113. Zu Otto Höfler s. u. a. ESTHER GAJEK, *Germanenkunde und Nationalsozialismus. Zur Verflechtung von Wissenschaft und Politik am Beispiel Otto Höflers*, in: WALTER SCHMITZ/CLEMENS VOLLNHAS (Hg.), *Völkische Bewegung – konservative Revolution – Nationalsozialismus*, Dresden 2005, 325-355.

typische frühneuzeitliche Köttersiedlung entstanden und der Ortsname selbst erstmals 1674 bezeugt.¹³ Birgit Meineke hat dargelegt, dass der vergleichsweise junge Ortsname Knetterheide wohl auf eine erschlossene ältere Flurbezeichnung *Knetter zurückgeht, die mit der sagenhaften Gnitaheide zumindest sprachlich verwandt ist.¹⁴ Beide Namen gehen Meineke zufolge auf einen germanischen Wortstamm *gnat-, „Geröll, Kiesel“, zurück.

Der Straßenverlauf zwischen Minden und Paderborn

Welche Route mag Nikulás Bergsson auf seiner zweitägigen Reise von Minden nach Paderborn genommen haben? Das Grundlagenwerk für das vormoderne Fernwegesystem im niederdeutschen Sprachraum sind die drei Bände „Hansische Handelsstraßen“ von Hugo Weczerka nach Vorarbeiten von Friedrich Bruns, erschienen 1962 bis 1968. Für den Verlauf des Wegs von Minden nach Frankfurt zitieren die Bearbeiter unter anderem die Reiserouten einer Bremer Gesandtschaft von 1604 und eines Lübecker Diplomaten von 1689.¹⁵ Demnach reisten die Bremer über Minden, Gohfeld, Lage, Lippspringe und *Stadtberge* (Marsberg) nach Frankfurt, die Lübecker über Bremen, Bassum, Uchte (im heutigen Landkreis Nienburg), *hinter Minden zu Deym* (Dehme), Gohfeld, Lage, *Lippisch Neudorf* (das 1659 gegründete Haustenbeck) und (Schloss) Neuhaus nach Paderborn, wo sie den Frankfurter Weg verließen und über Warburg und Kassel dem Zielpunkt Augsburg entgegenstrebten. Bemerkenswert ist bei beiden Berichten, dass sie als Station zwischen Minden und Lage den Ort Gohfeld nennen, den an einer Werrefurt gelegenen Mindener Vogteisitz bei Löhne.¹⁶ Das lässt vermuten, dass die Bremer und Lübecker über Herford reisten, das aber beide Male unerwähnt bleibt. Das an einer Doppelfurt durch Aa und Werre gelegene Herford mit seiner Reichsabtei war der Knotenpunkt der Fernwege von Osnabrück nach Hameln und von Rheda nach Minden.¹⁷

Die Route von 1689 führte jedenfalls hinter Lage durch die Dörenschlucht, das ergibt sich aus der Nennung von *Lippisch Neudorf* bzw. Haustenbeck. Ob auch die Bremer 1604 diesen Osningpass wählten, muss offenbleiben. Eine andere Variante wählte die in entgegengesetzter Richtung ziehende Reisegesellschaft des Landgrafen Philipp III. von Hessen-Butzbach im Jahr 1632, von der uns ein mit Skizzen versehener Bericht des Arztes Georg Faber vorliegt (siehe unten). Demnach reisten die Hessen über Niedermarsberg, Kloster Dalheim, Lichtenau und Neuenbeken, also Paderborn umgehend, möglicherweise aus politischen bzw. militärischen Gründen.

¹³ ROLAND LINDE/FRANZ MEYER, Bauerschaft – Gemeinde – Stadtteil. Zur Geschichte von Werl, Aspe und Knetterheide, Bielefeld 2014, 30-32, s. EBD., 36-39.

¹⁴ BIRGIT MEINEKE, Knetterheide, in: BEITRÄGE ZUR NAMENFORSCHUNG 48/2013, 165-192.

¹⁵ FRIEDRICH BRUNS/HUGO WEZCERKA (Bearb.), Hansische Handelsstraßen, Textband, Köln/Graz 1967, 278 f. Zum Reiseweg des Bremer Syndikus Gerhard von Maastricht im November 1689 siehe EBD., 389 u. 403. Den Reisebericht des Nikulás kannten die beiden Bearbeiter nicht.

¹⁶ Zum 1224 erstmals erwähnten sogenannten Freien Hof Gohfeld, späteren Vogteisitz, s. JOHANNES-HERMANN HENKE/LEOPOLD SCHÜTTE, Untersuchungen zur Sozial- und Siedlungsgeschichte unter dem Einfluss von Naturraum und Grundherrschaft im Mittelalter mit Ausblicken auf die Neuzeit, in: 1000 Jahre Löhne. Beiträge zur Orts- und Stadtgeschichte, Löhne 1993, 51-96, hier 80.

¹⁷ CHRISTOF SPANNHOFF, Herford, in: BALZER U. A. 2023, 161-195, hier 164.

Von Neuenbeken aus ging es auf Sichtweite an Lippspringe vorbei, das Faber in einer Skizze festhielt, bis die Reisegesellschaft schließlich beim Gut Dedinghausen die lippisch-paderbornische Landwehr passierte.¹⁸ Sie durchfuhren Schlangen und gelangten bei Oesterholz, wo sie am gräflichen Schloss Station machten, wieder auf den Frankfurter Weg. Die Hessen müssen anschließend die Gauseköte zwischen Oesterholz und Berlebeck als Osningpass genutzt haben, denn als nächste Station erwähnt Faber Detmold, wo sie als Gäste des Grafen zur Lippe im Residenzschloss nächtigten und am nächsten Tag vorbei an Gut Braunenbruch über Lage und Salzuflen nach Herford weiterzogen.

Nun liegt rund ein halbes Jahrtausend zwischen den zitierten Berichten und dem des Nikulás Bergsson; doch folgten die Fernwege im 12. wie im 17. Jahrhundert denselben topographischen Gegebenheiten. Für Reisende, die von Norden her der Weser folgend durch den Gebirgsdurchbruch des Flusses südlich von Minden (Porta Westfalica) gelangten und weiter Richtung Hessen ziehen wollten, bot sich das Werretal gleichsam als Zubringer zu den Gebirgspässen des Osning (Teutoburger Wald) an, die dann weiter in die Senne führten, die durch ihre Sandböden als Transitlandschaft im östlichen Westfalen prädestiniert war.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich im Werretal mehrere Siedlungen aufreihen, die bereits im 12. Jahrhundert eine gewisse zentralörtlich Funktion besaßen und teils früher, teils später zu Städten erhoben wurden. Die Salzproduktion in Salzuflen (Stadtrechte 1488) ist bereits Mitte des 11. Jahrhunderts urkundlich bezeugt.¹⁹ Schötmar (Stadtrechte 1921) und Lage (1843) werden zwar erst 1231 bzw. 1274 erwähnt, doch die dortigen Pfarrkirchen St. Kilian und St. Johann sind nicht nur durch ihre Patrozinien als frühe Kirchenstandorte erkennbar; bei archäologischen Untersuchungen konnten dort auch vorromanische Vorgängerbauten nachgewiesen werden, die bis ins 9./10. Jahrhundert zurückreichen.²⁰

Als die Edelherren Simon III. und Bernhard VI. zur Lippe 1389 Burg und Dorf Schötmar verpfändeten, behielten sie sich ausdrücklich nicht nur ihren Freistuhl vor, das auf dem Kirchhof tagende Freigericht, sondern auch ihre Straße (*ore strate*).²¹ In gleicher Weise sicherten sie sich bei der Verpfändung ihres Dorfes Lage 1395 den dortigen Zoll und wiesen den Pfandnehmer Hinrik Waltering an, eine bestimmte Summe in die Erneuerung des Steinwerks zu investieren und ihnen das Gebäude im militärischen Bedarfsfall zur Verfügung zu stellen.²² Zur Zeit des Nikulás bestanden die genannten Burgen in Schötmar und Lage sicher noch nicht, doch bestätigen die Urkunden des späten 14. Jahrhunderts die Bedeutung des durch die Ortschaften ver-

¹⁸ ANNETTE HENNIGS, Schlangen – Das Dorf an der Grenze, in: HEINZ WIEMANN (Hg.), Geschichte der Dörfer Schlangen, Kohlstädt, Oesterholz und Haustenbeck, Bd. 1, Bielefeld 2008, 348-369.

¹⁹ FRANK HUISMANN, Von der Sälzersiedlung zur Stadt. Salzuflen im Mittelalter, in: FRANZ MEYER (Hg.), Bad Salzuflen. Epochen der Stadtgeschichte, Bielefeld 2007, 41-75.

²⁰ GABRIELE ISENBERG, Frühe Kirchen in Lippe, in: FRIEDRICH HOHENSCHWERT (Bearb.), Der Kreis Lippe (Führer zu archäologischen Denkmälern in Deutschland), Stuttgart 1985, Bd. 1, 205-216.

²¹ LIPPISCHE REGESTEN. Neue Folge (Lipp. Reg. NF), bearb. v. HANS-PETER WEHLT, 7 Lieferungen, Detmold 1989-2005, 1389.08.06, s. LANDESARCHIV NRW ABT. OSTWESTFALEN-LIPPE (LAV NRW OWL), L 1 Nr. 503. – Die Burg Schötmar lag vermutlich ebenfalls am Kirchhof, s. FRANK HUISMANN U. A., Burgen in Lippe ... heute schützen wir sie! Detmold 2002, 127.

²² LIPP. REG. NF 1395.04.05, zur Burg Lage s. HUISMANN U. A. 2002, 116.

laufenden Fernweges. Der Zoll in Lage ist – neben dem bereits 1306 in Lemgo bezeugten – auch die älteste im Besitz der lippischen Edelherren nachweisbare Hebestelle dieser Art.

August Wilhelm Peter betont die besondere Verkehrsgunst Lages, das er als „Paßsammler am Flußübergang“ bezeichnet²³ – hier kamen von Westen her die Wege zusammen, die über die Pässe des Osninggebirges führten. Von Lage aus setzte sich auch der bedeutende, von Deventer, Osnabrück und Herford her kommende Fernweg nach Osten in Richtung Hameln, Braunschweig und Magdeburg fort. Es ist eigentlich überraschend, dass sich das zehn Kilometer östlich an diesem Weg gelegene Lemgo und nicht das verkehrsgünstigere Lage zum Handelszentrum der Herrschaft Lippe entwickelte.²⁴ Vermutlich verfügte Bernhard II. zur Lippe Ende des 12. Jahrhunderts anders als in Lemgo noch nicht über die notwendigen grundherrlichen Rechte, um Lage zur Stadt auszubauen.

Dem von Herford bzw. Minden kommenden Reisenden auf dem Frankfurter Weg bot sich von Lage aus als nächstgelegener Gebirgspass über den Osning die Dörenschlucht an. Diesem Pass vorgelagert lag auch schon zur Zeit des Nikulás einer der größten und bedeutendsten Höfe der Region, die *curtis* Stapelage. Mittelpunkt der Anlage war seit dem späten 10. Jahrhundert ein archäologisch nachgewiesenes Steinwerk.²⁵ Der Ortsname weist auf einen Stapel hin, eine Gerichtsstätte.²⁶ Eigenkirche auf dem Hofesland war die Pfarrkirche, die einem Ablassbrief von 1321 zufolge Maria, Petrus und Urbanus geweiht war.²⁷ Dem heutigen Kirchengebäude ist laut archäologischen Erkenntnissen eine vorromanische Saalkirche vorangegangen.²⁸ Graf Widukind III. von Schwalenberg und seine Brüder haben den Hof Stapelage 1185 dem neugegründeten Zisterzienserklöster Marienfeld bei Harsewinkel übertragen, das hier eine Grangie einrichtete, eine klösterliche Eigenwirtschaft.²⁹

Im 11. Jahrhundert hatten die Äbte der in Personalunion verwalteten Klöster Werden an der Ruhr und Helmstedt Anspruch auf jährlich zwei Beherbergungen (*mansiones*) auf dem Hof *Stapuloga* im Zuge ihrer regelmäßigen Reisen zwischen beiden Klöstern.³⁰ Grundherrliche Rechte der Äbte sind hier ansonsten nicht nachweisbar, vermutlich hatten die Vorfahren der Grafen von Schwalenberg ihnen das Herbergsrecht eingeräumt. Im 12. Jahrhundert verfügten

²³ AUGUST WILHELM PETER, Pflug im Wappen. Lage in Lippe. Kirchdorf – Weichbild – Stadt, Lage 1960, 18.

²⁴ Zu Lemgo s. ROLAND LINDE, Lemgo in der Zeit der Hanse. Die Stadtgeschichte 1190–1617, zusammenfassend auch PETER JOHANEK, Lemgo, in: HARM VON SEGGERN (Hg.): Residenzstädte im Alten Reich (1300–1800). Ein Handbuch, Abt. I, Teil 2, Stuttgart 2022, 331–337.

²⁵ LEOPOLD MÖLLER, Stapelage. Zwischen Sachsenmission und Gegenwart, Detmold 1988, 65–80.

²⁶ BIRGIT MEINEKE, Die Ortsnamen des Kreises Lippe (Westfälisches Ortsnamenbuch, 2), Bielefeld 2010, 456–457, <https://doi.org/10.26015/adwdocs-623>.

²⁷ LIPP. REG. NF 1321.07.08.

²⁸ ISENBERG 1985.

²⁹ WILHELM KOHL, Die Zisterzienserabtei Marienfeld (Germania Sacra. Dritte Folge, 2), Berlin/New York 2010, 92–96 u. a., <https://rep.adw-goe.de/handle/11858/00-001S-0000-001D-AE2F-1>.

³⁰ RUDOLF KÖTZSCHKE (Bearb.), Die Urbare der Abtei Werden an der Ruhr, Bd. 2, Bonn 1906, 100 (III. Urbar B, B1–B3: Register aus den Zeiten Abt Liudolfs und seiner Nachfolger, § 14: Herbergen des Abtes in den Fronhöfen).

die Äbte dann über einen eigenen Gutshof an den Externsteinen direkt am Fernweg von Essen nach Helmstedt.³¹

Südwestlich von Stapelage erreichten die Reisenden die Dörenschlucht. Reiche archäologische Funde zeugen davon, dass sie bereits seit der Mittelsteinzeit ein viel genutzter Osningpass war.³² Der hier verlaufende Weg verbindet heute die erst ab dem späten 16. bzw. ab 1775 entstandenen lippischen Streusiedlungen Pivitsheide und Augustdorf zu beiden Seiten des Höhenzugs und führte weiter bis ins 1659 gegründete Haustenbeck, das 1939 der Erweiterung des Truppenübungsplatzes weichen musste.³³

Der Reisende zur Zeit des Nikulás durchquerte jenseits des Passes dagegen die noch unbesiedelte Senne (Abb. 5). Die nächste Ortschaft, die er erreichte, war erst das bereits im 9. Jahrhundert urkundlich bezeugte Oesterholz am westlichen Sennerand.³⁴ An der Finkenkrügeiche in Oesterholz befindet sich einer der ergiebigsten mittelalterliche Fundplätze im Kreis Lippe; das Vorkommen an karolingischen und ottonischen Fibeln zählt sogar zu den bedeutendsten in Norddeutschland.³⁵ Der zugehörige Kirchort war das südlich benachbarte, ebenfalls bereits im 9. Jahrhundert erwähnte Schlangen, wo wiederum ein vorromanischer Saalbau als ältester Vorgänger der heutigen Pfarrkirche nachweisbar ist.³⁶ Das Kilianspatrozinium verweist auf die Zeit der Würzburger Mission im östlichen Westfalen im späten 8. und frühen 9. Jahrhundert.

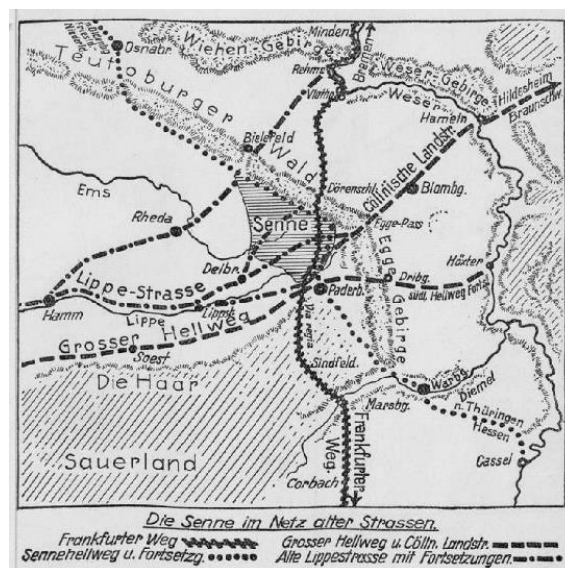


Abb. 5: Die Senne im Netz alter Strassen, Karte von Friedrich Copei.

(aus: MITTEILUNGEN AUS DER LIPPISCHEN GESCHICHTE UND LANDESKUNDE, 16/1938)

³¹ ROLAND LINDE, Die Externsteine in der urkundlichen Überlieferung des Mittelalters, in: LARISSA EIKERMANN U. A. (Hg.), Die Externsteine. Zwischen wissenschaftlicher Forschung und völkischer Deutung, Münster 2018, 43-76.

³² HOHENSCHWERT 1985, Bd. 2, 155-158.

³³ Zu den genannten Orten s. die Überblicke bei HERBERT STÖWER, Lippische Ortsgeschichte. Handbuch der Städte und Gemeinden des ehemaligen Kreises Detmold, Lemgo 2008, 27-33, 251-260, 577-579.

³⁴ MEINEKE 2010, 375-377.

³⁵ ELKE TREUDE/MICHAEL ZELLE, Die Vor- und Frühgeschichte der Gemeinde Schlangen, in: WIEMANN 2008, 12-55.

³⁶ ISENBERG 1985.

Nebenverbindungen über Detmold und Lemgo

Oesterholz war ein weiterer „Paßsammler“, denn hier vereinte sich der Weg durch die Dörenschlucht mit dem über die Große Egge – dem Teilstück der Kölnischen Straße Richtung Hameln, das an den Externsteinen vorbeiführte – und dem Weg über die Gauseköte. Letzterer führte über Berlebeck (Ersterwähnung 1151)³⁷ nach Heiligenkirchen. Die eisenzeitlichen Wallanlagen auf der Grotenburg bei Heiligenkirchen zeugen ebenso wie die Ende des 12. Jahrhunderts oberhalb von Berlebeck errichtete Falkenburg der Edelherren zur Lippe von der strategischen Bedeutung dieses Passwegs. In Heiligenkirchen befand sich 1036 ein Herrenhof des bischöflich-paderbornischen Tafelguts, der spätere Hof Watermeier.³⁸ Zur Zeit des Abtes Nikulás war bereits Edelherr Hermann I. zur Lippe mit Grundbesitz in Heiligenkirchen vertreten.³⁹ Die den Ortsnamen prägende Pfarrkirche der Heiligen Cosmas und Damian geht wiederum auf einen archäologisch nachgewiesenen vorromanischen Saalbau zurück.⁴⁰

Der Name *Theotmalli* bezog sich zunächst auf eine Landschaft, einen „Gau“ (*pagus*), und verwies auf eine dort gelegene Gerichtsstätte.⁴¹ Hier in *Theotmalli* am „Berg Osning“ (*mons Osnegge*) schlugen die Franken unter Karl dem Großen 783 eine offene Feldschlacht gegen die Sachsen. Der Überlieferung nach hat Papst Leo am Rande seines Treffens mit Karl in Paderborn 799 in *Thietmelli* einen Stephansaltar geweiht, den Bischof Meinwerk um 1024 in die von ihm gestiftete Klosterkirche am Paderborner Abdinghof überführen ließ.⁴² Ob die Stephanskirche in *Thietmelli* ein unmittelbarer Vorgänger der Pfarrkirche St. Vitus in Detmold war, der heutigen Erlöserkirche, oder einen bislang unbekannten Standort hatte, ist weiterhin ungeklärt. Für die Erlöserkirche fehlen bauliche und archäologische Befunde, die in die Zeit vor der Stadtgründung Mitte des 13. Jahrhunderts zurückreichen.

Detmold war die erste Stadtgründung der Lipper im Werretal, wobei Bernhard III. zur Lippe sicher bewusst den Werreübergang der Nebenstrecke des Frankfurter Weges von Oesterholz über Berlebeck nach Lage wählte.⁴³ Sein Nachkomme Simon III. verfügte anlässlich der Bestätigung der Stadtrechte 1361, dass auch der öffentliche Weg (*via communis*), der südlich an Detmold vorbei von Horn kommend nach Lage verlief, durch Detmold geleitet werden sollte.⁴⁴ Das südliche Stadttor heißt seitdem „Hornsches Tor“. Der Frankfurter Weg führte von hier aus weiter

³⁷ MEINEKE 2010, 66-68.

³⁸ ROLAND LINDE, Ortsnamen und Grundherrschaft im Frühmittelalter. Das Beispiel des Tafelgutes der Bischöfe von Paderborn, in: MAREIKE MENN/MICHAEL STRÖHMER (Hg.), *Total Regional. Studien zur frühneuzeitlichen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift für Frank Göttmann zum 65. Geburtstag*, Regensburg 2011, 33-52.

³⁹ FRANK HUISMANN/ROLAND LINDE, Hermann und Bernhard. Die ersten Edelherren zur Lippe und der Aufstieg neuer Adelsgeschlechter im 12. Jahrhundert, Detmold 2023, 20-22 u. 77.

⁴⁰ ROLAND LINDE, Evangelisch-reformierte Kirche Heiligenkirchen (Lippische Kulturlandschaften, 35), Detmold 2015.

⁴¹ MEINEKE 2010, 119-124.

⁴² MANFRED BALZER, Altarweihen Papst Leos III. 799 in Westfalen? Paderborn – Eresburg/Obermarsberg – Detmold, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN AUS GESCHICHTE UND LANDESKUNDE, 86/2017, 125-146.

⁴³ Zusammenfassend PETER JOHANEK, Detmold, in: VON SEGGERN 2022, 163-169.

⁴⁴ LIPP. REG. NF 1361.03.15. Siehe auch ROLAND LINDE, Horn, in: VON SEGGERN 2022, 287-292.

nach Lage, vorbei an der Burg Braunenbuch der Dienstmann Schwartz, deren Bau Otto zur Lippe 1348 gestattete,⁴⁵ und dem Detmolder Wartturm auf dem Vietberg.

Das nördliche Tor Detmolds hieß traditionell „Lemgoer Tor“ (bzw. Pforte). Von hier verlief der Weg über den Apenberg, den Meierhof Röhrentrup und das Kirchdorf Brake nach Lemgo. In Röhrentrup befindet sich ein urkundlich erstmals 1428 erwähntes spätmittelalterliches Steinwerk der Herren de Wendt bzw. der Lemgoer Bürgermeisterdynastie Flörke als deren Lehnsleute, in Brake errichteten die Edelherrn zur Lippe vermutlich im frühen 13. Jahrhundert eine erstmals 1306 erwähnte Burg, das heutige Schloss Brake.⁴⁶ Wahrscheinlich gewann dieser Weg erst mit der Gründung der Stadt Lemgo Ende des 12. Jahrhunderts an Bedeutung. Das gilt wohl auch für die Weiterführung des Weges in nördlicher Richtung über Entrup, Kirchheide und Valdorf nach Vlotho an der Weser, der nicht durch begleitende Wallanlagen, Burgen oder bedeutendere mittelalterliche Höfe auffällt; Valdorf ist als Kirchenstandort erstmals 1258 bezeugt.⁴⁷ Vlotho selbst war als Siedlung an einer Weserfurt mit einer Tal- und einer Höhenburg (Ersterwähnung eines *castrum Vlotowe* um 1188) Knotenpunkt von Wegen nach Herford, Salzuflen und Minden; die Zoll- und Münzrechte wurden 1224 von König Heinrich (VII.) bestätigt, der Ort vor 1270 zur Stadt erhoben.⁴⁸ Aus lippischer Sicht büßte das ravenbergische und später (ab 1609/47) brandenburgisch-preußische Vlotho allerdings im Laufe der folgenden Jahrhunderte an Bedeutung ein; die Verbindungen von Salzuflen und Lemgo nach Vlotho wurden vom lippischen Wegekommisсар 1802 nur noch als regionale *Communicationswege* eingestuft.⁴⁹

2. Notizen und Skizzen aus dem Reisetagebuch des hessischen Arztes Dr. Georg Faber (1632)

Ältere Reisebeschreibungen, die näher auf Lippe eingehen, sind nur selten überliefert. Ein frühes Beispiel ist das Reisetagebuch des Arztes Dr. Georg Faber (Abb. 6), der 1632 als Leibarzt den Landgrafen Philipp III. von Hessen-Butzbach (1581–1643) auf dessen „Brautfahrt“ zu seiner zweiten Heirat mit Prinzessin Christina Sophia Cirksena, Gräfin von Ostfriesland (1609–1658) nach Aurich in Ostfriesland begleitete.⁵⁰ Dieses Tagebuch, das sogar 48 eigenhändige Skizzen

⁴⁵ LIPP. REG. NF 1348.08.01.

⁴⁶ Zu Röhrentrup s. HEINRICH STIEWE, „Bauernburgen“. Spätmittelalterliche Steinspeicher in Lippe und Ostwestfalen, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN AUS GESCHICHTE UND LANDESKUNDE, 71/2002, 169–222; zu Brake zuletzt HEINER BORGGREFE, Schloss Brake. Residenz der Edelherrn und Grafen zur Lippe, Lemgo 2020.

⁴⁷ Zu Valdorf s., RAVENSBERGER REGESTEN, bearb. Von GUSTAV ENGEL, Bielefeld u. a. 1985, Bd. 1, Nr. 525.

⁴⁸ RALF PLÖGER, Burg Vlotho an der Weser (Frühe Burgen in Westfalen, 35), Münster 2013, s. <https://www.altertumskommission.lwl.org/de/publikationen/downloads/downloads-fruehe-burgen-westfalen/>; urkundliche Belege s. RAVENSBERGER REGESTEN, Nr. 209, 316 u. 621.

⁴⁹ ANNETTE HENNIGS, Gesellschaft und Mobilität. Unterwegs auf lippischen Straßen, Bielefeld 2002, 50 f.

⁵⁰ WALTER GUNZERT (Bearb.), Skizzen- und Reisetagebuch eines Arztes im Dreißigjährigen Krieg. Darmstadt 1952; ERICH KITTEL, Lippe vor 1800. Ansichten aus drei Jahrhunderten. Detmold 1964, 24. Zur Biographie Georg Fabers und zu seiner medizinischen Tätigkeit vgl. OLAV LAUBINGER, Krankheit und ärztliche Tätigkeit im Dreißigjährigen Krieg. Landgraf Philipp III. von Hessen-Butzbach und sein Leibarzt und Reisebegleiter Dr. Georg Faber. Masch.-schr. Diss. Marburg 2010, online unter: <https://archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z2010/0718/> (letzter Zugriff: 24. August 2023); zu Fabers Tagebuch der Ostfrieslandsreise von 1632 vgl. EBD., 82–127. Die Arbeit von Laubinger bietet eine „eingehende Interpretation des Faberschen Tagebuchtextes im Vergleich mit anderen zeitgenössischen Berichten über Reisen in (Nordwest-)Deutschland sowie im Hinblick auf den Stand der gegenwärtigen Reiseforschung“

Fabers enthält, ist in vielfacher Hinsicht interessant: Es überliefert frühe Darstellungen von Orten, Burgen und Schlössern auf der Reiseroute sowie höchst interessante Aspekte zur Geschichte des Reisens, zur Baugeschichte und zur allgemeinen Kulturgeschichte.



Abb. 6: Georg Faber, der Verfasser und Zeichner des Reisetagebuchs von 1632, laut Umschrift „Doktor der Philosophie und Medizin, praktizierender Arzt auf Burg Friedberg, 39 Jahre alt“ (aus dem Lat. übersetzt).

Kupferstich nach einer Zeichnung von Antonius Forst, Superintendent in St. Goar, um 1615, nach Gunzert 1592.

Die landgräfliche Reisegesellschaft war nach Fabers Angaben ein sehr repräsentativer und logistisch aufwendiger Tross mit sechs Kutschen sowie insgesamt 93 Pferden und 82 Personen. Die Anreise über ca. 450 Kilometer von Butzbach nach Aurich dauerte 13 Tage; einschließlich der Hochzeitsfeierlichkeiten in Aurich und Emden sowie der Rückreise war man vom 21. Mai bis zum 30. Juni 1632 unterwegs.⁵¹ Zunächst folgte die Reisegesellschaft dem mittelalterlichen „Frankfurter Weg“ nach Norden in Richtung Bremen, bog dann aber in Herford nach Nordwesten in Richtung Ostfriesland ab.⁵² Von Butzbach ging es über Gießen und Marburg in Hessen nach Stadtberge (Obermarsberg) im kurkölnischen Sauerland, wo in einer privaten „Behausung“ übernachtet wurde. Von dort führte die Reise am 25. Mai 1632 durch das Hochstift Paderborn über Asseln, Kloster Dalheim, Lichtenau, Neuenbeken und Lippspringe, die Stadt Paderborn wurde in geringer Entfernung links liegen gelassen, in die Grafschaft Lippe. Vorbei an „einem adelichen Hof, denen von Haxthausen zuständig, Bönighofen“ (gemeint ist Gut

(EBD., 82). Das Reisetagebuch Fabers befindet sich heute im HESSISCHEN STAATSARCHIV DARMSTADT, R 4 Nr. 30917/38; dazu gehören 48 erhaltene Federzeichnungen von Faber im Format ca. 14,5 x 18,5 cm. Darüber hinaus muss es ursprünglich noch weit mehr Illustrationen gegeben haben; die Nummerierung der Zeichnungen endet mit 72 (vgl. LAUBINGER 2010, 120 ff.). Der vorliegende Beitrag kann in der gebotenen Kürze nur einige regional- und kulturgeschichtlich interessante Aspekte zu Fabers Reisetagebuch ergänzen.

⁵¹ Angaben nach LAUBINGER 2010, 96, 107.

⁵² Zum Verlauf des Frankfurter Weges vgl. FRIEDRICH BRUNS/HUGO WECZERKA (Bearb.), Hansische Handelsstraßen. Köln/Graz 1967, Textband, 388 ff. und Atlasband, Karte IV.

Dedinghausen bei Bad Lippspringe, das zwischen 1540 und 1773 im Besitz der Familie v. Haxthausen war) fuhr die Gesellschaft „durch das Dorf Schlank (Schlangen), außer welche(m) sich bei einer Landwehr die Grafschaft Lippe und das Stift Padelborn (sic) scheidet“⁵³ – die paderbornisch-lippische Grenze war also mit einer Landwehr markiert und befestigt.

Oesterholz

Von Schlangen wurde die Reisegesellschaft des hessischen Landgrafen zum „gräfliche(n) Jagdhaus Osterholz“ (Oesterholz) geführt, wo die Reisenden im Auftrag Graf Simon Ludwigs zur Lippe von „zweien Adelspersonen“ empfangen wurden. Darunter war „ein Blödel, Trost zu Horn, ein Österreicher under der Ens bürtig“ – damit dürfte der auch für Oesterholz zuständige Drost (Amtmann) zu Horn und kaiserliche Obrist Georg Wilhelm Rübel von Biberach gemeint sein, der erst 1629 das Drostenamnt in Horn übernommen und den dortigen Burgmannenhof (vormals Bose und von Mengersen) erworben hatte.⁵⁴ Ob Faber sich mit „Blödel“ einen Scherz auf Kosten des Drostens erlaubt oder den Namen Rübel einfach nur missverstanden hat, ist nicht ganz klar. Die Herkunft Rübels ist nicht eindeutig überliefert; dass er aus Niederösterreich stammt, ist ebensowenig belegt wie die Annahme, er stamme aus Schwaben, die wohl auf den Namensbestandteil „von Biberach“ zurückgeht. Weiter bemerkt Faber, in Oesterholz habe sich „ein Pappenheimischer Rittmeister, Plate genannt, befunden“ und im Jagdhaus habe „ein Jägermeister, Arndt Schmieriem genannt“, gewohnt. In Oesterholz übernachtete die Reisegesellschaft und wurde im Auftrag des lippischen Grafen gastfreundlich bewirtet.

Eine skizzenhafte, aber detailreiche Federzeichnung in Fabers Reisetagebuch zeigt „Osterholt“ am 25. Mai 1632; im Vordergrund ist eine Reisegesellschaft mit einem Trompeter auf einem vierspännigen Wagen zu sehen (Abb. 7).⁵⁵ Oesterholz wird als eine langgestreckte Schlossanlage mit mehreren Fachwerkbauten auf einer massiven Mauer dargestellt, die von einer Gräfte, einem Wassergraben, umgeben ist. In der Mitte führt ein Torbogen mit einer hölzernen Brücke in die Anlage hinein, links davon befindet sich das in umgebauter Form erhaltene „herrschaftliche Wohnhaus“, ein zweistöckiger Fachwerkbau mit Zwerchhäusern an den Gebäudeecken; die seitlichen Giebel sind mit Wetterfahnen bekrönt. Heute sind die Zwerchhäuser nicht mehr vorhanden und die Giebel zu Krüppelwalmen umgebaut. Links schließen sich niedrigere Gebäude der „Meierei“, des zugehörigen Wirtschaftshofes, an. Rechts von dem Torbogen erstreckt sich das „lange Jagdhaus“, ein sehr großes zweistöckiges Fachwerkgebäude mit drei Zwerchhäusern, das nach den überlieferten Maßen seines Nachfolgebaus etwa 65 m lang gewesen sein muss.

⁵³ GUNZERT 1952, 21 f.; zu Gut Dedinghausen s. RAINER DECKER, Adelsfamilien im Raum Lippspringe, in: MICHAEL PAVLICIC (Bearb.), Lippspringe – Beiträge zur Geschichte, Paderborn 1995, 173-196.

⁵⁴ EBD., 22 f. Zu Georg Wilhelm Rübel von Biberach vgl. ROLAND LINDE, Der Burgmannenhof in Horn, in: Der Adel in der Stadt des Mittelalters und der frühen Neuzeit. Beiträge zum VII. Symposium des Weserrenaissance-Museums Schloß Brake vom 9. bis zum 11. Oktober 1995. Marburg 1996, 179-198, hier 184.

⁵⁵ GUNZERT 1952, Taf. 1; vgl. KITTEL 1964, Taf. 2 und S. 24. Zu Oesterholz vgl. OTTO PREUß, Die baulichen Altertümer des Lippischen Landes. 2. Aufl. Detmold 1881, 111.

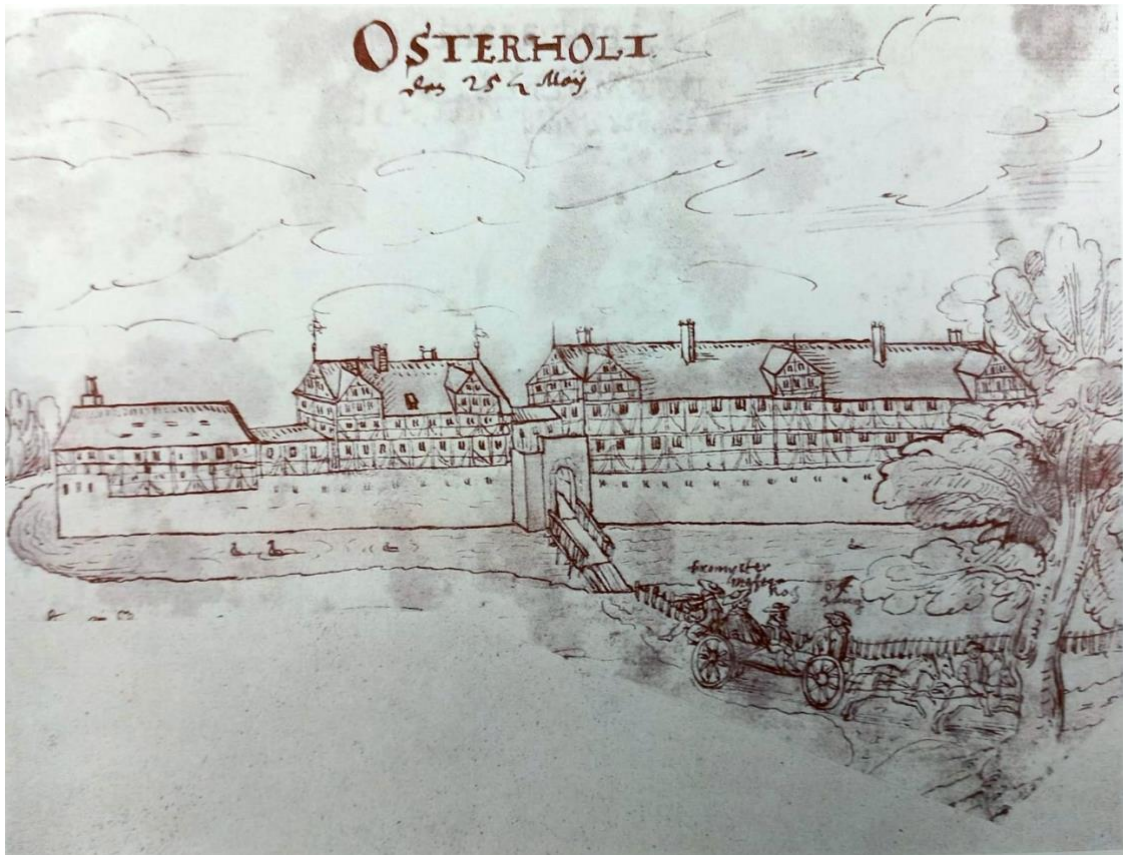


Abb. 7. Oesterholz, Ansicht von Osten. Reiseskizze von Georg Faber, 25. Mai 1632.

Diese und folgende Zeichnungen nach Gunzert 1952.

(Originale im HESSISCHEN STAATSARCHIV DARMSTADT, R 4 Nr. 30917/38)

Das herrschaftliche Wohnhaus wurde nach erhaltenen Baurechnungen vom Frühjahr 1598 bis zum Sommer 1599 von dem Maurermeister Hermann Wulff, einem bekannten Renaissancebaumeister aus Lemgo, und dem Zimmermeister Iggenhausen Voßhagen erbaut; die benötigten Bauhölzer wurden der dendrochronologischen Datierung zufolge in den Wintern 1595/96, 1596/97 und im Frühjahr 1598 gefällt.⁵⁶ Das „lange Jagdhaus“ rechts von der Toreinfahrt wurde ab 1599 von Wulff und Voßhagen errichtet, aber erst 1605 bzw. 1609 fertiggestellt – und musste schon 1655 einem steinernen Nachfolgebau weichen, der 1775 ebenfalls abgebrochen worden ist.⁵⁷

Bei seinem Aufenthalt am 25. Mai 1632 notierte Faber mehrere italienische (!) Inschriften „im Saal zu Osterholz“, die heute nicht mehr vorhanden sind. An einem Kamin fand er „folgende italienische Reimen“:⁵⁸

⁵⁶ Zu Baumeistern, Baugeschichte und Datierung von Oesterholz vgl. KARL SUNDERGELD, Die Baumeister des Jagdschlusses Oesterholz, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN AUS GESCHICHTE UND LANDESKUNDE, 31/1962, 197-229; ANNE SCHUNICHT-RAWE, Das Jagdschloß Oesterholz unter den Grafen Simon VI. und Hermann Adolph, in: HEINZ WIEMANN (Bearb.), 60–64 sowie FRED KASPAR/PETER BARTHOLD, Große Konzepte und kleine Reste: Das sogenannte Schloss und die Domäne Oesterholz. Untersuchungen zur Anlage sowie zur Bau- und Funktionsgeschichte, in: HEINZ WIEMANN (Hg.), Geschichte der Dörfer Schlangen, Kohlstädt, Oesterholz und Haustenbeck, Bd. 2, Bielefeld 2011, 678-753 (zur Datierung s. 697).

⁵⁷ KASPAR/BARTHOLD 2011, 720 ff.

⁵⁸ GUNZERT 1952, 22; Übersetzungen nach SUNDERGELD 1962, 228.

*Trale fiamme del ciel
Doi c[u]ori uniti
D' amor ligati constrette catene
L' eternita ela fama in Mezza i tiene
Accio Lor Giorni Giamai sian finiti.*

(Wie Flammen des Himmels / sind zwei vereinte Herzen / in
Liebe verbunden gleich zwei verschlungenen Ketten / Ewig-
keit und Ruhm haben sie in ihrer Mitte / mögen ihre Tage nie-
mals beendet sein.)

Desweiteren erblickte Faber ein „Fortunabild“, vermutlich eine Figur oder ein Gemälde der Göttin Fortuna, „daran stehet auf einer Seiten“:

*La fortuna le rose
Sempre mai pretiose
(Das Glück und die Rosen / auf ewig kostbar)*

und auf der anderen Seite:

*La fortuna le stelle
Sempre lucenti e belle.
(Das Glück und die Sterne / auf ewig strahlend und schön.)*

„Le rose“ und „le stelle“, Rosen und Sterne, sind natürlich Anspielungen auf das Wappen der Grafen zur Lippe, das aus der lippischen Rose und dem Schwalenberger Stern besteht.⁵⁹ Ein barocker Wappenstein mit diesem Wappen ist seit 1929 zusammen mit zwei Inschrifttafeln, von denen eine die Jahreszahl 1660 trägt, in sekundärer Verwendung an der Eingangstreppe des alten Wohnhauses von Oesterholz aufgestellt, er ist aber dem abgebrochenen „langen Jagdhaus“ zuzuschreiben, das unter Graf Hermann Adolf zwischen 1658 und ca. 1666 erbaut worden war.⁶⁰

Nach der Bauuntersuchung von Fred Kaspar und Peter Barthold⁶¹ während der Sanierung 2007 bis 2009 bestanden allein in dem erhaltenen „herrschaftlichen Wohnhaus“, einem großen zwei-

⁵⁹ Eine ähnliche lateinische Inschrift findet sich bereits auf einer Messinggrabplatte von 1341 des Paderborner Bischofs Bernhard V. zur Lippe (1321-1341) im Paderborner Dom. Hier heißt es, Bernhard sei „de stella florequenatus“, von Stern und Blume geboren, was auf den Stern als das Wappen seiner Mutter Adelheid von Schwalenberg-Waldeck und die Blume (Rose) als Wappen der Edelherren zur Lippe Bezug nimmt. Vgl. ULRICH MEIER, Hochstift Paderborn und Herrschaft Lippe. Dynastische und interterritoriale Dimensionen mittelalterlicher Herrschaftsbildung (1190-1340), in: CHRISTOPH STIEGEMANN (Hg.), Gotik. Der Paderborner Dom und die Baukultur des 13. Jahrhunderts in Europa. Petersberg 2018, 204-215, hier 214.

⁶⁰ PETER VEDDELER, Der Wappenstein am Jagdschloss Oesterholz, in: HEINZ WIEMANN (Bearb.), Schlangen – Kohlstädt – Oesterholz – Haustenbeck. Beiträge zur Geschichte, Bd. 1. Schlangen 1991, 10-11; KASPAR/BARTHOLD 2011, 724.

⁶¹ Zum Folgenden s. KASPAR/BARTHOLD 2011, 697 ff.; zur Raumstruktur s. 703 ff.

stöckigen Fachwerkbau von 1598/99 mit einer Grundfläche von 24,2 x 12 m, im Erd- und Obergeschoss vier bzw. drei große, mit Kaminen heizbare Räume, die jeweils als eine Diele (Eingangs- bzw. Erschließungsraum) und mehrere Säle zu deuten sind. Die Kamine und Öfen waren an zwei mächtige Schornsteine aus Backstein angeschlossen, die bis heute in der Firstlinie des Gebäudes stehen. Weitere Säle mit Kaminen wird es in dem schon 1655 abgebrochenen „langen Jagdhaus“ rechts von der Toreinfahrt gegeben haben.⁶² Damit ist eine genauere Lokalisierung der italienischen Inschriften in den Gebäuden nicht mehr möglich.

An einer Kaminwand im nordwestlichen Raum des Obergeschosses wurde 2008 unter jüngeren Anstrichschichten eine lateinische Inschrift freigelegt, die flüchtig auf den frischen Wandputz geschrieben worden ist.⁶³ Daher und wegen ihres durchaus anzüglichen, um nicht zu sagen obszönen Inhalts ist diese Inschrift wohl eher als eine Kritzelei, ein Graffito, anzusprechen: „Hv mihi virgo placet, placet [mihi?] / causa vu[...] ae summae / qu[o] libet [sua amphora...],“ Übersetzung: „Hu, mir gefällt diese Jungfrau, sie gefällt mir wegen ihrer vortrefflichen Vu[...]. Wem auch immer [ihre Amphore?...].“ Weitere Inschriften aus der Bauzeit 1598/99 oder dem frühen 17. Jahrhundert sind aus Oesterholz nicht bekannt – insofern ergänzen die von Faber notierten Inschrifttexte den Baubefund auf signifikante und überraschende Weise. Bemerkenswert ist, dass hier unter dem Einfluss der Renaissance nicht nur die verbreiteten lateinischen Inschriften, sondern auch italienische Texte verwendet worden sind.

Detmold

Am 26. Mai reiste die Gesellschaft von Oesterholz aus weiter und trennte sich:⁶⁴ Hofmeister von Lindau und Hofrat Dr. Kalt wurden „als I. F. Gn. [Ihrer Fürstlichen Gnaden] abgesandten Freierwerber“ nach Aurich vorausgeschickt. Dagegen fuhr Landgraf Philipp mit Faber und größerem Gefolge „durch den Wald“ nach Detmold. Mit dem „Wald“ ist der Osning gemeint, der seit dem 19. Jahrhundert Teutoburger Wald heißt, es ging über den Pass Gauseköte und die Dörfer Berlebeck und Heiligenkirchen nach Detmold. Unterwegs berichtete der Rittmeister Barleben laut Faber, „daß vor 4 Tagen 3 Wölfe in einem Pferche, nahe bei Osterholz, eingefallen und 2 Schaf darinnen niedergerissen und davongetragen“. Dann seien die Wölfe „des Raubs halben selbstn übereinandergefallen“ und hätten einen von ihnen zu Tode gebissen. Weiter berichtet Faber, der Graf zur Lippe habe „in obgedachtem Wald eine schöne Studerei“, das gräflich-lippische Sennergestüt.⁶⁵ „Allernächst vor Detmold“ lag ein „adelicher hübscher Hof, Braunenbruch genannt, den Schwarzen zuständig, Johann Adolf Schwartz“ – gemeint ist das Rittergut Braunenbruch westlich von Detmold, das von dem Detmolder Burgmann Alrad der Schwarze um 1348 gegründet worden ist.⁶⁶

⁶² EBD., 720.

⁶³ EBD., 705; Abschrift und Übersetzung der Inschrift von Sabine Wehking, Göttingen.

⁶⁴ Zum Folgenden s. GUNZERT 1952, 22 f.

⁶⁵ Vgl. KIRSTEN BERNHARDT/AGNES STERN SCHULTE, Die Senner – älteste Pferderasse Deutschlands. Begleitbuch zur Ausstellung (Materialien des LWL-Freilichtmuseums Detmold, Heft 6). Detmold 2012.

⁶⁶ Zum Rittergut Braunenbruch vgl. ROLAND LINDE/NICOLAS RÜGGE/HEINRICH STIEWE, Adelsgüter und Domänen in Lippe. Anmerkungen und Fragen zu einem brach liegenden Forschungsfeld, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN AUS GESCHICHTE UND LANDESKUNDE, 73/2004, 13-107, hier 16, 40, 42, 44 f., 53 f., 56, 57, 88.

Eine weitere Skizze von Faber mit dem Titel „Detmolden den 26ten May“ zeigt die Stadt Detmold von Südwesten, also etwa aus Richtung Braunenbruch (Abb. 8).⁶⁷ Es handelt sich um die älteste Ansicht der Stadt, sie liegt in einer hügeligen Umgebung und ist mit Mauer und breitem Wassergraben befestigt. Links ist die „Bruchpforte“ zu erkennen, die von der Bruchstraße in die westlich vorgelagerten städtischen Weidegründe im „Bruch“ führte. Die Häuser werden überragt vom Schloss („slott“) mit seinem charakteristischen Turm, der aber zu hoch und von den Schlossgebäuden zu weit abgerückt dargestellt ist. Die Schlossanlage besteht aus drei Flügeln mit einem Renaissance-Giebel links und mehreren Zwerchhäusern wohl an der Hofseite des Ostflügels; der westliche Flügel, der erst 1673 hinzukommen sollte, fehlt noch. Weiter rechts ist der Turm der Marktkirche mit seinem geschweiften Renaissance-Helm zu sehen. Am rechten Bildrand fehlt das Hornsche Tor, es lag wohl außerhalb des Bildausschnitts. Rätselhaft ist das steile Dach am linken Bildrand, möglicherweise handelt es sich um einen Turm oder eine Kapelle (?) im Bereich des späteren Waisen- und Zuchthauses an der Bruchpforte.



Abb. 8: Detmold, Ansicht von Südwesten. Reiseskizze von Georg Faber, 26. Mai 1632.

Vor den Toren der Stadt Detmold wurde Landgraf Philipp von Graf Simon Ludwig zur Lippe (1610-1636) „freundlich empfangen und bis in das gräfliche feste Schloß Detmold begleitet“. ⁶⁸ Hier war der hessische Landgraf mit seinem Gefolge bei einer gräflichen Kindtaufe zu Gast. Der lippische Graf Simon Ludwig hatte im Vorjahr Katharina von Waldeck geheiratet und ließ am

⁶⁷ GUNZERT 1952, Taf. 10; vgl. KITTEL 1964, Taf. 3 und S. 24 f.

⁶⁸ GUNZERT 1952, 23, auch die folgenden Zitate.

27. Mai 1632 seinen erstgeborenen Sohn Simon Philipp taufen.⁶⁹ Doch herrschte „diesmal geringe Freud“ bei Hofe, „weil vor 4 Wochen des Herrn Grafen Frau Alt-Mutter, welche eine löbliche und tugendsame Matron, Tods verblichen“ war. Gemeint war Simons VII. Großmutter mütterlicherseits, Gräfin Marie zu Nassau-Wiesbaden-Idstein.⁷⁰ Dennoch „haben sich die fürst- und gräfeliche Personen, wie auch die vom Adel, undereinander mit einem Trunk gutes Bieres und Weins ergetzt“ und „auch darneben sehr stattlich gespeiset“.

Am folgenden Tag, dem 27. Mai, musste der lippische Graf zu dringenden Verhandlungen „hinaus zu dem Pappenheimischen Volk, welches mit 10 Regimenten, 5 zu Fuß und 5 zu Pferd, in vollem Anzug gewesen“ – man befand sich mitten im Dreißigjährigen Krieg. Es handelte sich um größere Truppenverbände des kaiserlichen Generals Gottfried Heinrich zu Pappenheim (1594-1632), die zu dieser Zeit im Weserraum und in Lippe plündernd unterwegs waren.⁷¹ Währenddessen speiste der hessische Landgraf Philipp „absonderlich“ im Detmolder Schloss und nahm mittags um 1 Uhr an der Taufe mit einer Predigt „ufm Saal“ teil. Auch hatte er die Patenschaft für „das junge gräfeliche Herrlein“ Simon Philipp übernommen – zusammen mit Graf Christian zu Waldeck und dessen Gemahlin sowie der Herforder Äbtissin Magdalena, Gräfin zur Lippe, und Maria Magdalena, geborener Gräfin zu Waldeck, der jungen Witwe des verstorbenen Grafen Simon VII. zur Lippe, sowie dem gräflich-lippischen Rat und Landdrosten Johann von der Burg (von der Borch). Landgraf Philipp habe den Täufling während der Taufe in den Armen gehalten, da der „Pfarrherr“ das Kind „nicht in seine kalvinische Händ nehmen wollen“. Auch bemerkt Faber, der Detmolder Graf habe „einen kalvinischen Pfaffen zum Hofmeister“. Graf Simon Ludwig kehrte abends nach seinen Verhandlungen mit dem Grafen von Kronsfeld, wohl einem Offizier des Generals Pappenheim, nach Detmold zurück und „haben sich darauf I. F. Gn. mit einem starken Schlaftrunk zur Ruh begeben“.⁷²

Herford

Am 28. Mai zog die Reisegesellschaft, vom lippischen Grafen von Detmold „ein Stück Weges hinausbegleitet“, weiter durch das Dorf „Loch“ (Lage) und „Saltzuffel, ein lippisch Städtlein“.⁷³ Nach 6 Uhr abends erreichten die Reisenden „Herfurt (Herford), welches ein freie wohlgebaut Reichsstadt sein will, auch *per sententiam in camera imperialii* [lat.: durch ein Urteil des Reichskammergerichts, H. St.] dazu erkläret, ist aber doch ein Landstadt zur Grafenschaft Ravensburg gehörig, in 1500 Bürger stark.“ Dort seien „von Witikindo (von dem Sachsenherzog Widukind) allerhand Antiquitäten und Monumenta vorhanden, daselbst ein adelich Jungfrauen Kloster wie auch eine gräfeliche Äbtissin“ – dieser Dame waren Landgraf Philipp und Faber noch einen

⁶⁹ Vgl. HANNS-PETER FINK, Das Haus der Grafen zur Lippe im Dreißigjährigen Krieg, in: Bettina Rinke (Hg.), Lippe 1618-1648. Der große Krieg – der ersehnte Frieden. Detmold 1998, 27-47, hier 33 sowie MARGIT LENNIGER, Gräfin Catharina von Waldeck und die weibliche Vormundschaft im Hause Lippe, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN 92/2023, im Druck.

⁷⁰ Vgl. FRITZ VERDENHALVEN/HANNS-PETER FINK (Bearb.), Das Diarium Lippiacum des Amtmanns Anton Henrich Küster, Detmold 1998, 22, Nr. 213 u. Anm. 213/1.

⁷¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Gottfried_Heinrich_zu_Pappenheim# (Zugriff: 18. Juli 2023).

⁷² GUNZERT 1952, wie vor; vgl. LAUBINGER 2012, 97.

⁷³ Zum Folgenden s. GUNZERT 1952, 24.

Tag zuvor bei der Taufe in Detmold persönlich begegnet. Der Herforder Rat ließ dem reisenden Fürsten zwölf „Kanten“ (Kannen) Wein „durch den Stadtschreiber verehren“, den der Landgraf „zur Abendmahlzeit behalten“, also eingeladen hatte. Anschließend wurde im Gasthaus „zum gülden Löwen ufm Mark(t) bei Herrn Werner Pöppelmann logieret“. Faber beschließt seinen Bericht zu Herford mit der zutreffenden Beobachtung, „es seind 3 Städte mit fließendem Wasser unterscheiden (unterschieden), die 1. die alte, die 2. die neue, die 3. die Rädwig (Radewig) genannt. Wir seind erstlich zur Neustadt eingezogen, in der Altstadt logieret und dann zu Rädwig wieder ausgezogen. Zu Herford seind 3 schöne Hauptkirchen, das Wasser, so allda fließt, heißt die Werben (Werre).“⁷⁴



Abb. 9: Herford, Teilansicht von Nordwesten. Reiseskizze von Georg Faber, 29. Mai 1632.

Auch die Stadt Herford („Herrferden, den 29t. May“) hat Faber bei seiner Abreise in einer skizzenhaften Teilansicht festgehalten (Abb. 9).⁷⁵ Die Stadt ist mit Wall und Graben befestigt, wobei die Stadtmauer hinter dem hohen Wall verborgen bleibt. In der Bildmitte führt ein Tor mit Vortor und Zugbrücke in die Stadt, vermutlich handelt es sich um das Steintor im Nordwesten des Stadtteils Radewig, durch den die Reisenden Herford verlassen hatten. Dann wären die abgebildeten Kirchtürme der Südturm der Münsterkirche (links, zugleich Altstädter Pfarrkirche), damals noch mit einem sehr steilen Spitzhelm, und der kleinere Turm der Radewiger Jakobikirche (rechts). In Herford verließ die Reisegesellschaft den Frankfurter Weg – der von dort nach Norden über Minden nach Bremen führte – und zog weiter in nordwestlicher Rich-

⁷⁴ EBD. Diese historisch-topographische Beschreibung der Stadt Herford mit dem oben zitierten Bezug auf Widukind ist innerhalb der Aufzeichnungen Fabers ungewöhnlich ausführlich, während andere Orte eher „en passant“ beschrieben werden; vgl. LAUBINGER 2010, 114 f.

⁷⁵ EBD., Taf. 11. Die vollständige Ansicht der Stadt Herford (mit einem zweiten Blatt, das die linke Hälfte der Stadtansicht zeigt) ist abgebildet bei LAUBINGER 2010, Bildteil, Abb. 6. Im Vordergrund sind zwei Mägde zu sehen „wie sie melcken gehen“.

tung durch die Flecken *Binau* (Bünde) und *Ollendorf* (Preußisch-Oldendorf) und über Lemförde am Dümmer See, Diepholz und Cloppenburg nach Aurich, wo vom 2. bis 9. Juni die Hochzeitsfeierlichkeiten, unter anderem ein Turnier mit zwei „Ringelrennen“, stattfanden.⁷⁶ Es folgten jeweils drei Tage mit Empfängen und Festlichkeiten in der Stadt Emden und der benachbarten Festung Leerort, bevor Landgraf Philipp und seine frisch angetraute Gemahlin Christina Sophia am 15. Juni die Heimreise antraten. Am 20. Juni traf die Reisegesellschaft wieder in Herford ein, wo der Rat dem Landgrafen „20 Kannen guten rheinischen Weins“ verehrte und wenig später in Salzuflen präsentierte „ein fürnemmer Bürger und Weinhändler unserm gnedigen Fürsten und Herrn vor seinem Haus rothen und Rheinischen Wein uf einem dargestellten Tisch“.⁷⁷ Etwa eine Meile vor Detmold wurde das Hochzeitspaar von Graf Simon Ludwig zur Lippe empfangen, zum Schloss geleitet und dort reichlich bewirtet. Hier muss Faber „Brosius, kurzweiliger Raht zu Dettmolden“, wohl ein Hofnarr, aufgefallen sein, den er zusammen mit einem weiteren „kurzweiligen Raht“ aus Aurich, der „Jud Samuel“ genannt wurde, in einer undatierten Zeichnung festhielt. Beide „kurzweilige Räte“ sind in modisch-eleganter Kleidung des 17. Jahrhunderts dargestellt (Abb. 10).⁷⁸



Abb. 10: Zwei „Kurzweilige Räte“ oder Hofnarren in modisch-eleganter Kleidung des 17. Jahrhunderts: „Jud Samuel“ in Aurich und „Brosius“ (bzw. „Ambrosius“) in Detmold. Reiseskizze von Georg Faber, undatiert (1632), nach LAUBINGER 2010, Abb. 21.

In Detmold verbrachte die Reisegesellschaft noch einen Ruhetag, bevor sie vom lippischen Grafen bis zu seinem Jagdhaus in Oesterholz begleitet wurde, wo man zum Abschied gemeinsam zu Mittag aß. Unterwegs besichtigte Landgraf Philipp noch die Papiermühle in Berlebeck, bevor er über Lichtenau im Hochstift Paderborn weiterreiste. Die Rückreise führte dann über

⁷⁶ EBD., 24 ff.; LAUBINGER 2010, 97-100.

⁷⁷ LAUBINGER 2010, 102, 110; zur weiteren Rückreise 102 f.; GUNZERT 1952 geht auf die Rückreise von Aurich nach Butzbach und die dabei angefertigten Zeichnungen nicht ein.

⁷⁸ LAUBINGER 2010, 123, dort nähere Beschreibung der Kleidung, sowie Bildteil, Abb. 21. Zum Detmolder Hofnarren Ambrosius Germanus gibt es weitere Quellenbelege, diese sollen aber einer eigenen Untersuchung vorbehalten bleiben.

Korbach in Waldeck zum hessischen Jagdhaus Wolkersdorf bei Frankenberg, wo man am 25. Juni, dem Geburtstag der frischvermählten Landgräfin, übernachtete. Über Marburg und Gießen erreichte die Reisegesellschaft schließlich am Mittag des 30. Juni 1632 die heimische Residenz Butzbach.

Kulturgeschichtliches

Neben Ansichten der genannten Orte und Burgen sind im weiteren Verlauf der Reise noch zwei Skizzen von Faber erwähnenswert, die Mitglieder der landgräflichen Reisegruppe zeigen und auch kultur- und alltagsgeschichtlich interessant sind: Laubinger bezeichnet sie als „Genrezeichnungen“, die „persönliche Akzente“ und „einen beinahe volkskundlichen Blick Fabers auf die materielle Kultur im Alltag der ‚unteren‘ Bevölkerungsschichten“⁷⁹ erkennen lassen. Eine Zeichnung vom 19. Juni 1632 aus Levern (im heutigen Kreis Minden-Lübbecke) zeigt, wie eine Frau in einem Fachwerkhaus drei berittenen Herren eine Wurst und ein Stück Speck (?) zur Begrüßung reicht (Abb. 11).⁸⁰ Die Frau trägt einen Rock und ein Oberteil mit langen Ärmeln sowie eine Haube, es scheint sich um eine Tracht zu handeln. Die Männer sind gespornt und mit federgeschmückten Hüten und langen Mänteln in zeittypischer Mode des frühen 17. Jahrhunderts gekleidet. Über ihnen hat Faber handschriftliche Namen wohl von Reisegefährten notiert: „Lindau“, „Rittelhein“ und „Frantz Johan“.

Die Szene wird umrahmt von dem Fachwerkgiebel eines Bauernhauses mit großem Dielentor unter einem stroh- oder reetgedeckten Halbwalmdach. An dessen First befindet sich eine dreieckige Öffnung, ein sogenanntes Uhlenloch (Eulenloch), aus dem kräftiger Rauch herausquillt, der wohl vom offenen Herdfeuer kommt. Die Frau steht hinter einem niedrigen Tor aus Brettbalustern, einer sogenannten Heckpforte. Im Innern des Hauses stehen links zwei Rinder in der Stallabseite (Kübbung) und blicken auf die Diele. Im Hintergrund rechts ist das Flett, der Herdraum am Ende der Diele zu erahnen – deutlich erkennbar ist der hölzerne Feuerrahmen über der Herdstelle, die von den Personen im Vordergrund verdeckt wird. Der Feuerrahmen hat geschwungene, kufenförmige Enden, die oft mit hölzernen Pferdeköpfen geschmückt waren (die hier aber nicht sichtbar sind). Diese Skizze von Faber ist eine der frühesten historisch getreuen Darstellungen eines norddeutschen Bauernhauses, eines niederdeutschen Hallenhauses.⁸¹

⁷⁹ EBD., 122.

⁸⁰ GUNZERT 1952, Taf. 31; vgl. HEINRICH STIEWE, Dorf- und Straßenkrüge. Ländliche Wirtshäuser im Norden Deutschlands, in: HERBERT MAY/ANDREA SCHILZ (Hg.), Gasthäuser. Geschichte und Kultur (Arbeit und Leben auf dem Lande, Bd. 9). Petersberg 2004, 85.102, hier 85. Bei LAUBINGER 2010 wird diese volkskundlich interessante Abbildung nicht näher kommentiert.

⁸¹ Zum niederdeutschen Hallenhaus vgl. JOSEF SCHEPERS, Westfalen-Lippe (Haus und Hof deutscher Bauern, Bd. 2). Münster 1960; zuletzt: HEINRICH STIEWE, „In großen Hütten, die man Häuser nennt“ – Das Niederdeutsche Hallenhaus ist Bauernhaus des Jahres, in: DER HOLZNAGEL 1/2023, 23-36 (Teil 1) und 2/2023, 12-25 (Teil 2).



Abb. 11. Levern, Bauernhaus. Reiseskizze von Georg Faber, 19. Juni 1632.

Eine weitere Skizze, die nach Angaben von Faber „zu Ort“ (Festung Leerort bei Leer in Ostfriesland) entstand, zeigt drei Personen, zwei Frauen und einen Mann, der als „Bereiter“ bezeichnet wird, in modischer Tracht des 17. Jahrhunderts in einem Aborthäuschen mit drei Kabinen, das aus Brettern zusammengezimmert ist (Abb. 11).⁸² Der Abort verfügt zwar über zwei Trennwände, ist aber nach vorn völlig offen. Die linke Kabine ist ein Doppelsitzer, rechts sind sogar drei Abortöffnungen zu erkennen. Die Szenerie trägt die ironische und leicht anzügliche Überschrift „Wohl bekomme es dem Herrn.“ Auch diese Skizze Fabers ist kulturgeschichtlich aussagekräftig und zugleich ein Zeugnis seines derben Humors. Nicht zuletzt zeigt sich hier, dass sich unsere „Scham- und Peinlichkeitsschwellen“ (Norbert Elias) seit dem 17. Jahrhundert deutlich verschoben haben.⁸³ Insgesamt erweist sich das Reisetagebuch des hessischen Arztes Dr. Georg Faber von 1632 als eine Text- und Bildquelle von hoher kultur- und regionalgeschichtlicher Aussagekraft.

⁸² GUNZERT 1952, Taf. 34; vgl. LAUBINGER 2010, 126 und Bildteil, Abb. 26. Vgl. HEINRICH STIEWE, Abtritt, Secret und Heimlich Gemach. Historische Abortanlagen in Westfalen, in: JAN CARSTENSEN/HEINRICH STIEWE (Hg.): Orte der Erleichterung. Zur Geschichte von Abort und Wasserklosett (Schriften des LWL-Freilichtmuseums Detmold, Bd. 38). Petersberg (Imhof) 2016, 23-37, hier 48 f.; CORINNA KEUNECKE, „Sprachhäusel“ oder stilles Örtchen? Zur Entwicklung von Scham und Intimität im Umgang mit den „natürlichen Bedürfnissen“, in: CARSTENSEN/STIEWE 2016, 51-64, hier 52.

⁸³ NORBERT ELIAS, Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Bd. 1: Wandlungen des Verhaltens in den weltlichen Oberschichten des Abendlandes; Bd. 2: Wandlungen der Gesellschaft: Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation. Basel 1939.



Abb. 12. Ort (Leerort) bei Leer, Ostfriesland, Aborthäuschen. Reiseskizze von Georg Faber, 1632.

3. Die lippischen Passantenlisten von 1681 bis 1683

Die mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Reisebeschreibungen vermitteln ein lebendiges Bild davon, wie die Orte am Wegesrand von den Reisenden wahrgenommen wurden. Sie ermöglichen einen fast touristischen Blick auf die Besonderheiten der Region und wirken wie ein Kaleidoskop in die Vergangenheit. Ein weiterer Aspekt gerät dabei zwar nicht in Vergessenheit, aber doch ein wenig in den Hintergrund: Seiner geographischen Lage verdankt das Land Lippe auch die Anbindung an überregional bedeutsame Handelsrouten des Mittelalters und der Frühen Neuzeit (Abb. 13).⁸⁴ Frankfurt war ein international vernetzter Messeplatz von europäischer Bedeutung,⁸⁵ Bremen einer der großen Überseehäfen mit einer ebenfalls international aufgestellten Kaufmannschaft.⁸⁶ Die Verbindungsstraße zwischen dem Rhein-Main-Gebiet und dem Weser-Nordsee-Raum stellte damit eine der Lebensadern der Handelszentren und damit auch der Orte an ihrer Route dar – auch wenn diese dabei nicht ebenfalls zu großen Handelszentren aufstiegen, sondern „nur“ von dem Durchgangsverkehr profitierten.

⁸⁴ Zur Entwicklung der Wirtschaft im frühneuzeitlichen Lippe s. ROLAND LINDE, Siedlung, Bevölkerung und Wirtschaft. Lippe im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit, in: HEIDE BARMMEYER/HERMANN NIEBUHR/MICHAEL ZELLE (Hg.), Lippische Geschichte Bd. 2, Petersberg 2019, 59-69.

⁸⁵ Brücke zwischen den Völkern. Frankfurt im Messenetz Europas – Erträge der Forschung, 3 Bde., Frankfurt a.M. 1991.

⁸⁶ KONRAD ELSMÄUSER, Geschichte Bremens, München 2007.

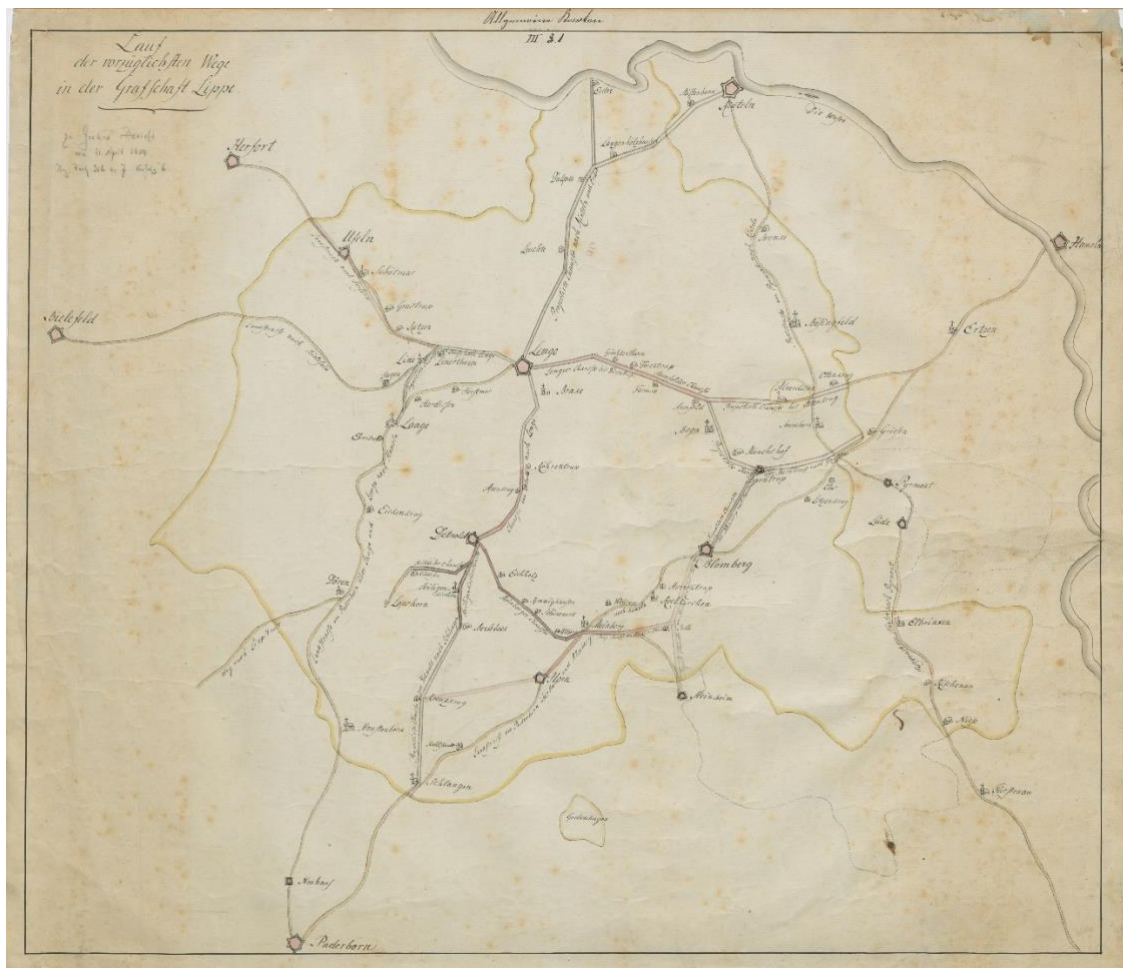


Abb. 13: „Lauf der vorzüglichsten Wege in der Grafschaft Lippe“, Kartenskizze von Wegekommisсар Christian Gehrke, 1804.

Ein nicht unwesentlicher Aspekt dieser infrastrukturellen Besonderheiten ist die Frage nach den Menschen, die diese Verkehrswege nutzten. Das großräumige Verkehrsgeschehen lässt sich zumeist über den Fernhandel rekonstruieren, der seine Spuren zum Beispiel in den Akzisebüchern der Städte hinterließ.⁸⁷ Auch über Reisen sind wir durch Korrespondenzen, Reiseberichte und andere Selbstzeugnisse informiert. Aber was ist mit dem alltäglichen Treiben auf den Straßen, den Menschen, die für ihre privaten, beruflichen und geschäftlichen Erledigungen unterwegs waren?

Quellenmäßig ist dies nur durch einen Glücksfund zu greifen. Und ein solcher befindet sich in der Überlieferung der Polizei- und Hoheitsakten der ehemaligen Grafschaft Lippe.⁸⁸ Er verdankt seine Entstehung einer Katastrophe: 1680 war in Ungarn, Böhmen und Österreich die Pest aus-

⁸⁷ Akzisestädte im preußischen Westfalen. Die Stadtrechtsverleihungen von 1719 und die Steuerpolitik König Friedrich Wilhelms I., Bielefeld 2020.

⁸⁸ LAV NRW OWL, L 37 Nr. 316-321. Im Folgenden pauschal „Passantenlisten“. Eine erste Auswertung einer studentischen Arbeitsgruppe unter der Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Kaiser liegt publiziert vor: HENNIGS/HILLEBRAND/KAISER/KRETSCHMER/SOMMER/STEINMETZ, Unterwegs auf lippischen Straßen am Ende des 17. Jahrhunderts, in: WILFRIED REININGHAUS (Hg.), Wanderhandel in Europa. Beiträge zur wissenschaftlichen Tagung in Ibbenbüren, Mettingen, Recke und Hopsten vom 9.-11. Oktober 1992, Dortmund 1993, 157-172.

gebrochen und breitete sich rasch aus.⁸⁹ Da medizinische Maßnahmen nicht griffen, versuchte man die Ansteckungsgefahr zu reduzieren, indem man Kontakte unterband und das Verkehrsgeschehen kontrollierte.⁹⁰ In Lippe richtete man 32 Kontrollstellen rund um die Landesgrenzen sowie an den Verkehrsknotenpunkten im Landesinneren ein, an denen in Listen festgehalten wurde, wer sich durch das Land bewegen wollte. Eine Landesverordnung vom 31. Januar 1681 regelte die Erfassung der Passanten: wer aus sogenannten „verdächtigen Örtern“ kam, durfte die Grafschaft nicht betreten. Durch Pässe musste man nachweisen, dass man sich in den vorausgegangenen vier Wochen an keinem infizierten Ort aufgehalten hatte. Die Pässe durften nicht älter als acht Tage alt sein und detaillierte Informationen zu den Reisenden und ihrem Gepäck, ihrer Fracht bzw. ihrem Fortbewegungsmittel enthalten. Zuwiderhandlungen wurden mit Leibesstrafen und Verbrennen der mitgeführten Habe bestraft. Wenige Monate später wurde die Verordnung verschärft.⁹¹

Es ist eine kleine Sensation, dass sich von insgesamt 32 Kontrollstationen die Listen von 23 Stationen, die bei diesen Maßnahmen entstanden, erhalten haben. Die Listen beginnen in der zweiten Augustwoche 1681 und enden in der dritten Maiwoche 1683. Sie sind von sehr unterschiedlicher Qualität und reichen von einfachen Strichlisten bis zu relativ detaillierten Beschreibungen der Personen und ihrer Gepäckstücke. Dies liegt zum einen daran, dass es kein einheitliches Erfassungsformular gab, zum andern aber auch sehr unterschiedlich vorgebildetes (und motiviertes) Personal eingesetzt wurde. Diese Disparität macht eine reizvoll erscheinende statistische Auswertung leider unmöglich.

Passanten auf dem Frankfurter Weg

Für den Frankfurter Weg waren in Lippe die Kontrollstationen – von Paderborn kommend – Schlangen, Detmold und Lemgo wichtige Eckpunkte sowohl an den Landesgrenzen als auch im Landesinneren. Eine alternative Route führte durch die Senne über Haustenbeck auf Lemgo zu. Eine vollständige Auswertung der Listen kann an dieser Stelle nicht erfolgen, aber es kann doch ein Schlaglicht auf das frühneuzeitliche Verkehrsgeschehen in Lippe geworfen werden.

Zunächst wäre natürlich eine Zahl interessant: Wieviele Menschen waren überhaupt unterwegs? Wieviele davon waren privat oder geschäftlich bzw. beruflich unterwegs? Genaue Zahlenangaben wären nicht nur aufgrund der unterschiedlichen Qualität der Listen unseriös. Gezählt werden könnte bestenfalls die Zahl der Passagen und nicht die Menge der Personen.

⁸⁹ Nachweise dazu in wikipedia [Geschichte der Pest – Wikipedia](#) (Aufruf: 28. Juli 2023) und v. a. in regionalgeschichtlichen Werken wie BERND STERNAL, Die Harz-Geschichte Bd. 6. Vom Westfälischen Frieden 1648 bis zum Ende der Napoleonischen Kriege, Norderstedt 2017.

⁹⁰ Diese Form der Abschottung war nicht ungewöhnlich, Glückel von Hameln berichtet für den Pestausbruch in Hamburg im Jahr 1664 ähnliche Maßnahmen (Denkwürdigkeiten der Glückel von Hameln. Aus dem Jüdisch-Deutschen übersetzt, mit Erläuterungen versehen und herausgegeben von Alfred Feilchenfeld, 4. Aufl. Berlin 1923, Neudruck Berlin 1980, 74). Auch in Häfen ankommende Schiffe wurden kontrolliert und im Zweifelsfall unter Quarantäne gestellt.

⁹¹ Die Verordnungen liegen nicht in der gedruckten Zusammenstellung von Landesverordnungen vor, sondern lose in: LAV NRW OWL, L 37 Nr. 316 und Nr. 318.

Viele Personen wurden mehrfach gezählt, weil sie auf ihrer Route durch Lippe oder auch innerhalb Lippes an mehreren Kontrollstationen vorbeikamen. Der Abgleich der Mehrfachregistrierungen wiederum ist aufgrund der unterschiedlichen Angaben in den Listen nicht durchführbar. Selbst wenn mit hohem Aufwand eine vorsichtig belastbare Zahlenangabe möglich wäre, gäbe es keine Vergleichszahlen zum Verkehrsgeschehen in anderen Territorien in diesem Zeitraum. Das würde die Aussagekraft erheblich einschränken.

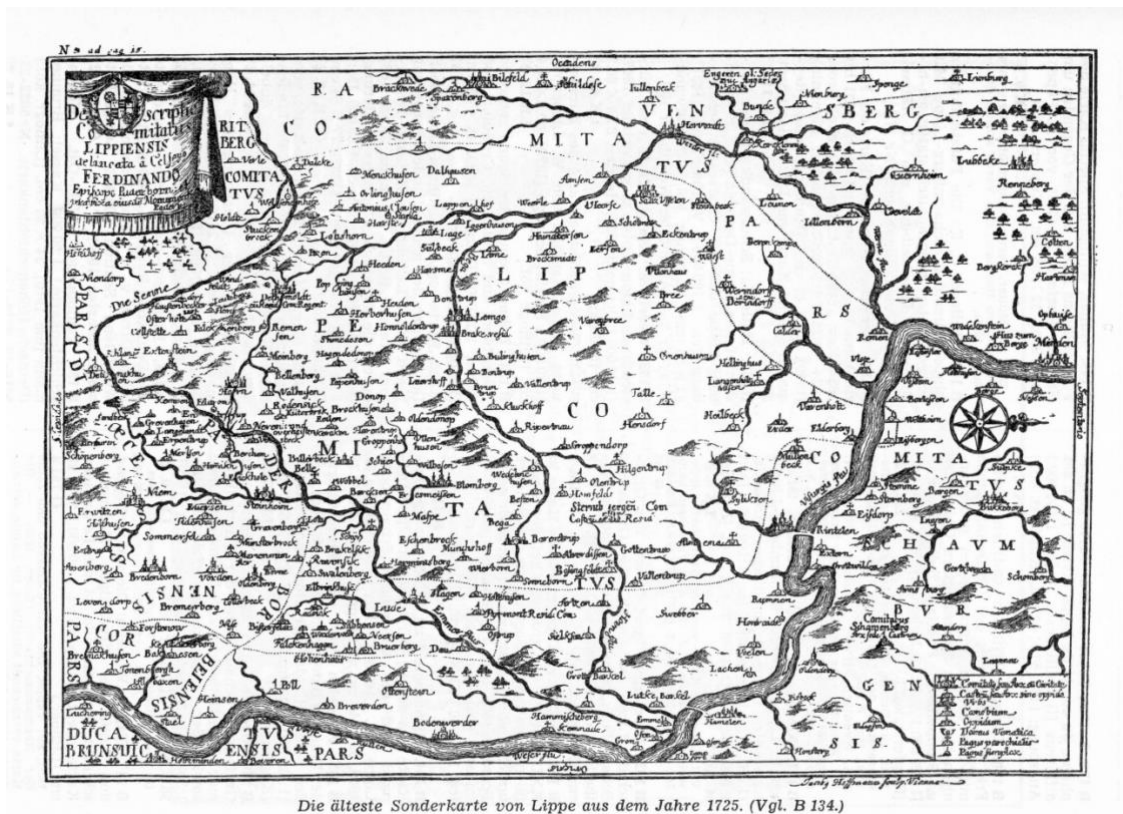


Abb. 14: Die älteste Karte der Grafschaft Lippe von 1725 (Norden rechts), erstellt auf Grund der Karte des Bistums Paderborn aus den „Monumenta Paderbornensia“ des Ferdinand von Fürstenberg (1672), Kupferstich von Jacob Hoffmann (Wien), 1725.

Es kristallisieren sich jedoch deutlich einige Schwerpunkte heraus. Kaufleute und Fuhrleute – die in der Regel die Warentransporte für die Kaufleute übernahmen – stellen unter den Passanten einen hohen Anteil dar. Das unterstreicht die überregional hohe Bedeutung der Frankfurter Straße und die Partizipation Lippes daran. Die Präsenz dieser durchaus wohlhabenden Händler zeigt sich in erhaltenen Fensterbierscheiben der alten Haustenbecker Kirche. Der 1671 begonnen Kirchenbau in dem armen Sennedorf stockte zunächst aus finanziellen Gründen. Erst 1682 konnte der schlichte Bau eingeweiht werden. Die farbig ausgestalteten Fenster, die heute im Lippischen Landesmuseum erhalten sind, tragen unter anderem die Namen von Bremer Kaufleuten wie Bernd Meibohm,⁹² der sich auch in den Haustenbecker Passantenlisten nachweisen lässt. Die Passantenlisten in Haustenbeck wurden übrigens von dem ortsansässigen Pfarrer

⁹² HEINRICH STIEWE, Die Kirche in Haustenbeck: Ein reformierter Kirchenneubau des 17. Jahrhunderts. In: Geschichte der Dörfer Schlangen, Kohlstädt, Oesterholz und Haustenbeck. Bd. 1, Bielefeld 2008, 259-264. JOACHIM KLEINMANN, Wappen, Reiter, fromme Sprüche – bemalte Fensterschieben in Westfalen, Detmold 1997, 48-49.

Joachim Winand geführt, der hier offensichtlich eine obrigkeitliche Pflicht ganz pfiffig mit den lokalen Geldbedürfnissen verknüpfte.

Zahlenmäßig deutlich stärker repräsentiert ist jedoch der regionale und lokale Handel, der die Beziehungen ins Hessische (Arolsen, Kassel) und ins Ravensbergische (Bielefeld, Minden) ebenso wie den Markthandel in den Städten dokumentiert.⁹³ Spannend ist der Blick auf die Spezialisierung einiger Regionen auf konkrete Produkte. Beim Salzhandel ist dies dem Rohstoffvorkommen geschuldet, aber man trifft hier auch die Lebkuchenhändler aus Borgholzhausen, die Glashändler aus den Waldglashütten des Eggegebirges, die Händler mit Töpferwaren aus Vinsebeck und Schwelentrup, und die vielen Leinenhändler aus der engeren und weiteren Region.

Erfolgte der lokale und regionale Handel vorzugsweise mit kleineren Karren (Lebkuchen aus Borgholzhausen wurde z. B. in Schubkarren transportiert) oder in Tragegestellen auf dem Rücken (Kiepen), waren für die größeren und weiteren Transporte Fuhrleute unterwegs.⁹⁴ Dies waren unter anderem spezialisierte Gewerbetreibende wie etwa Mitglieder der Fuhrmannsfamilie Agneta aus Gütersloh oder Wermelskirchener Fuhrleute, die alle überregional tätig waren. Es gab aber auch bäuerliche Fuhrunternehmer, die im Nebengewerbe saisonal ungenutzte Kapazitäten ihrer Fuhrwerke nutzten. Vorsichtig geschätzt waren etwa ein Drittel der Passanten der Jahre 1681 bis 1683 Fuhrleute. In einem Gutachten zum geplanten Chausseebau in Lippe im Jahr 1804 benennt der Wegekommisсар Gerke die Zahl von jährlich 3.000 Frachtwagen, die Lippe passierten – leider benennt er keine Quelle.⁹⁵

Stark im Handel engagiert und daher viel unterwegs waren die zahlreichen jüdischen Kaufleute. Im Unterschied zu den christlichen Kaufleuten werden hier nie die mitgeführten Handelswaren spezifiziert, vermutlich weil den jüdischen Kaufleuten Beschränkungen bei den Produkten, mit denen sie Handel treiben durften, auferlegt waren. Dafür haben wir hier aber sehr deutlich die Besucher der großen Messeplätze wie Frankfurt am Main. Die jüdischen Kaufleute übernachteten übrigens nicht – wie andere Fernreisende – in den Wirtshäusern eines Ortes, sondern bei Mitgliedern der jüdischen Gemeinden bzw. in der Judenherberge, soweit eine vorhanden war.

Eine weitere Berufsgruppe, die (nicht nur) auf der Frankfurter Straße angetroffen wurde, waren die Handwerksgesellen, die über ihre Wanderjahre die Qualifikation zum Erwerb des Meisterbriefes erwarben.⁹⁶ Hier finden sich alle Berufsgruppen vom Schneider und Schuster bis hin zu den Luxusgewerben wie den Goldschmieden und Perückenmacher. Schuster, Schneider und andere Handwerker, die vor allem die Grundversorgung mit Gütern und Dienstleistungen leisteten, hatten dabei einen tendenziell kleineren Wanderradius als die Vertreter der Luxusgewerbe. Einige Handwerker handelten aber auch mit ihren Produkten, waren als Marktschicker oder Hausierer also zumindest zeitweise unterwegs. Andere Handwerke ließen sich

⁹³ Zum Markthandel: WERNER FREITAG, Westfalen. Geschichte eines Landes, seiner Städte und Regionen in Mittelalter und Früher Neuzeit, Münster 2023, 505-507.

⁹⁴ HENNIGS 2002, 126-132.

⁹⁵ LAV NRW OWL, L 77 A Nr. 8188 Bl. 20.

⁹⁶ KLAUS J. BADE, Altes Handwerk, Wanderzwang und gute Policy: Gesellenwanderung zwischen Zunftökonomie und Gewerbe reform, in: VIERTELJAHRESHEFTE ZUR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE, 69/1982, 1-37.

nicht allein stationär betreiben, hier finden sich neben den Gesellen auch Meister (z. B. Maurer oder Schornsteinfeger) auf dem Weg zu ihrer nächsten Baustelle oder anderen Kunden.⁹⁷

Zahlreiche Boten belegten den intensiven Nachrichtenaustausch im regionalen und überregionalen Rahmen. Sie sorgten für den Austausch von mündlichen und schriftlichen Nachrichten. Dabei handelte es sich nicht nur um fest angestellte Boten von Behörden, die diese Tätigkeit im Hauptberuf ausübten,⁹⁸ sondern auch um zahlreiche Landbewohner, zu deren Dienstverpflichtungen unter anderem Botendienste zählten,⁹⁹ und um private Boten im Auftrag von Einzelpersonen oder Personengruppen.¹⁰⁰ Zu diesen Boten gehörten z. B. die sogenannten Ziegelboten, die Ende des 17. Jahrhunderts bereits nachweisbar sind und für die lippischen Saisonarbeiter die Arbeits- und Nachrichtenvermittlung in die Niederlande und nach Ostfriesland übernahmen.¹⁰¹ In den Passantenlisten tauchen deren Namen jedoch leider nicht auf.

Frauen bleiben in der Quelle genauso wie Kinder häufig unsichtbar. Sie reisten zumeist anonym in Begleitung des männlichen Familienoberhauptes, auf den in der Regel der Pass ausgestellt war. Selbständig reisten Frauen nur, wenn sie der (adligen) Oberschicht angehörten oder als Händlerinnen unterwegs waren.

Weitere sehr mobile Personengruppen waren Soldaten (Offiziere und Mannschaften), Studenten, Glaubensflüchtlinge, Diener, Knechte und viele mehr. Die Grenzen zu den bereits aufgeführten Berufsgruppen konnten fließend sein, ein Soldat überbrachte vielleicht als Bote Nachrichten und ein Knecht war als Marktbeschicker unterwegs zum nächsten Wochenmarkt. Insgesamt liefern die Passantenlisten ein buntes und lebendiges Bild der Gesellschaft in ihrer ganzen Breite, auch wenn der Schwerpunkt der Tätigkeit der Passanten auf dem Austausch von Waren und Informationen liegt.

4. Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das mittelalterliche Straßennetz dem frühneuzeitlichen entsprach. Es ist zu vermuten, dass der spätere Abt Nikulás ungefähr im Jahr 1151 seinen zweitägigen Weg von Minden nach Paderborn entweder über Vlotho oder über Herford nach Salzuflen, Schötmar und Lage nahm und von dort entweder weiter über Lage und Stapelage durch die Dörenschlucht oder alternativ über Detmold, Heiligenkirchen und die Gauseköte nach Oesterholz und Schlangen nahm. Der Reisebericht des Nikulás bot Anlass, das Fernwegesystem zwischen Minden und Paderborn im 12. Jahrhundert näher zu betrachten. Es entsprach weitgehend dem aus frühneuzeitlichen Schilderungen bekannten Bild. Das Werretal war für Reisende, die von Herford oder Minden kommend Richtung Süden unterwegs waren, ein

⁹⁷ HENNIGS 2002, 138-144.

⁹⁸ EBD., 113-120.

⁹⁹ EBD., 105-113.

¹⁰⁰ EBD., 120-126.

¹⁰¹ ANNETTE HENNIGS, Die Ziegelbotenfamilie Eckensträter aus Ehrentrup, in: HISTORISCHES JAHRBUCH LAGE 2007, Lage 2007, 74-80.

Zubringer zu den Osningpässen und weiter über die Sandflächen der Senne Richtung Paderborn. Die Entwicklung der Orte Salzuflen, Schötmar, Lage und Detmold war wesentlich durch diese Verkehrslage geprägt. Insbesondere Lage als Ort am Wegekreuz wichtiger Verbindungen und „Paßsammler“ im Osningvorland hätte das Potential gehabt, Handelszentrum der sich ab dem späten 12. Jahrhundert bildenden Herrschaft Lippe zu werden. Doch mit der Gründung der Stadt Lemgo am Weg von Herford nach Hameln zehn Kilometer weiter östlich gab Bernhard II. zur Lippe eine andere Entwicklung vor. Die Aussage, Lemgo sei Ende des 12. Jahrhunderts an einem Wegekreuz gegründet worden, muss nach den vorangegangenen Betrachtungen allerdings in Zweifel gezogen werden. Die Nebenstrecke des Frankfurter Wegs von Detmold über Lemgo nach Vlotho etablierte sich wohl erst nach der Gründung Lemgos.

Im 17. Jahrhundert wurde im Wesentlichen noch dasselbe Wegenetz genutzt wie im 12. Jahrhundert; die Trassen des Frankfurter Wegs über die Osingpässe Gauseköte und Dörenschlucht wurden weiterhin befahren. Durch den Bau der Schlösser Oesterholz und Lopshorn und die Gründung der Dörfer Haustenbeck und Augustdorf bekräftigten die Grafen zur Lippe ihren Hoheitsanspruch auch – von Detmold aus gesehen – jenseits der Berge in der Transitlandschaft Senne.

Der Reisebericht des Dr. Georg Faber, der sich im Gefolge des Landgrafen von Hessen-Butzbach bewegte, veranschaulicht die gehobene Reisekultur des 17. Jahrhunderts, die den praktischen Widrigkeiten des Reisens trotz aller Annehmlichkeiten der Gastfreundschaft des Grafen zur Lippe nicht ganz entging. Die Passantenlisten von 1681 ermöglichen im Vergleich einen Blick auf das „gemeine Volk“, das sich ebenfalls auf den Straßen bewegte.

Die Passantenlisten lassen eine Verlagerung der Verkehrsströme erkennen: Als Durchgangsland für den Nord-Süd-Verkehr zwischen den Handelszentren Bremen und Frankfurt am Main hatte Lippe zwar weiterhin Bedeutung. Für die Region wichtiger war allerdings die Einbindung in ein Binnenhandelsnetz von Iserlohn und Elberfeld nach Hildesheim, vom Braunschweigischen ins Ruhrgebiet und von Schmalkalden nach Westfalen.

Theodor Kliem (1824 - 1889) – ein früher Detmolder Bildchronist

von Joachim Kleinmanns

Im Stadtarchiv Detmold, in der Lippischen Landesbibliothek, im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen und in der privaten Sammlung von Frank Budde/Detmold finden sich annähernd 220 verschiedene photographische Aufnahmen eines Th. Kliem, darunter fast 100 Lichtbilder, die die Stadt Detmold und ihre Umgebung, einzelne Straßenzüge und Häuser zeigen.¹ Meist sind es sogenannte Carte de Visite (CdV), 6 × 9 cm messende Abzüge, die auf kräftigen, rundum überstehenden Karton von 7 × 10 cm aufgezogen sind.² Teilweise sind diese Kartons rückseitig mit einem Aufdruck versehen, zum Beispiel „Photographisches Atelier von Th. Kliem in Detmold Lange-Strasse.“ (Abb. 1), teilweise auf dem unteren, deutlich breiteren Rand der Vorderseite bedruckt, zum Beispiel „Th. Kliem Photograph. Detmold. Rosenthal 2.“ Diese verschiedenen Aufdrucke werden noch zur Sprache kommen, doch zunächst interessiert: Wer war der Photograph Th. Kliem, woher kam er und wann entstanden die Lichtbilder, die wir von ihm kennen? Mit seinem Leben und Werk beschäftigt sich der nachfolgende Beitrag.

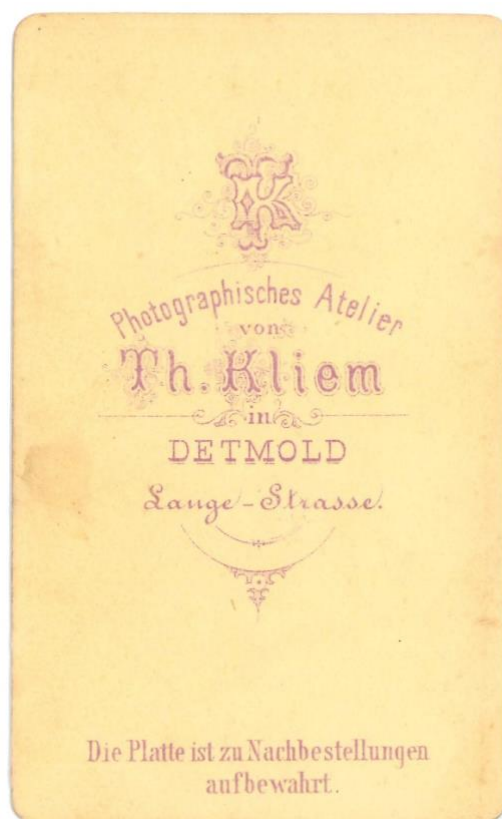


Abb. 1: Rückseite einer Carte de Visite
aus Kliems Photoatelier in der Langen Straße 33, 1861-1878.
(SAMMLUNG FRANK BUDDE, Detmold)

¹ Vgl. Bildverzeichnis am Ende des Beitrags.

² Die Carte de Visite war ab 1860 verbreitet und verlor ab 1914 an Bedeutung. Zur Technik siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Visitformat> (Aufruf: 29. Oktober 2022).

Biographisches

Da Kliem in Detmold verstorben ist, gibt das Kirchenbuch uns erste Auskünfte: Adam Christoph Theodor Kliem wurde am 15. November 1824 in Ebeleben im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen (heute Thüringen) geboren.³ Welche Umstände ihn nach Detmold führten, blieb zunächst ungewiss. 1845/46 war er als Kellner in Dresden tätig, worauf später noch zurückzukommen sein wird. 1854 hielt er sich in Rostock auf, wo er am 19. Januar Caroline (Lina) Auguste Franziska Henriette Blanck aus Stettin ehelichte.⁴ Die Trauung fand in der St. Marienkirche statt. Das dortige Kirchenbuch verzeichnet als Bräutigam „Schauspieler Adam Christoph Theodor Kliem, geb. 15. Nov. 1824.“ und als Braut „Jfr. [Jungfrau] Auguste Franz[iska]. Henriette Blanck, geb. 21sten Febr. 1833“.⁵ Die unerwartete Berufsangabe „Schauspieler“ findet Bestätigung bei einem Blick in die gedruckten Journale des Rostocker Stadt-Theaters. Schon 1851 werden hier Fräulein Blanck und Herr Kliem als „Darstellende Mitglieder“ aufgeführt.⁶ Auch 1854 sind beide im Ensemble nachgewiesen.⁷ Spätestens 1856, zwei Jahre nach der Eheschließung, haben sie die Stadt verlassen,⁸ doch kommen wir Theodor Kliem 1858 in Bad Pyrmont wieder auf die Spur, wo er am 12. Juli im Schauspiel „Die Documente“ unter der Direktion des Detmolder Theaterdirektors Gustav Mewes den „Capitain v. Stainl“ gab.⁹ Zwei Jahre darauf trat Lina Kliem mit Mewes' Ensemble in der Oper „Das unterbrochene Opferfest“ in Münster auf.¹⁰ Eine Verbindung nach Detmold besteht also seit 1858, auch wenn beide im Detmolder Theater-Journal dieses Jahres noch nicht unter dem Personal gelistet sind.¹¹ 1861 sind sie am Hoftheater der lippischen Residenz auf 43 Theaterzetteln nachgewiesen, vom 11. Januar bis zum 8. Mai, teils einzeln, teils beide, als Schauspieler und Sänger. Sie spielt am 16. Januar in der Oper „Norma“ Irmensuls Priesterin Clotilde, er zwei Tage darauf im Lustspiel „Die Drillinge“ einen Aufwärter im Wirtshaus.¹² Beide sind am 24. März in Jacques Offenbachs komischer

³ ARCHIV DER LIPPISCHEN LANDESKIRCHE (ALL), Kirchenbuch Detmold, Gestorbene 1889, fol. 157, Nr. 5. Ebeleben liegt etwa 5 km östlich von Mühlhausen.

⁴ Caroline Auguste Franziska Henriette Blanck, geb. 1. Februar 1833 in Stettin, gest. 20. Februar 1909 in Berlin, vgl. ALL, Kirchenbuch Detmold, Gestorbene 1889, fol. 157, Nr. 5. In der Sterbeurkunde werden als Eltern genannt: „Mühlenbescheider Karl Friedrich Blanck“ und dessen Ehefrau Dorothea Sophia geborenen Trebess; Abschrift der Sterbeurkunde im LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN, ABT. OSTWESTFALEN-LIPPE (LAV NRW OWL), D 23 Detmold Nr. 1430: Fürstlich-Lippisches Amtsgericht Detmold, Nachtrag zu dem Testament der Witwe Luise Kliem in Berlin, 1904, fol. 4.

⁵ LANDESKIRCHLICHES ARCHIV DER EV.-LUTHERISCHEN KIRCHE, KIRCHENKREIS MECKLENBURG, Rostock St. Marien, Trauungen 1846-1860. Kliems Vater war der Einnehmer im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen Johann Georg Kliem, Vater der Braut war Carl Friedrich Blanck, „Mühlenschreiber in Stettin“.

⁶ JOURNAL DES STADT-THEATERS IN ROSTOCK, Rostock 1851, 3; auch ALLGEMEINE THEATER-CHRONIK, Nr. 124-126, 17. Oktober 1851, 502.

⁷ C. A. SACHSE, Statistisches Handbuch für Bühnenvorstände, Bühnenkünstler und Bühnenfreunde, 1. Jg. Hamburg 1854, 276 f.: Frau Kliem noch unter ihrem Mädchennamen als „Frl. Blan[c]k“.

⁸ JOURNAL DES STADT-THEATERS IN ROSTOCK, Rostock 1856, 3.

⁹ DEUTSCHES THEATER-ARCHIV UND OFFIZIELLES GESCHÄFTS-BLATT DES DEUTSCHEN BÜHNEN-VEREINS, 1 (1858), 328. Auch im Jahr darauf ab 12. Juli.

¹⁰ ALLGEMEINE THEATER-CHRONIK. ORGAN FÜR DAS GESAMT-INTERESSE DER DEUTSCHEN BÜHNEN UND IHRER MITGLIEDER, Leipzig 29 (1860), Nr. 148-150, 494.

¹¹ Theater-Journal des Fürstlichen Theaters zu Detmold. Detmold 1858.

¹² LIPPISCHE LANDESBIBLIOTHEK (LLB), Theaterzettel-Sammlung Tz 223 und 224.

(Abb. 2).¹³



Orpheus in der Unterwelt. (LLB, Tz 258)

der Aehnlichkeit“ anfertige.¹⁶ Die Witterung indes spielte schon eine Rolle, denn bei trübem

¹³ LLB, Tz 258; auch 1862 lt. FERDINAND ROEDER'S Theater-Kalender auf das Jahr 1862, 5. Jg., Berlin 1862, 197; 1863 ebenfalls am Detmolder Hoftheater lt. Deutsches Bühnen-Almanach, Bd. 27, 1863, 126. Nicht mehr 1866 in der 9. Aufl. und 1871 in der 14. Aufl. von FERDINAND ROEDER'S Theater-Kalender.

¹⁴ FÜRSTLICH-LIPPISCHES REGIERUNGS- UND ANZEIGEBLATT, 28. November 1861, 695.

¹⁵ FÜRSTLICH-LIPPISCHES REGIERUNGS- UND ANZEIGEBLATT, 18. Mai 1861, 326, und 25. Mai 1861, 341, Adresse nach LAV NRW OWL, D 72 Kittel, Ingeborg: Detmolder Häuserbuch. In Lemgo war der Sohn des Goldarbeiters Friedrich Clausen in dessen Wohnhaus als Photograph tätig: FÜRSTLICH-LIPPISCHES REGIERUNGS- UND ANZEIGEBLATT, 1861, 725.

¹⁶ FÜRSTLICH-LIPPISCHES REGIERUNGS- UND ANZEIGEBLATT, 1862, Nr. 8 (22. Februar 1862), 143, desgl. Nr. 9 (1. März 1862), 167. Der Preußische Hof lag in der Langen Straße 79. Eigentümer war seit 1845 Friedrich Wilhelm Körner

Licht verlängerten sich die Belichtungszeiten, sodass die Gefahr verwackelter Bilder bestand. Dies wird der Grund gewesen sein, dass Theodor Kliem am 4. April 1862 inserierte: „Da ich seit dem 1. April wieder photographiere [...]“¹⁷, nicht nur ein Hinweis auf eine Pause während der dunklen Jahreszeit, sondern auch darauf, dass er schon zuvor, also 1861 tätig gewesen ist, auch wenn sich dazu keine Werbung findet, weder im *Regierungs- und Anzeige-Blatt* noch in der *Sonntagspost*. Sein Atelier befand sich im Haus des Kürschners Johann Friedrich Wilhelm Werkmeister, Lange Straße 33.¹⁸ Ein Bild mit Rahmen war ab 17 ½ Silbergroschen zu haben, Cartes de Visite das Dutzend zu 2 Taler 15 Silbergroschen, versprach sein Inserat.

Auch im folgenden Winter unterbrach Kliem seine photographische Tätigkeit, um sie im April wieder im Haus Werkmeister aufzunehmen.¹⁹ Die nächste Winterpause nutzte er, um in Werkmeisters Garten ein gläsernes Atelier erbauen zu lassen. Dies und die neuen Photoapparate inserierte er nicht ohne Stolz am 7. Mai 1864:

„Einem hochgeehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich mein **Atelier für Photographie** in einem neu erbauten Glashause, im Garten des Kürschnermeisters Herrn Werkmeister (Langestraße) am 12. Mai wieder eröffne. Durch Anschaffung neuer Maschinen bin ich in den Stand gesetzt alle in dies Fach gehörigen Arbeiten zu den billigsten Preisen zu liefern, und halte mich einem hochgeehrten Publikum zur Aufnahme von Porträts, Landschaften und architektonischen Gegenständen sowie zum Copiren von Gemälden, Kupferstichen etc. bestens empfohlen. Theodor Kliem Photograph.“²⁰

Offenbar war das Glashaus ungeheizt, so dass es im Winterhalbjahr nicht zu nutzen war. Jedenfalls zeigte Kliem im Oktober 1864 „Einem hochgeehrten Publikum [...] ergebenst an, daß der Eingang zu meinem Atelier nicht mehr im Garten, sondern im Vorderhause 1 Treppe hoch, ist. Photographieen [sic] werden nach wie vor zu den billigsten Preisen angefertigt. Th. Kliem, Photograph. Langestr. im Hause d. Hrn. Werkmeister.“²¹ Hier nahm Kliem auch 1866 ein Selbstporträt auf (Abb. 3).²²

(LAV NRW OWL, D 72 Kittel, Ingeborg: Detmolder Häuserbuch). Das Gebäude wurde 1945 bei Kriegsende zerstört.

¹⁷ FÜRSTLICH-LIPPISCHES REGIERUNGS- UND ANZEIGEBLATT, Nr. 14 (5. April 1862), 264.

¹⁸ LAV NRW OWL, Ingeborg Kittel, Detmolder Häuserbuch; Adreß-Buch der Stadt Detmold, Detmold 1871, III. Teil, 45 (Gewerbetreibende): Krumme Straße Quartier B Nr. 4.

¹⁹ FÜRSTLICH-LIPPISCHES REGIERUNGS- UND ANZEIGEBLATT, 1863, 307 und 323.

²⁰ FÜRSTLICH-LIPPISCHES REGIERUNGS- UND ANZEIGE-BLATT, Nr. 37 (7. Mai 1864), 392 f.; Hervorhebungen im Original.

²¹ FÜRSTLICH LIPPISCHES REGIERUNGS- UND ANZEIGE-BLATT, Nr. 87 (29. Oktober 1864), 812.

²² LLB, Mus-h 8 H 27, Bl. 13 r.



*Abb. 3: Theodor Kliem, Selbstportrait, 1866.
(LLB, Mus-h 8 H 27, Bl. 13 r)*

Das Theaterspiel hatte Kliem aber keineswegs aufgegeben, sondern er trat mindestens bis 1864 als Schauspieler und Sänger auf der Detmolder Bühne auf. Und auch Lina Kliem zählte in diesem Jahr noch als Solo- und Chorsängerin zum Ensemble.²³ Beide finden sich auch in einer Liste der 1864 aufgelösten „Perseverantia, Alter-Versorgungs-Anstalt für deutsche Theater-Mitglieder“.²⁴ 1872 jedoch wird Theodor Kliem im „Handbuch für Deutsche Bühnen“ nicht mehr als Teil des Detmolder Ensembles geführt, sondern als Photograph.²⁵ Schon 1869 war er Mitglied des Deutschen Photographen-Vereins.²⁶

Dem Detmolder Adressbuch von 1871 können wir entnehmen, dass Lina und Theodor Kliem auch in Werkmeisters Haus wohnten.²⁷ Sechs Jahre später jedoch, 1877, kaufte Kliem das 1826 erbaute Haus Wülcker im Rosental Nr. 2 (heute Rosental 5),²⁸ in dem 1826/27 Albert Lortzing gewohnt hatte, von Wülckers Erbin, der Tochter Therese.²⁹ Der Kaufpreis betrug 18.000 Mark, wovon 12.000 Mark bei Übergabe des Hauses am 1. April 1878 zu zahlen und Hypothekenschulden von 6.000 Mark zu übernehmen waren (diese Schuld wurde im April 1891 beglichen und gelöscht).

²³ THEATER-JOURNAL DES FÜRSTLICHEN THEATERS ZU DETMOLD, Detmold 1864, 3 f.

²⁴ Aktenmäßige Mitteilungen über Ursprung, Begründung, Wirksamkeit und Auflösung und Auflösung der Perseverantia, Alter-Versorgungs-Anstalt für deutsche Theater-Mitglieder, Berlin 1864, Beilage A, Mitglieder-verzeichnis Seite 131-136, hier 133.

²⁵ C. A. SACHSE, Statistisches Handbuch für deutsche Bühnen, Wien 1872, 253.

²⁶ PHOTOGRAPHISCHE MITTEILUNGEN. ZEITSCHRIFT DES DEUTSCHEN PHOTOGRAPHEN-VEREINS, hg. von Hermann Vogel, 5. Jg. Berlin 1869, 293, Mitglieds-Nr. 79. Wikipedia gibt das zu späte Gründungsjahr 1876 an: https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Phographen-Verein (22. Januar 2023). Nimmt man die Jahrgangsnummer der Zeitschrift zum Maßstab, dürfte der Verein 1865 gegründet worden sein.

²⁷ Adreß-Buch der Stadt Detmold, Detmold 1871, 13.

²⁸ LAV NRW OWL, D 72 Kittel, Ingeborg: Detmolder Häuserbuch.

²⁹ LAV NRW OWL, Grundbuchakte Detmold D 23 B Bl. 19. Kaufvertrag vom 3. Dezember 1877.

Im Haushalt des Ehepaars Kliem lebten seit 1873 auch die Nichte Minna Kliem (geb. 1861) und seit 1879 deren vier Jahre jüngere Schwester Auguste.³⁰

In die Detmolder Gesellschaft integrierte Kliem sich, trat 1861 dem naturwissenschaftlichen Verein bei³¹ und erwarb kurz darauf das Bürgerrecht.³² Mitglied des Detmolder Bildungsvereins³³ oder der Ressource³⁴ wurde er jedoch nicht. 1866 zählte er zu den Gründungsmitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr Detmold, deren Hauptmann er mindestens bis 1882 war (Abb. 4).³⁵



Abb. 4: Glückwunsch der Freiwilligen Feuerwehr Detmold zu Theodor Kliems Geburtstag am 15. November 1880.
(LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG Nr. 268)

1881 stellte Kliem auf der Lippischen Gewerbe-Ausstellung „zwei Herren-Porträts (directe Vergrößerungen), ein Tableau mit Kinderbildern, Cabinet-Porträts, landschaftliche Bilder, Microphotographien“ aus,³⁶ wofür er vom Ausstellungskomitee mit einem Diplom geehrt wurde.³⁷ Mit diesem warb er fortan auf der Rückseite seiner Lichtbilder. Er hatte, um die Lippische Gewerbe-Ausstellung zu ermöglichen, auch 30 Mark eines Garantiefonds gezeichnet.³⁸ Neben

³⁰ LAV NRW OWL, D 23 Detmold Nr. 1430: Fürstlich-Lippisches Amtsgericht Detmold, Nachtrag zu dem Testament der Witwe Luise Kliem in Berlin, 1904, fol. 5-7.

³¹ FÜRSTLICH-LIPPISCHES REGIERUNGS- UND ANZEIGE-BLATT, 1861, Nr. 6 (9. Februar 1861), 79. Abweichend das Verzeichnis der Mitglieder des naturwissenschaftlichen Vereins im Fürstenthum Lippe, Detmold 1869, Nr. 427, 15, mit der Angabe 1868.

³² In der Bürgerrolle ist er 1862 noch nicht vermerkt, jedoch in der nächsten gedruckten Ausgabe 1866. Bürgerrolle der Stadt Detmold, Detmold 1866, 16, Nr. 296; auch in den folgenden Ausgaben: 1873, 16, Nr. 271; 1880, 15, Nr. 263; 1883, 17, Nr. 313.

³³ Verzeichnis der Mitglieder des Bildungsvereins zu Detmold, Detmold 1889.

³⁴ LAV NRW OWL, D 107 D 8 Ressource.

³⁵ JOACHIM KLEINMANN, Die Detmolder Feuerwehr und ihre Spritzenhäuser, in: LIPPISCHE MITTHEILUNGEN 91 (2022), 79-101.

³⁶ Katalog der Lipp. Gewerbeausstellung in Detmold 1881. Ausstellung für die Fürstenthümer Lippe und Schaumburg-Lippe, hg. von dem Vorstande der Ausstellung, Detmold o. J. (1881), 47.

³⁷ LLB, L 5846: Bericht über die Lippische Gewerbe-Ausstellung in Detmold 1881, unveröff. Manuskript, fol. 87 v.

³⁸ EBD., fol. 62.

zwei Photographen aus Bückeburg – William Focke sowie F. Kuhlmann & Sohn – präsentierte sich neben Kliem auch der Detmolder Louis Uhle, von dem bisher nur eine Photographie in Detmolder Sammlungen bekannt ist (jedoch noch mit dem Atelierort Uslar).³⁹ Das Ausstellungsgebäude lichtete Kliem selbstverständlich auch ab (Abb. 5).⁴⁰



*Abb. 5: Ausstellungsgebäude der Lippischen Gewerbeausstellung 1881,
Photographie Theodor Kliem.
(LAV NRW OWL, D 75 Nr. 3428)*

Aktenkundig wurde Kliem 1876 in einer Zivilrechtssache, die sich bis 1879 zog. Es geht darin um Alimente für ein uneheliches Kind, welche Therese Scheunert in Dresden einklagt.⁴¹ Sie hatte am 20. April 1846 ein Mädchen zur Welt gebracht, die Folge „zärtlichen Beisammenseins“ mit

³⁹ STADTARCHIV DETMOLD (STADTA DT), DT N 53 Nr. 2. Der Photograph Louis Uhle ist im ADREßBUCH DER RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1884 auf S. 24 in der Friedrichstraße 2 verzeichnet, in den vorhergehenden (1871) und nachfolgenden Adressbüchern (1887, 1891) ist er nicht vorhanden.

⁴⁰ 2 Abzüge (CdV) im LAV NRW OWL, D 75 Nr. 3428, Glasplatten-Negativ dazu D 75 N Nr. 18.

⁴¹ LAV NRW OWL, L 88 Detmold Fach 1 S 5: Therese Scheunert in Dresden ./ den Photographen Th. Kliem in Detmold wegen Forderung für Alimente, Laufzeit: 1876-1879; LAV NRW OWL, L 83 B K 1195: Kliene [richtig: Kliem], Th[eodor], Fotograf in Detmold gegen Therese Scheunert in Dresden – Alimente, Laufzeit: 1877/78; Therese Scheunert hatte bereits 1838 eine uneheliche Tochter von einem Studenten der Tharandter Königlich Sächsischen Forstakademie, einem Sohn des Königlich Württembergischen Regierungsrates von Abel. Das Mädchen Auguste Sidonie wurde am 4. September 1838 im Entbindungsinstitut geboren und am 11. September 1838 in der Dresdner Kreuzkirche getauft: LANDESKIRCHLICHES ARCHIV DER EV.-LUTH. LANDESKIRCHE SACHSEN, Kirchenbuch 1838 der Kreuzkirche Dresden. Siehe dazu SÄCHSISCHES STAATSARCHIV, 10747 Kreishauptmannschaft Dresden Nr. 2390, fol. 24-29. Der Regierungsrat von Abel machte 1839 die Zahlung einer Dotation und von Alimenten von der Änderung des Familiennamens des unehelichen Kindes von Abel in Scheunert abhängig. Der Eintrag des Nachnamens wurde am 5. September 1839 von Abel in Scheunert geändert (LANDESKIRCHLICHES ARCHIV DER EV.-LUTH. LANDESKIRCHE SACHSEN, Kirchenbuch 1838 der Kreuzkirche Dresden).

Kliem im Jahr zuvor.⁴² „Beklagter habe in den Jahren 1845 und 1846 mit der Klägerin zärtlichen Umgang gepflogen, dabei wiederholt mit ihr den Beischlaf vollzogen, Klägerin sei davon schwanger geworden und habe am 20. April 1846 [...] ein außereheliches Kind [...] geboren.“⁴³ Aus dem Eintrag im Taufbuch der Dresdner Annenkirche geht hervor, dass Kliem seinerzeit noch als Kellner tätig war.: „Name: Marie Franziska Theresie (unehelich.), Vater: Theodor Kliem, Kellner allhier, aus Ebeleben bei Sondershausen, Mutter: Johanne Theresie Scheunert, Dienstmädchen, aus Mohlis bei Meißen, Heinrich Gottfried Scheunert, Gutsbesitzers in Kalbitz bei Riesa Tochter.“⁴⁴ Wenige Wochen nach der Geburt des Kindes, am 21. Juli 1846, erkannte Kliem die Vaterschaft an und verpflichtete sich vertraglich zur Zahlung der Geburts- und Taufkosten in Höhe von 5 Talern, einer Dotation (Schenkung) von 15 Talern und Alimenten von monatlich 3 Talern 27 Groschen und 5 Pfennigen.⁴⁵ Allerdings kam er dieser Pflicht nicht nach. Offensichtlich konnte Therese Scheunert seinen Aufenthaltsort erst 1876 ausfindig machen, zumindest reichte sie erst in diesem Jahr Klage ein.⁴⁶ Das hätte sie sicherlich schon lange vorher getan, da sie „in sehr bedürftigen Verhältnissen“ lebte, wenn sie nur seinen Wohnort gekannt hätte.⁴⁷ Kliem wurde vor dem Detmolder Stadtgericht verurteilt, legte aber Berufung ein. Die Lippische Justizkanzlei folgte 1879 jedoch dem Urteil des Stadtgerichts, nachdem man bei der juristischen Fakultät der Universität Gießen ein Gutachten eingeholt hatte.⁴⁸ Zu den 652 Mark, die Kliem an Therese Scheunert einschließlich Zinsen zu zahlen hatte, kamen noch die Anwalts- und Gerichtskosten. Das wird ihn hart getroffen haben, hatte er doch im Jahr zuvor erst das Haus im Rosental erworben.⁴⁹

Einiges über die finanziellen Verhältnisse erfahren wir, als Theodor und Lina Kliem am 11. Mai 1886 in der eigenen Wohnung vor Amtsgerichtsrat Heldman ihr Testament errichteten.⁵⁰ Dass dieser zu ihnen ins Haus kam, mag ein Indiz dafür sein, wie angesehen Kliems in Detmold damals waren. Die unterschiedlichen Theaterengagements der frühen Jahre schlagen sich in der Feststellung nieder: „Wir haben an den verschiedensten Orten Deutschlands und auch des Auslandes gewohnt und wohnen seit dem Anfang der sechsziger [sic] Jahre in hiesiger Stadt.“ Beide gaben an, aus der Ehe sei ein Kind hervorgegangen, welches in frühester Jugend gestorben sei. Unerwähnt bleibt, aus welchen Gründen sie ihre Nichten aufnahmen, vermutlich wegen des frühen Todes von deren Vater, dem Landwirt Johann Kliem zu Großenehrich, Schwarzburg-

⁴² LAV NRW OWL, L 88 Detmold Fach 1 S 5: Der Zeitraum wird in der Klage genauer angegeben zwischen dem 182. und 302. Tage vor dem 20. April 1846.

⁴³ Aus der Urteilsbegründung, LAV NRW OWL, L 83 B Nr. 0 K 1195, Vorgang 24.

⁴⁴ LANDESKIRCHLICHES ARCHIV DER EV.-LUTH. LANDESKIRCHE SACHSEN, Tauf-, Trau- und Bestattungsbuch 1846 der Annenkirche Dresden, Nr. 219; auch: LAV NRW OWL, L 88 Detmold Fach 1 S 5, fol. 2.

⁴⁵ LAV NRW OWL, L 88 Detmold 1 S 5, fol. 3.

⁴⁶ Die Klägerin wurde von Advokat Krause in Dresden vertreten und vor den Detmolder Gerichten nach dem Armenrecht von Rechtsanwalt Joachim Spanjer-Herford. Theodor Kliem hatte Albert Clemen aus Lemgo als Anwalt genommen. Die in den Akten nicht erwähnten Vornamen ergänzt nach DEUTSCHER JURISTEN-KALENDER, Leipzig 1872, 95.

⁴⁷ LAV NRW OWL, L 83 B Nr. 0 K 1195, Vorgang 19a.

⁴⁸ EBD., Vorgang 19 f.

⁴⁹ Kaufvertrag vom 3. Dezember 1877, Zahlung von 12.000 Mark bei Übergabe am 1. April 1878, 6.000 Mark als Darlehen (LAV NRW OWL, D 23 B Detmold Bl. 19, fol. 5).

⁵⁰ LAV NRW OWL, D 23 Detmold Nr. 1430: Fürstlich-Lippisches Amtsgericht Detmold, Nachtrag zu dem Testament der Witwe Luise Kliem in Berlin, 1904, fol. 5-7.

Sondershausen. „Seit etwa 13 Jahren hält sich bei uns unsere Nichte, Minna Kliem, 25 Jahre alt, auf und seit etwa 7 Jahren auch deren Schwester Auguste Kliem, 21 Jahre alt. Mit anderen übrigen Verwandten haben wir seit Jahren in näherem Verkehre nicht gestanden. Wir haben deshalb keine Veranlassung, die letzteren in der von uns zu errichtenden letztwilligen Verfügung zu bedenken, dagegen fühlen wir uns verpflichtet, unseren beiden vorerwähnten Nichten uns erkenntlich zu zeigen. Unser Vermögen besteht aus dem von uns jetzt bewohnten Hause, einigem Capitalvermögen, den Geschäftsutensilien und demnächst aus einer Lebensversicherungs-Prämie zu 3.000 M.“ Minna Kliem wurde Generalerbin mit der Verpflichtung, ihrer Schwester Auguste ein Legat von 3.000 Mark innerhalb 3 Monaten nach dem Tod der Erblasser auszu zahlen und für den Fall der Verheiratung oder anderen häuslichen Niederlassung noch 500 Mark Aussteuer. Auch Lina Kliems Stiefschwester Flora Blanck wurde mit 500 Mark bedacht.⁵¹ Kliems Tochter Marie Franziska Theresie Scheunert ging leer aus.

Gestorben ist Theodor Kliem in Detmold im Alter von 64 Jahren am 22. Februar 1889 an Wassersucht.⁵² Mit ärztlicher Erlaubnis wurde er vor Ablauf der Dreitagesfrist am 24. Februar beerdigt. Im Adressbuch 1891 besteht sein Photoatelier noch mit der Witwe Lina Kliem als Inhaberin.⁵³ Sie ging Mitte 1892 nach Berlin.⁵⁴ Wohnhaus und Atelier übernahm mit Kaufvertrag vom 26. Mai 1891 Georg Zehnpfennig für 31.000 Mark. Im Adressbuch 1894 firmierte er als „Th. Kliems Nachf.“ und Hofphotograph im Rosental 2.⁵⁵ 1904 verzog er nach Köln.⁵⁶ Im Grundbuch ist neben dem Wohnhaus auch das Glashaus erwähnt, welches Kliem hier hinter der Nordseite des Hauses errichtet hatte.⁵⁷ Mit großer Wahrscheinlichkeit ist es das Glashaus, welches er 1864 hinter dem Haus Lange Straße 33 hatte bauen lassen und beim Umzug ins Rosental mitgenommen hatte. Zehnpfennigs Nachfolger wurde der Photograph Paul Beckmann (Abb. 6).⁵⁸ Lina Kliem verstarb am 20. Februar 1909 in ihrer Berliner Wohnung, Weißenburgerstraße 58, nachmittags 12 ¼ Uhr. Der Wert ihres Nachlasses wurde mit 30.000 Mark angegeben.⁵⁹

⁵¹ EBD., fol. 8 f. 1892, 1904 und 1905 änderte Lina Kliem ihr Testament noch mehrmals, EBD., fol. 10 f.

⁵² Dies ist der damals geläufige Begriff für Herzinsuffizienz; vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_historischer_Krankheitsbezeichnungen (Aufruf: 22. Januar 2023).

⁵³ ADREß- UND GESCHÄFTS-HANDBUCH DER FÜRSTLICHEN RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1891, 3.

⁵⁴ So heißt es 1892 bei einer Testamentsänderung, die sie in Detmold vornahm: Witwe des Photographen Th. Kliem, Caroline geb. Blanck aus Berlin, z. Zt. hiers. (D 23 Detmold Nr. 1429: Fürstlich-Lippisches Amtsgericht Detmold, letztwillige Verfügung der Eheleute Photograph Kliem hiers., 1886). 1897 bis 1900 ist sie in der Weißenburger Straße 52 gemeldet: Adreßbuch für Berlin und seine Vororte, 1897, 595; 1898, 604; 1899, 629; 1900, 651; 1902 kein Eintrag in Nr. 52 oder 58; ab dem Adreßbuch 1904, 746, Weißenburger Straße 58 wie der Bankbeamte H. Schultze, Ehemann der Nichte Minna (Adreßbuch 1908, 864).

⁵⁵ ADRESSBUCH DER RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1894, 120.

⁵⁶ Die Familie des Ingenieurs Georg Gustav Zehnpfennig (geb. 22.8.1857 in Neu-Engeldorf bei [Köln-] Meschenich) und seiner Frau Mathilde zog 1891 aus Brühl nach Detmold, zunächst in die Lange Straße 17 bei Leistner, vier Monate später mit den vier Kindern in das Haus Rosental 2 und 1904 nach Köln (STADTA, Meldekartei der Stadt Detmold, Nr. 331-2).

⁵⁷ Zu Lage und Größe vgl. Stadtpläne 1885, 1891 und 1900.

⁵⁸ Als kurzzeitiger Zwischeneigentümer des Hauses findet sich nach Zwangsversteigerung 1905 der Kaufmann Friedrich Wilhelm Amtenbrink im Grundbuch (LAV NRW OWL, L 101 C IV Nr. 44, lfd. Nr. 29; auch D 23 A Nr. 8406, Bl. 369).

⁵⁹ LAV NRW OWL, D 23 Detmold Nr. 1430: Fürstlich-Lippisches Amtsgericht Detmold, Nachtrag zu dem Testament der Witwe Luise Kliem in Berlin, 1904, fol. 3. Das Kaufkraft-Äquivalent entspricht rund 183.000 Euro (Deutsche Bundesbank, Kaufkraftäquivalente historischer Beträge in deutschen Währungen, 1810-2021, Stand Januar 2022).



*Abb. 6: Blick von Osten auf die Häuser im Rosental, in der Bildmitte das ehemalige Haus Kliem, nun Photoatelier Paul Beckmann. Photographie Ferdinand Düstersiek, vor 1911.
(LLB, HSA 6253)*

Ausrüstung

Zu der Zeit, in der Theodor Kliem photographierte, waren Plattenkameras der Stand der Technik, hölzerne Kästen mit einem Objektiv an der Vorderseite und einem Plattenschacht an der Rückseite. In diesen wurde vor der Aufnahme eine Glasplatte geschoben, welche in einer Dunkelkammer frisch mit Silbernitrat beschichtet, dann in einer lichtdichten Kassette in den Plattenschacht der Kamera eingeführt, im noch feuchten Zustand belichtet und sogleich entwickelt werden musste (Kollodium-Nassplatte⁶⁰). Für Aufnahmen außerhalb des Ateliers musste daher ein lichtdichtes Zelt mit Laborausrüstung mitgeführt werden. Eine Weiterentwicklung war die Möglichkeit, getrocknete Glasplattenbeschichtungen zu belichten. Dazu stand ab 1855 das Verfahren der Kollodium-Trockenplatte und ab 1871 der Silberbromid-Gelatine-Trockenplatte zur Verfügung. Letztere war auch wesentlich lichtempfindlicher, so dass sich die Aufnahmezeit um den Faktor Zehn verkürzte.

In der Porträtphotographie hielt sich das Kollodium-Nass-Verfahren noch lange, da die Silberbromid-Gelatine-Beschichtung gegenüber rotem Licht unempfindlich ist, was sich nachteilig auf die Wiedergabe menschlicher Hauttöne auswirkt.

Die Plattenkameras wurden für unterschiedliche Glasplattenformate gebaut, beginnend mit 6 × 9 cm bis zum Großformat 18 × 24 cm. Vom Negativ ließen sich nur Kontaktabzüge herstellen.

⁶⁰ <https://de.wikipedia.org/wiki/Kollodium-Nassplatte> (Aufruf: 3. November 2022).

Vergrößerungen wurden erst mit starken künstlichen Lichtquellen möglich. Die Kamerafront mit dem Objektiv konnte zum Scharfstellen des Motivs auf Schienen nach vorne oder hinten geschoben werden, weshalb der Raum zwischen Plattenschacht und Objektivrahmen aus einem lichtdichten Balg bestand (Abb. 7).

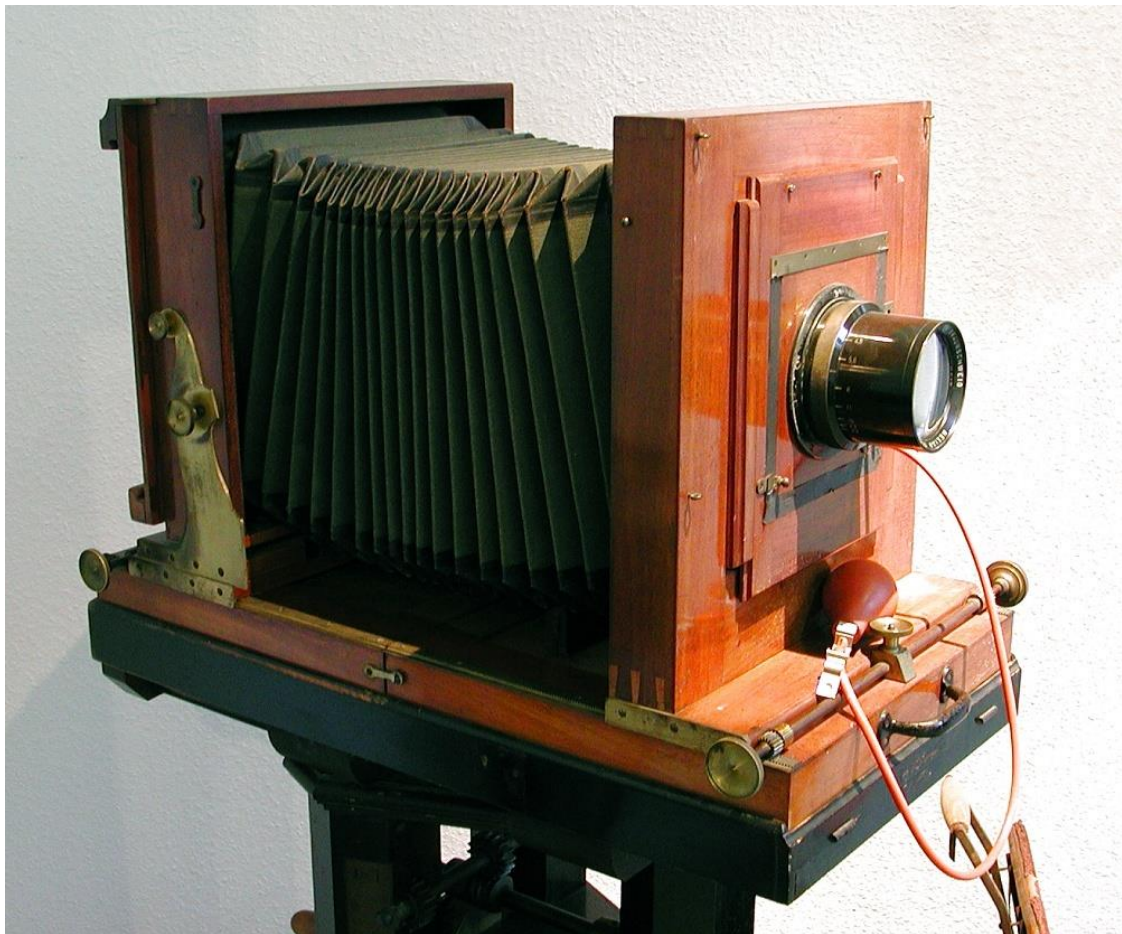


Abb. 7: Plattenkamera.
(Foto: WILFRIED WITTKOWSKY, CC BY-SA 3.0)

Kliem konnte bereits von einer erheblichen Verbesserung bei der Herstellung von Abzügen profitieren, dem Albuminverfahren. Es war 1850 von Louis Désiré Blanquart-Evrard vorgestellt worden und zählte bis um 1900 zu den beliebtesten Kopierpapieren, vor allem bei den Carte de Visite-Abzügen. Das Albuminpapier ermöglichte kürzere Papier-Belichtungszeiten von etwa 20 Sekunden sowie detailreichere und kostengünstigere Photoabzüge als die bis dahin bekannten Verfahren.⁶¹

Datierung

Die Beschäftigung mit Kliems Biographie ergab wertvolle Hinweise auf die Entstehung der Lichtbilder. Waren viele Aufnahmen bis dahin mit „um 1880“, „um 1890“ oder „um 1900“ datiert, so kann ihre Entstehungszeit jetzt auf das Erscheinen Kliems in Detmold um 1860 und

⁶¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Albuminpapier> (Aufruf: 1. November 2022)

seinen Tod 1889 eingegrenzt werden. Erste Aufnahmen sind, belegt durch die Werbung Kliems, spätestens 1861/62 entstanden. Eine weitere Unterscheidung durch den Umzug seines Studios 1878 von der Langen Straße ins Rosental ist leider nicht gesichert, da Kliem ältere Negative später wiederholt abgezogen und auf Kartons mit dem Aufdruck „Rosental 2“ montiert hat. Beispiele sind die Photographien der reformierten Erlöserkirche und der katholischen Kirche in Detmold.⁶² Diese Vorsicht muss genauso für die Abzüge gelten, die auf Kartons aufgezogen sind, die mit dem 1881 auf der Lippischen Gewerbeausstellung verliehenen Diplom werben.

Aufdrucke, Aufkleber und Stempel

Alleine aus den Jahren 1861 bis 1878 sind neun verschiedene rückwärtige Aufdrucke mit der Adresse „Lange Strasse“ bekannt, ebenso ein Aufkleber. Ein weiterer Aufkleber sowie ein ovaler Stempel geben nur die Autorenschaft „Photographie von Theodor Kliem“ bzw. „Photographisches Atelier von Theodor Kliem Detmold“ bekannt. Sechs verschiedene Aufdrucke mit der Anschrift „Rosenthal 2“ bzw. „Rosenthal-Strasse No. 2“ stammen aus der Zeit ab 1878. Neben diesen rückseitigen Angaben sind zahlreiche Cartes de Visite auf der Vorderseite mit dem Aufdruck „Th. Kliem Detmold“ oder – in vier Varianten – „Th. Kliem Photograph Detmold Rosental 2“ versehen. Eine trägt zusätzlich die Einprägung „1891 D“, wohl ein Hinweis auf den Fortbestand des Ateliers über Kliems Tod hinaus, wie es schon das Adressbuch nahelegt. Die selten vorkommende Angabe „Rosenthal 28“ bezieht sich nicht auf ein anderes Haus (das Rosental war längst nicht mit 28 Häusern bebaut), sondern auf die alte Hausnummer 28 im Quartier D.

Werk und Bedeutung

Wie auch Hofphotograph Hering war Kliem als Porträtist im Atelier tätig. Ab 1864 besaß er dazu ein eigenes Glashaus. Unter den rund 220 Photographien, die von ihm überliefert sind, finden sich 130 Porträts, darunter Fürst Leopold III.,⁶³ Fürstin Elisabeth,⁶⁴ der Lehrer am Leopoldinum Otto Weerth,⁶⁵ der Gründer des Landkrankenhauses Carl Piderit,⁶⁶ der Heimatdichter Ludwig Altenbernd⁶⁷ (Abb. 8) oder die Hofdame Uta von Koseritz (Abb. 9)⁶⁸. Eine Rarität ist die Aufnahme, welche Fürst Woldemar auf der Jagd zeigt,⁶⁹ denn dieses Lichtbild wurde nicht im Studio, sondern in der Natur aufgenommen. Im September 1888 wiederholte dies der Detmolder Photograph Ernst Raspe: Kaiser Wilhelm II. mit Fürst Woldemar als Jäger vor dem Hermannsdenkmal.⁷⁰

⁶² LLB, HSA 5,12r-2 (Aufdruck: Lange Strasse) und HSA 12-7 (Aufdruck: Rosental 2) sowie HSA 12-8 (Aufdruck: Lange Strasse) und HSA 5,10r-1 (Aufdruck: Rosental 2). Hinweis Dr. Joachim Eberhardt.

⁶³ LLB, BA LP-31-17a.

⁶⁴ LLB, BA LP-31-15b.

⁶⁵ LLB, BA LP-26-21.

⁶⁶ Carl Piderit (1797-1876), Porträt (Brustbild halbrechts), um 1860, LLB, BALP-18-36A.

⁶⁷ Ludwig Altenbernd (1818-1890), Porträt (Brustbild halbrechts), um 1870, LLB, LPe 63.

⁶⁸ LLB, BA LP-13-14 und BALP-13-15.

⁶⁹ STADTA DT, Bildarchiv, DT BA 3864.

⁷⁰ LLB, BA DT-45-75 und ME-PK-3-43.



*Abb. 8: Dichter Ludwig Altenbernd
(1818-1890),
Photographie Theodor Kliem, um 1870.
(LLB, LPe-63)*



*Abb. 9: Hofdame Uta von Koseritz,
Photographie Theodor Kliem, 1874.
(LLB, BA LP-13-15)*

Kliem warb ab 1881 auch damit, Vergrößerungen und Reproduktionen anzufertigen. Erhalten haben sich Reproduktionen eines Sticks des Hermannsdenkmals,⁷¹ des Stiftes Cappel sowie der Bildnisse von Goethe, Schiller, Napoleon und Garibaldi.⁷² Vergrößerungen gibt es in der SAMM-LUNG BUDDÉ etwa zum Haus Krohn in der Detmolder Neustadt, der Ressource an der Ameide oder dem Haus Wantrup an der Ecke Schülerstraße/Leopoldstraße. Zur Herstellung von Vergrößerungen war eine Projektionslaterne notwendig, die – vor Erfindung des elektrischen Lichts – mit Petroleum oder Gas als Leuchtmittel arbeitete.⁷³

Abzüge von Sehenswürdigkeiten ließen sich wohl auch gut an Touristen verkaufen. Kliem warb vor allem mit Aufnahmen von Hermannsdenkmal, Externsteinen, Schloss und Palais bei Besuchern der Stadt.⁷⁴

⁷¹ LLB, BA-DT-63-17.

⁷² LLB, H SA 12-19 bis 12-23. Kliems Urheberschaft dieser vier Reproduktionen ist nicht gesichert, allerdings befinden sie sich im sog. Kliem-Album HSA 12.

⁷³ Siehe dazu z. B. <https://www.cameramuseum.ch/de/entdecken/dauerausstellung/laterna-magica/fotografische-projektionen/> (Aufruf: 10. November 2022).

⁷⁴ Vgl. Inserate-Anhang der Adressbücher 1884 und 1891.

Was Kliem besonders macht und von den anderen oben genannten Photographen unterscheidet, ist sein unermüdliches Ablichten von Detmolder Straßenzügen⁷⁵ (Abb. 10) und einzelnen Häusern.



Abb. 10: Blick von Norden in die Benkestraße, Photographie Theodor Kliem, um 1880.
(LLB, BA DT-11-38)

Städtebauliche Zusammenhänge bietet er uns mit seinen Stadtansichten aus der Ferne, vom Spitzenkamp an der Lemgoer Chaussee, der »Kaffeemühle«, jetzt Richthofenstraße 60 (Abb. 11) und vom Hohenloh⁷⁶ sowie vom Hiddeser Berg⁷⁷. Dafür, aber auch für Aufnahmen des Hermannsdenkmals, der Externsteine⁷⁸, der Berlebecker Quellen⁷⁹ oder des Donoper Teichs⁸⁰ transportierte er seine Ausrüstung weit aus der Stadt hinaus. Darin folgten ihm um 1880 der Detmolder Photograph Wilhelm Lange⁸¹ und später Ferdinand Düstersiek. Wie später einer seiner Nachfolger, der Keksfabrikant Wilhelm Pecher, hatte Kliem auch einen Blick für Naturschönheiten. Neben den genannten Aufnahmen ist hier der Blick über die Inselwiese zur fernen Grotenburg erwähnenswert.⁸²

⁷⁵ Benkestraße (LLB, BA DT-11-38), Allee (LLB, HSA 12-17), Hornsche Straße (LLB, HSA 12-14), Lange Straße (LLB, HSA 12-12 und 12-13), Leopoldstraße (LLB, HSA 12-10).

⁷⁶ LLB, BA DT-61-10, BA DT-64-29; SAMMLUNG FRANK BUDDE, Detmold. Die Kaffeemühle, Inhaber Hermann Rehm, war ein beliebtes Ausflugsziel.

⁷⁷ LLB, BA DT-61-11.

⁷⁸ LLB, ME-PK-2-131.

⁷⁹ LLB, BA DT-64-21.

⁸⁰ LLB, BA DT-61-19.

⁸¹ Blick aus der Ferne auf die Grotenburg mit dem Hermannsdenkmal, LLB: BA DT-61-14.

⁸² LLB, BA DT-64-4.



*Abb. 11: Blick auf Detmold vom Spitzenkamp, in der Bildmitte das Strafwerkhaus.
Photographie Theodor Kliem, 1878-1889.
(LLB, BA DT-64-29)*

Theodor Kliem hatte offenbar besonderes Interesse an Bauwerken, die er als erster Detmolder Photograph in großer Zahl abgelichtet hat. Wertvoll sind insbesondere die Aufnahmen längst abgebrochener Gebäude wie die vom Kanzlerhaus in der Langen Straße 73⁸³, der lutherischen Kirche in der Schülerstraße (Abb. 12)⁸⁴, dem alten Hoftheater⁸⁵, der Kaserne in der Leopoldstraße (Abb. 13), des Hauses Gartenstraße 15⁸⁶ oder umgebauter Gebäude wie der katholischen Kirche St. Bonifatius⁸⁷, dem Neuen Palais⁸⁸ oder dem Haus Wantrup am Ende der Schülerstraße⁸⁹.

Auch neue Gebäude wie die Brauerei Strate⁹⁰ (erbaut 1863), die Brauerei Falkenkrug (1857-1880), das Haus des Finanzministers in der Bismarckstraße 2 (1872), das Kriegerdenkmal auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz⁹¹ (1875), das Hermannsdenkmal ohne und mit Statue⁹² (vor und nach 1875), den Detmolder Bahnhof⁹³ (1880) sowie Wohnhäuser in der Allee (1862 und 1869)⁹⁴, der

⁸³ LLB, BA DT-64-27.

⁸⁴ LLB, BA DT-38-39 sowie HSA 12-6; STADTA DT, DT BA 3858; SAMMLUNG FRANK BUDDE, Detmold.

⁸⁵ LLB, HSA 12-11.

⁸⁶ SAMMLUNG FRANK BUDDE, Detmold; im Hintergrund angeschnitten auch Gartenstraße 17.

⁸⁷ LLB, HSA 12-8.

⁸⁸ LLB, HSA 12-4.

⁸⁹ SAMMLUNG FRANK BUDDE, Detmold.

⁹⁰ LLB, BA DT-64-32.

⁹¹ LLB, BA DT-28-46.

⁹² LLB, HSA 12-2, ME-PK-2-17, 2-18 und 2-25, 4 H 16 (in Ba A1, 10r), BA DT-61-13.

⁹³ LLB, BA DT-64-26.

⁹⁴ LLB, BA DT-14-44, HSA 12-17, Allee 27 und 29.

Gartenstraße⁹⁵ (1864-1878), der kleinen Palaisstraße⁹⁶ (1877), der Paulinenstraße⁹⁷ (1873/77), der Benekestraße⁹⁸ (1873-1877, vgl. Abb. 10) oder der Emilienstraße⁹⁹ lichtete Kliem ab. Vermutlich handelte es sich bei diesen Lichtbildern um Auftragsarbeiten stolzer Bauherren. Kliem warb explizit mit dem Angebot von Architekturaufnahmen.¹⁰⁰



*Abb. 12: Lutherische Kirche Detmold, Schülerstraße.
Photographie Theodor Kliem, vor 1881.
(STADTARCHIV DETMOLD, DT BA 3858)*

Ein häufiger Auftraggeber war der Rat Franz Krohn (1799-1872), der nicht nur seine Familie sondern auch die verschiedenen Umbau- bzw. Erweiterungsphasen seines 1833 erworbenen Hauses in der Neustadt in Lichtbildern festhalten ließ (Abb. 14).¹⁰¹ Auf ihnen posiert das Ehepaar Krohn auf der Dachterrasse.

⁹⁵ LLB, HSA 12-15.

⁹⁶ LLB, BA DT-11-39, nördliche Straßenseite mit Nr. 38, 36 und Benekestraße 2 (1876).

⁹⁷ LLB, BA DT-64-28. Das abgebildete Haus steht nicht mehr. Es handelt sich um die alte Hausnummer 1, 9 oder 11. Diese Häuser wurden um 1965 bzw. um 1985 abgerissen.

⁹⁸ LLB, BA DT-11-38, östliche Straßenseite Nr. 7, 3, 1 und Palaisstraße 36, im Hintergrund Palaisstraße 33.

⁹⁹ Die Häuser Emilienstraße 9–17 sowie die Eckhäuser Elisabethstraße 21 und Sachsenstraße 15 entstanden erst 1891-1898.

¹⁰⁰ FÜRSTLICH-LIPPISCHES REGIERUNGS- UND ANZEIGEBLATT, Nr. 37 (7. Mai 1864), 392 f.

¹⁰¹ SAMMLUNG FRANK BUDDE, Detmold: Aufnahme vom jenseitigen Kanalufer von Südwesten, mit dem Ehepaar Krohn auf dem Balkon; ähnlicher Blickwinkel mit Festschmuck anlässlich des Kaiserbesuchs 1888; zwei gleiche Abzüge vom oberen Stockwerk des Neuen Palais gesehen nach dem ersten Umbau, mit dem Ehepaar Krohn auf dem Balkon, eine weitere Aufnahme vom gleichen Standort nach Abbruch der Hinterhäuser und Neubau im Garten. Außerdem LAV NRW OWL, DT N 33 Nr. 1; D 75 Nr. 3428; LLB, HSA 5B,5v1. Vgl. auch AUGUST KROHN, Krohn'sche Familiennachrichten, Saarbrücken 1903, 39 f.



*Abb. 13: Leopoldstraße von Nordwesten mit der Kaserne.
Photographie Theodor Kliem, um 1887. (LLB, HS A 5 B,11r-2)*



*Abb. 14: Haus Krohn am Ende der Detmolder Neustadt nach dem ersten Umbau.
Photographie Theodor Kliem, 1880.
(SAMMLUNG FRANK BUDDE, Detmold)*

Schließlich hielt Kliem auch besondere Ereignisse fest wie die 1871 zum Einzug der siegreichen Truppen geschmückte Stadt, erneut 1888 zum Besuch von Kaiser Wilhelm II.¹⁰² Auch das Bild der temporären Ausstellungshalle der Lippischen Gewerbeausstellung 1881 ist ein besonderes Zeitdokument (vgl. Abb. 5).

So bleibt festzustellen, dass Theodor Kliem im Unterschied zu seinen Detmolder Kollegen einen weitaus umfassenderen Blick hatte. Nicht nur das Porträt gehört zu seinem Œuvre sondern auch Natur und Landschaft, Sehenswürdigkeiten, Architektur der Vergangenheit und Gegenwart sowie besondere Ereignisse. Für die Detmolder Geschichtsschreibung hat er damit unschätzbare Quellen geschaffen.

Anhang 1:

Zeitgenössische und nachfolgende Detmolder Photographen (bis 1914) (alphabetisch)

Paul Beckmann

Nach > Ferdinand Düstersieks Umzug übernahm der Hof-Photograph Paul Beckmann (12. September 1878 - 4. März 1953)¹⁰³ dessen Atelier in der Lageschen Straße 36. Nach dem Wegzug > Georg Zehnpfennigs und der Zwangsversteigerung des Hauses Kliem im Rosental übernahm Beckmann dieses.¹⁰⁴ Belegen lässt er sich erst 1907 und 1909 im Haus Rosental 3, der ehemaligen Hausnummer 2 und damit Kliems Atelier.¹⁰⁵ Kliems Glashaus hinter dem Wohnhaus ließ er 1933 durch einen massiven Anbau mit Glasdach ersetzen.¹⁰⁶ Beckmann warb 1909 für „Aufnahmen von Porträts u. Gruppen im Atelier u. Freien“.¹⁰⁷ Von ihm sind zahlreiche Photographien zwischen 1909 und 1955 in der Lippischen Landesbibliothek und der Bildsammlung des Stadtarchivs Detmold überliefert – Einzelporträts, Gruppenbilder, Landschaftsaufnahmen, Architekturbilder und Bühnenfotografien des Landestheaters. Im Architekturmuseum der TU Berlin befinden sich vier Fotos des Landestheaters, die 1941 als Auftragsarbeit für das vom „Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt“ geplante Handbuch „Das Deutsche Theater“ angefertigt

¹⁰² LLB, BA LP-34-1b, BA B 42 Bandelsammlung (in: Ba A 1), BA DT-30-57; SAMMLUNG FRANK BUDDE, Detmold: Neustadt, Ecke Gartenstraße mit Laubgirlanden, -kränzen und Fahnen sowie zahlreichen Schaulustigen auf dem Gehweg und im Garten des Hauses Krohn.

¹⁰³ STADTA DT, DT MK Nr. 365: Detmolder Häuserkartei, Rosental Nr. 3.

¹⁰⁴ LAV NRW OWL, L 101 C IV Nr. 44, lfd. Nr. 29; dazu Grundbuchakte Detmold D 23 B Bl. 19.

¹⁰⁵ ADREß- UND GESCHÄFTS-HANDBUCH DER RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1909, 48. 1904 ist er im Adressbuch unter den Detmolder Photographen noch nicht erwähnt; siehe auch ADREßBUCH DER FÜRSTLICHEN RESIDENZSTADT DETMOLD 1914, Detmold 1914, 54. Die Hausnummern hatten sich wegen des Neubaus von Paul Metzentin, Nr. 1, verschoben (vgl. Grundbuch, LAV NRW OWL, L 101 C IV Nr. 44, lfd. Nr. 29 und 512), heute Rosental 5. Nach der Meldekartei (STADTA DT, DT MK Nr. 386) war er aber erst ab 10. Oktober auch mit Wohnsitz hier gemeldet.

¹⁰⁶ Baupläne dazu in LAV NRW OWL, L 80.13 Nr. 61.

¹⁰⁷ Festschrift zur Neunzehnhundertjahrfeier der Schlacht im Teutoburger Walde, hg. vom Festausschuß, Detmold 1909, 82.

wurden.¹⁰⁸ Bei der Eroberung Detmolds durch die Alliierten wurde ein Vorderzimmer seines Hauses mit seinen Kameras zerstört.¹⁰⁹

Wilhelm Degèle

Degèle wurde 1820 in Hannover geboren und arbeitete dort ab 1850 als Daguerrotypist. Schon 1852 nannte er sich Photograph. Gestorben ist er nach 1888 und vor 1897.¹¹⁰ Einen Wohnsitz hatte er in Detmold offensichtlich nicht, denn in den Adressbüchern 1891 und 1894 gibt es keinen Eintrag, obwohl er hier um 1900 ein Zweigatelier betrieb, zunächst in der Langen Straße: Auf einem Doppelbildnis des Kammerpräsidenten Karl Ernst (gest. 1900)¹¹¹ und seiner Gattin lautet der Aufdruck „Detmold Lange-Straße 61 I.“ und „Hannover Luisen-Straße 8 II.“.¹¹² Kurz darauf war er in der Bismarckstraße 13 I., Eingang Mühlenstraße zu finden.¹¹³ Zu seinen prominentesten Kundinnen zählte Fürstin Sophie zur Lippe, von deren Bildnis er eine 20 × 30 cm messende Vergrößerung herstellte.¹¹⁴ Auch den Landgerichtsrat Martin Bröffel hat er porträtiert.¹¹⁵ Auf einer Aufnahme der Häuser 61–65 sieht man auch das Obergeschoss des Hauses, in dem Degèle sein Atelier betrieb (über dem Juwelier Lülwes).¹¹⁶ Laut den Adressbüchern 1897 und 1904 betrieb seine Witwe Meta Degèle das Atelier später noch in der Bismarckstraße 13.¹¹⁷

Ferdinand Düstersiek

Ferdinand Düstersiek wurde am 15. Oktober 1856 in Detmold geboren. 1891 firmierte er als Mechaniker in der Lageschen Straße 36, 1911 als Hofmechaniker und Optiker in der Langen Straße 11.¹¹⁸ Der Schwerpunkt seiner Arbeiten liegt in der Dokumentation von Straßenzügen und Häusern, wobei er erstmals auch Innenansichten Detmolder Häuser aufnahm.¹¹⁹ JENDRECK gibt den zeitlichen Rahmen seiner Tätigkeit als Photograph mit 1900 bis 1930 an.¹²⁰ Die von Düstersiek verwendeten „Agfa Isolar“ Trockenplatten wurden erst ab 1896 hergestellt. Im Un-

¹⁰⁸ Architekturmuseum der TU Berlin, Theaterbausammlung, Inv.-Nr. TBS 093,10 bis 13; vgl. JOACHIM KLEINMANN, Das Detmolder Landestheater (Lippische Kulturlandschaften, 42). Detmold 2019, 22.

¹⁰⁹ LAV NRW OWL, D 23 B Detmold, Bl. 19.

¹¹⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_August_Degèle (Aufruf: 3. November 2022). Im Adressbuch der Residenzstadt Detmold 1897 wird bereits seine Witwe verzeichnet.

¹¹¹ LAV NRW OWL, L 92 A Nr. 1376.

¹¹² Auch eine Aufnahme in STADTA DT, DT N 53 Nr. 2.

¹¹³ Aufdruck auf LLB, BA DT-64-25, Weerth-Denkmal, um 1901. Außerdem Aufnahmen des Hermannsdenkmals (LLB, 4 H 9).

¹¹⁴ LLB, FP S 16.

¹¹⁵ LLB, LPe 10.

¹¹⁶ LLB, BA DT-63-16.

¹¹⁷ ADRESSBUCH DER RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1904, 91. Im ADREß- UND GESCHÄFTS-HANDBUCH DER RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1909 gibt es keinen Eintrag mehr.

¹¹⁸ ADREß- UND GESCHÄFTS-HANDBUCH DER FÜRSTLICHEN RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1891 und 1911.

¹¹⁹ FRANK JENDRECK, Ferdinand Düstersiek und Wilhelm Pecher. Zwei Detmolder Fotografen der Jahrhundertwende, in: HEIMATLAND LIPPE 93/2000, 49-53; online: <https://digitale-sammlungen.llb-detmold.de/llb/periodical/pageview/6143994>.

¹²⁰ JENDRECK, wie Anm. 117, 49.

terschied zu Kliem spielen in seinem Werk Porträts nur eine untergeordnete Rolle.¹²¹ Seine Architekturfotos haben indes große Bedeutung, insbesondere die Innenaufnahmen von damals schon selten gewordenen archaischen Küchen oder Deelen. Am 4. Oktober 1945 ist Düstersiek in Detmold gestorben.

August Ebeling

Betrieb ein Photographisches Atelier in Detmold und ist 1887 durch Aufnahmen des Friedenstals und der Inselwiese, u. a. mit dem Zollhaus an der Chaussee nach Hiddesen, und durch ein Porträt des Braker Pastors Hermann Goedecke (1819–1890) belegt.¹²² Erstmals erwähnt wird er im Adressbuch 1884 in der Langen Straße 61,¹²³ 1891 unter derselben Adresse. 1894 wird dann ein Photograph > Otto Liebert im Adressbuch unter dieser Anschrift verzeichnet.¹²⁴

Hans Eberlein

Ist 1884 im Adressbuch als Photograph in der Paulinenstraße 6 verzeichnet.¹²⁵ Sein Nachfolger ist hier schon im Jahr darauf > Ernst Raspe.

Julius Giere

Julius Giere hatte seinen Wohnsitz in Hannover, wurde aber 1875 in einer Prozessakte der Lippischen Justizkanzlei als „Photograph in Detmold“ geführt.¹²⁶ Von ihm sind zwei Porträtfotos überliefert: eines von Lina Krohn¹²⁷ und eines von Georgette von Issendorff.¹²⁸

Georg Hering

1861 inserierte der Hofphotograph Georg Hering, er würde „*das neue bequem eingerichtete Glashauss zur Aufnahme von Photographien*“ am 4. Dezember eröffnen.¹²⁹ Wo, ist allerdings unklar. Von Hering sind 37 Porträt-Aufnahmen in der Bildsammlung der Lippischen Landesbibliothek überliefert. Auf diesen hat er das Fürstenhaus und hochgestellte Personen abgelichtet, die Fürstinnen

¹²¹ JENDRECK, wie Anm. 117, 51 f.

¹²² LLB: BA-DT-64-9; 64-14 und 64-15; BA-LP-7-42; weitere Aufnahmen in der SAMMLUNG FRANK BUDDE.

¹²³ ADREßBUCH DER RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1884, 6.

¹²⁴ ADRESSBUCH DER RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1894, 120.

¹²⁵ ADREßBUCH DER RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1884; eine Porträt-Aufnahme von Adolf Dornheim in der SAMMLUNG FRANK BUDDE.

¹²⁶ LAV NRW OWL, L 83 B Nr. G 487: Giere, Julius, Photograph in Detmold gegen Kammerherr M. von Donop in Wöbbel - Forderung, Laufzeit 1875.

¹²⁷ Geb. 18. Juni 1842 in Brooklyn als Lina Hjortsberg, verheiratet mit Franz Krohn jun. (LLB: BA LP-13-41).

¹²⁸ Geb. von Donop, Ehefrau des Hofmarschalls Hieronymus von Issendorff (1834-1876), LLB, BA LP-10-41b. Zu Julius Giere siehe auch https://de.wikipedia.org/wiki/Julius_Giere (Aufruf: 20. Oktober 2022).

¹²⁹ FÜRSTLICH-LIPPISCHES REGIERUNGS- UND ANZEIGEBLATT, 28. November 1861, 695.

Sophie und Elisabeth, die Fürsten Leopold III. und Woldemar, Hofmarschalle, Hofdamen, Militärs und andere, sogar zwei Reitpferde der Fürstin Elisabeth.¹³⁰ 1871 ist er in der Krumpfen Straße 15 ansässig.¹³¹

Louis Hüpeden

Der „Goldarbeiter“ (Goldschmied) Wilhelm Louis Hüpeden ist 1861 als Photograph in der Langen Straße 38 tätig.¹³² Das Haus hatte er 1840 erworben.

Ernst Kracht

Ernst Kracht war laut Adressbuch 1914 in der Mühlenstraße 14 ansässig und ist mit 17 Lichtbildern, meist Postkarten Detmolder Hotels und Gaststätten, in der Sammlung der Lippischen Landesbibliothek vertreten. Er arbeitete bis um 1930.

¹³⁰ Fürstin Sophie zur Lippe (BA LP-31-6b), 1867 Fürstin Elisabeth (BA LP-61-17b sowie FP G 5b), ihre Reitpferde Kastor und Numa (BA LP-31-64a und b), Fürst Leopold III. (BA LP-31-14a sowie FP S 12,2), 1875 Elisabeth als Witwe (BA LP-31-11), um 1858 die Fürstinmutter Emilie (FS P 6,2) 1875 oder kurz darauf Fürst Woldemar (BA LP-31-6a), Bertha von Unger geb. von Eberhardt (BA LP-25-27b), Marie Krohn geb. Stock (BA LP-23-70b), vor 1866 Major August Rohdewald (BA LPe 36), 1862 Hertha von Kerssenbrock, 1862-1864 Hofdame der Fürstin Elisabeth (BA LP_11-45), dieselbe als verheiratete von Rhoeden mit ihrer Tochter Elisabeth, dem Patenkind der Fürstin (BA LP-20-12), ebendiese Tochter Elisabeth von Rhoeden mit ihrer Kinderfrau Sophie Reker (BA LP-20-11a), Medizinalrat Karl Piderit (BA PL-18-34), Frau Hofmarschall Sophie von Meysenbug geb. Quentell (BA LP-15-50b), Freiherr Maximilian von Laßberg (1813–1866), thurn und taxisscher Postmeister für Lippe und Schaumburg-Lippe (BA LP-14-30a und 32) sowie dessen Frau Ida geb. Freiin vom Stein zu Nord- und Ostheim (BA LP-14-30b), Haushofmeister Carl Koch (BA LP-12-50), Otto von Kerssenbrock (BA LP-11-49), Mathilde von Kerssenbrock, 1866/67 Hofdame der Fürstin Elisabeth (BA PL-11-47, 48a und 48b), 1864 Hertha von Kerssenbrock mit ihrem Verlobten Caspar Adam von Rhoeden (BA LP-11-46), 1865 Hofmarschall Hieronymus von Issendorff (BA LP-10-41a) und dessen Frau Georgette geb. von Donop mit der Tochter Eleonore (BA LP-10-40), Helene Funck von Senftenau, Tochter des Hofmarschalls Carl August Stephan Heinrich Funck von Senftenau und der Julie von Meysenbug (BA LP-7-14a, dazu https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Friedrich_Funk_von_Senftenau (Aufruf: 11. Februar 2023), August von Donop (BA LP-5-15a), Borries von Dittfurth (BA LP-4-55), Professor Karl Brandes (BA LP-2-54), Apotheker Robert Brandes (BA LP-2-48), 1867 Helene Luise Cäcilie von Berenhorst Freiin von Bodenhausen, Frau des lippischen Hofmarschalls Georg Heinrich von Berenhorst, Ehrendame der Fürstin Elisabeth, mit einem Mädchen, vermutlich ihrer Tochter Helene Emilie Luise Mathilde Anna, geb. am 14.11.1859 (BA LP-1-49b), 1868 die Witwe Helene von Berenhorst Freiin von Bodenhausen als Braut des Grafen Wilhelm zu Solms-Rösa (Hochzeit am 23. Juni 1868, dazu https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_zu_Solms-Rösa)Aufruf: 11. Februar 2023) mit Kind unter einem Tisch versteckt (BA LP-1-50), Auguste [von Anderten], geb. v. Grone, m. Kindern [Elisabeth, Hedwig und Paul] (BA LP-1-9b), um 1860 August von Cölln (LPe 74), 1861 Küster Hermann Meyer (LPe 73), Adolf Dresel (LPe 12), Kapellmeister Clemens August Kiel (GA B 297 sowie LPe 22), 1863 Mathilde von Kerssenbrock (BA PL-39-8), 1863 und 1865 Agnes von Oeynhausen (BA LP-39-9 und 10).

¹³¹ ADREß-BUCH DER STADT DETMOLD, Detmold 1871, III. Teil, 45 (Gewerbetreibende): Krumme Straße C 82.

¹³² FÜRSTLICH-LIPPISCHES REGIERUNGS- UND ANZEIGEBLATT 1861, 326 und 341, Adresse nach LAV NRW OWL, D 72 Kittel, Ingeborg: Detmolder Häuserbuch. In Lemgo war der Sohn des Goldarbeiters Friedrich Clausen in dessen Wohnhaus als Photograph tätig: FÜRSTLICH-LIPPISCHES REGIERUNGS- UND ANZEIGEBLATT, 1861, 725.

Wilhelm Lange

Wilhelm Lange ist um 1890 in der Bismarckstraße 9 belegt.¹³³ In diesem Jahr nahm er in seinem Atelier die Familie von Robert Nacke auf, einem Detmolder Pfarrer und späteren Superintendenten. Dieser stammte vom Hof Nacke in Ehrsen. Das Lichtbild zeigt ihn mit Ehefrau Luise und ihren sieben Kindern.¹³⁴ Zuletzt ist Lange 1897 im Adressbuch aufgeführt, 1904 jedoch nicht mehr erwähnt.¹³⁵

Franz Langhammer

Franz Langhammer ist als Nachfolger von > Wilhelm Lange 1909 und 1912 als Hofphotograph in der Bismarckstraße 9 bzw. von > Wilhelm Degèle in der Bismarckstraße, Ecke Mühlenstraße nachgewiesen, noch nicht 1904 und nicht mehr 1914.¹³⁶ Ein undatiertes Bild im Stadtarchiv Detmold trägt vorn die Prägung „Franz Langhammer vorm. Degèle. Detmold Mühlenstr. 14“.¹³⁷ Die Lippische Landesbibliothek besitzt drei Porträtaufnahmen von Langhammer: Kommerzienrat Leo Jacobi,¹³⁸ Prof. Wilhelm Gebhard, Direktor des Leopoldinums, 1910,¹³⁹ und Hofopernsänger Johann Heinrich Hoffmann 1912.¹⁴⁰ Weitere Aufnahmen befinden sich in der SAMMLUNG FRANK BUDDE.

Otto Liebert

1894 als Nachfolger von > August Ebeling im Adressbuch unter der Anschrift Lange Straße 61 verzeichnet.¹⁴¹ Bislang sind nur wenige Aufnahmen von ihm bekannt.¹⁴²

Wilhelm Pecher

Obwohl nur ein Amateurphotograph hat Wilhelm Pecher als lippischer Bildchronist große Bedeutung. Er wurde als Sohn des Detmolder Keksfabrikanten Carl Pecher am 10. Dezember 1873 geboren. Pecher war etwa zeitgleich mit Düstersiek und Beckmann tätig, verfolgte aber

¹³³ Im ADREß-BUCH DER STADT DETMOLD, Detmold 1871 und dem ADREßBUCH DER RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1884 ist er noch nicht verzeichnet, 1887 in der Friedrichstraße 2. Das ADREß- UND GESCHÄFTS-HANDBUCH DER FÜRSTLICHEN RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1891 führt ihn in der Bismarckstraße 9. Zu Lange siehe auch [https://wiki.genealogy.net/Lange_\(Detmold\)/Fotostudio](https://wiki.genealogy.net/Lange_(Detmold)/Fotostudio) (Aufruf: 20. Oktober 2022).

¹³⁴ STADTA DT, DT BA 1304.

¹³⁵ ADREßBUCH DER RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1897, Bismarckstraße 9.

¹³⁶ ADREß- UND GESCHÄFTS-HANDBUCH DER RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1912, Gewerbetreibende (Photographische Anstalten).

¹³⁷ STADTA DT, DT N 53 Nr. 2.

¹³⁸ LLB, LPe 82.

¹³⁹ LLB, LPe 17.

¹⁴⁰ LLB, Slg 73 Nr 2,1 Literaturarchiv.

¹⁴¹ ADREßBUCH DER RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1894, 120.

¹⁴² LLB, LPe 27: Porträt Wilhelm Oesterhaus, 1894; weitere Aufnahmen in der SAMMLUNG FRANK BUDDE.

ganz andere Motiv-Interessen, denn er arbeitete nicht im Auftrag. Seine Schwerpunkte liegen in der Abbildung der Naturlandschaft und der völkisch geprägten Dokumentation ländlichen Arbeitslebens zwischen etwa 1900 und 1930.¹⁴³ Pecher starb am 2. November 1943. Die Lippische Landesbibliothek bewahrt über 2.000 seiner Lichtbilder.

Fritz Quidde

Wilhelm Langes Nachfolger wurde der Hofphotograph Fritz Quidde, der um 1900 seine Tätigkeit in Detmold begann.¹⁴⁴ Da er 1904, 1907 und 1909 in der Bismarckstraße 9 verzeichnet ist,¹⁴⁵ müssen wir ihn wie > Franz Langhammer als einen Nachfolger > Wilhelm Langes ansehen. 1905 lichtete er das Kollegium der Töcherschule in Detmold ab.¹⁴⁶ 1914 verzeichnet ihn das Adressbuch in der Bismarckstraße 11.¹⁴⁷ Die Bilddatenbank der Lippischen Landesbibliothek verzeichnet 17 Photographien. Ein „Photo-Atelier Quidde“ ist noch um 1920 in Detmold belegt.¹⁴⁸

Ernst Raspe

Ernst Raspe übernahm das Atelier von > Hans Eberlein 1885. Damals inserierte er sein Photographisches Atelier in der Paulinenstraße 6 mit einer Filiale Neustadt 5 mehrfach in der *Lippischen Landes-Zeitung*: „Momentaufnahmen finden täglich und bei jeder Witterung von Vormittags 9 bis Nachmittags 4 Uhr statt. Atelier und Wartezimmer sind gut geheizt.“¹⁴⁹ 1887 firmiert er in der Paulinenstraße 4, I. Stock.¹⁵⁰ 1891 und 1894 als Hofphotograph am Wall 15, I. Stock.¹⁵¹ Das von Raspe betriebene „Photographische Hofatelier Helios“ ist zwischen 1888 und 1914 nachgewiesen.¹⁵² 1897 inserierte er im Adressbuch als Hofphotograph Am Wall 15 im ersten Obergeschoss und bot auch Vergrößerungen an.¹⁵³ 1909 ist das Atelier von Wall 15 nach

¹⁴³ FRITZ BARTELT (Hg.), Wilhelm Pecher 1873-1943. Menschen und Landschaften in Lippe. Lichtbilder zwischen 1900-1914. Ausstellung vom 21. Juli bis 5. September 1975 in der Volksbank Detmold, Wallgraben. o. O. (Kalletal) 1975; JENDRECK, wie Anm. 117, 51 f.

¹⁴⁴ Im Adressbuch 1897 ist er noch nicht verzeichnet, 1904 jedoch unter Bismarckstraße 9 (S. 31 und 91).

¹⁴⁵ Hier ändert sich die Hausnummer von 18 über 9 (1905) in 11 (vgl. Grundbuch). Adressbuch vom Fürstentum Lippe, Bad Warmbrunn 1907 und Adreß- und Geschäfts-Handbuch der Residenzstadt Detmold, Detmold 1909: Bismarckstraße 9/11. Bismarckstraße 11 war die westliche Hälfte eines Doppelhauses mit Nr. 9. Er wurde auch in der Festschrift zur Neunzehnhundertjahrfeier der Schlacht im Teutoburger Walde, hg. vom Festausschuß, Detmold 1909, 108, als Hofphotograph verzeichnet. Auf einem von Quidde aufgenommenen Lichtbild des Festzuges (LLB: Ba A 3-1,44) ist im Hintergrund das Haus mit einem Teil der Aufschrift „[Quid]de Hof-Photograph“ zu sehen.

¹⁴⁶ STADTA DT, DT BA 3789.

¹⁴⁷ ADREßBUCH DER FÜRSTLICHEN RESIDENZSTADT DETMOLD 1914, Detmold 1914, 211.

¹⁴⁸ LLB, ME-PK-15-85.

¹⁴⁹ Beispielsweise Nr. 267, 14. und 268, 16. November 1885.

¹⁵⁰ ADREßBUCH DER RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1887.

¹⁵¹ ADREß- UND GESCHÄFTS-HANDBUCH DER FÜRSTLICHEN RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1891, 84; ADREßBUCH DER RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1894, 120.

¹⁵² 1888 durch das Foto von Kaiser Wilhelm II. mit Fürst Woldemar, 1914 durch das ADREßBUCH DER FÜRSTLICHEN RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1914.

¹⁵³ ADREßBUCH DER RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1897, 170.

Wall 10 umgezogen, privat wohnte Raspe in der Weinbergstraße 19.¹⁵⁴ Eine Aufnahme im Stadtarchiv Detmold ist mit den Standorten „Detmold Am Wall und Neuhaus i. W.“ bedruckt.¹⁵⁵ In der Sammlung der Lippischen Landesbibliothek sind 46 Lichtbilder vorhanden. Ein Bild im Stadtarchiv Detmold ist rückwärtig bedruckt mit „Atelier Raspe Eberlein's Nachfolger Detmold Paulinenstraße No. 6“,¹⁵⁶ ein weiteres auch mit den Standorten „Detmold Norderney“.¹⁵⁷

F. H. Trossin

Ist 1864 in Detmold als Inhaber des „Photogr. Inst. Phöbus“ nachgewiesen.¹⁵⁸ Er bot „einem hohen Adel u. hochverehrten Publikum Stereoskopische Visitenkarten in ganzer Figur, Kniestücke u. Brustbildern“. Dazu suchte er im Herbst 1864 „zwei tüchtige Gehülfen“.¹⁵⁹ Sein Atelier befand sich zunächst im Haus Neustadt, Ecke Hornsche Straße,¹⁶⁰ seit April 1864 in der Neustadt Nr. 20, seit 18. Juli 1864 betrieb er zeitweise ein zweites Atelier im Haus des Goldschmieds Clausen in Lemgo.¹⁶¹ Aufnahmen sind in der SAMMLUNG FRANK BUDDE und in der LIPPISCHEN LANDESBIBLIOTHEK belegt.¹⁶²

Louis Uhle

Louis Uhle arbeitete 1871 in der Friedrichstraße 2.¹⁶³ Wenige seiner Aufnahmen sind in der SAMMLUNG FRANK BUDDE vorhanden.

Wilhelm Wentzki

Wilhelm Wentzki betrieb sein Photographisches Atelier spätestens 1871 bis um 1890 in der Bruchstraße 2.¹⁶⁴

¹⁵⁴ Er inserierte 1909 in der Festschrift zur Neunzehnhundertjahrfeier der Schlacht im Teutoburger Walde, hg. vom Festausschuß, Detmold 1909, 96, und steht im ADREß- UND GESCHÄFTS-HANDBUCH DER RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1909, 48 und 91, mit den Anschriften Weinbergstraße 19 und Wall 15.

¹⁵⁵ STADTA DT, DT N 53 Nr. 2.

¹⁵⁶ STADTA DT, DT N 53 Nr. 2.

¹⁵⁷ STADTA DT, DT N 53 Nr. 2.

¹⁵⁸ Inserate im FÜRSTLICH-LIPPISCHEN REGIERUNGS- UND ANZEIGEBLATT, 1864, 291, 299, 476, 491, 507, 517, 523, 530, 539, 841, 909, 921, 932 f., 967 f., 979 und 995 (507 abweichend: T. H. Trossin, 568 und 576: F. Th. Trossin).

¹⁵⁹ Inserate in PHOTOGRAPHISCHES ARCHIV. BERICHT E ÜBER DEN FORTSCHRITT DER PHOTOGRAPHIE, 5. Jg. (1864), Nrr. 67-71.

¹⁶⁰ FÜRSTLICH-LIPPISCHES REGIERUNGS- UND ANZEIGEBLATT, 1864, 291, 476.

¹⁶¹ FÜRSTLICH-LIPPISCHES REGIERUNGS- UND ANZEIGEBLATT, 1864, 567 f., 576.

¹⁶² Hertha von Kerksenbrock, Hofdame von 1862–1864, BA-LP-11-44; August Krohn, Sohn des lippischen Rates Franz Krohn sen., BA-LP-13-43.

¹⁶³ ADREßBUCH DER RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1884, 24. Kein Eintrag in den vorhergehenden (1871) und nachfolgenden Adressbüchern (1887, 1891).

¹⁶⁴ ADREß-BUCH DER STADT DETMOLD, Detmold 1871, III. Teil, 45 (Gewerbetreibende). Nachgewiesen ist er z. B. über Aufnahmen des Schlosses (LLB: ME-PK-20-186), des Hermannsdenkmals (LLB: ME-PK-2-28) oder der Militärkapelle des Infanterie-Regiments 55 (LLB: LIZG-1-43).

Georg Zehnpfennig

Georg Gustav Zehnpfennig, geb. 22.8.1857 in Neu-Engeldorf bei [Köln-] Meschenich, erwarb Kliems Wohnhaus und Atelier 1891 und ist im Adressbuch 1894 als „Th. Kliems Nachf.“ und Hofphotograph im Rosental 2 verzeichnet.¹⁶⁵ 1904 zog er von Detmold wieder nach Köln.¹⁶⁶ Das Haus erwarb > Paul Beckmann.

Anhang 2:

Überlieferte Photographien von Theodor Kliem

1. LIPPISCHE LANDESBIBLIOTHEK

a) Architektur und Landschaft

1. Kopf des Hermannsdenkmals mit Ernst von Bandel, HSA 12-3
2. Hermannsdenkmal, Sockel ohne Statue, ME-PK-2-23
3. Hermannsdenkmal, Sockel ohne Statue, HSA 12-2
4. Hermannsdenkmal, Statue, ME-PK-2-25
5. Einweihung Hermannsdenkmal, Ehrenpforte bei Hiddesen, Ba B 42 sowie BA LP-34-1b
6. Hermannsdenkmal, ME-PK-2-41
7. Hermannsdenkmal, ME-PK-2-17
8. Hermannsdenkmal, 4 H 16 sowie Ba A1, S. 10r
9. Hermannsdenkmal, Blick von Hiddesen, ME-PK-2-18
10. Hermannsdenkmal, Blick von der Inselwiese, BA DT-61-13 sowie BA DT-64-4
11. Donoper Teich, BA DT-61-19
12. Externsteine, ME-PK-2-131
13. Blick auf Detmold von Hiddesen aus (Schirrmannstraße), BA DT-61-11
14. Blick auf Detmold von Norden, Siegfriedstraße/Ecke Klusstraße, BA DT-61-10 (identischer Abzug in der SAMMLUNG BUDDE)
15. Blick auf Detmold vom Apenberg (Spitzenkamp), BA DT-64-33 sowie HSA 5,B8r-1
16. Blick auf Detmold vom Apenberg (Spitzenkamp), BA DT-64-29
17. Blick auf Detmold vom Apenberg (Spitzenkamp), HSA 5,19r-1 (ähnlich BA DT-64-33)
18. Schloss und Schlossplatz, HSA 12-5 sowie BA DT-63-5
19. Schloss und Schlossplatz, BA DT-64-20
20. Schloss und Schlossplatz, BA DT-64-17 (ähnlich BA DT-64-18)
21. Schloss und Schlossplatz, BA DT-64-18 (ähnlich BA DT-64-17)
22. Schlossplatz mit Einfahrt Kaiser Wilhelms II. und Fürst Woldemars während der Kaiserfeier 1888, HSA 5,18r-3
23. Schlosshof, Blick nach Norden, BA DT-64-19
24. Neues Palais, HSA 12-4
25. Neues Palais, HSA 5,25r-1
26. Hoftheater, HSA 12-11 und HSA 5,57r-1

¹⁶⁵ Grundbuch (LAV NRW OWL, L 101 C IV Nr. 44, lfd. Nr. 29); ADRESSBUCH DER RESIDENZSTADT DETMOLD, Detmold 1894, 120. Zum Geburtsdatum siehe Anm. 48.

¹⁶⁶ STADTA DT, Meldekartei der Stadt Detmold, Nr. 331-2.

27. Hoftheater und Bismarckstraße zur Kaiserfeier 1888, HSA 5,18r-1
28. Kanzlerhaus, Lange Straße, BA DT-64-27 sowie HSA 12-13
29. Haus des Kammerpräsidenten/Finanzministerium, Bismarckstraße 2, BA DT-64-16 (ähnlich HSA 5,25r-2)
30. Haus des Kammerpräsidenten/Finanzministerium, Bismarckstraße 2, HSA 5,25r-2 (ähnlich BA DT-64-16)
31. Ev.-ref. Erlöserkirche, Marktplatz, HSA 12-7 sowie HSA 5,12r-2
32. Lutherische Kirche, Schülerstraße, BA DT-38-39 sowie HSA 12-6
33. Katholische Kirche am Wall, HSA 12-8 sowie HSA 5,10r-1
34. Rathaus mit Marktplatz, BA DT-61-2; HSA 12-9 und HSA 5,B6r-7
35. Rathaus mit Marktplatz, HSA 5,11r-1
36. Ehrenbogen am Rathaus 1871, BA DT-30-57
37. Rathaus, geschmückt zur Kaiserfeier 1888, HSA 5,17r-1
38. Lange Straße vom Marktplatz bis Lippischer Hof, BA DT-36-46 sowie 1 D 40,1 und HSA 12-12
39. Lange Straße vom Marktplatz bis Lippischer Hof, nach Umbau Lange Str. 39, ME-PK-12-83
40. Lange Straße, geschmückt zur Kaiserfeier 1888, Blick vom Hornschen Tor zum Rathaus, HSA 5,17r-2
41. Freiligraths Geburtshaus, Unter der Wehme 5, HSA 12-16 und FrS B 66
42. Exterstraße, geschmückt zur Kaiserfeier 1888, Blick nach Westen, HSA 5,17v-1
43. Leopoldstraße, geschmückt zur Kaiserfeier 1888, Blick nach Süden, HSA 5,18r-2
44. Leopoldstraße mit Kaserne, HSA 5,11r-2
45. Leopoldstraße mit Gymnasium Leopoldinum von Süden, HSA 12-10
46. Gymnasium Leopoldinum, Leopoldstraße 5, BA DT-61-6
47. Gymnasium Leopoldinum, Leopoldstraße 5, BA DT-64-31
48. Hornsche Straße, südliche Straßenseite bis Nr. 33, HSA 12-14
49. Kanal und Neustadt, HSA 5,10r-2 sowie BA DT-64-2
50. Kanal und Neustadt Ecke Gartenstraße, HSA 5,6r-3 sowie HSA 5,5v-1
51. Allee 13 (alte Hausnr. 7), BA DT-14-44
52. Allee 27 und 29, HSA 12-17 (identischer Abzug in der SAMMLUNG BUDDE)
53. Obere Mühle von Süden, BA DT-64-10
54. Palaisstraße 38, 36 mit Benekestraße 2, BA DT-11-39
55. Benekestraße 7, 3, 1 mit Palaisstraße 36 und 33, BA DT-11-38
56. Gartenstraße 12 bis 20, HSA 12-15
57. Bahnhof, HSA 5,B6r-8 sowie BA DT-64-26
58. Haus in der Paulinenstraße, BA DT-64-28
59. Kriegerdenkmal 1870/71, Kaiser-Wilhelm-Platz, BA DT-28-46
60. Brauerei Strate, Palaisstraße, BA DT-64-32
61. Brauerei Falkenkrug, BA DT-64-30
62. Fürstliches Mausoleum, HSA 12-18
63. Berlebeck, Am Hahnberg, BA DT-64-24
64. Berlebeck, Blick vom Stenberg nach Westen, BA DT-64-23
65. Berlebecker Quellen, BA DT-64-21
66. Reproduktion Grotenburg mit Hermannsdenkmal, BA DT-63-17

67. Reproduktion Stift Cappel, HSA 12-19

b) Porträts

1. Ludwig Altenbernd, um 1870, LPe 63
2. Adolf von Anderten, BA LP-1-9a
3. Paul und Otto von Anderten, BA LP-1-10
4. Paul und Otto von Anderten, BA LP-1-11
5. Emma Auguste Louise Barckhausen geb. Piderit, BA LP-1-30
6. Frau Brüggemeier geb. Rohdewald, BA PL-3-25
7. Alma Caesar geb. Piderit, BA LP-3-59
8. Anna Elisabeth Lucie von Donop geb. Troost, BA LP-5-21
9. Guido Elias von Donop, BA LP-5-20
10. Anna von Grone geb. von Oheimb, BA LP-17-11
11. Franz Hausmann, Mus-h 8 H 27, Blatt 8v
12. Alfred Heinrichs, BA LP-9-6a
13. Charlotte Heinrichs, BA LP-9-6b
14. Anna Heldman, BA LP-9-21
15. Theodor Kliem, Mus-h 8 H 27, Bl. 13r
16. Uta von Koseritz, BA LP-13-15
17. Uta von Koseritz, BA LP-13-14
18. Franz Krohn, BA LP-13-36
19. Luise Krohn, BA LP-13-39
20. Marie Krohn, BA LP-13-38
21. Marie Krohn geb. Stock, BA LP-23-70a
22. Fürstin Elisabeth zur Lippe, BA LP-31-15b
23. Fürst Leopold III. zur Lippe, BA LP-31-17a
24. Alexander von Oheimb, LPe 3
25. Theodor Petri, BA LP-18-13
26. Karl Piderit, BA LP-18-36a
27. Luise Piderit geb. Mannes, BA LP-18-36b
28. H. Pucker, Mus-h 8 H 27, Blatt 9r
29. König Wilhelm von Preußen im Kreis seiner Familie, HSA 12-1 (Reproduktion)
30. Elisabeth von Rhoeden mit Kinderfrau Sophie Reker, BA LP-20-11b
31. Karl Schmidt, BA LP-34-8a
32. Franz Schönfeld, BA LP-22-41
33. Hermann Steinhagen, LPe 72
34. Louis Stichnoth, Mus-h 8 H 27, Blatt 11r
35. Frau Ulrich [Ehefrau des Kanzleisekretärs Karl Arnold Rudolph Ulrich], BA LP-25-25
36. Otto Weerth, BA LP-26-21
37. unbekannter Mann, Mus-h 8 H 27, Blatt 4v
38. Reproduktion Druckgrafik Giuseppe Garibaldi, HSA 12-23
39. Reproduktion Druckgrafik Napoleon Bonaparte, HSA 12-22
40. Reproduktion Druckgrafik Johann Wolfgang von Goethe, HSA 12-21
41. Reproduktion Druckgrafik Friedrich Schiller, HSA 12-20

2. SAMMLUNG FRANK BUDDE/DETMOLD

a) Architektur und Landschaft

1. Blick auf Detmold von Norden, von der Siegfriedstraße/Ecke Klusstraße (identisch mit LLB, BA DT-61-10)
2. Blick auf Detmold vom Apenberg (ähnlich mit LLB, BA DT-64-33)
3. Haus Krohn, Neustadt 20, von Südwesten, im Winter
4. Haus Krohn, Neustadt 20, von Südwesten, im Sommer (identisch mit LLB: HSA 5,6r-3 und HSA 55v-1)
5. Haus Krohn, Neustadt 20, von Südwesten, mit Fahnen- und Girlandenschmuck, 1888
6. Haus Krohn, Neustadt 20, von Südosten, nach dem ersten Umbau (2 Abzüge)
7. Haus Krohn, Neustadt 20 und Gartenstraße 21, von Südosten, nach dem zweiten Umbau
8. Elisabethstraße 21, Emilienstraße 17–7, Sachsenstraße 15
9. Allee 27/29 (identisch mit LLB, HSA 12-17)
10. Haus des Hofbaumeisters Wilhelm von Meien, Gartenstraße 17, 1864
11. Lutherische Kirche, Schülerstraße
12. Ferdinand-Brune-Haus, Rosental 21
13. Haus Wantrup, Schülerstraße 28
14. Ressource, Ameide 4
15. Bad Meinberg, Kursaal neben dem Haus zum Stern, Parkstraße 15

b) Porträtaufnahmen

1. Clara P[iderit?].
2. Elfriede Scheel
3. H. Gohde, Detmold
4. Heinrich Geißmann
5. Jenny Winkelsesser geb. Caesar mit Mutter, Großmutter Luise Piderit und Sohn
6. Jenny Winkelsesser geb. Caesar mit vier Söhnen
7. Auguste von Donop geb. Antze, Brustbild
8. Auguste von Donop geb. Antze, Kniestück
9. Albert Krohn, Kinderbildnis
10. R. von Borries
11. Amalie Meinberg, Detmold, 1868–1871
12. bis 80. Nicht identifizierte Personen

3. LANDESARCHIV NRW ABT. OWL

a) Architektur und Landschaft

1. Bahnhof Detmold, D 75 Nr. 3428, 1 (identisch LLB, BA DT-64-26)
2. Hermannsdenkmal, D 75 Nr. 3428, 2 (ähnlich LLB, 4 H 16)
3. Externsteine, D 75 Nr. 3428, 3 (identisch LLB, ME-PK-131)
4. Lippische Gewerbeausstellung Detmold, D 75 Nr. 3428, 4 (2 Abzüge, identisch mit STADTA DT, DT BA 3815)
5. Schloss Detmold von Nordosten, D 75 Nr. 3428, 6

6. Blick vom Spitzenkamp auf Detmold, D 75 Nr. 3428, 7 (ähnlich LLB, BA DT-61-10)
7. Neues Palais Detmold, D 75 Nr. 3428, 8 (ähnlich LLB, HSA 12-4)
8. Innenhof Schloss Detmold, D 75 Nr. 3428, 9 (identisch LLB, BA DT-64-19)
9. zu diesen 8 Abzügen 20 Glasplatten-Negative mit verschiedenen Belichtungen, D 75 N Nr. 18

b) Porträts

1. „Tante Ite“ (Elise Großkopf, geb. Rosen 1829–1897, verh. mit Karl Großkopf), D 72 Rosen-Klingemann Nr. 92 (2 Abzüge)
2. „Onkel Gisbert Rosen“ (1808–1875), D 72 Rosen-Klingemann Nr. 92
3. Heinrich Schwanold (1867–1932), D 75 Nr. 8102
4. Karl Theodor Keßpohl, Lage (1818–1878), 1877, D 75 Nr. 12659
5. Christine Keßpohl geb. Gaussmann, Lage (1816–1896), D 75 Nr. 12659
6. Hofmusiker Johann oder Wilhelm Dassel? (4 Abzüge), D 75 Nr. 16078 (aus: D 72 Dassel Karl)
7. Ganzkörperporträt eines etwa 3jährigen Kindes, auf einem Polsterstuhl stehend (3 Abzüge), D 75 Nr. 16087 (aus: D 72 Dassel Karl)
8. Jenny Friederike Wilhelmine Dassel (Mutter des Superintendenten Karl Dassel, 1878–1979), D 75 Nr. 16136 (aus: D 72 Dassel Karl)
9. bis 19. D 75 Nr. 9982 zehn Porträtaufnahmen unbekannter Frauen und Männer

c) Sonstiges

1. Feuerwehrgerätewagen, D 75 Nr. 7864,1
2. Feuerwehr-Ausziehleiter, D 75 Nr. 7864,2

4. STADTARCHIV DETMOLD

a) Architektur

1. Lutherische Kirche, Schülerstraße, DT BA 3858
2. Lippische Gewerbeausstellung Detmold, DT BA 3815 (identisch mit LAV NRW Abt. OWL, D 75 Nr. 3428)
3. Haus Krohn von Süden nach dem 2. Umbau DT N 33 Nr. 1 (identisch mit SAMMLUNG BUDDE)

b) Porträts

1. Unbekannte Person, DT BA 16
2. Fürst Woldemar auf der Jagd, DT BA 3864
3. Doppelbildnis zweier junger Männer, DT N 53 Nr. 2

Dank

Frank Budde, Detmold

Dr. Joachim Eberhardt, Lippische Landesbibliothek

Yvonne Gottschlich, Stadtarchiv Detmold

Regina Gülicher, Landesarchiv NRW, Abt. OWL, Detmold

Maria Heinze, Stadtarchiv Rostock
Lars Lüking, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Ostwestfalen-Lippe
Roland Pfirschke, Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden
Petra Pilgram, Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden
Erika Rosenfeld, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Ostwestfalen-Lippe
Dr. Heinrich Stiewe, Blomberg
Dr. Johann Peter Wurm, Landeskirchliches Archiv Schwerin

Der Bestand L 79 neu im Netz – Oder: Quod non est in rete, non est in mundo!

von Wolfgang Bender

Das Projekt

Für seine vielzähligen Forschungen zur lippischen Geschichte und seine Arbeit als langjähriger Archivar der Stadt Detmold nutzte der zu ehrende Altersjubililar häufig den Bestand L 79 (Lippische Regierung – jüngere Registratur). Dieser zählt zweifelsohne zu den bedeutendsten und umfangreichsten Fonds der Abteilung Ostwestfalen-Lippe des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen.

Dort sind bisher zwei Großbestände Reg. Minden Polizei (M 1 I P) und der vorzustellende Bestand L 79 (Regierung Lippe, jüngere Registratur) im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projektes digitalisiert worden. Weitere Bestände stehen hoffentlich noch an. So ist in Planung, gemeinsam mit dem Kreisarchiv Paderborn die hiesigen Bestände M 2 Büren und Paderborn (landrätliche-staatliche) Überlieferung und die in Paderborn vorhandene kommunale Überlieferung der beiden Altkreise Paderborn und Büren digitalisieren zu lassen, was den Paderborner Andreas Ruppert sicherlich besonders freuen wird.

Die DFG fördert auf Antrag die Digitalisierung von besonders bedeutsamen historischen Quellen und übernimmt die anfallenden Kosten. Die Antragstellung ist aufwendig und umfasst auf mehreren Dutzend Seiten beispielsweise die genaue Kostenkalkulation, den eigenen Personaleinsatz auf allen Ebenen, die Projektplanung, Begründung der Bestandsauswahl und wissenschaftliche Gutachten. Zentral ist die Anforderung, die Quellen anschließend fast komplett im Internet zu präsentieren. Hier akzeptiert die DFG nur geringe Einbußen aufgrund von Schutz- und Sperrfristen oder Wahrung von Persönlichkeitsrechten. Dieses war bis auf ganz wenige Ausnahmen der rund 7.900 Akten in knapp 2.000 Archivkartons aufgrund der Laufzeit des Bestandes L 79 nicht gegeben.

Der Registraturbildner im Gefüge der lippischen Zentralbehörden

Die Anfänge der lippischen Regierung lassen sich bis in das endende 17. Jahrhundert zurückverfolgen und die Tätigkeit dieser Behörde reicht bis in das Jahr 1947.

„Weder die Veränderungen in den Zeiten des Rheinbundes oder die der Restauration noch die Revolution stellten jeweils einen Bruch mit den älteren

Zuständen dar, vielmehr wandelten sich die Verhältnisse langsam innerhalb von Jahrzehnten.“¹

Und so stellte wie im 18. Jahrhundert die Regierung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts das umfassende Lenkungsorgan des Landesherrn dar, zuständig sowohl für die äußeren wie die inneren Angelegenheiten des kleinen Fürstentums.²

Geführt wurden die Regierungen von einem Regierungschef als primus inter pares. Die adeligen oder bürgerlichen Regierungsvorsteher, die die frühneuzeitlichen adeligen Landdrosten 1694 als Oberhaupt der obersten und nach dem Kollegialprinzip arbeitenden Zentralbehörde ablösten, führten die Titel Regierungspräsident, Regierungsdirektor oder Kanzler. Erster Regierungschef war der Präsident Adam Heinrich von Kotzenberg (1694 bis 1711); letzter Regierungschef vor der großen Umstrukturierung von 1853 der liberal-konservativ gesinnte Regierungsdirektor Christian Theodor von Meien. Die Landesherren, besonders Graf Simon August und Fürstin Pauline, wohnten den Sitzungen häufig bei, leiteten diese beziehungsweise übernahmen sogar eigene Aufgabenbereiche. Erst im Jahre 1853 trat die erste große Zäsur und damit verbunden ein Bedeutungsverlust der Regierung ein.

Seit jenem Jahr wurde die Regierung einem Kabinettsminister beziehungsweise dem Kabinettsministerium (ab 1897 Staatsminister und Staatsministerium) als nur noch obere Verwaltungsbehörde unterstellt und war nicht mehr die oberste Behörde im Fürstentum. „Die Zeit der Reaktion brachte mit den Verordnungen vom 12. und 30.9.1853 die Disziplinierung und Mediatisierung des Regierungskollegiums gegenüber dem Fürsten durch die Vorschaltung eines Kabinettsministers, [...]“³ „Die höhere, progressive Beamtenschaft wurde somit aus dem politischen Entscheidungsprozess hinausgedrängt und durch das Kabinettsministerium mediatisiert.“⁴

Ellwein spricht in diesem Zusammenhang gar von einer „staatsstreichartigen“ Veränderungen der Verhältnisse, nach einer vorausgegangenen Entfremdung zwischen den führenden, aus dem Lande stammenden Beamten und dem hochkonservativen Fürst Leopold III.⁵ Hans Kiewning formuliert in seiner blumigen Sprache treffend:

„Der bisherige Regierungsdirektor von Meien bekam den Präsidententitel als Pflaster auf eine böse Wunde, im übrigen wurde die Regierung politisch kalt-

¹ THOMAS KLEIN, Fürstentum Lippe, in: KURT G.A. JESERICH ET AL. (Hg.) Deutsche Verwaltungsgeschichte Bd. 2, Stuttgart 1983, 754-757, hier 754.

² EBD., 755.

³ EBD., 756.

⁴ PETER STEINBACH, Die Regierung des Fürstentums Lippe als Partei. Zur Rolle des Staates im Wahlprozeß im 19. Jahrhundert, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN, Bd. 59 (1990), 271-288, hier 273.

⁵ THOMAS ELLWEIN, Der Staat als Zufall und als Notwendigkeit. Die jüngere Verwaltungsentwicklung in Deutschland am Beispiel Ostwestfalen-Lippe, Bd. 1, Opladen 1993, 136. Vgl. dazu und zur Rolle Fischers im Folgenden ERICH KITTEL, Heimatchronik des Landes Lippe, 2. Aufl. Köln 1978, 231-234.

gestellt und kam in das Ressortverhältnis einer Mittelinstanz als Verwaltungsbehörde für Hoheits- und Polizeiangelegenheiten.“⁶

Und der ehemalige Archivdirektor führt erläuternd weiter aus:

„[...] war durch die Schaffung eines Kabinetts als höchste Landesbehörde die Regierung vollends in eine untergeordnete Stellung getreten und hatte nur noch die ihr zugehenden Befehle unbedingt auszuführen, war also ihrer früheren Verantwortlichkeit überhoben.“⁷

Erster Kabinettsminister war der unsägliche und erzreaktionäre Dr. Laurenz Hannibal Fischer (1853-1855), vormaliger oldenburgischer Geheimer Staatsrat.⁸ Der letzte Staatsminister (so die Amtsbezeichnung seit 1897) war der frühere preußische Geheime Oberfinanzrat Karl Ludwig Freiherr von Biedenweg (1913-1918), der im November 1918 vom Volks- und Soldatenrat abgelöst wurde. Dieser hatte bis zum Februar 1919 die oberste Regierungsgewalt im nunmehrigen Freistaat inne. Er meisterte diese bewegte Übergangsphase von der Monarchie hin zum republikanischen Landespräsidium unter Drake zur Zufriedenheit der meisten Lipperinnen und Lipper von den Sozialdemokraten bis hin zu den Deutschnationalen in politischer und verwaltungstechnischer Hinsicht.⁹

Die im 19. Jahrhundert in Referate, später Abteilungen gegliederte kollegiale Regierung war nach 1853 bis 1932 – wie bereits angeführt - nur noch obere Verwaltungsbehörde, die von einem Regierungspräsidenten oder Regierungsdirektor geleitet wurde, der fast immer mit dem Kabinetts- beziehungsweise Staatsminister identisch war. Dieser konnte als Regierungsvorsteher bei Vorschlägen oder Berichten an das Ministerium von seinen Regierungskollegen überstimmt werden, aber in seiner Eigenschaft als Minister seine Vorstellungen dennoch durchsetzen.¹⁰

⁶ HANS KIEWNING, Hundert Jahre lippischer Verfassung 1819-1919, Detmold 1935, 208.

⁷ EBD., 212.

⁸ Über den „Flotten-Fischer“ (ihm wurde vom Frankfurter Bundestag die Auflösung der deutschen Hochseeflotte kommissarisch aufgetragen) und seine nur zweijährige Amtszeit in Lippe ätzte Kiewning mit Verve, ebd., 199ff. Zu seiner Persönlichkeit und Politik in Lippe siehe auch den Zeitgenossen [CARL VOLKHAUSEN], Zur Geschichte eines kleinen Staates [Die Revolution von 1848 in Lippe, hg. und mit einem Nachwort versehen von MICHAEL VOGT, Bielefeld 1999, 41-44. Über ihn und seinen Nachfolger, den langjährigen Kabinettsminister Alexander v. Oheimb (1856-1868) urteilte Volkhausen vernichtend. „Was das Cabinettsministerium Fischer noch zu thun übrig gelassen hatte, um aus dem Fürstenthum Lippe einen reactionären Musterstaat zu machen, das that das Cabinet Oheimb.“ EBD., 44. Auch Leopold III. kommt in Volkhausens Beurteilung äußerst übel weg, EBD., 39 f.

⁹ Zur Arbeit des VSR vgl. HEINRICH DRAKE (Hg.), Die Lippische Landesverwaltung in der Nachkriegszeit, Detmold 1932, 1. Biedenweg blieb allerdings auf Geheiß des VSR – wohl aufgrund seiner Expertise und persönlichen Integrität – Regierungschef bis zum Feb. 1919! Zu den Kabinetts- und Staatsministern vgl. KITTEL 1978, 384; PETER STEINBACH, Der Eintritt Lippes in das Industriezeitalter. Sozialstruktur und Industrialisierung des Fürstentums Lippe im 19. Jahrhundert, Lemgo 1976, 158-160, sowie zuletzt STEPHAN WIESEKOPSIEKER, Lippe im Kaiserreich, in: HEIDE BARMEYER U. A. (HG.), Lippische Geschichte, Bd. 1, Petersberg 2019, 180-217, hier 187.

¹⁰ Oder noch skurriler oder für Außenstehende Nichtarchivare und Nichthistorikerinnen fast schon schizophren anmutend und zehntausendfach in den Akten nachlesbar: Karl von Oertzen schreibt als Vorsitzender/Präsident des Regierungskollegiums 1897 an sich selbst als Kabinettsminister und bittet um Gewährung eines Zeitaufschubs wegen der Zusendung der Todesursachenstatistik, die das Reichsamt des Innern benötigte. Was er sich selbst auch gnädig gewährt (LAV NRW OWL, L 75 Nr. 772 fol. 31 r.-33 v.). Ob er sich selbst zuvor gar schriftlich ermahnt hat,

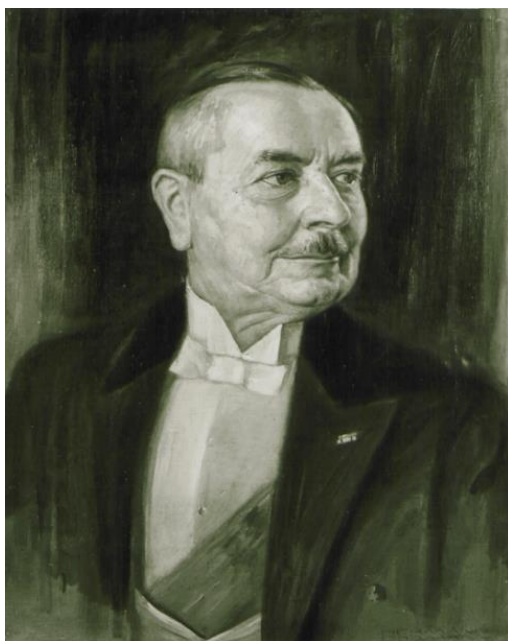


Abb. 1: Karl Freiherr von Biedenweg, lipp. Regierungspräsident und Staatsminister, 1934.
(LAV NRW OWL, D 75 Nr. 3653)

1932 kam es dann im Zuge der Verwaltungsvereinfachung und rigiden reichsweiten Sparpolitik zu einer Vereinigung der mittlerweile acht Abteilungen umfassenden Regierung mit dem seit 1919 existierenden dreiköpfigen Landespräsidium unter Heinrich Drake, der nunmehr als Landespräsident Chef der neugeschaffenen Lippischen **Landesregierung** wurde. Es entstand mithin wieder eine gemeinsame oberste Zentralbehörde wie vor September 1853!

Wie stellte sich das Verhältnis und die Aufgabenverteilung zwischen 1853 und der Revolution 1918 zwischen Regierung und Kabinettsministerium dar?

Auf Wunsch Serenissimus kam es – wie bereits angeführt – im September 1853 zu einer Trennung „der zu Unserer persönlichen Kenntnisnahme und Beschlußfassung geeigneten Staats- und Regierungsgeschäfte“ von der „Unserem Regierungs-Collegium zugewiesenen Geschäftsleitung“. An das Kabinett sollten verwiesen werden „die Angelegenheiten Unseres Hauses und des Äußeren, die Landtags- und Militärsachen, die Übung des höchsten Aufsichtsrechts auf die Justiz und Polizei wie des Kirchen- und öffentlichen Unterrichtswesens, alle Anstellungsangelegenheiten der höheren Staatsdienerschaft, Recurs- und Gnadensachen“.¹¹

lässt sich nicht mehr feststellen. Auch nicht an welchen Schreibtischen er die Schreiben und (Rand)verfügungen erstellt hat. Im Dikasterialgebäude beim Schloss, wo sich die Regierung befand, schräg gegenüber auf der anderen Seite der Langen Straße/Ecke Friedrichstraße, wo der Kabinettsminister und seine kleine Mitarbeiterschar im Ministerialgebäude residierten, oder gar daheim im „homeoffice“? Vergleichbar wäre dies mit einem Abteilungs- oder Dezernatsleiters der heutigen Detmolder Bezirksregierung, der mit sich selbst als Minister in Düsseldorf kommuniziert und beispielsweise seinen Bericht nach Düsseldorf mitnimmt oder versendet und in seiner Eigenschaft als Minister sich selbst die Verfügung in Düsseldorf oder Detmold ausstellt! Zur Lokalisierung der Räumlichkeiten in der Residenzstadt und zur „Arbeitsteilung“ vgl. auch KITTEL 1978, 278 f.

¹¹ Landesherrliche Verordnung die Errichtung eines fürstlichen Kabinetts betreffend, vom 12. Sept. 1853, in: GESETZ-SAMMLUNG FÜR DAS FÜRSTENTHUM LIPPE, Dritter Band 1853-1857, Detmold 1858, 106 f.

Das Regierungskollegium wurde zur oberen Verwaltungs- und Polizeibehörde in allen nicht dem Kabinettsministerium zugeordneten **inneren** Angelegenheiten „degradiert“. Kurzum die Rollen zwischen Koch und Kellner waren klar definiert.

Die Regierung verlor mithin wichtige Kompetenzen an das vorgeschaltete Kabinettsministerium und arbeitete diesem und dessen Nachfolgern – Volks- und Soldatenrat und Landespräsidium – zu. Darüber hinaus wurde wenig später im Jahre 1855 das sehr bedeutende Forstwesen unter einer eigenen Forstdirektion der Regierung aus- und 1897 der fürstlichen Rentkammer als Forstabteilung angegliedert. Gerade die Forstverwaltung mit ihrem großen nachgeordneten Bereich war in der frühen Neuzeit und im 19. Jahrhundert einer der ältesten, größten und bedeutsamsten Fachverwaltungen in ihrer Eigenschaft als Besitz- und Polizeiverwaltung – nicht nur in Lippe.

Aber auch das Kabinettsministerium und das Fürstenhaus verlagerten und verloren nach 1866 zunehmend Souveränität, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten v.a. beim Militär (Militärkonvention mit Preußen von 1867) sowie beim Steuer-, Post- und Fernmeldewesen, den höheren Schulen und dem Verkehrswesen durch Übertragung auf Preußen und das Reich. Es kam zu einer zunehmenden Reduktion der staatlichen Selbständigkeit Lippes im Norddeutschen Bund und danach im Kaiserreich, auf die an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden braucht.¹²

Die Regierung und ihre wenigen Räte und deren Untergebene blieben nach der Zäsur und „Degradierung“ von 1853 weiterhin zuständig vor allem für:

- das Polizeiwesen
- die Landkasse
- das Steuer- und Zollwesen
- die Witwen- und Waisenkasse
- das Katasterwesen
- die Kommunalaufsicht
- das staatliche und kommunale Sparkassen- und Kreditwesen
- das Armen- und Heimatwesen
- die Allodifikation der Lehen
- den Straßenbau und das Bauwesen
- die Strafanstalt
- das Medizinalwesen nebst Landkrankenhaus und Lindenhaus
- das Veterinärwesen
- die Landesbrandversicherung und das Feuerwehrwesen
- die Statistik
- das Landesarchiv und die Landesbibliothek

sowie für mehrere höchstunterschiedliche Kommissionen mit ganz verschiedenen Aufgaben, worunter die 1838 eingerichtete und bis in die Weimarer Zeit wirkende Ablösungskommission

¹² Vgl. dazu ELLWEIN 1993, 137 („Schwächung der Landesautonomie“), 145 („Einbußen faktischer Staatlichkeit“) et passim, sowie zuletzt, WIESEKOPSIEKER 2019, 181.

sicherlich die wirtschaftlich und sozial Bedeutendste war (zunächst geleitet bis 1879; dann kontrolliert). Denn die Möglichkeit der Ablösung der Zehnten, Lasten und Dienste gegen Zahlung durch die verpflichteten Bauern an die Berechtigten war für die „Landsassen“ sicherlich mindestens genauso wichtig wie die Aufhebung der Guts- und Leiherrschaft durch Fürstin Pauline im Jahre 1808.

Seit 1875 war die Regierung auch noch für die neugeschaffenen Standesämter als Aufsichtsbehörde zuständig. Weiteren Bedeutungszuwachs erfuhr diese obere Verwaltungsbehörde nach der Trennung von staatlichem und fürstlichem Privatbesitz im Jahre 1868 durch die Unterstellung der neuerrichteten Landeshauptkasse unter ihre Aufsicht.

Im Zuge der allgemeinen reichsweiten Neuerungen und Entwicklungen auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet erfuhr die Regierung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts weitere Aufgabenanreicherungen und damit Bedeutungszunahme! So wurde die Regierung höhere Verwaltungsbehörde im Rahmen der Gewerbeordnung für den norddeutschen Bund im Jahre 1869. Unter ihrer Aufsicht kam das 1909 neu errichtete Gewerbeaufsichtsamt zu Detmold. Zuvor war der preußische Gewerbeaufsichtsbeamte in Minden – um Kosten für eine eigene Kleinstbehörde und Fachverwaltung zu sparen – auch für das kleine Fürstentum zuständig.

Seit den 1880er Jahren kam es auch in Lippe aus den genannten sozioökonomischen und politischen Gründen zu einer zunehmenden Ausweitung der staatlichen Verwaltung.¹³ So wurde die lippische Regierung 1883 bzw. 1890 höhere Aufsichtsbehörde für die Kranken- und die Rentenversicherungen. Daraus ging 1912 das Oberversicherungsamt zu Detmold als höhere Spruch-, Beschluss und Aufsichtsbehörde auf dem neuen und weiten Feld der Sozialversicherung hervor, das von einigen Beamten der Regierung im Nebenamte betreut wurde. 1894 musste aufgrund des ständig wachsenden Arbeitsanfalls eine neue, vierte Regierungsratsstelle eingeführt werden.¹⁴

Seit dem Jahre 1915 arbeitete die neu geschaffene Landesbank des kleinen Fürstentums bis zu Ihrer Fusionierung mit der Lippischen Landesspar- und Leihkasse zum 1. Januar 1939 im doppelten Wortsinn unter dem Dach der Regierung am Kaiser Wilhelm Platz und ebenfalls 1915 wurde eine eigene Schulabteilung innerhalb der Regierung errichtet, deren Altakten aber nicht mehr im vorzustellenden Bestand L 79, sondern im Bestand L 80.21 Aufnahme fanden. Die Schulabteilung war auch künftighin in der Weimarer Zeit die kleinste Abteilung innerhalb der Verwaltungsoberbehörde Regierung, verfügte aber über den mit Abstand größten nachgeordneten Bereich.

Schließlich kam es im Ersten Weltkrieg zur Errichtung einer ganzen Reihe von kriegsbedingten Organisationen und Behörden wie dem Landesernährungs- oder dem Landeswirtschaftsamt, die bis in die frühe Nachkriegszeit wirkten, der Regierung unterstanden und deren archiwürdige Unterlagen vor allem im Bestand L 103 (Kriegswirtschaftsbehörden und andere Kriegs- und Kriegsfolgeeinrichtungen) sowie L 80.16 (Lipp. Regierung – Wirtschaftsabt.) erhalten sind.

¹³ Im Folgenden vgl. die aktuelle Beständeübersicht der Abt. OWL und die Vorworte der einschlägigen Findbücher.

¹⁴ LAV NRW OWL, L 75 Nr. 476.

Vollständigkeitshalber sei noch aus verwaltungsgeschichtlicher Sicht erwähnt, dass es neben der Regierung im so genannten langen 19. Jahrhundert noch zwei weitere obere Zentralbehörden mit weitreichenden Befugnissen in Lippe gab, das Konsistorium und die Fürstliche Rentkammer bzw. später Kammer zuständig für das fürstliche Domanium. Untere lippische Verwaltungsbehörden – und bis 1879 auch partiell für die Justizpflege im kleinen Fürstentum zuständig – waren die Städte und Ämter, dann die fünf Verwaltungsämter (ab 1879) und später (1928) die vier Landratsämter und ab 1932 schließlich die beiden Kreise Lemgo und Detmold, nebst den jeweils kreisfreien Städten Lemgo, Bad Salzuflen und Detmold.¹⁵

Für die Weimarer Zeit führt Ellwein treffend aus:

„Insgesamt bleibt die Verwaltungsstruktur Lippes nach 1918 der in der vorausgehenden Zeit weitgehend vergleichbar. Es gab allerdings zwei auffällige Veränderungen: Zum einen ging der direkte Einfluß Preußens zurück, dafür aber wurden neben Post und Bahn mehr Behörden des Reiches im Land tätig. Zum anderen fand – immer noch ohne Mittelinstanz – eine eindeutige Konzentration in der oberen Verwaltungsbehörde statt, während die um 1880 einsetzende Ausdifferenzierung der übrigen Verwaltung anhielt.“¹⁶

Der Bestand 79 im Tektonikgefüge des Landesarchivs NRW Abt. OWL

Zeitlich und inhaltlich steht der anzuzeigende Bestand in der Tektonik unseres Hauses zw. den Beständegruppen L 77 A-C (Lippische Regierung/Ältere Registratur, etc.) und L 80 (Lippische Regierung/Landesregierung). Erstere hat ihren temporären Schwerpunkt im späteren 18. und 19. Jahrhundert, letztere im 20. Jahrhundert. Für alle drei gilt, dass das Provenienzprinzip nicht konsequent umgesetzt wurde. So gibt es zum Beispiel in der Beständegruppe L 77 etliche Akten, die in L 79 oder manche gar in der Beständegruppe L 80 (Weimarer und NS-Zeit) hätten verzeichnet werden müssen.

Für L 79 gilt diese Feststellung zeitlich naturgemäß in beide Richtungen. Etliche Akten des Bestandes fanden mit der Neuerrichtung der Zentralregistratur 1910/12 überhaupt keinen organischen Zuwachs mehr und endeten zeitlich bereits zum Teil im 1. Viertel des 19. Jahrhunderts! Andererseits wurden einige Akten aus dem Bereich der Statistik bis 1949 – als es den Freistaat Lippe schon gar nicht mehr gab – weitergeführt und trotzdem in L 79 belassen!¹⁷

An manchen Stellen wurde sehr wohl zwischen den Beständegruppen L 77, L 79 und L 80 provenienz- und laufzeitmäßig differenziert. Die zehn Bände über das Gymnasium Leopoldinum finden sich gleichmäßig und korrekt verteilt in den Beständen L 77a, L 79 und L 80.21

¹⁵ Grundlegend dazu der Aufsatz von HERBERT STÖWER, Die lippische Kommunalverfassung, in: ARCHIVPFLEGE FÜR WESTFALEN LIPPE, 8/1976, 3-14, mit exzellenter graphischer Darstellung der Verhältnisse.

¹⁶ THOMAS ELLWEIN, Der Staat als Zufall und als Notwendigkeit. Die jüngere Verwaltungsentwicklung in Deutschland am Beispiel Ostwestfalen-Lippe, Bd. 2, Opladen 1997, 118.

¹⁷ Zu dieser Gesamtproblematik vgl. auch das Vorwort von M. SAGEBIEL in der Einleitung zum Findbuch L 77 A.

und darauf wurde auch in der Verzeichnung des Bestandes L 79 detailliert hingewiesen. Das ist aber die Ausnahme und nicht die Regel!

So findet man beispielsweise die Akte Nr. 7541 „Brücke über den Hasselbach zwischen Heidenoldendorf und Pivitsheide beim Kupferhammer“ mit einer Laufzeit von 1862-1868 ebenso in diesem Fonds wie die Akte Nr. 3060 „Aufnahmen in die Anstalt Lindenhaus“ mit einer Laufzeit von 1916-1928. Beide Akten gehören streng genommen nach L 77A beziehungsweise L 80.11.

Grob überschlägig kann festgehalten werden, dass rund ein Drittel des Bestandes L 79 nicht provenienzgerecht verzeichnet worden ist (!). Dies hatte aber archivpraktische Gründe, da man zum Einen bis zur archivischen Verzeichnung mit den fünf 1910/12 unter dem fürstlich-lippischen Rechnungsrat Albert Solveen angelegten dickleibigen Behördenrepertorien (L 79 I-V) als vorarchivisches Findmittel gearbeitet hatte, und zum Anderen der Bestand L 77a vom legendären, nachmaligen Münsteraner Archivar Dr. Martin Sagebiel bereits in den 1970er Jahren abschließend verzeichnet worden war, und so der Bestand L 79, die verbliebene mittlere Registraturschicht, mehr oder weniger 1:1 neu entlang der fünf genannten Aktenrepertorien verzeichnet wurde. Zunächst ab Mitte der 1980er Jahre als Gemeinschaftswerk hiesiger Archivareinnen und Archivare, dann vor allem von der Bielefelder Historikerin Dr. Claudia Puschmann zu Beginn der 1990er Jahre und schließlich im Rahmen des Großprojekts Neuverzeichnung der Beständegruppe L 80 in den 2000er Jahren aufgrund einer stattgefundenen Beständeereinigung (L 80.04 und L 80.22) durch Arno Schwinger zum Abschluss gebracht, kam es zu einer archivischen Erstverzeichnung des Bestandes L 79, die sich insgesamt über zwei Jahrzehnte hinzog!

Der Bedeutung des Bestandes L 79 – der die gesamte Bandbreite des vielfältigen Regierungshandelns abbildet – als einer der wichtigsten Rückgratüberlieferungen der Abteilung OWL tut die angesprochene nicht provenienzgemäße Verzeichnung selbstredend keinerlei Abbruch. Man muss als Benutzer/in allerdings wissen, dass man auch die Beständegruppen L 77 und L 80 konsultieren muss, wenn man die lippische Geschichte des Kaiserreichs und der frühen Nachkriegszeit auf Regierungsebene untersucht, oder anders gewendet, dass L 79 auch für die Weimarer- und NS-Zeit ebenso wie für die Zeit vor der Reichsgründung 1871 zu konsultieren ist. So dass L 79 gleichsam als Scharnier zw. diesen beiden Rückgratüberlieferungen (L 77 und L 80) unseres Hauses betrachtet werden kann. Von denen L 77 A ebenfalls bereits komplett digitalisiert im Netz steht.

Warum wurde die Reorganisation der 1813 eingerichteten älteren Registratur (bestehend aus den Abt. Regierung, Fürstliches Haus und Militaria) 1912 zu einer großen Zentralregistratur mit drei Abteilungen und zwei Nebenregistraturen (Statistik und Militär und alle fünf mit jeweils einem Repertorium) durchgeführt? Überlegungen dazu gab es schon einige Jahre zuvor.¹⁸

Nun, der Umzug der Regierung mit ihren Akten aus der laufenden und der Altregistratur ins neu errichtete Regierungsgebäude am Kaiser-Wilhelm-Platz stand im Jahre 1911 an. Dabei sollten viele Altakten an das ebenfalls dort neu untergebrachte Landesarchiv – das zuvor im so

¹⁸ Vgl. dazu ausführlich LAV NRW OWL, L 79 Nr. 240 fol. 1 f.

genannten, 1793 errichteten Archivpavillion beim Dikasterialgebäude am Schloss hinter der Marktkirche direkt am Schlossgraben gelegen unter erbarmungswürdigen Umständen hauste – , abgegeben werden, oder entweder vor dem Umzug kassiert oder aber in der Regierung unter neuen Repertorien sprich Aktenplänen weitergeführt werden. Der Registraturschnitt sollte im Jahre 1878/79 liegen. Rechnungsrat Solveen wollte sich darüber mit dem Archivrat Kiewning austauschen, damit „[...] die Einrichtung der Registratur nicht zu sehr von der des Archivs abweicht“.¹⁹ Doch Regierungsrat Petri bemerkte dazu mit Bleistift auf diesen Bericht am Rande barsch:

„Die Registratur der Regierung muß m.E. so eingerichtet werden, wie sie für die Zwecke der Regierung paßt, nicht aber so, wie das Archiv seine Registratur angelegt hat.“²⁰



*Abb. 2: Neubau des Regierungsgebäudes zu Detmold, 1910.
(LAV NRW OWL, D 75 Nr. 1014)*

Die lippische Regierung erkundigte sich im Februar 1910 bei der königlich-preußischen Regierung in Minden und bei der fürstlichen Regierung in Bückeburg nach deren Registraturplänen. Regierungspräsident von Borries teilte seinen Kollegen mit, dass die Mindener Zentralregistratur seit einigen Jahren aufgelöst und zahlreiche „Sonderregistraturen“ der „Geschäftsunterabteilungen (Dezernate)“ mit gutem Erfolg (Beschleunigung der Geschäftsfälle) eingeführt worden seien.²¹

¹⁹ EBD. fol. 2.

²⁰ EBD.

²¹ EBD. fol. 4 r-v.

Bückeburg sandte in Beantwortung der lippischen Anfrage gar den umfangreichen Registraturplan seiner Zentralregistratur zu.²² Nach längeren Erörterungen aller Beteiligten (Regierung, Verwaltung, darunter auch Dr. Kiewning) kam es in Detmold 1912 in Anlehnung an das „Bückeburger Modell“ zur Errichtung einer Zentralregistratur allerdings zusätzlich unterteilt in drei Abteilungsregistraturen (ab 1919 noch einer vierten wegen des enorm gestiegenen Arbeitsanfalles in der Umbruchzeit) und je einer eigenen für das Militärwesen und die Statistik. Dennoch blieben die Registraturen und ihr Personal – jeweils mit einem Registraturbeamten des mittleren Dienstes an der Spitze - chronisch unterbesetzt und überlastet, mit allen Konsequenzen für einen zügigen und geregelten Geschäftsablauf. So dass Obersekretär Winter, Leiter der Registratur III, mit Bericht vom 2. April 1921 an die Regierung zum wiederholten Male klagend und mahnend ausführte:

„[...] denn ohne eine gewissenhaft geführte Registratur kann keine Behörde pünktlich arbeiten. Eine nicht gut verwaltete Registratur bringt nur unnütze Zeitvergeudung und viele Unzulänglichkeiten.“²³

Eine wahrhaft kluge und zeitlose Einschätzung, die auch und gerade im digitalen Zeitalter nichts von ihrer Aktualität eingebüßt hat.

Über die Aktenführung im Allgemeinen und die Registratursituation im Besonderen, klagte im November 1922, der Registrator Obersekretär Sievert in seinem Bericht an seine Vorgesetzten:

„Für die Registratur hat sich [...] ein Geschäftsgang herausgebildet, der manchmal kaum zu ertragen ist und es ist erklärlich, daß die Registraturbeamten in der mühevollen wenig anerkannten Tätigkeit keine Befriedung mehr finden.“²⁴

Auch diese Aussage ist wohl zeitlos. Aber vielleicht wird im elektronischen Zeitalter ja alles besser.

Die Neuordnung der Registratur des Jahres 1910/12 hatte nur ein Dutzend Jahre Bestand. Im Laufe des Jahres 1924 kam es in mehreren Schritten, aus Einspargründen zur, so Heinrich Drake, „Zerlegung der großen Regierungsregistratur“ in eine Reihe kleinere Abteilungsregistraturen (nachmalige Beständegruppe L 80, s. o.), auf die hier nicht näher eingegangen werden muss.²⁵

Inhalte

Welche Themenfelder und Aufgabenbereiche der lippischen Regierung vor allem im Kaiserreich erwarten uns im Bestand L 79? Das Spektrum des staatlichen Aufgabenkatalogs, des Regie-

²² EBD, Anlageband.

²³ EBD, fol. 283 r.

²⁴ EBD fol. 27 r.

²⁵ DRAKE 1932, 45.

runghandels und der archivwürdig erachteten Akten ist überaus weitläufig und breit gefächert, wie ein Blick in das tief gegliederte, 12 Seiten umfassende Inhaltsverzeichnis des doppelbändigen, knapp 1.600 Seiten starken Findbuches verrät.

Erratischen Blöcken gleich scheinen darin folgende Bereiche umfangmäßig besonders auf, die die Funktion der Regierung als Instrument des Ordnungs-, Leistungs-, Steuer- und Verwaltungsstaates sinnfällig belegen:

- Landesverwaltung (Liegt nahe, Verwaltung kann sich damals wie heute auch gut mit sich selbst beschäftigen; darunter auch zwei Akten das Lippische Landesarchiv direkt betreffend²⁶)
- Aufsicht über die Städte und Ämter (Kommunalwesen)
- Polizeiwesen (Wobei Polizei sehr weitläufig zu verstehen ist. Es reicht von der Gendarmerie, über die Sitten- und Politischen Polizei bis zum Friedhofswesen)

Mithin die allgemeine und innere Verwaltung zu der zum Beispiel auch die Sparkassenaufsicht gehört. Es folgt die Fachverwaltung, bei der das Forstwesen als eine der bedeutendsten Behörden aus genannten Gründen kaum vorhanden ist:

- Militärwesen und Weltkrieg (darunter auch vielzählige Aktenverfolge über das in vielerlei Hinsicht so wichtige Kriegervereinswesen, oder andererseits die zahlreichen Aktenbände über Reklamationen und Befreiungen vom Wehrdienst, sowie die Stamm- und Geburtslisten und die gedruckten reichsweiten Verlustlisten, die alleine rund 50 Bände umfassen (alles wahre genealogische Fundgruben))
- Statistik (Über alles und jedes wurden aus eigenem Antrieb oder auf Geheiß Berlins Statistiken erstellt, von der Gehörlosenstatistik, über die Impf- bis hin zur Dampfkesselstatistik)
- Bauwesen und Straßenbau
- Justizwesen und Strafvollzug
- Religions- und Schulwesen (von Judaica bis zum Lagenser Technikum)
- Finanzwesen (mit seinen höchst unterschiedlichen Steuern für Reich, Fürstentum und der kommunalen Ebene, denn ohne den nervus reum (Geld) lief und läuft nichts)
- Handel, Gewerbe, Handwerk und Industrie und die damit verbundenen Kontrollen und Sozialversicherungsangelegenheiten (wie oben bereits angesprochen)
- Gesundheits- und Veterinärwesen (von der „Blödenanstalt“ zu Lemgo, über das Hebammenwesen bis zu einigen Aktenbänden über die Trichinenschau der Fleischbeschauer.)

Man sieht, das Regierungshandeln und die Aufgaben dieser oberen Verwaltungsbehörde ist im Bestand gut abgebildet und spiegelt sich dementsprechend im Findbuch wider, nämlich

- Durchsetzung und Vollzug von Recht und Gesetz, also der Reichs- und Landesgesetze
- Aufsicht über die nachgeordnete Verwaltung in Städten und Ämtern sowie über Stiftungen und Spar- oder Betriebskrankenkassen

²⁶ LAV NRW OWL, L 79 Nr. 340 und 7208.

- Zuarbeitung für das Ministerium und den Fürsten
- Auftragsverwaltung für das Reich.

Aber auch und gerade in quantitativ schwächer überlieferten Bereichen wie der Landwirtschaft entdeckt man manch interessante, ja gleichsam exotische Trouvaille, die in diesem Bestand nicht zu erwarten wäre und die nutzbar für die historische und sonstige Forschung verwandt werden könnte. Dort haben sich drei Aktenbände – kaum zu vermuten – zur Reblausbekämpfung im Reich erhalten.²⁷

Lippe ist und war nicht unbedingt als Weinbauregion „verschrien“. Und es handelt sich zugebenermaßen bei besagten drei Konvoluten um Empfängerschriftgut, das vom Reichsamt des Innern zu Berlin an alle Gliedstaaten des Reiches verschickt wurde und über das Kabinettsministerium zu Detmold von dort hausintern an die Regierung weitergeleitet wurde, aber immerhin.

Und auch im Zeichen der Klimaerwärmung und ob der Tatsache, dass zumindest im hohen Mittelalter an günstigen Stellen in Lippe Weinbau betrieben wurde, sind das interessante Archivalien, die in weiser Rückschau und kluger Voraussicht als archivwürdig den Weg in unser Haus fanden.

Die drei genannten Akten selbst sind prall gefüllt mit drei Dutzend sogenannter „Denkschriften“ besser Jahres- oder Tätigkeitsberichten. Diese wiederum sind gespickt mit anschaulichem Kartenmaterial und martialischen Ausführungen der Verfasser darunter auch Militärs a. D., die mich bewogen hatten, 1994 in einem meiner frühen Aufsätze im Jahrbuch des Kreises Ahrweiler – den reißerischen Titel „Der Krieg gegen die Reblaus im Ahrtal“²⁸ zu wählen und die militärische Diktion in den Ausführungen beizubehalten. Die Quellen hatten – mea culpa – wohl auf Titel und Schreibstil des jungen Archivars abgefärbt.

In den Akten des Bestandes L 79 befinden sich hunderte und aber hunderte von Druckschriften, Broschüren, Prospekten und dergleichen mehr unterschiedlichster Art vornehmlich als Empfängerschriftgut, darunter gehört die „Satzung der Rindviehversicherungskasse der Bauerschaft Hovedissen, Lemgo 1909“ zwar sicherlich nicht zu den historisch bedeutsamsten, wohl aber mit zu den sonderbarsten beigeschlossenen Schriftstücken.²⁹

Ebenfalls Legion zählen weitere beigefügte Produkte wie: kleinere Karten, Pläne, Skizzen, Konstruktionszeichnungen, Pässe etc. Weitaus geringer ist hingegen die Zahl der Fotos und Postkarten, Plakate sucht man wohl vergebens.

²⁷ LAV NRW OWL, L 79 Nr. 4856-4858.

²⁸ WOLFGANG BENDER, Der „Krieg“ gegen die Reblaus im Ahrtal, in: HEIMATJAHRBUCH KREIS AHRWEILER, 51/1994, 141-150.

²⁹ LAV NRW OWL, L 79 Nr. 4839.

Mentalitäts- und unternehmensgeschichtlich bedeutsam sind auch die vielen Firmenbriefköpfe mit ihren kunstvoll abgebildeten Gebäulichkeiten, die gelegentlich mehr Schein als Sein dem Auge des Betrachters bieten und quellenkritisch zu betrachten sind.

Insgesamt kann man sagen: So vielfältig wie die Regierungsarbeit in diesem deutschen Kleinstaat um 1900 eben war, so schillernd sind auch die Akten und deren Anlagen.

Stellvertretend für vielzählige andere soll anhand der beiden nachfolgenden Beispielen aus der Fach- und Aufsichtsverwaltung die Vielfältigkeit des aktivierenden und reagierenden Regierungshandels und der Tätigkeiten der „nachgeordneten Bereiche“ und damit die historische Reichhaltigkeit des Bestandes L 79 noch ausführlicher dargelegt werden.

Beispiel 1: Die Physikatsberichte der Amtsärzte an die Regierung (Fachverwaltung)

Bis zum Jahre 1883 gab es in Lippe fünf Physikatsbezirke mit einem Physikus/Amtsarzt an der Spitze. Und zwar: Detmold, Lemgo, Blomberg, Salzuflen und Horn. Letzterer wurde im nämlichen Jahr aufgelöst. Die Grenzen der vier Physikatsbezirke lehnten sich eng an die 1879 neu-geschaffenen Verwaltungs- und Amtsgerichtbezirke an.³⁰

Im Jahre 1892 lebte ein fast vergessenes Institut wieder auf: Die so genannten Physikatsberichte. Mit Rundverfügung an die vier Kreisphysici vom 1. Dezember 1892 ordnete die Lippische Regierung an:

„Um über die amtliche Thätigkeit der Physici sowie über den Zustand verschiedener der Beaufsichtigung derselben unterstellten Einrichtungen und Personen (Krankenhäuser, Bäder, Apotheken, Heildiener, Hebammen, Fleischbeschauer, Krankenpfleger usw.) und auch über das Vorkommen wichtiger Ereignisse im öffentlichen Gesundheitsleben (Epidemien usw.) einen bestimmten Ueberblick zu gewinnen, ordnen wir hiermit an, daß jeder Physicus alljährlich einen Bericht über seine Thätigkeit, seine Beobachtungen und Erfahrungen an uns erstattet. Derselbe kann sich auf alle Gegenstände der Öffentlichen Gesundheits-Pflege erstrecken und auch geeignete Vorschläge zur Abstellung erkannter Mißstände enthalten. Ein solcher Bericht schon über das Jahr 1892 wird der Regierung sehr willkommen sein; jedoch soll die Erstellung desselben erst für das Jahr 1893 und folgende obligatorisch sein, und muß dieselbe vor Ablauf des Januar des nächstfolgenden Jahres geschehen. Diese Anordnung schließt nicht aus, daß bei besonders wichtigen Ereignissen und dringenden Angelegenheiten die Physici schon im Laufe des Jahres

³⁰ Hierzu und im Folgenden WOLFGANG BENDER (Bearb.), Die Hand am Puls der Zeit. Lippische Alltagsgeschichte des ausgehenden 19. Jahrhunderts im Spiegel amtsärztlicher Berichte (Lipp. Geschichtsquellen, Bd. 24), Detmold 2000, 1-8.

an uns berichten. Es wird im Gegentheil erwartet, daß dasselbe künftig häufiger als bisher geschehen wird.“³¹

Seitens der Regierung gab es bezüglich der Ausgestaltung der Berichte keine schematischen Vorgaben wie in anderen Gliedstaaten des Reiches. Das führte hinsichtlich Umfang und Inhalt zu höchst unterschiedlichen Rapporten der Physici an die Regierung, was wiederum ihren besonderen Reiz als „soziale Berichterstattung“ der Kundschafter im Dienste der Obrigkeit im weitesten Sinne ausmacht. So erhält der Leser mit der Lebhaftigkeit zeitgenössischen Erzählens eine historische Gegenwartsbeschreibung über die lippische Fauna und Flora, die Witterungsverhältnisse, den lippischen Volkscharakter, die Organisation und das Personal des dortigen Medizinalwesens, die wirtschaftlichen und standesrechtlichen Probleme der Ärzteschaft, den Stand des damaligen medizinischen Wissens, die materiellen und hygienischen Lebenswirklichkeiten der „Altvorderen“ in Stadt und Land, die verkehrstechnische Erschließung und Industrialisierung des Lipperlandes mit ihren Folgen für die Umwelt und natürlich auch über die Alltagsarbeit der Physiker, um nur einige ausgewählte Bereiche dieser nicht nur medizinisch-historischen hochinteressanten Quelle zu benennen.

Die Bezeichnung „Physikatsbericht“ blieb bis Anfang der 1920er Jahre üblich, um dann im Schriftverkehr zwischen Regierung und Kreisärzten durch die Termini „Jahresbericht“ beziehungsweise seit 1934/35 „Jahresgesundheitsbericht“ abgelöst zu werden. Bis zum Ende der staatlichen Selbständigkeit Lippes im Jahre 1947 wurden diese in der Tradition der Physikatsberichte des späten 19. Jahrhunderts stehenden, bis zu Beginn der 1920er Jahre handschriftlich verfassten Berichte der vier Kreisärzte (ab 1935 drei Amtsärzte) jährlich regelmäßig erstellt.

Die lippischen Physici des ausgehenden 19. Jahrhunderts waren in erster Linie niedergelassene Ärzte, die ihr Einkommen zum größeren Teil aus ihrer Praxis bezogen und „das Physikats im Nebenamte verwalte(te)n“.

Die Jahresgehälter der vier beamteten Physici wurden 1883 je nach Größe ihrer Bezirke auf 664 bis 710 Mark festgelegt und wurden erst am Vorabend des 1. Weltkriegs auf 1.000 Mark erhöht. Damit abgegolten waren gemäß der lippischen Medizinalordnung vom 23. Februar 1789 auch die Vergütung als Armenarzt vor Ort, so dass die Regierung in ihrem Bericht vom 20. Juli 1882 an das Kabinettsministerium mitteilen musste: „[...] daß ihnen [den Physicis, W.B.] die Verpflichtung der Armenpraxis obliegt, wodurch sich ihr eigentliches Physikatsgehalt noch bedeutend verringert.“³²

Darüber urteilte der Lemgoer Physikus Dr. Theopold in seinem 1899er Bericht an die Regierung treffend und mit beißender Ironie:

³¹ LAV NRW OWL, L 79 Nr. 4691 fol. 1.

³² LAV NRW OWL, L 75 Abt. IV Gruppe 11b Nr. 2 Bd. IV.

„Das Gehalt, welches vor 100 Jahren bei Gründung der Physikate etwa dem Gehalt eines Assessors gleichkam, wird heute spottweise als Nachwächtergehalt bezeichnet.“³³

Dennoch waren diese Stellen im Zeichen der auch von den Physikern vielfach beklagten Ärzteschwemme durchaus begehrt, wie dieser und anderen Quellen zu entnehmen ist.

Die „Ein-Mann-Fachverwaltung der lippischen Kreisphysici“ des 19. und frühen 20. Jahrhunderts war die Institution, aus der in der Zwischenkriegszeit die moderne öffentliche Gesundheitsverwaltung unserer Tage hervorging. Die Physici hatten schon damals weitgehend die Aufgaben der nachmaligen Gesundheitsämter und arbeiteten mit den Ortspolizeibehörden vor allem in sanitätspolizeilicher Hinsicht mehr oder weniger eng zusammen. Dass ein Arzt diese vielfältigen und -zähligen Aufgaben allein nicht bewältigen konnte, ist evident, daher wurden den vier Physikern vor allem acht bis neun auch nebenamtlich tätige, beamtete Kreiswundärzte/Amtschirurgen, die in der Regel auch das Physikatsexamen abgelegt hatten, mit einem Jahresgehalt von je 225-450 Mark beigeordnet, die die Armenbehandlung im Physikatsbezirk mit übernahmen, bei Obduktionen assistierten, den Physikus im Verhinderungsfall vertraten und das Impfgeschäft mit durchführten.

Die Klage der lippischen Physici über die hohe Arbeitsbelastung sowie über die zum Teil mangelnde Kooperation anderer staatlicher und kommunaler Behörden mit ihnen kommt in ihren Berichten an die Regierung häufig zum Ausdruck; ebenso das Lamento über die sehr schleppende Realisierung ihrer Anregungen und Forderungen sowie die mangelnde Unterstützung durch die Behörden. So beklagte beispielsweise Physikus Dr. Volkhausen 1894:

„Mein Wunschzettel ist, wie man sieht, groß. Solange aber diese Forderungen nicht erfüllt werden, und der Physikus nur auf Bettelbriefe angewiesen ist, bleibt der jährliche Physikatsbericht ein leerer Schall.“³⁴

Fünf Jahre später führte Volkhausen teils frustriert, teils kämpferisch bezüglich einer der zahlreichen amtlichen Übergehungen seiner Person aus:

„Die paar Rechte und Kompetenzen, die der Physikus hat, lasse ich mir nicht nehmen. Es bleibt mir als Physikus sonst schließlich nur das Recht übrig, als Armenarzt ab und dann einem decrepiden Mütterchen auf der Knetterheide ein Laxans zu verschreiben.“³⁵

An diesem Zitat sieht man sehr schön den Aspekt der Leistungsverwaltung (hier Armenärzte), den wir schon bei der Funktion der Amtsärzte als Impfärzte vorhin gesehen haben, der erfüllt werden konnte; aber als Ordnungsverwaltung blieb ihnen der Erfolg weitgehend versagt. Im Jahre 1900 schließlich berichtete Volkhausen der Regierung resigniert:

³³ LAV NRW OWL, L 79 Nr. 4692 fol. 108 r.

³⁴ LAV NRW OWL, L 79 Nr. 4691 fol. 128 r.

³⁵ LAV NRW OWL, L 79 Nr. 4692 fol. 158 r.

„Ich habe mal mit dem Bielefelder Landrath v. Ditfurth über die Nothlage gesprochen, in der wir lippischen Physiker uns befänden. Wir sollten einen Physikatsbericht machen und hätten keine Unterlagen, respective müßten wir uns dieselben privatim durch Bettelbriefe zu verschaffen suchen. Derselbe schlug die Hände über dem Kopfe zusammen und erklärte, bei ihnen würde den Gesundheitsbeamten alles amtlich geliefert. Ich frage hiermit nochmals an, ob dieses nicht auch bei uns möglich ist? Nach meiner Ansicht bedürfte es doch nur einer Aufforderung seitens der Regierung an die einzelnen Kassen, dem Physikus vielleicht nach einem bestimmten Schema nach dem jedesmaligen jährlichen Abschluß Mittheilung über die Ergebnisse zu machen. Es muß doch auch der Fürstlichen Regierung daran liegen, eine authentische Zusammenfassung der Krankenkassen und Krankenhäuserresultate zu besitzen. Es bleibt mir sonst nichts anderes übrig, als es ebenso wie der Herr Geheime Rat Petri zu machen. Denn wenn ich neulich seine Rede richtig verstanden habe, so schreibt derselbe überhaupt keinen Physikatsbericht mehr. Und der Mann thut recht daran.“³⁶

In der Tat der auch ansonsten sehr selbstbewusste Justus Petri, der aus einer angesehenen Detmolder Beamtenfamilie stammte und auch Leiter des dortigen Landkrankenhauses war, sendete keine Berichte ab 1899 mehr an die Regierung, was der Medizinalreferent der Regierung und Vorsitzender des bei der Regierung angesiedelten Medizinalkollegiums der Geheime Hof- und Medizinalrat Dr. Arnold Eschenburg mit dem Randvermerk lapidar zur Kenntnis nahm: „Der Bericht des Geh. Sanitätsrath Dr. Petri fehlt, wie seit Jahren.“³⁷

Hier wird die mangelnde Durchgriffskompetenz der Regierung auf einen Teil des nachgeordneten Bereiches in einem Sonderfall deutlich, der sicherlich nicht verabsolutiert werden kann. Es wurde offensichtlich nach dem launigen Verwaltungsmotto „Keiner macht was er soll, jeder macht was er will, aber alle machen mit“ gehandelt.

Und der Lemgoer Kollege Dr. Theopold monierte im 1899er Jahresbericht, um eine weitere Stimme zum Themenkomplex zu zitieren:

„Die Stellung des Physikus ist im Allgemeinen recht fadenscheinig, und seine Leistungen im öffentlichen Leben, zumal auf hygieinisch-wirtschaftlichen Gebiete, sind recht minderwerthig. Die Stellung, welche ihm von der alten Medizinalordnung angewiesen wurde, ist vielfach untergraben. Die Behörden übersehen ihn soviel als möglich. Man baut Schlachthäuser, Krankenhäuser, Blödenanstalten, Irrenhäuser ohne den Gesundheitsbeamten zuzuziehen. Rafft er sich zu einer Eingabe auf, so bleibt sie lange unbeantwortet oder ver-

³⁶ LAV NRW OWL, L 79 Nr. 4692 fol. 207 r.

³⁷ LAV NRW OWL, L 79 Nr. 4693 fol. 255 r,

schwindet unter den Acten. Den Vorstellungen begegnet man mit passivem Widerstand.“³⁸

Hier bei der Arbeit der Einmann-Fachverwaltung der Amtsärzte werden sehr schön Vollzugsdefizite und Reibungsverluste zw. den einzelnen Verwaltungszweigen und -ebenen deutlich. In verwaltungsgeschichtlicher und organisationssoziologischer Hinsicht ein häufig – auch heute noch – zu beobachtendes Phänomen. Erinnerung sei nur an die Coronasituation 2020 ff. und der Umgang damit.

Andere Beispiele im Bestand L 79 zu diesen strukturellen und organisatorischen Mängeln gibt es sicherlich zuhauf. Man muss sie nur suchen und finden.

Auf wiederholte Bitten der Physici ersuchte die Regierung am 27. Mai 1912 das Staatsministerium, statt der Bezeichnung „Physicus“ den Titel „Kreisarzt“, der im benachbarten Preußen (seit 1899) und anderen Bundesstaaten seit geraumer Zeit üblich war, zu verleihen, zumal für die lippischen beamteten Veterinäre, so die Regierung, schon seit „längerer Zeit“ die Dienstbezeichnung „Kreistierarzt“ gebräuchlich gewesen sei. Dem Wunsche wurde seitens des Staatsministeriums bald darauf entsprochen. Wenigstens das wurde den nebenberuflichen, staatlichen Gesundheitsbeamten gewährt.³⁹ Ansonsten gewinnt man den Eindruck, dass die Regierung die Berichte zwar zur Kenntnis nahm, sich aber wenig um die Amtsärzte und ihre Anliegen, Anregungen und aufopferungsvollen Arbeiten für die Volksgesundheit kümmerten, was bei diesen zu Frust und Resignation führte.

Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel. Erinnerung sei an die Krisenfälle der drohenden Choleraepidemie 1892 oder die Spanische Grippe 1918, bei der die Regierung mal ausnahmsweise nolens volens „in Schweiß geriet“, aber auch einmal mehr zunächst zur Jagd getragen werden musste.⁴⁰

Eine kleine Kostprobe aus dem 1893er Physikatsbericht des langjährigen Schötmaraner, dann Detmolder Physikus Dr. Ulrich Volkhausen (besser bekannt unter seinem Pseudonym als Mundartdichter Korl Biegemann) an die Zentrale in der Residenzstadt möchte ich dem zu Ehrenden nicht verhehlen.⁴¹ Denn Volkhausens literarische Neigungen scheinen auch zuweilen in seinen Physikatsberichten an die Regierung auf, die stellenweise in einer recht launigen Art und Weise abgefasst wurden und gelegentlich durch eine beißende Ironie gekennzeichnet sind.

³⁸ LAV NRW OWL, L 79 Nr. 4692 fol. 110 r.

³⁹ LAV NRW OWL, L 79 Nr. 4695 fol. 357 r.

⁴⁰ S. dazu: WOLFGANG BENDER, Die Auswirkungen der Hamburger Choleraepidemie von 1892 auf die lippischen Ziegler und deren Heimat, in: BETTINA JOERGENS/JAN LUCASSEN (Hg.), Saisonale Arbeitsmigration in der Geschichte. Die lippischen Ziegler und ihre Herkunftsgesellschaft, Essen 2017 (Veröff. des Landesarchivs NRW Bd. 68), 177-195. DERS. „Die Grippe greift immer weiter um sich.“ Die Spanische Grippe des Jahres 1918 in Lippe und ihre Folgen, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN, 89/2020, 15-31. In beiden Aufsätzen finden sich zahlreiche Quellenbelege aus dem vorzustellenden Bestand L 79.

⁴¹ Zu dieser überaus schillernden, ja ambivalenten Persönlichkeit vgl. die biographische Skizze von WOLFGANG BENDER, Dr. med. Wilhelm Ulrich Volkhausen alias Korl Biegemann – Kreisarzt und Mundartdichter, in: DETLEV HELLFAIER/ELKE TREUDE (Hg.), Museum, Region, Forschung. Festschrift für Rainer Springhorn, Paderborn 2011 (Schriften des Lippischen Landesmuseums Bd. VII), 217-230.

An diesem längeren Zitat sieht man, dass das Studium der lippischen Regierungsakten im Bestand L 79 auch recht erheiternd und nicht nur dröge sein kann.



*Abb. 3: Dr. Ulrich Volkhausen alias Karl Biegemann, ca. 1920.
(LIPPISCHE LANDESBIBLIOTHEK, BA LP-25-48)*

„Die Bevölkerung gehört dem niedersächsischen Volksschlage an und zeichnet sich gerade nicht durch Schönheit aus. Wirklich tadellose Gestalten sind eine Seltenheit. Dies kommt sicherlich von der schweren Arbeit her, welche die Einwohner seit ihrer frühesten Jugend, oder doch mindestens seit ihrem 14. Jahr, den größten Theil des Jahres unterworfen sind. Die jährlich zunehmenden Fabriken helfen auch nicht zur Verbesserung des Volksschlages. Die Größe ist Mittelgröße. Was den Charakter der Bevölkerung betrifft, so gleicht er dem der angrenzenden Westfalen, man kann denselben als eigenwillig, zäh, zuverlässig und schwerfällig bezeichnen. Wohnungs-, Erwerbs- und Ernährungsverhältnisse sind im Großen und Ganzen als recht befriedigend zu bezeichnen. Ueber Wohnungen wird in einem besonderen Kapitel gehandelt werden. Was kein Taugenichts ist, braucht bei uns nicht hungern, kann im Gegentheil bei vernünftiger Einschränkung noch etwas zurücklegen. Die Hauptbeschäftigung ist der Ackerbau und das Ziegelergewerbe, welches jährlich 12-15.000 Männer aus dem Lande führt, oft weit über die Grenzen Deutschlands hinaus, deren Geld das Land schlecht entbehren könnte. Die Fabrikarbeit kommt erst in letzter Linie. Während der Webstuhl sonst aus den Haushaltungen verschwunden ist, findet man denselben in Oerlinghausen, Senne, Nienhagen, Südheide Haus an Haus. Derselbe ernährt Hunderte von Familien, die hauptsächlich für Oerlinghauser, Bielefelder und Herforder Firmen weben, und zwar Leinen und Plüsch. Die Nahrung besteht, von den Städten abgesehen, aus Brod, Kartoffel und Schweinefleisch, welches Letzteres als Speck, Wurst und Schinken genossen wird, und aus Hülsenfrüchten.

Es existiert keine Familie, die sich nicht wenigstens ein Schwein auffüttert. Die Ernährung ist reichlich; aber die Kochkunst. Dieselbe liegt bei dem weitaus größten Theile der Einwohner noch sehr im Argen. Der Grund hierfür ist in dem häufigen Wechsel der Dienstboten und darin zu suchen, daß sich die verheirathenden Rüben-, Weber- und Fabrikmädchen, deren Zahl sich jährlich durch Zuzug von auswärts mehrt, nicht genügend mit der Haushaltung haben beschäftigen können. Deshalb giebt es auch so viele unzufriedene Ehen.“⁴²

Beispiel 2: Sparkassenaufsicht (Allgemeine/Innere Verwaltung)

Kraft Amtes war die Regierung als Kommunal- und Sparkassenaufsichtsbehörde auch für das „Sparkassenwesen im klassischen Land des Sparens“ – dem Lipperland mit seinen zahlreichen kleinen und größeren kommunalen Sparkassen – direkt zuständig: In Lippe ist auch die erste vollentwickelte Sparkasse Deutschlands, die 1786 fundierte vormalige „staatliche“ Leihkasse zu Detmold, der „Ur-Urgroßmutter“ der heutigen kommunalen Sparkasse Paderborn-Detmold, beheimatet und im Kaiserreich war beispielsweise im Jahre 1885 die lippische Sparquote die höchste in Deutschland!

Am Exempel der vormaligen, 1849 von Honoratioren des dortigen Volksvereins fundierten kommunalen Sparkasse Salzuflen soll unter verschiedenen Aspekten (Satzungsänderung, Revisionen, Personalien) deutlich gemacht werden, wie die Regierung dieser Pflicht als Ordnungsverwaltung wesentlich intensiver nachkam, als bei ihrer Aufsichts- und Durchführungspflicht im weiten Feld der Volksgesundheit. Zumal die fürstliche Regierung zu Detmold ja, wie gesagt, auch Aufsichtsbehörde über die Städte und Ämter war, die wiederum Gewährträgerinnen der kommunalen Sparkassen waren und sind.⁴³ Auch und gerade in der Förderung und intensiven Kontrolle des Sparkassenwesens sieht man den aktiven und aktivierenden Staat zur Zeit des Kaiserreichs und nicht mehr den „Nachtwächterstaat“ der Vormoderne und des frühen 19. Jahrhunderts.

Im Jahre 1883 wurde die Satzung der Sparkasse Salzuflen durch den Vorstand zum wiederholten Male seit ihrer Fundierung geändert. Im Vorfeld gab es diesmal aber Schwierigkeiten mit der Regierung, die ihre Sparkassenaufsicht und ihren Einfluss auf die Geschäftstätigkeit des Instituts sichtlich intensivierte. Der Sparkassenvorstand hatte sich nämlich selbst 1882 eine Vervielfachung des Gehaltes von einer besseren Aufwandsentschädigung hin zu einem überaus üppigen Salär durch eine recht eigenwillige Neuinterpretation der Statuten genehmigt und auch ausbezahlt. (Eine Selbstbedienungsmentalität, die uns hinsichtlich mancher Vorstandsgehälter in Banken, Industrie und Wirtschaft auch heute noch durchaus bekannt vorkommt).

⁴² LAV NRW OWL, L 79 Nr. 4691 fol. 77 r.-78 v.

⁴³ Hierzu und im Folgenden WOLFGANG BENDER, „Diese Anstalt wird mit Nutzen für unsere Stadt dauernd bestehen“. Die Städtische Sparkasse Bad Salzuflen von 1848/49 bis zum Beginn der 1980er Jahre, in: „Den Bürgern der Stadt auf Dauer von Nutzen.“ 150 Jahre Sparkasse Bad Salzuflen, herausgegeben im Auftrag der Sparkasse Bad Salzuflen von FRANZ MEYER, Bad Salzuflen 1999, 10-57, besonders 17-22.

Die Satzung von 1876 sah vor, dass der Rendant 10 Prozent, der Kontrolleur 2,5 Prozent und die drei Ausschussdeputierten zusammen 1,5 Prozent vom jährlichen Überschuss als „Remuneration“ (= Gehalt, Besoldung) erhalten sollten. Der Sparkassenvorstand legte 1882 diesen Passus erstmalig jedoch so aus, dass er vom gesamten, aufgelaufenen Gewinn der letzten 32 Jahre in Höhe von 35.170 M (Ultimo 1881) die genannte Remuneration für das Rechnungsjahr 1881 zu erhalten habe und wollte auch in den folgenden Jahren den jeweiligen Gesamtgewinn des Instituts seit Gründung als jeweilige Bemessungsgrundlage des Gehaltes festsetzen! Der Salzufler Magistrat ging in seinem Bericht an die Regierung vom 8. Juni 1882 davon aus, dass satzungsgemäß nur der jeweilige Jahresüberschuss zur Besoldungsverrechnung in Ansatz gebracht werden könne, zumal die Überschüsse der vorangegangenen Jahre bereits jährlich für die früheren Remunerationen verrechnet worden seien. Der Magistrat ersuchte daher, „[...] da bestimmte Anhaltspunkte aus den Verhandlungen bei Feststellung des Statuts nicht vorhanden sind, [...] hochfürstliche Regierung ganz gehorsamst um gütige Belehrung, [...] in welchem Sinne hochdieselbe die Bestätigung ausgesprochen hat.“⁴⁴

Da diese keine Auslegungshinweise auf die gestellte Frage in ihren Akten auffinden konnte (es geht doch nichts über eine gute Aktenführung und Registratur, W.B.), verfügte sie, dass der Magistrat die Entscheidung über die Vergütung vorerst selbständig treffen solle. Man einigte sich in der Salzstadt auf eine für den Sparkassenvorstand äußerst vorteilhafte Lösung. Hier mag auch eine Rolle gespielt haben, dass die Stadt wegen der Finanzierung einer Reihe von kommunalen Infrastrukturmaßnahmen mittlerweile mit der gewaltigen Summe von 275.620 M bei der Sparkasse hochverschuldet war, dass diese im abgelaufenen Rechnungsjahr 3.123 M aus ihren Überschüssen an städtische Einrichtungen gespendet hatte und zudem in ein städtisches Institut überführt werden sollte. Es galt wohl auch in der Salzstadt der alte Spruch „Do ut des“ beziehungsweise „Eine Hand wäscht die andere“.

Die Einrichtung der Sparkasse im Jahre 1883 als städtisches Institut geschah auf ausdrücklichen Wunsch der Regierung. Gleichzeitig erfolgte auch eine Umbenennung in **Städtische** Sparkasse Salzuflen. Die neue Satzung von 1883, die zu einer Reorganisation der Sparkasse und zur besagten rechtlichen Umwandlung führte, legte fest, dass ab dem 1. Januar 1883 der Rendant ein festes Jahresgehalt von 2.250 M und leistungsbezogen 20 Prozent Tantiemen vom Jahresüberschuss bis zu einer Höhe von 6.750 M erhalten solle (mithin 1.350 M). Der über diese Summe hinausgehende Überschuss sollte nur mit 5 Prozent vergütet werden. Der Kontrolleur erhielt den vierten Teil und jeder Ausschussdeputierten den 20. Teil des jeweiligen Jahreseinkommens des Rendanten. Zum Vergleich: der durchschnittliche Tageslohn eines männlichen Arbeiters betrug in Salzuflen zu jener Zeit 1,50 M (rund 400-450 M p.a.), und der hauptamtliche Bürgermeister erhielt eine Jahresbesoldung von 2.400 M.

Höchst unerfreulich für den Sparkassenvorstand, der sich ja soeben kräftig selbst aus den Gewinnen des prosperierenden Instituts bedient hatte, gestaltete sich der Revisionsbericht vom 22. Oktober 1882 für das Geschäftsjahr 1881. Der staatliche Revisor Otto Ruelberg, seines Zeichens Kaufmann und Landessparkassendirektor zu Detmold, monierte auf acht halbbrüchig beschriebenen Seiten eine Fülle von inhaltlichen und formalen Fehlern, Versäumnissen und

⁴⁴ LAV NRW OWL, L 79 Nr. 1919 fol. 60 v.

Unklarheiten des Rechnungsabschlusses der Salzufler Konkurrenz für 1881. So fehlte beispielsweise eine Vermögensaufstellung, aus der die wirtschaftliche Gesamtlage des Instituts hätte ersichtlich werden können, und die völlig unzureichende Höhe des Reservefonds (5.000 M) im Vergleich zu dem enorm angestiegenen Geschäftsumfang wurde massiv kritisiert.

Ansonsten äußerten sich die staatlichen Prüfer anlässlich der in unregelmäßigen mehrjährigen Abständen stattfindenden, angemeldeten und unangemeldeten ein- bis zweitägigen Revisionen sehr positiv über den Geschäftsbetrieb der Städtischen Sparkasse. So heißt es beispielsweise im Bericht des Rechnungsprüfers und Regierungsrates Hoffmann an die Regierung vom Jahre 1871:

„[...] daß die Geschäftsführung des Rechnungsführers Kaufmann Huneke durchaus musterhaft ist. Die Hauptbücher zeigten die größte Reinlichkeit und Accuratesse. Auch die sonst eingezogenen Erkundigungen haben ergeben, daß die Geschäftsführung eine durchaus solide ist und daß das Institut seit seinem Bestehen außerordentlich wohlthätig gewirkt hat.“⁴⁵

Fünfzehn Jahre später, 1886, – die im Revisionsbericht aus dem Jahre 1882 aufgeführten Mängel waren wohl positiv verarbeitet und abgestellt worden – wurde seitens des staatlichen Revisors Ernst über die Geschäftsführung und den Rendanten an die Regierung berichtet:

„[...] daß der Geschäftsbetrieb der Salzuflenschen Sparkasse nach streng soliden Grundsätzen, mit Einhaltung der gebotenen Vorsicht, in übersichtlicher und leicht controlirbarer Art gehandhabt wird [...] [und], daß die Art des freundlichen, entgegenkommenden Verkehrs des Rendanten Hunecke mit dem zumeist aus Landleuten bestehenden Publicum auch den wohlthuendsten und vertrauenerweckendsten Eindruck hinterlassen muss.“⁴⁶

Im Jahre 1886 verstarb der Sparkassenkontrolleur und -mitgründer Adolph Barkhausen. Das Ersuchen von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung dem windigen und unsäglichen Bürgermeister Albert Ringsdorff für ein enormes Jahresgehalt von 900 M, den insgesamt wenig zeitaufwendigen, dafür aber umso lukrativeren Posten auf sechs Jahre zu übertragen, um somit auch dessen Einkünfte ohne Belastung des Stadtsäckels aufbessern zu können, scheiterte am Widerstand der Regierung, die sich bei ihrer Ablehnung – dieser typisch lippischen Lösung – auf die Unvereinbarkeit dieses Ansinnens mit der Lippischen Städteordnung berief. Ringsdorffs Ansinnen, unbesoldeter Vorstandsvorsitzender der Städtischen Sparkasse zu werden, wurde ebenfalls abgelehnt. Der bereits vorbestrafte Bürgermeister Albert Ringsdorff verlor drei Jahre später wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung – auch im Zusammenhang mit Sparkassengeldern – sein Amt und wurde zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Regierungshandeln erwies sich – in der Rückschau betrachtet – als besonders klug und vorausschauend in dieser Personalie.

⁴⁵ LAV NRW OWL, L 79 Nr. 1919 fol. 39 r.-v.

⁴⁶ LAV NRW OWL, L 79 Nr. 1919 fol. 101 r.-v.

Gleich im ersten Jahr ihres neuen Status als städtisches Institut (1883) hatte der Stadtkämmerer 9.000 M der Überschüsse für den Stadtsäckel vereinnahmen können, bei einem kommunalen Gesamtetat von nur rund 62.000 M. Die Lokalzeitung bemerkte zu dieser stetigen Aufwärtsentwicklung einige Jahre später treffend:

„Der Reingewinn unserer Städt. Sparkasse beträgt für das Jahr 1891 [...] 37.601 Mk. und 33 Pf. Für unsere Stadtkasse ist, bei der Höhe des Etats von ca. 85.000 Mark die Sparkasse ein geradezu maßgebender Factor geworden, [...]“⁴⁷

Die Regierung musste daher 1894 die Stadtverwaltung wegen derer wachsenden finanziellen Begehrlichkeit im Zusammenhang mit der von Detmold geforderten, als zwingend notwendig erachteten Erhöhung des Reservefonds an den ursprünglichen, satzungsmäßig verankerten gemeinnützigen und öffentlichen Auftrag der Städtischen Sparkasse erinnern, „[...] der Bevölkerung eine bequeme Gelegenheit zur leichten u. völlig sicheren Anlage von Ersparnissen zu bieten und dadurch den Sparsinn zu heben, [...] statt auf größtmögliche Gewinnabschöpfung zu achten, denn, [...] die öffentlichen Sparkassen sind keineswegs in erster Linie dazu da, den garantierenden Kommunen möglichst hohe Einnahmen zu verschaffen.“⁴⁸

Von dieser sicheren und bequemen Anlagemöglichkeit scheinen auch und gerade die lippischen Ziegler, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rund 10 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten (!) und ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für das strukturschwache Fürstentum waren, bei ihrer Rückkehr von ihren Jahreskampagnen lebhaften Gebrauch gemacht zu haben. Der bereits genannte Revisor Ernst berichtete im Oktober 1890 seiner vorgesetzten Stelle in Detmold:

„Auch während der abgehaltenen Kassen=Revision äußert sich namentlich durch heimkehrende Ziegel=Arbeiter dieser lebendige Kassenverkehr, welcher bis 8 Uhr Abends anwährt. Es sei hierbei erwähnt, daß ein nach 24wöchiger Arbeit aus der Umgegend Lübecks zurückgekehrter Ziegler den mitgebrachten Reinverdienst auf 720 M angab und entsprechende Einzahlung machte.“⁴⁹

Aus diesem Bericht wird ersichtlich, dass die Ziegler ein bedeutsames Element der sozioökonomischen, aber auch politischen Stabilisierung im kleinen Fürstentum in den Jahrzehnten um 1900 darstellten, weil sie unter schwierigen Bedingungen viel Geld ins Land brachten und das Problem des Übermaßes an Arbeitskräften ventilierten.

Mit dieser schönen unvermuteten Fundstelle über die lippischen Ziegler – vergleichbar mit denen aus den Physikatsberichten – zu ihrem guten Verdienst und über ihr Sparverhalten an einer unvermuteten Stelle im Aktenbestand L 79, die einmal mehr belegt, dass sich hinter einer nicht nur oberflächlichen Verzeichnung, sondern auch unter einer tiefen Erschließung immer

⁴⁷ ALLGEMEINER ANZEIGER FÜR SALZUFLEN, SCHÖTMAR UND OERLINGHAUSEN vom 24. November 1892.

⁴⁸ LAV NRW OWL, L 79 Nr. 1919 fol. 234 r.-v.

⁴⁹ LAV NRW OWL, L 79 Nr. 681 fol. 98 r.

noch wahre Schätze für die eigenen wissenschaftliche Fragestellungen verbergen können, möchte ich zum Schluss meiner behördengeschichtlichen und archivfachlichen Ausführungen für unseren Seniorarchivar kommen.

Fazit

Der Acker für vielfältige Forschungen – nunmehr auch digital von jedem Punkt des Globus – ist bereitet. Auch in Paderborn für unseren rüstig-rührigen Ruheständler. Man hat nunmehr ein quantitativ und qualitativ großes Feld auf dem sich hinsichtlich des Fürstentums Lippe vornehmlich im Kaiserreich auch unser Altersjubililar hoffentlich noch viele Jahre wissenschaftlich tummeln kann.

Von der Organisationssoziologie, über die Verwaltungs-, Medizin- oder Sparkassengeschichte bis hin zur Orts- und Familienforschung, um nur einige wenige zu nennen, öffnet sich ein weites Spektrum mit Hunderttausenden von scans.

Ich hoffe, mit meinen Ausführungen allen Leser/innen Appetit gemacht zu haben, selbst in den Akten des Bestandes L 79 lippische Regierung - jüngere Registratur zu forschen, die Dank der DFG-Förderung nunmehr auch komplett im Netz stehen und weltweit benutzt werden können, denn – wie eingangs geschrieben – *quod non est in rete, non est in mundo!*

Die Wahlpflicht im Freistaat Lippe.

Theorie und Praxis eines demokratischen Experiments

von Carsten Doerfert

Das „Handbuch des Staatsrechts“ war ein Standardwerk zur Weimarer Verfassung. Zum Thema Wahlrecht machte es folgende Feststellung:

„Daß das Wahlrecht zugleich Wahlpflicht sei, bestimmen ausdrücklich die Verfassungen Badens (§ 3 II) und Braunschweigs (Art. 2 II) sowie für alle noch nicht 70jährigen Wahlberechtigten das Wahlgesetz von Mecklenburg-Strelitz (§ 7 IV). In Lippe bestand sogar Wahlpflicht mit Strafandrohung, doch hat das Änderungsgesetz vom 15. Oktober 1928 zum Landtagswahlgesetz die Bestimmung beseitigt.“¹

Die Regelungen in den genannten Ländern Baden, Braunschweig und Mecklenburg-Strelitz proklamierten zwar eine Wahlpflicht, mangels juristischer Sanktionen blieben dies aber bloße Appelle, deren Missachtung folgenlos blieb. Also war der Freistaat Lippe das einzige deutsche Land, das zumindest vorübergehend eine strafbewehrte Wahlpflicht kannte. Wieso wurde diese eingeführt? Welche Erfahrungen machte man damit? Und warum wurde die Wahlpflicht 1928 wieder abgeschafft? Der mitwirkende Zeitzeuge Heinrich Drake behandelt die Wahlpflicht nur am Rande. Weder der von ihm kommentierten Ausgabe der neuen staatsrechtlichen Grundgesetze² noch seinem Rückblick auf die Weimarer Jahre³ ist mehr zu entnehmen als der Befund, dass die Wahlpflicht in Lippe vorübergehend existierte. In der Landesgeschichtsschreibung wird die lippische Wahlpflicht zum „Kuriosum“ verniedlicht⁴ und auch die einschlägige Monographie referiert lediglich die Rechtslage.⁵ Im folgenden Beitrag soll der lippischen Wahlpflicht als einer bislang unbeleuchteten Fußnote der Demokratiegeschichte nachgegangen werden.

Wahlpflicht und Demokratie

Die Ausgestaltung des Wahlrechts ist ein Gradmesser für das Vorankommen des demokratischen Gedankens. Um das Jahr 1900 war das (Männer-)Wahlrecht auf Reichsebene frei, gleich und allgemein, während auf der Ebene der Einzelstaaten Spielarten des Dreiklassenwahlrechts dominierten. Die Diskussion um das Wahlrecht zählte zu den bevorzugten Themen der spät-konstitutionellen Staatsrechtslehre und der aufkommenden Politikwissenschaft. Dazu gehörte auch die Behandlung der Wahlpflicht, zumal sie in Nachbarländern wie Belgien oder der

¹ WALTER JELLINEK, Die Zusammensetzung der Landesparlamente, in: GERHARD ANSCHÜTZ/RICHARD THOMA (Hg.), Handbuch des Deutschen Staatsrechts, Bd. 1, Tübingen 1930, 620-63, hier 625.

² Lippische Landesverfassung, Landtagswahlgesetz, Gesetz über den Volksentscheid und das Volksverlangen. Mit Einleitung und Anmerkungen hg. von HEINRICH DRAKE, Detmold 1920.

³ HEINRICH DRAKE, Die Lippische Landesverwaltung in der Nachkriegszeit, Detmold 1932, 9, 57.

⁴ ERICH KITTEL, Heimatchronik des Kreises Lippe, Köln 1978, 286.

⁵ HANS HÜLS, Wähler und Wahlverhalten im Land Lippe während der Weimarer Republik, Detmold 1974, 48 f.

Schweiz verankert war. Die ausführlichste Stellungnahme kam von einem gebürtigen Detmolder. Georg Meyer war im Kaiserreich ein angesehener Staatsrechtler an den Universitäten Marburg und Heidelberg, mit politischen Erfahrungen im Reichstag und in Landtagen.⁶ Juristisch war für die Bewertung der Wahlpflicht entscheidend, ob man das Wahlrecht vor allem als Freiheitsrecht des Einzelnen ansah – dann wäre ein Wahlzwang schwer zu begründen – oder ob man die öffentliche Funktion des aktiven Wahlrechts betonte. Eben in diesem staatszentrierten Sinne verstand Georg Meyer das Wahlrecht. Damit stand er für die Mehrheit seiner Zeitgenossen. Wenn das individuelle Recht eine nachgeordnete Rolle spielt, dann begegnet eine Wahlpflicht keinen durchgreifenden rechtlichen Bedenken. Ihre Einführung ist dann eine bloße Frage politischer Zweckmäßigkeit. Auch nach dem Wechsel der Staatsform, unter der Weimarer Verfassung, galt die Wahlpflicht als juristisch machbar und ihre Einführung lag damit in den Händen des Gesetzgebers.⁷

Die Wahlpflicht wird Gesetz

Im Herbst 1918 wurden sowohl auf Reichs- als auch auf Landesebene Reformvorschläge diskutiert. Gerungen wurde um ein allgemeines und gleiches Wahlrecht. In Lippe versuchte die Regierung zunächst, mit dem Vorschlag einer Zusatzstimme für Ältere die Beharrungskräfte zu stärken, aber darüber ging die Zeit hinweg. Am 12. November – die Revolution war in vollem Gange – leitete die Regierung dem Landtag den überarbeiteten Entwurf eines Landtagswahlgesetzes zu, der ein gleiches Wahlrecht für alle enthielt. Von einer Wahlpflicht war in dem Entwurf noch nicht die Rede.⁸ Am selben Tag verzichtete Fürst Leopold IV. auf den Thron und die Staatsgewalt ging auf den revolutionären Volks- und Soldatenrat über. Dieser erklärte seine Zustimmung zur Einberufung des Landtages für den 14. November und zur dort vorgesehenen Behandlung der Wahlvorlage. Die Erste Lesung im Landtag endete mit der Einberufung einer siebenköpfigen Kommission. Als nur 24 Stunden später die Zweite Lesung anstand, da enthielt der Gesetzesentwurf eine Wahlpflicht. Der Berichterstatter des Ausschusses, der linksliberale Abgeordnete Adolf Neumann-Hofer, legte die Beweggründe nur knapp dar: „Hier sind wir zu dem Entschluss gekommen, die Wahlpflicht einzuführen“, teilte er im Landtag mit und dass der Ausschuss zu diesem Entschluss „mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit“ gelangt sei; auch die Regierung halte die Wahlpflicht für angemessen. Im neuen Volksstaat könne man von jedem erwarten, dass er für öffentliche Angelegenheiten so viel Interesse zeige, dass er wähle.⁹ Noch am selben Tag fand die Dritte Lesung statt und das neue Landtagswahlgesetz wurde einstimmig angenommen.

⁶ Geboren wurde Georg Meyer 1841 als Sohn des Gastwirts (Hotel Stadt Frankfurt) und späteren Detmolder Oberbürgermeisters Georg Heinrich Meyer. Sein 700-seitiges Werk „Das parlamentarische Wahlrecht“ (Berlin 1901) erschien posthum nach dem Tod Meyers im Vorjahr. Die Ausführungen zur Wahlpflicht finden sich auf S. 653-660. Werkbiographisch zu Meyer: PASCALE CANCIK, Georg Meyer (1841–1900), in: PETER HÄBERLE/MICHAEL KILIAN/HEINRICH WOLFF (Hg.), Staatsrechtslehrer des 20. Jahrhunderts, 2. Aufl. Berlin 2018, 47-63.

⁷ GEORG KAISENBERG, Art. 125: Wahlfreiheit und Wahlheimnis, in: HANS CARL NIPPERDEY (Hg.), Die Grundrechte und Grundpflichten der Reichsverfassung, Bd. 2, Berlin 1930, 170.

⁸ VERHANDLUNGEN DES LANDTAGES DES FÜRSTENTHUMS LIPPE 1913-1918, Vorlage 98.

⁹ PROTOKOLLE DES LANDTAGES, Sitzung vom 15. November 1918, 3235.

Der Abgeordnete Neumann-Hofer war der politische Strategie der lippischen Liberalen, er vor allem kommt als geistiger Urheber der Wahlpflicht in Betracht.¹⁰ Eine öffentliche Debatte über das Für und Wider blieb aus, aber plausibel ist eine gemischte Motivationslage. Da wäre zunächst der Gedanke der mittels Wahlpflicht verankerten Verantwortung jedes Staatsbürgers für das Gelingen der Demokratie – keine schlechte Idee in einem Land, das sich gerade erst anschickte, den Obrigkeitsstaat zu überwinden. Aber es wird auch handfestere Gründe politischen Kalküls gegeben haben. Die unausgesprochene Vermutung ging dahin, dass es der weltanschaulich gefestigten und gutorganisierten Linken leicht gelänge, ihre Anhänger zum Wahlgang zu bewegen, wogegen mancher deutsche Bürger mit einem Hang zu unpolitischer Behaglichkeit ohne Wahlpflicht zuhause bleiben würde. Die Honoratioren blickten mit Sorge auf das revolutionäre Geschehen im Reich und die Dominanz der Sozialdemokraten und Linkssozialisten; aus ihrer Sicht konnte eine Wahlpflicht mithelfen, das Schlimmste zu verhindern. Neumann-Hofer, als Mitglied des Reichstages auch in Berlin vernetzt, berichtete im Landtag am 15. November 1918 von einer preußischen Vorlage, die ebenfalls eine strafbewehrte Wahlpflicht vorsehe. Bei der Gesetzgebung orientierte sich Lippe in der Regel an anderen Ländern, namentlich an Preußen. Im parlamentarischen Normalbetrieb hätte man den Gang der Entwicklungen weiter beobachten und sich mit anderen Ländern austauschen können. Aber danach waren die Umstände nicht. Der alte Landtag war ein Auslaufmodell, dem nur wenig Zeit blieb, bevor die staatlichen Angelegenheiten in neue Hände übergingen. So kam die Wahlpflicht in Lippe im wörtlichen Sinne über Nacht ins Programm. In Preußen und den anderen Ländern wurde sie nicht Gesetz. Aber das war am 15. November 1918 noch offen, die Dinge waren im Fluss und dem lippischen Landtag war nicht bewusst, dass man mit der Wahlpflicht letztlich einen Alleingang einschlug.

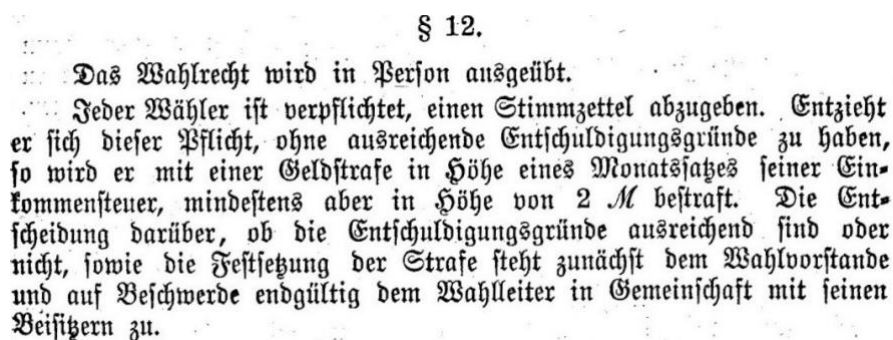


Abb. 1: Das Lippische Landtagswahlgesetz vom 22. November 1918 betritt verfassungsrechtliches Neuland.

Der Landtag hatte seine Beschlüsse gefasst, aber er repräsentierte die vergangene Zeit. Das Landtagswahlgesetz war das letzte Projekt, mit dem sich der alte Landtag beschäftigte. Entscheidend würde sein, wie sich die neuen Machthaber im Volks- und Soldatenrat in dieser Frage positionierten. Das Wahlgesetz spielte hier zunächst keine große Rolle: „Gegen die

¹⁰ Zu Neumann-Hofer: HANS-JOACHIM KEIL, Professor Dr. Adolf Neumann-Hofer. Ein lippischer Revolutionär wider Willen, in: JULIA SCHAFMEISTER/BÄRBEL SUNDERBRINK/MICHAEL ZELLE (Hg.), *Revolution in Lippe. 1918 und der Aufbruch in die Demokratie*, Bielefeld 2018, 69-82. Nach DRAKE, 1932, 55 zählte Neumann-Hofer zu den Politikern, die die lippische Gesetzgebung wesentlich beeinflussten.

Veröffentlichung des vom Landtage angenommenen Wahlgesetzes hat der Volks- und Soldatenrat nichts einzuwenden“, hieß es am 22. November 1918.¹¹

Aber das Gesetz musste nachgebessert werden. Die vom alten Landtag beschlossene Fassung sah für das aktive Wahlrecht ein Mindestalter von 24 Jahren vor und verschob das passive Wahlrecht für Frauen bis Ende 1928. Beides war mit der neuen Reichswahlordnung nicht vereinbar und der Volks- und Soldatenrat beschloss am 3. Dezember 1918 eine Anpassung an die reichsrechtlichen Vorgaben.¹² Angesichts dieser Korrekturen kam auch die vom alten Landtag fixierte Wahlpflicht nochmal zur Sprache. Betont wird nun ihre Vorläufigkeit:

„Bei der Aussprache über die Angelegenheit kommt zum Ausdruck, daß die endgültige Entscheidung über die Durchführung der Wahlpflicht noch später erfolgen kann.“¹³

Aus sozialdemokratischer Sicht war die Wahlpflicht ein Zugeständnis an die bürgerliche Seite, man habe entsprechende Bedenken vorerst zurückgestellt.¹⁴ So war es denn auch Neumann-Hofers Demokratische Partei, die das Argument der Wahlpflicht im Wahlkampf verwendete.

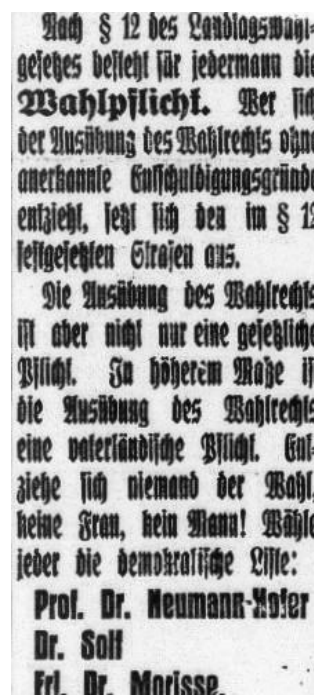


Abb. 2: Der demokratische Wahlaufruf verknüpfte den Hinweis auf drohende Strafen mit einem staatsbürgerlichen Appell an die Wählerinnen und Wähler
(LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG vom 17. Januar 1919)

¹¹ PROTOKOLLE DES VOLKS- UND SOLDATENRATES, Detmold 1919, Sitzung vom 22. November 1918, 39.

¹² Beschluss des Volks- und Soldatenrates vom 3. Dezember 1918, als Anmerkung zur Ausführungsanweisung zum Landtagswahlgesetz abgedruckt in LIPPISCHE GESETZ-SAMMLUNG, 895.

¹³ PROTOKOLLE DES VOLKS- UND SOLDATENRATES, Sitzung vom 3. Dezember 1918, 72.

¹⁴ Heinrich Drake in der Sitzung des Volks- und Soldatenrates vom 9. Dezember 1918, 121.

Anfang 1919 wurde in Lippe dreimal gewählt: Am 26. Januar die Nationalversammlung, am 2. Februar der Landtag und am 9. Februar die Gemeindevertretungen. Nur bei den Landtagswahlen bestand Wahlpflicht. Für die Gemeindewahlen hatte man sie (noch) nicht eingeführt. Die entsprechende Verordnung verwies zwar grundsätzlich auf das Landtagswahlgesetz, aber mit der Maßgabe, dass eine Wahlpflicht bei diesen Wahlen nicht gegeben sei.¹⁵

Das Landtagswahlgesetz von 1920

Die Zeit der revolutionären Provisorien und vorläufigen Regelungen endete 1920. Im Dezember wurden mit der Verfassung des Landes Lippe, dem Landtagswahlgesetz und dem Gesetz über den Volksentscheid und das Volksverlangen neue staatsrechtliche Grundlagen geschaffen. Das Gesetz über den Volksentscheid verwies auf das Landtagswahlgesetz, so dass auch dort Wahlpflicht herrschte. Im Landtagswahlgesetz gab es mit der Einführung einer frühen Form der Briefwahl eine Neuerung. Die lippischen Wanderarbeiter sollten über ein Wahlscheinverfahren auch von außerhalb der Landesgrenzen wählen können. Die Wahlpflicht wurde dagegen nicht erneut thematisiert. Für das Landespräsidium stellte Drake den Entwurf vor und führte kurz aus: „An der Wahlpflicht haben wir festgehalten.“¹⁶ Heinrich Drake wusste immer, was er seinen liberalen Koalitionspartnern zumuten konnte. Eine inhaltliche Debatte fand im Landtag nicht statt. So blieb die lippische Wahlpflicht, nun in § 14 des Landtagswahlgesetzes verankert, erhalten und musste sich in der Landtagswahl am 23. Januar 1921 bewähren.

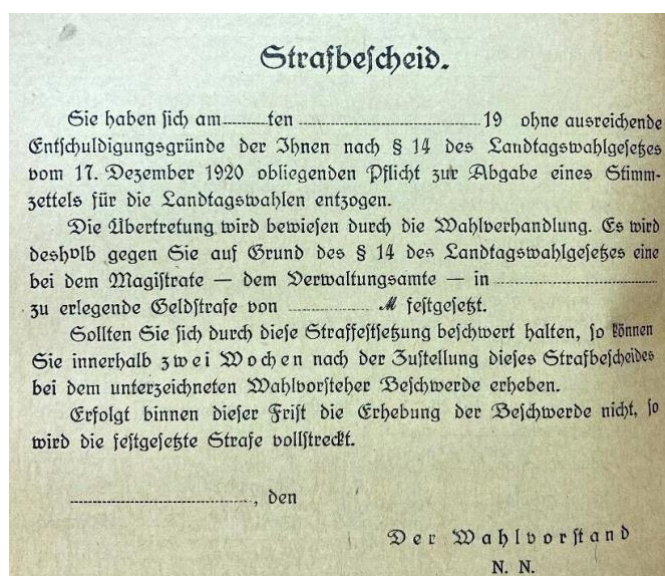


Abb. 3: Das Muster eines lippischen Strafbescheides
(Ausführungsanweisung vom 21. Dezember 1920 zum Landtagswahlgesetz, Gesetz-Sammlung 301, 334).

¹⁵ § 3 Ziff. 8 der Verordnung des Volks- und Soldatenrates über die Neuwahlen in den Gemeindevertretungskörperschaften vom 9. Dezember 1918, LIPPISCHE GESETZ-SAMMLUNG, 875. Zu den Gemeindewahlen WOLFGANG BENDER, Die Wahlen zur Detmolder Stadtverordnetenversammlung 1919-1932, in: HERMANN NIEBUHR/ANDREAS RUPPERT (Bearb.), Krieg – Revolution – Republik. Detmold 1914-1933, Bielefeld 2007, 299-333; WILFRIED REININGHAUS, „Darum wählt!“ Die ersten demokratischen Kommunalwahlen in Westfalen und Lippe 1919, Münster 2019, 166-170.

¹⁶ Sitzung vom 30. November 1920, in: PROTOKOLLE DER LANDTAGS-VERHANDLUNGEN 1919-1920, 1224.

Die lippische Praxis fand überregional Aufmerksamkeit, zumal neben der Wahlpflicht mit der Möglichkeit des Wahlscheines eine weitere originelle Neuerung ausprobiert wurde. Das Reichsministerium des Innern erbat einen Bericht über die gemachten Erfahrungen.¹⁷ In diesem Bericht wurden die aufgetretenen Probleme benannt.¹⁸ Zurückgegriffen wurde dabei auf eine Stellungnahme des Landeswahlleiters, die dieser nach Rückmeldungen aus den einzelnen Wahlbezirken erstellt hatte.¹⁹ Der Tenor war von gemischter Art. Allseits hervorgehoben wurde die Tauglichkeit des Wahlzwangs zur Hebung der Wahlbeteiligung, die 1921 bei den Landtagswahlen 88,5 % betrug.²⁰ Diesem Erfolg standen praktische Probleme insbesondere bei der Durchsetzung der Strafvorschriften gegenüber. Zusammengefasst stieß die Anwendung des lippischen Wahlgesetzes auf diese Schwierigkeiten:

- Vielfach waren bei Nichterscheinen vage Bemerkungen wie „verhindert“, „krank“ oder „verreist“ protokolliert worden. Im Nachhinein war es oft nicht möglich, die Stichhaltigkeit dieser Gründe zu überprüfen.
- Es hing von den einzelnen Wahlvorständen ab, ob die Strafvorschriften streng oder nachsichtig gehandhabt wurden.
- Die für die Ausfertigung der Strafbescdeide zuständigen lokalen Wahlvorstände weigerten sich teilweise, die Strafbescdeide zu unterzeichnen, da sie persönliche Nachteile befürchteten. Die Regierung schlug vor, die Festsetzung der Strafen den staatlichen Behörden (Verwaltungsämtern, Magistraten) zu übertragen.
- Pauschal entschuldigt waren nach § 14 Abs. 3 des Wahlgesetzes diejenigen, die sich am Tage der Wahl „ihres Berufes wegen außerhalb des Landes aufgehalten haben“. Diese Personen hatten das (Brief)Wahlrecht, aber faktisch keine Wahlpflicht. Die Briefwahlmöglichkeit gab es aber nicht für anderweitig durch einen persönlichen Gang zum Wahllokal Beschwerte, namentlich Alte und Kranke. Die Regierung sah auch hier Reformbedarf.

Das Landespräsidium teilte der Regierung mit, dass die Frage einer Änderung des Wahlgesetzes zurückgestellt werde.²¹ Avisiert war eine erneute Befassung binnen drei bis vier Monaten, aber die innenpolitische Lage war instabil.²² Angepackt wurde das lippische Wahlrecht erst wieder 1924. Für das Landespräsidium zeigte sich Heinrich Drake für Grundsatzdiskussionen offen:

¹⁷ LAV NRW OWL, L 75 Nr. 493, Bl. 114, Anfrage des Reichsministeriums des Innern vom 26. Februar 1921.

¹⁸ EBD., Bl. 109 ff. Verfasst wurde dieser Bericht von der lippischen Regierung, die dem politischen Leitorgan „Landespräsidium“ nachgeordnet war.

¹⁹ Die Berichte aus den einzelnen Wahlbezirken finden sich im Bestand LAV NRW OWL, L 79 Nr. 98. Eine erste Bewertung des Wahlleiters vom 1. März 1921 in LAV NRW OWL, L 75 Nr. 493, Bl. 97 ff.

²⁰ Ein ähnlich hoher Wert von 88 % war auch bei den Landtagswahlen 1919 erzielt worden. Zum Vergleich: In Preußen lag die Beteiligung an den Landtagswahlen 1921 bei 77,4 %, also mehr als zehn Prozent unter den lippischen Werten. Allerdings wurden bei den Landtagswahlen in Schaumburg-Lippe auch ohne Wahlpflicht 1919 85,6 % und 1922 82,4 % erzielt. Zahlen nach: <https://www.wahlen-in-deutschland.de/awltwalg.htm> (Aufruf: 1. März 2023).

²¹ LAV NRW OWL, L 75 Nr. 493, Bl. 118, Landespräsidium an Regierung vom 6. Mai 1921.

²² Die Koalition aus SPD/DDP/DVP zerbrach im Juni 1921, zu den Hintergründen VOLKER WEHRMANN, Heinrich Drake 1881-1970, Detmold 1981, 72.

„Darüber, ob die Wahlpflicht beibehalten werden soll, kann noch gesprochen werden. Wir haben die Frage bejahen zu sollen geglaubt in der Erwägung, daß dieses höchste staatsbürgerliche Recht von jedem ausgeübt werden müsste.“²³

Daraus sprach eine gewisse Skepsis, aber eine Kampfansage gegen die aus sozialdemokratischer Sicht ungeliebte Wahlpflicht war das nicht. Ein vehementer Vorstoß zu ihrer Abschaffung versprach 1924 ohnehin keinen Erfolg. Neumann-Hofers Linksliberale waren seit den Landtagswahlen 1921 geschwächt, würden aber nicht gegen ihre eigene Schöpfung stimmen. Die rechtsliberale DVP und die konservative DNVP hatten bei den letzten Landtagswahlen zugelegt. Das entsprach einem reichsweiten Trend und lag eher nicht an der Wahlpflicht, aber warum sollten die oppositionellen Mitte-/Rechtsparteien ohne Not daran rühren? Im Landtag griff dann auch niemand das grundsätzliche Thema auf. Auch die Reformüberlegungen der eigenen Regierung wurden nicht umgesetzt. Reduziert wurde lediglich der Strafraum für Verstöße gegen die Wahlpflicht. Bisher waren bis zu 50 Mark möglich, aber dies erschien angesichts der 1924 überwundenen Inflation als zu viel. Die Regierungsvorlage schlug 1 bis 10 Mark vor, der Landtag ging auf 1 bis 5 Mark herunter. Gleichzeitig mit dieser Änderung des Landtagswahlgesetzes²⁴ wurden entsprechende Bestimmungen in dem Gesetz über die Gemeindewahlen verankert, denn dort galt inzwischen ebenfalls die Wahlpflicht.²⁵

Eine reichsweite Wahlpflicht?

1922/23 gab es einen Versuch, die Wahlpflicht reichsweit einzuführen. Die Deutschnationale Volkspartei hatte sich über Einflussnahmen von Gewerkschaftsseite auf das Wahlverhalten von Arbeitern geärgert und wollte dem mit einer allgemeinen Wahlpflicht auf Reichstags- und Landtagsebene entgegenwirken. Die Wahlpflicht sollte in einem neuen Art. 125a der Weimarer Reichsverfassung verankert werden.²⁶ Im Reichstag hatte der Vorstoß aber keine Chance. Der Zentrumsolitiker Konrad Beyerle wies darauf hin, dass diese Fragen bereits in der verfassungsgebenden Nationalversammlung diskutiert worden seien. 1919 hatte der geistige Vater der Weimarer Verfassung, der damalige Reichsinnenminister Hugo Preuß, derartigen Plänen eine Absage erteilt. Die Verwirklichung des Zwanges sei „in praxi höchst unbefriedigend“, wobei Preuß an jenem 4. April 1919 nicht offenbarte, ob er dabei an das lippische Experiment dachte.²⁷

²³ Sitzung vom 3. November 1924, in: PROTOKOLLE DER LANDTAGS-VERHANDLUNGEN 1921-1924, 671 f.

²⁴ Gesetz vom 20. Dezember 1924 zur Änderung des Landtagswahlgesetzes vom 7. Dezember 1920, in: GESETZ-SAMMLUNG 1924, 773.

²⁵ Gesetz vom 20. Dezember 1924, betreffend die im Jahre 1925 stattfindenden Wahlen zu den Gemeindevertretungen, GESETZ-SAMMLUNG 1924, 774. Erstmals eingeführt wurde die Wahlpflicht für Gemeindewahlen in der Vorläufigen Gemeindeverfassung vom 28. März 1919, LIPPISCHE GESETZ-SAMMLUNG 1919, 929. Auch bei den Gemeindewahlen 1922 wurden vielfach Krankheitsgründe (Grippe) als Entschuldigungen für das Fernbleiben angeführt, BENDER 2007, 306.

²⁶ Gesetzentwurf mit Begründung in REICHSTAGSPROTOKOLLE 1920/24, 5656.

²⁷ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung (Verfassungsausschuss), Sitzung vom 4. April 1919, Anlage Nr. 391, 241.

Auch vier Jahre später hatte sich die Einschätzung auf der Reichsebene nicht geändert. In seinem Redebeitrag nimmt der Verfassungsjurist Beyerle Bezug auf die zwischenzeitlich in Lippe gemachten Erfahrungen. Offenbar kursierte der für das Reichsinnenministerium 1921 erstellte Bericht aus Detmold in den Berliner interessierten Kreisen. Für die Mehrheitsfraktionen resümiert Beyerle, dass diese lippischen Erfahrungen „nicht zur Nachahmung locken könnten“.²⁸ Für das Reich und ebenso für die anderen Länder war eine Wahlpflicht nach lippischem Muster nie eine realistische Option.

Dabei lag es nicht nur an den durchwachsenen lippischen Erfahrungen mit der Wahlpflicht, dass das Detmolder Experiment nicht stilbildend wirkte. Die berufsmäßig mit diesen Fragen befassten Wissenschaftler hatten es schwer, über das Geschehen in Detmold verlässliche Informationen zu bekommen. Das Land Lippe verfügte über alle Insignien der Staatlichkeit, es gab einen gewählten Landtag, eine parlamentarisch verantwortliche Exekutive und eine kontrollierende Verwaltungsgerichtsbarkeit. Aber jenseits der rot-gelben Grenzpfähle war deren Wirken kaum sichtbar. Es gab keine Landesuniversität, kein staatsrechtliches Lehrbuch und keine eigene Zeitschrift, und die wenigen Spitzenbeamten hatten keine Zeit zur Teilnahme am wissenschaftlichen Diskurs.²⁹ So blieb denn auch die Beschäftigung mit der lippischen Wahlpflicht in der zeitgenössischen Fachliteratur kursorisch und fehleranfällig.³⁰

Das Ende der Wahlpflicht in Lippe

Mitte der 1920er Jahre hatte man in Lippe andere Sorgen als das Landtagswahlrecht. Ganz im Vordergrund standen staatliche Finanzierungsfragen und die Debatte um die Selbstständigkeit des Landes.³¹ Auf bürgerlicher Seite hätte eine Analyse der Wahlergebnisse zum Ergebnis führen müssen, dass die Wahlpflicht kein zuverlässiges Instrument zur Stärkung der eigenen Reihen war. Die SPD erzielte bei den Landtagswahlen im Januar 1925 in Lippe (mit Wahlpflicht) rund zwei Prozent mehr als bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 (ohne Wahlpflicht), und der Bedeutungsverlust der Demokratischen Partei ließ sich mit der Wahlpflicht offenkundig auch nicht verhindern. Aber vorerst blieb die lippische Wahlpflicht bestehen. Das Gemeindeverfassungsgesetz von 1927 hielt daran fest, indem für Gemeindewahlen auf die Wahlpflichtbestimmungen des Landtagswahlrechts verwiesen wurde. Im Jahr 1928 war der Landtag erneut mit dem Landtagswahlgesetz befasst. Zunächst ging es gar nicht um die Wahlpflicht. Innenpolitisch war es in Lippe die Zeit der Großen Koalition, die von der SPD bis zur

²⁸ Protokoll der Reichstag-Sitzung vom 8. Dezember 1923, in: STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 361, 12369.

²⁹ CARSTEN DOERFERT, Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Lippe, in: KARL-PETER SOMMERMANN/BERT SCHAFFARZIK (Hg.), Handbuch der Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland und Europa, Bd. 1, Berlin 2019, 539-563 (561 f.).

³⁰ Die Einführung der Wahlpflicht in Lippe wurde mal auf das Jahr 1901 datiert (KAISENBERG 1930, 171), mal auf das Jahr 1924 (KARL BRAUNIAS, Das parlamentarische Wahlrecht, Bd. 2, Berlin 1932, 40); andernorts wird das Land Lippe mit dem Land Schaumburg-Lippe verwechselt, FRANZ ALBRECHT MEDICUS, Die Frage der Wahlpflicht, in: ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK 1932, 94-99 (99). CARL SCHMITT sah die Wahlpflicht sogar als rechtlich geboten an (Verfassungslehre, Berlin 1928, 254) und müsste die Lipper eigentlich loben, aber er erwähnt das Detmolder Beispiel gar nicht.

³¹ URSULA ROMBECK-JASCHINSKI, Heinrich Drake und Lippe, Düsseldorf 1984, 101-132; ANDREAS RUPPERT, Heinrich Drake in der lippischen Politik, in: NIEBUHR/RUPPERT 2007, 459-485.

rechtsliberalen Volkspartei reichte. Im Rahmen der langwierigen Verhandlungen um das Gemeindeverfassungsgesetz war eine Gesetzesvorlage zugesagt worden, die verbundene Wahlvorschläge zuließ.³² Das bisherige Landtagswahlgesetz von 1920 untersagte diese ausdrücklich. Namentlich die Deutsche Volkspartei versprach sich Vorteile von Listenverbindungen mit kleineren bürgerlichen Parteien.³³

Das Landespräsidium legte im Frühjahr 1928 einen Entwurf vor, dieser stellte aber die DVP nicht ganz zufrieden. Das Problem wurde an den Hauptausschuss des Landtags überwiesen. Dieser fand für die Listenverbindungen eine Lösung, die den Wünschen der Volkspartei entsprach – und strich bei dieser Gelegenheit die Wahlpflicht aus dem Gesetz. Anders als 1918, als die Idee der Wahlpflicht für Lippe innerhalb von 24 Stunden aus dem politischen Hut gezaubert wurde, lagen 1928 zwischen der Ersten Lesung der Gesetzesnovelle (die die Wahlpflicht nicht antastete) und der Zweiten Lesung (die ihre Streichung vornahm) mehr als fünf Monate. Zeit genug für ein Geben und Nehmen der um den Koalitionsfrieden bemühten Parteien. Näheres aus den Verhandlungen im Hauptausschuss ist nicht bekannt. Zu vermuten ist, dass die SPD für ihr Entgegenkommen bei den Listenverbindungen die Streichung der Wahlpflicht erhielt. Für die DVP nahm ihr Fraktionsvorsitzender Müller abschließend Stellung:

„Wenn wir uns zur Erzielung der großzügigen jetzigen Lösung weiterhin mit der Aufhebung des Wahlzwanges einverstanden erklärt haben, so haben wir uns gesagt, daß man allein in Lippe den Wahlzwang nicht aufrechterhalten kann. Wenn früher andere Gründe dafür maßgebend gewesen sind, so kann man das verstehen. Heute muss die staatsbürgerliche Erziehung so vorgeschritten sein, daß man auch ohne Wahlzwang seine Staatsbürgerpflicht tut. Wer das nicht tut, dem kann man nicht helfen. Mit einer Geldstrafe von 2 oder 3 RM ist für seine politische Erziehung nichts zu machen. Alle Parteien haben die Aufgabe, auf ihre Mitglieder dahin einzuwirken, daß sie zur Wahlurne auch ohne gesetzlichen Zwang schreiten. Wir erklären uns also damit einverstanden, daß der Wahlzwang verschwindet.“³⁴

Zugunsten der strafbewehrten Wahlpflicht ergriff niemand im Landtag das Wort. Sie war ein lippisches Unikat geblieben, das in Deutschland keine Nachahmer gefunden hatte. Der praktische Vollzug hatte von Beginn an Schwierigkeiten gemacht und der Abschied fiel nicht schwer. Es gab im Landtag nur drei Gegenstimmen, selbst die zur Fundamentalopposition neigende DNVP stimmte mehrheitlich zu. Der linksliberale Vordenker Neumann-Hofer war 1925 verstorben. Auch er wäre 1928 vermutlich nicht mehr zugunsten der Wahlpflicht in den politischen Ring gestiegen. Eingeführt wurde sie Ende 1918 nicht zuletzt in der Hoffnung, damit eine linkssozialistische Dominanz zu verhindern. Zehn Jahre später stand fest, dass eine Wahlpflicht zur Erreichung dieses Zieles weder geeignet noch erforderlich war. Das Absinken der Beteiligung an der Landtagswahl Anfang 1929 auf 76,3 Prozent, wenige Wochen nach Abschaffung der

³² DRAKE 1932, 54.

³³ Bei der Landtagswahl 1925 waren verbundene Listen noch nicht erlaubt. Es trat daher in Lippe weder die DVP noch das Zentrum an, sondern eine „Deutsche Volkspartei und Zentrum“, die im offiziellen Ergebnis unter „Sonstige“ auftauchte; STATISTISCHES JAHRBUCH DES DEUTSCHEN REICHES 1926, 454.

³⁴ LANDTAGSPROTOKOLLE, Sitzung vom 9. Oktober 1928, 1437.

Wahlpflicht, wird mit der neugewonnenen Freiheit zusammenhängen. Aber bei der legendären lippischen Januarwahl 1933 lag die Beteiligung – ohne Zwang, aber in hochpolitisierten Zeiten – wieder bei über 85 %.³⁵ Für eine lebendige Demokratie sind andere Faktoren wichtiger als eine sanktionierte Wahlpflicht. Hugo Preuß hatte recht, als er die Wahlpflicht 1919 mit diesem Argument ablehnte:

„Durch Strafbestimmungen politischen Geist und Sinn wachrufen zu wollen, ist ein aussichtsloses Unternehmen.“³⁶

Epilog

Bei den Verhandlungen zum Bonner Grundgesetz spielte das Thema Wahlpflicht nochmals eine Rolle. Als erfolgreiches Beispiel stand den Befürwortern, vor allem aus der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat, nicht das Land Lippe vor Augen (davon war gar nicht mehr die Rede), sondern Belgien. Auch in der Union wurde die Idee eines Wahlzwangs aber bald fallengelassen und im Wahlrechtsausschuss über die Parteigrenzen hinweg mit großer Mehrheit abgelehnt.³⁷ Gelegentlich, vor allem wenn Sorgen um eine nachlassende Wahlbeteiligung artikuliert werden, wird die Wahlpflicht auch heute noch ins Spiel gebracht.³⁸ Aber nennenswerte Befürworter im politischen Raum sind nicht erkennbar. Gäbe es diese Befürworter, so müssten sie auch die Frage der rechtlichen Machbarkeit klären. Im Bismarckreich und in der Weimarer Zeit galt die Wahlpflicht als im Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers liegend. Mit dem heutigen Grundgesetz ist sie nach überwiegender, wenn auch umstrittener Auffassung in der Staatsrechtslehre nicht vereinbar. Denkbar wäre sie nach verbreiteter Lesart erst nach einer vorherigen und mit hohen Hürden versehenen Verfassungsänderung. Diese Ansicht beruft sich auf die grundgesetzlich verankerte Freiheit der Wahl, welche eben auch ein Fernbleiben von der Wahl erlaube.³⁹ Jenseits aller juristischen Streitfragen: Es spricht nichts dafür, dass die Wahlpflicht eine Wiederauferstehung erleben wird, sie wird wohl ein abgeschlossenes und kurzes Kapitel der deutschen Verfassungsgeschichte bleiben. Aber es bleibt doch merkwürdig, dass die einzigen praktischen Erfahrungen mit diesem Instrument im Freistaat Lippe gesammelt wurden.

³⁵ <https://www.wahlen-in-deutschland.de/wlLippe.htm> (Aufruf: 1. März 2023)

³⁶ Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung, 241.

³⁷ HARALD ROSENBACH (Bearb.), Der Parlamentarische Rat 1948-1949. Akten und Protokolle, Bd. 6, Boppard 1994, 657, 660. Zur Diskussion des Wahlrechts im Parlamentarischen Rat auch KATRIN VERENA FRANZ, Das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag – Architektur eines organschaftlichen Rechts, Berlin 2019, 48-55.

³⁸ RAINER FAUS, Vielleicht muss man sie zwingen, in: DIE ZEIT vom 27. Januar 2022.

³⁹ HERMANN BUTZER in Beck-Online Kommentar GG, Stand: 15. Februar 2023, GG Art. 38 Rn 70; CHRISTOPH DEGENHART, Staatsrecht I, 38. Aufl. Heidelberg 2022, Rn 89; DÜRIG/HERZOG/SCHOLZ/KLEIN/SCHWARZ, GG-Kommentar, Stand September 2022, Art. 38 Rn 111; HANS D. JARASS in: JARASS/PIEROTH, GG-Kommentar, 17. Aufl. München 2022, Art. 38 Rn 21; MARTIN MORLOK in: HORST DREIER (Hg.), GG-Kommentar, Bd. II, 3. Aufl. Tübingen 2015, Art. 38 Rn 88. Eine Änderung des Grundgesetzes bedürfte einer Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat. Die Gegenmeinung hält die Einführung einer Wahlpflicht durch einfaches Gesetz auch ohne vorherige Verfassungsänderung für möglich, so MIKE WIENBRACKE, Verfassungskonformität einer einfach-gesetzlichen Wahlpflicht, in: VERWALTUNGSRUNDSCHAU 2021, 302-311.

Der Volkskörper schwitzt.

Fotografisch inszenierte Muskelkraft im Germanengehöft Oerlinghausen

von Karl Banghard

Fotografie und Film waren *die* Bildmedien des Nationalsozialismus. In ihrer Ausdrucksform – nicht in ihren Inhalten – gab sich die fotografische Bildsprache 1933 bis 1945 sehr fortschrittlich, weitaus fortschrittlicher als beispielsweise die nationalsozialistische Malerei. Zurückgegriffen wurde dabei auf die Bildästhetik des Naturalismus des 19. Jahrhunderts oder auf die visuellen Konzepte der neusachlichen Fotografie (Dynamik, Teilansichten) und der Neuen Fotografie (Perspektiven, Beleuchtung, Schrägansichten).¹ Untergründig wirken die damals im großen Stil verbreiteten optischen Codes bis heute fort und haben sich weit verzweigt.

Einen genaueren Blick verdienen gerade die Bilder, die das scheinbar Alltägliche, das „Normale“ der Zeit wiedergeben wollen. Oder diejenigen, die vordergründig politikferne Themenbereiche abdecken, etwa Wissenschaft oder eben Frühgeschichte. Ein gutes Beispiel dafür ist die Fotodokumentation des Aufbaus des Germanengehöfts in Oerlinghausen. Neben Aufnahmen von professionellen Pressefotografen stammen zahlreiche Fotos von dem Initiator des Projekts, Hermann Diekmann (1891-1974). Er war kein Berufsfotograf sondern Lehrer, seine Aufnahmen können sich jedoch technisch und künstlerisch mit professionellen Arbeiten messen. 1933 als Stadtrat der NSDAP und als Schulleiter eingesetzt konnte Diekmann auf ein Freilichtmuseum hinarbeiten, das mit Unterstützung des Reichsbundes für Deutsche Vorgeschichte 1936 eingeweiht wurde. Diekmann war in der Weimarer Zeit Mitglied des Fotoclubs Oerlinghausen, einer ambitionierten Gruppe von an den aktuellen Trends der Fotografie Interessierten. Sein Nachlass ist weit verstreut. Große Teile davon fanden sich 2013 und 2014 auf Dachböden in Oerlinghausen-Währentrop und Lage-Billinghausen.² Erhalten sind Negative und Großdias in fast allen Formaten, die in den 1920er- bis 1950er-Jahren üblich waren.

Aus diesem Konvolut stammen auffällig viele Fotos körperlicher Arbeit, die den Aufbau des germanischen Freilichtmuseums illustrieren. In keinem anderen nationalsozialistischen vor- und frühgeschichtlichen Freilichtmuseum, sei es Radolfzell, Lübeck oder Unteruhldingen, spielt die Fotografie der Arbeit eine so große Rolle. Ein Grund dafür mag sein, dass das Oerlinghauser Germanengehöft am Rand einer Arbeitersiedlung lag, die in der Weimarer Zeit in Anspielung an den Berliner Stadtteil „Moabit“ genannt wurde. Der Titel bezieht sich auch auf das Wahlverhalten, denn im Oerlinghauser Moabit erzielten SPD und KPD besonders hohe Ergebnisse. Die Bilder kamen hauptsächlich bei den zahlreichen Vorträgen Diekmanns zum Einsatz, waren also an die unmittelbare Umgebung adressiert. Und diese kam zu einem nicht zu vernachlässigenden Teil aus der Arbeiterschaft. Es liegt nahe, dass hier das Thema Arbeit deshalb eine größere Rolle spielte, als in anderen vorgeschichtlichen Anlagen.

¹ MARTHA CASPERS, Modedefotografie und Presse, in: ALMUT JUNKER (Hg.), Frankfurt Macht Mode 1933-1945, Marburg 1999, 43-72, bes. 62 f.

² Herzlichen Dank an Ursula Flehmer und Karl Heinz Kasumierski für die Vermittlung des Fotomaterials.

Die Aufnahmen der Arbeitsprozesse waren ganz offensichtlich nicht dazu da, frühgeschichtliche Techniken zu dokumentieren. Vielmehr greifen die Kompositionen visiotypisch³ die Bildwelt der in den 1930ern boomenden volkskundlichen Fotografie auf, sie amalgamieren Volkskunde und Vor- und Frühgeschichte. Die Darstellung harter körperlicher Arbeit spielte in der ethnografischen Fotografie vor 1933 keine nennenswerte Rolle.⁴ Erst die nationalsozialistische Volkskunde etablierte hierzu eine wirkmächtige Bildsprache. Das Oerlinghauser Bildmaterial zeigt, dass die Selbstinszenierung von Freilichtmuseen einen ähnlichen Weg einschlagen konnte. Vier unpublizierte, lediglich bei Vorträgen verwendete Großdias können dies exemplarisch verdeutlichen:



*Abb. 1: Einlattung des Germanengehöfts, 1936.
(ARCHIV FREILICHTMUSEUM OERLINGHAUSEN)*

Die Glasplattenaufnahme vom Mai 1936 zeigt Zimmerleute, die fachgerecht Latten für die Reeteindeckung aufbringen. Zwar macht bei diesem Gewerk ein räumlich gestaffeltes Arbeiten Sinn, die perfekte Diagonale auf dem Dach, wie sie das Foto zeigt, muss jedoch nicht eingehalten werden. Die strenge Linearität des Bildes suggeriert eine disziplinierte, penibel getaktete

³ Grundlegend zu Visiotypen: UWE PÖRKSEN, *Weltmarkt der Bilder. Eine Philosophie der Visiotype*, Stuttgart 1997. In Anlehnung an den Begriff Stereotyp definiert Pörksen den Visiotyp als Standardisierung von Bildformeln. Die metaphorische Kraft visiotyper Bildfiguren liegt in der Verkürzung und Kondensierung. Häufig gehen sie auf Vorlagen aus der wissenschaftlichen Bildproduktion zurück, aktuell beispielsweise der Eisbär auf der schmelzenden Scholle, der blaue Planet, das Virus oder fötale Ultraschallbilder. Fast alle semantischen Beziehungen und Symbolformen der Sprache lassen sich auf Visiotype übertragen.

⁴ ULRICH HÄGELE, *Die Visualisierung des „Volkskörpers“*. Fotografie und Volkskunde in der NS-Zeit, in: *VÖLKISCHE FELDFORSCHUNG. FOTOGRAFIE UND VOLKSKUNDE IM NATIONALSOZIALISMUS*, Fotogeschichte 21, 2001, H. 82, 5-21.

Arbeitsweise. Der diagonale Bildaufbau erzeugt überdies eine hohe Dynamik. Dass sich recht individuelle Charaktere in eine derart strenge Komposition einordnen, unterstreicht den Eindruck einer druckvollen, hocheffizienten Arbeitsteiligkeit, in der sich die Einzelpersonen auflösen. Arbeiter in Kooperation sind eines der beliebtesten Motive der NS-Kunst.⁵

In Bezug auf den Hausbau gab es in den 1930er-Jahren dafür einen profanen Grund: Mangels Maschinen mussten viele Fertigungsprozesse durch eine synchronisierte Addition von Handarbeit ersetzt werden. Bilder von „organisch“ zusammenarbeitenden Menschen deuten diesen rückständigen Zustand zur Apologie eines Scheinkollektivs um. Verschleiert wurde dadurch, dass die politisch mitbestimmenden Organisationen der Arbeiterschaft zerschlagen worden waren. Das Pathos der Kooperation in der einfachen Handarbeit ästhetisiert aber vor allem die Entmaschinisierung des Bauwesens. Bereits am 1. Juni 1933 hatte das *Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit*⁶ die Nutzung von Baumaschinen beschränkt.



Abb. 2: Setzen der Bohlenwand, 1936.
(ARCHIV FREILICHTMUSEUM OERLINGHAUSEN)

Im Gegensatz zu den Dachdeckern in Arbeitskleidung die einem ganz normalen Handwerksbetrieb angehören, wird die Modellwerkstatt des Reichsbundes für Deutsche Vorgeschichte in weißen Hemden inszeniert. Denn die drei Reichsbund-Mitarbeiter Josef Maier, Leo Rimsberger

⁵ PETER SCHIRMBECK, Darstellung der Arbeit (Malerei und Plastik). In: GEORG BUSSMANN, Kunst im 3. Reich, Frankfurt 1974, 347-384, 378.

⁶ <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=19330004&seite=00000323> (Aufruf: 28. Juli 2023).

und Christian Murr (von links nach rechts)⁷ repräsentieren eine wissenschaftliche Institution, keine Firma. Der vierte Mann, der als Hilfsarbeiter den Boden im Wandgraben verdämmt, trägt kein weißes Hemd. Wie beim Dachdeckerbild wird der Eindruck zügiger, ineinandergreifender Arbeitsprozesse erzeugt. Man glaubt nahezu den Takt der Schläge zu hören, der von Maier und Murr vorgegeben wird. Das wirkt auch ohne Baumaschinen professionell und rationell.

Errichtet wird eine Außenwand aus Spaltbohlen für ein Germanenhaus. Den Bohlen sieht man schon anhand des Kern- und Splintholzes an, dass sie aus Eiche gespalten sind. Denn Materialechtheit war das Credo des Reichsbundes für Deutsche Vorgeschichte. Zahlreiche Reichsbund-Publikationen propagierten, die alten Gipsmodelle der Weimarer Zeit durch Repliken zu ersetzen, die im Werkstoff ihren Originalen entsprechen.⁸

Dieser Kult um das originäre Material lag 1936 im Trend. Programmatisch wurden bei öffentlichen Bauten in vorindustrieller Technik verarbeitete Baustoffe wie Naturstein verarbeitet. Man konnte zwar auf Stahl und Beton nicht verzichten. Den Ausdruck der Architektur dominierte jedoch eindeutig der in aufwändiger Handarbeit erstellte Natursteinquader oder zumindest die Plattenverkleidung. Um beispielsweise Granit für die nationalsozialistische Repräsentationsarchitektur zu beschaffen, flossen Devisen in atemberaubender Höhe an die skandinavische, italienische und belgische Steinindustrie. Für den Transport der riesigen Granitmengen nach Nürnberg und Berlin wurden eine Transportflotte und eigene Werften gegründet.⁹ Naturstein in zweistelliger Millionenhöhe an Kubikmetern wurde dann größtenteils per Hand verarbeitet, obwohl eine industrielle Bauabwicklung weitaus rationeller gewesen wäre. Der Rückgriff auf schwerste physische Arbeit galt als soziale Idee, so heißt es in einem der nationalsozialistischen Architektur-Standardwerk:

„Die Verwendung des Werksteins hat auch eine sehr gegenwärtige Bedeutung. Sie schafft in sehr viel größerem Umfang Arbeit als es die reine Betonkonstruktion tun würde. Sie ist daher eine sozialistische Tat.“¹⁰

In erheblichem Ausmaß trug der Film zur Verklärung der Handarbeit in der Architektur bei.¹¹ Die Oerlinghauser Fotografien gehen einen Schritt weiter: Sie rücken diese Bildpropaganda raffiniert, da wissenschaftlich unterlegt, in eine überzeitliche Sphäre.

⁷ Personenzuweisung an Hand von Vergleichsfotos. Der Leiter der bis zum Mai 1938 in Berlin, danach in Unteruhldingen ansässigen Modellwerkstatt, Christian Murr, ist vor allem an der charakteristischen spitzen Ohrform identifizierbar. Alle drei zusammen finden sich wieder auf einem Foto zum Modell des Germanenhauses Vehlows, Mark Brandenburg: GUNTER SCHÖBEL, Die Pfahlbauten von Unteruhldingen. Teil 3: Die Zeit von 1936 bis 1940, in: PLATTFORM 5, 1994, 9-35, Abb. 14.

⁸ LIEBETRAUT ROTHERT, Kampf dem Gips, in: Germanenerbe, 1/1936 28-30. Es ist bezeichnend, dass dieser Artikel gleich in der ersten Nummer des zentralen Organs des Reichsbundes erschien. Weiter etwa: RUDOLF STRÖBEL, Stoffechte Nachbildungen vorgeschichtlicher Tongefäße, in: GERMANENERBE, Januar 1937, 23-27.

⁹ ALBERT SPEER, Erinnerungen, Frankfurt/Berlin/Wien 1969, 196.

¹⁰ HUBERT SCHRÄDE, Bauten des Dritten Reiches, Leipzig 1937, 20.

¹¹ KARL ARNDT, Filmdokumente des Nationalsozialismus als Quellen für architekturgeschichtliche Forschungen, in: GÜNTHER MOLTSMANN/KARL FRIEDRICH REIMERS (Hg.), Zeitgeschichte im Film und Tondokument 17, historische, pädagogische und sozialwissenschaftliche Beiträge, Göttingen 1970, 39-68, 47.

Schlichte Arbeit verspricht einkommensschwächeren Menschen Autarkie. Eigeninitiative ersetzte im Nationalsozialismus die deutlich rückläufige staatliche Förderung privater Bauten. In der Weimarer Republik waren 80,7 Prozent der neuen Wohnungen staatlich gefördert, 1933 bis 1939 nur noch 40,2 Prozent.¹² Die moderne Siedlung beim Oerlinghauser Germanengehöft wurde ab 1933 massiv ausgebaut, mit kleinen, kaum staatlich subventionierten Privathäusern, die häufig nur durch Mitarbeit finanzierbar waren. Stadtteile dieser Art waren ein Ziel nationalsozialistischer Raumplanung, da sie die alten Arbeitermilieus schwächten. So wird in einem Grundlagenwerk zur NS-Sozialpolitik definiert:

„Die Kleinsiedlung ist auch allgemein staatspolitisch von höchster Bedeutung. Sie verbindet den werktätigen Arbeiter mit Grund und Boden und macht ihn zu einem heimatverbundenen und politisch gefestigten Mitglied der Volksgemeinschaft.“¹³

In Bielefeld und Oerlinghausen kursierten solche Strategiekonzepte schon 1890. Damals schrieb Friedrich von Bodelschwingh, nach dem die Bethelschen Stiftungen benannt sind:

„Ich bleibe dabei, daß wir kein mächtigeres Mittel haben, einen Keil in die Arbeiterpartei zu treiben, als indem wir den noch nicht untergegangenen, tief eingewurzelten Sinn unserer germanischen Völkerstämme auf Heimat und namentlich auf die heimatliche Scholle nach Kräften pflegen und befördern.“¹⁴

Diesen germanischen Sinn hatte Diekmann unmittelbar beim ehemaligen „Moabit“ in eine moderne Bildsprache übersetzt.

¹² PETER-CHRISTIAN WITT, Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer. Zur Regelung von Wohnungsbau und Wohnungsmarkt in der Weimarer Republik, in: LUTZ NIETHAMMER (Hg.), Wohnen im Wandel, Wuppertal 1979, 385-407, 403, 405.

¹³ FRANZ SELDTE, Sozialpolitik im Dritten Reich 1933-38, München/Berlin 1939, 10.

¹⁴ Zitiert nach: ROLAND GÜNTHER, Krupp und Essen, in: MARTIN WARNKE (Hg.), Das Kunstwerk zwischen Wissenschaft und Weltanschauung, Akten des 12. Deutschen Kunsthistorikertages in Köln, Gütersloh 1970, 128-175, 163.



*Abb. 3: Bossieren der Handdrehmühle.
(ARCHIV FREILICHTMUSEUM OERLINGHAUSEN)*

Dieses Foto eines Steinmetzes, der eine späteisenzeitliche Korndrehmühle zurichtet, hat mit großer Wahrscheinlichkeit eine Vorlage: Adolf Wissels Gemälde „Der Schlosser“. Das Werk hatte Hermann Diekmann nachweislich auf der Ausstellung „Lob der Arbeit“ der NS-Kulturgemeinde 1936 in Berlin gesehen.¹⁵ Im polaren Gegensatz zu den hochdynamischen Arbeitsgrupps-Sujets herrscht auf dem Foto konzentrierte Ruhe. Eine zeitgenössische Besprechung der vermutlichen Vorlage von Adolf Wissel zeigt, wie das Bild wahrgenommen wurde:

„Stärker noch tritt der Mensch in diesem Bild von Adolf Wissel in den Vordergrund, das den Schlosser mit den Attributen seines Handwerks darstellt. Alle Unrast ist gewichen, der Mensch ist alleiniger Herrscher, das Werkzeug Helfer. Und aus der ganzen besinnlichen, geruhsamen, ungeschäftigen Haltung des Bildes spricht die Gesinnung des Handwerkers [...] Blickpunkt und Schwere liegen allein in den schaffenden Händen, Ruhe und Harmonie herrschen.“¹⁶

Handwerkliche Genreszenen werden so zu Sinnbildern ehrwürdiger Traditionen und geordneter Verhältnisse. Durch die vermeintlich vieltausendjährige Tradition sollten sie zu ikonischen Manifestationen der Unsterblichkeit einer geschichtlich überholten, so nie da gewesenen kleinbürgerlichen Gesellschaft werden.

¹⁵ Teilnahmeliste der Fahrt der Oerlinghauser NS-Kulturgemeinde zur Ausstellung, in: ARCHIV DES ARCHÄOLOGISCHEN FREILICHTMUSEUMS OERLINGHAUSEN.

¹⁶ N. N., in: KUNST UND VOLK 5, 1937, H. 1, 30.



Abb. 4: Schüler beim Pflügen.
(ARCHIV FREILICHTMUSEUM OERLINGHAUSEN)

Anders als die bislang vorgestellten Bilder aus dem Jahr 1936 kann dieses Kleinbildfoto aufgrund von Grabungsdokumentationen auf demselben Negativstreifen in den Frühsommer 1938 datiert werden. Es zeigt rechts junge Schüler in Holzschuhen, die einen „germanischen“ Pflug ziehen. Der pflügende Bauer war neben dem sensenschleifenden Landmann das am häufigsten reproduzierte volkskundliche Motiv in der NS-Zeit.¹⁷ In dieses wohlvertraute Sujet projizierte Diekmann die Botschaft der lebendigen Geschichtsvermittlung, aber auch die Assoziation disziplinierter Erziehung durch Arbeit.

Dies ist meines Wissens das älteste prähistorische Pflug„experiment“ im deutschsprachigen Raum. Im faschistischen Italien tauchen Rekonstruktionen von prähistorischen Pflügen in dreidimensionalen Lebensbildern schon etwas früher auf. Sie finden sich in Vorgängerprojekten der Mostra Augustea della Romanità, einer zukunftsweisenden Großausstellung zur Zweitausendjahrfeier der Geburt von Augustus aus dem Jahr 1938.¹⁸ Nachgestellt wurde, wie Romulus und Remus Rom in Besitz nahmen, in dem sie eine Pflugfurche um das Land zogen. Diese Station stand am Anfang der zahlreichen Inszenierungen des Geschichtsspektakels. Die letzte Station präsentierte den Faschismus als Höhepunkt der italienischen Geschichte. Hitler besuchte zwischen dem 3. und 8. Mai 1938 zwei Mal die Mostra Augustea della Romanità.¹⁹ Die Schau und ihre Vorgänger standen in futuristischer Tradition und wurden wegen ihrer Modernität und Radikalität international beachtet.

¹⁷ HÄGELE 2001, 9.

¹⁸ FRIEDEMANN SCRIBA, Augustus im Schwarzhemd? Die Mostra Augustea della Romanità in Rom 1937/38, Frankfurt 1995, 90.

¹⁹ EBD., 203.

Zahlreiche konzeptionelle Aspekte verbinden sie mit dem Oerlinghauser Germanengehöft: Die Betonung des Alltags, der Gegenwartsbezug, die Verwendung von Repliken statt Originalen, das möglichst schlichte Gesamtbild, die dürftige archäologische Basis und das assoziative Nebeneinanderstellen unterschiedlicher Epochen, um Überzeitliches zu suggerieren. In Italien kann das Konzept auch als Rückgriff auf die augusteische Geschichtspropaganda gesehen werden. Geplant war zudem ein archäologischer Park mit Rekonstruktionen. Das Oerlinghauser Pflugbild zeigt, dass Hermann Diekmann immer wieder tagesaktuelle ikonische Trends in das Image des Germanengehöfts einzufügen wusste.

Epilog: Das Südseeverbot

Vorgeschichtliche Freilichtmuseen wurde in der Weimarer Zeit noch entspannt dargestellt. Die Atmosphäre auf Fotografien und im Film hatte meist bukolische Züge. 1926 drehte die Ufa beispielsweise den Film „Natur und Liebe – Schöpferin Natur“²⁰, der in zahlreichen Kinos lief und die Pfahlbauten in Unteruhldingen deutschlandweit berühmt machte. Hauptattraktionen waren barbusige Frauen und der idyllische Bodensee. Eine strengere Linie kam mit der Wirtschaftskrise auf. So beschwerte sich im Winter 1931/32 der wissenschaftliche Leiter des Pfahlbaumuseums über ein durchaus ansprechendes, neusachliches Werbeplakat zum neu errichteten bronzezeitlichen Siedlungsausschnitt. Die dargestellten halbnackten „Südseeinselbewohner“ seien nicht tragbar für ein bronzezeitliches Lebensbild.²¹ „Südseeinsulaner“ war in diesen Monaten ein Modewort, das sich auf die umstrittene Völkerschau „Kannibalen aus der Südsee“ bezog, die im Sommer 1931 mit enormem Presseecho bis zu 25.000 Besucher täglich in den Kölner Zoo lockte.²² Die Absetzung des Unteruhldinger Plakates markiert eine Zäsur: Südsee wurde damals wie heute mit Idylle in Verbindung gebracht, nun war Schlichtheit das angestrebte Image.

Freilichtmuseen erfuhren dann in den 1930er-Jahren einen Visualisierungsschub. Dabei näherten sich die vorgeschichtlichen Anlagen bei der Außendarstellung immer mehr den volkskundlichen an. Fotografien von Arbeitsprozessen, die in Oerlinghausen einen besonderen Stellenwert hatten, orientierten sich folgerichtig an den Trends der volkskundlichen Fotografie. Gerade weil bei ihnen der Muff der Alpenvereinskalenderfotografien fehlt, sind sie bemerkenswert. Diekmanns Kamerablick wirkt zunächst nicht als Bildpropaganda, die Gesichter sind nur mäßig zerfurcht, es gibt keine tiefe Kameraperspektive, keinen dramatischen Wolkenflug und keine Archaik. Aber gerade ihre Nüchternheit hat in einem von der Arbeiterschaft mitgeprägten Umfeld suggestive Kraft. Denn sie verschleiern, dass es sich um durch und durch inszenierte Bilder handelt.

²⁰ <https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/item/QOR4F3ZGAR57DPCOVFIZNEAE25WEGXSD>. (Szenenbilder der Rohschnittreste und einer Lavendelkopie). (Aufruf: 27. Juli 2023).

²¹ Brief Reinerth an Sulger vom 25. Februar 1932, ARCHIV PFAHLBAUMUSEUM UNTERUHLINGEN.

²² So ergibt die Suche nach dem Begriff „Südseeinsulaner“ auf dem Zeitungsportal zeitpunkt.nrw für das Jahr 1931 119 Treffer (Aufruf: 18. April 2023).

Tod im Kaninchenbusch.

Ein ungeklärter Kriminalfall in Schötmar aus dem Jahr 1941

von Lars Lüking

Am 24. Juni 1941 meldete die Ortspolizeibehörde Schötmar der Staatsanwaltschaft in Detmold, dass seit dem 21. Mai 1940 die Arbeiterin Hanna Koch aus Schötmar vermisst wurde. Hanna Koch war am 18. April 1923 in Ehrsen geboren worden und lebte zuletzt bei ihren Eltern in der Volkhausenstraße 1 in Schötmar. Der Arzt Dr. Lux hatte kurz vor ihrem Verschwinden festgestellt, dass sich die Vermisste im dritten Schwangerschaftsmonat befand. Da es sich bei ihr um eine „sehr lebenslustige und selbstständige Person“ handeln sollte, hielt die Ortspolizei einen Suizid für ausgeschlossen. Es wurde entweder angenommen, dass sie einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei oder dass die Eltern sie unter fremden Namen anderweitig untergebracht hatten, um sich vor der Schande der unehelichen Geburt zu schützen. Die Ortspolizei bat deshalb um die Erlaubnis, den Briefverkehr der Familie Koch zu überwachen.¹



Abb. 1: Vermisstenmeldung im DEUTSCHEN KRIMINALPOLIZEIBLATT vom 9. Oktober 1940.

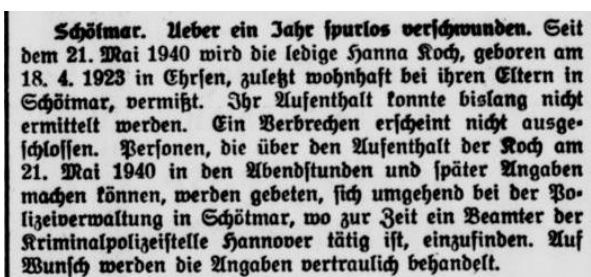
Die Staatsanwaltschaft meldete den Fall der Kriminalpolizei in Hannover² mit der Bitte, die Sache durch einen Spezialbeamten nachprüfen zu lassen. Sie fasste außerdem zusammen, was

¹ LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN ABTEILUNG OSTWESTFALEN-LIPPE (LAV NRW OWL), Bestand D 21 B Staatsanwaltschaft Detmold Nr. 2548, Bl. 1.

² Die Zuständigkeit der Kriminalpolizei in Hannover ergab sich offenbar aus der Zuordnung des Landes Lippe zum Bezirk des Oberlandesgerichts Celle. Heute ist die Kriminalpolizei Bielefeld bei besonders schweren Kriminalfällen im gesamten Regierungsbezirk Detmold zuständig.

die Ortspolizei seit Mai 1940 ermittelt hatte. Die Vermisste war nicht gut beleumundet und hatte bereits im Alter von 15 Jahren am 19. Mai 1938 ein Kind geboren, dessen Vater damals nicht festgestellt werden konnte. Die Vermisstenanzeige hatte der Vater am 23. Mai 1940 gestellt, am 27. Mai wurde dies an die Kriminalpolizei in Hannover gemeldet. Die weiteren Ermittlungen, unter anderem die Vernehmung eines Soldaten, mit dem Hanna Koch Briefkontakt gehabt hatte, brachten keine Ergebnisse.

Am 7. Juli 1941 reiste ein Ermittlungsbeamter der Kriminalpolizei Hannover nach Schötmar, um die Ermittlungen aufzunehmen. Er erörterte den Fall mit dem Staatsanwalt Fricke aus Detmold und suchte am folgenden Tag die Wohnung der Familie Koch auf. Alle Räume wurden eingehend besichtigt und die Eheleute Koch sowie ihre zweite Tochter Anna getrennt voneinander vernommen. Die Mutter Wilhelmine Koch gab an, dass Hanna am 21. Mai 1940 nach dem Abendessen das Haus noch einmal verlassen hatte und mit dem Fahrrad zu einem Schuhmacher fahren wollte, um dort Schuhe abzuholen. Dieser habe später angegeben, dass Hanna gegen 21 Uhr bei ihm gewesen sei, die reparierten Schuhe angezogen und die anderen zum Besohlen dort gelassen habe. Sie sei dann noch von mehreren Personen auf dem Fahrrad gesehen worden, zuletzt gegen 22 Uhr am Heerser Bruch. Dort war später auch ihr Fahrrad von Arbeitern gefunden und bei der Polizei abgegeben worden. Hannas Mutter hatte erst nach ihrem Verschwinden erfahren, dass ihre Tochter erneut schwanger gewesen war. Der Vater Simon Koch hatte diese Tatsache von Dr. Lux erfahren und Hanna zur Rede gestellt, die die Schwangerschaft aber abgestritten habe. Er habe seiner Tochter gesagt, er würde nicht mehr für ihre Kinder arbeiten und sie in ein Heim oder eine Anstalt bringen, wenn sie noch einmal schwanger nach Hause kommen würde.



Schötmar. Ueber ein Jahr spurlos verschwunden. Seit dem 21. Mai 1940 wird die ledige Hanna Koch, geboren am 18. 4. 1923 in Ehrfen, zuletzt wohnhaft bei ihren Eltern in Schötmar, vermißt. Ihr Aufenthalt konnte bislang nicht ermittelt werden. Ein Verbrechen erscheint nicht ausgeschlossen. Personen, die über den Aufenthalt der Koch am 21. Mai 1940 in den Abendstunden und später Angaben machen können, werden gebeten, sich umgehend bei der Polizeiverwaltung in Schötmar, wo zur Zeit ein Beamter der Kriminalpolizeistelle Hannover tätig ist, einzufinden. Auf Wunsch werden die Angaben vertraulich behandelt.

Abb. 2: Bericht in der LIPPISCHEN POST vom 8. Juli 1941.

In einem Zwischenbericht des Kriminalbeamten aus Hannover vom 12. Juli 1941³ schloss dieser einen Suizid der Hanna Koch nicht aus, obwohl die Angehörigen und alle Bekannten sich gegen diese Vermutung ausgesprochen hatten. Der Verdacht, dass Familienangehörige vom Verbleib von Hanna wissen oder gar selbst ein Verbrechen an ihr begangen hätten, habe sich nicht bestätigt und könne nach den bisherigen Ermittlungen ausgeschlossen werden. Die Eltern seien gut zu ihrer Tochter gewesen, obwohl sie sich viel mit Männern abgegeben habe und die Eltern allen Grund hatten, streng zu ihr zu sein. Für den Kriminalbeamten blieb der Verdacht, dass Hanna Koch möglicherweise eine Abtreibung vornehmen wollte oder vom Vater des Kindes dazu gedrängt worden war und ihr dabei etwas zugestoßen sei. Heimliche Abtreibungen wurden nicht zwangsläufig von medizinischem Fachpersonal durchgeführt, die Eingriffe waren risiko-

³ LAV NRW OWL, D 21 B Nr. 2548, ab Bl. 33 v.

reich und viele Frauen verbluteten dabei.⁴ Es bestand also die Möglichkeit, dass Hanna Koch auf diesem Weg ihr Leben lassen musste. In diesem Zusammenhang war das Verhalten des Soldaten Hugo Wortmann auffällig, der nach bei der Familie Koch aufgefundenen Briefen längere Zeit mit Hanna befreundet war und sie am 20. Mai 1940 während seines Urlaubs getroffen hatte. Sie sollen sich für den 22. Mai noch einmal verabredet haben, bevor sein Urlaub am 23. endete. Wortmann sei auch am 22., dem Tag nach dem Verschwinden Hannas, bei der Wohnung der Familie Koch gewesen. Als er vom Verschwinden der Hanna erfuhr, habe er kein Wort mehr sagen können. Für den Kriminalbeamten war es anzunehmen, dass Wortmann von der Schwangerschaft Hannas wusste, möglicherweise als Vater ihres Kindes in Frage kam und mit ihrem Verschwinden in Verbindung stand.

Am 27. Mai 1942 begab sich ein Kriminalbeamter von Hannover nach Herford, um weitere Ermittlungen aufzunehmen.⁵ Von der Ortspolizeibehörde in Herford-Hiddenhausen erfuhr er, dass der Stiefbruder des Hugo Wortmann, Friedrich Wortmann, wegen „Sittlichkeitsverfehlungen“ an Jugendlichen vom Sondergericht Bielefeld zum Tode verurteilt und bereits im März 1942 hingerichtet worden sei. Er soll außerdem im Verdacht gestanden haben, bei schwangeren Frauen Eingriffe zur Abtreibung vorgenommen zu haben. Der Kriminalbeamte holte die Strafakte bei der Staatsanwaltschaft Bielefeld ab und erfuhr, dass die Verurteilung am 27. Oktober 1941 durch die Jugendschutzkammer des Landgerichts Bielefeld als „gefährlicher Gewohnheitsverbrecher wegen Verführung zu schwerer Unzucht zwischen Männern“ (nach § 175a Ziffer 3 StGB, also als Erwachsener mit Jugendlichen) in 16 Fällen und vier versuchten Fällen erfolgte und Friedrich Wortmann am 20. März 1942 im Zuchthaus Wolfenbüttel hingerichtet worden war.⁶ Der am 10. Dezember 1894 in Hiddenhausen geborene Bernhard Friedrich Wortmann hatte bei seiner Mutter in Hiddenhausen Nr. 62 gewohnt und als Präparator am Heimatmuseum in Bünde gearbeitet. Nach den Ermittlungen soll er sich auch auf dem Gebiet der Abtreibung seit vielen Jahren betätigt haben, wobei in das Urteil nur zwei Fälle von Beihilfe zur versuchten Abtreibung eingingen, die noch nicht verjährt waren. Diese Tatsachen waren für die Kriminalpolizei Hannover im Zusammenhang mit dem Verdacht gegen den Stiefbruder Hugo Wortmann von besonderer Bedeutung.

Der SS-Rottenführer Hugo Wortmann, geboren am 26. März 1921 in Hiddenhausen, konnte erstmals am 28. Mai 1942 während eines Urlaubs in Hiddenhausen vernommen werden.⁷ Er hatte sich freiwillig zum Militärdienst gemeldet und war am 20. Oktober 1939 in die SS eingetreten.⁸ Er gab an, Hanna Koch bereits seit ihrem elften Lebensjahr zu kennen, als sie sich auf einem Volksfest in Schötmar begegnet waren. Er habe aber keine nähere Beziehung zu ihr gehabt, sondern sie nur einmal im Jahr auf dem Volksfest getroffen. Nachdem er Soldat geworden und

⁴ DIRK VON BEHREN, Die Geschichte des § 218 STGB, Gießen 2019.

⁵ EBD., ab Bl. 59.

⁶ Im NIEDERSÄCHSISCHEN LANDESARCHIV, Standort Wolfenbüttel, ist unter 43 A Neu Fb. 2 Nr. 309 die Gefangenenspersonalakte des Friedrich Wortmann überliefert, die auch ein Exemplar des Todesurteils enthält.

⁷ LAV NRW OWL, D 21 B Nr. 2548, ab Bl. 60.

⁸ Die Feldpostnummer seiner Einheit (29621) gehörte zur SS-Totenkopfstandarte 4 „Ostmark“, aus der 1941 das SS-Infanterie-Regiment 4 wurde. <https://www.lexikon-der-wehrmacht.de/Gliederungen/SSTotenkopf/SSTotenkopf4-R.htm> (Aufruf: 8. August 2023). Wortmann sagte aus, er habe bis zu einer Verwundung am 20. Februar 1942 an den „Abwehrkämpfen im Osten“ teilgenommen.

sie ihre Ausbildung begonnen hatte, hätten sie sich gegenseitig geschrieben. Er bestritt, Vater des Kindes von Hanna zu sein, und konnte auch keine Angaben zur Vaterschaft machen. Er habe Hanna zuletzt am 21. Mai 1940 während eines Heimaturlaubs getroffen und sei mit ihr bis kurz nach Mitternacht zusammen gewesen. Er wollte sie am 23. Mai noch einmal vor der Rückfahrt zu seiner Truppe treffen und erfuhr dann von ihrer Mutter, dass sie verschwunden sei. Von der zweiten Schwangerschaft Hannas habe er nicht von ihr, sondern durch einen Brief seiner Cousine erfahren. Über die Verbrechen seines Halbbruders Friedrich habe er erst nach dessen Hinrichtung erfahren, als er die Urteilsbegründung gelesen habe. Die Kriminalpolizei durchsuchte das Haus der Familie Wortmann in Hiddenhausen und ließ auch den Garten des Heimatmuseums Bünde, wo Friedrich Wortmann gearbeitet hatte, genauer untersuchen und teilweise aufgraben. Alle Ermittlungen brachten aber keine neuen Erkenntnisse, so dass das Verfahren am 6. Juni 1942, wie bereits zuvor schon einmal am 21. November 1941, eingestellt wurde.

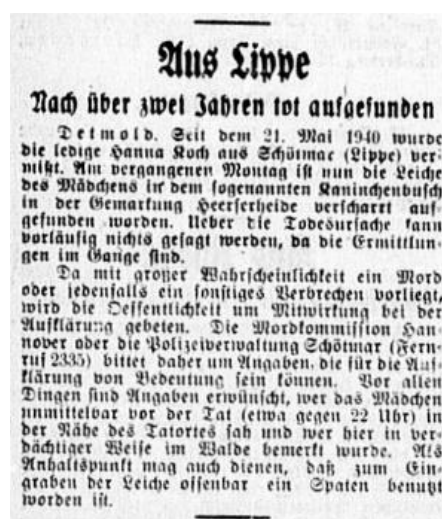


Abb. 3 Bericht über den Leichenfund in der WESTFÄLISCHEN ZEITUNG vom 18. Dezember 1942.

Am 14. Dezember 1942 erfuhren die Staatsanwaltschaft Detmold und die Kriminalpolizei Hannover von der Ortspolizei in Holzhausen bei Schötmar, dass einige Schuljungen in einem dortigen Waldstück, dem sogenannten Kaninchenbusch, einen menschlichen Schädel sowie einige andere Knochenteile ausgegraben und mitgenommen hatten.⁹ An der Fundstelle ließen sich auch noch Kleidungsreste sowie ein Schuh finden. Allem Anschein nach handelte es sich hier um die Leiche von Hanna Koch, deren Mutter und Schwester erkannten den Schuh wieder. Die Skeletteile wurden an das Institut für gerichtliche Medizin in Göttingen geschickt, um dort auf Hinweise von Verletzungen untersucht zu werden. Die Kriminalpolizei Hannover bildete eine Mordkommission und untersuchte den Fundort genau. Auf Anweisung der Staatsanwaltschaft Detmold hin wurden die Eltern von Hanna Koch am 15. Dezember vorläufig festgenommen und getrennt voneinander vernommen. Sie blieben bei ihren bisherigen Aussagen und bestritten, etwas mit dem Tod von Hanna zu tun zu haben. Beide wurden bereits am 16. Dezember wieder entlassen. Aus der Lage der Knochen konnten nach den Aussagen der Finder keine Schlussfolgerungen gezogen werden. Für die Kriminalpolizei blieben drei Möglichkeiten: Hanna könne am Fundort Suizid durch Erhängen oder Vergiften begangen haben, sie könne

⁹ LAV NRW OWL, D 21 B Nr. 2548, ab Bl. 80.

vom Vater des Kindes in den Wald gelockt und dort ermordet worden sein oder eine Abtreibung habe zum Tod geführt, woraufhin die Leiche vermutlich im zerstückelten Zustand an den Fundort gebracht wurde. Die Untersuchung der Knochen in Göttingen ergab keine Hinweise auf Gewaltanwendung, eine weitere Klärung der Todesursache war ebenso wenig möglich wie eine Aussage darüber, wie lange die Leiche dort gelegen hatte.¹⁰ Es konnte nur bestätigt werden, dass es sich um Knochen eines etwa 18 Jahre alten und etwa 159 cm großen Mädchens mit mittelblonden Haaren und gut erhaltenen Zähnen handelte, was mit der Beschreibung von Hanna Koch übereinstimmte.



*Abb. 4: An der Fundstelle der Knochenreste im Kaninchenbusch.
(Lichtbildmappe der Kriminalpolizei, Dezember 1942)*

In einem Schlussbericht vom 25. Januar 1943¹¹ fasste die Kriminalpolizei das Ergebnis der Ermittlungen zusammen und ging noch einmal auf die drei Möglichkeiten ein, wie Hanna Koch zu Tode gekommen sein könnte. Für sie war insbesondere die Annahme eines Suizids gerechtfertigt. Staatsanwalt Fricke war anderer Meinung, seiner Ansicht nach sprachen die Lage der Knochen und die angeblich gute Stimmung von Hanna Koch am Tag ihres Verschwindens gegen eine Selbsttötung. Für ihn sprach vieles dafür, dass Hugo Wortmann mit dem Tod von Hanna Koch in Verbindung stand und möglicherweise von seinem Stiefbruder eine Abtreibung hatte vornehmen lassen. Er ersuchte daher die Kriminalpolizei, Hugo Wortmann erneut zu vernehmen. Dies konnte erst Anfang Juni 1943 in Braunschweig erfolgen. Wortmann blieb bei seinen bisherigen Aussagen und bestritt, etwas mit dem Tod von Hanna Koch zu tun zu haben.

¹⁰ EBD., ab Bl. 103.

¹¹ EBD., ab Bl. 105.

Trotzdem wurde er verhaftet und in Braunschweig in Untersuchungshaft genommen. Da Wortmann als SS-Unterscharführer der SS- und Polizeigerichtsbarkeit unterlag, war das SS- und Polizeigericht XXVI in Braunschweig zuständig. Wortmann wurde im Juli 1943 nach Schötmar überführt, an die Fundstelle der Leiche im Kaninchenwald gebracht sowie den Eltern von Hanna Koch gegenübergestellt. Da er aber weiterhin bei seinen Aussagen blieb, stellte sowohl die Staatsanwaltschaft Detmold wie auch das Gericht in Braunschweig das Verfahren ein. Der Haftbefehl gegen Wortmann wurde aufgehoben, so dass dieser zu seiner Einheit zurückkehren konnte.

Damit bleibt der Tod von Hanna Koch ungeklärt. Heutzutage würde ein solcher *Cold Case* möglicherweise im Fernsehen bei Aktenzeichen XY besprochen oder zum Thema eines der zahlreichen True-Crime-Podcasts werden. Damals verblieben die Ermittlungsakten in der Altregistratur der Staatsanwaltschaft Detmold und konnten im Jahr 1976 von den damaligen Archivar*innen des Staats- und Personenstandsarchivs Detmold in ihre Bestände übernommen werden. Aus historischer Sicht dürfte hier besonders interessant sein, wie Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft trotz der Umstände der Kriegszeit mit allen damals möglichen Mitteln ernsthaft versucht haben, das Schicksal von Hanna Koch zu klären.

Ein Blomberger Soldat im Ostfeldzug der Wehrmacht 1941-1945

von Dieter Zoremba

„Kinderchen steht auf, der Krieg hat begonnen“

„Vorgestern wurde uns mit dem Aufruf des Führers das zur Gewißheit, was wir nie recht glauben wollten, ‚Der Krieg gegen Rußland‘. Am Abend des 21.6. [1941, der Verf.] gingen wir noch friedlich schlafen, weil uns ja der Termin des Angriffs nicht bekanntgegeben war. Morgens um 3 Uhr wurde ich dann vom starken Motorengebrumme uns überfliegender Flugzeuge geweckt. Als ich noch darüber nachdachte, ob das nun unsere oder russische Flugzeuge sein könnten, hörte ich dann die ersten Bombenabwürfe und das Schießen der Abwehr. Damit war es dann mit dem Schlaf endgültig vorbei, und kurz danach kam auch unser Leutnant und weckte uns mit den vertraulichen Worten: Kinderchen steht auf, der Krieg hat begonnen.“

So berichtet ein Blomberger Soldat¹ am 23. Juni 1941 in einem Feldpostbrief an seine Freundin. Dass er dem Beginn des Ostfeldzuges durchaus positiv gegenüberstand, kann aus einem wenige Tage vorher verfassten Brief entnommen werden, in dem er schrieb: „Allem Anschein nach stehen wir vor einem [...] Tanz, der unser Leben mal wieder aufrütteln wird. Allen ist es nur angenehm, denn hier veröden wir.“ (Juni 1941)

Biografische Angaben

Karl M. wurde im Jahre 1910 als Sohn einer Arbeiterfamilie (der Vater war Maurer) in Blomberg geboren. Nach dem Besuch der Volksschule (Bürgerschule) absolvierte er in einer der Blomberger Stuhlfabriken eine kaufmännische Ausbildung mit anschließender Festanstellung, was durchaus als ein sozialer Aufstieg aus der familiären Arbeiterexistenz zu werten ist. Er behielt diese berufliche Position bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht im Jahre 1939 inne.

Als im Jahre 1910 Geborener gehörte er zu den sogenannten 'weißen Jahrgängen', die auch nach der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im Jahre 1935 zunächst nicht zum zweijährigen Wehrdienst einberufen wurden. Die Erfassung und Einberufung betraf die Jahrgänge 1914 folgende. Die Jahrgänge 1913, 1912 usw. wurden in absteigender Reihenfolge ab 1936 zu einer dreimonatigen Kurzausbildung herangezogen. Ob Karl M. eine solche Ausbildung durchlaufen hat, ist nicht bekannt.²

¹ Da es sich bei dem Soldaten nicht um eine in der Öffentlichkeit stehende Person handelt, nenne ich ihn im Folgenden aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes abweichend zu seinem wirklichen Namen Karl M. Die biografischen Quellen zur Person liegen dem Autor vor, werden hier aber nicht aufgeführt.

² S. https://de.wikipedia.org/wiki/Weißer_Jahrgang (Aufruf: 24. Mai 2023).

Von Jugend an war Karl M. in einem dem kleinstädtisch-bürgerlichen Milieu zuzurechnenden Blomberger Sportverein aktiv. Bereits im Alter von 20 Jahren wurde er als Schriftführer in den Hauptvorstand des Vereins berufen, was auf eine gute Einbindung in die kleinstädtische Gesellschaft allgemein und in das bürgerliche Milieu im Speziellen hinweist. Da das Blomberger Arbeitermilieu in der Zeit der Weimarer Republik ein ähnliches Sportangebot vorhielt, kann das Engagement in diesem Verein als ein weiteres Indiz eines Milieuwechsels gewertet werden.³

Karl M. war acht Jahre alt, als der Erste Weltkrieg endete und verlebte somit den größten Teil seiner Kindheit und Jugend in der Zeit der ersten deutschen Republik. Die Blomberger kleinstädtische Gesellschaft war geprägt durch eine seit der Jahrhundertwende expandierende Möbel- und vor allem Stuhlindustrie, bei gleichzeitiger Beibehaltung von gärtnerischer und landwirtschaftlicher Selbstversorgung fast aller Haushaltungen.⁴

Das politische Angebot reichte von der KPD auf der linken bis zur DNVP und später der NSDAP auf der rechten Seite. Während zu Beginn der Weimarer Republik die Sozialdemokratie große Wählerschichten an sich binden konnte, kam es ab Mitte der 1920er Jahre zu einer Pattsituation zwischen linkem und rechtem Lager. Ab 1929 gewann die NSDAP zunehmend an Stimmen. Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1932 konnte sie Stimmenanteile von 41,8 im Juli und 33,4 Prozent im November auf sich vereinigen.⁵ Über eine etwaige Parteizugehörigkeit des Karl M. liegen keine Informationen vor. Er wohnte in seiner Kindheit und Jugend im elterlichen Haus in einer Straße, deren Bewohner in der Mehrzahl dem gehobenen Arbeitermilieu und dem kleinstädtischen Bürgertum zuzurechnen sind. Nach dem Tod seines Vaters im Jahre 1931 und dem Suizid seiner Mutter Mitte 1939 verblieb ihm als enge Familienangehörige seine drei Jahre jüngere Schwester.

Karl M. war mit 22 Jahren ein junger Erwachsener, als die Nationalsozialisten im Januar 1933 die Macht übernahmen. Er hatte somit, abweichend zu den meisten Wehrmachtssoldaten, die prägenden Kindheits- und Jugendjahre nicht in der Zeit des Nationalsozialismus verlebt und die zentralen nationalsozialistisch ausgerichteten Erziehungsinstitutionen Schule, Hitlerjugend und Arbeitsdienst nicht durchlaufen.⁶ Als im September 1939 mit dem Überfall Deutschlands auf Polen der Zweite Weltkrieg begann, war er mit 29 Jahren bereits relativ alt und gehörte deshalb nicht zu den zuerst zum Kriegsdienst eingezogenen Jahrgängen.

Als Karl M. im Dezember 1939 Soldat wurde, hatte er bereits seit einiger Zeit, wie wir heute sagen, eine Beziehung zu seiner späteren Verlobten und Ehefrau. Verlobung und Hochzeit

³ DIETER ZOREMBA, Feste und Feiern in Blomberg. Zur kleinstädtischen Festkultur zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus, in: KURT DRÖGE/IMKE TAPPE (Hg.), Festkultur in Lippe. Beiträge zum öffentlichen Festwesen im 19. und 20. Jahrhundert, Münster u. a. 1994, 386-432.

⁴ ULRICH MEIER/HEINRICH STIEWE, Blomberg. Historischer Atlas westfälischer Städte, Bd. 15, hrsg. Historische Kommission Westfalen, Münster 2022, 47 ff.; DIETER ZOREMBA, Blomberg 1918/19. Die Revolution in einer lippischen Kleinstadt, in: JULIA SCHAFMEISTER/BÄRBEL SUNDERBRINK/MICHAEL ZELLE (Hg.), Revolution in Lippe. 1918 und der Aufbruch in die Demokratie, Bielefeld 2018, 118-136.

⁵ STADTGESCHICHTLICHER ARBEITSKREIS BLOMBERG, Blomberg 1933. Die nationalsozialistische Machtübernahme in einer lippischen Kleinstadt, Blomberg 1991, 14 f.

⁶ OMER BARTOV, Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges, Reinbek 1995, 166 f.

erfolgten in Heimaturlauben im April 1940 und Juli 1943. Seine Verlobte und spätere Ehefrau stammte ebenfalls aus einem Blomberger Elternhaus. Die Eltern seiner Frau waren deutlich in das lokale nationalsozialistische Geschehen eingebunden. Der Vater war seit Mai 1932 und die Mutter seit Mai 1933 Mitglied der NSDAP. Die Mutter hatte eine führende Funktion in der Blomberger Ortsgruppe der NSDAP inne.

Stationen im Krieg: Private und dienstliche Entwicklung

Als 1910er Jahrgang nimmt Karl M. nicht an den Feldzügen gegen Polen und Frankreich teil. Er wird im Dezember 1939 zur Ausbildung in einer Pioniereinheit nach Königsberg einberufen. Privat und auch dienstlich nimmt das Leben des Karl M. während des Krieges einen durchaus positiven Verlauf. Mit der Verlobung im Juli 1940 und der Hochzeit im Juli 1943 erhält die Beziehung zu seiner Partnerin aus der Vorkriegszeit den für die damalige Zeit angemessenen Rahmen. Dienstlich macht er die für seine Schulbildung bestmögliche Karriere (Unteroffizierslaufbahn) vom Gefreiten über den Feldwebel zum Hauptfeldwebel mit der Bestellung zum Kompaniefeldwebel („Spieß“).

Die wichtigsten Daten im Überblick:

1939

- 6. Dezember: Einberufung zur Ausbildung in einer Pioniereinheit nach Königsberg

1940

- April: Ausbildung zum Rechnungsführer; danach Rechnungsführer einer Pioniereinheit

- Juli: Heimaturlaub/Verlobung

- September 1940 - Juni 1941: Besatzungssoldat in Pardubitz in Böhmen

1941

- ab Juni bis Anfang 1945: Teilnahme am Russlandfeldzug

- August: Beförderung zum Unteroffizier

1942

- Sommer: Beförderung zum Feldwebel und Einführung in die Stelle des Kompaniefeldwebels („Spieß“)

1943

- Frühjahr: Beförderung zum Hauptfeldwebel

- Juli: Heimaturlaub/Hochzeit

1944

- Februar: Lazarettaufenthalt in Riga (wegen Krankheit)

1945

- Ende Jan./ Anfang Februar: Russische Kriegsgefangenschaft

1949

- Dezember: Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft

Der Weg im Ostfeldzug

Der Weg des Karl M. im Ostfeldzug der Wehrmacht lässt sich in mehrere, deutlich voneinander unterscheidbare Phasen einteilen:

Juni 1941 - Anfang 1942

Vormarsch im Rahmen der Heeresgruppe Nord auf Leningrad

Frühjahr 1942

Im Baltikum (Estland) und in Königsberg

Juni - Winter 1942

Vormarsch im Rahmen der Heeresgruppe Süd bis in die Nähe von Stalingrad

April - September 1943

Rückzug im Rahmen der Heeresgruppe Süd bis an den Dnjepr

Oktober 1943 - Januar 1945

Im Nordabschnitt (Baltikum), Rückzüge bis zur Gefangennahme im Kurlandkessel

Die Feldpostbriefe des Karl M.

Karl M. hat im Zeitraum Dezember 1939 bis Januar 1945 viel und regelmäßig an seine Freundin, spätere Verlobte und Ehefrau geschrieben. Von diesen Briefen sind insgesamt 363 Stück erhalten.⁷ Die Briefe verteilen sich fast gleichmäßig über den Zeitraum von gut fünf Jahren. Lediglich von Januar bis Mai 1941 sind keine Briefe erhalten. Es ist davon auszugehen, dass sie nach dem Krieg verlorengegangen sind.

Dass Karl M. regelmäßig und in solcher Dichte Briefe schreiben konnte und auch geschrieben hat, ist zum einen auf seine ausgesprochene Schreibfreudigkeit und zum anderen wohl auch auf seine militärische Verwendung zurückzuführen. Als Rechnungsführer und dann auch als Kompaniefeldwebel war er ohnehin mit Schreibarbeiten betraut und hatte dadurch in der Regel eine Schreibmaschine zur Hand. Zudem brachte es seine Zugehörigkeit zu einer Brückenbaueinheit mit sich, dass er nicht fortwährend in unmittelbarer Frontnähe eingesetzt war. Die Brücken wurden in der Vorwärtsbewegung der Truppen erst dann in die Flüsse eingebaut, wenn das gegenüberliegende Gelände militärisch bereits weitgehend gesichert war. Nur bei Rückzugsbewegungen musste die Brücke bisweilen ‚bis zuletzt‘ eingebaut bleiben. Karl M. war deshalb nicht so sehr gefährdet wie der durchschnittliche Infanterist oder Panzersoldat und hatte zudem, wenn die Bauarbeiten erledigt waren, auch häufig genügend Zeit ohne besondere Bedrohung oder andere militärische Aufgaben.

Der Feldpostbrief als historische Quelle

Alles was wir über Karl M. aus der Zeit des Ostfeldzuges wissen, erfahren wir aus seinen Brie-

⁷ Die Feldpostbriefe befinden sich im Stadtarchiv Blomberg. Bei Zitaten aus den Briefen wird die Rechtschreibung nicht korrigiert. Das auf den Briefen angeführte Datum wird jeweils direkt im Text in Klammern angefügt.

fen. Daher ist es unabdingbar, die Charakteristika dieser Art der historischen Quelle zumindest in ihren Grundzügen zu umreißen.⁸

Im Zweiten Weltkrieg sind nach wissenschaftlichen Schätzungen mehr als 40 Milliarden Briefe zwischen der Front und der Heimat verschickt worden. Sie waren die ‚Nabelschnur‘, über die die Soldaten mit zu Hause verbunden waren. Sie waren für die Soldaten und auch für die Angehörigen von großer Bedeutung, weshalb auch das NS-Regime an einer gut funktionierenden Feldpost interessiert war. Die Inhalte der Briefe unterlagen allerdings sowohl inneren wie auch äußeren Beschränkungen bzw. Filtern. Auf der einen (inneren) Seite wollten die Soldaten ihre Angehörigen nicht über die Maßen beunruhigen, weshalb sie kaum von lebensgefährlichen Bedrohungen, Schrecken und Tod berichteten. Auf der anderen (äußeren) Seite bewirkte die offen durchgeführte Zensur der Feldpost, dass die Soldaten in ihren Briefen in der Regel keine offene Kritik an der militärischen Führung und gegenüber dem NS-Regime äußerten. Die Zensur verlangte jedoch nicht, dass in den Briefen positive Einstellungen zum Krieg und zum Nationalsozialismus allgemein geäußert wurden. In den 1980er und 90er Jahren ist den Feldpostbriefen im Rahmen der Alltagsgeschichte bisweilen die Qualität eines realen Abbildes des Kriegsalltags beigemessen worden. Das kann diese Quellengattung schon allein aufgrund der beschriebenen Filter jedoch nicht leisten.

Die Briefe können keine ‚objektive‘ Antwort auf die Frage geben, wie das Leben des Soldaten im Krieg ‚wirklich‘ war. Das können sie allein auch schon deshalb nicht, da bereits das Schreiben der Soldaten eine Rekonstruktion ihrer erlebten Wirklichkeit war. Feldpostbriefe sind allerdings eine wichtige Quelle zur Annäherung an die Einstellungen und Mentalitäten der Soldaten. Man kann unter anderem Informationen erhalten über die Einstellung zum Krieg, über die Sinnhaftigkeit des eigenen Tuns, über die Einschätzung des ‚Feindes‘ und der Bevölkerung in den besetzten Gebieten.

Man kann Hinweise auf die Einschätzung der allgemeinen militärischen Entwicklungen und auch über die Erwartungen hinsichtlich des Kriegsausganges bekommen. Die vorliegenden Analysen größerer Feldpostbestände haben inzwischen valide Ergebnisse zu diesen und weiteren Fragen zum Kriegsalltag des deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg erbracht.

Die folgende Untersuchung und Auswertung der Feldpostbriefe des Blomberger Soldaten Karl M. kann im Gegensatz zu den breit angelegten Studien keinen Beitrag zum Kriegsalltag und zur Mentalität des deutschen Soldaten allgemein leisten. Sie ist ein singulärer Blick auf einen in einer deutschen kleinstädtischen Gesellschaft verwurzelten ‚ganz normalen‘ Mann im Ostfeldzug der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg.⁹

Natürlich ist es zudem nicht möglich hier alle in den Briefen angesprochenen Themen zu

⁸ ORTWIN BUCHBENDER/REINHOLD STERZ (Hg.), Das andere Gesicht des Krieges. Deutsche Feldpostbriefe 1939-1945, München 1982; MARTIN HUMBURG, Das Gesicht des Krieges, Feldpostbriefe von Wehrmachtssoldaten aus der Sowjetunion, Wiesbaden 1998, um nur einige grundlegende Titel aus der inzwischen breiten Literatur zur Feldpost im Zweiten Weltkrieg zu nennen.

⁹ ‚Ganz normaler Mann‘ in Anlehnung an CHRISTOPHER BROWNING, Ganz normale Männer. Das Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Bonn 1993.

beleuchten. Im Mittelpunkt dieser Auswertung stehen die folgenden Fragestellungen:

- Welche Ansichten und Einschätzungen äußert der Soldat Karl M. über den Krieg allgemein, über den Ausgang des Krieges und über den Feind?
- Welche Ansichten und Einschätzungen äußert er über das Land und die Bevölkerung in den besetzten Gebieten, über Juden und Partisanen?
- Wie bewertet er besondere Ereignisse wie die Niederlage von Stalingrad, die Landung der Westalliierten in der Normandie und das Attentat auf Hitler?
- Wie äußert er sich zu den Nachrichten über gefallene Freunde und Bekannte und die Gefährdung der Verwandten in der Heimat durch alliierte Luftangriffe?
- Ändern sich seine Einschätzungen und Ansichten im Laufe des Krieges?

Mit der Entscheidung für diese Fragestellungen bleibt die große Masse des Geschriebenen nahezu unberücksichtigt, denn die dreht sich um die Beziehung zu seiner Freundin/Verlobten/Frau, um Alltägliches zuhause und im Krieg.

„Zudem muß ich ja noch einige Gebiete Europas sehen, um mir eine spätere Reise ersparen zu können“ - Der Krieg als Reise, der Soldat als Tourist

Am Vorabend des Überfalls der Wehrmacht auf die Sowjetunion und auch während des Feldzuges selbst beschreibt Karl M. den Krieg bisweilen auch als eine touristische Unternehmung. In einem Brief unmittelbar vor Beginn des Feldzuges schreibt er:

„Allem Anschein nach stehen wir vor einem [...] Tanz, der unser Leben mal wieder aufrütteln wird. Allen ist es nur angenehm, denn hier veröden wir. Zudem muß ich ja noch einige Gebiete Europas sehen, um mir eine spätere Reise ersparen zu können.“ (Juni 1941)

Und auch in weiteren Briefen nimmt Karl M. im Krieg durchaus touristische Momente wahr:

„Landschaftlich ist es zur Zeit auch hier sehr schön. Der russische Mischwald in seinem Winterkleid ist einfach großartig. Wir liegen jetzt in einem kleinen Dorf inmitten hügeliger Waldlandschaft, wogegen wir vordem nur flaches Gelände hatten und erinnert diese Gegend an den heimatlichen Wald. Ich bedaure nur, daß ich keine Skier zur Verfügung habe, um damit jeden Mittag eine Stunde ins Gelände [...] zu fahren.“ (11. Dezember 1941)¹⁰

¹⁰ Zum Krieg als Reise s. THILO STENZEL, Das Rußlandbild des ‚kleinen Mannes‘. Gesellschaftliche Prägung und Fremdwahrnehmung in Feldpostbriefen aus dem Ostfeldzug (1941-1944/45), München 1998, 57 f.

„Leider können nicht alle da sein, wo wirklicher Kampf Geschichte formt“ – Mann sein, Held sein und davon berichten können

Nachdem Karl M. im Frühjahr 1940 die soldatische Grundausbildung in Königsberg absolviert hat, ist er darauf bedacht, das Soldatenleben in all seinen Facetten kennenzulernen: „Ein Soldat muß ja alle Einzelheiten des Soldatenlebens durchgekostet haben“ (17. April 1940). Als er im April 1940 jedoch akzeptieren muss, dass er zunächst zum Rechnungsführer ausgebildet wird, quält ihn der „bedrückende Gedanke [...], daß ich den ganzen Krieg hier in Königsberg verbringen soll.“ (22. April 1940). Er brennt darauf, endlich zur Feldtruppe an die Front zu kommen: „Ich hoffe nur, daß ich nach meiner Ausbildung als Rechnungsführer schnellstens zu einer Feldtruppe versetzt werde.“ (17. April 1940)

Der Einmarsch der Wehrmacht in Dänemark, Norwegen und Frankreich im April und Mai 1940 ist ihm jeweils Anlass, sich über sein Etappendasein zu beklagen: „Ich bedaure immer wieder, daß ich nicht dabei sein soll.“ (28. August 1940) Und er befürchtet, „[...] daß ich, wenn der Krieg glücklich beendet ist, lediglich davon erzählen kann, daß ich denselben hier in Königsberg ausgetragen habe.“ (7. April 1940). Ihm ist es geradezu peinlich, später nicht von Kriegserlebnissen berichten zu können:

„Ich komme mir so klein vor, wenn später Kriegserlebnisse erzählt werden [und] ich als Etappenstürmer still dabeisitzen muß. Noch nicht einmal Dir kann ich dann etwas heldenhaft erlebtes berichten. Das bedrückt mich am meisten.“ (28. August 1940)

Und auch nach dem Einmarsch in die Sowjetunion geht sein Wunsch nach ‚heldenhaften‘ Kriegserlebnissen nicht restlos in Erfüllung. Nun ist er zwar bei der Feldtruppe, aber seine Zugehörigkeit zu einer Brückenbaueinheit bedingt, dass er nur selten am unmittelbaren Kampfgeschehen beteiligt ist.

„Wir trudeln nun jeden Tag ca. 60-70 Km hinter den Kampftruppen her. [...] Dann gehen wir in Stellung und leben wieder unsere Passionen wie braten, kochen, baden, usw. [...] Mir ist es gar nicht so recht angenehm. Mit Mühe erreichte ich damals meine Versetzung zur Feldtruppe, bin nun aber sehr enttäuscht, daß sich mir keine Kampferlebnisse bieten.“ (18. Juli 1941)

Und resigniert stellt er im November 1941 fest:

„Viel lieber würde ich Dir von Kampferlebnissen schreiben [...] Aber das Schicksal hält mich scheinbar dazu nicht für fähig. Leider können ja auch nicht alle da sein, wo wirklicher Kampf Geschichte formt.“ (28. November 1941)

‚Mann-Sein‘, ‚Soldat-Sein‘, ‚Heldenhaftes erleben‘ und davon sofort und später berichten zu können sind Vorstellungen, die Karl M. zunächst mit dem Krieg verbindet.¹¹

¹¹ Zum Ideal des Kampfes als „höchste Bewährungsprobe für Charakter und Männlichkeit“ s. BARTOV 1995, 229.

Später scheint er sich in sein Schicksal zu fügen und ist damit zufrieden, zumindest an der Front zu sein:

„[...] unser Einsatz ist nicht stetig und wie bei uns immer mit Erholungspausen ausgefüllt. Der Gedanke bedrückt mich zwar etwas, aber in Anbetracht dessen, daß viele Truppen nur im Hinterland großspurig den Krieg gewinnen aber nicht untröstlich.“ (25. September 1941)

Erst während der Rückzugsbewegungen in den Jahren 1944 und 1945 äußert er den Wunsch nach Kriegserlebnissen in dieser Form nicht mehr.

„Schrecklich ist der Gedanke daran, daß einmal der jüdische Bolschewismus ... [seine] Knute über uns schwingen könnte(n)“ – Der Krieg als Kampf gegen die angebliche ‚jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung‘

Karl M. bezeichnet in mehreren Briefen ‚die Juden‘ und ‚den Bolschewismus‘ als Grund allen Übels und wähnt Deutschland im Kampf gegen eine ‚jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung‘.

In Deutschland galten das russische Zarenreich und dann die Sowjetunion nicht nur als besonders gefährlich, sondern auch als fremdartig und minderwertig. Diese bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Denkweise wurde mit dem Schlagwort vom ‚asiatischen‘ oder wenigstens ‚halbasiatischen‘ Charakter Russlands auf eine griffige Formel gebracht und mit Begriffen wie Primitivität und Kulturunfähigkeit konnotiert. Diese durch „Überlegenheitsgefühle und Verachtung gegen die Völker des Ostens und des Südens Europas“ geprägten Einstellungen erfuhren durch die NS-Ideologie eine besondere Zuspitzung.¹² Nunmehr verknüpft mit antikommunistischen und antisemitischen Vorstellungen gipfelte das nationalsozialistische Narrativ in der Wahnidee einer ‚jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung‘.¹³ Gleichsam als Antwort auf die unterstellte ‚jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung‘ sieht sich Karl M. in einem präventiven Abwehrkampf, „[...] bis die Gefahr des bolschewistischen Chaos, welches unser Vaterland bedroht, niedergerungen und beseitigt ist.“ (1. Dezember 1942)

Einzelne Elemente und verschiedene Varianten dieser Ideologie sind in den Briefen des Karl M. über den gesamten Zeitraum zu finden. Sind es zunächst „[...] die ganz im Sinne jüdischen Verräterturns abgeworfenen russischen Flugblätter“ (3. Juli 1941) über die er berichtet, so ist es wenig später der „ewig verdamnte jüdische Bolschewismus“ (8. Oktober 1941), der Schuld am Tod deutscher Soldaten sein soll. Der Bevölkerung in den besetzten Gebieten erklärt Karl M., „daß der Jude an allem Leid die Schuld trägt.“ (12. Oktober 1941) Es gehe in diesem Krieg

¹² STENZEL 1998, 41 ff.

¹³ WOLFRAM WETTE, Die propagandistische Begleitmusik zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941, in: GERD UEBERSCHÄR/WOLFRAM WETTE (Hg.), „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, Paderborn 1984, 111-129.

darum, „die Welt von dem Druck des Judentums zu befreien.“ (12. Dezember 1941) Die Führungen der Kriegsgegner, so die Auffassung von Karl M., seien allesamt in diese Weltverschwörung eingebunden. Er spricht von „jüdisch verhetzte(n) Engländer(n)“ (17. August 1943). Und er äußert den Wunsch: „Möge auch dort das Volk endlich sehend werden und die Judenführer zum Teufel jagen.“ (19. Juni 1944). Der Krieg, so Karl M., sei ein „Kampf gegen den internationalen Bolschewismus und das Judentum.“ (23. Dezember 1944).

Gegen Ende des Krieges ist in den Briefen eine Verschärfung dieser Interpretation sowohl in der Aussage als auch in der Wortwahl festzustellen:

„Aber Deutschland muß leben. Lebt Deutschland nicht mehr, wird unter der Knute des Judentums und des Bolschewismus ein Vegetieren sein und unser Leben ein familienzerreißendes Knechtum sein.“ (22. Juli 1944)

Angesichts einer eventuell bevorstehenden militärischen Niederlage spricht er von einem „bestialischen Höllenwesen welches es fertig gebracht hat, mit seinen Silberlingen die ganze Welt gegen ein ehrliches Volk zu erkaufen und aufzuhetzen. Die endgültige Vernichtung dieses Satans der Menschheit zu erleben, das ist mein Wunsch.“ (5. November 1944). Und er beschwört fast flehentlich, dass nicht sein kann was nicht darf: „Udenkbar, daß diese Teufel in Menschengestalt einmal uns besiegen sollen. Die Weltgeschichte kann das nicht zulassen.“ (29. Oktober 1944)

Dem von Karl M. unterstellten deutschen Freiheitskampf ordnet er auch sein persönliches Bedürfnis nach einem „glücklichen Eheleben“ unter. Als er im Dezember 1942 die geplante Hochzeit aufgrund der militärischen Lage verschieben muss, schreibt er:

„Sicherlich, die so schnell beschafften Heiratspapiere müssen vorerst wieder in der Truhe versinken. Aber [...] was sollte uns den Glauben an die Bestimmung unseres gemeinsamen Schicksalsweges nehmen? Wird nicht im Gegenteil das Opfer, welches wir beide [...] dem Vaterland bringen, unser späteres Glück noch reicher machen? Laß uns dieses glauben und denken, daß dieser harte Krieg einmal zu Ende gehen und uns vollendetes Glück bringen wird.“ (1. Dezember 1942)

Und auch später sieht er in der kriegsbedingten Trennung von seiner Frau „[...] ein Opfer, welches wir unserem Vaterland im Kampf um seine Erhaltung um eine glückliche Zukunft bringen.“ (2. Juni 1944)

Der Feind: „Vertierte asiatische Horden“

Karl M. bezeichnet den ‚Feind‘, den russischen Soldaten, zunächst als „Menge von Menschen“ (28. August 1941) oder einfach als „der Russe“ (25. Juli 1941), allerdings mit überheblichem Unterton, dass sich „nach Vorbild der Engländer [...] auch die Russen auf andauerndem,

schnellen und erfolgreichen Rückzügen“ (7. Juli 1941) befinden. Später, im Sommer 1942 klingt ein gewisser soldatischer Respekt vor dem Gegner mit, wenn Karl M. schreibt: „Der Russe soll sich zäh verteidigen. Die Infanteristen erzählen, daß sie die Männer einzeln aus den Schützenlöchern holen müssen.“ (30. Juni 1942)

Dieser hartnäckige Widerstand erklärt sich für Karl M. offenbar weniger aus soldatischer Tapferkeit, als aus der ‚Feindpropaganda‘, mit denen die Rotarmisten in den Kampf geschickt werden: „Sehr viele Asiaten, Mongolen sind dabei, denen man wahrscheinlich erzählt hat, daß wir Menschenfresser sind.“ (30. Juni 1942)

Abgesehen von dieser Äußerung bedient sich Karl M. bei der Benennung des militärischen Gegners durchgängig der Sprache des rassistischen Herrenmenschen. Er spricht von „Bestien von Menschen“ (13. Oktober 1941), von „Halbwilden“ (30. Juni 1942), von „vertierten asiatischen Horden“ (2. Oktober 1943) und von „Teufeln in Menschengestalt“ (29. Oktober 1944). Dem Feind wird so grundsätzlich die menschliche Qualität abgesprochen. „Das Nicht-Mensch-Sein des Gegners und das eigene Übermenschentum“, so Thilo Stenzel, „wurde durch nichts klarer ausgedrückt als durch die Attribute einer Pseudospeziation, die dem Rotarmisten [...] ein menschliches Antlitz absprach.“¹⁴ Welches Schicksal, so drängt sich die Frage auf, ist einer Bestie zuge-dacht, wenn man ihrer habhaft wird?

Der Blick auf die Bevölkerung: „Sie führen ein primitives, anspruchsloses Leben“

Karl M. marschiert in die Sowjetunion offensichtlich mit dem in Deutschland auch schon vor dem Nationalsozialismus weit verbreiteten Bewusstsein der kulturellen Überlegenheit des ‚Westens‘ gegenüber dem ‚Osten‘ ein. „Niedrigstehend“, „primitiv“, „trostlos“, „verdreckt“ und „schmierig“ sind in seinen Augen die Menschen und die Verhältnisse.¹⁵ Unmittelbar nach dem Beginn des Feldzuges berichtet er: „Die [...] Bevölkerung macht einen sehr niedrigstehenden Eindruck. Sie führt ein primitives, anspruchsloses Dasein.“ (23. Juni 1941)

Später schreibt er: „Wie zerlumpt und schmierig die Menschen sich kleiden, kann sich keiner so recht ausmalen, der es nicht gesehen hat.“ (30. Oktober 1942). Weiter berichtet er von „ver-lauten, verdreckten und in Lumpen gehüllten Geschöpfen (25. Januar 1942) und von „drecki-gen Russenweibern“ (8. September 1943).

Die so beschriebenen Verhältnisse dienen Karl M. auch zur Bloßstellung des kommunistischen Narrativs einer besseren Welt für Arbeiter und Bauern:

„Das Leben in dem goldenen Arbeiterparadies wird ihnen nicht leicht gemacht. [...] In welchen Verhältnissen die Bauern hier im glorreichen Land der Freiheit leben, ist einfach katastrophal.“ (18. Juli 1941)

¹⁴ STENZEL 1998, 72.

¹⁵ Zum Feindbild der deutschen Soldaten im Ostfeldzug allgemein siehe: MICHAELE KIPP, „Großreinemachen im Osten“. Feindbilder in deutschen Feldpostbriefen im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt/Main 2014.

Erlösung aus diesen Verhältnissen können die Menschen seiner Meinung nach nur aus der „europäischen Kultur“ erwarten, die sie dann aus ihrem primitiven, niedrigstehenden Dasein zu „wirklichen Menschen“ machen wird: „Wie werden diese Menschen später einmal gern die augenblicklichen Härten dieses Krieges vergessen, wenn sie als wirkliche Menschen die europäische Kultur genießen können.“ (18. Juli 1941). Bis dahin sieht der Blick des vermeintlich kulturell Überlegenen „dreckige Russenweiber“, denen es „seit uralten Zeiten im Blut liegt, Mädchen für alles zu sein.“ (25. Januar 1942 und 8. September 1943)

Im krassen Gegensatz zu diesen Beschreibungen und Wertungen finden sich in den Briefen auch immer wieder Charakterisierungen der Menschen als „nette Leute“, „nette Familie“ und „sehr sauber“ (22. September und 12. Oktober 1941):

„Zur Zeit liegen wir in netten Häusern einquartiert. [...] Die Menschen sind freundlich und zuvorkommend und versuchen uns [...] gut zu bewirten. Unsere jetzige Hauswirtin [...] läßt es sich nicht nehmen, uns allabendlich Bratkartoffeln zu servieren. Zugeben müssen wir, daß sie wirklich sauber und schmackhaft zubereitet sind.“ (7. Januar 1943)

Diese Feststellungen sind auch für Karl M. erklärungsbedürftig. In einem „äußerst sauberen Dörfchen“ in der Ukraine findet er entsprechende Erklärung:

„Neben sauberen Wohnungen sind es die Menschen dieser Gegend, welche uns sehr beeindrucken. Sehr viele haben blonde Haare und blaue Augen [...]. Scheinbar entstammen sie einem früher eingewanderten Germanenstamm.“ (1. Februar 1943)

Trotz dieser positiven Äußerungen zur Bevölkerung bleibt im Denken des Karl M. die rassistisch geprägte Einstellung kultureller und rassistischer Überlegenheit bestimmend.

Leben aus dem Land: „Nach wie vor herrliches Schlaraffenleben“

Für Karl M. wurde es, wie für viele andere deutsche Soldaten im Ostfeldzug, zur Selbstverständlichkeit, sich ‚aus dem Land‘ zu versorgen. Nur zu Beginn des Feldzuges spricht er von „billig aufgekauften“ Lebensmitteln. (7. Juli 1941) Wenige Wochen später wird einfach ‚organisiert‘:

„[...] einmal haben die russischen an Vieh mitgenommen, was sie in der Eile mitschleppen konnten, und zum anderen kommen wir jetzt und nehmen den spärlichen Rest.“ (28. August 1941)

Karl M. ist durchaus bewusst, was das für die Zivilbevölkerung bedeutet: „Das Elend, welches hier der russischen Bevölkerung bevorsteht, möchte ich nicht gerne sehen.“ (8. Oktober 1941). Offensichtlich gibt das Land für Karl M. reichlich her. So schreibt er im Januar 1943: „Wenn Du

mich heute sehen würdest, würde es Dir sicherlich eine Freude sein, mir die feisten Backen kneifen zu können.“ (30. Januar 1943). Auch im August 1943 schwärmt er vom kulinarischen Reichtum der Ukraine:

„Endlich sind wir damit in dem Land, von dem man sagen kann, daß dort Milch und Honig fließt. Ein kleines Dorf, einige km von der Rollbahn gelegen, unentdeckt von organisierenden Feldköchen, mit unglaublichen Reichtum an Obst, Gemüse, Kartoffeln, Geflügel, usw. ist unser jetziger Aufenthaltsort.“ (10. August 1943)

Und wenig später berichtet Karl M.:

„Gewaltige Viehherden, welche vor dem Zugriff der Russen in Sicherheit gebracht werden, ermöglichen uns das Schlemmerleben, denn gar manches Stück Vieh muß als marschunfähig geschlachtet werden.“ (8. September 1943)

Auch beim Rückzug in Lettland berichtet Karl M. von guter persönlicher Versorgung: „Auch die Taube, welche ich [...] heute als Abendbrot hatte, nett zurecht gemacht von meinem Putzer, war wirklich delikat. Ja, Lettland ist Speckland. Es läßt sich hier aushalten.“ (10. März 1944). Im krassen Gegensatz zum eigenen leiblichen Wohlergehen beschreibt Karl M. das Elend der Zivilbevölkerung:

„Durch Schleichhandel und Bettelei versuchen sie das Nötigste an Lebensmitteln zu bekommen, um ihr Leben fristen zu können. [...]. Für die Kinder, die meist zahlreich vorhanden sind, bleibt kaum etwas. Diese ziehen dann bettelnd zu den Soldaten, um Abfälle für sich zu sammeln.“ (20. Juni 1942)

Karl M. ist dadurch peinlich berührt:

„Es ist schrecklich anzusehen, wenn diese zu Skeletten abgemagerten Kinder an unseren Wagen kommen wie die Hunde, welche es hier nicht mehr gibt, unsere Verpflegungsabfälle – Wurstpelle, angeschimmelte Brotrinde, usw. – aus dem Staub zusammensuchen und heißhungrig verzehren.“ (20. Juni 1942)

„Das ‚Leben aus dem Land‘ auf Kosten der Bevölkerung wurde für den ‚Ostkämpfer‘ zu einem Teil seines Alltags.“¹⁶

¹⁶ OMER BARTOV, Extremfälle der Normalität und die Normalität des Außergewöhnlichen: Deutsche Soldaten an der Ostfront, in: ULRICH BORSODORF/MATHILDE JAMIN (Hg.), Über Leben im Krieg. Kriegserfahrung in einer Industrieregion 1939-1945, Hamburg 1989, 148-162, hier 159.

„Zeitweise ist es schwer, nicht den Glauben an den baldigen Sieg zu verlieren“ – Einschätzungen zum Kriegsverlauf und Kriegsausgang

Ab Anfang Juni 1941 macht Karl M. Andeutungen, dass man bei seiner Einheit mit „großen Ereignissen“ rechnet. Das, so schreibt er, ist „[...] nur angenehm, denn hier veröden wir“ (Juni 1941). Dennoch ist der Krieg gegen Rußland für ihn etwas, „was wir nicht recht glauben wollten“ (23. Juni 1941)

In den Monaten Juli und August 1941 ist Karl M. vom schnellen Sieg der Wehrmacht überzeugt:

„Petersburg soll und wird in den nächsten Tagen fallen. Wenn dann auch Moskau folgt, wird damit dann der Großkampf gegen die Bolschewisten beendet. Und wir werden frei sein für andere Aufgaben in anderen Erdteilen.“ (2. August 1941)

Aber bereits Ende August äußert Karl M. Zweifel an einem schnellen Sieg. „Der anhaltende Regen erschwert die Operation der Kampfhandlungen enorm. [...] Immer deutlicher rückt das Gespenst eines russischen Winterlagers heran.“ (31. August 1941) Nachdem Ende der schnellen Erfolge bleibt Mitte Dezember nur die Hoffnung auf das kommende Jahr. „Das Frühjahr wird dann wieder größere Fortschritte bringen und die Hoffnung auf baldigen Sieg und Urlaub.“ (11. Dezember 1941)

Die deutsche Sommeroffensive 1942 und der Vorstoß auf Stalingrad nährt bei Karl M. wieder die Hoffnung auf ein siegreiches Kriegsende:

„Der Vormarsch geht so schnell vonstatten, daß er uns enorme Strapazen bereitet. [...] Der Russe ist hier sehr schwach, wird geschlagen, wo er sich nur stellt. Wenn das Wetter schön bleibt, ist damit zu rechnen, daß er eventuell in einigen Wochen erledigt ist. Es wäre zu schön.“ (10. Juli 1942)

Anfang Dezember 1942, nach dem Beginn der sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad, berichtet er von einer „augenblicklichen heiklen Gefechtslage“, bei der keine Aussicht auf schnelle Besserung bestehe (1. Dezember 1942). Im Januar 1943 zweifelt er am baldigen Sieg: „Das neue Jahr beginnt wenig hoffnungsvoll. Zeitweise ist es schwer, nicht den Glauben an den baldigen Sieg zu verlieren“ (Januar 1943). Die Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad Ende Januar 1943 bewertet Karl M. wohl als „ersten schweren Rückschlag“, lässt ihn aber nicht am ‚Endsieg‘ zweifeln.

Allerdings tritt nun an die Stelle der Siegesgewissheit die Hoffnung auf einen Sieg:

„Wohl war es ein schwerer Rückschlag für uns, aber immerhin seit drei Jahren Krieg der erste, der durchaus nicht geeignet ist, uns den Glauben an einen endgültigen Sieg zu nehmen. [...] Der Kampf der Helden von Stalingrad wird glorreich in die Weltgeschichte eingehen.“ (30. Januar 1943).

Die vor allem durch neue Waffen (u. a. Panzer ‚Tiger‘) genährte anfängliche Zuversicht in die deutsche Sommeroffensive des Jahre 1943 – „Auf zum großen Kesseltreiben“ (9. Mai 1943) – schlägt im Herbst des Jahres angesichts ihres Scheiterns in Zweifel an der eigenen militärischen Kraft um:

„[...] die Front ist schnell zu uns gekommen. Wahrscheinlich gilt aber jetzt der Satz: Bis hierher und nicht weiter. Betrübt wäre es, wenn es doch anders kommen sollte.“ (28. September 1943)

Seine Frau hat in einem nicht erhaltenen Brief offenbar kritisch auf diese Zweifel reagiert. Karl M. entschuldigt sich geradezu demütig:

„Ich schäme mich, daß ich einmal in einem Brief etwas kleinlich und dumm gedacht habe. Es ist wohl in einer deprimierten Stimmung geschrieben worden. Mit dem Gedanken habe ich mir wohl auch nur mal das schrecklich Wenn-Gespenst ausmalen wollen. [...] Hervorgerufen war der Gedanke wahrscheinlich auch nur, weil die Rückzugsbewegungen, welche eine Begradigung der Front erfordert, mitunter unangenehme Gefühle erwecken, weil wir kleinen Soldaten den Zweck der Handlung nicht sofort erfassen [...].“

Er bedankt sich bei seiner Frau für die Zurechtweisung mit den Worten:

„[...] ich danke Dir für Deine Aufmunterung und habe mich wirklich sehr gefreut, daß meine kleine Frau so denkt. [...] Damit [...] hoffe ich mich wegen meiner kleinen Fehlzündung wieder bei Dir rehabilitiert zu haben.“ (2. November 1943)

Dennoch bleiben offensichtlich zumindest unterschwellige Zweifel am siegreichen Ausgang des Krieges. An die Stelle der Siegesgewissheit und der Siegeshoffnung tritt allmählich die Auffassung, dass nicht sein kann was nicht sein darf: „Daß uns Deutsche heute nur ein Weg – der des Kampfes bis zum siegreichen Ende – offen ist, ist mir stets klar gewesen“ (2. November 1943). Und „Weil wir für eine wahrhaft gute Idee und die Versöhnung der europäischen Völker und die Bekämpfung des teuflischen Judentums kämpfen, wird uns die Vorsehung nicht untergehen lassen.“ (2. November 1943)

Seit Mai 1944 äußert sich Karl M. mehrmals zu der im Westen erwarteten Landung der Amerikaner und Engländer. „Hoffentlich läßt sie nicht zu lange auf sich warten, damit endlich klare Fronten entstehen.“ (15. Mai 1944). Er verbindet mit der Invasion die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Krieges: „Von der Invasion erhoffe ich, daß sie ein baldiges Ende des Kriegs bringt.“ (16. Juni 1944)

Im Frühjahr 1944 wird die Wehrmacht an der gesamten Ostfront beträchtlich zurückgeworfen. Karl M. stellt Anfang Juli 1944 fest: „Er [der Feind, d. Verf.] ist bereits beängstigend nahe an der

ostpreußischen Grenze.“ (8. Juli 1944) Bisweilen stellen sich offenbar wieder Zweifel am Sieg ein. „Wir erwägen mitunter was werden könnte wenn [...], aber im Großen und Ganzen herrscht eine optimistische Stimmung.“ (6. August 1944)

Das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 ist für Karl M. ein schier unglaubliches Ereignis. „Wie sich führende deutsche Männer zu solchen gemeinen Handlungen hergeben können, ist mir nicht fassbar.“ Die einzige Erklärung ist für Karl M. eine jüdische Verschwörung: „Aber auch Judas lockten einst die Silberlinge des Teufels in Judengestalt.“ (22. Juli 1944) Das Attentat eröffnet für Karl M. eine neue Erklärung für die andauernden militärischen Rückschläge.

Karl M. macht die angebliche militärische Sabotage der Attentatsoffiziere für die Rückschläge verantwortlich und meint, dass die „Ausschaltung der bisher betriebenen Sabotage auch eine Wandlung im Kampfgeschehen herbeiführen wird.“ (9. August 1944) Es kann nicht verwundern, dass er die Hinrichtung der Attentäter begrüßt: „[...] mit Genugtuung hat heute jeder zur Kenntnisgenommen, daß [an] den Verrätern der Tod durch den Strang verhängt worden ist.“ (9. August 1944)

Die Zeit vom August 1944 bis Januar 1945 ist militärisch geprägt durch weitere massive Niederlagen der Wehrmacht im Osten wie im Westen. Karl M. wird mit der Heeresgruppe Nord in Kurland abgeschnitten. Im Oktober erreichen die Westalliierten Aachen. Dennoch will Karl M. den Glauben an den Sieg, nun zur „heiligen Aufgabe“ stilisiert, nicht verlieren: „Zuversichtlich glauben wir an die dem deutschen Volk zugedachte heilige Aufgabe und an den Sieg.“ (9. August 1944)

„Wer will den Glauben an unseren Sieg verlieren, wem kann der Gedanke kommen, daß all die Opfer dieses jahrelangen Ringens umsonst gewesen sein sollen? Nur einer der sein eigenes Ich zu sehr in den Vordergrund und sein Vaterland zurückstellt und vergißt, kann solchem Irrwahn verfallen.“ (5. November 1944)

Es kann nicht sein, was nicht sein darf. „Undenkbar, dass unsere heilige Aufgabe, die Rettung der europäischen Kultur vor dem Bolschewismus, vom Schicksal nicht gut geheißsen und unterstützt wird.“ Und sollte er den Sieg nicht erleben, so bleibt für Karl M. zumindest die Gewissheit, an etwas Großem beteiligt gewesen zu sein: „[...] und sollte uns das Schicksal einen Sieg nicht erleben lassen, so sind wir doch dem Geschick dankbar, mit dem Führer und für ihn gekämpft zu haben.“ (31. Dezember 1944)

Militärische Hoffnungen setzt er in die V-Waffen (V 1, V 2) und in die Ardennenoffensive der Wehrmacht im Dezember 1944. Obwohl Karl M. das Scheitern beider Unternehmungen wahrnimmt, bleibt er auch in seinem letzten erhaltenen Brief vom 31. Januar 1945 bei seiner Einschätzung eines siegreichen Kriegsendes. Wie viele andere Wehrmachtssoldaten weigerte er sich offenbar bis noch wenige Wochen vor der Kapitulation „[...] den Tatsachen ins Auge zu schauen und vertrauten blind auf Hitler“.¹⁷

¹⁷ BARTOV 1995, 259.

„... daß diese [die Juden] plötzlich an einem Tage mit Kind und Kegel erkrankt und in die heiligen Jagdgründe Moses eingegangen sind“

In all seinen Briefen schreibt Karl M. nur in zwei kleinen Passagen konkret über die jüdische Bevölkerung in Osteuropa. Am dritten Tag des Russlandfeldzuges erwähnt er „daß hier wieder stark auftretende Judengesindel“ (23. Juni 1941), eine Formulierung, die auf eine deutlich negative Einstellung gegenüber Juden hinweist. Im Februar 1944 kommt er nach Lettland und belegt hier mit seiner Einheit Häuser, die vormals von Juden bewohnt waren. Die von den Einheimischen gegebene und von Karl M. an seine Frau übermittelte Erklärung, „daß diese [die Juden] plötzlich an einem Tage mit Kind und Kegel erkrankt und in die heiligen Jagdgründe Moses eingegangen sind“ (1. März 1944), lässt keine andere Interpretation als die der Ermordung der Juden zu. Man muss davon ausgehen, dass Karl M. und seine Frau von dieser Tatsache wussten.

Partisanen: „feiges, verbrecherisches Gesindel“

In den Erinnerungen vieler Soldaten werden Partisanen mit einer Mischung aus Respekt und Angst als ‚hinterhältig‘, und ‚unehrlich‘ gekennzeichnet und ihre Art des Kampfes gegen fremde Besatzung grundsätzlich verurteilt. Man sah sich ihrer verdeckten, ‚heimtückischen‘ Kampfarmt beinahe schutzlos ausgeliefert.¹⁸

Auch Karl M. bezeichnet die Partisanen in seinen Briefen als „feiges, verbrecherisches Gesindel“ (3. November 1941), fühlt sich ihnen aber offenbar nicht ohnmächtig ausgeliefert. Für ihn hat die Jagd auf Partisanen eher einen sportlichen Charakter. „Ich bedaure nur, daß ich keine Skier zur Verfügung habe, um damit jeden Mittag eine Stunde ins Gelände auf Partisanenjagd zu fahren“ (11. Dezember 1941) oder sie ist eine „auffrischende Abwechslung“ zum „ewigen Einerlei“ (16. April 1944). Diese Haltung resultiert vielleicht aus der geringen Gefahr für das eigene Leben, mit denen die Einsätze gegen Partisanen verbunden waren. So wurde etwa nach dem Einsatz ‚Adler‘ im Juli 1942 1809 getötete Partisanen bei 25 eigenen Gefallenen und im April 1942 beim Einsatz ‚Bamberg‘ 4396 tote Partisanen bei sieben eigenen Verlusten gemeldet.¹⁹

Beunruhigungen: „daß ich Dich in stetiger Gefahr vor den Bombern allein lassen mußte“

Karl M. ist durch Briefe, Zeitungen und den Rundfunk offenbar gut über die Situation in der Heimat und damit auch über die alliierten Luftangriffe informiert. Im Sommer 1940, während seiner Ausbildung in Königsberg, bedrückt es ihn, „daß ich Dich in stetiger Gefahr vor den Bombern allein lassen mußte“ (1. August 1940). Und je mehr auch kleinere deutsche Städte im Laufe des Krieges zu Zielen werden, um so deutlicher wird seine Befürchtung, dass auch Blomberg angegriffen werden könnte. Dem nationalsozialistischen Sprachgebrauch folgend bezeichnet er

¹⁸ STENZEL 1998, 77 ff.

¹⁹ HAMBURGER INSTITUT FÜR SOZIALFORSCHUNG (Hg.), Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944. Ausstellungskatalog, Hamburg 2002, 449. Bei den ‚Großaktionen‘ gegen Partisanen wurde häufig die Bevölkerung ganzer Dörfer verschleppt oder ermordet, so dass die angegebene Anzahl getöteter Partisanen zu einem großen Teil aus unbewaffneten Zivilisten bestand. Siehe EBD., 448.

diese Angriffe als „Luftterror“ durch die „jüdisch verhetzten Engländer“ (17. August 1943) und „amerikanischen Nigger-Bomber“ (29. Juni 1944). Immer wieder äußert er den Wunsch nach baldiger Vergeltung, bis ihm im Herbst 1944 nur noch der Wunsch auf ein Wundermittel bleibt: „Möge doch bald ein Mittel kommen, durch welches es seinen Flugzeugen so ergeht, als wenn die Motten dem Lichte zu nahe kommen.“ (29. Oktober 1944)

Nicht so sehr die eigenen Kriegserlebnisse, sondern die Nachrichten über schwer Verwundete und Gefallene aus dem Bekanntenkreis veranlassen Karl M., den Krieg als „unheilvoll“ (11. Dezember 1941) und „grauenhaft“ (12. Dezember 1941) zu bezeichnen und wecken Zweifel an einem glücklichen Leben nach dem Krieg:

„Daß auch Rudi L. ins Gras beißen mußte, ist bitter. Viele seiner lustigen, lebensfrohen Streiche haben ihm in Blomberg ein bleibendes Gedenken gesichert. Ob wir nach Beendigung des Krieges noch jemals so lustig beisammen sein können, wie das früher oft mit ihm der Fall war? Die augenblickliche ernste Lage nimmt uns jede Möglichkeit, daran zu glauben.“ (29. August 1944)

Mit Abstand zur eigenen Betroffenheit sind für ihn dann aber auch der Tod von Freunden und Bekannten „[...] Opfer, die gebracht werden müssen, um die Zukunft des Reiches zu sichern ...“ (12. Dezember 1941)

„Der Dank gebührt unserem einzigartigen, genialen Führer.“

Über den gesamten Zeitraum hinweg nimmt Karl M. in seinen Briefen immer wieder Bezug auf Adolf Hitler. Er hat bei Karl M. den Status eines unantastbaren genialen Führers, der offenbar durch nichts erschüttert werden kann. Bereits in der Zeit der Weimarer Republik, so Karl M., habe er sich um Deutschland verdient gemacht:

„Was die deutsche Nation dem Führer zu verdanken hat, wird man erst später ermessen können. Unermesslich sind seine Verdienste, welche er sich bereits bis heute erworben hat, brachte doch schon allein sein Kampf um die Führerschaft uns die Sicherheit vor dem Bolschewismus. Wie leicht hätte die damalige Politik der Systemzeit der Bolschewisierung des Reichs Vorschub geleistet.“ (2. November 1943)

Und auch eine gute Zukunft kann sich Karl M. nur unter der Führung von Hitler vorstellen. Zu Flugblättern der Roten Armee, die die Wehrmachtssoldaten zum Überlaufen auffordern, berichtet er:

„Zu seinem (des ‚Russen‘) Nachteil ist aber bei uns jeder davon überzeugt, daß wir nur unter unserem einmaligen Führer uns eine ruhige, sichere Zukunft in Europa verschaffen können. Der Glaube der Soldaten an den Führer [...] ist unerschütterlich.“ (25. Juli 1941)

Angesichts zerstörter Städte bemerkt Karl M. bereits in den ersten Monaten des Ostfeldzuges: „Wie kann die Heimat froh sein, daß sie nicht die Härte einer Besetzung über sich ergehen lassen muß [...]. Der Dank gebührt unserem einzigartigen, genialen Führer.“ (28. August 1941). Und obwohl Karl M. offensichtlich bisweilen Zweifel an einem siegreichen Ausgang des Krieges beschleichen, so ist und bleibt sein Glaube an Adolf Hitler unerschüttert. Auch als er Ende 1944 bereits mit seiner Einheit im Kurlandkessel abgeschnitten ist, ist er davon überzeugt, „daß uns der Führer nicht vergessen wird, wenn unser Aushalten sich einmal als nicht durchführbar erweisen sollte.“ (25. Oktober 1944) Selbst der Durchbruch der Roten Armee auf deutsches Reichsgebiet lässt ihn nicht von seinem Glauben an Hitler abfallen:

„Der Durchbruch der Russen in deutsches Land läßt die schlimmsten Befürchtungen zu. Trotzdem, unser Glaube an unseren Führer ist nicht erschüttert und erst heute haben wir wieder der glorreichen Zeit gedacht, welche mit Beginn der Machtergreifung vor nun 12 Jahren in Deutschland begann.“ (30. Januar 1945)

Die unbedingte ergebenheit, der geradezu religiös anmutende Glaube an den ‚Führer‘ und seine Fähigkeiten gipfeln darin, selbst im Falle einer Niederlage und des eigenen Todes dankbar zu sein, für und mit ihm gekämpft zu haben:

„Mehr denn je gehört dem Führer unser Vertrauen und sollte uns das Schicksal einen Sieg nicht erleben lassen, so sind wir doch dem Geschick dankbar, mit dem Führer und für ihn gekämpft zu haben.“ (31. Dezember 1944)²⁰

„Hart wird der Endkampf sein, aber am Ende wird unser Sieg stehen“ – Der letzte Brief

Der letzte in Blomberg angekommene Brief stammt vom 30. Januar 1945, ob es der letzte von Karl M. vor der Gefangennahme geschriebene ist, ist nicht bekannt. Obwohl er sich darüber im Klaren ist, dass für ihn der Krieg in Kürze zu Ende sein wird, hält er weiterhin an zentralen Denkfiguren der letzten Jahre fest. Nach wie vor sieht er Deutschland als Opfer des „jüdischen Bolschewismus“ und sieht im Feind eher Tiere als Menschen („bolschewistische Horden“, „asiatische Steppenwölfe“). Und obwohl die Rote Armee und die Westalliierten bereits weit nach Deutschland hinein marschiert sind, dokumentiert Karl M. in dem Brief seinen festen Glauben an den Führer, ein Bekenntnis, dass keinesfalls als Floskel, sondern als subjektiv ehrliche Überzeugung betrachtet werden muss. In mehreren Briefen betont er die „unermeßlichen Verdienste“, die sich der Führer um Deutschland erworben habe und beteuert das unerschütterliche Vertrauen in seine Entscheidungen. Er vertraut auf den Führer und hält am Glauben an einen deutschen Sieg fest: „Hart wird der Endkampf sein, aber am Ende wird unser Sieg stehen.“

²⁰ Omer Bartov nennt es die „die Erhebung Hitlers zu einem gottähnlichen Wesen“; vgl. BARTOV 1995, 229.

Ideologie – Propaganda – Überzeugung

Die hier vorgestellten Ausschnitte aus den Briefen des Karl M. enthalten viele Einstellungen, Wertungen und Überzeugungen, die man mit ihrer rassistischen, antisemitischen und antibolschewistischen Einfärbung als ‚typisch nationalsozialistisch‘ bezeichnen kann.²¹ Da die Wehrmacht auch ein Spiegelbild der damaligen Gesellschaft war und da die Truppe regelmäßig mit einem „gewaltigen Strom von Propagandamaterial an die Front“²² versorgt wurde, kann man entsprechende Äußerungen auch in den Feldpostbriefen erwarten. Man kann davon ausgehen, dass die gesellschaftlichen Umstände und die Heerespropaganda sicherlich auch das Denken und Schreiben des Karl M. geprägt haben – aber nicht zwangsläufig in diesem Ausmaß prägen mussten. „Viele Soldaten waren offensichtlich bemüht, ihren Eltern, der Frau und den Kindern [...] zu versichern, dass es ihnen gut gehe – anstatt antijüdische Hetztiraden oder ‚Führerglaubensbekenntnisse‘ in die Heimat zu schicken“.²³ Zudem „[...] monierte die Zensur [in den Feldpostbriefen, der Verf.] nur Kritik und nicht das Fehlen nationalsozialistischer Phrasen“.²⁴ Die „ausgeprägte ‚Sprache des rassistischen Herrenmenschen‘“ war allenfalls in einem Teil der Feldpostbriefe anzutreffen.²⁵

Das Ausmaß, in dem Karl M. ‚typisch nationalsozialistische‘ Wertungen und Überzeugungen äußert und seine militärische Karriere vom einfachen Soldaten zum Hauptfeldwebel lassen die begründete Vermutung zu, dass er die Kernelemente der rassistischen NS-Ideologie nicht einfach nur reproduzierte, sondern dass sie weitgehend seiner Überzeugung entsprachen.

... nach dem Krieg

Mit dem Brief vom 30. Januar 1945 bricht die Überlieferung der Feldpost ab. Karl M. gerät in russische Kriegsgefangenschaft, aus der er im Dezember 1949 nach Blomberg entlassen wird. Hier knüpft er sofort wieder an seine beruflichen und gesellschaftlichen Bezüge und Stellungen der Vorkriegszeit an. In der Stuhlfabrik steigt er weiter beruflich auf und macht sich später mit einer Firma für Kleinmöbel selbständig. In ‚seinem‘ Verein bekleidet er direkt ab 1950 für über zehn Jahre Vorstandspositionen. Er stirbt im Jahre 1967 als ein in seinem beruflichen und gesellschaftlichen Wirken angesehener Blomberger Bürger.

Angesichts dieser Biografie drängenden sich viele Fragen nach der ‚Verarbeitung‘ des Nationalsozialismus und des Kriegsgeschehens geradezu auf:

- Hat er mit seiner Frau das Kriegsgeschehen und den Inhalt der Briefe reflektiert?
- Sah er sich mehr als Opfer der Zeitumstände oder als Mittäter?

²¹ SONJA BEGALKE/SANDRA BLANKE/JENS MENGE/SILKE PETRY/ANDREAS QUASTEN, Der ‚Ostkrieg‘ in Feldpostbriefen deutscher Soldaten 1941-1944, in: SONJA BEGALKE (Hg.), Vernichtungskrieg an der Heimatfront. Analysen und Dokumente aus Hannover, Bielefeld 1998, 43-59.

²² BARTOV 1989, 155.

²³ BEGALKE 1998, 56.

²⁴ BARTOV 1995, 228.

²⁵ BEGALKE 1998, 58.

- Wie äußerte er sich im Rahmen von Freunden und Kollegen über Krieg und Gefangenschaft?
- Wie dachte er später über seine Treue zu Hitler?
- Änderte er die in den Briefen geäußerten rassistischen und nationalistischen Einstellungen?

Es sind Fragen, auf die wir keine Antwort haben, da es dazu keine Überlieferung gibt. Und was bedeutete es für die nachnationalsozialistische deutsche Gesellschaft, dass nicht wenige Menschen solche oder ähnlich geprägte ideologische Vergangenheiten mit sich trugen? „Wo waren Sie hin, die stolzen Herrenmenschen, die angeblich lieber sterben wollten, als jedwede Form von Fremdherrschaft zu erdulden. [...] Es schien, als hätte sich der Faschismus in den Seelen der Deutschen aufgelöst.“²⁶ Bei dem Umgang mit der unmittelbar erlebten Vergangenheit haben sicherlich der Wunsch nach Vergessen, nach Verdrängen und die zum Teil mühselige Organisation des alltäglichen Lebens eine Rolle gespielt. Die in den letzten Jahren angewachsene Literatur über Nachkriegskinder und -enkel weist allerdings darauf hin, dass der Krieg selbst in den Folgegenerationen noch nachwirkt.

²⁶ HARALD JÄHNER, *Wolfszeit. Deutschland und die Deutschen 1945-1955*, Berlin 2019, 375.

Täter oder Opfer?

Der Schötmaraner Kaufmann Gustav Deppe

und seine Beteiligung an den Hohenhauser Fliegermorden am 5. August 1944

von Stefan Wiesekepsieker

In meiner Kindheit – wir sprechen über die späten 1960er und frühen 1970er Jahre – verfügte ich wie wahrscheinlich die meisten meiner Generation über eine stattliche Anzahl von Onkel und Tanten, und das, obwohl weder meine Mutter noch mein Vater Geschwister hatten. Das rührte daher, weil es allgemein üblich war, weitläufigere Verwandte, Freunde der Eltern oder Menschen aus der Nachbarschaft als Onkel und Tante anzureden und diese selbstverständlich zu duzen. Dies betraf in meinem Fall unter anderem die Heerscharen von Cousins und Cousinen meiner Eltern und Großeltern, die „Kränzchenschwestern“ meiner Großmutter, aber auch viele Menschen, die in der gleich neben meinem Elternhaus liegenden Celluloidwarenfabrik arbeiteten, die 1930 von meinem Großvater und zwei Teilhabern gegründet worden war.¹

Zu meinen zahlreichen derartigen Tanten gehörte Tante Helga, die sogar zweifach Anspruch auf die Anrede „Tante“ gehabt hätte. Zum einen war sie trotz eines Altersunterschieds von mehr als acht Jahren eine Jugendfreundin meiner Mutter, die lange in ein und demselben Haus in Schötmar (Krumme Weide 50) gewohnt hatten, zum anderen arbeitete sie über zwei Jahrzehnte in „unserer“ Firma, und zwar auf dem Lager, wo wir „Inhaber-Kinder“ uns besonders gerne herumtrieben. Tante Helga hatte, wie wir nach und nach gewahr wurden, mehrere Schicksalsschläge zu verkraften gehabt. Zu diesen gehörten der Soldatentod ihres älteren Bruders, eine gescheiterte Kurz-Ehe, ein schwieriges Verhältnis zu ihrer Mutter, mit der sie nahezu lebenslang zusammen wohnte, sowie ein nach und nach eintretender Verlust der Sehkraft, was schließlich zur gänzlichen Erblindung führte. Weitere Krankheiten mündeten in längerem Siechtum und frühem Tod – sie wurde nur 68 Jahre alt.

Über den vielleicht heftigsten Schicksalsschlag, den sie zu verkraften hatte, sprach man in Schötmar nur „hinter vorgehaltener Hand“. Keineswegs – so wurde uns Kindern immer wieder eingeschärft – sollte man Tante Helga selbst auf ein Geschehen ansprechen, das ihren Vater betraf. Innerhalb meiner Familie wurde die Tatsache, dass der Kaufmann Gustav Deppe gleich nach dem Krieg für ein schweres Verbrechen gehängt wurde, durchaus thematisiert. Beeindruckt haben mich dabei insbesondere zwei Szenen, die meine Eltern gleichlautend erzählten, obwohl eigentlich nur meine Mutter als direkte Nachbarin sie so miterlebt haben kann. Die erste Szene soll sich Mitte April 1945 abgespielt haben: Bei der Verhaftung Gustav Deppes in seinem Geschäft durch amerikanische Soldaten habe ihm seine Frau nachgerufen: „Jetzt wird der Mörder abgeholt!“ Ähnlich bedrückend die zweite überlieferte Szene, die sich ziemlich genau zwei Jahre später zugetragen haben soll: Meine Mutter traf ihre Freundin Helga, die eine große Tasche in der Hand trug, auf der Straße – offenbar vor dem Haus an der Krummen Weide. Auf

¹ Es handelt sich um die 1930 an der Weinbergstraße gegründete und seit 1935 an der Asper Straße befindliche Celluloidwarenfabrik Höhrmann & Co., die noch heute – als letzte ihrer Art – im Bad Salzufler Ortsteil Schötmar besteht.

die Frage, was sie denn in der Tasche habe, antwortete sie: „Da ist mein Vater drin!“ Es war der Tag, an dem sie sich die Urne mit den sterblichen Überresten ihres Vaters am Schötmaraner Bahnhof hatte abholen können.

Einem Kind bleiben solche Erzählungen der Eltern naturgemäß im Gedächtnis haften und ich bedauere es sehr, den Hintergründen der Tat Gustav Deppes nicht früher nachgegangen zu sein. Erst im Zuge der Überlegungen, welchen Beitrag ich zur Festgabe für Andreas Ruppert leisten könnte, kamen mir diese Erzählungen wieder in den Sinn. Ich begab mich auf eine Spurensuche und förderte viele kleine Mosaiksteine zu Tage, in der Hoffnung einige zentrale Fragen befriedigend beantworten zu können. Etwa: Wie geriet der Kaufmann Gustav Deppe in die Situation, zwei Morde zu begehen? Kann er nur als Täter oder gar selbst als Opfer bezeichnet werden? Sind eventuell die wahren Schuldigen ungestraft davongekommen? Erschwert wurde das Unterfangen durch die Tatsache, dass es keinerlei Hinterlassenschaft der Familie Deppe mehr gibt, es musste gleichsam bei null begonnen werden ...

Gustav Deppe – eine biografische Annäherung

Gustav Deppe wurde am 15. November 1893 im lippischen Brake als Sohn der Eheleute Lina, recte Caroline, geb. Kraus (1863-1944), und Eduard Deppe (1859-1897) geboren; die beiden hatten 1888 geheiratet. Der Vater wird im Geburtseintrag des Sohnes als „Colon und Tischler“ bezeichnet, einen Beruf, den bereits sein Vater ausgeübt hatte.² Die Familie wohnte im Haus Nr. 124 (heute Dammstraße 5) am Rand des Schäferteiches, das in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts errichtet worden war.³ Nach dem frühen Tod des Vaters brachte die Mutter die Familie als „Plätterin“ durch,⁴ die wirtschaftlichen Verhältnisse können demzufolge als eher bescheiden bezeichnet werden. Über die Kindheit und Jugend Gustav Deppes ließ sich nichts Näheres ermitteln. Er dürfte ab Ostern 1900 die örtliche Volksschule, die sich seit 1899 in einem Neubau im Küstergarten befand, besucht haben und 1908 in der ev.-ref. Kirche zu Brake konfirmiert worden sein.

Noch dürftiger sind die Angaben über den Lebensweg Gustav Deppes nach seiner Schulentlassung, die ebenfalls in das Jahr 1908 gefallen sein müsste und an die sich in den folgenden Jahren sein ein-, wahrscheinlich sogar zweijähriger Militärdienst angeschlossen haben dürfte. In einem Bewerbungsschreiben vom 7. Dezember 1918 an seinen späteren Arbeitgeber, der im Ersten Weltkrieg für die Lenkung der Ernährungswirtschaft zuständigen Lippischen Wirtschaftsgemeinschaft (LWG), die ihren Sitz auf Schloss Brake hatte, gibt Gustav Deppe an, er sei in der Zigarrenbranche („Sortiererei und Versand“) tätig gewesen. Als Ort der Beschäftigung

² Schriftliche Auskunft des STADTARCHIVS LEMGO (STADTA LE) vom 21. Juni 2023 zu den Einträgen des Geburtsregisters des Standesamts Brake (41/1893), des Heiratsregisters des Standesamts Brake (9/1888) sowie des Sterberegisters des Standesamts Brake (27/1897 und 104/1944).

³ Zur lippischen Bauerschaft Brake vgl. WILHELM SÜVERN, Brake. Geschichte des Schlosses und der Gemeinde Brake in Lippe, Lemgo 1960. Dort finden sich auch Hinweise zu den einzelnen Stätten.

⁴ Vgl. ADRESSBUCH FÜR DAS FÜRSTENTHUM LIPPE, Detmold 1901, 343.

kann Vlotho, eine Kleinstadt an der Weser, erschlossen werden.⁵ In eben diesem Schreiben teilt er mit, dass er Ende Dezember 1914 zum Heer einberufen worden sei und seit März 1915 im Felde gestanden habe – „als Fernsprecher in vorderster Linie“ bzw. „Fernsprechunteroffizier“. Binnen Kurzem war er vom einfachen Soldaten zum Gefreiten und Obergefreiten (1915) und zum 1. April 1916 bereits zum Unteroffizier befördert worden. Auch waren ihm das Eiserne Kreuz 2. Klasse und das Lippische Verdienstkreuz verliehen worden.

Kurz vor Kriegsende, am 30. September 1918, wurde Gustav Deppe allerdings am rechten Knie verwundet, woraufhin ihm die Leitung des Post- und Kantinenwesens in der Schreibstube seiner Batterie übertragen wurde. Hier sei er, so seine Angabe, zudem für das „Paßwesen“ zuständig gewesen. Das Bewerbungsschreiben des bereits im Dezember 1918 wieder in Brake befindlichen Kriegsheimkehrers hatte Erfolg, denn nur eine Woche später trat Gustav Deppe als Angestellter mit einem monatlichen Gehalt in Höhe von 150 M in die Dienste der LWG. Damit war Gustav Deppe ein durchaus beachtlicher Aufstieg gelungen. Unterstellt man, dass er vor dem Krieg zunächst „nur“ als einfacher Arbeiter in einer Zigarrenfabrik Beschäftigung gefunden hatte, so hatte er es, wohl auf Grund der im Krieg erworbenen Kenntnisse, zum Angestellten einer staatlichen Organisation gebracht.

Bereits ein Jahr vor seinem Eintritt in die LWG hatte sich Gustav Deppe mit der aus Knetterheide (Bauerschaft Werl-Aspe, heute Bad Salzuflen) stammenden Alwine Bollhöfer, geboren am 18. November 1890, verstorben am 6. Februar 1979, verheiratet. Wie ihr Mann kam seine drei Jahre ältere Frau aus einfachen Verhältnissen – im lippischen Adressbuch des Jahres 1901 ist der Beruf ihres Vaters mit „Fabrikarbeiter“ angegeben.⁶ Aus der Ehe gingen zwei Kinder hervor: Der am 23. Oktober 1919 in Brake geborene und am 5. Februar 1943 in Mariupol am Schwarzen Meer gefallene Sohn Hans sowie die nach dem Umzug nach Schötmar am 26. Oktober 1926 dort geborene Tochter Helga, die am 9. März 1995 in Bad Salzuflen verstarb.⁷ Wie ihr Mann hatte Alwine Deppe sich vor und während des Krieges umfangreiche kaufmännische Kenntnisse angeeignet, die sie später befähigte, selbständig ein Geschäft zu führen.

Bedingt durch die Auflösung der LWG zum 15. August 1921 wurde Gustav Deppe zum 30. September desselben Jahres gekündigt. In seinem Zeugnis heißt es, dass ihm zunächst nur die „Bedienung unserer Fernsprechanlage oblag“, wobei er sich „als ein fleissiger, umsichtiger und solider, zuverlässiger Mitarbeiter erwies“. Darüber hinaus habe er sich eifrig „um Weiterbildung bemüht“, wodurch er sich „schätzenswerte Buchhalterei-Kenntnisse angeeignet“ habe, so dass er zusätzlich in dieser Abteilung habe eingesetzt werden können:

⁵ Vgl. hier und im Folgenden LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN ABTEILUNG OSTWESTFALEN-LIPPE (LAV NRW OWL), L 80 I Pers. Nr. 309 (Schreiben Gustav Deppes an die LWG vom 7. Dezember 1918).

⁶ Vgl. ADRESSBUCH FÜR DAS FÜRSTENTHUM LIPPE, Detmold 1901, 334: Wilhelm Bollhöfer, Fabrikarbeiter, Werl-Aspe Nr. 21 (heute Bad Salzuflen, Ortsstraße 1). Die Enkeltochter Helga Deppe gibt später (1944) in einem Lebenslauf an, ihr Großvater mütterlicherseits sei Ziegler gewesen, vgl. STADTARCHIV BAD SALZUFLEN (STADTA BS), X I, 87, was dem Eintrag im Geburtsregister für Alwine Bollhöfer entspricht: vgl. STADTA BS, Geburtsregister des Standesamts Schötmar Land, Werl (92/1890).

⁷ Vgl. STADTA BS, Einwohnermeldekartei.

„Seine Verlässlichkeit ermöglichte es, ihm die gesamte Markenkontrolle zu übertragen, die besondere Gründlichkeit und Vertrauenswürdigkeit beansprucht. Auch auf diesem, reinen Vertrauensposten, hat sich Herr Deppe nach jeder Richtung hin durchaus bewährt. Seine dienstliche Führung war musterhaft [...].“⁸

Ausgestattet mit diesem ausgezeichneten Zeugnis wurde Gustav Deppe von der aus der LWG hervorgegangenen Lippischen Landesgetreidestelle, die ebenfalls ihren Sitz auf Schloss Brake hatte, übernommen. Als er am Ende des folgenden Jahres auf eigenen Wunsch seinen „sicheren“ Arbeitsplatz aufgab, fiel das ihm nun ausgestellte Zeugnis nicht minder positiv aus:

„[...] Herr Deppe [hat] unsere wichtige Abteilung Markenkontrolle zu unserer vollsten Zufriedenheit mit Fleiss, Geschick und grosser Gewissenhaftigkeit geführt. Da Herr Deppe weiterhin mit Erfolg bemüht gewesen ist um seine weitere Ausbildung und sich aner kennenswerte Buchhaltereikenntnisse erwarb, so wurde er beim Freiwerden einer anderen Stelle in diese versetzt und hat auch als Buchhalter unserer Bäckereiabteilung das in ihm gesetzte Vertrauen jederzeit zu rechtfertigen gewusst. [...] Wir sind überzeugt, dass Herr Deppe [...] auch in jeder anderen Stellung nur Tüchtiges leisten wird.“⁹

Leider ließ sich bislang nicht zweifelsfrei feststellen, welche neue und möglicherweise besser dotierte Tätigkeit genau Gustav Deppe zum 1. Januar 1923, also in wirtschaftlich überaus schwierigen Zeiten, aufnahm. Im 1926 herausgegebenen lippischen Adressbuch ist als Berufsbezeichnung „Kontr[olleur]“ angegeben; nach wie vor wohnte die Familie in der Bauerschaft Brake.¹⁰ Ob sich die Berufsbezeichnung auf seine frühere Stellung bezieht oder die bei Drucklegung des Adressbuches ausgeübte, lässt sich nicht sagen. Es spricht aber einiges dafür, dass Gustav Deppe zu diesem Zeitpunkt bereits für den Lippischen Konsum-Verein gearbeitet hat, der im Jahre 1901 als Lemgoer Einrichtung gegründet wurde, alsbald aber in ganz Lippe mit so genannten Verteilungsstellen (1915: 18) vertreten war. Insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg wurden zahlreiche weitere Verteilungsstellen, kurz „Stellen“ genannt, errichtet, so dass Anfang der 1930er Jahre über 50 existierten, in einigen Städten wie Detmold, Lemgo oder Bad Salzuflen sogar zwei. In Brake war bereits Ende Januar 1909 eine Verteilungsstelle in der Mittelstraße eröffnet worden.¹¹

⁸ LAV NRW OWL, L 80 I Pers. Nr. 309, Zeugnis der LWG für Gustav Deppe vom 15. August 1921.

⁹ EBD., Zeugnis der Lippischen Landesgetreidestelle für Gustav Deppe vom 14. Dezember 1922.

¹⁰ Vgl. ADREßBUCH FÜR DAS LAND LIPPE, Detmold 1926, 866: „Lemgoerstr. 233“. Welches Haus sich heute dahinter verbirgt, konnte nicht ermittelt werden.

¹¹ Die Geschichte des lippischen Konsumvereinswesens und vor allem des Lippischen Konsum-Vereins (später Lippische Konsumgenossenschaft) ist zu Unrecht bislang wenig erforscht. Vgl. daher einstweilen STADTARCHIV DETMOLD (STADTA DT), D 106 Detmold Nr. 1221 (enthält zahlreiche Geschäftsberichte aus den 1920er Jahren) sowie den Jubiläumsgeschäftsbericht von 1951: LIPPISCHE KONSUMGENOSSENSCHAFT E. G. M. B. H. LAGE (LIPPE), Bericht über das 4. (49.) Geschäftsjahr 1950, o. O. [1951]. Einen Ausschnitt für Lage bietet ROLF SCHWEGMANN, Der Lippische Konsumverein eGmbH in Lage, in: HISTORISCHES JAHRBUCH LAGE 2011, 56-73.

Hier oder in der „Zentrale“, die sich bis Ende 1926 im benachbarten Lemgo befand, bevor sie nach Lage verlegt wurde, könnte Gustav Deppe zum 1. Januar 1923 eine neue Anstellung gefunden haben. Dafür sprechen zwei Gründe: Bereits Mitte der 1920er Jahre war Gustav Deppe in der SPD aktiv; zur Wahl des Braker Gemeindeausschusses stellte er sich als Kandidat zur Verfügung, stand jedoch nur auf einem aussichtslosen 12. Platz.¹² Noch Ausschlag gebender ist die Tatsache, dass Gustav Deppe Mitte 1926 die Lagerhalterstelle des Lippischen Konsum-Vereins in Schötmar übertragen wurde. Im Geschäftsbericht 1925/26 heißt es:

„In Schötmar, Stelle 8, hat der Lagerhalter Siemert seine Lagerhalterstelle vertauscht mit der Stelle eines Verteilungsstellen-Kontrolleurs. Der Genosse Deppe übernahm die Lagerhalterstelle.“¹³

Damit war ein weiterer Aufstieg im Leben Gustav Deppes vollzogen, nämlich vom „Kontrolleur“ (vgl. den Eintrag im Adressbuch) zum „Lagerhalter“. Allerdings machte die Übernahme der neuen Stelle einen Umzug von Brake nach Schötmar erforderlich. Seit Anfang Juli 1926 wohnte die Familie in der Krummen Weide 50, einen Katzensprung von der „Stelle 8“ entfernt, die sich an der Asper Straße (damals Nr. 29, heute Nr. 20) befand.¹⁴ Die bereits im Juli 1910 begründete Schötmaraner Verkaufsstelle gehörte übrigens zu den älteren und bedeutenderen und erfreute sich auf Grund der in der Stadt ansässigen großen Industriearbeiterschaft eines guten Zulaufs.¹⁵ Alwine Deppe scheint im Geschäft mitgearbeitet zu haben, wie sich einer Anzeige mit guten Wünschen zum neuen Jahr in der Silvesterausgabe des Jahres 1926 des sozialdemokratischen *Volksblatts* entnehmen lässt.¹⁶ Als Verwalter der Konsum-Verkaufsstelle („Lagerhalter“) engagierte sich Gustav Deppe auch in der Sozialdemokratie seiner neuen Heimatstadt. So kandidierte er – abermals auf einem aussichtslosen Listenplatz – zur Stadtverordnetenwahl Ende Januar 1928 für die SPD.¹⁷

Rückblickend können die Goldenen Zwanziger der Weimarer Republik auch als die erfolgreichsten Jahre des Lippischen Konsum-Vereins bezeichnet werden. Erst als die Folgen der Weltwirtschaftskrise im Deutschen Reich zu spüren waren, verschlechterte sich die Situation, zumal die Genossenschaft mehr und mehr in die politischen Auseinandersetzungen zwischen rechts und links geriet. Heftig angefeindet wurden die Konsumvereine seit jeher von den Nationalsozialisten, die keinen Zweifel daran ließen, dass sie die bestehenden genossenschaftlichen Strukturen bei erster Gelegenheit aushöhlen und in ihrem Sinne verändern würden. Tatsächlich wurde ab 1933 der Lippische Konsum-Verein im Zuge der Gleichschaltung durch die Einfüh-

¹² Vgl. VOLKSBLATT vom 6. Januar 1925.

¹³ LIPPISCHER KONSUM-VEREIN, Geschäfts-Bericht vom 1. Juli 1925 bis zum 30. Juni 1926, Detmold [1926], 9.

¹⁴ Vgl. STADTA BS, Einwohnermeldekartei. Vor dem Bezug der Wohnung in der Krummen Weide hat Gustav Deppe eine Zeit lang allein in Schötmar, und zwar im Haus des dortigen Konsums, gewohnt.

¹⁵ Vgl. zur Industriestadt Schötmar: KURT WALLBAUM, Schötmar. Vom Kirchdorf zur Industriestadt, Bad Salzuflen 1993.

¹⁶ VOLKSBLATT vom 31. Dezember 1926. Ähnliche Anzeigen finden sich in den folgenden Jahren.

¹⁷ VOLKSBLATT vom 12. Januar 1928.

rung des Führerprinzips schrittweise in eine NS-Organisation umgewandelt. Nicht eben wenige Mitarbeiter wurden dabei entlassen oder zur Kündigung gezwungen.¹⁸

Inwiefern Gustav Deppe, der aus seiner SPD-Mitgliedschaft nie einen Hehl gemacht hatte, ebenfalls zur Kündigung gedrängt wurde, ließ sich nicht feststellen. Vielleicht kam er einer Entlassung zuvor, indem er Anfang Juni 1933 den Schritt in die Selbständigkeit wagte. Unter der Bezeichnung „Feinkost-Deppe“ eröffnete er ein Lebensmittelgeschäft, das er wiederum zusammen mit seiner Frau betrieb und dessen Angebot offenbar auch höheren Ansprüchen genügen sollte, wie der auf einem Tablett servierte Hummer als Firmenlogo eindringlich suggerierte. Die Entscheidung, ein eigenes Geschäft zu eröffnen, wurde sicher dadurch begünstigt, dass im Haus Krumme Weide 50, in dem die Familie wohnte, ein neu zu vermietendes Ladenlokal zur Verfügung stand.¹⁹ Kuriosum am Rande: Bei der Gründung der Schötmaraner Verteilungsstelle des Lippischen Konsum-Vereins waren zunächst eben diese Geschäftsräume angemietet worden, bevor im Frühjahr 1919 der Umzug an die Asper Straße erfolgte.²⁰

Details über die nun begonnene selbständige Geschäftstätigkeit sind nicht überliefert, offenbar verlief sie in geordneten Bahnen, wenngleich sicher keine Reichtümer im Schötmar jenseits von Bega und Werre zu erwirtschaften waren. Seine SPD-Gesinnung scheint Gustav Deppe begraben zu haben, zumindest ist nicht bekannt, dass er subversiv gegen das „neue System“ vorging oder von diesem in irgendeiner Art und Weise behelligt wurde. Allerdings hat er sich auch nicht dazu hinreißen lassen, sich dem NS-Staat anzudienen, indem er die Mitgliedschaft in der NSDAP oder irgendeiner ihrer Parteiorganisationen erwarb.²¹ Erst der Zweite Weltkrieg und seine Folgen sollten die bis dahin in weiten Teilen vielleicht sogar bürgerlich-beschaulichen Verhältnisse dramatisch verändern und den Schötmaraner Kaufmann und die ihm ausgelieferten amerikanischen Soldaten in die Katastrophe führen.

Bald nach Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde Gustav Deppe, der altersbedingt keinen Frontdienst leisten musste, zur Gendarmerie einberufen. Ob er sich freiwillig zu diesem Dienst gemeldet hat oder seine frühere Dienststellung als Unteroffizier dafür ausschlaggebend war, konnte nicht ermittelt werden. Als bald wurde Gustav Deppe im nordlippischen Hohenhausen eingesetzt, wo er im September 1941 sogar eine Wohnung bezog.²² Eingezogen wurde im Juni 1940 zudem sein Sohn Hans, der bis dahin in verschiedenen Schötmaraner Betrieben als kaufmännischer Angestellter gearbeitet hatte.

In einem für ihre Abiturprüfungen an der Bad Salzufler Oberschule für Mädchen im Frühjahr 1945 eingereichten „Lebenslauf“ vom 4. September 1944 schreibt die Tochter Helga über die jüngsten Entwicklungen und das Schicksal ihres Bruders:

¹⁸ Vgl. den historischen Rückblick in: LIPPISCHE KONSUMGENOSSENSCHAFT E. G. M. B. H. LAGE (LIPPE), Bericht über das 4. (49.) Geschäftsjahr 1950, o. O. [1951].

¹⁹ STADTA BS, Gewerbekartei.

²⁰ Vgl. LIPPISCHER KONSUM-VEREIN, Geschäfts-Bericht vom 1. Juli 1919 bis zum 30. Juni 1920, Detmold [1920].

²¹ Schriftliche Auskunft des BUNDESARCHIVS BERLIN (BA B) vom 20. Januar 2023.

²² Vgl. STADTA BS, Einwohnermeldekartei. Eine für die Zeit als Gendarm etwaig angelegte Personalakte Gustav Deppes konnte nicht ausfindig gemacht werden.

„So gingen die Jahre hin; bis dann der Krieg kam. Gleich zu Anfang wurden mein Vater und mein Bruder eingezogen, und meine Mutter übernahm das Geschäft, unterstützt von einer Verkäuferin und mir. Neben den Schulaufgaben mußte ich noch fleißig in Geschäft und Haushalt helfen. Ich lernte sogar das Dekorieren der Schaufenster. Unter Anleitung meines Vaters lernte ich auch die Buchführung, die bald ganz in meine Hände überging. [...] Am 15. März 1943 bekamen wir die Nachricht, dass mein Bruder Hans am 5.2.43. an der Ostfront gefallen war. Diese Trauerbotschaft wirkte sich auch auf mein Leben aus. Ich mußte noch mehr im Geschäft helfen, da meine Mutter zusammengebrochen war. [...] Ich will Kaufmann werden und an die Stelle meines gefallenen Bruders treten, der das Geschäft übernehmen sollte.“²³

5. August 1944

Während Gustav Deppes Dienstzeit als Oberwachtmeister in Hohenhausen und Umgebung, das während des Krieges sicher eher zu den beschaulichen Gegenden gehörte, ereignete sich ein schweres Kriegsverbrechen an fünf amerikanischen Soldaten, das der „Fliegerlynchjustiz“ zuzuordnen ist und an dem der Kaufmann aus Schötmar schuldhaft beteiligt war. Der Fall ist in der lippischen Geschichtsschreibung keineswegs unerwähnt geblieben und wird sogar in der älteren ortsgeschichtlichen Darstellung des Kirchspiels Hohenhausen von Wilhelm Süvern (1892-1980) berücksichtigt.²⁴ Insbesondere aber ist es der Lokalhistoriker Walter Otto (1924-2021) gewesen, der den Fall unter Hinzuziehung von Originalquellen intensiv untersucht und seine daraus gewonnenen Erkenntnisse im regionalen Rahmen publiziert hat.²⁵ Inzwischen sind seine Forschungsergebnisse in einschlägige Internetseiten zur betreffenden Thematik eingearbeitet.²⁶

Die Ereignisse des Tages lassen sich auf Grund der vorliegenden Rechercheergebnisse wie folgt zusammenfassen: Am 5. August 1944 war gegen 8:30 Uhr Ortszeit vom Flugplatz Rackheath,

²³ STADTA BS, X I, 87 (Lebenslauf Helga Deppes vom 4. September 1944). Der Bruder kam, wie dem Eintrag des Standesamts Schötmar vom 20. Januar 1948 (9/1948) zu entnehmen ist, bei einem „Flugzeugunglück“ ums Leben.

²⁴ Vgl. WILHELM SÜVERN, Das Kirchspiel Hohenhausen. Geschichte der Gemeinden Hohenhausen, Bentorf, Brosen und Westorf, Lemgo 1965, 262. Hinweise finden sich ebenfalls bei HEINZ MEYER, Luftangriffe zwischen Nordsee, Harz und Heide. Eine Dokumentation der Bomben- und Tiefangriffe in Wort und Bild 1939-1945, Hameln 1983, 127 u. 129, und ARNOLD EBERT, Zur 40. Wiederkehr der Beendigung des zweiten Weltkrieges. Als die Panzer Lippe überrollten, in: HEIMATLAND LIPPE 78/1985, Nr. 4, 102-127, hier 124-125.

²⁵ Vgl. KALLETALER ZEITUNG vom 1. Februar 1991 und WALTER OTTO (Hg.), Hohenhausen im Wandel der Zeit. Anno 1015 Marcha Hodanhusun, [Kalletal-Hohenhausen] 2007, 92-106. Teile des Nachlasses von Walter Otto befinden sich im LAV NRW OWL (u. a. Tonaufzeichnungen, die auch das Hohenhauser Geschehen berühren), sind allerdings bis 2024 gesperrt. Keine Berücksichtigung findet der Hohenhauser Fall im Standardwerk zum Thema „Fliegerlynchjustiz“: GEORG HOFFMANN, Fliegerlynchjustiz. Gewalt gegen abgeschossene alliierte Flugzeugbesatzungen 1943-1945, Paderborn 2015. Die vom Autor gewählten Fallbeispiele stammen vor allem aus dem süddeutschen (österreichischen) Raum, die Rahmenbedingungen können aber auf den Hohenhauser und andere Fälle im damaligen deutschen Einflussbereich übertragen werden.

²⁶ Vgl. exemplarisch: www.airwarhistory.com/hohenhausen oder www.spurensuche-owl.de/front_content.php?idart=192. Vgl. außerdem <https://de.wikipedia.org/wiki/Fliegermorde#Fliegerprozesse> (Aufrufe: 4. Juli 2023).

nordöstlich von Norwich/England ein amerikanischer Bomberverband gestartet. Dieser hatte den Befehl, Fabrikanlagen in Braunschweig bzw. den in der Nähe befindlichen Fliegerhorst Waggum anzugreifen und zu zerstören. Unmittelbar nach dem Einsatz wurde eine der B-24-Maschinen²⁷ durch einen Flaktreffer schwer beschädigt, stürzte aber erst gegen 14:30 Uhr in Eichholz bei Echternhagen in der Bauerschaft Hohenhausen (heute Hauptort der lippischen Gemeinde Kalletal) ab. Die Namen der zehn Mann starke Besatzung, bestehend aus dem Piloten, dem Co-Piloten, einem Navigator, einem Bombenschützen, einem Funker sowie weiteren Offizieren und Unteroffizieren mit verschiedenen Aufgaben, werden in den Quellen übereinstimmend wie folgt angegeben (Funktion und Dienstgrad sind der amerikanischen Lesart entsprechend vorangestellt): P – 2nd Lt Willard A. Langenfeld, CP – 2nd Lt Charles E. Whitacre, Nav – 2nd Lt Robert E. Delavan, Bomb – 2nd Lt Louis E. Younkin, TT/ENG – S/Sgt Norman E. Schneider, RO – S/Sgt Stanley J. Kalinejko, BTG – S/Sgt John A. Vititoe, LWG – S/Sgt Donald T. McVicker, RWG – S/Sgt Sherwood L. Kells und TTG – S/Sgt Robert F. Kowalski.

Diesen widerfuhr während und nach dem Absturz ein unterschiedliches Schicksal, das sich aus der Vernehmung Gustav Deppes am 13. November 1945 rekonstruieren lässt.²⁸ Nachdem der Befehl zum Fallschirmabsprung gegeben worden war, hatten neun Männer die Maschine verlassen können. Der zehnte war später in den Trümmern des Flugzeugs gefunden worden – aus unbekannten Gründen hatte er den Absprung nicht vollziehen können. Vier Flieger landeten in Eichholz/Echternhagen, von denen einer dadurch zu Tode kam, da sich sein Fallschirm nicht geöffnet hatte, drei in Bentorf und zwei in Harkemissen. Von den drei lebend in Echternhagen Gelandeten verletzte sich Unteroffizier John A. Vititoe so schwer, dass er ins Lemgoer Krankenhaus gebracht wurde. Über sein weiteres Schicksal konnte Gustav Deppe, dem die Namen im Einzelnen nicht (mehr) präsent waren, keine Aussagen machen. Den beiden übrigen unverletzt gebliebenen Besatzungsmitgliedern war vom Eichholz aus die Flucht gelungen, doch allein für den Piloten, Leutnant Willard A. Langenfeld, gestaltete sie sich zunächst erfolgreich. Kurze Zeit später wurde er jedoch im nahegelegenen Vlotho gefangen genommen und der Wehrmacht als Kriegsgefangener übergeben. Ein weiterer Flieger – die Zuordnung der Namen ist in den Quellen nicht immer eindeutig – war bereits in Echternhagen von Zivilisten aufgegriffen und Oberwachtmeister Gustav Deppe übergeben worden. Bei seiner Vernehmung gab er an, dass er dafür gesorgt habe, dass dieser ins Hohenhauser Gefängnis gebracht werde, von wo er später zum Detmolder Fliegerhorst transportiert worden sei. Über sein weiteres Schicksal sei ihm ebenfalls nichts bekannt, so Gustav Deppe; alle vier in Eichholz/Echternhagen gelandeten Flieger scheinen aber ordnungsgemäß in Kriegsgefangenenlager überstellt worden zu sein.

Die fünf übrigen Flieger, die in den benachbarten Dörfern Bentorf und Harkemissen gefangen genommenen worden waren, wurden im Laufe des späteren Nachmittags nach Echternhagen auf den Hof Bökemeier (Hohenhausen Nr. 55, heute Kalletal-Hohenhausen, Echternhagen 6) verbracht. Dies sei, so Gustav Deppe, ein vorher festgelegter Ort gewesen, an dem die Flieger

²⁷ Die Flugzeugdaten werden in der genannten Internetquelle wie folgt angegeben: Typ: Consolidated B-24 H-15-CF, Seriennummer: 41-29363, Kennzeichen: Q2 + B, Einheit: 379. BG / 526. BS USAAF.

²⁸ Vgl. im Folgenden OTTO 2007, 97-100 (Vernehmung Gustav Deppes am 13. November 1945). Ob die Transkription (bzw. Übersetzung) zeitgenössisch ist oder von Walter Otto ausgeführt wurde, lässt sich seinen einführenden Zeilen nicht entnehmen; die ursprüngliche Fundstelle in den NATIONAL ARCHIVES, Washington/USA, ist angegeben.

durchsucht und vernommen werden sollten. Auf dem Hof hatten sich inzwischen mehrere andere Personen, vor allem Polizeibeamte eingefunden, darunter Hauptwachtmeister Gustav Stork (1899-1947),²⁹ der direkte Vorgesetzte Gustav Deppes, sowie Heinrich Jürgens (1890-1967),³⁰ Hauptmann der Gendarmerie und damit oberster Polizist des Kreises, der extra aus Lemgo angereist war und dem im weiteren Verlauf der Geschehnisse eine Schlüsselrolle zufiel.

Nachdem den fünf Fliegern ihre persönliche Habe abgenommen worden war, die Gustav Deppe zur Hohenhauser Polizeistation brachte, von wo aus sie nach Detmold weitergeleitet wurden, stellte sich die Frage, wie mit den Gefangenen selbst verfahren werden sollte. Dabei war die Vorgehensweise durch Artikel 2 der Genfer „Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen“ (1929), einer Ergänzung zur Haager Landkriegsordnung (1899/1907), eindeutig:

„Die Kriegsgefangenen unterstehen der Gewalt der feindlichen Macht, aber nicht der Gewalt der Personen oder Truppenteile, die sie gefangen genommen haben. Sie müssen jederzeit mit Menschlichkeit behandelt und insbesondere gegen Gewalttätigkeiten, Beleidigungen und öffentliche Neugier geschützt werden. Vergeltungsmaßnahmen an ihnen auszuüben ist verboten.“³¹

Insofern wäre ein Transport zum nächsten Kriegsgefangenenlager oder einer Wehrmachtdienststelle der vorgeschriebene Weg gewesen. Stattdessen soll der Kreispolizeichef Heinrich Jürgens, der als überaus eifriger NSDAP-Parteigänger, gefürchteter „Scharfmacher“ und glühender Antisemit bekannt war, nach Gustav Deppes Erinnerung gesagt haben: „Ich möchte keinen dieser Flieger mehr am Leben sehen.“³² Danach habe er den Bökemeier-Hof verlassen.

In seiner Vernehmung gab Gustav Deppe über das weitere Geschehen Folgendes zu Protokoll:³³

„GUSTAV STORK sagte dann zu mir ‚Herr Deppe, diese Flieger müssen erschossen werden‘. Dann begann STORK seine Pläne hinsichtlich der Erschießung der Flieger zu formulieren und es wurde beschlossen, daß STORK und ich die beiden ersten nach draußen bringen würden. [...] STORK und ich ließen zwei Gefangene aus der Hintertür von Bökemeiers Haus marschieren, einen Weg hinunter [...]. Wir gingen über die Steinmauer [...] und weiter auf die Lichtung [...]. STORK gab mir ein Zeichen, indem er seine

²⁹ Über Gustav Storks Werdegang gibt seine Personalakte detailliert Auskunft: LAV NRW OWL, D 99 Nr. 23606.

³⁰ Auch im Falle Jürgens sei auf dessen Personalakte verwiesen: LAV NRW OWL, D 99 Nr. 16438. Ergänzend sei auf JENS BUCHNER, Horn im Nationalsozialismus: Der Alltag einer Kleinstadt im Zeichen des Hakenkreuzes, in: JENS BUCHNER (Hg.), Stadtgeschichte Horn 1248-1998, Horn-Bad Meinberg 1997, 416-453, hier 446-447, hingewiesen sowie auf ein Interview des Blomberger Stadtarchivars Dieter Zoremba („Auch Lipper waren Täter in der NS-Zeit“), in dem Heinrich Jürgens' Rolle in der NS-Zeit ausführlich thematisiert wird, s. LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG vom 29. März 2016.

³¹ Die völkerrechtlichen Verträge waren vom Deutschen Reich anerkannt worden, die „Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen“ wurde sogar erst im nationalsozialistischen Deutschland im Reichsgesetzblatt veröffentlicht (Nr. 21 vom 30. April 1934).

³² In anderen Quellen wird Heinrich Jürgens mit den Worten „Wenn ich wiederkomme, will ich keinen von denen da mehr am Leben sehen“ zitiert (vgl. BUCHNER 1997, 447).

³³ Hier und im Folgenden zitiert nach OTTO 2007, 97-100.

Pistole auf den Hinterkopf des Fliegers richtete, und ich hob meine Pistole genauso, und wir feuerten beide gleichzeitig auf die Hinterköpfe der Flieger, die sich direkt vor uns befanden. Entfernung der Mündungen von den Hinterköpfen ca. 1 m, die Schüsse fielen zwischen 17 und 18 Uhr. Sie waren sofort tot.“

Nach eigener Aussage soll Gustav Deppe sich anschließend geweigert haben, an der Exekution der übrigen drei Flieger teilzunehmen. Er soll den Hofbesitzer Gustav Bökemeier (1904-1965) gebeten haben, „[s]einen Platz einzunehmen“, doch weigerte sich dieser. Gustav Deppe berichtete weiter:

„STORK ging dann ins Haus und kam später mit FRANZ DÜRSCHKE und den drei Fliegern herausmarschiert. STORK sagte dann ‚Deppe komm her‘. [...] Die drei Männer gingen direkt vor uns nebeneinander, und in dem Moment, an dem wir den mit Nr. 7 [auf einer ihm bei der Vernehmung vorgelegten Skizze] bezeichneten Punkt auf der Südseite des Zauns erreichten, gab uns STORK wieder ein Zeichen[,] indem er seine Pistole hob und DÜRSCHKE und ich taten das Gleiche. Wir drückten alle drei gleichzeitig ab, DÜRSCHKE und ich töteten unsere Flieger sofort, aber STORKS Waffe versagte. Er lud schnell wieder durch und gerade in dem Moment, als der Flieger sich umdrehte, schoß STORK ihm in die Schläfe und tötete ihn.“

Nach der Ermordung der fünf Flieger soll sich Gustav Stork dafür ausgesprochen haben, den sechsten Flieger, der ja im Hohenhauser Gefängnis untergebracht worden war, zu holen, um ihn ebenfalls zu erschießen. Gustav Deppe soll dies verhindert haben, indem er behauptete, dass er Deutsch-Amerikaner sei:

„Ich wußte nicht[,] ob er Deutsch-Amerikaner war, aber ich erzählte diese Geschichte[,] um den Mord an weiteren Fliegern zu verhindern. Dann sagte STORK ‚Gut, laß es sein‘.“ Nun musste noch die Beerdigung der Leichen erledigt werden – Gustav Deppe sagte dazu aus: „STORK befahl DÜRSCHKE, BÖKEMEIER und mir gegen Mitternacht der gleichen Nacht zu Bökemeiers Haus zu kommen, um die Flieger zu beerdigen [...]. DÜRSCHKE kam nicht um Mitternacht, so daß STORK, BÖKEMEIER und ich die Leichen der fünf Flieger, die erschossen worden waren[,] und des Fliegers, der im Flugzeug verbrannt war, einsammelten und sie mit Pferd und Wagen zum Hohenhauser Friedhof karrten. Dort trafen wir DÜRSCHKE. Ein Totengräber namens GÜSE [...] hatte bereits ein großes Grab für ein Massenbegräbnis ausgehoben. Wir legten die sechs Leichen ins Grab und schickten den Wagen los[,] um die siebte Leiche zu holen, die sich in dem Schuppen nahe der Wirtschaft GÜSE in Hohenhausen befand, und als diese Leiche ankam[,] wurde sie auch ins Grab gelegt.“

Die um Mitternacht nahezu heimlich und ohne jede christliche Zeremonie auf dem Friedhof Verscharrten waren die Offiziere und Unteroffiziere Robert E. Delavan, Louis E. Younkin, Norman E. Schneider, Stanley J. Kalinejko, Donald T. McVicker, Sherwood L. Kells und Robert F. Kowalski. Nach dem Krieg wurden sie auf einen amerikanischen Soldatenfriedhof umgebettet.

Eine umfangreiche Schilderung der Ereignisse am 5. August 1944 liegt auch von Gustav Stork vor, der nach seiner Verhaftung ziemlich genau ein Jahr später im Lemgoer Polizeigefängnis seine Sicht der Dinge zu Papier brachte.³⁴ Ausführlich berichtete er dabei über die Rolle Heinrich Jürgens' und anderer Vorgesetzter sowie über das Verhalten Gustav Deppes:

„Als ich ihm [Heinrich Jürgens] sagte, dass mich soeben die Meldung erreicht hätte, dass in der Umgebung bereits einige Flieger ergriffen worden seien, sagte Jürgens zu mir: ‚Also, dass Sie es wissen, Gefangene werden nicht mehr gemacht, die werden umgelegt. Es ist heute an der Zeit, dass wir hart werden. Ich gebe Ihnen, und das können sie auch Deppe ausrichten, hiermit den Befehl, die Gefangenen zu erschiessen.‘ Er sagte dann weiter, falls vom Landrat ein Bericht verlangt werden sollte, könne als Grund der Erschiessung Widerstand und Fluchtversuch angegeben werden. [...] Dieser Befehl überraschte mich sehr und ich geriet in eine starke seelische Erregung, die ich kaum noch unterdrücken konnte, da ich innerlich die Erschiessung der Gefangenen entschieden ablehnte.“

Als sich bei der Vernehmung der Flieger auf Hof Bökemeier einer von ihnen „sehr renitent und herausfordernd benahm“, soll Heinrich Jürgens erneut geäußert haben:

„Zu mir und Deppe gewandt, sagte er: ‚Die Gefangenen werden von Ihnen erschossen, das ist mein Befehl.‘ Er zeigte dabei auf zwei Gefangene [...] und sagte dabei, dass diese als erste zu erschiessen seien, diese hätten es besonders verdient und der eine sei sogar noch ein Pole. [...] Nach einer kurzen Weile stand ich jedoch auf und sagte zu Jürgens, dass sich unter den Gefangenen sogar zwei Offiziere befänden. Ich wies deshalb daraufhin, weil ich annahm, dass dann wohl Hptm. Jürgens den Befehl zur Erschiessung zurücknehmen würde. Dieses geschah jedoch nicht, vielmehr antwortet[e] Jürgens: ‚Das sind doch nur alles Gangster, die für ihre Mordtaten noch bezahlt werden und sich sogar jetzt noch frech, widersetzlich und herausfordernd benehmen.‘ Nach diesen Worten verliess er kurz darauf die Wohnstube des Bökemeier.“

Über die eigentliche Ermordung schrieb Gustav Stork:

„Kurze Zeit später, nachdem Hauptmann Jürgens abgefahren war, transportierten Deppe und ich zwei Gefangene ab, die wir kurz darauf auf einem

³⁴ Hier und im Folgenden: LAV NRW OWL, D 99 Nr. 23606 (Abschrift der mehrseitigen Erklärung Gustav Storks vom 28. Juli 1945 nebst Nachtrag vom 9. August 1945).

Weidegrundstück zwischen den Grundstücken Bökemeier und Hillebrandt erschossen haben, dann kehrten wir zurück und holten die letzten drei Gefangenen ab, die ebenfalls von uns und dem Landwachtmann Dürschke an der genannten Stelle erschossen worden sind. – Nach der Erschiessung war ich seelisch stark erschüttert. Ich brachte das Deppe gegenüber mit den Worten zum Ausdruck: ‚Das war für uns ein schwerer Gang‘. Auch Deppe merkte ich an, dass er seelisch ebenfalls stark mitgenommen war. Er antwortete nämlich auf meine vorstehend genannten Worte: ‚Das hätte Jürgens man lieber unterlassen sollen‘. Ich kenne Deppe nur als gutmütigen, tief religiösen Menschen, der bestimmt ebenfalls innerlich ablehnend, nur dem Befehl de[s] Gend.-Kreisfüh[r]er[s] gehorcht und daher ausgeführt hat.“

Später, so Gustav Stork weiter, sei dann von ihm ein Bericht an den Landrat verfasst worden, in dem er – wiederum auf Weisung Heinrich Jürgens‘ – „als Grund der Erschiessung, Widerstand, zusätzlich jedoch noch Fluchtversuch“ angegeben habe. Der Gendarmerie-Kreisführer habe dies zuvor mit Major Bernhard Petznick (1892-1980), dem Kommandeur der Gendarmerie,³⁵ so abgesprochen; offenbar sollte der Landrat absichtlich falsch informiert werden. Gustav Stork konstatierte: „Dieser Bericht entspricht somit nicht den Tatsachen.“

Heinrich Jürgens habe übrigens, so Gustav Stork, häufiger in Dienstbesprechungen zum Thema „Ausländerfragen“ referiert:

„Hierbei sagte er, er verstehe nicht, dass Gendarmen des Kreises, die flüchtigen Ausländer, insbesondere Polen und Ostarbeiter aufgegriffen hätten, diese überhaupt noch weiter transportierten, die müssten doch umgelegt werden. [...] Über diesen Vorfall wird auch Bez.-Oberwachtmeister d. Gend. Deppe aussagen können [...]. Jürgens hat auch in der Folgezeit wiederholt derartige Befehle gegeben.

Ähnliche Aufforderungen zur Ermordung von Ausländern seien vom Kommandeur der Gendarmerie ergangen, der in einer Versammlung gesagt habe:

„Die Polen und Ostarbeiter müssen schärfer angefasst werden, die werden zu lasch behandelt. Ich gebe folgenden Befehl: Ich will innerhalb einiger Wochen die Meldung haben, dass in dem Kreise Lemgo mindestens 10 Polen und Ostarbeiter von Ihnen umgelegt worden sind.““

Major Bernhard Petznick habe sich bei einer Versammlung in Lage zudem zum Umgang mit Besatzungsmitgliedern abgestürzter Flugzeuge geäußert:

„[...] falls bei einem Abschuss eines Feindbombers Besatzungsmitglieder absprängen, so müssten die umgelegt werden.“

³⁵ Vgl. zu Bernhard Petznick dessen Personalakte, die 1946 endet: LAV NRW OWL, D 99 Nr. 629.

Auf gleicher Linie habe sich Kreisleiter Adolf Wedderwille (1895-1947)³⁶ bewegt, der im Juli 1944 auf einer Tagung in Lüdenhausen (heute ebenfalls zur Gemeinde Kalletal gehörend) gesagt habe:

„Es ist an der Zeit, dass wir härter werden, mit Weichheit kommen wir nicht mehr durch. Falls Feindflieger bei Abschüssen hier abspringen, befehle ich hiermit, dass sie umgelegt werden. Es braucht keiner Angst zu haben, dass deswegen der Staatsanwalt einschreitet.“

Die wenige Wochen später tatsächlich erfolgte Erschießung der fünf amerikanischen Flieger sei, so Gustav Stork, bei einer dienstlichen Versammlung thematisiert worden:

„Auf der ersten Dienstversammlung, die nach dem Vorfall der Erschiessung der amerikanischen Flieger im Lokal Schmidt in Lemgo stattfand, sagte natürlich Major Petznick anders, wie er es vorher laut gepredigt hatte. Da sagte er: ‚Notabgesprungene Feindflieger müssen als Soldaten behandelt werden, die unterliegen der Genfer Konvention‘. Auf meinen eingereichten Bericht über den betr. Vorfall in Hohenhausen kam er ebenfalls zu sprechen und sagte dabei, dass an dem Bericht nichts auszusetzen sei.“

Heinrich Jürgens, so habe dieser Gustav Stork versichert, habe das mit der Genfer Konvention „natürlich garnicht so gemeint. Das musste er nur so sagen.“

In seiner Darlegung führte Gustav Stork zu seiner Entlastung des Weiteren an, dass er der NSDAP erst zum 1. Mai 1937 beigetreten sei, „und zwar aus dem Grunde meines dienstlichen Fortkommens.“ Vor 1933 sei er Anhänger der SPD gewesen, eine Parallele zu Gustav Deppes Lebenslauf. Ferner wies er auf das gute Einvernehmen mit der Bevölkerung hin und dass er sich in seiner 26-jährigen Dienstzeit nichts habe zuschulden kommen lassen. Überdies habe er schon einmal mit abgestürzten Fliegern zu tun gehabt, wobei er sich an die international gültigen Regeln gehalten habe:

„Bemerken möchte ich noch, dass im Juli 1943 in Rahfeld bei Hohenhausen schon einmal ein amerikanischer Bomber abgeschossen und 11 abgesprungene Mitglieder der Besatzung ergriffen und in polizeiliche Verwahrung genommen worden sind. Sie sind alle anständig behandelt worden, [...] obwohl evakuierte Personen aus dem Ruhrgebiet, die sich damals in Hohenhausen aufhielten, eine ag[g]ressive Haltung gegen die Flieger einnahmen. [...] Auf der Mittelstrasse in Hohenhausen, kurz vor dem Lokal Güse, versuchten 2 von auswärts evakuierte Männer auf den amerikanischen Flieger einzudringen und bedrohten ihn. Ich habe de[m] Gefangenen pflichtgemäss [P]ol.-Schutz gewährt, sodass er unversehrt zur Sammelstelle gebracht werden konnte.“

³⁶ Zum Kreisleiter Wedderwille vgl. ANDREAS RUPPERT, Adolf Wedderwille. Einst Lippes mächtigster Mann, in: HISTORISCHES JAHRBUCH LAGE 2011, 74-94.

In einem Nachtrag vom 9. August 1945 bekräftigte Gustav Stork noch einmal, dass die alleinige Verantwortung für die Tat bei Heinrich Jürgens zu suchen sei:

„Ihm oblag auf den monatlichen Dienstbesprechungen der Gendarmerie die sogenannte ‚Weltanschauliche Erziehung‘ der Pol.-Beamten. Jürgens wurden eigenst für diese Aufgabe durch Höhere SS-Führer geschult. [...] Die Schulungsvorträge, die Jürgens vor uns hielt, waren Ausgeburten einer infarmen Hetze. [...] Ein Vortrag, den er auf einer Dienstbesprechung hielt, lautete: ‚Der Amerikanismus des 20. Jahrhunderts‘. Dieser Vortrag triefte nur von leidenschaftlichen Hassausbrüchen gegen die Juden und gegen das gesamte amerikanische Volk. [...] So sollten wir als Pol.-Beamte zu willenlosen Werkzeugen der infarmen Hetze gemacht werden. [...] So ist es auch nur zu verstehen, dass es kein Pol.-Beamter gewagt hat, [...] auf den Dienstbesprechungen zu widersprechen. Jeder von uns, war von der Angst befallen, deswegen gemassregelt und vor eine SS-Gericht gestellt zu werden, mit dem bei jeder möglichen Gelegenheit gedroht wurde. Der Erlass über die Unterstellung der Pol.-Beamten unter die SS-Gerichtsbarkeit wurde uns auf Dienstbesprechungen in regelmässigen Zeit-Abständen immer wieder vorgelesen.“

Diese Aussagen decken sich mit neueren Forschungsergebnissen zur Zunahme der Intensität des Bombenkrieges seit der zweiten Hälfte des Jahres 1943 und des damit einhergehenden Gewaltphänomens der „Fliegerlynchjustiz“ („Lynching of Airmen“) als „eigenständige[n] Reaktionsmechanismus“: „Dieser war sowohl Ausdruck einer steigenden Gewaltwahrnehmung sowie -bereitschaft im Inneren des Reiches, ist aber auch als integraler Bestandteil der NS-Herrschaft im Bombenkrieg zu sehen. Das belegt schon alleine der Umstand, dass der NS-Staat öffentliche Gewalt im Kontext desselben nicht nur tolerierte, sondern sogar freigab.“³⁷ Der von mehreren NS-Funktionären unter Leitung Adolf Hitlers (1889-1945) persönlich am 6. Juni 1944 auf dem Obersalzberg gefasste Beschluss, „die Lynchjustiz [...] als Regel“ gelten zu lassen – parallel waren medienwirksame Schauprozesse diskutiert worden –, stellt den traurigen Höhepunkt dieser „Freigabe“ dar.³⁸ Das Ganze ist zudem vor dem Hintergrund NS-Konzeption vom „Totalen Krieg“ sowie eines „Volkskrieges“ zu sehen. Der Bombenkrieg werde im Übrigen, so die NS-Ideologie, nicht gegen den NS-Staat, sondern gegen die Bevölkerung geführt, die sich – natürlich als „Gemeinschaft“ – in einem „Existenzkampf“ befinde, in dem jedes Mittel erlaubt sei – nicht zuletzt die Ermordung abgeschossener Flieger.³⁹ Dazu wurde seitens der NS-Propaganda ein passendes Feindbild kreiert, für dessen Beschreibung Begriffe wie „Terrorflieger“, „bezahlte Auftragsmörder“, „amerikanische Gangster“, die neben Bomben vergiftete Schokolade zur Tötung unschuldiger Kinder abwarfen, oder rassistisch geprägte Stereotypen wie „Untermenschen“ oder „Neger-Mischling“ Verwendung fanden.⁴⁰

³⁷ HOFFMANN 2015, 374.

³⁸ Die einzelnen Schritte der Entwicklung bei EBD., 155-176.

³⁹ Vgl. EBD., 375-377.

⁴⁰ Vgl. EBD., 378.

Im Hohenhauser Fall sind drei Täter auszumachen: ein hauptamtlicher und ein dienstverpflichteter Polizist sowie ein Landwachtmann, der im Zivilleben den Beruf eines Schornsteinfegers ausübte. Dass gerade diese in die Situation gebracht wurden, erweist sich ebenfalls nicht als Einzelfall:

„Über die parteiliche Mittlerebene der Gauleitungen wurden Maßnahmen der ‚Fliegerlynchjustiz‘ in die Regionen verschoben. Von hier aus erfolgte über eine mündliche Befehlsgebung über die Kreis- und Ortsgruppenleitungen die Aktivierung der ‚Fliegerlynchjustiz‘. [...] Die unmittelbarste Ebene wurde sodann durch besagte ‚Eskalationsgruppe‘ gebildet, die in allen Fällen deutlich zuordenbar ist. Diese setzten sich zumeist aus Personen zusammen, die innerhalb der vorhandenen Menschenmenge respektive ‚Gemeinschaft‘ eine Führungsrolle einnahmen und in dieser akzeptiert waren. Betrachtet man die einzelnen Verbrechensfälle, so handelte es sich dabei größtenteils um NS-Funktionäre der Parteibasis – wie etwa Ortsgruppenleiter oder Ortsbauernführer, häufig auch Kreisleiter – oder SS-Offiziere. Diese mussten nicht zwingend als ‚Handelnde‘ in Erscheinung treten oder das Verbrechen unmittelbar begehen – sie waren es jedoch, die [...] eine Handlungsdynamik in Gang setzten.“⁴¹

Und wer am Ende der Kette stand, hatte die grausame Tat zu vollziehen oder wäre bei Befehlsverweigerung selbst in Lebensgefahr geraten, ein Umstand, auf den die drei Täter immer wieder in ihren Vernehmungen hinwiesen.

Prozess und Hinrichtung

Unmittelbar nach dem Einmarsch amerikanischer Truppenteile nach Lippe Anfang April 1945⁴² begannen spezielle Einheiten, die an den Fliegermorden Beteiligten aufzuspüren und zu verhaften. Die Schnelligkeit, mit der sie der Täter habhaft werden konnten, überrascht, denn im Hohenhauser Fall konnte Franz Dürschke (1901-1947) in seinem Heimatort bereits am 15. April 1945 verhaftet werden, einen Tag später gelang es, Gustav Stork in der Nähe von Iserlohn zu fassen. Als Letzter wurde, wiederum einen Tag später, Gustav Deppe in seinem Geschäft in Schötmar verhaftet. Sie wurden offenbar zunächst nach Lemgo verbracht, dort verhört und später nach Dachau überstellt, wo ihnen gemeinschaftlich der Prozess gemacht wurde.⁴³ Allein der ehemalige Kreispolizeichef Heinrich Jürgens, der den mündlichen Befehl zur Ermordung der fünf Flieger gegeben hatte und nach dem ebenfalls in der Sache gefahndet worden war, konnte nicht verhaftet werden. Er tauchte unter, wurde aber mit Haftbefehl gesucht, jedoch lediglich auf Grund seiner Betätigung als NSDAP-Ortsgruppenleiter und Kreisschulungsleiter. Es scheint so, als hätten die britischen und amerikanischen Verfolgungsbehörden auch ihre Informationen nicht ausgetauscht, was dazu führte, dass Heinrich Jürgens alsbald gänzlich ver-

⁴¹ EBD., 381.

⁴² Zu den Ereignissen in Hohenhausen vgl. OTTO 2007, 89-94.

⁴³ Vgl. EBD., 100.

schwinden konnte und erst Ende Oktober 1952 plötzlich wieder in Holzhausen-Extersteine, unweit seinem früheren Wirkungsort Horn, auf der Bildfläche erschien.⁴⁴ Zum Verbleib Bernhard Petznicks schweigt die Überlieferung.

Unmittelbar nach Kriegsende nahmen sich dann die alliierten, insbesondere die amerikanischen Militärgerichte der „Fliegerlynchjustiz“ an. Dazu wurden akribische Untersuchungen in Gang gesetzt, die zum Ziel hatten, die Täter dingfest zu machen und schnell ihrer Bestrafung zuzuführen. Infolgedessen agierten die Gerichte häufig unter hohem zeitlichen Druck. Denn noch 1945 fanden die ersten Militärgerichtsverfahren zu den „Flyer Cases“ in Dachau als Teil der „Dachauer Prozesse“ statt. Insgesamt sollten bis 1948 gut 200 Flieger-Prozesse durchgeführt werden, bei denen etwa 600 Personen angeklagt und in der Regel zum Tode verurteilt wurden. Zudem wurden vor anderen Militärgerichtsbarkeiten Verfahren durchgeführt, auffallend ist, dass die Gerichte der unterschiedlichen Nationen überhaupt nicht zusammenarbeiteten, weshalb manch Urteil auf schwachen Beinen stand oder Täter entwischen konnten.⁴⁵ Genau diese Lücke kam im Hohenhauser Fall dem damals ursprünglich mitangeklagten Heinrich Jürgens zugute.

Der Prozess gegen die wegen der Hohenhauser Morde Angeklagten („Case 12/1247“) begann erst spät, nämlich am 24. Januar 1947 und endete am 29. Januar 1947 mit der Urteilsverkündung. Alle drei vor Gericht Erschienenen stellten im Verfahren noch einmal die Abläufe so dar, wie sie es bei ihren früheren Vernehmungen getan hatten. Im Tenor ähnlich gaben sie die Taten zu, bekräftigten aber erneut, dass sie auf „Anweisung von oben“ gehandelt hätten. Dabei wiesen sie vor allem auf die Anweisungen des früheren Vorgesetzten Heinrich Jürgens hin und hoben hervor, dass sie große Angst vor Bestrafung – im schlimmsten Fall durch ein SS-Gericht – gehabt hätten, wenn sie den Befehl nicht ausgeführt hätten.

Im Verfahren waren mehrere Zeugen der damaligen Ereignisse gehört worden, wie zum Beispiel der Landwirt Gustav Bökemeier, in dessen Haus die Vernehmungen und auf dessen Wiesen die Taten geschehen waren. Gustav Deppe hatte im Rahmen seiner Verteidigung darauf hingewiesen, dass er den sechsten Flieger vor der Ermordung durch die Lüge, dass dieser ein Deutsch-Amerikaner sei, gleichsam gerettet habe, doch diese Aussage wurde nicht zu seinen Gunsten ausgelegt. Am letzten Verhandlungstag wurden die drei Angeklagten zum Tode „durch den Strang“ verurteilt. Ein von der Ehefrau Gustav Storks eingereichtes Gnadengesuch für ihren Mann wurde abgelehnt.⁴⁶ Gegen alle wurde das Urteil ein knappes halbes Jahr später, am 20. Juni 1947, in der Strafanstalt in Landsberg am Lech vollstreckt.⁴⁷ Verschiedene in- und

⁴⁴ Vgl. LAV NRW OWL, D 99 Nr. 16438, sowie D 21 B Nr. 2063.

⁴⁵ Vgl. HOFFMANN 2015, 367. Zu den „Dachauer Prozessen“ allgemein vgl. ROBERT SIGL, Im Interesse der Gerechtigkeit. Die Dachauer Kriegsverbrecherprozesse 1945–1948, Frankfurt am Main 1992 und LUDWIG EIGER/ROBERT SIGL (Hg.), Dachauer Prozesse – NS-Verbrechen vor amerikanischen Militärgerichten in Dachau 1945–1948, Göttingen 2007. Wenig später wurde in Dachau übrigens auch dem aus Detmold stammenden SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei Jürgen Stroop (1895–1952) wegen seiner Beteiligung an Fliegermorden der Prozess gemacht.

⁴⁶ Vgl. <https://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/Holocaust/dachautrial/fs100.pdf> (Aufruf: 1. Juli 2023).

⁴⁷ Zur Landsberger Strafanstalt, u. a. als „War Criminal Prison No. 1“, vgl. THOMAS RAITHEL, Die Strafanstalt Landsberg am Lech und der Spöttinger Friedhof (1944–1958), München 2009.

ausländische Zeitungen berichteten über die Hinrichtungen, unter anderem die *Freie Presse*, welche die drei Abgeurteilten als „Opfer der Goebbels-Propaganda“ bezeichnete.⁴⁸

Und danach?

Mit der Vollstreckung des Urteils war der „Case 12/1247“ für die Militärbehörden zum Abschluss gebracht, jedoch nicht für die Angehörigen der Opfer, über die keine Informationen vorliegen, und für die der Täter. Neben der emotionalen dürfte manche betroffene Familie eine finanzielle Not zu bewältigen gehabt haben. Dies traf zum Beispiel auf Elisabeth Stork (1899-1983), die Witwe des Hauptwachtmeisters Gustav Stork, zu, die sich über viele Jahre darum bemühte, für sich und ihre beiden Kinder eine Witwenpension zu erstreiten. In langen Schreiben an verschiedene Behörden brachte sie immer wieder die Geschehnisse zu Papier, deckte Widersprüche in den Aussagen auf und forderte die Behörden auf, gegen den Vorgesetzten ihres Mannes, Heinrich Jürgens, vorzugehen. In einem Brief vom 19. Mai 1953 an den damaligen Regierungspräsidenten Gustav Galle (1899-1992) schrieb sie bitter:

„Da ich mit meinen beiden Kindern vollkommen mittellos dastand, versuchte ich seit 1948 meine Pension zu erhalten. Leider habe ich das bis zum Jahre 1953 noch nicht fertiggebracht. Ich habe mich während der ganzen Jahre mit meinen Kindern kümmerlich durchschlagen müssen, wie Sie sich sicherlich vorstellen können. Im Herbst 1952, nach über 7 Jahren kehrte Herr Jürgens nach Lippe zurück und bezieht seine Pension, auch für die zurückliegenden Jahre. Ich habe nach wie vor nichts zum Leben und kann nach all dem Schwestern, was ich durchgemacht habe, weiterhin auf meine Pension warten, vielleicht bis zu meinem Tode. [...] Umsonst wird Jürgens auch wohl nicht über 7 Jahre verschwunden gewesen sein.“⁴⁹

Tatsächlich hatte Heinrich Jürgens nach seiner Rückkehr nach Lippe umgehend entsprechende Anträge auf „Zahlung des Überbrückungsgeldes [...] und Zahlung des Ruhegehaltes“ beantragt – und bewilligt bekommen.⁵⁰ Damit gut versorgt lebte er bis zu seinem Tod im Jahre 1967 völlig unbehelligt in der Nähe von Horn, dort, wo einst seine beachtliche NS-Karriere ihren Anfang genommen hatte.

Bei Alwine Deppe, deren Mann als „Hilfspolizist“ in die Hohenhauser Ereignisse verwickelt war, lag die Sache anders. Sie führte das Feinkostgeschäft ihres Mannes an der Krummen Weide in Schötmar zusammen mit ihrer Tochter Helga weiter.⁵¹ Zum 1. Januar 1961 übergab Alwine Deppe das Geschäft an ihre Tochter zur alleinigen Leitung, doch waren die Tage für Läden dieser Größenordnung bereits gezählt. Helga Deppe schloss das elterliche Geschäft Mitte Oktober 1964 und wechselte als Angestellte in die bereits erwähnte Celluloidwarenfabrik.

⁴⁸ FREIE PRESSE vom 5. Februar 1947.

⁴⁹ Schreiben Elisabeth Storks, 19. Mai 1953, in: LAV NRW OWL, D 99 Nr. 23606. Vgl. auch D 21 B Nr. 2063.

⁵⁰ Schreiben Heinrich Jürgens, 31. Oktober 1952, in: LAV NRW OWL, D 99 Nr. 16438.

⁵¹ STADTA BS, Schötmar III, Nr. 2, Bd. 8 (Schreiben Alwine Deppes vom 20. November 1947 an die Stadt Schötmar), sowie Einwohnermeldekartei.

Bereits 1959 hatten sich die beiden Frauen ein kleines Haus am Schötmaraner Rebenweg 7 errichten lassen, das sie fortan bewohnten. Über ihren Mann und Vater bzw. ihren Sohn und Bruder verloren sie kein einziges Wort. Wie in vielen anderen Fällen hieß es damals stereotyp: „Die sind aus dem Krieg nicht wiedergekommen.“

Schluss

Die genaue Zahl der Morde an alliierten Fliegern während des Zweiten Weltkriegs ist nicht feststellbar – insgesamt sind 225 Fälle dokumentiert, die Gesamtzahl der Ermordeten wird auf 350 geschätzt. Unbekannt ist zudem die Zahl der misshandelten Flieger – Taten, für die häufig Ortspolizisten, zuweilen ein aufgeschaukelter Mob verantwortlich war. Hin und wieder traten hier sogar Frauen als Täterinnen in Erscheinung. Die ersten Fälle der „Fliegerlynchjustiz“ geschahen im Sommer 1943 in der Nähe von Lübeck, ursächlich hierfür waren offenbar die zuvor erfolgten schweren Luftangriffe auf Hamburg. Betrachtet man die Gesamtstatistik, sind regionale Schwerpunkte auszumachen; zu nennen sind etwa Hessen, die südlich von Wolfsburg gelegenen Regionen und das Ruhrgebiet. Wie das Hohenhauser Beispiel zeigt, blieben die ländlichen Gebiete nicht verschont. Zwei Tätergruppen fallen ins Auge: Örtliche NSDAP-Vertreter sowie Angehörige der Kriminalpolizei und der Gestapo. Ortspolizisten traten als Täter eher selten in Erscheinung, Wehrmachtsangehörige nur sehr vereinzelt.⁵²

Die im Titel aufgeworfene Frage, ob jemand wie Gustav Deppe als Täter oder Opfer zu bezeichnen ist, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Da er nachweislich zwei Morde begangen hat, ist er als Täter zu bezeichnen, sind seine Taten zu verurteilen – die damaligen Richter urteilten so. Die Tatsache, dass er sich weder als NS-Sympathisant – eher als das Gegenteil – hervorgetan, noch freiwillig zur Erschießung der Flieger gemeldet hat und dennoch dafür mit dem Tode bestraft wurde, lässt ihn als Opfer erscheinen. Dass er auf Befehl handelte (zu Recht wurden die Angeklagten gefragt, ob sie auf Befehl auch ihre Frauen erschossen hätten) und der Befehlsgeber ungeschoren davon kam, kann als tragisch bezeichnet werden. Insofern muss die gestellte Frage offen bleiben oder mit einem „Sowohl-als-Auch“ beantwortet werden.

Abschließend sei mir noch eine persönliche Bemerkung gestattet: Als ich im Andenken an „meine Tante“ Helga mit den Recherchen begann, hatte ich die Vorstellung, dass es sich bei ihrem Vater um einen engagierten Nationalsozialisten handelte, der aus niederen Beweggründen zwei Menschen ermordet hat – vielleicht um den ebenfalls während des Krieges bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommenen Sohn zu rächen? Zu meiner großen Überraschung stieß ich auf jemanden, der als aufstiegsorientiert, fleißig, korrekt, sozial, demokratisch engagiert und religiös zugleich beschrieben wird. Offenbar war er einer von vielen, die sich nach 1933 zu arrangieren wussten, ohne sich dem System anzudienen. Dass er dennoch in den Strudel der Ereignisse geriet, kann ihm nicht angelastet werden. In Ermangelung jeglicher persönlicher Dokumente – sieht man vom Vernehmungsprotokoll einmal ab – bleibt das Bild dieses Mannes allerdings sehr unvollständig. Ist es daher überhaupt möglich, über die Handlungen eines

⁵² Vgl. die Gesamteinschätzung bei BARBARA GRIMM, Lynchmorde an alliierten Fliegern im Zweiten Weltkrieg, in: DIETMAR SÜSS (Hg.), Deutschland im Luftkrieg. Geschichte und Erinnerung, München 2007, 71-84.

solchen Menschen aus heutiger Sicht zu urteilen? Insofern kann dieser Beitrag lediglich eine Annäherung an die Person und die damaligen Ereignisse sein.

Der Lebensweg der Holocaust-Überlebenden Ruth Margalit und ihr Beitrag zur Erinnerungskultur in Detmold

von Jürgen Scheffler

Am 24. April 1988 schickte Ruth Margalit ein Päckchen mit Dokumenten und Büchern an Franz-Josef Pröpper, den damaligen Beigeordneten der Stadt Lemgo. In einem Begleitbrief erläuterte sie:

„[...] es sind sehr wertvolle Sachen, also in meinen Augen. Da meine Kinder kein Deutsch können, haben wir beschlossen, die Sachen an Sie zu schicken.“

Ruth Margalit, geboren 1931 als Tochter von Wilhelm und Eva Maria Ehrmann in Heidenoldendorf bei Detmold, hatte erfahren, dass in Lemgo, Detmolds Nachbarstadt, eine Gedenkstätte im ehemaligen elterlichen Haus ihrer Freundin, der Holocaust-Überlebenden Karla Raveh, eingerichtet werden sollte.¹ Am Aufbau des Exponatfundus wollte sie sich mit Objekten und Dokumenten beteiligen, die sie bei ihrer Auswanderung im Jahre 1949 aus Deutschland mit nach Israel genommen und aufbewahrt hatte. Hinzu kam ein weiterer Grund:

„Also ich bin immer bereit, Ihnen allen in Lemgo zu helfen, denn ich schätze es sehr, was Lemgo für die Juden tut. Und Detmold rührt sich nicht. Ich glaube, die haben schon vergessen, was Judentum ist und war.“²

In diesen Sätzen kam ihre Verbitterung darüber zum Ausdruck, dass die Stadt Detmold bis dahin weder den Kontakt zu ihr und anderen Holocaust-Überlebenden gesucht noch gar eine Einladung zu einem Besuch in der Stadt ausgesprochen hatte. Im Kibbuz Maayan Zwi, in dem Ruth mit ihrer Familie lebte, war sie nach ihrem Eindruck die einzige, an die bis dahin keine Einladung ergangen war. Bei einer Reise nach Detmold im Jahre 1985 traf sie einen offiziellen Vertreter der Stadt und hatte ihn im Gespräch darauf hingewiesen,

„daß viele Städte doch ihre ehemaligen Juden einladen. Doch er war anderer Meinung. Er sagte, dass Detmold dann auch Zigeuner, Polen und Russen einladen müsse und dass sie dafür kein Geld hätten. Es gab Diskussionen – es half nichts. Wir verabschiedeten uns sehr freundlich. Für mich war Detmold wieder mal erledigt.“³

¹ JÜRGEN SCHEFFLER (Hg.), Das Frenkel-Haus Lemgo. Wohnhaus, Erinnerungsort, Gedenkstätte, Bielefeld 2016.

² Brief an den Beigeordneten der Stadt Lemgo Franz-Josef Pröpper, 24. April 1988 (Kopie im Besitz des Verfassers). Ich lernte Ruth Margalit bei einer Reise nach Israel im Dezember 1987 kennen, durch die Vermittlung von Karla Raveh. Seit Mai 1987 war ich Mitarbeiter des Städtischen Museums Lemgo. Meine Reise war Teil der Recherchen zur Vorbereitung der Gedenkstätte Frenkel-Haus, die im November 1988 eröffnet wurde. Ruth Margalit zeigte mir beim Besuch in ihrem Haus im Kibbuz Maayan Zwi Fotoalben, Dokumente und Bücher, die sie aus Deutschland mitgebracht hatte. Ich erzählte ihr, dass wir auf der Suche nach Exponaten für die Ausstellung im Frenkel-Haus sind. Durch mich erhielt sie die Anschrift des damaligen Beigeordneten.

³ RUTH UND BENJAMIN MARGALIT, „Zerbrochene Kindheit“. Lebenserinnerungen, Detmold 2001, 42.

Im Laufe des Jahres 1988 änderte sich die Haltung der Stadt Detmold. Zum 50. Jahrestag der Pogromnacht am 9. November 1988 organisierte die Stadt Detmold eine Besuchswoche, zu der auch das Ehepaar Margalit eingeladen wurde. Die Reise nach Detmold war für Ruth Margalit im Rückblick von großer Bedeutung:

„Ich bereue es nicht, dass ich den Schritt nach Detmold gemacht habe. Ich überwand ein wenig den Konflikt, den ich mit dieser Stadt hatte. Ich verließ Detmold mit weniger Hass. Ich konnte durch die Straßen gehen, ich wurde geachtet, doch vergessen kann ich nicht. Ich darf es auch nicht. Das schulde ich den 6 Millionen ermordeten Juden.“⁴

Die Reisen von Ruth und Benjamin Margalit nach Detmold gehören in den Kontext der Begegnungen zwischen Juden und Nicht-Juden, die seit Mitte der 1980er Jahre durch die Besuchsprogramme deutscher Kommunen initiiert wurden. Sie waren „ein erstaunlich erfolgreicher Teil der nichtjüdisch-jüdischen Beziehungsgeschichte der späten Bundesrepublik.“⁵ Ähnlich wie in anderen Städten führten sie nicht nur zu zahlreichen Begegnungen, sondern daraus resultierte für Ruth Margalit der Entschluss, über ihre eigene Biografie sowie über die Geschichte ihrer Familie zu berichten. In den mehr als 20 Jahren nach ihrem ersten Besuch in Detmold wurde Ruth Margalit zu einer der wichtigsten Zeitzeuginnen in der lokalen und regionalen Erinnerungskultur.

Wer war Ruth Margalit? Worin bestand die Besonderheit ihrer Biografie? Welche Erfahrungen machte sie bei den Begegnungen in ihrer einstigen Heimatstadt Detmold? Wie reagierte sie auf das Interesse an ihrer Biografie, dass ihr in Detmold seit 1988 entgegengebracht wurde? Wie wurde in Detmold ihre Bereitschaft aufgenommen, die Rolle der Zeitzeugin aktiv anzunehmen? Und schließlich: Wie haben sich Archive und Museen in Lippe der Aufgabe gestellt, ihren Nachlass zu bewahren?

Kindheit in der Waldheide

Ruth Margalit, geborene Ehrmann, war die jüngste Tochter des Ehepaares Eva Maria und Wilhelm Ehrmann. Sie wurde am 18. Februar 1931 in der Gemeinde Heidenoldendorf bei Detmold geboren. Ihre Mutter, geboren 1900 in Amberg (Oberpfalz), stammte aus einer katholischen, ihr Vater, geboren 1891 in Nußloch bei Heidelberg, aus einer jüdischen Familie. Ihre Mutter war mit der Heirat im Jahre 1927 zum jüdischen Glauben übergetreten, wodurch ihr Kontakt mit ihren Eltern und ihren sieben Geschwistern abbrach.⁶

⁴ EBD., 44.

⁵ LINDE APEL, Auf der Suche nach der Erinnerung. Interviews mit deutschen Juden im lokalthistorischen Kontext, in: STEFANIE FISCHER/NATHANAELE RIEMER/STEFANIE SCHÜLER-SPRINGORUM (Hg.), Juden und Nichtjuden nach der Shoah. Begegnungen in Deutschland, Berlin/Boston 2019, 209.

⁶ JÜRGEN SCHEFFLER, Eva Maria Ehrmann (1900-1984): Die Lebensgeschichte einer zum Judentum übergetretenen Arbeiterfrau, in: WOLFGANG MÜLLER/HERMANN NIEBUHR/ERHARD WIERSING (Bearb.), Detmold in der Nachkriegszeit. Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts, Bielefeld 1994, 134-136.

Ruth und ihre beiden Brüder Hans, geboren 1928, und Karl, geboren 1929, wuchsen in der Siedlung Waldheide auf. Sie gehörte zur Gemeinde Heidenoldendorf, in der überwiegend Arbeiter- und Handwerkerfamilien lebten und deren politische Kultur in den 1920er Jahren sozialdemokratisch geprägt war.⁷ Hans Ehrmann erinnerte sich daran, dass sich in der Waldheide die Familien gegenseitig halfen und in diese Nachbarschaft auch die jüdische Familie Ehrmann einbezogen war:

„An und für sich war Heidenoldendorf für uns nicht so schlimm wie andere Dörfer oder wie die Stadt selber, Detmold. [...] Anständige Nachbarn, anständige Leute.“⁸

Zu den Nachbarn gehörten die Familien von Wilhelm Mellies, Lehrer und Sozialdemokrat, sowie dem Klempnermeister Fritz Büker. Wilhelm Mellies war 1933 aus dem Schuldienst entlassen worden und bestritt den Lebensunterhalt für seine Familie mit einem kleinen Lebensmittelladen.⁹ Fritz Büker, der sich in den späten 1920er Jahren in der KPD politisch betätigt hatte, gehörte nach der NS-Machtübernahme zu den führenden Mitgliedern des kommunistischen Widerstandes in Lippe. Er wurde im September 1933 verhaftet.¹⁰ Wilhelm Ehrmann war im März/April 1933 zusammen mit Sozialdemokraten und Kommunisten ebenfalls verhaftet und vom 13. bis 17. März sowie vom 19. bis 29. April 1933 in „Schutzhaft“ genommen worden.

Hans, Karl und Ruth Ehrmann wurden jüdisch erzogen. Auch wenn der Alltag der Familie zunächst nur wenig von antijüdischen Maßnahmen betroffen war, so hatten die NS-Rassengesetze Auswirkungen auf den rechtlichen Status der Familie. Mit den „Nürnberger Gesetzen“ galten sie als „Mischlinge“ und auf Grund ihrer jüdischen Erziehung als „Geltungsjuden“. Sie wurden mit den gleichen Verfolgungsmaßnahmen belegt wie die anderen Juden. Ihr Alltag blieb von ständiger Angst und Ungewissheit geprägt. Allerdings blieben sie bis in die Kriegsjahre 1944/45 von Deportationen verschont.¹¹

Mit der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 änderte sich das Leben der Familie grundlegend. Wilhelm Ehrmann war am 10. November 1938 nicht zur Arbeit in eine Detmolder Möbelfabrik gegangen, sondern wartete in seinem Haus auf die mögliche Verhaftung. Der örtliche Polizist kam im Laufe des Vormittags, um ihn abzuholen und auf die Detmolder Polizeii-

⁷ Zur Waldheide als Arbeiterwohngemeinde: EBD., 136-140.

⁸ JOACHIM MEYNERT, Interview mit Hans Ehrmann, in: DERS./GUDRUN MITSCHKE, Die letzten Augenzeugen zu hören. Interviews mit antisemitisch Verfolgten aus Ostwestfalen, Bielefeld 1988, 55.

⁹ ANNE TEGTMEIER-BREIT, „... kann man uns den Stolz und jetzt erst recht den Glauben nicht nehmen, Kämpfer für die Zukunft zu sein“. Eine biografische Annäherung an den Lehrer und Politiker Wilhelm Mellies, in: HERMANN NIEBUHR/ANDREAS RUPPERT (Bearb.), Krieg, Revolution, Republik. Detmold 1914-1933. Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts, Bielefeld 2006, 509-525.

¹⁰ JÜRGEN HARTMANN, Zur Geschichte der KPD und zum kommunistischen Widerstand in Lippe (1920 bis 1945), in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN, 62/1993, 199-251.

¹¹ Allgemein dazu BEATE MEYER, „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933-1945, Hamburg 1999. MARIA VON DER HEYDT, „Wer fährt denn gerne mit dem Judenstern in der Straßenbahn?“ Die Ambivalenz des „geltungsjüdischen“ Alltags zwischen 1941 und 1945, in: ANDREA LÖW/DORIS L. BERGEN/ANNA HÁJKOVÁ (Hg.), Alltag im Holocaust. Jüdisches Leben im Großdeutschen Reich 1941-1945, München 2013, 65-79.

wache zu bringen. Zunächst aber trank man gemeinsam Kaffee. Hans Ehrmann erinnerte sich an die Ambivalenz, in der sich der örtliche Polizist wohl befand: „Und dann ist er damit rausgerückt, daß er den Vater einsperren muß.“ Sein Vater fuhr mit der Straßenbahn in die Stadt, der Dorfpolizist mit seinem Fahrrad hinterher. „Und in der Stadt haben sie sich dann getroffen, da hat er ihn an der Polizeiwache abgeliefert.“¹²

Während die anderen Männer, die am 10. November in Detmold verhaftet wurden, in das KZ Buchenwald transportiert wurden, wurde Wilhelm Ehrmann am nächsten Tag entlassen.

Unter dem Druck der antijüdischen Maßnahmen wurden die Lebensverhältnisse der Familie schwieriger. Im Jahre 1938/39 musste sie ihre bisherige Wohnung im eigenen Haus aufgeben, weil ein anderer Mieter sie beanspruchte. Dank der Unterstützung ihrer Nachbarin Martha Watermann konnte sie in ein kleineres Nachbarhaus umziehen.¹³

Die jüdische Schule in Detmold

Wie ihre Brüder ist Ruth Margalit zunächst in die örtliche Volksschule eingeschult worden. Wie Ruth Margalit sich erinnerte, kam ihr damaliger Lehrer Beckmeier am Abend des 10. November 1938 zu ihrer Mutter und empfahl ihr, die Kinder nicht mehr zur Schule zu schicken. Er habe ihnen die „Schande“ ersparen wollen, aus der Schule verwiesen zu werden.¹⁴ Ein entsprechender Erlass der Lippischen Landesregierung erging am 18. November 1938. Zunächst wurden die Kinder von dem jüdischen Religionslehrer Max Alexander zuhause unterrichtet. Er war für einige Wochen als „Wanderlehrer“ tätig. Um den Kindern weiterhin den Schulbesuch zu ermöglichen, wurde von der Synagogengemeinde Detmold im Jahre 1939 eine private jüdische Schule gegründet.¹⁵

In der Gartenstraße 6, einem Wohnhaus, das seit 1918 im Besitz eines jüdischen Kaufmanns war, wurde ein Unterrichtsraum für 15 Schülerinnen und Schüler aus Lippe und dem angrenzenden östlichen Westfalen eingerichtet. Ruth Margalit erinnerte sich: „Hans war einer der Ältesten, und ich war die Jüngste.“¹⁶

Mit der Verordnung vom 1. September 1941 wurden die Juden verpflichtet, den Judenstern außen sichtbar an der Kleidung zu tragen. Juden, die nur zwei jüdische Großeltern hatten bzw. mit einem nicht-jüdischen Ehepartner verheiratet waren, waren von der Kennzeichnungspflicht

¹² MEYNERT 1988, 56.

¹³ Zu den Details: SCHEFFLER 1994, 144.

¹⁴ RUTH MARGALIT, Jugendjahre einer ‚Halbjüdin‘ im national-sozialistischen Deutschland. Erinnerungen an Detmold und Heidenoldendorf, in: JÜRGEN SCHEFFLER/HERBERT STÖWER (Red.), Juden in Lemgo und Lippe. Kleinstadtleben zwischen Emanzipation und Deportation, Bielefeld 1988, 202.

¹⁵ WOLFGANG MÜLLER, Gartenstraße 6. Zur Geschichte eines Detmolder „Judenhauses“ und seiner Bewohner, 2. Aufl. Detmold 2001, 16-18.

¹⁶ RUTH MARGALIT, Hans, mein ältester Bruder. Zur Erinnerung, in: GERTRUD WAGNER/MICHELINE PRÜTER-MÜLLER (Hg.), Schwierige Erinnerung und neue Begegnung. Dokumentation der Besuchswochen ehemaliger jüdischer Bürger in Lemgo und Detmold 1988 und 1989, Detmold 1989, 89.

ausgenommen. Das galt nicht für die Juden, die nach den Bestimmungen der „Nürnberger Gesetze“ zu den „Geltungsjuden“ gezählt wurden. Von daher waren Ruth, Hans und Karl Ehrmann verpflichtet, den gelben Stern zu tragen. Verstöße wurden streng geahndet.¹⁷



Abb. 1: Jüdische Schule, Gartenstraße 6, um 1940.

Links: Lehrer Max Alexander.

Obere Reihe (von links): Margret Silberbach, Ruth Ehrmann (Margalit), Ilse Uhlmann.

Untere Reihe (von links): Alice Kirchheimer, Julius Neuwahl, Ilse Gravi.

(STADTA DETMOLD, N 55, Nachlass Ruth Margalit, Nr. 4)

Die Ehrmann-Kinder und Edith Valk gehörten zu den wenigen jüdischen Schülerinnen und Schülern, die bei ihren Eltern lebten. Die anderen waren bei jüdischen Familien in Detmold untergebracht. Wie ihre Brüder nutzte auch Ruth Margalit die Straßenbahn, um zur Schule zu fahren. Mit dem Zwang zum Tragen des „Judensterns“ wurden sie immer häufiger Zielobjekt des alltäglichen Antisemitismus. „Und wenn die Straßenbahn mal sehr voll war, dann mußten wir einfach aussteigen und Platz für andere machen.“¹⁸

Es kam auch zu Beschimpfungen und Angriffen auf die jüdischen Schüler. Im Herbst 1941 wurde der 11-jährige Karl Ehrmann von einigen Schülern des Gymnasiums beschimpft, als er die Schule verlassen wollte. Er setzte sich zur Wehr und wurde in eine Schlägerei mit den ande-

¹⁷ Hans Ehrmann hat in seinem Interview mit Joachim Meynert darauf hingewiesen, dass er und seine beiden Geschwister nach den NS-Rassengesetzen „Geltungsjuden“ waren. MEYNERT 1988, 54. BEATE MEYER, Zwischen Regel und Ausnahme. „Jüdische Mischlinge“ unter Sonderrecht, in: MAGNUS BRECHTKEN/HANS-CHRISTIAN JASCH/CHRISTOPH KREUZMÜLLER/NIELS WEISE (Hg.), Die Nürnberger Gesetze – 80 Jahre danach. Vorgeschichte, Entstehung, Auswirkungen, Göttingen 2017, 205-222.

¹⁸ MARGALIT 1988, 203.

ren Schülern verwickelt. Ein Erwachsener, der Ofensetzer Werner Heldtke, mischte sich ein und fügte Karl Ehrmann Verletzungen am Kopf zu. Der ging zu seinem Vater, der in einer Detmolder Möbelfabrik arbeitete, zeigte ihm seine Verletzungen und erzählte, was vorgefallen war. Wilhelm Ehrmann wandte sich daraufhin an den Oberschulrat Wollenhaupt, ohne Erfolg, sowie an die Kriminalpolizei in Detmold. Dort riet man ihm davon ab, „weitere Schritte zu unternehmen.“

Nach Kriegsende hatte der Vorfall ein Nachspiel. Im März 1947 wandte sich Wilhelm Ehrmann an den Polizeiposten in seiner Heimatgemeinde Heidenoldendorf und brachte den Fall zur Anzeige, mit der Bemerkung:

„Zeugen kann ich ausser meinem Sohn nicht mehr angeben, da sie im KZ umgekommen sind. Da wir damals als Juden kein Recht bekamen, bitte ich heute um die Bestrafung des Heldtke.“¹⁹

Anfang Juli 1947 wurde das Verfahren wegen Verjährung eingestellt. Der Oberstaatsanwalt schrieb in seiner Begründung, dass es sich bei der Straftat nach dem Kontrollratsgesetz nicht um ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gehandelt habe, „selbst [...] wenn die Misshandlung aus rassistischen Gründen erfolgt sein sollte (was übrigens von dem Beschuldigten in Abrede genommen wird), weil als Verbrechen gegen die Menschlichkeit nur besonders schwere Gewalttaten anzusehen sind.“²⁰

Zwangsarbeit und Deportationen 1943 bis 1945

Nach Schließung der jüdischen Schule im Frühjahr/Sommer 1942 standen die Ehrmann-Kinder vor einer ungewissen Zukunft. Für einige Monate arbeiteten die beiden Söhne in einer Tischlerei und einer Bäckerei. Vom 17. Juni bis 17. November 1943 wurden Wilhelm und seine beiden Söhne in das „Lager Kaiser“ in Bielefeld gebracht, wo sie zu Straßen- und Gleisbauarbeiten zwangsverpflichtet wurden.²¹ Ruth und ihre Mutter fuhren nach Bielefeld, um sie dort zu besuchen. Mitte November 1943 konnten sie nach Heidenoldendorf zurückkehren. Ruth half ihrer Mutter, die in einem landwirtschaftlichen Betrieb arbeitete, im Haushalt und betätigte sich als Kindermädchen in der Nachbarschaft. Wie sie lakonisch bemerkte: „Und so ging die Zeit dann auch herum.“²²

¹⁹ MÜLLER 2001, Dokument 30 (Vernehmungsprotokoll von Wilhelm Ehrmann, 12. März 1947).

²⁰ EBD., Dokument 31 (Der Oberstaatsanwalt an Wilhelm Ehrmann, 4. Juni 1947). Vgl. auch WOLFGANG MÜLLER, Die jüdische Gemeinde Detmold in der Nachkriegszeit, in: DERS., Juden in Detmold. Gesammelte Beiträge zur jüdischen Geschichte in Detmold und ihrer Aufarbeitung in Archiv und Schule, Lage 2008, 60-70.

²¹ Das Lager in der ehemaligen Gastwirtschaft Kaiser war als „gemeinsames Sammellager für den Arbeitseinsatz“ der Juden „in privilegierten und nicht privilegierten Mischehen“ eingerichtet worden, auf Anordnung der Gestapo-Stelle Münster. JOACHIM MEYNERT, Was vor der „Endlösung“ geschah. Antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung in Minden-Ravensberg, Münster 1988, 234-235. JÜRGEN HARTMANN, Die Bezirksstelle Westfalen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland in Bielefeld 1939 bis 1943, in: ROSENLAND. ZEITSCHRIFT FÜR LIPPISCHE GESCHICHTE, 25/2021, 68-151, hier 131-132.

²² MARGALIT 1988, 205.

Im September 1944 begannen die Deportationen der Juden aus den „Mischehen“ sowie der „Mischlinge 1. Grades“. Wilhelm Ehrmann und seine beiden Söhne wurden am 19. September 1944 erneut nach Bielefeld und von dort in das Arbeitslager Zeitz zur Zwangsarbeit gebracht. Eva Maria Ehrmann fuhr mit Ruth nach Bielefeld, um sich von ihrem Mann und den beiden Söhnen zu verabschieden. „Meine Mutter war sehr mutig und sagte: ‚Du nimmst jetzt Deinen Stern ab, und wir fahren.‘“ Allerdings kamen sie, wie sich Ruth erinnerte, wegen der Zerstörungen nach den Bombardierungen in Bielefeld zu spät:

„Wir haben dann nur noch gesehen, wie man sie abtransportierte. Wir sind die ganze Zeit neben ihnen hergelaufen, durften aber nicht mit ihnen sprechen. Bis zum Bahnhof in Bielefeld.“²³

Während Wilhelm und Karl Ehrmann im Oktober 1944 wieder entlassen wurden, wurde Hans Ehrmann ins Ghetto Theresienstadt gebracht.²⁴

Anfang des Jahres 1945, nur wenige Monate vor dem Ende des Krieges, erging der Befehl, auch die jüdischen „Mischlinge“ zu deportieren. Am 19. Januar 1945 ordnete Ernst Kaltenbrunner, Chef der Sicherheitspolizei und des SD (Sicherheitsdienstes), an, alle Juden und Jüdinnen, die in „Mischehe“ lebten, und alle „Geltungsjuden“ bis Mitte Februar in das Ghetto Theresienstadt zu deportieren.²⁵ Am 13. Februar 1945 wurden Wilhelm, Karl und Ruth Ehrmann in ein Sammellager nach Bielefeld, das Hotel „Stadt Bremen“, gebracht und drei Tage später ins Ghetto Theresienstadt deportiert.²⁶ Eva Maria Ehrmann kam zum Bahnhof in Bielefeld, um von ihrem Mann und ihren Kindern Abschied zu nehmen. Ihre Tochter Ruth erinnerte sich an die Situation auf dem Bahnsteig:

„Ich sehe sie noch vollkommen starr stehen, als der Zug abfuhr. Keine Träne. Und ich dachte: ‚Sie hat mich nicht lieb. Sie weint nicht mal um mich.‘“²⁷

Nach der Deportation ihres Mannes und ihrer Kinder kehrte Eva Maria Ehrmann nach Heidenoldendorf zurück, wo sie bis zur Befreiung des Ghettos Theresienstadt ohne Nachricht von dem Schicksal ihrer Familie blieb:

„Die Nachbarn, die zu meiner Mutter gehalten hatten, erzählten mir, dass sie sich sehr tapfer gehalten habe, aber zum Schluss doch vollkommen zusammengebrochen sei.“²⁸

²³ EBD., 204.

²⁴ Hans Ehrmann wurde über Weimar/Jena mit dem Transport XVI/5 ins Ghetto Theresienstadt deportiert, wo er am 2. Februar 1945 ankam. Ich danke Jürgen Hartmann für den Hinweis.

²⁵ MAXIMILIAN STRNAD, Privileg Mischehe? Handlungsräume „jüdisch versippter“ Familien 1933-1949, Göttingen 2021, 326-353.

²⁶ BERND J. WAGNER, Deportationen in Bielefeld und Ostwestfalen 1941-1945, in: JUPP ASDONK/DAGMAR BUCHWALD/LUTZ HAVEMANN/UWE HORST/BERND J. WAGNER (Hg.), „Es waren doch unsere Nachbarn“. Deportationen in Ostwestfalen-Lippe 1941-1945, Bielefeld 2012, 70-127, 119 f.

²⁷ RUTH UND BENJAMIN MARGALIT 2001, 18.

²⁸ EBD., 25.



*Abb. 2: Eva Maria Ehrmann in Heidenoldendorf, 9. April 1949.
(STADTA DETMOLD, N 55, Nachlass Ruth Margalit, Nr. 8)*

Die Deportation in Viehwaggons dauerte etwa eine Woche. Im Ghetto Theresienstadt wurde Ruth von ihrem Vater und ihrem Bruder Karl getrennt. Ihr Bruder Hans hatte nach ihr gesucht und dafür Sorge getragen, dass sie in das Kinderlager L 414 kam. Dort war sie mit gleichaltrigen Kindern untergebracht. Sie arbeitete in der Landwirtschaft und am Ende an der Eisenbahn, wo sie als 14-jähriges Mädchen mithelfen musste, Leichen aus offenen Eisenbahnwaggons zu räumen, die aus anderen Lagern nach Theresienstadt kamen.²⁹

In den letzten Wochen vor der Befreiung erkrankte Ruth Ehrmann an einer Mandelentzündung und wurde in einem Krankenhaus operiert. Das einzige Gerät, über das der Arzt verfügte, war ein Taschenmesser. Die Befreiung des Ghettos am 8. Mai 1945 erlebte sie von einem Krankenzimmer aus. Ihre Brüder waren ebenfalls erkrankt. Von daher mussten alle drei noch einige Zeit ausharren, bevor sie die Rückreise nach Detmold antreten konnte. Zu Fuß, per Anhalter und mit der Eisenbahn erreichten Wilhelm Ehrmann und seine Kinder schließlich ihr Heimatdorf: nach Ruth Margalits Erinnerung erst im Juli oder August 1945.

Nachkriegsjahre in der Waldheide

Als Wilhelm Ehrmann und seine Kinder zurückkehrten, wohnte ihre Mutter bereits wieder in ihrem Haus. Ein Neffe, der vor dem Krieg in die USA ausgewandert war, gehörte zu den amerikanischen Besatzungssoldaten, die Detmold eingenommen hatten, und unterstützte Eva Maria

²⁹ EBD., 17-23. Zur Situation im Ghetto Theresienstadt in den letzten Monaten vor der Befreiung am 8. Mai 1945: WOLFGANG BENZ, Theresienstadt. Eine Geschichte von Täuschung und Vernichtung, München 2013, 198-206.

Ehrmann dabei, ihr Haus zurückzubekommen. Auch half er ihr bei der Beschaffung von Lebensmitteln.

Das Haus der Familie wurde im Verlauf des Sommers 1945, wie es Ruth Margalit im Rückblick formuliert hat, zu einem „Durchgangslager“. „Jeder, der aus den Lagern kam und nicht wusste, wo er hingehen sollte, kam zunächst zu uns.“ Zu den Mitbewohnern gehörte Robert Levi aus der Gemeinde Schlangen, den Wilhelm Ehrmann im Ghetto Theresienstadt wiedergetroffen hatte. Er hatte das Konzentrationslager Auschwitz und den Todesmarsch ins Ghetto Theresienstadt überlebt und war dort befreit worden. Bereits auf dem Rückweg nach Heidenoldendorf hatte er sich zusammen mit zwei Jugendlichen der Familie Ehrmann angeschlossen.³⁰

Ruth Margalit hatte die Schule mit elf Jahren verlassen müssen. „Durch Protektion“, wie sie sich erinnert, bekam sie nun einen Platz in der sogenannten Haushaltungsschule in Detmold. Ihr Bruder Hans besuchte die Tischlerfachschule in Detmold, ihr Bruder Karl arbeitete in der Bäckerei eines Freundes von Wilhelm Ehrmann in Nußloch bei Heidelberg. Wilhelm Ehrmann machte sich selbständig und gründete eine Möbelhandlung. Er kümmerte sich als Mitglied des „Kreis-Sonderhilfsausschusses“ um die Belange der NS-Opfer und gehörte zu den Mitgründern der Jüdischen Gemeinde im Kreis Detmold, in der er von 1946 bis 1949 das Amt des 1. Vorsitzenden innehatte.³¹

In Detmold schlossen sich die Ehrmann-Kinder der sozialdemokratischen Jugendorganisation „Falken“ an:

„Wir wanderten, tanzten und lernten viele Jugendliche kennen. [...] Wenn ich manchmal so zurückdenke, so waren wir sehr naiv, aber doch glücklich. Die Schattenseite war, dass wir immer noch zu spüren bekamen, dass wir Juden waren.“

Nach dem Abschluss der Haushaltungsschule bekam Ruth Margalit das Angebot für eine Stelle in einem Kinderheim auf der Insel Amrum. Dort blieb sie ein Jahr. Die Arbeit machte ihr Spaß, trotz des Heimwehs, das sie ab und an überkam. „Für mich war das Jahr in Amrum eines meiner schönsten in Deutschland.“³²

Es war Eva Maria Ehrmann, die auf die Auswanderung nach Israel drängte. Karl war im November 1948 vorausgereist. Nach einer Abschiedsfeier durch die Jüdische Gemeinde in Detmold ging es im April 1949 zunächst in das Sammellager Bergen-Belsen, von dort mit dem Zug nach Marseille und im Anschluss mit dem Schiff nach Haifa.³³

³⁰ JÜRGEN HARTMANN, Der Lebensweg des Holocaust-Überlebenden Robert Levi aus Schlangen, in: ROSENLAND. ZEITSCHRIFT FÜR LIPPISCHE GESCHICHTE, 27/2022, 40-105.

³¹ MÜLLER 2008, 53-80.

³² EBD., 26-28.

³³ RUTH UND BENJAMIN MARGALIT 2001, 28-29.

Der Weg in den Kibbuz Maayan Zwi

Nach der Ankunft verbrachte die Familie die ersten Wochen im Flüchtlingslager Beth Lit. Wilhelm Ehrmann suchte den Kontakt zu Bekannten aus Detmold, die bereits in Israel lebten. Zu ihnen gehörte Karla Timna, die Tochter des einst in Detmold tätigen und in der NS-Zeit ermordeten jüdischen Lehrers und Predigers Moritz Rülff.³⁴ Sie war im Jahre 1940 ausgewandert und lebte im Kibbuz Maayan Zwi. Auf ihre Empfehlung hin schlossen sich Hans und Ruth Ehrmann dem Kibbuz an. Karl Ehrmann war beim Militär. Auch Eva Maria und Wilhelm Ehrmann wurden schließlich in den Kibbuz aufgenommen. Wilhelm Ehrmann arbeitete in der Schusterei, seine Frau in der Küche:

„Ihr Gesundheitszustand war gar nicht gut. Meine Mutter ertrug die vielen Schießereien nicht, und mein Vater wäre am liebsten längst nach Heidenoldendorf zurückgekehrt.“³⁵

Im Kibbuz lernte Ruth Ehrmann ihren späteren Ehemann Benjamin Margalit (geboren 1923 in Wien) kennen. Er war im Jahre 1940 im Rahmen der Jugend-Alija nach Palästina eingewandert und hatte sich dort einem Kibbuz angeschlossen.³⁶ Nach zwei Jahren trat er in den neu gegründeten Kibbuz Maayan Zwi ein. Ruth Ehrmann und Benjamin Margalit heirateten am 27. Januar 1950. Nur zwei Tage später, am 29. Januar 1950, starb Wilhelm Ehrmann.³⁷

Im Kibbuz Maayan Zwi

Eva Maria Ehrmann lebte sich im Laufe der Jahre gut im Kibbuz ein und arbeitete bis ins hohe Alter in der Küche. Sie korrespondierte mit Freunden aus der Waldheide und interessierte sich für Neuigkeiten aus der ehemaligen Nachbarschaft, ohne den Wunsch, dorthin zurückzukehren. Sie starb im Jahre 1983.³⁸

Ruth Margalit arbeitete ebenfalls in der Küche, ihr Ehemann Benjamin in der Landwirtschaft. Die beiden hatten drei Kinder: Joaw, Arie und Orit. Hans Ehrmann und seine Frau Ruth lebten im gleichen Kibbuz. Nach dem Tod der Mutter traf man sich zum gemeinsamen Abendessen am Sabbat. Häufig kamen Karla Raveh und ihr Mann Shmuel dazu. Sie wohnten in Tivon, nicht weit entfernt von Maayan Zwi. „Wir waren unter uns und redeten von der Vergangenheit. Es waren die schönsten Stunden.“³⁹ Karl Ehrmann wanderte in den 1970er Jahren nach Schweden aus.

³⁴ WOLFGANG MÜLLER, Moritz Rülff – ein jüdischer Lehrer in schwerer Zeit, in: DERS. 2008, 115-181.

³⁵ RUTH UND BENJAMIN MARGALIT 2001, 30.

³⁶ Die Jugend-Alija propagierte und organisierte seit den frühen 1930er Jahren „die Emigration der jüdischen Jugend aus Deutschland und Mitteleuropa [...] als Heimkehr der jüdischen Jugend in das Land ihrer Väter“. ULRIKE PILARCZYK/OFER ASHKENAZI/ARNE HOMANN (Hg.), Hachschara und Jugend-Alija. Wege jüdischer Jugend nach Palästina, Gifhorn 2020, 11-12.

³⁷ RUTH UND BENJAMIN MARGALIT 2001, 32-33.

³⁸ SCHEFFLER 1994, 151-154.

³⁹ RUTH UND BENJAMIN MARGALIT 2001, 41.



*Abb. 3: Eva Maria Ehrmann im Kibbuz Maayan Zwi, ohne Datum.
(STADTA DETMOLD, N 55, Nachlass Ruth Margalit, Nr. 9)*

In die frühen 1970er Jahre fielen die ersten Reisen nach Deutschland. Im Jahre 1972 fuhr Benjamin Margalit zu den Olympischen Spielen in München, ohne seine Ehefrau. Er nutzte die Reise zu einem Besuch in Detmold, wo er alte Freunde der Familie Ehrmann aus der Waldheide traf. Anfang der 1980er Jahre dachte auch Ruth über eine Reise nach Detmold nach:

„Ich wollte eine öffentliche Einladung der Stadt Detmold. Es kann nicht möglich sein, daß Detmold keine Einladungen ausspricht, wo doch alle Städte ringsum ehemalige Juden einladen.“⁴⁰

Schriftliche Anfragen an die Stadt im Hinblick auf eine mögliche Einladung waren ergebnislos geblieben. Im Jahre 1985 entschlossen sich Ruth und Benjamin schließlich zu einer Europareise, die sie sowohl nach Wien als auch nach Detmold führte.⁴¹ In Heidenoldendorf trafen sie ehemalige Nachbarn und Freunde. Zu ihnen gehörten Martha Watermann und ihr Sohn Horst. Zwischen ihnen war der Kontakt nie abgerissen. Horst Watermann „nahm sich Urlaub und fuhr uns 10 Tage im Lipperland herum. Ich besuchte auch Detmold, aber dort kam ich mir so einsam und traurig vor.“⁴²

⁴⁰ Lebenswege. Lippische Juden in Israel. Bilder und Berichte, Detmold 1993, 58. Mit Fotos der Fotografin Hermine Oberrück.

⁴¹ EBD., 42.

⁴² EBD.

Begegnungen in Detmold und in Maayan Zwi

Im Jahre 1988 änderte sich die Haltung der Stadt Detmold. Das Beispiel Lemgos und anderer Städte, die aus Anlass der 50-jährigen Jahrestages der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 Überlebende des Holocaust einluden, sowie Initiativen aus der Bürgerschaft konnten die Verantwortlichen überzeugen, Ruth und Benjamin Margalit im Rahmen der geplanten Gedenkveranstaltungen einzuladen.⁴³ Es kam zu vielen Begegnungen und Gesprächen. Wolfgang Müller, Lehrer und Archivpädagoge, lud die Gäste ins Staatsarchiv ein. Er hatte den Besuch intensiv vorbereitet und Archivalien bereitgelegt, die einen besonderen Bezug zu ihren Biografien aufwiesen.⁴⁴

An der Gedenkstätte fand am 9. November 1988 eine Feierstunde statt, an der sich Ruth und Benjamin Margalit beteiligten. Am gleichen Tag waren sie und ihr Mann ins Stadtgymnasium eingeladen. Zurück in Israel bedankte sich Ruth Margalit mit einer Karte bei den Schülerinnen und Schülern für das Interesse:

„Liebe Schüler, ich habe eine Bitte: Ihr werdet sicher viele Fehler in dieser Karte finden, bitte lacht nicht darüber, ich habe Euch ja erzählt, daß ich nur 4 Schuljahre gelernt habe, so ist es doch zu merken, daß ich ein Opfer des Dritten Reiches bin.“⁴⁵

In den 1990er Jahren kamen Ruth und Benjamin mehrfach nach Detmold. Im Jahre 1991 schlossen sie sich einer Gruppe der „Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Lippe“ an, die das ehemalige Ghetto Theresienstadt besuchte.⁴⁶ Im Jahre 1992 stand das Treffen in Detmold im Zeichen des 50. Jahrestages der Schließung der jüdischen Schule. Neben Ruth waren zwei weitere frühere Schüler gekommen: Alice Kirchheimer aus den USA und Karl Ehrmann aus Schweden. Den Empfang beim Bürgermeister nutzte Ruth Margalit für eine kurze Rede:

„Ich weiß aus eigener Erfahrung aus dem Jahre 1988, daß es nicht leicht ist, nach so vielen Jahren die alte Heimatstadt Detmold zu betreten, in der wir als ungeachtete Kinder lebten. Heute geht es mir anders. Ich bin jetzt das vierte

⁴³ Zu den Eingeladenen, die für eine Woche nach Detmold kamen, gehörten auch Elischewa Limon aus der Schweiz und Devora Backsitzki mit ihrer Schwiegertochter Dafna aus Israel.

⁴⁴ Wolfgang Müller (1944-1996), der seit 1970 als Lehrer am Stadtgymnasium in Detmold tätig war, war von 1986 bis zu seiner schweren Erkrankung 1995 mit einem Teil seines Stundenkontingents als Archivpädagoge an das Staatsarchiv Detmold abgeordnet. Dort ging es ihm vor allem um die Öffnung des Archivs als Lernort und Begegnungsstätte. Dazu gehörten die Einladungen ins Archiv im Rahmen der Besuchsprogramme. „Wolfgang, das ist der Mensch, der uns ins Leben gerufen hat, der uns gesucht hat,“ so Ruth Margalit im Rahmen der Gedenkfeier, zu der sich Freunde von Wolfgang Müller in Israel 30 Tage nach seinem Tod zusammengefunden hatten. ANDREAS RUPPERT, in: MÜLLER 2008, 12.

⁴⁵ Brief von Ruth Margalit, 18.12.1988, in: GERTRUD WAGNER/MICHELINE PRÜTER-MÜLLER (Hg.), Schwierige Erinnerung und neue Begegnung. Dokumentation der Besuchswochen ehemaliger jüdischer Bürger in Lemgo und Detmold 1988 und 1989, Detmold 1989, 44.

⁴⁶ Nach der Rückkehr gab es eine Ausstellung im Kibbuz Maayan Zwi, mit Fotos der Bielefelder Fotografin Hermine Oberrück. Zu den Erfahrungen der Reise: RUTH UND BENJAMIN MARGALIT 2001, 58-60.

Mal wieder hier in Detmold und merke plötzlich, daß ich wieder ein Mensch bin, der geachtet und geehrt wird. Dazu haben mir im November 1988 unsere lieben Freunde geholfen. Die Verachtung wurde ein bisschen zur Seite geschoben. Dafür bin ich euch allen dankbar. Ich hoffe, dass es euch auch so gehen wird. Das heißt nicht, dass ich vergessen habe und verzeihe, dass man uns in dieser Stadt die Kinderjahre geraubt hat. Ich werde nicht vergessen und werde nicht verzeihen. Ich bitte für meine harten Worte um Entschuldigung.“⁴⁷

Erzählen und schreiben: Erinnerungen

Hans Ehrmann war der erste aus der Familie, der als Zeitzeuge über seine Kindheit und Jugend in der NS-Zeit und die besondere Situation der Familie Ehrmann als „Geltungsjuden“ berichtet hatte. Joachim Meynert, damaliger Doktorand, hatte Kontakte zu jüdischen Überlebenden im In- und Ausland gesucht.⁴⁸ Im März 1986 war er nach Israel gereist und hatte dort Hans Ehrmann interviewt.⁴⁹

Ein halbes Jahr nach dem Interview starb Hans Ehrmann im Alter von 58 Jahren an einem Hirn-schlag. Für Ruth Margalit war der Tod ihres Bruders ein großer Verlust. Aber es war auch ein Ansporn für sie, über ihre eigenen Erinnerungen zu sprechen und sie schriftlich festzuhalten. Eine weitere Anregung resultierte aus der Veröffentlichung der Erinnerungen ihrer Freundin Karla Raveh, geborene Frenkel, im Jahre 1986.⁵⁰ Karla und Shmuel Raveh waren nach Erscheinen des Buches von der Stadt Lemgo eingeladen worden. Im Rahmen des Besuches war die Idee entstanden, im ehemaligen Wohnhaus der Familie Frenkel eine Gedenk- und Begegnungsstätte einzurichten.⁵¹ Auch dies war für Ruth Margalit ein Grund, den Kontakt zu ihrer Heimatstadt Detmold wieder aufzunehmen.

Im Jahre 1988 besprach Ruth Margalit eine Audiokassette mit persönlichen Erinnerungen an ihre Verfolgung in der NS-Zeit. Der Text wurde in einem Band veröffentlicht, der zur Eröffnung der Gedenkstätte Frenkel-Haus erschien. Es waren die ersten Erinnerungen einer Zeitzeugin, die über die Lebenssituation und die Verfolgungserfahrungen von jüdischen „Mischlingen“ in Lippe Auskunft gaben.⁵²

⁴⁷ RUTH UND BENJAMIN MARGALIT 2001, 64.

⁴⁸ MEYNERT 1988, 247-251.

⁴⁹ DERS. 1988, 53-65. Zur Entstehung der Interviews: DERS., Interviews mit antisemitisch Verfolgten: ein Oral History-Projekt der 1980er Jahre. Rahmenbedingungen, Hemmnisse, Perspektiven, in: BETTINA JOERGENS (Hg.), Jüdische Genealogie im Archiv, in der Forschung und digital. Quellenkunde und Erinnerung, Essen 2011, 165-172.

⁵⁰ KARLA RAVEH, Überleben. Der Leidensweg der jüdischen Familie Frenkel aus Lemgo, 3. Aufl. Lemgo 1987. Im Anhang ist ein Brief von Hans Ehrmann an Karla Raveh abgedruckt, den er ihr eine Woche vor seinem Tod geschickt hatte. „Dein Buch ist im wahrsten Sinne ein Dokument unserer Kinder- und Jugendjahre, welche wir ja zeitweise zusammen verbrachten. Sehr ehrlich erzählt und so ganz ohne Haß. [...] Oft genug haben wir uns über all das ja unterhalten.“ (148 f.).

⁵¹ SCHEFFLER 2016. Zu den wesentlichen Initiatoren gehörte der eingangs erwähnte Franz-Josef Pröpper, damaliger zweiter Beigeordneter der Stadt Lemgo.

⁵² MARGALIT 1988, 202-208.

Nach den Besuchen und Begegnungen in Detmold verfasste Benjamin Margalit einen Artikel für die Kibbuz-Zeitung,⁵³ Ruth hielt ihre Erinnerungen in Briefen fest.⁵⁴ In den Jahren 1998/1999 fasste sie ihre Erinnerungen in einem längeren Text zusammen. Auch Benjamin Margalit begann im Jahre 2000 mit der Aufzeichnung seiner Erinnerungen. Ein Jahr zuvor hatte er Auskünfte über das Schicksal seiner Eltern eingeholt und erfahren, dass sie am 6. Mai 1942 von Wien nach Minsk deportiert und auf dem Gelände der Vernichtungsstätte Maly Trostinec ermordet worden waren. Im Jahre 2001 erschienen die beiden autobiografischen Texte unter dem Titel „Zerbrochene Kindheit. Lebenserinnerungen“.⁵⁵

„Brief an eine verlorene Freundin“: Ilse Uhlmann

Neben Karla Raveh gehörte Ruth Margalit zu den wenigen, die sich an die jüdische Schule in Detmold und an ihre ermordeten Mitschülerinnen und Mitschüler in Detmold erinnern konnten. Zu ihnen zählte Ilse Uhlmann, die am 30. November 1931 in Paderborn geboren war. Sie war in der kleinen Gemeinde Ovenhausen bei Höxter bei Helene (Lene) und Norbert Uhlmann, ihren Adoptiveltern, aufgewachsen und bis zum Novemberpogrom 1938 dort auch zur Schule gegangen. Von Mai 1939 bis November 1941 hatte sie die jüdische Schule in Detmold besucht. Die beiden gleichaltrigen Mädchen Ilse und Ruth hatten sich dort kennengelernt und waren Freundinnen geworden. „Wir haben zusammen gelernt, gespielt, gelacht und geweint“, wie sich Ruth Margalit erinnerte.⁵⁶

Ilse Uhlmann lebte in Detmold beim Synagogendiener Louis Flatow und seiner Frau in der Gartenstraße 6.⁵⁷ Um ihre Eltern in Ovenhausen zu besuchen, musste sie eine Sondergenehmigung beantragen. Ruth Margalit hatte Ilse Uhlmann nach Ovenhausen begleitet, nach ihrer Erinnerung „nicht mehr wie drei Mal“. An ihren ersten Besuch im Haus der Familie konnte sie sich gut erinnern, weil dort die Zerstörungen aus der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 noch sichtbar waren:

„Bei Uhlmanns herrschte eine sehr bedrückte Stimmung. Es gab kein Lächeln bei den Eltern. Uhlmanns Haus, da kann ich mich wie heute erinnern, da war eine zerschlagene Theke, wenn man ins Haus kam, wir haben dort gespielt

⁵³ BENJAMIN MARGALIT, Fünzig Jahre danach, in: WAGNER/PRÜTER-MÜLLER 1989, 48-51.

⁵⁴ In einem Brief erinnerte Ruth Margalit an Robert Levi, der für sie zu einem väterlichen Freund geworden war. Sie hatte ihn bei ihrem Besuch in Detmold 1985 treffen wollen, aber er war kurz zuvor verstorben. MICHELINE PRÜTER-MÜLLER, Jüdische Stimmen zum Nationalsozialismus in Detmold – Ausschnitte aus einem Brief von Ruth Margalit, geb. Ehrmann, in: HERMANN NIEBUHR/ANDREAS RUPPERT (Bearb.), Nationalsozialismus in Detmold. Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts, Bielefeld 1998, 865-870.

⁵⁵ RUTH UND BENJAMIN MARGALIT 2001. Der Band erschien in der Schriftenreihe „PANU DERECH“ der „Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Lippe e.V.“ und wurde von Micheline Prüter-Müller und Gertrud Wagner herausgegeben, die beide zu den Vorstandsmitgliedern der Gesellschaft gehörten.

⁵⁶ RUTH MARGALIT, Von Ovenhausen nach Detmold. Ein Brief an Ilse Uhlmann, in: FREILICHTMAGAZIN 2007. Mitteilungen aus dem LWL-Freilichtmuseum Detmold Westfälisches Landesmuseum für Volkskunde, 49.

⁵⁷ MÜLLER 2001, 22. GUDRUN MITSCHKE-BUCHHOLZ, Gedenkbuch für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Detmold, Ilse Uhlmann, in: www.gedenkbuch-detmold.de (Aufruf: 14. Juli 2023).

und oben im Haus in so Eisenbetten geschlafen. Ich glaube es gab kaum noch Möbel im Salon. Den Uhlmanns hat man ja in der Reichskristallnacht fast alles zerschlagen und geraubt.“⁵⁸

Im November 1941 musste Ilse Uhlmann die jüdische Schule verlassen. Am 13. Dezember 1941 wurde sie mit ihren Adoptiveltern über Bielefeld ins Ghetto Riga deportiert. Von dort wurde sie ins Vernichtungslager Auschwitz verschleppt, wo sie laut gerichtlicher Todeserklärung aus dem Jahre 1953 ermordet wurde.⁵⁹

Das Haus, das die Familie Uhlmann über mehrere Generationen – von 1885 bis zur Deportation 1941 – bewohnt hat, war im Jahre 2000 von der Gemeinde Ovenhausen ins LWL-Freilichtmuseum Detmold transloziert worden, wo es zum baulichen Zeugnis für die Geschichte des Landjudentums im östlichen Westfalen wurde. Im Zentrum der Museumspräsentation steht die Geschichte der Familie Uhlmann. Am 9. September 2007 fand die feierliche Eröffnung statt.⁶⁰

Ruth Margalit war vom LWL-Freilichtmuseum Detmold als Zeitzeugin angefragt worden und hatte über ihre Erinnerungen an ihre Freundin Ilse Uhlmann in mehreren Briefen berichtet.⁶¹ Das Museum hatte Ruth Margalit zur Eröffnung eingeladen, sie konnte aber aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen. Deshalb schrieb sie einen Brief, der im Rahmen der feierlichen Eröffnung verlesen wurde.

Wie in früheren Briefen wandte sich Ruth Margalit direkt an die Ermordete („Liebe Ilse“) und berichtete ihr von dem Geschehen im Freilichtmuseum:

„Auch Du, liebe Ilse, kamst eines Tages nicht mehr zur Schule. Alle meine Fragen nach Dir blieben unbeantwortet. Ich weiß nicht, wo Du bist mit Deinen Eltern, wo ist wohl Eure Asche zerstreut? Doch, liebe Ilse, ich will Dir erzählen, Ihr seid nicht in Vergessenheit geraten. Am 9.9.07 werdet Ihr wieder ins Leben gerufen. Euer Haus ist von Ovenhausen nach Detmold überführt worden, Es ist für alle Bürger Deutschlands eine Gedenkstätte an Euch. Liebe Ilse, es ist kein Ersatz, daß Du in die Gaskammern von Auschwitz mußt, dafür gibt es keine Entschuldigung. [...] Wir dürfen Dich nicht vergessen, nicht verzeihen.“⁶²

⁵⁸ RUTH MARGALIT, Brief an Dr. Heinrich Stiewe, LWL-Freilichtmuseum, 21. Mai 2000. Kopie im Besitz des Verfassers.

⁵⁹ GUDRUN MITSCHKE-BUCHHOLZ, Zwischen Nachbarschaft und Deportation. Erinnerungen an die Ovenhausener Jüdinnen und Juden, in: STEFAN BAUMEIER/HEINRICH STIEWE (Hg.), Die vergessenen Nachbarn. Juden auf dem Lande im östlichen Westfalen, Bielefeld 2006, 79-100, hier 93.

⁶⁰ ULRICH SCHMIDT, „Sie waren Juden“. Das Haus Uhlmann im LWL-Freilichtmuseum Detmold, Detmold 2008.

⁶¹ MARGALIT 2000.

⁶² DIES. 2007, 49.

Der Brief war der Anlass für die Erarbeitung einer didaktischen DVD, die vom LWL-Freilichtmuseum und dem LWL-Medienzentrum für Westfalen im Jahre 2010 herausgegeben wurde.⁶³ Sie enthält zwei Filme, die unter Beteiligung von Ruth Margalit entstanden sind: Zum einen hat sie ihren Brief an Ilse Uhlmann vorgelesen und zum anderen hat Micheline Prüter-Müller ein Interview mit ihr geführt, das von einem Team des LWL-Medienzentrums aufgezeichnet worden ist. Die Aufnahme fand in der Wohnung von Ruth und Benjamin Margalit im Kibbuz Maayan Zwi statt. Aus Sicht des Filmteams waren die Dreharbeiten eine besondere Erfahrung:

„Die Situation als Deutscher Holocaust-Überlebenden gegenüber zu treten, war für uns zunächst ein emotional schwieriger Moment. Doch nach dem ersten Händedruck spürten wir alle die Herzlichkeit und Freude, mit der wir aufgenommen wurden. Wir waren sofort mit offenen Armen empfangen worden und aus Ruth sprudelte es nur so heraus. [...] Geduldig wiederholte sie einzelne Passagen und versuchte immer wieder neue Betonungen und Stimmungen zu vermitteln. Wir waren für drei Tage Familienmitglieder geworden und so konnten wir sehr offen dem Thema ihrer damaligen Erlebnisse begegnen.“⁶⁴

Das Foto von Ilse Uhlmann

Auf dem Cover der DVD ist ein Porträt-Foto von Ilse Uhlmann zu sehen. Es ist im Herbst 1941 entstanden, aufgenommen von dem nicht-jüdischen Detmolder Fotografen Ludwig Müller, der sein Atelier in der Krummen Straße 36 hatte.⁶⁵ Wo es aufgenommen wurde, ob im Atelier des Fotografen oder im Haus Gartenstraße 6, ist nicht überliefert. Das Foto zeigt Ilse Uhlmann im Halbprofil. Sie hat ihre Haare zu Zöpfen geflochten. Mit dem linken Zopf überdeckt sie den „Judenstern“, der auf ihren Pullover genäht ist. Mit dem Tragen des gelben Sterns war sie den Anordnungen der „Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden“ vom 1. September 1941 gefolgt. Zugleich aber hatte sie sich für das Foto darüber hinweggesetzt, den Stern „sichtbar“ zu tragen. Das hätte im Falle einer Denunziation zu einer Strafe führen können.⁶⁶ Ob es sich dabei um eine bewusste Entscheidung handelte, um sich der Diskriminierung durch die Kennzeichnung zu entziehen, lässt sich angesichts fehlender Selbstzeugnisse nicht feststellen. Heutige Betrachter sind beeindruckt von dem Selbstbewusstsein, das Ilse Uhlmann auf dem Foto ausstrahlt, trotz der verzweifelten Lage, in der sie sich als Jüdin befand.

⁶³ LWL-MEDIENZENTRUM FÜR WESTFALEN/LWL-FREILICHTMUSEUM DETMOLD, Brief an eine verlorene Freundin. Biografische Zugänge zur Geschichte jüdischen Lebens in Westfalen. DVD mit Begleitheft, Münster 2010. Zum didaktischen Konzept: HERMANN-JOSEF HÖPER, Brief an eine verlorene Freundin. Biografische Zugänge zur Geschichte jüdischen Lebens in Westfalen, in: IM FOKUS. NACHRICHTEN AUS DEM LWL-MEDIENZENTRUM FÜR WESTFALEN, 2/2008, 54-56.

⁶⁴ OLAF MAHLSTEDT/THOMAS MOORMANN, Eine Zeitzeugin in Israel. Ein filmisches Interview mit Ruth Margalit, in: IM FOKUS. NACHRICHTEN AUS DEM LWL-MEDIENZENTRUM FÜR WESTFALEN, 2/2008, 26.

⁶⁵ Zu Ludwig Müller (1897-1978): ADRESSBUCH DER STADT DETMOLD, 1940/41; STADTARCHIV DETMOLD, Meldekartei DT MK Nr. 638-1788.

⁶⁶ ANNA GEORGIEV, Zur materiellen Geschichte des „Judensterns“ 1941-1945, in: ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFT, 66/2018, 623-639.

So lässt sich nur vermuten, wie sich Ilse Uhlmann gefühlt hat, als sie sich fotografieren ließ und den „Judenstern“ verdeckte. Mehr wissen wir darüber, wie das Foto erhalten blieb.⁶⁷ Es handelte sich um ein Geschenk von Ilse Uhlmann an ihre Freundin Ruth Margalit. Sie habe es ihr in der jüdischen Schule „in die Hand gedrückt“, wie sich Ruth Margalit erinnert hat, kurz, bevor Ilse Uhlmann am 29. November 1941 nach Ovenhausen abgemeldet wurde. Für Ruth Margalit war das Foto die wichtigste Erinnerung an ihre Freundin. „Ich habe es sehr aufgehoben.“⁶⁸



Abb. 4: Ilse Uhlmann, 1941.
(LWL-FREILICHTMUSEUM DETMOLD, Inv.-Nr. 1572, 1)

Das Foto von Ilse Uhlmann ist wie andere Dokumente erhalten geblieben, weil Eva Maria Ehrmann nach der Deportation ihres Mannes und ihrer Kinder in Heidenoldendorf zurückgeblieben war. Ruth Margalit nahm die Fotografien mit nach Israel. Wie sie im Interview erzählt hat, hatte sie im Kibbuz ein Album mit Fotos zusammengestellt, „von allen, die sie gern hatte“. Einen besonderen Platz hatten darin das Foto von Ilse Uhlmann und ein Foto von Robert Levi. Als die ersten Besucher und Besucherinnen aus Lemgo und Detmold zu ihr kamen, bot sie bereitwillig Einblick in ihr Fotoalbum. So wurde das Foto von Ilse Uhlmann „entdeckt“, vom Original abfotografiert und in verschiedenen Publikationen veröffentlicht.⁶⁹

⁶⁷ „Fotografien sind mehr als Bilder. Als Quellen vermitteln sie nämlich nicht nur den dargestellten Bildinhalt, sondern auch weitaus mehr, deshalb sollten sie in ihrer Komplexität gelesen und analysiert werden.“ THERESIA ZIEHE, Jüdische Perspektiven in der Fotografie der NS-Zeit. Aus den Beständen des Jüdischen Museums Berlin, in: MICHAEL WILDT/SYBILLE STEINBACHER (Hg.), Fotos im Nationalsozialismus. Neue Forschungen zu einer besonderen Quelle, Göttingen 2022, 94.

⁶⁸ Erinnerungen. Ein Interview von Micheline Prüter-Müller mit Ruth Margalit, in: LWL-MEDIENZENTRUM FÜR WESTFALEN/LWL-FREILICHTMUSEUM DETMOLD 2010, Film Nr. 4.

⁶⁹ SCHEFFLER/STÖWER 1988, 81; MÜLLER 1992, Foto 12.

Im Haus Uhlmann wird das Foto in einer Vergrößerung präsentiert.⁷⁰ Bei vielen Museumsbesucherinnen und -besuchern hat es einen prägenden Eindruck hinterlassen.⁷¹

Schluss: Der Nachlass von Ruth Margalit

Ruth Margalit war gern bereit, Originale an Archive und Museen in Detmold und Lemgo abzugeben. Dem Lehrer und Archivpädagogen Wolfgang Müller hatte sie Unterlagen überlassen, zum Teil als Kopien, zum Teil im Original. Ein Konvolut sandte sie an die Stadt Lemgo für die Ausstellung in der Gedenkstätte Frenkel-Haus. Den „Judenstern“, den sie selbst tragen musste und den sie nach dem Kriegsende aufbewahrt hatte, stellte sie ebenfalls der Gedenkstätte zur Verfügung. Dem Lehrer und Historiker Klaus Pohlmann, der über die Geschichte des jüdischen Schulwesens in Lippe gearbeitet hat, schenkte sie eines ihrer Zeugnisse aus der jüdischen Schule.⁷²

Ruth Margalit starb am 19. November 2014 in Israel im Alter von 83 Jahren. Ein großer Teil ihres Nachlasses befindet sich in Detmold, allerdings in verschiedenen Institutionen. So sind die Unterlagen, die sie Wolfgang Müller für seine Recherchen überlassen hat, im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Ostwestfalen-Lippe (D 87 Archivpädagogische Sammlung Wolfgang Müller). Das Konvolut, das sie im Jahre 1987 an die Stadt Lemgo geschickt hat, ist an das Stadtarchiv Detmold abgegeben worden (DT N 55 Nachlass Ruth Margalit). Im März 2009 hat sie der „Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Lippe“ ein Fotoalbum sowie zahlreiche Unterlagen im Original bzw. als Kopie übergeben, die sich ebenfalls im Stadtarchiv Detmold befinden (DT V 19).

Das Foto von Ilse Uhlmann, von dem sich Ruth Margalit erst im September 2008 getrennt hat, befindet sich in der Sammlung des LWL-Freilichtmuseums.⁷³ Sie hat es dem Museum geschenkt, als Dank für dessen engagierte Arbeit für das Haus Uhlmann, mit dem die Erinnerung an Ilse Uhlmann und ihre Familie bewahrt wird.⁷⁴

Angesichts der zeitgeschichtlichen Bedeutung des Nachlasses von Ruth Margalit für die Detmolder Stadtgeschichte ist ein Überblick über die verstreuten Bestände ein Desiderat. Dies ist

⁷⁰ SCHMIDT 2008, 8.

⁷¹ LWL-FREILICHTMUSEUM DETMOLD (Hg.), Im Dialog mit Haus Uhlmann. Besucherkommentare 2007 bis 2019, Detmold 2022.

⁷² KLAUS POHLMANN, Das jüdische Schulwesen in Lippe im 19. und 20. Jahrhundert, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN, 57/1988, 251-341. Im Anhang ist u. a. das Foto von Ilse Uhlmann abgedruckt.

⁷³ LWL-FREILICHTMUSEUM DETMOLD, Inv.-Nr. 1572, 1. Im November 2008 kam es zu einer Kontroverse zwischen Jan Carstensen, dem Direktor des LWL-Freilichtmuseums, und Andreas Ruppert, dem Leiter des Stadtarchivs Detmold, über den Verbleib des Nachlasses von Ruth Margalit (Kopien im Besitz des Verfassers). Es ging dabei auch um die generelle Frage nach dem geeigneten Aufbewahrungsort für einen biografischen Nachlass: Museum oder Archiv? Zu einer endgültigen Vereinbarung kam es damals nicht.

⁷⁴ JÜRGEN SCHEFFLER, „Mein Leben hat sich vollkommen verändert, seitdem ich Kontakt mit Detmold habe“. Ruth Margalit (1931-2014) als Holocaust-Überlebende und Zeitzeugin, in: GEFION APEL/CHRISTIANE CANTAUW/LIOBA KELLER-DRESCHER/HEINRICH STIEWE (Hg.), Eine Wunderkammer für Jan Carstensen. Digitaldruck (Kleinstauflage) zum Abschied aus dem aktiven Dienst, Detmold 2022.

nicht zuletzt die Voraussetzung, um einen von Ruth Margalit langgehegten, aber zu Lebzeiten nicht realisierten Wunsch zu erfüllen: eine Ausstellung über die Geschichte der jüdischen Familie Ehrmann aus Heidenoldendorf.

Ein Kollaborateur der Gestapo? Louis Sternberg aus Paderborn als Vertrauensmann der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

von Jürgen Hartmann

1 Das Dilemma des Historikers

1.1 „Er wurde mir damals bereits als Gestapoagent bezeichnet ...“

Die Vorwürfe und Anschuldigungen, die gegen Louis Sternberg aus Paderborn bereits kurz nach Ende des Nationalsozialismus erhoben wurden, waren gewichtig. Als Vertrauensmann der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (RVJD) stand er bei zahlreichen Überlebenden, die aus den Lagern in ihre Heimat zurückgekehrt waren, im Verdacht, ein williger Kollaborateur der Gestapo gewesen zu sein, sich möglicherweise sogar eigene Vorteile verschafft zu haben. Ein entscheidender Makel ließ ihn besonders suspekt erscheinen und haftete ihm zeit seines Lebens an: Sternberg war nicht wie viele seiner Glaubensgenossen und auch die meisten in einer vergleichbaren Funktion Tätigen deportiert worden.¹

Eine Aussage Adolf Sternheims, Überlebender der Deportation vom Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt und ab 1945 Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde für den Kreis Lemgo, aus dem Frühjahr 1948 spiegelt die in Teilen der jüdischen Gemeinschaft Ostwestfalen-Lippes herrschende Meinung zu Sternberg wider:

„Nach meiner Rückkehr aus der Haft erfuhr ich aber bereits überall, dass der Zeuge Sternberg sein Amt als Vertrauensmann der jüdischen Reichsvereinigung bzw. als Vertreter der jüdischen Gemeinde Paderborn in zweifelhafter Weise geführt habe. Er wurde mir damals bereits als Gestapoagent bezeichnet.“²

Bekannt wäre ihm zwar auch, dass „Sternberg für eine Reihe von jüdischen Glaubensgenossen die Freistellung vom Transport erreicht habe.“ Er wisse durch Zeugen aber ebenfalls, „dass diese größere Geldmittel und Naturalien aufgewandt haben, um sich freizukaufen“. Möglicherweise seien diese Mittel über Sternberg an die Gestapobediensteten geleitet worden.³ Es ist eine Aussage, die – wie viele weitere aus jener Zeit – Louis Sternbergs Tätigkeit als Vertrauensmann, seine Glaubwürdigkeit wie letztlich seinen gesamten Charakter in ein ominöses Licht rücken.

¹ Zur Tätigkeit der Reichsvereinigung in der Region bis Mitte 1943 s. JÜRGEN HARTMANN, Die Bezirksstelle Westfalen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland in Bielefeld 1939 bis 1943, in: ROSENLAND. ZEITSCHRIFT FÜR LIPPISCHE GESCHICHTE, 25/2021, 68-151.

² Aussage Adolf Sternheim im Spruchgerichtsverfahren gegen Hermann Peters, o. D. [März 1948], in: BUNDESARCHIV (BA), Z 42 IV Nr. 6740.

³ EBD.

Fakten und – teilweise auch – Fiktionen verwoben sich zu einem dubiosen, mehrdeutigen Bild, das durch viele vage und widersprüchliche Angaben Sternbergs nicht an Schärfe gewann.

Die in Paderborn geborene und nach Palästina emigrierte Schriftstellerin Jenny Aloni, geborene Rosenbaum, hatte – wie der Herausgeber ihrer Tagebücher anführt – bei Besuchen in ihrer Heimatstadt ab Mitte der 1950er Jahre immer ein „ungutes Gefühl“ gegenüber Sternberg aufgrund dessen umstrittener Funktion bis 1945, trotzdem er, der mit ihren deportierten Eltern bekannt war, ihr mit den Wiedergutmachungsanträgen geholfen hatte.⁴ Selbst noch vier Jahrzehnte nach Kriegsende bestimmten und verstellten mit viel Emotionen verbundene Erzählungen den Blick auf ihn. So fällt Erwin Angress, der 1943 mit sämtlichen jungen Frauen und Männern des jüdischen Arbeitslagers am Grünen Weg in Paderborn nach Auschwitz deportiert worden war, 1989 in einem Vortrag ein hartes Urteil über Sternberg – obwohl er ihn in seinem Wirken allenfalls eine verhältnismäßig kurze Zeit erlebt haben konnte:

„Es gab in Paderborn damals einen jüdischen Glaubensgenossen namens Louis Sternberg. Dieser hat sich überhaupt nicht anders benommen als mancher Parteigenosse. Er hat hier in Paderborn in einer sogenannten glaubensverschiedenen Ehe gelebt. Wegen dieser so privilegierten Ehe brauchte er keinen Stern zu tragen. Aber auch nach 1945 hat er sich gegen uns Juden über die Maßen schändlich benommen, wie ich es nicht anders sagen kann. 1948, als ich seine antijüdische Verhaltensweise erkannt hatte, bin ich gegen diesen Mann zu Felde gezogen, weil ich einfach nicht ertragen konnte, dass ein Mensch, ein Glaubensgenosse von mir, mit der sogenannten Entnazifizierung, die ja mehr oder weniger ein Bumerang war, sich nachträglich zu rechtfertigen versuchte. Er ist 1970 aus dem Judentum ausgetreten und liegt auf dem Ostfriedhof begraben. Stadtdirektor Sasse⁵, mit dem Sternberg zusammengearbeitet hat, hat an seinem Grabe gesagt, es sei eine Gottesfügung gewesen, mit einem solchen Mann zusammenzuarbeiten. Wenn das eine Gottesfügung war, dann muss ich Ihnen sagen, verliere ich jeglichen Glauben [...]“⁶

Abgesehen davon, dass sich konkrete Anschuldigungen in dieser Aussage nicht finden lassen, enthält sie einige Unrichtigkeiten, unter anderem zum Status seiner Ehe, zur Kennzeichnung Sternbergs mit dem „Judenstern“ und sogar zum Zeitpunkt seines Austritts aus dem Judentum.⁷

⁴ JENNY ALONI, „Ich muss mir diese Zeit von der Seele schreiben“. Die Tagebücher 1935-1993: Deutschland – Palästina – Israel, hg. von HARTMUT STEINECKE, Paderborn 2005, 817.

⁵ Zu Wilhelm Sasse und seiner Tätigkeit als Städtischer Rechtsrat in Münster im Zusammenhang mit den Deportationen s. WOLFGANG STÜKEN, Vom nationalsozialistischen Rechtsrat zum Stadtdirektor. Wilhelm Sasse (1907-1996) in Paderborn, in: DIE WARTE, 144/2009, 13-18.

⁶ Angress in seinem Vortrag am 29. November 1989; s. <https://80jahrepogrom.jgpb.de/erwin-angress/> (Aufruf: 25. Juli 2023). Vgl. auch ERWIN ANGRESS, Im Arbeitslager am Grünen Weg in Paderborn, in: HUBERT FRANKEMÖLLE (Hg.), Opfer und Täter. Zum nationalsozialistischen antijüdischen Alltag in Ostwestfalen-Lippe, Bielefeld 1990, 72-86, hier 82.

⁷ Der unerbittliche Streit zwischen Angress und Sternberg verleitete letzteren zur Behauptung, Angress wäre in Auschwitz Kapo gewesen. Vgl. Vernehmung Louis Sternberg im Ermittlungsverfahren gegen die ehemaligen Gestapobeamten Diele u. a. wegen Beihilfe zum Mord (Deportationen aus dem Gestapobezirk Bielefeld), 15. Okto-



*Abb. 1: Louis Sternberg, um 1966.
(Ausschnitt; aus: NAARMANN 1999, 482)*

1.2 Der Versuch einer gerechten Annäherung

Im Zwielficht standen die Vertrauensmänner als vermeintliche Handlanger der Gestapo mitunter bereits während der Zeit ihrer Tätigkeit, vornehmlich im Zusammenhang mit den Deportationen. Ihre Rolle und ihre Möglichkeiten wurden dabei zumeist falsch eingeschätzt. So zeigte sich der Vertrauensmann der Verwaltungsstelle Mainz, Michel Stefan Oppenheim (1885-1963), im Mai 1943 auf den schriftlichen Vorwurf einer Glaubensgenossin, für die Erstellung der Deportationslisten verantwortlich zu sein, aufrichtig empört und dementierte dieses mit einer deutlichen Klarstellung.⁸ Von den zahlreichen hauptamtlichen Leitern und Mitarbeitern in den Bezirksstellen, die teilweise vor Auflösung der RVJD Mitte 1943 oder direkt im Anschluss deportiert wurden, überlebten nur wenige.⁹ Nicht wenige derjenigen, die zuvor als Vorsitzende von Jüdischen Kultusvereinigungen vor Ort die Funktion von Vertrauensmännern der RVJD ausgeübt hatten und die Ghettos und Lager überlebten und zurückkehrten, konnten nach 1945 weitestgehend unbelastet wieder als Vorsitzende der Jüdischen Gemeinden wirken. Adolf Sternheim (Lemgo), Max Hirschfeld (Bielefeld) oder auch Hans Grabowski (Herford) stehen dafür als Beispiele aus dem ostwestfälisch-lippischen Raum. Dieses trifft ebenso auf Dr. Max

ber 1962, in: LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN ABT. OSTWESTFALEN-LIPPE (LAV NRW OWL), D 21 A Nr. 4852, Bd. 2.

⁸ Michel Stefan Oppenheim an unbekannt, 11. Mai 1943, in: STADTARCHIV MAINZ, Nachlass Oppenheim, 52, 27-7.

⁹ S. die Aufstellung der Bezirksstellenleiter bei BEATE MEYER, Tödliche Gratwanderung – Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939-1945), Göttingen 2011, 343 f. Nicht aufgeführt sind hier allerdings die ab August 1942 eingesetzten Nachfolger für die bis dahin deportierten Bezirksstellenleiter (z.B. Adolf Stern als Nachfolger Dr. Max Ostwalds für Westfalen).

Rosenbaum zu, neben Sternberg einer der 41 Vertrauensleute der „Neuen Reichsvereinigung“ im Deutschen Reich von Mitte 1943 bis 1945. Rosenbaum fungierte nach 1945 als Vorstandsmitglied des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden Westfalens. Auch Sternberg hatte 1945 das Amt eines „Betreuers der Juden in der Region“ und später des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Paderborn inne.

Die zwiespältige Situation, in der sich die Funktionäre und Vertrauensleute der RVJD befanden, ist von Historikern ab den 1990er Jahren auf breiterer Quellenbasis dezidiert und unbefangener behandelt worden als zuvor.¹⁰ Aber selbst für Historiker ist eine verlässliche Einordnung der Tätigkeit Louis Sternbergs als Vertrauensmann der Reichsvereinigung nur begrenzt möglich. Viele Quellen aus jener Zeit existieren nicht mehr. Die Akten der Gestapostellen Münster und Bielefeld wurden 1945 komplett vernichtet, die der Berliner Zentrale der Reichsvereinigung sind nur zu einem kleinen Teil im Bundesarchiv überliefert. Glücklicherweise lassen sich letztere ergänzen durch die zumindest teilweise erhaltene Korrespondenz Sternbergs mit seinem Verbindungsmann Hans Grabowski in Herford. Der Verbleib von Sternbergs Dokumenten bzw. Nachlass ist dagegen unbekannt.¹¹ Schriftgut der Jüdischen Gemeinde Paderborn für die ersten Jahre nach 1945 ist ebenfalls nicht mehr vorhanden.¹² Auch Akten des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden zu Sternberg lassen sich nicht finden, wohingegen ein kleiner Ordner des Central Jewish Committee (CJC) aus dem Jahr 1948 im Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland Hinweise zum drohenden Schiedsgerichtsverfahren gegen Sternberg liefert. Im Stadt- und Kreisarchiv Paderborn sind eine sehr schmale Personalakte und Unterlagen in Wiedergutmachungsangelegenheiten des Ehepaares vorhanden, die einige interessante Hinweise zu Sternbergs RVJD-Tätigkeit enthalten.

Erhalten sind ebenfalls staatsanwaltschaftliche Ermittlungs- und Gerichtsakten, die sich ab 1947/48 bis in die beginnenden 1960er Jahre hinein mit der regionalen Gestapostelle Bielefeld bzw. einzelnen ihrer Bediensteten befassen. Das trifft in überraschend ergiebigem Maße in Bezug auf den von Mitte 1944 bis Kriegsende tätigen Bielefelder „Judenreferenten“ Hermann Peters zu. Ungewöhnlicherweise hatte Peters sich 1948/49 zweimal vor dem Spruchgericht zu verantworten. Ein Umstand, der insbesondere auf ein merkwürdiges Agieren Sternbergs zurückzuführen war und später noch thematisiert wird. Dieser „Glücksfall“ ist zugleich auch ein Dilemma. Die Spruchgerichtsakten gewähren zwar durchaus viele Einblicke in das von Zwangsarbeitseinsätzen und Angst vor der Deportation geprägte Leben der jüdischen Mischehepartner und „Mischlinge 1. Grades“ 1944/45. Die vielen – mitunter auch sehr widersprüchlichen und unklaren – Zeugenaussagen, oftmals durch „Hörensagen“ und von Gerüchten beeinflusst, verbinden sich mit den teilweise eigenartigen Erklärungen Sternbergs aber zu einem kaum zu durchdringenden Nebel, der einen klaren Blick auf die Art und Weise, wie dieser seine Arbeit als Vertrauensmann letztlich ausübte, schwierig gestaltet. Im Umgang mit den vorhandenen Quellen ist daher große Sensibilität angezeigt. Vorweg sei genommen: Es bleiben in dieser Annäherung an Louis Sternberg offene Fragen und Erklärungslücken.

¹⁰ S. zur Diskussion HARTMANN 2021, 68 ff.

¹¹ Was aus Sternbergs Nachlass wurde, ist bis dato nicht bekannt.

¹² Telef. Mitteilung des bis 2022 amtierenden Vorsitzenden Alexander Kogan an den Verf., Juli 2021.

2 Biographisches zu Louis Sternberg

2.1 Sternbergs Leben bis zum Nationalsozialismus

Louis Sternberg wurde am 14. Februar 1890 in Soest geboren. Sein Vater Robert Sternberg, geboren am 9. Dezember 1865, stammte aus Plettenberg. Die Mutter Sara Löwenstein war am 24. Juni 1865 in Altenheerse bei Willebadessen geboren worden. Die Eltern heirateten 1887 und lebten seit 1896 in Paderborn. Louis hatte noch zwei Schwestern und fünf Brüder.¹³ Am 29. August 1914, wenige Wochen nach Kriegsausbruch, heiratete Louis Sternberg die am 26. Oktober 1880 in Harburg geborene Louise Alice Else Wiedemann. Sie entstammte einer so genannten Mischehe. Ihr Vater Ludwig Wiedemann war evangelischen, ihre Mutter Emilie Menke jüdischen Glaubens.¹⁴ Louise wurde evangelisch getauft. Im April 1915 kam der einzige Sohn Ludolf zur Welt.

Sternberg kehrte mit gesundheitlichen Leiden aus dem Ersten Weltkrieg zurück. Aufgrund einer Lungen- und Kehlkopftuberkulose galt er als schwer kriegsbeschädigt und erhielt eine monatliche Rente.¹⁵ In der Paderborner Meldekartei ist als Beruf Produkthändler eingetragen. Später finden sich auch die Bezeichnungen Radiotechniker oder Mechaniker. Im Wohnhaus Konrad-Martin-Straße 12 führte Sternberg ein Rundfunkgeschäft.



Abb. 2: Anzeige im PADERBORNER ANZEIGER vom 8. Dezember 1929.

Der Kriegsinvalide Louis Sternberg war Mitglied der Paderborner Ortsgruppe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten (RjF).¹⁶ Er gehörte außerdem der von 1934 bis 1938 existierenden RjF-Sportgruppe 100 „Schild Paderborn“ an.¹⁷ Ob auch in weiteren jüdischen Organisationen wie dem Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) eine Mitgliedschaft bestand, ist nicht bekannt. Zu einem unbekannten Zeitpunkt nach 1933 wurde er zweiter Vorsteher der Synagogengemeinde.

¹³ Minna (1888), Oskar (1894), Paul (1896), Karl (1897), Friedrich (1899), Rudolf (1906) und Henriette (1908).

¹⁴ STANDESAMT HAMBURG-HARBURG, Geburtsurkunde Standesamt Harburg, Nr. 604/1880.

¹⁵ Attest des Arztes Dr. Röper für Sternberg, 12. September 1939, in: LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN ABT. WESTFALEN (LAV NRW WESTF.), L 001a Nr. 09936.

¹⁶ DER SCHILD (Organ des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten) vom 2. August 1929.

¹⁷ LORENZ PFEIFFER, Paderborn, in: LORENZ PFEIFFER/ARTHUR HEINRICH (Hg.), Juden im Sport in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. Ein historisches Handbuch für Nordrhein-Westfalen, Göttingen 2019, 650-667, hier 661.

2.2 Nationalsozialistische Terroraktion und Haft in Buchenwald im November 1938

Über Sternbergs Leben in den ersten Jahre nach der „Machtübernahme“ durch die Nationalsozialisten ist nichts bekannt. Aussagen des Ehepaares zu dieser Zeit sind nicht vorhanden. Daher gibt es auch keine Erkenntnisse über Beeinträchtigungen seines Geschäfts in Folge des Boykotts ab 1933 oder anschließende Maßnahmen.

Zur in der Nacht zum 10. November 1938 stattgefundenen Terroraktion gegen den jüdischen Bevölkerungsteil hält der Bericht des Paderborner Bürgermeisters an die Gestapo zum Schaden an Sternbergs Wohnung in der Konrad-Martin-Straße 12 in bürokratischer Nüchternheit fest: „Es wurden 4 Fensterscheiben der Wohnung zertrümmert. Wert etwa 6 RM“.¹⁸ Die Synagoge war niedergebrannt worden. In der Nacht noch wurden Louis Sternberg und auch seine Frau Louise festgenommen.¹⁹ Als „Aktionsjude“ brachte die Gestapo ihn mit weiteren etwa 400 männlichen Juden, davon fast 40 aus Paderborn, aus dem Bezirk der Gestapostelle Bielefeld am 12. November 1938 ins Konzentrationslager (KL) Buchenwald bei Weimar. Auf der Häftlingskarte ist seine Nummer mit 28.774 notiert. Das von Misshandlungen und Entbehrungen gekennzeichnete Lagerleben ging nicht spurlos an ihm vorbei. Er verlor einen Finger, die linke Hand wurde fast steif. Als ehemaliger Frontkämpfer wurde Sternberg am 8. Dezember entlassen.²⁰ Das jüdische Wirtschaftsleben war in Gänze zerschlagen. Letzte Anzeigen Sternbergs für sein Radiogeschäft fanden sich Ende 1937 in der jüdischen Presse.²¹

Konzentrations-Lager Buchenwald		I.T.S. FOTO No 008650
Familienname: <u>S t e r n b e r g</u>		Jude Häftling Nr. <u>28 774</u> Block:
Vorname: <u>Louis</u>		
geb. am <u>14.2.90</u> in <u>Soest</u>		Schutzhaft angeordnet:
Beruf: <u>Radiotechniker</u>		am: <u>10.11.38</u> durch (Behörde): <u>Bielefeld</u>
Religion: <u>mos.</u> Staat: <u>D.</u>		Bisherige Parteizugehörigkeit: <u>keine</u>
verb. led., gesch. <u>Frau Louise S., Paderborn</u>		Vorstrafen: <u>keine</u>
Kinder: <u>1</u> <u>Konrad Martinstr. 12.</u>		
Grund: <u>„Judenaktion vom 10. 11. 38.“</u>		eingeliefert: <u>12.11.38</u> entlassen: <u>8.12.38</u>

Abb. 3: Häftlingskarte des „Aktionsjuden“ Louis Sternberg, November 1938.
(ITS DIGITAL ARCHIVES, ID: 5278213)

¹⁸ Bürgermeister Paderborn als Ortspolizeibehörde an Gestapo Bielefeld, 17. November 1938, in: (LAV NRW OWL, M1 IP Nr. 1106.

¹⁹ Die Festnahme der Ehefrau Louise ist erwähnt im Entscheid zum Wiedergutmachungsverfahren, 3. April 1950, in: STADT- UND KREISARCHIV PADERBORN, PB B Nr. 1540.

²⁰ Sternberg selbst gab später wiederholt den 27. Januar 1939 als Entlassungsdatum an. Die erhaltenen Unterlagen des KL Buchenwald aber lassen keine Zweifel am 8. Dezember 1938 zu. Vgl. Veränderungsmeldungen 3.-9. Dezember 1938 und Häftlingskarteikarte Sternbergs, in: ITS DIGITAL ARCHIVE, AROlsen ARCHIVES, ID 5278213 und 7196782.

²¹ CV-ZEITUNG und ISRAELITISCHES FAMILIENBLATT vom 30. Dezember 1937.

Der Druck zur Auswanderung, den die Nationalsozialisten nun auf die noch in Deutschland lebenden Juden ausübte, war hoch. Frühe Entlassungen aus Buchenwald nach wenigen Wochen hingen nicht nur damit zusammen, dass jemand wie Sternberg wegen seiner Vergangenheit als Frontkämpfer „bevorzugt“ auf freien Fuß gesetzt wurde, sondern auch damit, dass jemand tatkräftig seine Emigration plante.

Sternbergs planten ihre Auswanderung. Im Februar 1939 stellte das Ehepaar bei der Paderborner Ortspolizeibehörde einen Antrag auf die Ausstellung von Reisepässen. Als Begründung diente die Absicht, nach Holland zu emigrieren. Einen Monat später sollte nunmehr Brasilien, das Land, in welches der Sohn Ludolf im Januar 1937 emigriert war, Ziel sein. Im Mai 1939 ist kurz auch Palästina genannt. Die Sternbergs sandten ebenfalls erste Umzugsgutverzeichnisse zur Freigabe an die Devisenstelle des Oberfinanzpräsidenten in Münster. Ein Grundstück in Paderborn wurde an einen Nachbarn verkauft. Die 1938 bereits sehr geringen Einnahmen durch das Radiogeschäft waren nun gänzlich weggebrochen. Es blieb die Kriegsrente von 47 RM. Das Bankguthaben von rund 6.000 RM schmolz in den folgenden Monaten, auch weil die Sternbergs den Sohn in Brasilien und die Schwiegereltern unterstützen mussten. Im Januar 1940 mühten Louis und Louise Sternberg sich weiterhin um die Auswanderung zum Sohn nach São Paulo. Woran die beabsichtigte Emigration schließlich scheiterte, ist nicht ersichtlich.

Bis zum 8. März 1940 lebte das Ehepaar in der Konrad-Martin-Straße 12. Dann musste es in das „Judenhaus“ Bachstraße 9 umziehen. Am 12. November folgte der erzwungene Wohnungswechsel in die Bahnhofstraße 38. Im Rahmen der „Wohnungszusammenlegung“ nach der Deportation von Paderborner Juden ins Ghetto nach Warschau (31. März 1942) kam es am 26. April zum Umzug in die Grunigerstraße 4. Letzte Wohnadresse des Ehepaares ab 4. September 1942 bis zum Kriegsende war die Bachstraße 6.²²

2.3 Der Status der Ehefrau Louise Sternberg

In der eingangs wiedergegebenen Aussage von Erwin Angress führt dieser an, das Ehepaar Sternberg habe in einer glaubensverschiedenen und „privilegierten Mischehe“ gelebt und deshalb auch keinen stigmatisierenden „Judenstern“ getragen. Der tatsächliche Sachverhalt stellt sich jedoch anders und durchaus komplexer dar.

Louise Sternberg entstammte nach nationalsozialistischen Kriterien einer „Mischehe“. Damit trüge sie nach der Nürnberger Rassegesetzgebung vom September 1935 den Status eines „Mischlings 1. Grades“. Durch ihre bestehende Ehe mit einem „Volljuden“ aber erhielt sie den Status einer „Geltungsjüdin“.²³ 1952 gab sie gegenüber den Behörden an:

²² Vgl. Eintragungen in der Meldekarte Sternbergs, in: STADT- UND KREISARCHIV PADERBORN.

²³ Zum rechtlichen Begriff des „Geltungsjuden“ s. JÜDISCHES NACHRICHTENBLATT vom 11. Dezember 1942. Nach der Volkszählung vom Mai 1939 lebten rund 7.000 „Geltungsjuden“ im Deutschen Reich. S. auch BEATE MEYER, „Jüdische Mischlinge“ – Rassenpolitik und Verfolgungsverfahren 1933-1945, 2. Auflage, Hamburg 2002, 356. Sowie <https://de.wikipedia.org/wiki/Geltungsjude> (Aufruf: 28. Juli 2023).

„Ich musste den Judenstern tragen und auch den Namen Sara annehmen.“²⁴

Eine Beischreibung in ihrer Geburtsurkunde vom März 1939 bestätigt diese Aussage. Nach der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 17. August 1938 musste sie den stigmatisierenden Zwangsvornamen Sara annehmen.²⁵ Demnach galt sie den Behörden gegenüber als „Jüdin“ und war wie ihr Mann gezwungen, ab September 1941 den „Judenstern“ zu tragen.

In den erhaltenen Schreiben des Ehepaares an die Finanzbehörden von 1939/40 hob Louis Sternberg allerdings regelmäßig hervor, dass seine Ehefrau Louise „Sara“ Sternberg „Mischling 1. Grades“ und evangelisch-lutherischer Religion sei. Die Behörden zeigten sich davon wenig beeindruckt. Die Stadt Paderborn bezeichnete sie gegenüber der Oberfinanzdirektion im Frühjahr 1939 als „Jüdin“.²⁶ Ob Louise Sternberg bei der Reichskanzlei einen Antrag auf „Besserstellung“ einreichte, ist unbekannt. Sollte dieses der Fall gewesen sein, ist kaum davon auszugehen, dass er erfolgreich verlief.

Demzufolge bleibt eines der offenen Rätsel, warum Louise Sternberg weitgehend aus dem „Raster der Verfolgung“ durch die Gestapo gefallen zu sein scheint. In der Namensliste, die Sternberg etwa im Juli/August 1943 an die Zentrale der Reichsvereinigung in Berlin sandte, ist sie nicht wie andere „Geltungsjuden“ aufgeführt. Sie wurde ebenfalls anders als ihr Mann auch im September 1944 ebenfalls nicht zum geschlossenen Arbeitseinsatz ins Lager Elben verbracht. Dieses mag ihrer angeschlagenen Gesundheit geschuldet gewesen sein.²⁷ Die Frage, ob der Status seiner Ehefrau Louis Sternberg im Verhalten gegenüber der Gestapo und in seiner Arbeit als Vertrauensmann beeinflusste, er möglicherweise vorsichtiger und devoter agierte oder ihn der „Judenreferent“ Hermann Peters damit „in der Hand“ hatte, lässt sich nicht beantworten.

3 Louis Sternberg als Vertrauensmann der Reichsvereinigung

Wann genau Louis Sternberg zum regulären Vertrauensmann der RVJD wurde, ist ebenfalls nicht festzumachen. Er selbst gab 1962 an:

„Ich bin im Jahre 1941 Vertrauensmann der damaligen Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Bezirksstelle Bielefeld, geworden, und zwar für das Land Lippe. Außerdem war ich damals stellvertretender Vorsteher der Jüdischen Kultusgemeinde in Paderborn.“²⁸

²⁴ Angabe Louise Sternbergs, 9. November 1952, in: STADT- UND KREISARCHIV PADERBORN, PB B Nr. 1540.

²⁵ Vgl. Beischreibung in der Geburtsurkunde des Standesamtes Harburg, Nr. 604/1880, 31. März 1939.

²⁶ Vgl. Ortspolizeibehörde Paderborn an Finanzamt Paderborn, 20. Februar und 29. März 1939, in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 09936.

²⁷ So schrieb sie: „Ich bin lungenkrank und mein Mann ist schwerkriegsbeschädigt und brauchen wir ständig Arzt und Apotheke“. Vgl. Louise Sternberg an Oberfinanzpräsident Westfalen, 7. Januar 1940, in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 09936.

²⁸ Aussage Louis Sternbergs, 15. Oktober 1962, in: LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 4852, Bd. 2.

Sicherlich war er als zweiter Vorsitzender der Jüdischen Kultusvereinigung (JKV) Paderborn in viele Aufgaben der RVJD-Bezirksstelle Westfalen involviert, somit auch in die Abwicklung der Deportationen seit Dezember 1941. Nachweislich fungierte aber noch im März/April 1942 Siegfried („Fritz“) Kahn als der Vertrauensmann der RVJD für Paderborn. Und für Lippe existierte bis Ende Juli 1942 das Büro Detmold mit Eduard Kauders und Moritz Herzberg.

Siegfried Kahn war um 1935 zum Vorsteher der Synagogengemeinde Paderborn gewählt worden, die 1938 wie alle anderen auch zu einem Verein degradiert und ab 1939 als Jüdische Kultusvereinigung bezeichnet werden musste. Im Frühjahr 1942 unterstützte er die RVJD-Bezirksstelle Westfalen bei den Verhandlungen mit der Stadt Paderborn um den Verkauf des Jüdischen Waisenhauses.²⁹ Am 8. Juli 1942 wurde Kahn mit Ehefrau Meta und Tochter Hildgard nach Bielefeld gebracht und zwei Tage später deportiert. Es handelte sich um den ersten Transport aus dem Deutschen Reich, der ins Vernichtungslager Auschwitz ging.

Naheliegender ist, dass Sternberg als zweiter Vorsteher der JKV Paderborn bereits Ende Juni oder Anfang Juli 1942 in die ordnungsgemäße Nachfolge als Vertrauensmann für Paderborn eintrat. Seine Zuständigkeit für Lippe war erst nach der Abwicklung des Theresienstadt-Transportes vom 31. Juli 1942 gegeben. Infolge der notwendigen Neuordnung der Bezirksstelle Westfalen wurde Louis Sternberg im September regulär als Vertrauensmann gelistet, und zwar – anders als von ihm angeführt – für den Bereich Stadt und Landkreis Paderborn, den Kreis Büren sowie das Land Lippe.³⁰ In dieser Funktion stand er bis zur Auflösung der RVJD am 10. Juni 1943. Mit der anschließenden Neuaufstellung der Zwangsorganisation im Juli 1943 übernahm Sternberg die Aufgabe des Vertrauensmannes für die Regierungsbezirke Münster und Minden sowie das Land Lippe. Er war nun einer von nur noch 41 Vertrauensleuten im Reichsgebiet.

3.1 Mitwirkung bei Deportationen?

„Ich kann mich noch an folgende Transporte meiner jüdischen Mitbürger erinnern: Am 10. Dezember 1941 ging der 1. Transport von Paderborn nach Berlin und von dort [am 13. Dezember, JH] weiter nach Riga. [...] Von der Ehefrau Schellenberg und einem der Eheleute Schönewald erhielt ich dann Nachricht aus Riga. Daraus entnahm ich, dass der Transport damals nach Riga weitergegangen ist. [...] Der nächste Transport ging am 15. April 1942 [richtig: 31. März, JH] ab. Er ging über Bielefeld nach Warschau. Letzteres habe ich durch die RVJD erfahren. [...] Am 15. Juli 1942 [richtig: 10. Juli, JH] ging wieder von Paderborn aus ein Transport über Berlin nach Auschwitz. Das Ziel erfuhr ich ebenfalls über die Reichsvereinigung. Zu diesem Transport gehörten auch aus Paderborn die Eheleute Fritz Kahn (damaliger Vorsteher der jüdischen Kultusgemeinde in Paderborn) [...]. Der nächste Transport ging von

²⁹ S. Vorgang zum Verkauf des Waisenhauses, 1942, in: BA, R 8150 Nr. 114.

³⁰ Rundschreiben der RVJD-Bezirksstelle Westfalen Nr. 33, 30. September 1942 (Abschrift), in: LAV NRW OWL, D 109 Nr. 1. Die jüdische Bevölkerung im Land Lippe war bis dahin vom Büro der RVJD in Detmold mit Eduard Kauders und Moritz Herzberg betreut worden.

Paderborn am 29. Juli 1942 über Bielefeld [am 31. Juli, JH] nach Theresienstadt. [...] Am 1. März 1943 [richtig: 2. März, JH] ging der letzte Transport aus Paderborn über Bielefeld nach Auschwitz. Es handelte sich hier um über 100 Personen, die Insassen des jüdischen Umschulungslagers in Paderborn, Grüner Weg, waren. Ich habe damals das Lager betreut. Das Ziel dieses Transports habe ich über die Reichsvereinigung erfahren. [...] Der letzte Transport ging Mitte 1943 [richtig: 29. Juni, JH] aus Bielefeld nach Theresienstadt. Das Ziel nannte mir die Gestapo, und zwar der Kriminalobersekretär Pützer. [...] Für alle Transporte wurden Listen von der Gestapostelle in Bielefeld aufgestellt, welche die Leitung der Reichsvereinigung in Bielefeld erhielt.“³¹

Abgesehen von einigen Ungenauigkeiten bei den Deportationsdaten deutet diese Aussage darauf hin, dass Sternberg bereits vor Kahns Verschleppung als Ansprechpartner von RVJD und Gestapo in Bezug auf die Abwicklung der Transporte diente. Eine solche „Arbeitsteilung“ ist auch aus einigen anderen Orten bekannt.³² Die Angaben Sternbergs zur Aufstellung der Listen durch die Gestapostelle und die Einsichtnahme und Besprechung bei oder mit den Verantwortlichen der RVJD-Bezirksstelle in Bielefeld entsprechen den wissenschaftlichen Erkenntnissen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Sternberg damals angeblich über Auschwitz als Ziel der Deportationen vom 10. Juli 1942 informiert gewesen sein will. Gerade in Bezug auf diesen Transport war die Forschung lange Zeit über den Zielort im Unklaren.³³

Louis Sternberg war somit offensichtlich in die Abwicklung der Deportationsvorbereitungen in Paderborn einbezogen. Dazu gehörte auch die Information der Betroffenen über ihre „Abwanderung“ per „Bescheid“ sowie die für den Transport gültigen Bestimmungen. Dazu gehörte die Auswahl von Helfern und Betreuern zur Unterstützung bei den letzten Behördengängen, zum Packen und zur Begleitung in die Sammellager in Bielefeld. Dazu gehörte im Fall der Deportationen ins Ghetto Theresienstadt außerdem die Abwicklung der sogenannten Heimeinkaufsverträge.³⁴

Die Einflussmöglichkeiten der Vertrauensmänner auf die von der Gestapo erstellten Listen waren sehr begrenzt. Anfangs waren Rückstellungen wegen Krankheit und Transportunfähigkeit, der Pflege von Angehörigen oder der Unabkömmlichkeit bei Arbeitsstellen ebenso möglich wie freiwillige Meldungen. Mit dem weiteren Verlauf aber reduzierten sich diese Möglichkeiten deutlich. Würde man diese überhaupt als „Spielräume“ bezeichnen wollen, so standen den Ver-

³¹ Aussage Louis Sternberg, 15. Oktober 1962, in: LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 4852, Bd. 2.

³² Für die Stadt Hagen war es die Fürsorgerin Elfriede Kadden; s. HARTMANN 2021, 100.

³³ Als naheliegendes Ziel bereits genannt in DINA VAN FAASSEN/JÜRGEN HARTMANN (Bearb.), „... dennoch Menschen von Gott erschaffen“ – Die jüdische Minderheit in Lippe von den Anfängen bis zur Vernichtung, Bielefeld 1991, 116. Vgl. auch JÜRGEN SIELEMANN, Der Zielort des Hamburger Deportationstransportes vom 11. Juli 1942, in: ZEITSCHRIFT DES VEREINS FÜR HAMBURGISCHE GESCHICHTE, 95/2009, 91-110. MARTIN DECKER/KAI-UWE VON HOLLEN, „Montag werden wir, wenn's gut geht, am Ziel sein“. Die Deportation aus dem Gestapobezirk Bielefeld am 10. Juli 1942, in: RAVENSBERGER BLÄTTER, 1/2010, 1-25.

³⁴ Steinecke führt aus, „dass er [Sternberg, JH] in die Ausstellung des kurz vor der Deportation von Moritz und Henny Rosenbaum von diesen geschlossenen Heimeinkaufsvertrag für Theresienstadt involviert war.“ Vgl. STEINECKE 2005, 817. Die Weitergabe der Formulare und die Gewährung von Unterstützung beim Ausfüllen oblagen den Vertrauensleuten und weiteren „Helfern“ der Jüdischen Kultusvereinigungen.

trauensleuten – besonders vor Ort – keine nennenswerten Optionen zur Verfügung. Das galt für den eingangs zitierten Adolf Sternheim als Vertrauensmann für Lemgo ebenso wie für Max Hirschfeld als Vertrauensmann für Bielefeld und somit zuletzt gleichsam für Louis Sternberg aus Paderborn.

War seine 64-jährige Tante Berta Sternberg der Deportation ins Ghetto Warschau Ende März wegen Krankheit noch entronnen, konnte sie der „Abschiebung“ Ende Juli 1942 nach Theresienstadt nicht entgehen. Unter den „Abgewanderten“ – wie es im Jargon von Gestapo und RVJD hieß – befanden sich ebenfalls Sternbergs Eltern, die im Juli 1937 ihre Goldene Hochzeit begangen hatten.³⁵ Sein Vater Robert starb im Alter von 78 Jahren am 24. August 1944 in Theresienstadt. Seine Mutter Sara konnte überleben und emigrierte über die Schweiz in die USA. Die Tante Berta Sternberg (geb. Grüneberg) überlebte das Ghetto ebenfalls und wanderte 1946 über das Transitlager Deggendorf zu ihren Angehörigen nach England aus.³⁶ Auch später existierte für Sternberg keine Möglichkeit, eine Verwandte von der Liste streichen zu lassen.

3.2 Als Vertrauensmann der „Rest-Reichsvereinigung“ ab Mitte 1943

Offiziell war die RVJD am 10. Juni 1943 aufgelöst worden. Die Büros der Bezirksstellen wurden versiegelt, Möbel und Unterlagen wie auch die Konten beschlagnahmt. Im Deutschen Reich lebten nun weitgehend nur noch Juden, die wegen ihrer „Mischehe“ bisher nicht deportiert wurden. Im April 1943 waren es reichsweit 16.658.³⁷ Mischehen wurden in „privilegierte“ und „nichtprivilegierte“ unterschieden. Als „privilegiert“ galten grundsätzlich Ehen mit einer jüdischen Ehefrau. Paare mit jüdischem Ehemann erhielten diesen Status dann, wenn die Kinder nichtjüdisch erzogen wurden. In den „privilegierten“ Ehen musste der jüdische Teil keinen Stern tragen und der Reichsvereinigung nur dann angehören, wenn er zuvor Mitglied einer Kultusgemeinde gewesen war. „Nichtprivilegiert“ war die Ehe, wenn der Ehemann jüdisch war oder jüdisch erzogene Kinder existierten. Letztere wurden als „Geltungsjuden“ eingestuft, die seit 1943 auch ab Volljährigkeit deportiert werden konnten. Diese Grenze wurde später auf 16 beziehungsweise 14 Jahre herabgesetzt. Durch Scheidung oder Tod endete der lange schützende Status der Mischehe allerdings; der jüdische Partner musste damit rechnen, deportiert zu werden.

Schon kurze Zeit nach der Zwangsauflösung der RVJD im Juni 1943 bildete sich auf Weisung des Reichssicherheitshauptamtes eine Nachfolgeorganisation. Die Historikerin Beate Meyer bezeichnet sie als „Neue“ oder „Rest-Reichsvereinigung“.³⁸ Die Bezeichnung lautete nach wie vor „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“. Die Zentrale in Berlin wurde von der Kantstraße 158 in das Jüdische Krankenhaus in der Iranischen Straße 2 verlegt. Für ihre Aufgaben erhielt die RVJD einen Teil der beschlagnahmten Mittel durch die Oberfinanzdirektion Berlin

³⁵ Hinweis im ISRAELITISCHEN FAMILIENBLATT vom 1. Juli 1937.

³⁶ S. zur Auswanderung von Berta Sternberg: https://collections.arolsen-archives.org/de/search/topic/6-3-1-1_06030101-196-473?s=Sternberg%20Berta (Aufruf: 26. Juli 2023).

³⁷ Vor 1933 waren es rund 35.000 Personen.

³⁸ MEYER 2011, 350.

überwiesen.³⁹ Statt der bisherigen Bezirksstellen waren nun außerhalb der Hauptstadt 41 Vertrauensleute, darunter eine Frau, tätig. Louis Sternberg war zuständig für die Regierungsbezirke Münster und Minden sowie das Land Lippe. Für den Regierungsbezirk Arnsberg mit der Stadt Dortmund war es Dr. Max Rosenbaum aus Dortmund.⁴⁰

Sternberg scheint bereits kurz nach der Auflösung der Bezirksstelle über die Weiterführung der Arbeit und seine neue Rolle unterrichtet gewesen zu sein. Am 29. Juni 1943, dem Tag, als das verbliebene Personal aus der Laerstraße 9 in Bielefeld ins Ghetto Theresienstadt deportiert wurde, informierte er darüber schriftlich den bisherigen Vertrauensmann für Herford, Hans Grabowski.⁴¹ Der in „Mischehe“ lebende Kriegsinvalid sollte unter Sternberg seine Tätigkeit fortsetzen.⁴² Unklar ist, ob Sternberg zur Erledigung seiner Aufgaben Zugriff auf die von der Gestapo beschlagnahmten Akten und Karteien des Bezirksstellen-Büros hatte. Ein Detail scheint dafür zu sprechen. Offenbar übernahm er einen Stempel der Bezirksstelle, den er nutzte, bis die Zentrale ihn ermahnte, ausschließlich die Bezeichnung „Vertrauensmann der Reichsvereinigung“ zu verwenden.⁴³

Sternbergs Bezirk war flächenmäßig ausgesprochen groß. Neben Hans Grabowski in Herford scheint David Herstein in Gelsenkirchen ihn deshalb als Verbindungsmann unterstützt zu haben.⁴⁴ Die im Reich tätigen Vertrauensmänner konnten nach Erfordernis ihnen unterstehende Verbindungsmänner benennen, die von der Zentrale bestätigt werden mussten. Eine Reisetätigkeit war zeitlich und kostenmäßig aufwendig, kriegsbedingte Ausfälle gestalteten Bahnfahrten zunehmend schwierig. Grundsätzlich kostete das Sich-Bewegen als „Sternträger“ im öffentlichen Raum viel Überwindung, da es nicht selten zu Rohheiten und Entwürdigungen kam.⁴⁵ Ein Großteil der Anliegen wurde daher über den Postverkehr abgewickelt.

Die zentralen Aufgaben lagen weiterhin in der Erfassung der einzelnen Jüdinnen und Juden, der Anzeige von Veränderungen in Wohnsitz oder Familienstatus sowie der Aufstellung verschiedener Statistiken für die Zentrale und die Gestapo.⁴⁶ In den erhaltenen Unterlagen der Reichsvereinigung im Bundesarchiv finden sich verschiedene statistische Übersichten. Legt man eine mehrseitige Liste aller betreuten Personen im Zuständigkeitsbereich Sternbergs zugrunde, die wahrscheinlich vom Juli/August 1943 stammt, handelte es sich um 159 Personen.⁴⁷ Einer

³⁹ S. dazu Vermerk der RVJD-Zentrale über Anruf des Oberfinanzpräsidenten Berlin, 12. August 1943, in: BA, R 8150 Nr. 9. Demnach waren der RVJD drei Millionen Reichsmark aus dem Konto H (Einnahmen aus Heimeinkaufsverträgen) überlassen worden.

⁴⁰ Vgl. Aufstellung der Vertrauensleute, o. D. [ca. Juli 1943], in: BA, R 8150 Nr. 23.

⁴¹ Sternberg an Grabowski, 29. Juni 1943, in: LAV NRW OWL, D 109 Nr. 1.

⁴² Zu Grabowskis Tätigkeit s. den herausragenden Beitrag von CHRISTOPH LAUE, „Wunschgemäß berichte ich ...“. Hans Grabowskis Einsatz für die jüdische Gemeinde in Herford nach den Deportationen ab Dezember 1941, in: HISTORISCHES JAHRBUCH FÜR DEN KREIS HERFORD, 29/2022, 95-125.

⁴³ RVJD-Zentrale an Sternberg, 24. Juli 1943, in: BA, R 8150 Nr. 728.

⁴⁴ S. die Korrespondenz zwischen Sternberg und Herstein, November 1943, in: BA, R 8150 Nr. 728.

⁴⁵ Beispielsweise Grabowski an Sternberg, 16. November 1944, in: LAV NRW OWL, D 109 Nr. 1.

⁴⁶ U. a. hatte Sternberg eine Liste der Kriegsbeschädigten, der Träger von Verwundetenabzeichen und der „Sternträger“ zu stellen. Vgl. Sternberg an Grabowski, 14. Dezember 1943, EBD.

⁴⁷ Undatierte Listen aus dem Bereich des Verbindungsmannes Sternberg, o. D., in: BA, R 8150 Nr. 36. Diese im schlechten Zustand befindlichen Aufstellungen aus einzelnen Kommunen und Regionen dienten der Zentrale

Tabelle vom April 1944 zufolge lebten im „Bezirk Paderborn“ 35 Juden in einfacher Mischehe, 109 in privilegierter Mischehe und 19 „Geltungsjuden“, insgesamt also 163 Personen.⁴⁸ An dieser Zahl änderte sich bis zur letzten erhaltenen Statistik aus dem Bereich Sternbergs vom 1. November 1944 nichts. Möglicherweise erfolgten durch Sternbergs zeitweisen Aufenthalt im Lager Zeitz keine weiteren Änderungsmeldungen mehr. Im Regierungsbezirk Arnsberg, für den Dr. Max Rosenbaum verantwortlich war, lebten Mitte 1944 334 erfasste Juden.⁴⁹

Louis Israel Sternberg
Vertrauensmann
der Reichsvereinigung der Juden
in Deutschland
Paderborn, Bachstr. Nr. 6

536

Paderborn, den 28. Februar 1944.

An die
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland
Berlin N. 62.

Ausgaben für Monat Februar 1944.

Vertrag von Monat Januar 1944, Ausgelegt hat Frau Seelig, für Frau Westhoven bei Abwanderung nach Theresienstadt wie bereits aus unserer Correspondanz ersichtlich

	R.M.	44,57
29.1.44	Porto für Einschreibbriefe und Telegramm	2,19
1.2.44	Fahrt Bielefeld zur Staatspolizei einschl. Spesen	5,60
2.2.	" 2 Farbbänder a 2 R.M.	4,00
	Briefpapier und Umschläge	1,00
4.2	" Porto Marken u. Einschreibbrief	3,54
6.2	" Fahrt Bielefeld einschl. Spesen	5,60
13.2	" Fahrt Minden einschl. Spesen	13,20
15.2	" Fahrt Bielefeld einschl. Spesen	5,60
20.2	" " " "	5,60
29.2	" " Herford einschl. Spesen	7,20
Büro	Büro Miete für Monat Februar	10,00
	Licht und Heizung	4,00
	R.M.	112,10

Bezahl
am 6. März 1944
an Postbank - Bank
überweisung

Mawar!

Louis Israel Sternberg
Vertrauensmann
der Reichsvereinigung der Juden
in Deutschland
Paderborn, Bachstr. Nr. 6

Abb. 4: Abrechnung des Vertrauensmannes Sternberg mit der Zentrale, Februar 1944.
(BA, R 8150 Nr. 123)

Die inhaltlichen Zuständigkeiten wie auch der Arbeitsaufwand waren im Vergleich zur Arbeit der Bezirksstellen nach den großen Deportationswellen bis Mitte 1943 deutlich geschrumpft. Parallel erfolgten Umstrukturierungen in den Gestapostellen. Der bisherige „Judenreferent“ der Außendienststelle Bielefeld, Kriminalobersekretär Wilhelm Pützer, musste nach den Deportationen und ihren sich anschließend noch über Monate hinziehenden Abwicklungen mit den Finanzbehörden weitere Aufgabenbereiche übernehmen. Später wurde er wie der „Judenrefe-

offenbar als Grundlage ihrer Kartei. In ihr finden sich mit Rotstift vorgenommene Streichungen oder Anmerkungen wie „tot“, „abgewandert“ oder „Theresienstadt“. In der Liste fehlen allerdings einige 1943/44 bei den Meldeämtern registrierte Personen wie Eugen Blumenthal in Bottrop oder Ilse Häfner-Mode in Leopoldshöhe. Spätestens Mitte 1944 endete die Aktualisierung dieser Liste.

⁴⁸ Handschriftliche Aufstellung der RVJD-Zentrale, 8. April 1944, in: BA, R 8150 Nr. 32.

⁴⁹ EBD. Es handelte sich um 45 Personen in einfacher Mischehe, 265 in privilegierter Mischehe und 24 „Geltungsjuden“.

rent“ der Gestapoleitstelle Münster, Kriminalobersekretär Heinrich Brodesser, durch einen Kriminalsekretär ersetzt. In Münster war es ab Frühjahr 1944 Hermann Schmitz, in Bielefeld ab Juli 1944 Hermann Peters.⁵⁰ Zu beiden hielt Sternberg als Vertrauensmann Kontakt, vorwiegend allerdings zum Bielefelder Beamten:

„Mit ihm habe ich insofern zu tun gehabt, als ich mich als Vertrauensmann der Reichsvereinigung an jedem Dienstag bei ihm melden musste, und zwar um etwaige Anordnungen der Gestapo entgegenzunehmen.“⁵¹

Nicht selten lebten „Geltungsjuden“ wie „Mischehepartner“ in finanziell schwierigen Verhältnissen. Nur in wenigen Fällen gewährte die RVJD noch Unterstützung. Im Sommer 1943 setzte sich Sternberg dafür ein, dass der ehemalige Opernregisseur Gerson Werblowski in Osnabrück, bereits über 70 Jahre alt, weiterhin eine kleine Zahlung erhielt.⁵² Sternberg streckte kleinere Fürsorgebeträge vor und rechnete dann monatlich mit der Zentrale ab. Entsprechende Anträge wie solche auf Arbeitskleidung aus der Kleiderkammer hatte er zur Bearbeitung nach Berlin weiterzuleiten.⁵³

Im November 1943 wandte sich der Verbindungsmann David Herstein aus Gelsenkirchen an Sternberg und bat darum, ihm 115 RM zu erstatten, die er als Unterstützung für drei jüdische Häftlinge in den Konzentrationslagern Buchenwald und Sachsenhausen für Juli bis November vorgestreckt hatte. Zugleich bat er um Unterstützung für zwei Häftlinge im KL Auschwitz III (Monowitz). Sternberg leitete das Begehren Hersteins an die Zentrale weiter, „da mir die Sache komisch erscheint“. Er wollte sich mit Herstein in Verbindung setzen und die Angaben prüfen. Tatsächlich war der genannte Häftling in Sachsenhausen bereits seit 18 Monaten nicht mehr am Leben. Ob dieses aber Hintergrund der Skepsis Sternbergs war, erschließt sich aus den Unterlagen nicht. Unabhängig davon scheint der Paderborner bemüht gewesen zu sein, seine Aufgabe verantwortungsbewusst und zuverlässig auszuüben. Die Zentrale stellte gegenüber Sternberg klar, dass grundsätzlich keine Beihilfen für Häftlinge bewilligt werden könnten. Der Ausgang dieser Angelegenheit ist unklar.⁵⁴

Neben der umständlichen Vermittlung von Kleidungsstücken gehörte auch die Zustellung von gelben „Judensternen“ als Personen- und weißen „Judensternen“ als Wohnungskennzeichnungen zu Sternbergs Aufgaben.⁵⁵ In einzelnen Fällen war er außerdem noch mit Liegenschaf-

⁵⁰ Peters kam aus dem Kirchenreferat und war auch weiterhin mit Kirchenangelegenheiten befasst.

⁵¹ Aussage Louis Sternberg, 15. Oktober 1962, in: LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 4852, Bd. 2.

⁵² Korrespondenz Sternberg mit der RVJD-Zentrale, Juli-August 1943, in: BA, R 8150 Nr. 728.

⁵³ Es existierte nur noch die Kleiderkammer der Reichsvereinigung in der Hauptstadt, die Ende 1943 bei einem Luftangriff ausbrannte.

⁵⁴ Korrespondenz Sternberg mit Herstein und der RVJD-Zentrale, November-Dezember 1943, EBD. Neben Erwin Löwenthal und Manfred Langer im KL Buchenwald stand noch Nathan Enis im KL Sachsenhausen auf der Liste Hersteins. Die Lagergeldkarte Langers, die bis zum 20. Dezember 1943 Eingänge belegt, weist monatlich 7,50 RM aus. Bei Löwenthal enden die Einträge im April 1943. Nathan Enis lebte im angegebenen Zeitraum nicht mehr, er war bereits am 28. Mai 1942 im KL Sachsenhausen erschossen worden. Die für ihn eingehenden Zahlungen könnten von der Lagerverwaltung einbehalten worden sein, ohne dass Herstein vom Tod wusste. Zu Herstein s. HARTMANN 2021, 127 u. 145.

⁵⁵ Grabowski an Sternberg, 19. November 1943, in: LAV NRW OWL, D 109 Nr. 1.

ten, so mit dem Friedhof in Herford oder dem ehemaligen Gemeindehaus in Minden, befasst. Einmal erhielt Sternberg die Genehmigung der Gestapo, eine Sammlung unter den RVJD-Zwangsmitgliedern für hilfsbedürftige Mischehen durchzuführen.⁵⁶ Von Sternbergs Monatsabrechnungen sind nur wenige im Bundesarchiv erhalten.⁵⁷

Zu seiner Fürsorgetätigkeit gehörte es ferner, den Kontakt zu jüdischen Häftlingen in Polizei- oder Gestapohaft aufzunehmen. Als der Detmolder Ludwig Hesse am 18. September 1943 im Gefängnis in der Turnerstraße in Bielefeld in Haft saß, besuchte ihn Sternberg nach Genehmigung durch Pützer.⁵⁸ Auszurichten vermochte er als Vertrauensmann allerdings nichts.

Sobald durch den Tod eines nichtjüdischen Ehepartners der Schutz gewährende Status der Mischehe entfiel, hatte der Vertrauensmann dieses der Gestapo zu melden, welche daraufhin in der Regel die Deportation ins Ghetto Theresienstadt verfügte. Der Historikerin Meyer zufolge hatte der Vertrauensmann diese „Einzeldeportation“ zu organisieren, die Kosten hatte die RVJD zu tragen.⁵⁹ Am 13. Januar 1944 erfolgte unter der Kennung XI/4 die Deportation von drei Personen aus Sternbergs Bereich ins Ghetto Theresienstadt, darunter die Jüdin Frieda Westhoven aus Bielefeld. Ihr Ehemann, nach nationalsozialistischen Rassekriterien ein „Volljude“, war im August 1939 in die USA ausgewandert. Wegen des Krieges konnte seine Ehefrau nicht wie beabsichtigt nachfolgen. Warum ihre Deportation erst zu diesem späten Zeitpunkt erfolgte, ist nicht bekannt. Die nichtjüdische Schwägerin legte 44,57 RM für die „Abwanderung“ Frieda Westhovens aus, die Louis Sternberg erstattete und in seiner Kostenaufstellung für den Januar 1944 aufführte.⁶⁰

Im Laufe des Jahres 1944 kam es im Vorfeld drohender Haft oder Deportation vereinzelt noch zu Selbstmorden. In diesen Fällen hatte Sternberg, wo es notwendig wurde, Beihilfen zur Bestattung zu zahlen oder diese gar zu organisieren. Als sich am 1. März 1944 die in Mischehe lebende Bielefelderin Paula Filter das Leben nahm, legte Sternberg für die Beisetzung 20 RM aus, welche ihm die Zentrale erstattete.⁶¹ Zurückerstattet wurden auch die Fahrten Sternbergs von Paderborn zur Gestapoleitstelle Münster und zur Gestapoaußenstelle Bielefeld. Er hatte sich also nicht nur jeden Dienstag beim „Judenreferenten“ in Bielefeld einzufinden, sondern – entweder zu Regel- oder Sonderterminen – auch in Münster.

⁵⁶ Sternberg an Grabowski, 6. August 1944, EBD.

⁵⁷ Für Oktober 1943, sowie Januar und Februar 1944, in: BA, R 8150 Nr. 123.

⁵⁸ Vernehmung Louis Sternbergs, o. D. [ca. März 1948], in: BA, Z 42 IV Nr. 6740. Hesse wurde im Februar 1944 nach Auschwitz verbracht, wo er ca. September 1944 ums Leben kam. Vgl. dazu auch: <https://www.gedenkbuch-detmold.de/index.php/gedenkbuch/38-die-opfer-in-alphabetischer-reihenfolge/42-biographien/88-h-biographie/304-hesse-ludwig-luis> (Aufruf: 20. August 2023).

⁵⁹ MEYER 2011, 354.

⁶⁰ Kostenaufstellung Sternbergs für Januar 1944, 30. Januar 1944, in: BA, R 8150 Nr. 123. Die RVJD erstattete die Kosten erst nach Rückfrage mit der folgenden Aufstellung vom Februar. Frieda Westhoven konnte überleben und emigrierte 1947 in die USA.

⁶¹ Sternberg an RVJD-Zentrale, 22. April 1944, in: BA, R 8150 Nr. 123.

3.3 Die Verschleppung zum Arbeitseinsatz im September 1944

In vielen Teilen des Reichs trafen die Verfolgungsmaßnahmen im September 1944 auch die bisher verschont gebliebenen jüdischen Personengruppen: Mischehepartner wie „Mischlinge ersten Grades“ ab 14 Jahren sollten zum geschlossenen Arbeitseinsatz herangezogen werden.⁶² Für den Bereich der Gestapoleitstelle Münster, und damit Sternbergs Gebiet, ist eine Anweisung der Gestapo Bielefeld an die Landräte und Bürgermeister bekannt:

„Jüdische Mischehepartner und Mischlinge ersten Grades über 14 Jahren sind am Dienstag, den 19.9.44 morgens um 5 Uhr festzunehmen und nach Bielefeld, in das Gebäude Eintracht am Klosterplatz zu transportieren. Verpflegung für 3 Tage ist mitzubringen. Personen über 70 Jahre, Arbeitsunfähige und die deutschblütigen Ehepartner sind nicht festzunehmen. Bei arbeitsunfähigen Personen amtsärztliches Zeugnis.“⁶³

Angesichts der Kurzfristigkeit der Aktion, der vorherigen Erfassung des Personenkreises durch die Gestapo und der Tatsache, dass Sternberg für die „Mischlinge“ nicht zuständig war, ist davon auszugehen, dass er vorab nicht in diese Maßnahme involviert war. Im Gegenteil: Louis Sternberg war selbst von der Aktion betroffen. Insgesamt handelte es sich wohl um 183 Personen, etwa 40 davon aus Bielefeld, die am Nachmittag des 19. September 1944 über Bielefeld per Zug zur Zwangsarbeit in Lager der Organisation Todt (OT) transportiert wurden.⁶⁴ Die Frauen kamen ins Lager Elben bei Kassel, die Männer zunächst nach Zeitz in Sachsen-Anhalt und von dort in Lager in Oberloquitz, Sitzendorf oder Tröglitz.⁶⁵

Sternberg gab später an, dass 87 der deportierten Personen Männer gewesen seien, die genaue Zahl der Frauen kannte er nicht.⁶⁶ Viele dieser Verschleppten gelangten vor Jahresende 1944 zurück in die Heimat. In einigen Fällen handelte es um Rückforderungen der vorherigen Arbeitgeber (als „kriegswichtige Unternehmen“), teilweise waren es gesundheitliche Gründe oder auch Reklamationen durch den Vertrauensmann Sternberg, der bei Vorliegen familiärer Notsituationen Beurlaubungen oder Entlassungen beim „Judenreferenten“ Peters erreichen konnte. Mitte November teilte er Grabowski in Herford mit, dass er „[Paul, JH] Franks beide

⁶² In Sternbergs Bereich hatte die Gestapoleitstelle Münster per Rundverfügungen bereits im Frühjahr 1944 (Nr. 1/44 vom 15. Februar und Nr. 3/44 vom 7. März 1944) die Landräte und Oberbürgermeister aufgefordert, sämtliche Mischehepartner und „Mischlinge 1. Grades“ mit ihren Daten zu erfassen. Mit Schreiben vom 12. September 1944 forderte die Gestapoaußenstelle Bielefeld erneut eine aktuelle Liste, einschließlich der nichtjüdischen Ehepartner.

⁶³ Die Verfügung der Gestapoleitstelle Münster (Außendienststelle Bielefeld) ist ohne Datum wiedergegeben bei JOACHIM MEYNERT/FRIEDHELM SCHÄFFER, Die Juden in der Stadt Bielefeld während der Zeit des Nationalsozialismus, Bielefeld 1983, 188 (Dokument 42).

⁶⁴ BERND J. WAGNER, Deportationen in Bielefeld und Ostwestfalen, in: JUPP ASDONK/DAGMAR BUCHWALD/LUTZ HAVEMANN/UWE HORST/BERND J. WAGNER (Hg.), „Es waren doch unsere Nachbarn!“ Deportationen in Ostwestfalen-Lippe 1941-1945. 2. überarbeitete Auflage, Bielefeld 2014, 70-129, hier 117. Aus Lippe waren es zwischen 25 und 30 Personen.

⁶⁵ JOACHIM MEYNERT, Was vor der ‚Endlösung‘ geschah. Antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung in Minden-Ravensberg, Münster 1988, 262-272.

⁶⁶ Sternberg an Rechtsauskunftsstelle im Lager Staumühle (Zeugnis betr. Hermann Peters), 11. Mai 1947, in: BA, Z 42 IV Nr. 6740.

Töchter reklamiert“ habe.⁶⁷ Sternberg erklärte nach 1945, Peters habe sich bei Anträgen auf Beurlaubung oder Entlassung aus den OT-Lagern immer nachsichtig verhalten und einem Großteil stattgegeben. 15 junge Frauen habe er auf diese Weise freibekommen.⁶⁸

Louis Sternberg verblieb im Lager Zeitz. Eigenen Angaben nach befand er sich bis zum 9. oder 10. Februar 1945 dort. Zahlreiche Frauen und Männer waren bis dahin schon entlassen worden. Ungewöhnlich erscheint, dass er während dieser fünf Monate im Arbeitslager weiterhin das Amt des Vertrauensmannes der RVJD ausüben musste, wie aus einem Vermerk im Wiedergutmachungsverfahren hervorgeht:

„Der Antragsteller [Sternberg, J.H.] überreichte eine Bescheinigung der Geheimen Staatspolizei in Bielefeld vom 17. Oktober 1944, aus der sich ergibt, dass Herr Sternberg Vertrauensmann der RVJD ist und dass er in dieser Stellung trotz Einberufung in das Lager Zeitz verbleibt. Ferner heißt es in der Bescheinigung, dass Herr Sternberg, der seinen Posten ehrenamtlich bekleidet, die Erlaubnis erteilt wurde, nach Bedarf Reisen in den Bezirk der Staatspolizei, Leitstelle Münster, zu machen.“⁶⁹

Sein Verbindungsmann Hans Grabowski, wie Sternberg Kriegsinvalide und gesundheitlich angeschlagen, war im Oktober aus Zeitz nach Herford entlassen worden. Kurz darauf erklärte er schriftlich, seine Tätigkeit für die Reichsvereinigung einstellen zu wollen. Sternberg bedeutete darauf, Grabowski müsse sich weiterhin um den Bezirk kümmern und äußerte den Wunsch, dass dieser außerdem Minden, Bückeburg und Umgegend übernehme. Denn besonders wegen der Betreuung aller OT-Lager habe er selbst sehr viel Arbeit. Grabowski willigte trotz der Erkrankung seiner Frau und seiner Bedenken gegen Dienstreisen als „Sterntäger“ ein.⁷⁰ Die erhaltene Korrespondenz zwischen den beiden Männern endet zu dieser Zeit. Wahrscheinlich kam Sternberg von Zeitz aus nur selten in die Bachstraße nach Paderborn, wohin Grabowski seine Post richtete. Die Postverbindungen waren aufgrund des Kriegsverlaufes bereits eingeschränkt. Auf seinen letzten erhaltenen Brief an Sternberg vom 30. Januar 1945 erhielt Grabowski keine Antwort mehr.⁷¹

Ob Sternberg sich tatsächlich aus Zeitz noch häufig auf den Weg nach Münster oder dienstags nach Bielefeld begab, um bei den „Judenreferenten“ der Gestapo vorstellig zu werden, ist nicht bekannt. Ein solcher Termin beim Gestapobeamten Hermann Peters in Bielefeld könnte am 19. Dezember 1944 (Dienstag) stattgefunden haben. Hier erhielt Sternberg Instruktionen für ein

⁶⁷ Sternberg an Grabowski, 13. November 1944, in: LAV NRW OWL, D 109 Nr. 1.

⁶⁸ Aussage Sternbergs im Verfahren gegen Peters wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit, 3. November 1950, in: LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 4890.

⁶⁹ Vermerk zur Sitzung in Haftentschädigungssache Sternberg, 29. November 1949, in: STADT- UND KREISARCHIV PADERBORN, PB B Nr. 1540.

⁷⁰ S. Korrespondenz Sternberg-Grabowski, November 1944, in: LAV NRW OWL, D 109 Nr. 1.

⁷¹ Grabowski an Sternberg, 30. Januar 1945, in: LAV NRW OWL, D 109 Nr. 1. In diesem Schreiben beklagte Grabowski, seit längerer Zeit keine Nachricht erhalten zu haben. Außerdem unterrichtete er Sternberg, dass er ein Gesuch an die Gestapo Bielefeld, welches von der Polizei in Herford befürwortet wurde, gesendet habe. Er bat Sternberg, ein „gutes Wort“ einzulegen. LAUE 2022, 122, nimmt an, dass es sich um ein Gesuch zur Freistellung von der anstehenden Deportation nach Theresienstadt gehandelt haben könnte.

Rundschreiben an die Mitglieder der Reichsvereinigung. Es war das erste dieser Art und sollte auch das einzige bleiben. Mit Datum vom 22. Dezember wies der Vertrauensmann auf das strikte Verbot, „Judensterne“ zu verbergen und auf die Notwendigkeit der ordentlichen Kennzeichnung der Wohnungen hin. Anzeigen wegen des Nichttragens oder Verbergens schienen damals verhältnismäßig häufig bei der Gestapo eingegangen zu sein. Sternberg berichtete nach dem Krieg, dass Peters diese oft zerrissen und nicht weiterverfolgt hätte. Im Rundschreiben mahnte Sternberg außerdem zur strikten Einhaltung der Ausgangszeit von 6 bis 20 Uhr wie der Einkaufszeiten von 11 bis 12.30 Uhr.⁷² Das Rundschreiben verdeutlicht die wachsende Sorge der Gestapo angesichts des mit dem Näherrücken der alliierten Truppen zusehends erodierenden Systems.

Vielleicht genehmigte Peters dem kranken Sternberg an jenem Tag ebenfalls einen „Helfer“ zu dessen Unterstützung. Günter Vorreuter aus Lage, ein „Mischling 1. Grades“, der am 21. Dezember aus dem Arbeitslager entlassen wurde, begleitete von nun an den Paderborner Vertrauensmann, auch zu den Terminen bei der Gestapo.⁷³ Vorreuter war dem „Judenreferenten“ kein Unbekannter. Die Familie Peters war aus dem von Bombenangriffen geplagten Bielefeld nach Waddenhausen bei Lage gezogen.⁷⁴ Auf dem Weg über den Bahnhof in Lage zur Dienststelle in Bielefeld suchte Peters von Zeit zu Zeit auch das Lederwarengeschäft Vorreuter auf.

3.4 Die letzte Deportation ins Ghetto Theresienstadt am 13. Februar 1945

Ende Januar oder Anfang Februar 1945 trafen Sternberg und Vorreuter bei der Gestapo in Bielefeld nicht nur auf Hermann Peters, sondern ebenfalls auf dessen Münsteraner Kollegen Hermann Schmitz.⁷⁵ Im Mittelpunkt stand die vorgesehene Deportation von Mischehepartnern und „Mischlingen 1. Grades“ ins Ghetto Theresienstadt.⁷⁶ Noch wenige Wochen vor Kriegsende war das RSHA bemüht, das Deutsche Reich „judenrein“ zu bekommen. Es handelte es sich wahrscheinlich um mindestens zwei Termine Sternbergs mit den „Judenreferenten“. Am 8. Februar verfügte Peters in einem eiligen Rundschreiben an die Bürgermeister:

„Alle im dortigen Bereich in Mischehe lebenden staatsangehörigen (DR.) und staatenlosen Juden, Jüdinnen und Geltungsjuden sind, ungeachtet z.Zt. bestehender Arbeitsverhältnisse, sofort zum geschlossenen Arbeitseinsatz nach Theresienstadt zu bringen. Ausgenommen sind lediglich alle nicht mehr

⁷² Rundschreiben Nr. 1,22. Dezember 1944, in: LAV NRW OWL, D 109 Nr. 1.

⁷³ Günter Vorreuter, 1910 geborener Sohn des jüdischen Kaufmanns Max Vorreuter und dessen nichtjüdischer Ehefrau Bertha, hatte von 1939 bis zu seiner Entlassung 1940 in der Wehrmacht gedient. Im September 1944 brachte man ihn mit seinem vier Jahre jüngeren Bruder Hartwig nach Zeitz und von dort ins Lager Tröglitz. Beide wurden zeitgleich entlassen. Zu Günter Vorreuter s. ITS DIGITAL ARCHIVE, AROlsen ARCHIVES, ID 89925729-89925736.

⁷⁴ Die Familie Peters lebte seit November 1944 in Waddenhausen. Vgl. Meldekarte Peters; in: STADTARCHIV BIELEFELD, Bestand 104,3/Einwohnermeldeamt, Nr. 18. Es handelte sich um das Haus Waddenhausen Nr. 3. Hier hatte bis zu ihrer Deportation am 31. Juli 1942 die Jüdin Bertha Riesenfeld ihre Wohnung.

⁷⁵ Nachdem die Gestapodienststelle am Sickerwall 9 im Herbst 1944 ausgebombt worden war, wurde das „Judenreferat“ in die Upmannstraße 29 verlegt.

⁷⁶ Aussage Günter Vorreuters im Verfahren der Staatsanwaltschaft Detmold gegen Hermann Peters wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit, 1950/51, in: LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 4890.

Transportfähigen. Zurückbleibende Mischlinge unter 16 Jahren – nicht Geltungsjuden – sind Verwandten oder anderen zurückbleibenden jüdischen Ehepartnern in Pflege zu geben. [...]“⁷⁷

Günter Vorreuter schilderte 1948 Sternbergs und seine Tätigkeit im Zusammenhang mit der Deportation:

„Nach meiner Freistellung habe ich gemeinsam mit Louis Sternberg [...] verschiedene Reisen unternommen, um die Juden zu warnen, die für den Abtransport vorgesehen waren. Bei dieser Gelegenheit habe ich auch Peters kennengelernt. Sternberg war seinerzeit von der Gestapo veranlasst worden, die Anschriften der in seinem Bezirk wohnenden Juden der Gestapo zu melden. Diese Liste habe ich selbst hier in Lage mehrfach geschrieben.“⁷⁸

Hermann Peters soll sich anders als sein Münsteraner Amtskollege äußerst moderat und entgegenkommend gezeigt haben, wie Vorreuter weiter berichtete:

„Bei der Übergabe der Liste in Bielefeld an Herrn Peters habe ich festgestellt, dass Herr Peters die Liste großzügig beurteilt hat, das heißt, dass er Adressen, die ihm bekannt waren, die wir auf der Liste fehlen lassen hatten, ebenfalls als unbekannt gelten ließ. Auf diese Weise konnten wir viele Juden vor dem Abtransport schützen.“⁷⁹

In weiteren späteren Aussagen sowohl von Sternberg als auch von Vorreuter, die noch an anderer Stelle behandelt werden, wurde Peters als weitgehend milde gestimmter Gestapobeamter dargestellt. Peters, so Sternberg 1962, habe sogar noch zehn Personen von der Liste gestrichen. Aber die Federführung der Aktion habe in den Händen eines rabiatischen und unnachgiebigen Schmitz gelegen.⁸⁰

In einer Aussage von 1948 schilderte Sternberg, wie er Betroffene vor der drohenden Deportation warnte. Der Vater seines Helfers, Max Vorreuter in Lage, sei von ihm „krank gemacht“ worden. Er habe im Bett bleiben müssen wegen „angeblich schwerer Krankheit“. Else Büchter in Steinheim habe er telefonisch von der bevorstehenden Verhaftung unterrichtet, auch sie habe sich unter Vortäuschung schwerer Erkrankung ins Bett gelegt. Margarete Rhodovi in Sylbach habe auf seine Warnung hin einen Selbstmordversuch vorgetäuscht. Gertrud Denninghaus in Kachtenhausen hätte sich „von ihrem Mann ein Pökelfass aufs Bein werfen lassen“, um freigestellt zu werden.⁸¹ Ebenso habe sich Willi Eichmann in Schötmar auf seine telefonische War-

⁷⁷ Rundschreiben der Gestapoleitstelle Münster, Außendienststelle Bielefeld betr. Arbeitseinsatz nach Theresienstadt, 8. Februar 1945, in: STADTARCHIV LEMGO, Nr. 11862.

⁷⁸ Aussage Günter Vorreuters, ca. März 1948, in: BA, Z 42 IV Nr. 6740.

⁷⁹ EBD.

⁸⁰ Aussage Louis Sternberg, 3. November 1950, in: LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 4890.

⁸¹ Der nichtjüdische Mann Wilhelm Denninghaus erklärte, „er habe mit Peters über die Freilassung seiner Frau und Tochter [aus dem Lager Elben im Herbst 1944, JH] verhandelt. Während er vorher von anderen Gestapobeamten herausgeworfen sei, habe ihn Peters empfangen. Bei der Verhandlung habe er Peters als einen ordentlichen

nung hin als Herzkranker ins Bett gelegt. Verwendet habe sich Sternberg außerdem für Sally Rothschild und dessen Sohn Fritz aus Bielefeld.⁸²

In anderen Fällen sei sein Einsatz erfolglos geblieben. Ernst Maas in Detmold sei von ihm gewarnt worden, habe sich aber dennoch bei der Gestapo gestellt. Hartwig Stein aus Bielefeld konnte nicht gewarnt werden, weil Sternberg die Anschrift nicht vorlag. Sternberg gab an, sich zuvor besonders wegen dessen zwei kleinen Söhnen für ihn bei der Gestapo verwendet zu haben, aber Schmitz habe nicht zugestimmt. Dass auch die damals 14-jährige Ruth Ehrmann aus Heidenoldendorf nach Theresienstadt gekommen sei, habe mit einem Besuch der Mutter bei der Gestapo „hinter meinem Rücken“ zu tun. Eine Freistellung wäre nun für Peters zu „auffällig“ gewesen.⁸³

Für Wally Schulz aus Bückeburg, Mutter eines Säuglings, konnte Sternberg ebenfalls nichts erreichen:

„Ich habe mich damals sehr dringend für Frau Schulz verwandt. Wenn sie gleichwohl abtransportiert wurde, so ist meines Erachtens Peters hierfür nicht verantwortlich zu machen, sondern verantwortlich hierfür war der Kriminalsekretär Schmitz von der Staatspolizeileitstelle Münster, der eine Freistellung rundweg ausschlug, obwohl Peters meinem Vorschlage entsprechend ihre Freistellung gewollt hatte.“⁸⁴

Im Spruchgerichtsverfahren gegen Peters lag es Sternberg auch daran, zu belegen, dass er sich „für alle ohne Unterschied nach Kräften eingesetzt“ habe. Wie wenig Spielräume er dabei hatte, belege auch der Fall seiner Cousine Elise Heidsiek (geborene Rosenbaum) aus Löhne. In diesem Fall hätte Schmitz die Freistellung mit den Worten „Lass das dicke Schwein man mitgehen!“ abgelehnt. Auch für Anna Bosau aus Bielefeld habe er sich verwendet. In dieser Angelegenheit sei er jedoch am Bielefelder „Judenreferenten“ gescheitert: „Es wurde mir von Peters verboten, den Namen nochmal zu nennen.“⁸⁵

Es ist unklar, ob Sternberg und Vorreuter am 12./13. Februar 1945 im Sammellager in Bielefeld zugegen waren. Aus Theresienstadt Zurückgekehrte und deren Angehörige schilderten die Zustände und die Rolle von Peters im Sammellager im Verlauf des Spruchgerichtsverfahrens gegen den Bielefelder „Judenreferenten“ 1948/49 in widersprüchlicher Weise. Die in „Mischehe“ lebende Elly Sickinger aus Detmold erinnerte sich an die Unnachgiebigkeit von Peters:

„Der 12. Februar 1945 war der Tag, als ich mich mit noch anderen Leidensgenossen in Bielefeld im Hotel Stadt Bremen für einen Abtransport einzufinden hatte. Ich hatte keine Ahnung, wohin der Transport geleitet werde. Später

Menschen kennengelernt, der verhandlungsbereit gewesen sei.“ Vgl. Aussage des Ehepaares Gertrud und Wilhelm Denninghaus, 6. April 1949, in: BA, Z 42 IV Nr. 6740.

⁸² Vernehmung Louis Sternberg, o. D. [ca. Mitte 1948], EBD.

⁸³ Zu Ruth Margalit (geborene Ehrmann) s. auch den Beitrag Jürgen Schefflers in dieser Ausgabe.

⁸⁴ Vernehmung Louis Sternberg, o. D. [ca. Mitte 1948], in: BA, Z 42 IV Nr. 6740.

⁸⁵ EBD.

erfuhr ich, dass ich nach Theresienstadt kam. Bei dieser Gelegenheit kam ich mit dem Angeklagten Peters, der die ganze Aktion des Abtransportes der Juden leitete, in Berührung. Er war es, bei dem ich mich melden musste und die Namen der zum Abtransport bereitstehenden Personen verlas. Persönlich bin ich nicht näher mit ihm ins Gespräch gekommen. Ich hatte mich damit abgefunden, dass ich meinen Mann und mein kleines Kind verlassen musste. [...] Am selben Abend hat mein Mann sich persönlich noch an Peters gewandt mit der Bitte, mich doch zurückzulassen. Es wäre doch wohl nicht möglich, eine Mutter bei einem kleinen Kinde wegzunehmen. Darauf hat er geantwortet, er könnte noch was ganz anderes.“⁸⁶

Wilhelm Ehrmann aus Heidenoldendorf berichtete Ähnliches über den Bielefelder „Judenreferenten“:

„An Ort und Stelle stellte ich fest, dass Hermann Peters die Zusammenstellung des Transportes in Händen hatte. [...] Als ich in den Gasthof in Bielefeld mit meiner Frau und drei Kindern eintraf, erlebte ich folgenden Vorfall: Es erschien dort eine Frau [Wally, JH] Schulze aus Bückeburg mit ihrem Manne und einem Säugling von 6 bis 8 Wochen im Kinderwagen verpackt. [...] Die Frau sollte mit dem Transport abtransportiert werden. Aus diesem Grunde hatte die Frau schon einen Selbstmordversuch gemacht, indem sie ins Wasser gesprungen war. Der Ehemann hat den ganzen Tag Peters [an]gebettelt, doch seine Ehefrau bei dem kleinen Säugling zurückzulassen. Peters, der der Judenreferent war, und darüber entscheiden konnte, hat sich nicht erweichen lassen, so dass die Frau den Transport mitmachen musste. [...] An dem fraglichen Abend, an dem wir abtransportiert wurden, hielt Peters an die versammelten Juden eine Rede in ganz höhnischer Weise, indem er uns verspottet und beleidigt hat.“⁸⁷

Am 13. Februar verließ der Transport Bielefeld, mit ihm 58 Menschen, darunter 55 aus dem Bereich der Gestapoleitstelle Münster mit Bielefeld sowie drei aus dem zum Gestapobereich Hannover gehörenden Landkreis Grafschaft Schaumburg. Am 2. Februar 1945 war bereits neben vielen weiteren Deportationszügen aus dem schrumpfenden Reichsgebiet ein Transport mit der Kennung XVI/5 eingegangen. Wahrscheinlich war er am 31. Januar in Leipzig gestartet, ihm waren auch Insassen der OT-Lager in Sachsen-Anhalt und Thüringen zugeteilt worden, darunter neun Personen aus Sternbergs Zuständigkeitsgebiet.⁸⁸

Sternberg entging der Deportation am 13. Februar. Peters soll ihn von der Liste gestrichen und dieses Schmitz gegenüber damit begründet haben, dass der Vertrauensmann noch für die anschließende „Vermögensbereinigung der Versckickten“ benötigt würde.⁸⁹ Möglicherweise

⁸⁶ Vernehmung Elly Sickinger, 8. Februar 1949, in: BA, Z 42 IV Nr. 6740.

⁸⁷ Vernehmung Wilhelm Ehrmann, 1. März 1949, EBD. Ehrmann erwähnte als einziger Zeuge eine solche Rede des „Judenreferenten“.

⁸⁸ Darunter Hans Ehrmann aus Heidenoldendorf und Karl Oettinger aus Bielefeld.

⁸⁹ Aussage Sternberg, o. D. [ca. März 1948], in: BA, Z 42 IV Nr. 6740.

wollte der Gestapobeamte Sternberg auch die Möglichkeit zum Untertauchen geben oder dazu, sich zumindest von seiner den Behörden bekannten Wohnung in der Paderborner Bachstraße fernzuhalten.

Nicht bekannt war bislang, dass sich Sternbergs Name auf einer weiteren Liste finden lässt. Dabei handelt es sich um den Transport mit der Kennung XII/10, der am 14. Februar 1945 von Frankfurt am Main abging.⁹⁰ Diesem sollte er gemeinsam mit anderen Männern aus den thüringischen OT-Lagern am Bahnhof in Halle (Saale) angeschlossen werden. Sein Name unter der laufenden Nummer 472 ist jedoch durchgestrichen. Dieser Transport erreichte das Ghetto Theresienstadt am 18. Februar, zwei Tage eher als der zuvor von Bielefeld abgefahrene Zug.

Name Vorname	Geb.Dat. und Ort	Letzte Adresse
Samuel Artur I.	1. 4.06	Castrop-Rauxel Winkelstr. 20
Simon Wilhelm I.	20. 8.88	Kolz-Mühlheim Platzburgerstr. 4
Specht Ludwig I.	12. 4.02	Kolz-Braunsfeld Esplanade 28
Stern Fritz I.	18. 6.98	Kolz Utrechterstr. 6
Sternberg Louis I.	14. 2.90	Paderborn Bachstr. 6
Stronaszynski Theo I.	2. 1.02	Dortmund-Ost Wittenstr. 405

Abb. 5: Liste des Transports XII/10 mit durchstrichenem Namen Sternbergs, Februar 1945.
(Auszug; YAD VASHEM, O.64 Nr. 356, id: 3690806).

3.5 Untergetaucht in Lage und Paderborn

Zum Untertauchen und zum zeitweisen Leben in der Illegalität von Mitte Februar bis zum Ende des Krieges in Ostwestfalen-Lippe existieren Aussagen von Louis Sternberg und seinem Helfer Günter Vorreuter aus Lage. Einige Punkte werfen aufgrund von Unklarheiten Fragen auf. Vorreuter erklärte 1949, dass Sternberg und seine Frau noch vor der Bombardierung der Stadt, die vom 21. auf den 22. Februar stattfand, ins Haus der Vorreuters am Sedanplatz kamen. Louise Sternberg sei „auf's Land“ weitergebracht worden:

„Mir war genau bekannt, dass es der Familie Sternberg darauf ankam, für einige Zeit unterzutauchen. Mir war die Gefährlichkeit dieses Unternehmens völlig klar. [...] Ich habe aber trotzdem meine Zustimmung gegeben. [...] Herr

⁹⁰ Vgl. Liste des Transports XII/10, in: YAD VASHEM, O.64 Nr. 356 (id 3690806). Auch: <https://www.statistik-des-holocaust.de/XII10-26.jpg> (Aufruf: 30. Juli 2023).

Sternberg kam zu mir mit dem Wunsche, für einige Zeit zu verschwinden. Er sagte: „In Paderborn holen sie mich, dort kann ich nicht länger bleiben.“⁹¹

Wahrscheinlich ist, dass das Ehepaar Sternberg tatsächlich direkt nach Louis Sternbergs Entlassung aus Zeitz am 9. oder 10 Februar nach Lage ging, wie Sternberg berichtete.⁹² Vorreuters unpräzise Ausführungen lassen sich eigentlich nur der Zeit vor der Deportation vom 13. Februar zuordnen:

„Während dieser Zeit ist Herr Sternberg zweimal mit mir zur Gestapo nach Bielefeld gefahren. Wir haben noch andere Juden, die irgendwo untergekommen waren, besucht und ihnen Informationen zukommen lassen. Auch haben wir sie gewarnt. Ich hatte damals noch ein Telefon im Hause. Das gab mir die Möglichkeit, Verbindungen nach verschiedenen Stellen zu halten und Warnzeichen zu geben. Herr Sternberg hat auch von meinem Telefon häufig Gebrauch gemacht.“⁹³

Bei Vorreuters in Lage wurde auch die von der Gestapo geforderte Übersicht der Mischehepartner und der angehörenden „Mischlinge“ im Bezirk verfasst. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass Peters von Sternbergs Aufenthaltsort wusste. Bei seinem Weg von Waddenhausen über den Bahnhof in Lage suchte Hermann Peters einige Male das Lederwarengeschäft der Vorreuters auf. Sternberg berichtete zu seinem illegalen Leben bis Kriegsende:

„Tatsächlich habe ich illegal in Lage gelebt von meinem Ausscheiden aus dem OT-Lager Zeitz bis etwa zum 20. März 1945. Ich bin von Lage aus nach Paderborn gegangen. Ich habe mich bei Dr. Mann im Keller verborgen gehalten, bis die amerikanischen Truppen am 1. April 1945 in Paderborn einrückten.“⁹⁴

Dr. Friedrich Mann (1869-1945) war Arzt und langjähriger Leiter der Provinzial-Hebammen-Lehranstalt in Paderborn. Außerdem war er Mitglied des Stahlhelms und ab 1925 zeitweise Vorsitzender der DNVP-Ortsgruppe in Paderborn.⁹⁵

4 Louis Sternbergs Rolle nach 1945

Louis Sternberg hatte gleich nach Ende des Krieges verschiedene Aufgaben in Paderborn inne. In einer Verfügung der Stadt vom 24. Mai 1945 ist festgehalten, dass Sternberg „seit Besetzung

⁹¹ Günter Vorreuter in der Haftentschädigungssache Sternberg, 29. November 1949, in: STADT- UND KREISARCHIV PADERBORN, PB B 1540. Es erfolgte weder eine Abmeldung in Paderborn, noch eine Anmeldung in Lage. Vgl. Auskunft des STADTARCHIVS LAGE an Verf., 2. November 2017 sowie Einwohnermeldekarte Sternberg im STADT- UND KREISARCHIV PADERBORN.

⁹² Vgl. Wiedergutmachungsangelegenheiten, 1946-1950, in: STADT- UND KREISARCHIV PADERBORN, PB B Nr. 1540.

⁹³ Günter Vorreuter in der Haftentschädigungssache Sternberg, 29. November 1949, EBD.

⁹⁴ Vgl. Wiedergutmachungsangelegenheiten, 1946-1950, in: STADT- UND KREISARCHIV PADERBORN, PB B Nr. 1540.

⁹⁵ Freundliche Auskunft von Wilhelm Grabe (STADT- UND KREISARCHIV PADERBORN), 28. Oktober und 2. November 2022. Ihm gilt ein besonderer Dank für geduldige und kompetente Unterstützung.

der Stadt Paderborn durch die engl. Militärregierung mit der Wahrnehmung besonderer Angelegenheiten der Stadt beauftragt“ war.⁹⁶ Worum es sich dabei im Einzelnen handelte, ist nicht ersichtlich. An einer Stelle berichtete Sternberg von Verhandlungen wegen des Kaufs von Barracken.⁹⁷ Die Stadt entließ Sternberg aber bereits am 30. Juni. Offizieller Grund war Sternbergs Erkrankung und Bettlägerigkeit. Die Strapazen der letzten Jahre waren nicht spurlos an dem Kriegsinvaliden, der zudem noch an den Folgen aus der Haftzeit im KL Buchenwald litt, vorübergegangen. Zeitweise befand er sich 1945 im Krankenhaus in Schloß Neuhaus. Die Akte vermittelt den Eindruck, dass man Sternberg gern loswerden wollte. Im August 1945 teilte die Stadtverwaltung ihm mit:

„Da Sie seit Anfang Juni d.Js. für die Stadt keine Dienste mehr geleistet haben, kann Ihnen nach den bestehenden Bestimmungen eine Vergütung nicht gezahlt werden.“

Und sie forderte ihn auf:

„Ich bitte um Mitteilung über den Stand des Verfahrens der Militärregierung gegen Sie.“⁹⁸

Die städtischen Bediensteten waren offenbar bössartigen Gerüchten über Sternberg aufgesessen und hatten keinerlei Veranlassung gesehen, diese zu überprüfen. Der bettlägerige Sternberg verlangte die Weiterzahlung seines Gehaltes und zeigte sich entrüstet über das Verhalten der Verwaltung:

„Gleichzeitig teile ich Ihnen mit, dass gegen mich überhaupt kein Verfahren von Seiten der Militärregierung läuft. Ich weiß, dass ich Ihrem ehemaligen SA-Mann, Freitag, sehr im Wege war, und werde eine Durchschrift hiervon der Militärregierung, wenn es nötig ist, einsenden.“⁹⁹

Neben diesem Schreiben gingen zwei weitere Briefe Sternbergs bei der Stadt ein. In einem forderte er die Herrichtung des geschändeten jüdischen Friedhofes. Dieser Forderung versuchte er mit dem eigentümlichen Hinweis, er sei „Vertrauensmann der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“, die mit dem Ende des Nationalsozialismus gar nicht mehr existierte,¹⁰⁰ Nachdruck zu verleihen. Außerdem forderte er, das Gebäude Benhauserstraße 4 zur Herrichtung einer Synagoge bereitzustellen. Die Stadt Paderborn hätte unter dem Regime der Nationalsozialisten das gesamte Vermögen der Synagogengemeinde Paderborn auf unehrliche Weise an sich gebracht. Die Bereitstellung wäre daher von Seiten des Bürgermeisters zugesagt worden.

⁹⁶ STADT- UND KREISARCHIV PADERBORN, A II Nr. 1257.

⁹⁷ Aussage Sternbergs, o. D. [ca. März 1948], in: BA, Z 42 IV Nr. 6740.

⁹⁸ Stadt Paderborn an Sternberg, 4. August 1945, in: STADT- UND KREISARCHIV PADERBORN, A II Nr. 1257.

⁹⁹ Sternberg an Stadt Paderborn, 14. August 1945, EBD. Besagter SA-Mann Freitag ließ sich nicht identifizieren.

¹⁰⁰ Formalrechtlich endete ihre Existenz mit der Aufhebung nationalsozialistischer Verfolgungsgesetze im September 1945.

Die Antwort des Bürgermeisters war kühl und kurzgehalten. Die Forderung nach weiterer Gehaltszahlung könnte nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen nicht anerkannt werden. Für die Vorwürfe im Zusammenhang mit dem jüdischen Friedhof habe die Stadtverwaltung kein Verständnis, da man viel für die ehemaligen KL-Häftlinge tue. Zudem befände sich der Friedhof in keinem schlechteren Zustand als die christlichen.¹⁰¹

Zu unbekanntem Zeitpunkt 1945 war Sternberg offenbar vom neugebildeten Landesverband der Jüdischen Gemeinden der Nordrhein-Provinz und Westfalens zu einer Art Bezirksvertreter für Paderborn und Umgebung ernannt worden. In einigen Schreiben taucht die Bezeichnung „Betreuer der Juden im Bezirk Osnabrück“ auf. Ganz offensichtlich aber irritierte Sternberg mit einer eigenmächtigen Handlungsweise sowohl die jüdischen Organisationen wie die Behörden. In einem Schreiben des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden stellte dessen Vorsitzender gegenüber dem Regierungspräsidenten in Minden klar:

„Ich wurde von englischer Seite darauf hingewiesen, dass in Paderborn ein Herr Louis Sternberg sich als Spezialreferent für jüdische Angelegenheiten bezeichnet und Ausweise für politisch und rassisch Verfolgte ausstellt. Namens des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden der Nordrhein-provinz und Westfalen und im Einvernehmen mit sämtlichen Gemeinden von Westfalen bin ich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, dass Herr Sternberg keinerlei Befugnisse für jüdische Angelegenheiten besitzt und von uns nicht anerkannt wird.“¹⁰²

Als Sternberg zudem noch in den Bezirksflüchtlingsausschuss berufen wurde, folgte eine weitere Eingabe, von welcher das Regierungspräsidium dem Oberpräsidenten der Provinz Westfalen Bericht erstattete:

„Der Landesverband der jüdischen Gemeinden in Dortmund teilte mir unter dem 28. März 1946 mit, dass verschiedene Gemeinden des Regierungsbezirks Minden mit der Ernennung des Sternberg nicht einverstanden sind.“¹⁰³

Sternberg galt in Kreisen einiger Gemeinden im Raum Ostwestfalen, darunter insbesondere diejenigen von Bielefeld und Detmold, zudem aufgrund seiner Rolle als Vertrauensmann der

¹⁰¹ Bürgermeister der Stadt Paderborn an Sternberg, 21. August 1945, in: STADT- UND KREISARCHIV PADERBORN, AII Nr. 1257.

¹⁰² Landesverband der Jüdischen Gemeinden der Nordrhein-Provinz und Westfalens an Regierungspräsident Minden, 28. Januar 1946, in: LAV NRW OWL, M1 IP Nr. 1411.

¹⁰³ Regierungspräsident Minden an Oberpräsident Westfalen, 24. April 1946; EBD. Vorausgegangen war offenbar ein Schreiben der Jüdischen Gemeinde Bielefeld an den Landesverband vom 26. März 1946, in welchem darauf hingewiesen wurde, „dass Herr Sternberg ein durchaus unzuverlässiger Mensch“ sei. In einer Eingabe nahm die Bielefelder Gemeinde beim Central Jewish Committee (CJC) in Lübeck zwei Jahre später darauf Bezug und beklagte, dass keine Reaktion des Landesverbandes erfolgte und man davon ausgehe, dass dieser Sternberg „decke“. Vgl. Jüdische Gemeinde Bielefeld an CJC, 11. Februar 1948, in: ZENTRALARCHIV ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE DER JUDEN IN DEUTSCHLAND (ZA), B 1/28 Nr. 104.

Reichsvereinigung als zwielichtige Person.¹⁰⁴ Das damit verbundene „ungute Gefühl“ (Aloni) schien jedoch in Paderborn bis auf einige wenige Glaubensschwester und -brüder wie dem eingangs genannten Erwin Angress nicht so stark ausgeprägt. Denn zu einem ebenfalls nicht bekannten Zeitpunkt 1945 war Sternberg als Obmann oder Vorsitzender einer neugebildeten Jüdischen Gemeinde in Paderborn ernannt worden.¹⁰⁵ Offenbar nicht zu bestreiten war sein großer Einsatz für die Zurückgekehrten und den Wiederaufbau der jüdischen Gemeinschaft. Der Paderborner Oberkreisdirektor führte im April 1946 – noch verhaftet in nationalsozialistischer Rassenterminologie – aus:

„Louis Sternberg ist Volljude [sic!], seine Frau Halbjüdin [sic!]. Er war kurze Zeit im KZ. Nach Besetzung der Stadt hat er sich in besonderem Maße für alle aus dem KZ Entlassenen, vor allem für seine Glaubensgenossen, eingesetzt. Er vermittelte für sie Unterkunft, Arbeit, Möbel. Er vertritt die hiesige jüdische Gemeinde und ist auch Vertreter der ‚Hilfsvereinigung der Juden‘¹⁰⁶. Er ist Mitglied des Kreissonderhilfsausschusses.“¹⁰⁷

Im März 1946 war Sternberg durch den Kreissonderhilfsausschuss als „Opfer des Faschismus“ anerkannt worden und hatte seinen Ausweis erhalten.

4 Ein Spruchgerichtsverfahren und seine Folgen

4.1 Das erste Spruchgerichtsverfahren gegen den „Judenreferenten“ Peters 1948

Nahezu unbemerkt vom Blick der Öffentlichkeit, auch der jüdischen Gemeinden, fand im Frühjahr 1948 das Verfahren des Spruchgerichtes Hiddesen gegen den Gestapobeamten Hermann Peters statt.¹⁰⁸ Peters war am 6. Mai 1945 festgenommen und wie viele andere Funktionäre von NSDAP, SA und SS, Angehörigen von Gestapo und SD im Civil Internment Camp (CIC) No. 5 Staumühle bei Paderborn interniert worden. Sein Vorgänger Wilhelm Pützer hatte sich nach seiner Festnahme im April 1945 noch in der Gefängniszelle erhängt.

Hermann Peters, 1906 in Warendorf geboren, war nach Ausbildung und Dienst bei der Schutzpolizei 1937 zur Gestapo gekommen. „Gegen seinen Willen“, wie er gleichsam wie viele seiner

¹⁰⁴ S. dazu und zum Obigen MARGIT NAARMANN, „Von ihren Leuten wohnt hier keiner mehr“, Jüdische Familien in Paderborn in der Zeit des Nationalsozialismus, Paderborn o. J. [1999], 482-484.

¹⁰⁵ Mal wurde Sternberg als „Betreuer der Juden für den Bezirk Paderborn“, dann aber auch als Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Paderborn bezeichnet. In letzterer Funktion wird er im Frühjahr 1947 in einer Übersicht angeführt. Vgl. Landesverband der jüdischen Gemeinden Westfalen an Jewish Relief Unit (Düsseldorf), 26. März 1947, in: WIENER LIBRARY, London (WL), HA 6 E5-5. Allgemein findet sich die Angabe, dass es erst 1953 eine wiedergegründete Jüdische Kultusgemeinde Paderborn gab. Dies kann jedoch nicht zutreffend sein. S. MARGIT NAARMANN, Paderborn, in: KARL HENGST/URSULA OLSCHESKI (Hg.), Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinden in Westfalen und Lippe, Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Detmold, Münster 2013, 573-590, hier 586.

¹⁰⁶ Was damit gemeint ist, erschließt sich nicht; möglicherweise die Reichsvereinigung.

¹⁰⁷ Vgl. NAARMANN 1999, 483 f.

¹⁰⁸ Zum Spruchgericht Hiddesen s. den Beitrag von Bärbel Sunderbrink in dieser Ausgabe.

Kollegen später betonte. Anfangs arbeitete er im Kirchenreferat, bis er Mitte 1944 zusätzlich die „Judenangelegenheiten“ übernahm. Vom Sommer 1941 bis zum Frühjahr 1942 war der damals 35-jährige mit einigen weiteren Kollegen zu einer vom RSHA aufgestellten Einsatzgruppe in die Sowjetunion abgeordnet worden. In seinem Fall handelte es sich um das Einsatzkommando 12 der Einsatzgruppe D. Diese Einsatzgruppe ermordete bis Anfang April 1942 mehr als 91.000 jüdische Frauen, Männer und Kinder. In Verfahren leugnete Peters jegliche Kenntnis vom „Judenmord“ und gab vor, nur als Fourier und „Erntehelfer“ im Einsatz gewesen zu sein.¹⁰⁹ Er stellte sich jedes Mal als „anständiger“ Gestapobeamter dar.



*Abb. 6: Hermann Peters, „Judenreferent“ der Gestapoaußenstelle Bielefeld, 1939.
(BA, R 9361-III Nr. 148508)*

Nicht anders verhielt es sich im Spruchgerichtsverfahren. Als Beweis konnte er sich auf einige Leumundszeugnisse aus dem Kreis der antisemitisch Verfolgten stützen. Kurt Hauser, der in einer „Mischehe“ in Brackwede lebte, bescheinigte Peters, Personen von den Listen genommen zu haben und „stets menschlich verfahren“ zu sein.¹¹⁰ Karl Frankenberg aus Bielefeld war im September 1944 nach Oberloquitz verschleppt, aber angeblich auf Betreiben von Peters nach sieben Wochen entlassen worden.¹¹¹ Der Amtsdirektor a. D. Fritz Caase aus Minden gab an, Peters habe seine jüdische Ehefrau aus dem Lager Elben zurückgeholt.¹¹² Mehr noch als diese Aussagen aber wogen Sternbergs Einlassungen, sowohl seine im Mai 1947 abgegebene schriftliche als auch die vor Gericht abgegebene mündliche Stellungnahme. Besonders erstere wurde als „Persilschein“ angesehen und sollte noch eine besondere Rolle spielen.

¹⁰⁹ S. beispielsweise Aussage Peters, 1. Dezember 1961, in: LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 4852, Bd. 2.

¹¹⁰ Zeugnis Kurt Hausers, 22. April 1947, in: BA, Z 42 IV Nr. 6740.

¹¹¹ Zeugnis Karl Frankenbergs, 29. Mai 1946, in: BA, Z 42 IV Nr. 6740. An anderer Stelle findet sich die Angabe, dass die Entlassung mit der Reklamation des Obermeisters der Fleischerinnung zusammenhing. Vgl. MINNINGER/MEYNERT/SCHÄFFER 1985, 55.

¹¹² Zeugnis Fritz Caases, 8. Mai 1947, in: BA, Z 42 IV Nr. 6740.

Hermann Peters wurde am 6. Februar 1948 vom Spruchgericht freigesprochen. Die *Freie Presse* (Bielefeld) berichtete am 11. Februar unter dem Titel „Unter reißenden Wölfen ein zahmes Schaf“:

„Neben einigen anderen Zeugen, die Peters als fair, human und sehr anständig bezeichneten, war das Zeugnis des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Paderborn, Sternberg, ausschlaggebend. Er war damals von der Reichsvereinigung der Juden als Vertrauensmann eingesetzt und musste für alle Juden und Halbjuden in den Regierungsbezirken Minden, Münster und das Lipperland sorgen. Er bezeichnete das Dienstzimmer Peters in Bielefeld als Oase in der Wüste. Wo er sonst nur mit Drohungen, Beleidigungen und Fußtritten behandelt worden sei, sei ihm hier ein Mensch entgegengetreten, der die Gesetze der Menschlichkeit geachtet habe. Er schilderte eingehend, mit welchen Mitteln er – unter Einwilligung des Angeklagten – viele Juden und Mischlinge gerettet habe. Peters habe selbst davor nicht zurückgeschreckt, Namen auf Listen zu streichen oder sie ganz neu zu schreiben.“¹¹³

4.2 Der Protest der jüdischen Gemeinschaft

Die Berichterstattung über den Freispruch ließ eine Lawine von Protesten losbrechen, in deren Mittelpunkt Sternberg mit seinen Aussagen für Peters stand. Insbesondere sein schriftliches Zeugnis für den ehemaligen „Judenreferenten“ sollte neben großem Unverständnis später viele Fragen aufwerfen. Noch am Tag des Erscheinens des Berichts in der *Westfalen-Zeitung*, am 10. Februar 1948,¹¹⁴ wandte sich Wilhelm Ehrmann als Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde für den Kreis Detmold an den Landesverband in Dortmund und sprach von einem „Sturm der Entrüstung“, der durch die Gemeinden in Ostwestfalen-Lippe ginge. Peters wäre verantwortlich für den „Tod hunderter von Juden, die aus dem hiesigen Bezirke verschickt wurden“. Er hätte jüdische Mischehepartner wegen geringfügiger Vergehen in ein Lager gebracht, „von wo innerhalb 14 Tagen die Todesnachricht kam“. Zugleich kündigte Ehrmann Proteste an und forderte den Landesverband auf, Revision gegen das Urteil einzulegen. Aber auch Louis Sternberg dürfte nicht weiterhin in den eigenen Reihen geduldet werden.¹¹⁵

Tags darauf wendete sich der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Bielefelds, Max Hirschfeld, an das Central Jewish Committee (CJC) in Lübeck. Diesem stand der Auschwitz-Überlebende Norbert Wollheim vor.¹¹⁶ Hirschfeld berichtete ebenfalls von einer „außerordentlichen Erregung“ innerhalb seiner Gemeinde und kündigte eine Protestresolution an.¹¹⁷ Diese folgte zwei Tage später und war von drei Dutzend Gemeindemitgliedern unterzeichnet. Die Eingabe war in ihren Formulierungen äußerst scharf, unter anderem hieß es dort:

¹¹³ FREIE PRESSE vom 11. Februar 1948.

¹¹⁴ Die WESTFALEN-ZEITUNG hatte am 10. Februar 1948 unter der Überschrift „Ein weißer Rabe“ berichtet.

¹¹⁵ Jüdische Gemeinde für den Kreis Detmold an Landesverband Westfalen, 10. Februar 1948, in: ZA, B 1/28 Nr. 104.

¹¹⁶ Zum zeitweisem Direktoriums-Mitglied des Zentralrats der Juden, Norbert Wollheim (1913-1998) s. https://de.wikipedia.org/wiki/Norbert_Wollheim (Aufruf: 31. Juli 2023).

¹¹⁷ Jüdische Gemeinde Bielefeld an CIC, 11. Februar 1948, in: ZA, B 1/28 Nr. 104.

„Er [Sternberg, JH] ist niemals ins KZ gekommen, hat es vielmehr verstanden, durch seine Tätigkeit für die Gestapo Bielefeld sich davor zu schützen. Die Mitglieder der Jüdischen Kultusgemeinde Bielefeld, welche zum Teil jahrelang im KZ gesessen haben und seit 1933 bis zur Befreiung sehr viel an Entbehrungen und Entehrungen zu erdulden hatten, können nicht verantworten, dass solche Kreatur noch in der jüdischen Gemeinschaft verbleibt.“¹¹⁸

Gefordert wurde der Ausschluss Sternbergs „aus der jüdischen Gemeinschaft“, die Aberkennung der Rechte als „Betreuer für die Juden des Bezirks Paderborn“, sein Ausschluss aus der Vereinigung der Verfolgten des NS-Regimes (VVN) und sogar die Rücknahme seiner Anerkennung als rassistisch Verfolgter. Die Jüdische Gemeinde für den Kreis Detmold folgte mit einer am 14. Februar einstimmig verabschiedeten Resolution. Auch hier herrschte, wie der Vorsitzende Wilhelm Ehrmann mitteilte, „große Erregung“. Eine Reihe von Zeugen könnte bestätigen, dass Peters „bewusst Menschen in den Tod geschickt hat und nur gegen Bestechung aus den Transportlisten gestrichen hat. Sternberg war in diesen Fällen der Mittelsmann.“ Zu diesem schweren Vorwurf gesellte sich wie im Protestschreiben der Bielefelder Gemeinde die Forderung nach Konsequenzen für Sternberg:

„Wir sind nicht gewillt, derartige Elemente länger in unseren Reihen, viel weniger noch als Vorsitzender einer Gemeinde, zu dulden.“¹¹⁹

4.3 Die Wiederaufnahme des Spruchgerichtsverfahrens

Auf zwei Ebenen fand die Angelegenheit nun ihren Fortgang. Mit Datum von 12. Februar 1948 waren bereits Anträge der Jüdischen Gemeinde für den Kreis Detmold und des Landesverbandes Westfalen auf Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Peters beim Ankläger des Spruchgerichtes eingegangen. Zuständig sollte nun das Spruchgericht Bielefeld sein. In seinem Antrag gab der zweite Vorsitzende Tobias Blaustein an, eine große Anzahl neuer Belastungszeugen benennen zu können und erhob offiziell den Vorwurf der Korruption im Zusammenhang mit der Erstellung der Deportationsliste vom Februar 1945.¹²⁰

In den folgenden Monaten wurden durch Staatsanwälte und Polizei mit großem Aufwand die von Blaustein, Ehrmann und auch dem Lemgoer Sternheim benannten Zeugen vernommen. Diese stammten zum größten Teil aus Lippe, einige aus Bielefeld. Trotz des großen Eifers, mit welchem der zuständige Staatsanwalt diesen Vorwürfen nachging, bestritten sämtliche von Blaustein und anderen benannte Frauen und Männer, dass ihre Befreiung vom Transport wegen einer Gegenleistung erfolgte, teilweise vehement. In einigen Fällen wurde auf andere Personen verwiesen, von denen man gehört habe, sie hätten mit Geld, Schnaps oder Porzellan „gearbei-

¹¹⁸ Protestresolution der Jüdischen Gemeinde Bielefeld, 13. Februar 1948, EBD.

¹¹⁹ Jüdische Gemeinde für den Kreis Detmold an CIC, 16. Februar 1948, EBD.

¹²⁰ Jüdische Gemeinde für den Kreis Detmold an Spruchgericht, 12. Februar 1948, sowie Landesverband der Jüdischen Gemeinden Westfalens an Spruchgericht, 12. Februar 1948, in: BA, Z 42 IV Nr. 6740.

tet“. Es blieb jedoch bei solchen Geschichten vom Hörensagen, die Vorwürfe verloren sich im Vagen. In nur einem Fall, in dem es allerdings nicht um die Streichung von der Deportationsliste, sondern um eine Beurlaubung aus dem OT-Lager Oberloquitz im Herbst 1944 ging, fanden sich widersprüchliche Aussagen. Max Vorreuter und sein Sohn Hartwig bestätigten, dass man Peters einige Kleinlederwaren überlassen hätte, die Mutter Bertha und der Sohn Günter erklärten dagegen, der Gestapobeamte habe die Waren bezahlt.¹²¹ Die zahlreichen in der Akte des Spruchgerichtsverfahrens befindlichen Aussagen sind zumeist beklemmende Zeugnisse der bedrohlichen Lebenssituation der jüdischen „Mischehepartner“ und teilweise der „jüdischen Mischlinge“ 1944/45. Für die Seite des Anklägers waren sie nicht relevant.

Auch der Vorwurf, dass Peters während seiner Tätigkeit besondere Brutalität an den Tag gelegt habe und beispielsweise bewusst und absichtlich einzelne Personen in ein Lager und damit in den Tod geschickt habe, ließ sich aufgrund der Aussagen nicht erhärten. Damit verpufften die von Vertretern der Jüdischen Gemeinden Bielefeld und Detmold erhobenen Vorhaltungen.

4.4 Ein Schiedsgerichtsverfahren gegen Sternberg

Der „Fall Peters“ war mittlerweile zusätzlich ein „Fall Sternberg“ geworden. Der Landesverband Jüdischer Gemeinden Westfalens hatte auf die eingegangenen Protestresolutionen der Gemeinden Bielefeld und Detmold reagiert und kündigte im Falle Sternbergs die Einsetzung eines Schiedsgerichts an. Gemeinsam mit dem CIC warb er gegenüber den Gemeinden eindringlich für diesen Schritt.¹²² Als Vorsitzender des Gremiums war Dr. Max Rosenbaum (Dortmund), als Beisitzer waren Dr. M. Berger (Warburg) und Kurt Neuwald (Gelsenkirchen) vorgesehen. Zugleich wurde Louis Sternberg seiner Funktion als „Betreuer der verschiedenen Gemeinden“ bis zur Klärung offiziell enthoben.¹²³ An seiner Stelle fungierte nun Hermann Steinheim als Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Paderborn.¹²⁴

Zwischenzeitlich hatten sich Sternberg und seine Frau ebenfalls an den Landesverband gewandt. Die Schreiben sind nicht erhalten, dasjenige Louis Sternbergs führte aber zu einer rigorosen Entgegnung des Vorstandes:

„Wir müssen schon jetzt [...] die in Ihrem Schreiben enthaltenen Drohungen, evtl. die breiteste Öffentlichkeit mit der Angelegenheit befassen zu wollen, auf das Entschiedenste zurückweisen.“¹²⁵

¹²¹ Vgl. Aussagen Max, Berthas, Günter und Hartwig Vorreuters, 25. März 1949, EBD.

¹²² Landesverband Westfalen an Jüdische Gemeinde Bielefeld, 18. Februar 1948 sowie CIC an Jüdische Gemeinde für den Kreis Detmold, 23. Februar 1948, in: ZA, B 1/28 Nr. 104.

¹²³ Landesverband Westfalen an Louis Sternberg, 13. Februar 1948, EBD.

¹²⁴ Aufstellung Jüdischer Gemeinden in Westfalen, ca. 1948/49, in: WL, HA 6 E-9, sowie Landesverband Westfalen an Jewish Relief Unit (Düsseldorf), 7. Januar 1949, in: WL, HA 7 G-10. Hermann Steinheim, geboren 1910 in Paderborn, betrieb ein Porzellangeschäft. Mit Sternberg und anderen war er im November 1938 ins KL Buchenwald überstellt worden. Steinheim kehrte 1945 aus einem Arbeitslager nach Paderborn zurück, s. NAARMANN 2013, 580.

¹²⁵ Landesverband Westfalen an Louis Sternberg, 18. Februar 1948, in: ZA, B 1/28 Nr. 104. Darin auch der Hinweis auf die Schreiben des Ehepaares vom 16. und 17. Februar.

Die Öffentlichkeit mittels Presse über den Fall zu informieren, besonders über die Entscheidung des Schiedsgerichts, war allerdings auch ein deutliches Bedürfnis der Jüdischen Gemeinde in Bielefeld:

„Die hiesigen Tageszeitungen [...] haben die Angelegenheit in großer Aufmachung gebracht und dadurch in Kreisen der nichtjüdischen Menschen eine starke Animosität gegen Juden zum Ausdruck gebracht, wie wir das des Öfteren erfahren mussten.“¹²⁶

Darum solle die Entscheidung des Schiedsgerichtes dann unbedingt der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden, „damit Außenstehende erfahren, dass wir uns von Juden, die ein derartiges Verhalten an den Tag gelegt haben, sehr weit distanzieren. Wir sind es dem Ansehen aller jüdischen Menschen schuldig, Leute vom Schlage Sternberg aus unseren Reihen auszuschließen.“¹²⁷ Zuerst aber sollte der Ausgang des erneuten Spruchgerichtsverfahrens gegen Hermann Peters abgewartet werden.

4.5 Ein manipulierter „Persilschein“?

Erst nach Eingabe der Proteste und Wiederaufnahme des Verfahrens spielte Sternbergs „Persilschein“ für Peters wieder eine Rolle. Darin hatte er dem ehemaligen Gestapobeamten unzweifelhaft ein gutes Zeugnis ausgestellt. Neben Beispielen wie der Vernichtung von Anzeigen wegen verdeckten „Judensterns“, der Rückstellung oder späteren Reklamation von 1944 zum Arbeitseinsatz verschleppten Frauen und Männern fanden sich darin Aussagen zu einer „milden“ Abwicklung der Deportation nach Theresienstadt im Februar 1945:

„Betr. des Benehmen des Hermann Peters kann ich nur sagen, dass derselbe mir und auch den anderen Juden im Bezirk der Staatspolizeistelle nie den eigentlichen Nazi herausgekehrt hat. [...] Herr Peters hat es mich nie fühlen lassen, dass er gegen die Juden eingestellt sei, sonst hätte ich nicht nur im Bez. Bielefeld die Verschleppten zurückbekommen, denn in allen anderen Bezirken, wie Münster, Dortmund/Hörde, Gelsenkirchen, Recklinghausen und andere habe ich niemanden frei bekommen, wie gesagt nur im Bezirk Bielefeld, wo Peters die Juden und Mischlinge unter sich hatte.“¹²⁸

Es handelte sich dabei um ein Schreiben, das Louis Sternberg am 11. Mai 1947 an die Rechtsauskunftsstelle im Lager Staumühle gesendet hatte. Zuständig zeigte sich dort als Leiter der Regierungsrat Gurski. Dieser hatte das Dokument an das Spruchgericht weitergeleitet, allerdings in

¹²⁶ Jüdische Gemeinde Bielefeld an CIC, 27. Februar 1948, in: ZA, B 1/28 Nr. 104.

¹²⁷ EBD.

¹²⁸ Zeugnis Louis Sternbergs für Hermann Peters, gerichtet an die Rechtsauskunftsstelle im Lager Staumühle, 11. Mai 1947, in: BA, Z 42 IV Nr. 6740. Dieses umstrittene Zeugnis ist sowohl als durch die Rechtsauskunftsstelle beglaubigte Abschrift im Auszug erhalten wie u. a. in einem Vermerk des Staatsanwaltes in seiner kompletten Form.

einem um zwei Absätze gekürzten Auszug. Sternberg stattete Anfang März 1948, direkt nach den Protesten und seiner vorläufigen Amtsenthebung, Tobias Blaustein in Heidenoldendorf einen Besuch ab und beklagte, dass „seine Freunde eine so schlechte Meinung von ihm haben könnten, eine falsche einseitige Aussage zu Gunsten eines Gestapo-Beamten vor Gericht gemacht zu haben.“ Er hätte in seiner Stellungnahme nicht nur entlastende Momente, sondern auch Belastendes für den Angeklagten Peters angeführt. Genau diese Passagen aber hätte Gurski in seinem an das Gericht geleiteten Auszug fortgelassen. Blaustein gab den Gesprächsinhalt dieses Besuches und eine Abschrift des ungekürzten Schreibens wenige Tage später beim Staatsanwalt zu Protokoll.¹²⁹

Bei den fehlenden Passagen handelte sich um Fragen Sternbergs zu den Umständen von zwei Schicksalen: zu Karl Henkel, der als „Mischling 1. Grades“ ins Arbeitserziehungslager (AEL) Lahde bei Minden überstellt wurde und dort nach kurzer Zeit umkam, sowie zu Elsa Sieweke, die 1944 von „ihren Kindern weg“ verhaftet wurde, obwohl sie einen kleinen Säugling hatte.¹³⁰ „Wir Juden kannten ja zur Genüge, was es heißt, an Herzschlag oder dergl. verstorben, über diese Fälle bitte ich von Peters Aufklärung zu verlangen“, hatte Sternberg weiter geschrieben.

Der ehemalige Vertrauensmann berichtete aber ebenfalls, dass Gurski ihn per Brief um sein Einverständnis zur „Kürzung“ gebeten habe, weil „Peters so viel Gutes für die Juden getan habe“. Blaustein irritierte es, dass Sternberg darauf weder reagiert, noch in der ersten Verhandlung – nach Sitzungsprotokoll und Auskunft des Staatsanwalts – diese Punkte zur Sprache gebracht hatte.¹³¹

Sternberg erklärte kurz darauf bei einer Vernehmung durch den Staatsanwalt, in welcher er sein Schreiben vom 11. Mai und Gurskis „Empfehlung“ vom 19. Mai 1947 vorlegte, dass er seine Stellungnahme zu Peters dem Vorstandsmitglied des Landesverbandes Jüdischer Gemeinden Westfalens, den Landgerichtsdirektor und ehemaligen Vertrauensmann für den Regierungsbezirk Arnsberg, Dr. Max Rosenbaum, vor dem Absenden zur Kenntnis gegeben habe. Dieser hätte es auch „als richtig befunden“.¹³² Diesem ebenfalls irritierenden Sachverhalt wurde von Seiten Blausteins, der sich neben Ehrmann besonders engagiert in der Angelegenheit zeigte, nicht nachgegangen. Vielmehr bat er – Sternbergs Angaben nicht trauend – den Staatsanwalt, Gurski als Zeuge zu vernehmen. Wahrscheinlich, weil er sich wenig für das Verfahren dienliche Angaben davon versprach, vielleicht aber auch, weil er nicht beabsichtigte, sich in den „inner-jüdischen“ Disput einzuschalten, sah Staatsanwalt Landschütz davon ab.

Gegenüber dem Staatsanwalt machte Sternberg weitere Aussagen zu zahlreichen Einzelfällen und Schicksalen, die aber juristisch nicht bedeutsam waren. Er schwächte überraschenderweise sogar noch die Verantwortung von Peters in den Fällen Henkel und Sieweke ab:

¹²⁹ Erklärung Tobias Blaustein gegenüber Staatsanwalt beim Spruchgericht, 5. März 1948, in: BA, Z 42 IV Nr. 6740.

¹³⁰ Karl Henkel (geboren 1913) wurde am 10. August 1944 ins AEL Lahde verschleppt und dort bereits am 18. August erschossen. Elsa Sieweke (geborene Rothschild) lebte nach dem Tod ihres nichtjüdischen Mannes 1943 mit den Töchtern Ursula (1936) und Ellen (1944) weiter in Bielefeld. Sie wurde am 19. September 1944 nach Elben zum Arbeitseinsatz verschleppt. Vgl. MEYNERT/MINNINGER/SCHÄFFER 1985, 87 und 205.

¹³¹ Erklärung Tobias Blaustein gegenüber Staatsanwalt beim Spruchgericht, 5. März 1948; in: BA, Z IV Nr. 6740.

¹³² Erklärung Sternbergs gegenüber Staatsanwalt, o. D. [ca. 10. März 1948], EBD.

„[...] habe ich den Fall Henkel auch nicht für unbedingt belastend für Peters angesehen, da ich – wie ich in dem Schreiben zum Ausdruck gebracht habe – mir nicht im Klaren darüber war, ob in diesem Falle der Angeklagte oder sein Vorgänger im Amte Krim.-Oberass. Pützer beteiligt war. [...] Ich habe den Fall Sievecke zur Zeit der Abfassung meines Schreibens v. 11. Mai und auch in der Hauptverhandlung nur insofern als belastend für Peters angesehen, als Frau Sievecke von ihren Kindern weg verhaftet wurde.“¹³³

4.6 Die Revision im Spruchgerichtsverfahren 1949

Eineinhalb Jahre nach den Protesten und dem Revisionsantrag der jüdischen Organisationen erfolgte der neue Urteilsspruch, diesmal des Spruchgerichts Bielefeld, gegen Hermann Peters. Dieser basierte in keinem einzigen Fall auf den erhobenen Vorwürfen der Jüdischen Gemeinden Bielefelds und Detmolds. Von keinem einzigen Zeugen aus den Reihen der antisemitisch Verfolgten gab es tatsächlich gerichtsverwertbare Aussagen. Die Vorwürfe, die gegen Sternberg erhoben wurden, blieben im Vagen. Dass Peters dennoch verurteilt wurde, und zwar zu zweieinhalb Jahren Haft, war auf die Aussagen von Zeugen Jehovas aus dem Raum Bad Salzuflen-Herford und der eindringlichen Aussage Otto Vogets, Pfarrer der Bekennenden Kirche in Heiligenkirchen, zurückzuführen. In diesen Fällen war Peters demnach als Angehöriger des Kirchenreferats der Gestapo Bielefeld 1943 und 1944 mit brutalen Methoden vorgegangen. Voget bezeichnete ihn gar als einen „mit Lust“ agierenden „Menschenjäger“.¹³⁴

Die *Freie Presse* berichtete nach dem Urteil im September 1949 ausführlich, erwähnte dabei sowohl Sternbergs Fürsprache wie auch für Peters weniger positive Aussagen:

„Es ergab sich das Bild eines Gestapobeamten, der in einer ganzen Reihe von Fällen ‚beide Augen zugeedrückt‘ habe, nämlich immer dann, wenn er sich davon Vorteile versprach. Gegen andere Leute ging er [...] mit ‚seelischem Sadismus‘ vor.“

Vor allem aber habe sich Peters im Frühjahr 1948 durch „raffinierten Betrug reinzuwaschen gewusst“:

„Er legte damals die Abschrift einer eidesstattlichen Erklärung des früheren Vertrauensmannes der Reichsvereinigung der jüdischen Gemeinden in Deutschland, Louis Sternberg (Paderborn), vor, in der ihm loyales Verhalten gegenüber den ostwestfälischen Juden und in mehreren Fällen sogar ein „gestapowidriges“ Handeln beigeugt wurde. Das Spruchgericht Hildesheim hatte damals keine Ahnung davon, dass der Angeklagte in der Abschrift der Erklärung, die von Morden an Bielefelder und Detmolder Juden handelte

¹³³ EBD.

¹³⁴ Otto Voget an Spruchgericht, 10. Februar 1948, sowie Aussage Voget, o. D., in: BA, Z 42 IV Nr. 6740.

und den Angeklagten schwer belasteten, einfach unterschlagen hatte. Der Schwindel wurde nachträglich bekannt und die Revision der Staatsanwaltschaft führte zur Aufhebung des Freispruchs.“¹³⁵

Das Urteil des Spruchgerichts Bielefeld lautete auf zwei Jahre und sechs Monate Haft.

Peters Bild als „guter Gestapomann“ ist durchaus in Frage zu stellen. Unabhängig der guten Leumundszeugnisse von ehemals antisemitisch verfolgten Frauen und Männern aus der Region, und das nicht nur von Seiten Sternbergs, erscheinen Peters' Einlassungen vor verschiedenen Gerichten zu seiner Tätigkeit im Einsatzkommando 12 der Einsatzgruppe D im Süden der Sowjetunion wenig glaubwürdig. Grundsätzlich aber bleibt auch die Frage im Raum stehen, warum Peters gegenüber Juden nachsichtiger agiert haben sollte als gegenüber Zeugen Jehovas oder Personen des kirchlichen Widerstandes.

Möglicherweise verhielt sich Peters 1944/45 angesichts dessen, dass die Alliierten „vor der Haustür“ standen, auch aus Eigeninteresse gnädiger. Viele Funktionäre und Gefolgsleute auf allen Ebenen waren bemüht, sich rückzuversichern. Befehle wurden nicht mehr oder nicht mehr konsequent ausgeführt, in der Hoffnung, dass sich dieses Verhalten später rentieren könnte. Seine Haftstrafe musste Hermann Peters nicht antreten, sie galt durch die Internierungshaft als verbüßt. Peters stand später noch einige Male sowohl als Angeklagter als auch als Zeuge vor Gericht. In keinem Fall hatte er Konsequenzen zu erleiden. Ende der 1940er Jahre legte er Berufung gegen die Eingruppierung in seinem Entnazifizierungsverfahren ein, um die Möglichkeit zu erhalten, wieder als Kriminalbeamter in den Staatsdienst zurückzukehren. Als positive Belege reichte er wiederum Zeugnisse antisemitisch Verfolgter ein, die meisten davon lagen bereits im Spruchgerichtsverfahren vor – auch der „Persilschein“ Louis Sternbergs, wiederum in der vom Regierungsrat Gurski reduzierten Version.¹³⁶ Tatsächlich stand Peters später wieder im Polizeidienst.

5 Louis Sternberg bis zu seinem Tod 1968

Es ist unklar, ob das Schiedsgerichtsverfahren gegen Louis Sternberg noch stattfand. Darüber Aufschluss gebende Unterlagen ließen sich nicht ermitteln. In einer der vielen Suchanzeigen nach dem Verbleib Deportierter, die sich in der in New York erscheinenden jüdischen Zeitung *Aufbau* finden, tritt Louis Sternberg im März 1950 wieder als Vorsteher der Synagogengemeinde Paderborn in Erscheinung.¹³⁷ Somit war die Suspendierung aufgehoben worden.

Sternberg blieb seinem Ruf als eigenwilliger Charakter treu. 1953 beschritt er einen ungewöhnlichen und rechtlich nicht vorgesehenen Weg, Entschädigungsansprüche geltend zu machen. Im Mai richtete er ein Schreiben an den Paderborner Stadtdirektor Wilhelm Sasse, in welchem

¹³⁵ FREIE PRESSE vom 30. September 1949.

¹³⁶ S. Akte des erneuten Entnazifizierungsverfahrens gegen Hermann Peters, 1948-51, in: LANDESARCHIV NORD-RHEIN-WESTFALEN ABT. RHEINLAND, NW 1023 Nr. 7469.

¹³⁷ AUFBAU vom 17. März 1950. Es handelt sich um eine Suchanzeige nach Moses Süssmann aus Altenbeken, die Sternberg für die Angehörigen ins Blatt setzen ließ.

er als Bevollmächtigter seiner deportierten Angehörigen auftrat. Es handelte sich in diesem Fall um den im Ghetto Theresienstadt umgekommenen Vater und die das Ghetto überlebende und nun in New York lebende Mutter. Sternberg reichte eine Liste des damals vorhandenen Hausrats ein. Die Stadt äußerte ihr Unverständnis, dass der vorgeschriebene Weg nicht eingehalten würde, zeigte sich aber bereit, 3.500 DM zu zahlen. Sternberg unterzeichnete im Gegenzug eine Abfindungserklärung.¹³⁸

Wie umstritten Louis Sternberg sowohl als Person als auch als Vorsitzender in seiner Gemeinde gewesen ist, und ob es neben Erwin Angress weitere Mitglieder gab, die ihn in Frage stellten, lässt sich nicht beantworten. Bevor Ende November 1959 die neue Synagoge in Paderborn geweiht wurde, trat Sternberg aus dem Judentum aus.¹³⁹ Das Amt als 1. Vorsitzender hatte im Jahr zuvor Karl Theo Herzheim übernommen.¹⁴⁰ Am 11. November 1968 starb Sternberg, nachdem seine Ehefrau Louise bereits im Februar 1967 verschieden war.¹⁴¹

Schluss

Den ab 1943 tätigen Vertrauensleuten der Reichsvereinigung haftete mehr noch als den vorherigen Bezirksstellenleitern bei den Juden der Ruf an, der „Gestapo genehme und willfähriger Handlanger zu sein“.¹⁴² Im Fall der erhobenen Vorwürfe gegen Louis Sternberg nach 1945 tritt dieses deutlich hervor. Er war kein Einzelfall, dem ein Schieds- oder Ehrengerichtsverfahren drohte. Der Münchener Vertrauensmann Theodor Koronczyk war sogar in Internierungshaft genommen und in einem ersten Verfahren zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt worden.¹⁴³

Zum Blick auf Sternberg gehört aber unbedingt: Er hatte sich nicht in dieses Amt gedrängt. Wie viele der Funktionäre in Zentrale oder Bezirksstellen und auch der unterstützend tätigen Vorsitzenden der Jüdischen Kultusvereinigungen übernahm er die aufgezwungene Aufgabe, sehr wahrscheinlich in bester Absicht. Soweit die wenigen erhaltenen Akten es hergeben, hat er sein Amt als Vertrauensmann durchaus umsichtig ausgeführt und sich für die in seinem Bezirk lebenden Jüdinnen und Juden eingesetzt. Hinweise auf persönliche Bereicherung ließen sich nicht finden.

Als Alleinverantwortlicher für die Juden in den Regierungsbezirken Münster und Minden sowie das Land Lippe ab Mitte 1943 stand er unter großem Druck. Allgegenwärtig für ihn waren nicht nur die Handlungszwänge, in denen er sich befand, sondern ebenfalls Gefühle von Ohnmacht und Hilflosigkeit. Zur alltäglichen Arbeit zählte für ihn auch die „tödliche Gratwanderung“ im Umgang mit den Gestapostellen. Wie andere Vertrauensleute war er bemüht, durch ein möglichst korrektes Handeln die bestehende „Beziehung“ zur Gestapo nicht zu verschlech-

¹³⁸ Zum Vorgang s. STADT- UND KREISARCHIV PADERBORN, B Nr. 2082.

¹³⁹ Laut Erklärung gegenüber dem Amtsgericht Paderborn, 24. Juli 1959, dazu Eintrag in der Einwohnermeldekarte, in: STADT- UND KREISARCHIV PADERBORN.

¹⁴⁰ NAARMANN 1999, 586.

¹⁴¹ Einträge in der Einwohnermeldekarte, in: STADT- UND KREISARCHIV PADERBORN.

¹⁴² MEYER 2011, 364.

¹⁴³ EBD., 404 f.

tern, was in der Konsequenz bedeuten konnte, die wenigen vorhandenen minimalen Spielräume weiter einzuschränken oder gar völlig zunichte zu machen.

Seine Spielräume waren mindestens bis zur Amtsübernahme des „Judenreferenten“ Hermann Peters eher gering. Zum eigenen Vorteil nutzte er sie nicht. Wie andere jüdische Frauen, Männer und Kinder wurden seine engsten Angehörigen in die Ghettos und Lager deportiert. Er selbst musste ständig befürchten, einem Transport zugeteilt zu werden. Als unter der Federführung der „Judenreferenten“ Hermann Schmitz (Gestapoleitstelle Münster) und Hermann Peters (Gestapoaußendienststelle Bielefeld) im September 1944 viele der verbliebenen jüdischen Mischehepartner und „Mischlinge 1. Grades“ zur Zwangsarbeit in OT-Lager verschleppt wurden, traf ihn diese Maßnahme ebenfalls.

Nach dem Krieg stand Sternberg im Fokus der aus den Lagern Zurückgekehrten, weil er nach Kriegsende an seiner Rolle als Sprachrohr der Juden festhielt. Er agierte als Ansprechpartner der Besatzungsbehörden, der Stadt und jüdischer Organisationen. Dazu gesellte sich ein vorherrschender Generalverdacht der Kollaboration der Reichsvereinigungs-Funktionäre mit der Gestapo. Sie galten zumindest als suspekt.¹⁴⁴ Im Fall Sternbergs stand anfangs die Frage im Raum, aus welchen Gründen er im Februar 1945 nicht noch deportiert wurde. Eine Frage, die eine noch höhere Bedeutung erhielt, als die jüdische Gemeinschaft 1948 von Sternbergs positiven Aussagen für den ehemaligen Gestapobeamten Peters erfuhr. Aus diesem Zwielficht heraus zu treten, gelang ihm wie zahlreichen anderen Vertrauensmännern nie gänzlich. Der vage Vorwurf der Kollaboration blieb bestehen, belastete das Leben der Vertrauensleute in der Nachkriegszeit und konnte sogar das Miteinander in den neugegründeten Gemeinden vergiften.¹⁴⁵ Die vielfach vorgetragenen Vorwürfe erwiesen sich oftmals jedoch mehr als Fiktion denn als belastbare Fakten.

Es bleiben offene Fragen, die ein abschließendes Urteil über Louis Sternberg in seiner Rolle als Vertrauensmann erschweren. Dazu gehört die, warum die Ehefrau Louise als „Geltungsjüdin“ von Maßnahmen offenbar unbehelligt blieb. Spekulationen darüber, ob die Gestapo damit Sternberg zu einem „gefälligeren“ Handlanger machte, sind nicht zielführend. Die vorhandenen Quellen lassen keine Antwort darauf zu. Die offene Frage, weshalb Sternberg am 13. Februar 1945 nicht mit den fast 60 weiteren Betroffenen deportiert wurde, ist ebenfalls nicht klar zu beantworten. Vielleicht mag eine Rückstellung erfolgt sein, weil er bereits für den nachfolgenden Transport aus Halle vorgesehen war. Möglicherweise verschaffte ihm Peters tatsächlich die Gelegenheit zum Untertauchen. Dass Sternberg versuchte, dem Transport nach Theresienstadt zu entgehen, ist menschlich und hebt ihn nicht aus der Reihe der anderen Vertrauensleute oder seiner Glaubensgenossen hervor.¹⁴⁶

Schwer nachzuvollziehen ist jedoch Louis Sternbergs beharrliches Eintreten für den ehemaligen „Judenreferenten“ trotz der heftigen Proteste und trotz des eingeleiteten Schiedsgerichtsverfahrens. Dieses mutet auch deshalb eigentümlich an, weil Peters wegen seiner von ihm herunter-

¹⁴⁴ EBD., 393 f.

¹⁴⁵ EBD., 397 f.

¹⁴⁶ MEYER 2011, 388 f.

gespielten Einsatzgruppen-Tätigkeit bei weitem nicht der „weiße Rabe“ gewesen sein konnte, als der er sich stilisierte. Verschaffte Sternberg Peters einen „Persilschein“, weil dieser ihm angesichts des nahen Kriegsendes und der damit verbundenen Sorge, für seine Tätigkeit zur Rechenschaft gezogen zu werden, die Möglichkeit des Untertauchens gewährte?

Zu erwähnen ist auch, dass Sternberg sich Nachfragen von ehemaligen Bediensteten der Paderborner Gestapo nach „Persilscheinen“ verweigerte.¹⁴⁷ Dem für die verschiedenen Personenkarteien, darunter die „Judenkartei“, zuständigen Bielefelder Gestapobeamten Rudolf Elsner verwies er 1947 an einen anderen Verfolgten, „der Sie besser kennt“ und schrieb nur verhalten zurück, dass ihm „nichts Nachteiliges“ über ihn bekannt sei.¹⁴⁸

Ein Bild von Louis Sternberg zu zeichnen, ist aufgrund der eingeschränkten Quellenlage, vor allem auch der fehlenden Selbstzeugnisse Sternbergs, nicht in der gewünschten Schärfe möglich. Die klare Beantwortung der Frage, ob oder inwieweit Sternberg nun ein „Kollaborateur der Gestapo“ gewesen ist, lässt sich folglich nicht eindeutig beantworten. Aufgabe des Historikers ist es, diese Fragen – oder vielleicht auch: Rätsel – darzulegen und sich einer Biografie wie der Sternbergs so nah und so objektiv wie möglich anzunähern.

¹⁴⁷ Erklärung Sternbergs gegenüber Staatsanwalt, o. D. [ca. 10. März 1948], in: BA, Z 42 IV Nr. 6740. Demnach erschienen regelmäßig Angehörige der internierten Beamten der „Pader-Gestapo“ bei den Sternbergs. Bei der stichprobenhaften Recherche in den Beständen NW 1023 und 1072-RB des LAV NRW RHEINLAND ließen sich tatsächlich keine von ihm verfassten Leumundszeugnisse finden.

¹⁴⁸ Sternberg an Rudolf Elsner, 15. Mai 1947, in: LAV NRW RHEINLAND, NW 1072-B/31/023.

Der Volksgerichtshof und das Spruchgericht Detmold-Hiddesen. Milde Strafe für einen NS-Juristen

von Bärbel Sunderbrink

DER SPIEGEL brachte in seiner Ausgabe vom 6. November 1948 folgende Nachricht:

„Bis zur Verdunkelung spielte der Detmolder Kino-Vorführer pietätlos den »Theodor im Fußballtor«, dann projizierte Oberstaatsanwalt Walther Kleffel den von Goebbels' Kameramännern gedrehten Film »Attentäter des 20. Juli« auf die Leinwand. Kleffel, der selbst vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt wurde, ist Oeffentlicher Ankläger beim Spruchgericht Hiddesen. Er will mit dem Film seine Anklage gegen den früheren Beisitzer des Volksgerichtshofes, Reichshauptamtsleiter Kurt Giese (Gnadengesuch-Sachbearbeiter der Führerkanzlei), erhärten. »Lumpen, Mörder, Schweine«, schreit die Zelluloidstimme des Volksgerichtshof-Präsidenten Roland Freisler Schulenburg, Gördeler, Hassell und ihre Mitangeklagten an. Hoepfner kommt nur in grauer Kommiß-Strickjacke. Alle haben gestapograue Gesichter und tiefliegende Augen. - Gieses Verteidiger erhob Einspruch gegen Kleffels Film-Matinee wegen unzulässiger Schöffen-Beeinflussung. Kleffel möchte den Film möglichst allen Deutschen, wenigstens aber allen Juristen, zeigen. Die Alliierten und das Hamburger Zentral-Justizamt sind dagegen.“¹

Was ist der Hintergrund dieser kurzen Nachricht in Deutschlands führendem Nachrichtenmagazin? Was hat ein Prozess vor dem Volksgerichtshof mit Detmold zu tun? Und warum erzeugt die Vorführung eines Films ein solches Aufsehen?

Als *DER SPIEGEL* über die ungewöhnliche Kino-Matinee berichtete, stand die Abwicklung einer in Detmold-Hiddesen für die Aufarbeitung des NS-Unrechts wichtigen, aber bislang wenig erforschten Institution bevor: Das im Rahmen der von den Briten so genannten Operation „Old Lace“ im April 1947 eingerichtete Spruchgericht sollte zum Ende des Jahres 1948 seine Arbeit einstellen. Es war also Eile geboten, die noch unerledigten Fälle abzuarbeiten.

Dass das Gericht nach einer derart kurzen Zeit wieder aufgelöst werden sollte, lag an seiner besonderen Zuständigkeit. Die Aufgabe des Spruchgerichts bestand in der Ermittlung und Aburteilung des Führerkorps der NSDAP sowie der Mitglieder der Gestapo, der SS und des SD.² Bei den dort verhandelten Verfahren ging es anders als bei den gleichzeitig stattfindenden

¹ *DER SPIEGEL* 45/1948, 6. November 1948.

² Vgl. MARTIN BROZAT, Siegerjustiz oder strafrechtliche „Selbstreinigung“. Aspekte der Vergangenheitsbewältigung der deutschen Justiz während der Besatzungszeit 1945-1949, in: *VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE*, 29. Jg. (1981), 477-544, 516 f.; HEINER WEMBER, Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands, Essen 1991; SEBASTIAN RÖMER, Mitglieder verbrecherischer Organisationen nach 1945. Die Ahndung des Organisationsverbrechens in der britischen Zone durch die Spruchgerichte, Frankfurt/Main u. a. 2005; WOLFGANG SCHILD, Die deutschen Spruch[stra]fgerichte: Zur Rechtsgeschichte

Entnazifizierungsverfahren nicht um die Beurteilung der politischen Tragfähigkeit einzelner Personen für den demokratischen Neubeginn. In den Verfahren der Spruchgerichte ging es vielmehr um die strafrechtsrelevante Mitgliedschaft in NS-Organisationen.³ Das Gericht war auf Anweisung der britischen Militärregierung eingerichtet worden, nachdem das Nürnberger Militärtribunal NSDAP, Gestapo, SD und SS als verbrecherische Organisationen erklärt hatten. Mit ihrer Verordnung Nr. 69 vom 31. Dezember 1946 übertrug die Militärregierung die Überprüfung der sogenannten Organisationsverbrechen der deutschen Justiz und entledigte sich damit selbst schon wegen der großen Anzahl an zu behandelnden Fällen einer kaum zu bewältigenden Aufgabe. Unter Aufsicht eines Generalinspektors mit Sitz in Hamburg wurde eine Gerichtsorganisation aufgebaut, die nicht nur eine nie dagewesene Anzahl an Verfahren abzuurteilen hatte, sondern sich binnen kürzester Zeit einer völlig neuen Rechtsmaterie stellen musste. Die Staatsanwälte, Richter und ehrenamtlichen Schöffen hatten für die Amtsträger derjenigen Organisationen, die vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg als verbrecherisch deklariert worden waren, zu klären, welche Kenntnis er von den Zielen und Aktionen der NS-Führung gehabt hatte.

Der öffentliche Druck war groß: Im Herbst 1946 saßen noch etwa 20.000 „security suspects“ in den sechs Internierungslagern der britischen Zone. Dies waren Ortsgruppen- und Kreisleiter sowie Angehörige von Gestapo, SD und SS mit entsprechenden Rängen, aber auch Gauleiter, höhere Ministerialbeamte und Förderer der NSDAP aus der Wirtschaft. In der Senne gab es gleich zwei Lager: In Staumühle bei Hövelhof nahe Paderborn waren etwa 4.500 Personen untergebracht, darunter auch Frauen. Das Lager Eselsheide mit 4.800 Personen war auf dem Gelände des Stalag VI K 326 in Schloß Holte-Stukenbrock eingerichtet worden. Jedem einzelnen der Internierungslager musste ein Spruchgericht zugeordnet werden, zudem wurde in Hamm ein Revisionsgericht aufgebaut werden.

Aufbau des Spruchgerichts in Hiddesen

Zunächst musste die Frage geklärt werden, wo der Spruchgerichtshof für das Lager Staumühle, das Civil Internment Camp (CIC) No. 5 aufgebaut werden könnte.⁴ Die dem Internierungslager nächst gelegene Stadt Paderborn kam wegen der massiven Kriegszerstörungen dafür nicht

der Britischen Besatzungszone, in: LUTZ EIDAM/MICHAEL LINDEMANN/RALF MÜLLER/ANDREAS NEUHAUS (Hg.), Festschrift für Stephan Barton zum 70. Geburtstag, Heidelberg 2023, 583-606.

³ Die Aufgabe der Spruchgerichte in der britischen Zone weicht damit von denen der amerikanischen Zone ab. Dort wurden die Mitglieder der „Verbrecherischen Organisationen“ im Rahmen der Entnazifizierungsverfahren überprüft.

⁴ KARL HÜSER, „Unschuldig“ in britischer Lagerhaft? Das Internierungslager No. 5 Staumühle 1945-1948, Köln 1999; KERSTIN SCHULTE, Britische Internierungslager in Westfalen im Kontext der alliierten Besatzungspraxis, Eine multilaterale Beziehungsgeschichte, in: PETER E. FÄßLER/ANDREAS NEUWÖHNER/FLORIAN STAFFEL (Hg.), Briten in Westfalen. Besatzer, Verbündete, Freunde? Paderborn 2019, 24-52; DIES., „Unseren Stolz brauchen sie nicht.“ Die Internierung von nationalsozialistischen Funktionären in der Senne, in: FALK PINGEL (Hg.), Das Stalag 326 in Stukenbrock/Senne – zum Fortwirken der Lagergeschichte über den Krieg hinaus: Die Repatriierung sowjetischer Kriegsgefangener und die Internierung von NS-Funktionären, Bielefeld 2021, 3-14; demnächst: DIES., „Volksgemeinschaft“ hinter Stacheldraht. Die Internierungslager in der britischen und US-amerikanischen Besatzungszone und ihre Bedeutung für die deutsche Nachkriegsgesellschaft, 1945-1958, München 2024.

infrage, wohl aber das kaum zerstörte Detmold. Am 29. Januar 1947 erhielt der als unbelastet geltende frühere Präsident der Reichsbahndirektion Stettin Dr. Bruno Wenzel⁵ vom Generalinspekteur des Zentral-Justizamts für die Britische Zone den Auftrag, die Einrichtung der Spruchgerichte in Bielefeld und Detmold aufzunehmen.⁶ Zunächst waren in Detmold das Gerichts- und das Landtagsgebäude als Standort ins Auge gefasst worden,⁷ doch dagegen, regte sich Widerstand. Von der Überlegung, die Spruchkammern zusammen mit der Anklagebehörde in den Gerichts- und Verwaltungsgebäuden am Kaiser-Wilhelm-Platz unterzubringen, kam man rasch wieder ab. Der noch amtierende Landespräsidenten Heinrich Drake hatte zu Bedenken gegeben, dass die eben erst wieder angelaufene zivile Rechtspflege durch dieses Vorhaben gleich wieder zum Erliegen kommen würde.⁸

Eine Alternativlösung konnte in der zur Ortschaft Hiddesen gehörenden Villensiedlung an der „Schanze“ gefunden werden. Dort – abgeschieden von der Öffentlichkeit – konnten 18 Gebäude zur Verfügung gestellt werden: Zwölf Wohnhäuser waren zuvor für die britischen Streitkräfte beschlagnahmt worden (der sogenannte Marschallblock), fünf weitere und das zur Eisenbahndirektion Essen gehörende Erholungsheim „Frische Quelle“ waren mit baltischen Displaced Persons belegt. Die dort untergebrachten Letten mussten gegen den Widerstand der UNRRA umgehend ihre Unterkünfte räumen.⁹ Die zumeist aus der Jahrhundertwende stammenden Gebäude wurden im April 1947 förmlich vom Zentral-Justizamt requiriert.¹⁰ Der Anklagebehörde wurden die „Frische Quelle“ und die fünf geräumten Gebäude zugewiesen. Die einzelnen Spruchkammern verteilte man auf die übrigen verstreut liegenden Villen.

Die bis zu 150 Beschäftigten, die zum größten Teil von außerhalb kamen, mussten ebenfalls in den Gebäuden untergebracht werden, denn der Wohnraum in der Stadt war äußerst knapp. In der „Frischen Quelle“ wurde gegen Wertmarken ein gemeinsamer Mittagstisch angeboten (die Mitglieder des Spruchgerichtes erhielten eine Schwerstarbeiterzulage), außerdem waren eine Fahrbereitschaft und ein Wäscheservice eingerichtet.¹¹

Das Gericht in Hiddesen war in 20 Kammern untergliedert. Jede der Spruchkammern wurde mit einem Vorsitzenden mit Befähigung für das Richteramt sowie zwei Laienrichtern besetzt.

⁵ Geb. 1888 in Lyck/Ostpreußen, gest. 1965 in Hiddesen/Detmold, Verwaltungsjurist.

⁶ BUNDESARCHIV (BA), Z 42 V, Nr. 4293, Bl. 344; Wenzel wurde selbst zum Staatsanwalt beim Spruchgericht Hiddesen berufen.

⁷ SCHILD 2023.

⁸ LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN, ABTEILUNG RHEINLAND, NW 179, Nr. 612; im Schriftwechsel zwischen der Britischen Militärverwaltung, dem noch amtierenden Lippischen Landespräsidenten Heinrich Drake und dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten seit 14. Januar 1947 geht es um die „Planung eines Gerichtshofs zur Aburteilung von Kriegsverbrechern“. Zur Auseinandersetzung zum Standort auch LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN, ABTEILUNG OSTWESTFALEN (LAV NRW OWL), D 21 B, Nr. 63330. ERNST BAUER, Wiederaufbau und Entwicklung der Justiz im Landgerichtsbezirk Detmold seit dem Zusammenbruch 1945, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN ZUR GESCHICHTE UND LANDESKUNDE, 29/1960, 153-188, hier 166 f., geht auf das Spruchgericht nicht im Detail ein.

⁹ STADTARCHIV DETMOLD, D 106 Detmold A, Nr. 2008, Schreiben an den Stadtdirektor, 5. März 1947.

¹⁰ KREISARCHIV LIPPE, K2 Detmold, Nr. 1608 und BA, Z 42 I, Nr. 187, Bl. 190-207, Requirierungen in der Zeit 18.-21. April 1947: Haus Erna an der Dreimannstr. 110, Haus Römer, Haus Luginsland und Haus Dinkler am Maiweg 159, 181, 223, das Doktorhaus am Sanatorium, Schanze Nr. 99, 104, 125, 126, 129, 130, 131, 133, 136, 144, 151, 163 sowie das Eisenbahnererholungsheim „Frische Quelle“.

¹¹ BA, Z 42 V, Nr. 4256; Nr. 4293, Bl. 107 ff.

Die Laienrichter waren aus Vorschlaglisten, die die lippischen Gemeinden zusammengestellt hatten, durch einen Ausschuss gewählt. Diesem Ausschuss gehörten der Detmolder Landgerichtspräsident, Gewerkschaftsvertreter, je zwei Spruchgerichtsvorsitzende, Gemeindedirektoren oder Bürgermeister sowie Oberkreisdirektoren oder Landräte an.¹² Voraussetzung für eine Wahl war wie bei den Richtern, dass man weder der NSDAP angehört, noch in einer ihrer Gliederungen ein Amt bekleidet hatte. Eine derart hohe Zahl an unbescholtenen Beisitzern zu finden, war jedoch schwierig. Mit 364 Laienrichtern hatte Hiddesen im Vergleich zu den übrigen Spruchgerichten zwar die weitaus höchste Zahl an Beisitzern, doch aufgrund der Menge an Verfahren wären deutlich mehr notwendig gewesen.¹³ In der Anklagebehörde waren neben Hilfspersonal zu Höchstzeiten 38 Staatsanwälte eingesetzt.¹⁴

Es dauerte bis zum 5. Mai 1947, ehe die ersten Vernehmungen der Staatsanwaltschaft stattfanden, die erste Anklage wurde am 12. Juni erhoben und das erste Urteil am 5. August gesprochen.¹⁵ Anfänglich musste viel improvisiert werden: Erst nach Monaten waren alle Gebäude renoviert und eingerichtet worden. Die Verhöre der Angeklagten und Zeugen fanden daher zum Teil in den Wohnräumen der Ankläger statt, dazu mussten Schreibmaschinen auf dem steilen Gelände mühevoll hin und her geschafft werden.¹⁶ Die Verhandlungen erfolgten mündlich, so dass die Rechtsauskunftstelle in Staumühle dafür sorgen musste, dass die Internierten per Bus nach Hiddesen gebracht wurden.¹⁷ Ein Problem stellte die Unübersichtlichkeit der Gerichtsgebäude auf der Schanze dar, so dass die Sitzungsräume in den Villen schwer zu finden waren.¹⁸ Allerdings erwartete man nur bei Prozessen gegen prominentere Angeklagte eine größere Zuschauermenge und nutzte dafür den Saal in der „Frischen Quelle“.

Die Öffentlichkeit erfuhr erst am 25. April 1947 aus der *Westfalen-Zeitung* näheres über den neuen Gerichtshof. Weil es offensichtlich über die Unterscheidung von „Entnazifizierung“ und „Spruchgerichtsbarkeit“ zu Irritationen gekommen war, informierte Generalinspekteur des Zentral-Justizamtes für die Britische Zone, Dr. Friedrich Meyer-Abich,¹⁹ darüber, dass es um die Verurteilung wegen der Zugehörigkeit zu einer der Organisationen ging, die in Nürnberg als verbrecherisch erklärt worden waren. Mit der Intention, die Öffentlichkeit „schnell und richtig“²⁰ über die Verfahren zu informieren, war ein Pressereferat eingerichtet worden. Wiederholt musste dieses darlegen, dass das Spruchgericht keine englische Einrichtung war und in

¹² BAUER 1960, 167.

¹³ DENKSCHRIFT ÜBER DAS SPRUCHGERICHTSVERFAHREN IN DER BRITISCHEN ZONE, hrsg. von der Dienststelle des Generalinspektors für die Spruchgerichte in der britischen Zone, Hamburg 1950, Teil A, 10; zur Benennung der Schöffen: KREISARCHIV LIPPE, K2 Detmold, Kreisverwaltung, Nr. 238.

¹⁴ BA, Z 42 V, Nr. 4293, Bl. 181; Stand 30. September 1947.

¹⁵ EBD., Bl. 333-337; DENKSCHRIFT 1950, Teil A, 14.

¹⁶ EBD., Bl. 335.

¹⁷ BA, Z 42 V, Nr. 4315, Bl. 35.

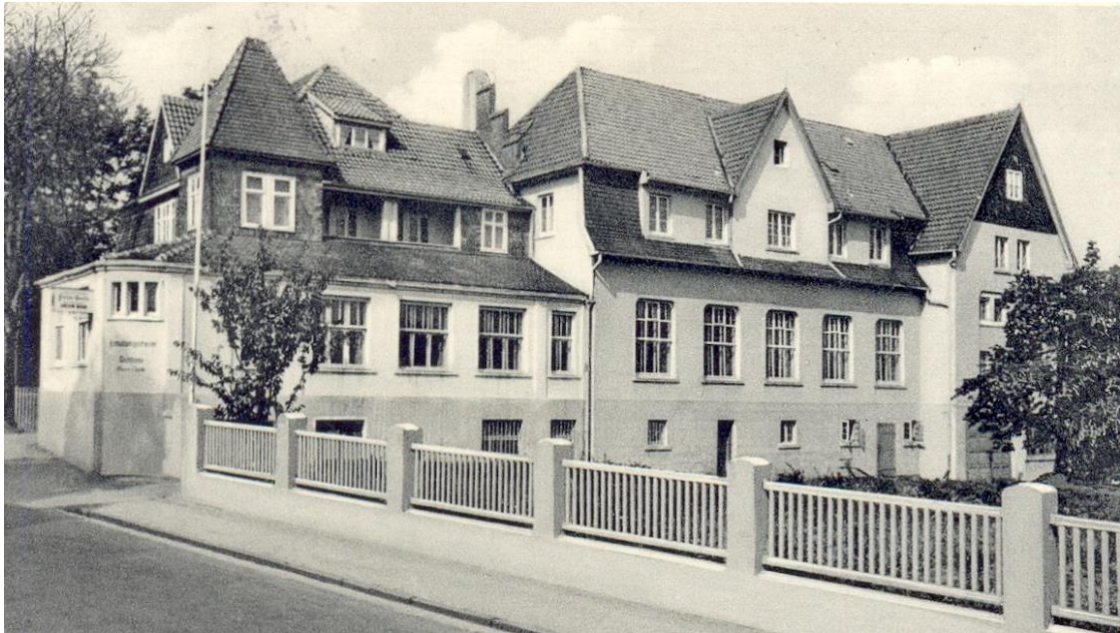
¹⁸ EBD., Bl. 46.

¹⁹ Geb. 1895 in Emden, gest. 1972 in Hannover, vor der Berufung zum Generalinspekteur des Zentraljustizamtes für die Spruchgerichte der Britischen Zone war er Generalstaatsanwalt am Oberlandesgericht Oldenburg.

²⁰ DENKSCHRIFT 1950, Teil A, 28.

Hiddesen keine „politischen“ Prozesse stattfanden. Es betonte, dass das Gericht rechtsstaatlich nach dem Grundsatz „Keine Strafe ohne Gesetz“ urteilte.²¹

Insgesamt 12.749 rechtskräftige Urteile wurden von den sechs Spruchgerichten gefällt. Dabei hatte Hiddesen neben Bielefeld die meisten Verfahren zu bewältigen. Im Sommer 1947 in Staumühle 4.571 Internierte ein. Denn auch wenn für viele der Internierten keine Verfahren eröffnet wurden, hatten doch Hiddesen und Bielefeld zusammen annähernd die Hälfte aller Fälle zu bearbeiten.²²



*Abb. 1: Das Spruchgericht Hiddesen tagte in dem Erholungsheim „Frische Quelle“ an der Friedrich-Ebert-Straße.
Aufnahme von 1953.*

(STADTARCHIV DETMOLD, Bildarchiv Nr. 1710)

Kurt Giese – Jurist in der Kanzlei des Führers

Einer jener Prozesse, bei denen ein hohes Zuschauerinteresse zu erwarten war, war jener gegen den Juristen Kurt Giese. Immer wieder wurde beklagt, dass Verfahren gegen die am schwersten Belasteten herausgeschoben wurden. Dies traf offensichtlich auch auf den Fall des ehemaligen Reichshauptamtsleiters zu, der erst Ende Oktober 1948 und damit wenige Wochen vor Auflösung des Gerichts verhandelt wurde.

Der am 25. November 1905 im westpreußischen Brohse, Kreis Tuchel, geborene Lehrersohn Kurt Ulrich Giese hatte die Auswirkungen des Versailler Vertrages hautnah zu spüren bekommen. Er war zunächst in Thorn zum Gymnasium gegangen, musste dann aber mit der Bildung des

²¹ STADTARCHIV DETMOLD, D 106 Detmold A, Nr. 2008, Schreiben an den Stadtdirektor, 5. März 1947; KREISARCHIV LIPPE, K2 Detmold, Kreisverwaltung Nr. 1608; BA, Z 42 V, u. a. Nr. 4293, Bl. 183; Nr. 4295, Bl. 5.

²² DENKSCHRIFT 1950, Teil C, 2. Die Gesamtzahl der Internierten lag im Frühjahr 1947 bei 19.224. Bis Oktober 1949 stieg die Gesamtzahl auf 27.748 Personen an, wobei es vielfach zu keinem Verfahren kam.

Polnischen Korridors und der damit verbundenen Ausweisung des Vaters in Göttingen seine Schulausbildung abschließen. Am Göttinger Gymnasium traf er auf eine betont national eingestellte Lehrerschaft, was ihn offensichtlich prägte. Er gehörte dem Deutschnationalen Jugendbund und dem Jungdeutschen Orden an, bevor er sich bereits 1923 der Jugendgruppe der NSDAP und der SA anschloss.

Giese studierte an den Universitäten Innsbruck, Berlin und Göttingen Rechts- und Staatswissenschaften und trat 1925 als ordentliches Mitglied der NSDAP bei. Mit seiner niedrigen Mitgliedsnummer 2.806 galt er später als einer der „Alten Kämpfer“. 1930 legte er sein Referendar-Examen ab und leistete anschließend seinen Vorbereitungsdienst. Ohne sein Staatsexamen abzulegen, begann er 1933 eine Berufstätigkeit bei der Deutschen Arbeitsfront und übernahm 1934 in der Berliner Rechtsberatungsstelle der DAF die Abteilung „Arbeitnehmer – Metall“. Auf Empfehlung eines Standartenführers der SA wechselte er im Jahr darauf zur Kanzlei des Führers, wo er zunächst als Hilfsreferent tätig war, bevor er zum Referenten, Abteilungsleiter und 1940 schließlich zum Amtsleiter des Gnadenamts aufstieg. Er wurde damit Vorgesetzter von etwa 50 Personen, darunter neun Referenten, die ihm als Ministerialräte, Oberregierungsräte und Regierungsräte fachlich deutlich überlegen waren.²³ Gieses Amt galt als „Briefkasten des Führers“. Hier wurden die Gnadengesuche von Angehörigen der Partei und ihrer Gliederungen begutachtet. Im Laufe des Krieges bearbeitete das Amt aber auch vermehrt Gnadengesuche von Verurteilten der Wehrmachtsgerichte. Die 1934 gegründete „Kanzlei des Führers“ unterstand zwar Hitler unmittelbar, verlor aber an Bedeutung, als die Partei-Kanzlei unter Martin Bormann immer mehr an Einfluss gewann.

War Giese auch wegen seiner Funktion in der Führerkanzlei festgesetzt worden, so geriet im Laufe der Ermittlungen ein anderes Amt immer stärker in den Blick: Der Jurist gehörte dem Volksgerichtshof seit 1940 als Beisitzer an. Diese Funktion hatte er von seinem Amtsvorgänger übernommen. Bis Ende 1944 wirkte er etwa zweimal monatlich als ehrenamtlicher Richter an den Verhandlungen in Berlin mit.²⁴

Giese war verheiratet und hatte fünf Kinder. Nachdem seine Wohnung 1943 bei einem Bombenangriff zerstört worden war, zog er ins Machtzentrum des NS-Staates, die Neue Reichskanzlei, in der sich auch seine Dienststelle befand. Etwa 1943 war er aus der evangelischen Kirche ausgetreten.

Am 4. Mai 1945 wurde Kurt Giese von den Alliierten festgenommen. Bis zum 30. März 1948 saß er im Internierungslager Staumühle ein, sein Verfahren war daher dem Spruchgericht Hiddesen zugeordnet. Da das Lager Staumühle zum 1. Juli 1948 aufgelöst werden sollte, waren die meisten der noch einsitzenden Angeschuldigten vor Abschluss ihrer Verfahren auf Ehrenwort

²³ BA, Z 42 V, Nr. 2814, Bl. 71-74, Anklageschrift gegen Kurt Giese; EBD., Bl. 154-163, Urteil. Der SA diente er als Rechtsberater und hatte zuletzt den Rang eines Standartenführers inne. Er absolvierte militärische Kurzlehrgänge, nahm 1939 am Polenfeldzug und 1941 am Russlandfeldzug teil, zuletzt als Offiziersanwärter. Die zweite juristische Staatsprüfung legte er erst 1940 ab und erlangte dann den Rang eines Reichshauptamtsleiters.

²⁴ Zur Biografie vgl. BA, Z 42 V, Nr. 2814; Kurt Giese, in: ERNST KLEE, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt/Main 2005, 183; WEMBER 1991, 314.

entlassen worden. Auch Giese lebte zum Zeitpunkt seines Verfahrens wieder bei seiner Familie in Celle.²⁵

Der Oberstaatsanwalt Werner Kleffel

Bei der Nennung des Vornamens des Staatsanwalts ist dem *SPIEGEL* ein Fehler unterlaufen: Es war Oberstaatsanwalt Werner Kleffel, der die Anklagebehörde in Hiddesen vertrat. Bei dem im Artikel genannten Walther Kleffel handelt es sich um dessen Bruder, bekannt als Jagdpilot des Ersten Weltkriegs und Journalist. Werner Kleffel, Sohn des Kaiserlichen Marinegeneralarztes Dr. med. Richard Kleffel (1850-1919) und Johanna (1874-1937), Tochter eines Kommerzienrats, war 1897 in Kiel geboren und nach Wehrdienst und Jurastudium ans Amtsgericht in Berlin gegangen.

Werner Kleffel war selbst in die Fänge der NS-Justiz geraten und hatte nur mit Glück überlebt, denn 1943 hatte ihn das Zentralgericht des Heeres zum Tod verurteilt. Kleffel, Rittmeister beim Leitstab des Höheren Kommandeurs der Nachschubtruppen der Heeresgruppe Mitte, hatte aus seiner Ablehnung gegenüber Hitler keinen Hehl gemacht. Gegenüber Untergebenen hatte er ihn bei seinem Spottnamen „Anstreicher“ genannt: „Niemand kann gleichzeitig Anstreicher, Maler, Architekt, Feldherr und Staatsmann sein.“ Außerdem hatte er Hitler als „Syphilitiker und paranoide Erscheinung“²⁶ bezeichnet. Zwei junge Leutnants denunzierten ihn wegen der defätistischen Äußerungen. Ein zunächst mildes Urteil von fünf Jahren Zuchthaus war auf Betreiben des Generalfeldmarschalls Wilhelm Keitel aufgehoben worden. Beziehungen retteten Kleffel das Leben. Das Todesurteil wurde zur Bewährung ausgesetzt und Kleffel kam zur Kriegsmarine. Dort sollte er in den als Himmelfahrtskommandos bekannten Kleinkampfverbänden eingesetzt werden. Da diese Kampfverbände einem Vetter Kleffels, dem Vizeadmiral Hellmuth Heye, unterstanden, konnte der Jurist die letzten Kriegsmonate unbeschadet überstehen. Ein anderer Vetter war der ehemalige Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler und damit der zivile Kopf des Widerstandskreises des 20. Juli 1944. Dem Gericht, das Kleffel verurteilt hatte, waren diese Verwandtschaftsbeziehungen nicht bekannt. Es hätte seine Überlebenschancen sicherlich nicht erhöht.

Kleffel war bei Kriegsende in Gefangenschaft gekommen und ging nach seiner Entlassung im Februar 1946 wieder in den Justizdienst, nun als Staatsanwaltschaft am Gericht in Braunschweig.²⁷ Mit einem kurzen, auf Ausgleich zielenden Aufsatz hatte sich Kleffel wenig später in der Diskussion um die Entnazifizierungsgesetze positioniert: In seinem Artikel „Der Bannstrahl“ mahnte er eine differenzierte Beurteilung des Einzelfalls an. Für den „Neubau“ der Demokratie sei die „Denazifizierung“ eines der schwierigsten Probleme, sie dürfe aber keine Unschuldigen treffen. Gerechtigkeit, aber keine Rachedgedanken gegenüber Parteimitgliedern einschließlich niedriger Funktionäre müssten bei der Entnazifizierung leitend sein.²⁸

²⁵ BA, Z 42 V, Nr. 2814.

²⁶ DER SPIEGEL 28/1959, 8. Juli 1959, 26-28, hier 28.

²⁷ LAV NRW R, NW PE, Nr. 977.

²⁸ BA, Z 42 I, Nr. 78, Bl. 1-4.

Da Kleffel keinerlei Nähe zum NS-Regime aufwies, war er der ideale Kandidat für die Leitung der Anklagebehörde eines Spruchgerichts. Im Frühjahr 1947 siedelte er nach Detmold über²⁹ und trat zum 17. März 1947 seinen Dienst an. Zu dieser Zeit waren die Villen auf der Schanze noch nicht von den lettischen DP's geräumt. Kleffel konnte sich nur mithilfe britischer Militärpolizei Zugang verschaffen und erhielt vorübergehend einen Raum im Landgericht. Von dort aus baute er innerhalb eines Monats die Anklagebehörde auf, so dass Mitte April mit den Ermittlungen begonnen werden konnte.³⁰

Kleffel legte Wert auf geordnete Verfahren und auch darauf, dass die Staatsanwälte über die Hintergründe der Anklage gut informiert waren. Nachdem die ersten Hauptverfahren abgeschlossen waren, monierte er, dass Sitzungsvertreter nicht gut genug vorbereitet waren, besonders bei den Verfahren von SS-Angehörigen. Er forderte die Staatsanwälte auf, sich kundig zu machen:

„Die erkennenden Richter verlangen mit Recht in diesen Fällen, dass den einzelnen Angeklagten genau vorgehalten wird, an welchen Orten sein Korps, seine Division, sein Regiment usw. gekämpft haben und welche Verbrechen an diesen Orten oder in der Nähe oder weiteren Umgebung verübt worden sind.“

Für ihn hing die Würde und Ansehen – und damit letztlich die Akzeptanz – der Spruchgerichte in hohem Maß von den Sitzungsvertretern ab.³¹ Dass Kleffel die Staatsanwälte mit seinen Ansprüchen überforderte, war ihm vermutlich gar nicht bewusst, denn das Wissen über die Verbrechen der SS war zu diesem Zeitpunkt noch rudimentär.

Über seine staatsanwaltlichen Aufgaben hinaus wirkte Kleffel in seinen Berufsstand hinein. Dieses tat er anlässlich einer juristischen Arbeitstagung in Detmold im Dezember 1947, die das Ziel verfolgte, jenseits des Prozessbetriebs juristische und weltanschauliche Einordnungen im Zusammenhang mit der Spruchgerichtsbarkeit zu diskutieren. Dass man sich nicht in wissenschaftlichen Debatten verlor, dafür sorgte der von Kleffel eingeladene Jesuitenpater Kurt Dehne aus Hannover, der drastisch das Grauen in den Konzentrationslagern beschrieb.³² Kleffel selbst bereiste die britische Zone, um über die Rolle der deutschen Justiz bei der Aktion „Old Lace“ zu referieren. Seine Vortragstätigkeit brachte ihm allerdings auch Vorwürfe seitens des Britischen Verbindungsoffiziers ein, der beim Zentraljustizamt die Abwesenheit Kleffels monierte und eine Konzentration auf die Arbeit in Hiddesen forderte.³³

²⁹ STADTARCHIV DETMOLD, DT MK, Nr. 353, Zuzug 27. März 1947 in die Klüter Str. 16, Wegzug April 1948 nach Bad Harzburg.

³⁰ BA, Z 42 V, Nr. 4293, Bl. 333-341, Bericht zum Aufbau des Spruchgerichts Hiddesen.

³¹ EBD., Bl. 176.

³² STADTARCHIV DETMOLD, D 106 Detmold A, Nr. 2008, 6./7. Dezember 1947; DIE SPRUCHGERICHTE, NR. 1/48, 7.

³³ BA, Z 42 I, Nr. 187, Bl. 85.

Die Ermittlungen

Im Spätherbst 1947 begannen die Ermittlungen gegen Kurt Giese. Er wurde am 18. Dezember 1947 im Internierungslager Staumühle verhört und gab an, dass er von der „Zwangsverschickung der Juden“ keine Kenntnis hatte, aber in der Kanzlei des Führers immer wieder Fälle von „nichtarischen“ Personen bearbeiten musste, die in der NSDAP bleiben wollten. Seine Funktion am Volksgerichtshof spielte er ebenso herunter wie er den verbrecherischen Charakter dieses Sondergerichts abstritt.

Für Kleffel stellte der Angeklagte eine Herausforderung dar. In die Ermittlungen griff er daher sogar persönlich ein. 1948 war er zwei Mal nach Landsberg am Lech gereist, wo er und Staatsanwalt Dr. Aubert im Kriegsverbrechergefängnis Oberreichsanwalt Ernst Lautz³⁴ und den Staatssekretär im Reichsjustizministerium Herbert Klemm³⁵ vernahmen. Lautz nahm Giese in Schutz und behauptete, er sei in Gnadensachen „kein Scharfmacher“³⁶ gewesen. Dr. Roland Freisler, der berühmte Präsident des Volksgerichtshofs, habe ihm gegenüber sogar die Bemerkung fallen lassen, dass er Giese in seinem Senat „nicht brauchen“³⁷ könne; er lieferte keine Begründung, vermutlich wollte er aber die Assoziation erzeugen, dass Giese in den Augen Freislers zu lasch agierte. Lautz gab aber auch zu Protokoll, dass die Stellungnahmen des Gnadenamtes nicht durchweg „einen vernünftigen und wohlwollenden Standpunkt“³⁸ eingenommen hätten. Schließlich gab er doch noch sehr allgemein preis, „dass Beschuldigte in ein Konzentrationslager gekommen waren, auf Grund von Anzeigen durch das Politische Führerkorps. [...] Mitglieder des Volksgerichtshofes müssen davon Kenntnis erlangt haben [...]“³⁹

In die am 28. Juni 1948 von der Staatsanwaltschaft abgefasste Anklageschrift gingen die Erkenntnisse aus Kleffels Vernehmungen in Landsberg nur oberflächlich ein. Dem Reichshauptamtsleiter Giese wurde pauschal vorgeworfen, dem politischen Führerkorps der NSDAP angehört zu haben, obwohl er gewusst habe, dass die Organisation verbrecherisch handelte. Damit entsprach die Anklageschrift gegen Giese den üblichen Formulierungen. Die Anklageschriften der Spruchgerichte waren oft ähnlich aufgebaut: Sie gingen auf die Funktionen der Angeklagten in der Partei ein und prüften ab, was über die Judenverfolgung, die Verfolgung politischer Gegner, den Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, die Misshandlung von Kriegsgefangenen, Germanisierungsbestrebungen und Lynchjustiz bekannt gewesen ist. So auch bei Giese. Etwas konkreter wurde die Anklageschrift nur unter dem Punkt „Judenverfolgung“: Giese habe etwas von den Deportationen wissen müssen, „weil diese Vorgänge in Berlin, dem ständigen Wohnort des Angeschuldigten, allgemein bekannt und Gegenstand leb-

³⁴ Geb. 13. November 1887 in Wiesbaden, gest. 21. Januar 1979 in Lübeck, wurde im Nürnberger Juristenprozess zu zehn Jahren Haft verurteilt; vgl. Ernst Lautz, in: KLEE 2005, 360.

³⁵ Geb. 15. Mai 1903 in Leipzig, gest. nach 1961, Mitglied im Stab „Stellvertreter des Führers“. In den Nürnberger Juristenprozessen wurde er zu lebenslanger Haft verurteilt, 1957 aber entlassen; vgl. Herbert Klemm, in: KLEE 2005, 315.

³⁶ BA, Z 42 V, Nr. 2814, Vernehmungsprotokoll, Bl. 57-59, hier 59.

³⁷ EBD.

³⁸ EBD.

³⁹ EBD.

hafter Erörterungen waren“.⁴⁰ Die Tätigkeit am Volksgerichtshof fand zwar Erwähnung, wurde jedoch nicht weiter ausgeführt.

Die schmale Anklageschrift war wegen neuer Erkenntnisse schon bald überholt. Sie war bereits zugestellt, als die Justizverwaltung der sowjetischen Besatzungszone im Juli 1948 die Staatsanwaltschaft in Hiddesen über vier Fälle informierte, bei denen Giese an Todesurteilen beteiligt gewesen war. Die Abschrift einer von Giese bearbeiteten Gnadensache legt seine Unbarmherzigkeit offen: Der Volksgerichtshof hatte den Reichsbahngelhilfen Anton Brisch aus Oppeln zum Tode verurteilt. Der Vater von fünf Kindern war als Blockwaller in der Partei tätig gewesen, seine Ehefrau war Mitglied der NS-Frauenschaft. Giese schrieb dazu in seinem Gutachten:

„Diese Umstände vermögen jedoch die Bewilligung eines Gnadenerweises nicht zu rechtfertigen. Erschwerend ist im Gegenteil, dass Brisch sein landesverräterisches Treiben noch fortsetzte, obwohl er schon Angehöriger der Bewegung war.“⁴¹

Giese lehnte eine Umwandlung der Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe ab. Das Urteil wurde vollstreckt.

Nachweislich war Giese außerdem als einer von drei beisitzenden Richtern im Prozess vor dem Volksgericht gegen die tschechischen Gewerkschafter Ján Sýkora und Ladislav Cigler beteiligt. Ihnen wurde der Neuaufbau der Widerstandsbewegung vorgeworfen, Cigler erhielt eine lange Haftstrafe, Sýkora wurde zum Tode verurteilt.⁴² Ein Verfahren am 9. November 1944 gegen die beiden tschechischen Diplom-Ingenieure Jaromir Spacek und Josef Forst wegen Vorbereitung zum Hochverrat, geleitet vom Präsidenten des Volksgerichtshof Freisler selbst, endete ebenfalls mit dem Todesurteil für beide Angeklagte.⁴³ Die Strafe eines 1923 geborenen Schülers, der wegen des Verteilens von Flugblättern zum Tode verurteilt worden war, wurde zu einer siebenjährigen Haftstrafe abgemildert.⁴⁴

Der Prozess

Das Verfahren gegen den Reichshauptamtsleiter Giese war eines der letzten Verfahren, die in Hiddesen verhandelt wurden. Bereits im Sommer hatte die Legal Division zur Eile gemahnt.⁴⁵ Zwar hatte Oberstaatsanwalt Kleffel in die Ermittlungen eingegriffen, im Verfahren übernahm aber Staatsanwalt Dr. Aubert die Seite der Anklage. Als Vorsitzender Richter fungierten Land-

⁴⁰ EBD., Anklageschrift, Bl. 71-74.

⁴¹ EBD., Bl. 82; Verhandlung vor dem 4. Senat des Volksgerichtshofs am 13. April 1942.

⁴² EBD., Bl. 83; Verhandlung vor dem 5. Senat des Volksgerichtshofs am 16. September 1943.

⁴³ EBD., Bl. 84; Verhandlung vor dem „Besonderen Senat“.

⁴⁴ Ebd., Bl. 81.

⁴⁵ BA, Z 42 V, Nr. 4315, Bl. 115.

gerichtsrat Joachim Fingas und als Schöffen der Buchdruckermeister und NS-Verfolgte Wilhelm Rubach⁴⁶ sowie der Landwirt Fritz Ruth.

Der erste Prozesstag war für den 9. September 1948 terminiert. Giese wurde befragt und gab ausführlich Auskunft über seinen beruflichen Werdegang, seine Mitgliedschaften in der Partei und SA.⁴⁷ Ansonsten hielt er sich zunächst bedeckt: „Ich war Sachbearbeiter für Gnadensachen und weiter nichts.“⁴⁸ Er wusste nichts von Deportationen:

„Eine Judenfrage hat es während des Krieges für mich nicht gegeben. Ich hörte mal, daß ein Aufstand im Warschauer Ghetto mit Waffengewalt niedergeschlagen wurde und war erstaunt wie die Juden an Waffen kamen. In den Ghettos waren Rüstungswerke und aus Sicherheitsgründen hielt man die Juden in den Ghettos. Die Bevölkerung stand befürwortend für den Judenstern.“⁴⁹

Zur Verhaftungswelle nach dem Attentatsversuch auf Hitler vom 20. Juli 1944 bemerkte er:

„Ich hielt es nie für Wahrheit, daß die Gestapo ohne eine Belastung einen Menschen ins K.Z. Lager brachte. Ich hielt den Dienst der Gestapo für einen sehr richtigen Dienst und traute den Gestapobeamten keine willkürlichen Verhaftungen zu. Ich zweifle nicht, daß im Falle Niemöller der Führer selbst die Anordnung, Niemöller ins K.Z. zu verbringen, gegeben hatte.“⁵⁰

Solche wenig glaubhaften Aussagen scheinen zuvor eingeübt worden zu sein, denn die Angeklagten waren nicht zuletzt durch andere Internierte gut darüber informiert, wie sie auf den Fragenkatalog des Spruchgerichts zu reagieren hatten, um sich nicht verdächtig zu machen. Die Stoßrichtung war klar: Keine persönliche Kenntnis über die verbrecherischen Aktivitäten von NS-Organisationen preisgeben, erst recht keinerlei Schuld eingestehen und jegliches Handeln mit Befehlen der Vorgesetzte begründen. Letztlich sollte die Verantwortung für alles Geschehene allein Hitler und seinem engsten Kreis zugeschrieben werden.

Als es im Verhör um den Volksgerichtshof ging, wollte Giese dessen Rechtstaatlichkeit keinesfalls in Abrede stellen:

„Ich hatte den Eindruck, daß die Richter des Volksgerichtshofs mit einer ungeheueren Präzision und Genauigkeit arbeiteten. Freisler hat immer in seinen Urteilen die Sicherheit des deutschen Volkes betont und danach gehan-

⁴⁶ Der Gewerkschaftsfunktionär Rubach (SPD) hatte mehrmals in Schutzhaft gesessen; vgl. ANKE HUFSCHMIDT, Detmolder Sozialdemokraten zwischen Widerstand und Anpassung, in: HERMANN NIEBUHR/ANDREAS RUPPERT (Bearb.), Nationalsozialismus in Detmold. Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts, Bielefeld 1998, 753-772, 766.

⁴⁷ BA, Z 42 V, Nr. 2814, Bl. 92-98.

⁴⁸ EBD., Bl. 96.

⁴⁹ EBD.

⁵⁰ EBD., Bl. 97.

delt. Freisler opferte sich seinem Dienst und war hoechst genau. Er hat nie einem Angeklagten das Wort abgeschnitten, die Vernehmung aber immer auf das Wesentliche beschränkt, z. B. „Haben Sie diesen Brief geschrieben...?“ oder ähnlich. Die Verhandlungen des Herrn Freisler waren identisch mit einem Rechtsverfahren. Herr Freisler ist kein schrecklicher Richter gewesen und kein Verächter des Rechts.“⁵¹

Nach diesen Auslassungen des Angeklagten stellte die Staatsanwaltschaft umgehend den Antrag, das Verfahren auszusetzen. Giese, der sich bis hierher als aalglatte Jurist gegeben hatte und wohlkalkuliert seine Einlassungen machte, präsentierte beim Thema Volksgerichtshof seine unumstößliche Loyalität jenem Richter gegenüber, der wie kein anderer für die Willkür der NS-Justiz stand. Dass sich der Angeschuldigte ohne Not derart für Freisler einsetzte, ist nicht zuletzt mit dem Standesbewusstsein der Juristen zu erklären. Freisler selbst konnte von einer solchen Loyalitätsbezeugung nicht mehr profitieren, er war am 3. Februar 1945 bei einem Luftangriff auf Berlin ums Leben gekommen. Im Folgenden ging es nun beiden – Angeklagtem wie Ankläger – um die Frage der Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit im NS-Staat. Oder – wie es Kleffel ausdrückte – um die Frage, ob der Angeklagte trotz andauernder Zusammenarbeit mit dem Präsidenten Freisler und dem Vizepräsidenten Dr. Wilhelm Crohne „niemals den Eindruck gehabt habe, daß der Volksgerichtshof ein Instrument des politischen Terrors gewesen sei“.⁵²

Die Loyalitätsbekundung Gieses rief die Staatsanwaltschaft auf den Plan. Sie beantragte:

„Es soll Beweis darüber erhoben werden, daß in den Verfahren vor dem Volksgerichtshof, vor allem unter dem Vorsitz von Freisler, die Rechte der Angeklagten in keiner Weise gewahrt wurden, es sich vielmehr um Prozesse handelte, bei denen die Angeklagten der Willkür des Nationalsozialistischen Staates ausgesetzt waren.“⁵³

Kleffel war nun an einem Punkt, der ihn wirklich bewegte: als Ankläger, aber auch als Opfer der NS-Justiz. Als Verwandter eines der bekanntesten Regimegegner, Carl Friedrich Goerdeler, hatte Kleffel außerdem selbst enge persönliche Beziehungen zu den Opfern des vom Volksgerichtshofs verurteilten Widerstandskreises rund um das gescheiterte Hitler-Attentat. Er ahnte, dass dieses Verfahren eine Relevanz gewinnen konnte, die weit über den Fall des Juristen Giese hinaus ging, indem es die Rechtstaatlichkeit des Volksgerichtshofs insgesamt infrage stellte. Kleffel sah daher eine Chance am Beispiel Gieses die Verstrickungen der NS-Justiz in einem weiteren Rahmen an die Öffentlichkeit zu bringen und den terroristischen Charakter des Volksgerichts offenzulegen.

⁵¹ EBD.

⁵² EBD., Bl. 127.

⁵³ EBD.

Auf Bitten Kleffels gab dazu Justizrat Dr. Rudolf Dix,⁵⁴ der selbst als vielfacher Wahlverteidiger die Tätigkeit des Volksgerichtshofs erlebt hatte, eine Erklärung ab, die keinen Zweifel daran ließ, dass der Volksgerichtshof „ein Instrument des politischen Terrors“⁵⁵ war. Er bestätigte, dass Freisler selbst betont habe, dass der Volksgerichtshof ein politischer Gerichtshof sei. Zur Aussage Gieses erklärte Dix pointiert:

„Wenn Freisler heute hoerte, dass einer seiner Beisitzer die Behauptung aufstellen wuerde, er Freisler haette sein richterliches Amt nicht rein politisch aufgefasst, sondern als ein solches der Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit, so wuerde er sich totlachen.“⁵⁶

Er könne sich nicht vorstellen, wie jemand einen Richter wie Freisler mit der Vorstellung eines Rechtsstaats zusammenbringen könne.⁵⁷

Die Filmvorführung

Kleffel ging in seiner Beweisführung ungewohnte Wege. Das Gebaren des Volksgerichtshofs wollte er anhand des Verfahrens gegen den Widerstandskreis des 20. Juli ans Licht zu bringen. Dafür bemühte er sich bei William H. Mercer, 1948/49 Britischer Verbindungsoffizier beim OCCWC [Office chief of counsel for war crimes] um einen berühmten Film über die Prozesse vom „20. Juli 1944“. Mercer hatte eine Verbindung zur amerikanischen Film-Section in München hergestellt, die das Filmdokument an die Hamburger Film-Section entlieh, die wiederum dafür sorgte, dass der Film zur Hauptverhandlung in den Detmolder Lichtspielen an der Langen Straße ausgewählten Personen vorgeführt werden konnte.⁵⁸

Kleffel orientierte sich bei seinem Vorgehen möglicherweise an München, wo der Film einer geladenen Öffentlichkeit, darunter Minister, Ministerialbeamte sowie Opfervertreter, gezeigt worden war. Er lud gezielt Behördenvertreter, darunter den Regierungspräsidenten, Kreis- und Stadtdirektoren sowie das leitende Personal von Gericht, Polizei, Post und Finanzverwaltung ein.

„Da dieser Film in der Öffentlichkeit nicht gezeigt werden darf, er aber auch für Sie von ganz besonderem Interesse sein dürfte, möchte ich nicht verfehlen, sie von der Aufführung in Kenntnis zu setzen, um Ihnen – und selbstverständlich auch interessierten Herren Ihrer Behörde – Gelegenheit zu geben, der Auf-

⁵⁴ Rechtsanwalt und Notar, geb. 1884 in Leipzig, gest. 1952 in Frankfurt am Main, vertrat in der NS-Zeit mehrere politische und religiöse Oppositionelle vor dem Volksgerichtshof. In den Nürnberger Prozessen verteidigte er dann Hauptkriegsverbrecher und war Sprecher der Anwaltschaft.

⁵⁵ BA, Z 42 V, Nr. 2814, Bl. 125.

⁵⁶ EBD.

⁵⁷ EBD., Bl. 126.

⁵⁸ EBD., Bl. 104.

führung des erwähnten Bildstreifens, die naturgemäß nur einen ganz beschränkten Personenkreis zugänglich ist, beizuwohnen.“⁵⁹

Kleffel wusste um die Wirkung des Filmes, der während der Prozesse gegen Mitglieder der Widerstandsgruppe des 20. Juli vor dem Volksgerichtshof in Berlin 1944 entstanden war. Das Material sollte ursprünglich für die Wochenschau und Dokumentarfilme aufbereitet werden, wurde dann aber von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels zur „Geheimen Reichssache“ erklärt. Das lag vor allem am Auftreten des Vorsitzenden des Gerichtshofs. Während Freisler sich unwürdig über die Angeklagten ereiferte, bewahrten diese Haltung. Für eine Propagandaveröffentlichung war dieses Gebaren nicht geeignet – im Gegenteil, erwartete man Sympathie für die Angeklagten, weshalb bis zum Ende des NS-Regimes nur sehr wenige aus dem engsten Führungskreis den Film überhaupt zu sehen bekam.⁶⁰ Kleffel hatte die propagandistische Inszenierung im Blick. Er rechtfertigte die Vorführung mit dem damit verfolgten Zweck:

„Es wird nun behauptet, daß der berühmte Film kein wahrheitsgetreues Bild der Verhandlung abgebe und nur bewußte Szenen enthielte, die in der Tat skandalös seien. Das will ich gern glauben, aber gleichwohl läßt sich doch auch hieraus schließen, daß unsere Auffassung die richtige ist.“⁶¹

Der Verteidiger Gieses war keineswegs einverstanden, dass sein Mandant mit dem Verfahren gegen die Widerstandskämpfer des 20. Juli in Verbindung gebracht wurde. Er monierte:

„So sehr mich persönlich diese Vorführung interessieren würde, so sehr muß ich andererseits in pflichtgemäßer Wahrung der berechtigten Interessen des Angeklagten gegen diese Vorführung protestieren, insbesondere auch aus der Erwägung, daß diese Filmvorführung unter Umständen einen für den Angeklagten ungünstigen psychologischen Eindruck bei den Schöffen hervorrufen könnte.“

Er stellte klar:

„Der Angeklagte war an diesen Prozessen zur Aburteilung der Beteiligten am 20. Juli nicht beteiligt und es wird ihm nicht nachzuweisen sein, daß er über die Art und Weise dieser Prozeßführung im Einzelnen irgendwie näher unterrichtet gewesen ist.“⁶²

Er sprach den Prozessen des Volksgerichtshofs aus Anlass des Hitler-Attentats ebenso wie dem darüber gedrehten Film die Beweiserheblichkeit für die Beurteilung der Rechtsstaatlichkeit des Volksgerichtshofs ab. Verhindern konnte die Verteidigung die Filmvorführung aber nicht. Die Staatsanwaltschaft hatte die Hauptverhandlung dafür extra auf den 28. und 29. Oktober schie-

⁵⁹ STADTARCHIV DETMOLD, D 106 Detmold A, Nr. 2008, Schreiben an Stadtdirektor, 12. Oktober 1948.

⁶⁰ HANS-GUNTER VOIGT, „Verräter vor dem Volksgericht“ – Zur Geschichte eines Films, in: BENGT VON ZUR ZÜHLEN (HG.), Die Angeklagten des 20. Juli vor dem Volksgerichtshof, Berlin-Kleinmachnow 2001, 398-401.

⁶¹ BA, Z 42 V, Nr. 2814, Bl. 127.

⁶² EBD., Nr. 2814, Bl. 136, Schreiben Rechtsanwalt Erwin Krüger, 21. Oktober 1948.

ben lassen, da nur an diesem Termin der Film zur Verfügung stand. Wegen des großen Interesses setzte Kleffel an beiden Prozesstagen Vorführungen an, konnte den Zutritt aber nur für hochrangige Politiker oder Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes zulassen.⁶³

Das Urteil

Die Sorge der Verteidigung, dass die Laienrichter durch die Filmvorführung beeinflusst worden seien, war unbegründet. Und auch der Richter, Landgerichtsrat Fingas, ließ sich dadurch nicht beeindrucken. Nach zweitätiger Verhandlung verurteilte er am 29. Oktober 1948 Giese zu einer Strafe von 3.000 DM. Dieses milde Urteil galt darüber hinaus durch die Internierungszeit bereits als abgegolten. Zwar bestand auch für das Gericht kein Zweifel, dass Giese dem Führerkorps angehört hatte und auch über die Verbrechen gegen Juden und politische Gegner im Bilde war. Das Gericht sah es aber nicht als erwiesen an, dass Giese „eine Vorstellung von der grausamen Behandlung der in den KZ inhaftierten Personen gehabt und von der massenweisen Vernichtung zahlreicher Häftlinge unterrichtet gewesen wäre“.⁶⁴ Sein Richteramt am Volksgerichtshof spielte bei der Urteilsfindung eine geradezu marginale Rolle. Eine große Zahl der ehrenamtlichen Beisitzer am Volksgerichtshof habe dem Kreis der Politischen Leiter angehört, zudem habe Giese die „Anwendung rechtlicher Gesichtspunkte stets immer als seine besondere Aufgabe angesehen“.⁶⁵

Ansonsten heißt es in der Urteilsbegründung bis zur Unverständlichkeit verklausuliert, „daß der Angeklagte die Verwendung des Führerkorps zur Verfolgung politischer Gegner durch Anwendung des KZ-Systems und durch Aburteilung vor dem Volksgerichtshof kannte und somit auch in diesem Zusammenhang Kenntnis hatte“. Die aktive Rolle Gieses im NS-Rechtssystem hatte jedoch keinerlei Relevanz für das Urteil. Er habe sich zwar „voll und ganz in den Dienst der nationalsozialistischen Sache“ gestellt, habe sich selbst aber nie „persönlich irgendwie übel in nazistischem Sinne betätigt“.⁶⁶ In der Urteilsbegründung wird Gieses Rolle im Amt für Gnadensachen sogar in die Nähe des Widerstands gerückt: Er habe nicht nur in zahlreichen Fällen versucht, durch Befürwortung eines Gnadenerweises zu helfen, er habe sogar dafür gesorgt, dass sich das Amt zu einer „Einrichtung der Rechtspflege“⁶⁷ entwickelte, die innerhalb des gesamten Führerkorps keine leichte Stellung hatte. Als Entlastungszeuge wurde der ehemalige Ministerialdirigent im Reichsministerium Dr. Wolfgang Mettgenberg⁶⁸ – als Verurteilter im Kriegsverbrechergefängnis in Landsberg einsitzend – berücksichtigt: Mettgenberg erinnerte

⁶³ Die Organisation der Filmvorführung ist nur rudimentär dokumentiert. Eine Aktennotiz in der Ermittlungsakte Giese belegt, dass die Einladungen dazu 1950 vernichtet wurden; BA, Z 42 V, Nr. 2814. Auch der ehemalige preußische Innenminister Carl Severing, der im Landtag zur Zielscheibe Freislers geworden war, zeigte Interesse. Ob er an der Vorführung teilgenommen hat, ist nicht überliefert.

⁶⁴ EBD., Urteil, Bl. 154-162, hier 159.

⁶⁵ EBD., Bl. 161.

⁶⁶ EBD.

⁶⁷ EBD.

⁶⁸ Geb. 1882 in Kleve, gest. 1950 in Landsberg; der Jurist wurde im Juristenprozess 1947 zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt; vgl. Wolfgang Mettgenberg, in: KLEE 2005, 405.

sich, dass Giese so zahlreiche Gnadenerweise befürwortet hatte, dass man diesen gar nicht immer hätte folgen können.⁶⁹

Gegen das milde Urteil legte die Staatsanwaltschaft umgehend Berufung beim Obersten Spruchgerichtshof in Hamm ein. Sie rügte vor allem, dass Giese zu einer vergleichsweise geringen Geldstrafe verurteilt worden war, denn er habe „Stellungen innegehabt, die zu den höchsten zählten, die das 3. Reich zu vergeben hatte“. Das Strafmaß sei bei einem möglichen Rahmen von bis zu zehn Jahren Gefängnis inakzeptabel. In der Begründung heißt es:

„Als Mitglied des Volksgerichtshofes, der als wichtiges Instrument des politischen Terrors zu gelten hatte, war er zudem an der Verfolgung politischer Gegner selbst unmittelbar beteiligt.“⁷⁰

Der Angeklagte habe sich „von der nazistischen Ideologie noch nicht bekehrt und zur Wahrheitsfindung nichts beigetragen“.⁷¹

Beim Spruchgericht in Hamm zogen alle diese Argumente nicht. „Das Vorbringen der Revision, der Angeklagte habe sich als Mitglied des Volksgerichtshofes an der Verfolgung politischer Gegner selbst beteiligt, steht mit der Feststellung des Urteils in Widerspruch, dem Angeklagten könne in keiner Weise vorgeworfen werden, dass er etwa persönlich seine Mitwirkung am Volksgerichtshof in dem Sinne aufgefasst hätte, politische Gegner auf diese Art und Weise rücksichtslos ausschalten zu können.“⁷² Mit anderen Worten, Giese hatte sich selbst attestiert, dass durch seine Tätigkeit Regimegegnern unrechtmäßig kein Schaden zugefügt worden war. Diese Begründung zog auch deshalb, weil es nicht gelungen war nachzuweisen, dass Giese über die verbrecherischen Handlungen „im Sinne des Nürnberger Urteils“ gewusst hatte. Nichtwissen – oder in diesem Fall wohl eher Verleugnung – schützte demnach vor Strafe.

In der Britischen Zone hatte die juristische Aufarbeitung von Gieses NS-Vergangenheit mit dem Berufungsverfahren in Hamm ihr Ende gefunden, auf Betreiben von US-amerikanischen Juristen beschäftigte sich aber wenig später das Landgericht Wiesbaden mit seiner Rolle im NS-Justizapparat. Seine Verstrickungen in die Aktion „Vernichtung durch Arbeit“ – im NS-Jargon wurde damit die Übergabe strafgefangener sogenannten Asoziale an die Gestapo bezeichnet – war vor dem Spruchgericht in Hildesheim gar nicht zur Sprache gekommen. Otto Thierack, 1936 bis 1942 Präsident des Volksgerichtshofs, anschließend Reichsjustizminister, hatte dem Reichsführer SS Heinrich Himmler weitreichende Zusicherungen zur Auslieferung „asozialer Elemente aus dem Strafvollzug“ gemacht, um die Gefängnisse zu entlasten. Giese gehörte einer Kommission an, die im November 1942 Haftanstalten im Deutschen Reich bereiste, um die als „Asoziale“ diffamierten Personen zu selektieren. Giese wurde 1950 inhaftiert, da ihm zur Last gelegt wurde, an der Selektion der Justizhäftlinge beteiligt gewesen zu sein. Ein Schwurgerichtsprozess vor dem Landgericht Wiesbaden gegen ihn und vier Beamte des Reichsjustizministeri-

⁶⁹ BA, Z 42 V, Nr. 2814, Bl. 161.

⁷⁰ EBD., Bl. 174.

⁷¹ EBD.

⁷² EBD., Bl. 199, Revisionsurteil des Obersten Spruchgerichtshofs Hamm, 23. März 1949.

ums sollte klären, welche Rolle die Angeklagten bei der Überstellung der Häftlinge an die Gestapo eingenommen hatten.⁷³ Giese und zwei Mitangeklagten wurde zur Last gelegt, in den Justizvollzugsanstalten Häftlinge persönlich überprüft und sie in Tausenden von Fällen als „asozial“ klassifiziert zu haben, was für die Menschen eine Überstellung an die Gestapo und einen oft totbringenden Arbeitseinsatz bedeutete. Ein Großteil der selektierten Strafgefangenen kam in das Konzentrationslager Mauthausen oder dessen Außenlager Gusen. Nach wenigen Monaten lebten von den etwa 12.700 in die Konzentrationslager überstellten Häftlingen nur noch gut die Hälfte.

Die Ermittlungen ergaben, dass sich die Angeklagten sogar selbst ein Bild von den Verhältnissen in den Konzentrationslagern gemachte hatten. Giese ließ sich von dem Mauthausener KZ-Kommandanten über die Bedingungen im Konzentrationslager aufklären. Seine Einschätzung über das KZ mutet absurd an: Mit der Möglichkeit, regelmäßig Post zu versenden und der Erlaubnis, Pakete zu empfangen wären die Lebensbedingungen dort sogar leichter als in den Zuchthäusern. Außerdem könnten die Gefangenen Arbeit an der frischen Luft nachgehen. 1944 reiste Giese außerdem nach Auschwitz. Trotz dieser Reisen erklärten Giese und seine Mitangeklagten, von willkürlichen Tötungen in den Lagern nie etwas gehört zu haben und mit der Möglichkeit planmäßiger Ermordungen nicht gerechnet zu haben. Das Gericht ließ sich auf die Argumentation der Angeklagten ein und wollte trotz vieler Widersprüche nicht an ihrem Rechtsbewusstsein zweifeln. Obwohl sie sich mindestens der Freiheitsberaubung und der Beihilfe zu Körperverletzung schuldig gemacht hatten, wurden sie 1952 aus Mangel an Beweisen freigesprochen.⁷⁴

Kurt Giese konnte seinen Beruf als Jurist wieder aufnehmen. Er ließ sich als Rechtsanwalt in Hannover nieder⁷⁵ und verteidigte unter anderem prominente NS-Verbrecher.⁷⁶

Das Ende des Spruchgerichts

Die Tätigkeit der Spruchgerichte in Bergedorf, Recklinghausen, Stade, Benefeld und Hiddesen endete zum 31. Dezember 1948. Die wenigen beim Spruchgericht Hiddesen noch anhängigen Sachen wurden dem Spruchgericht in Bielefeld übergeben, das über 1949 hinaus bestand.⁷⁷ Wenzel, der die Einrichtung des Gerichts organisiert hatte, musste sich nun auch um dessen Abwicklung kümmern.⁷⁸ Die requirierten Wohnhäuser an der Schanze gingen an die Eigentümer zurück, die „Frische Quelle“ wurde geräumt und an das Eisenbahnersozialwerk übergeben,

⁷³ Der Prozess ist hier referiert nach HELMUT KRAMER, Der Beitrag der Juristen zum Massenmord an Strafgefangenen und die strafrechtliche Ahndung nach 1945, in: HERBERT DIERCKS (Hg.), Ausgegrenzt. „Asoziale“ und „Kriminelle“ im nationalsozialistischen Lagersystem, Bremen 2009, 43-59, hier 46-50.

⁷⁴ Urteil des Landgerichts Wiesbaden vom 24. März 1952, in: Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945-1966, Bd. VIII, bearb. von ADELHEID L. RÜTER-EHLERMANN/H. H. FUCHS/C. F. RÜTER, Amsterdam 1972, Nr. 310, 267-368.

⁷⁵ ADRESSBUCH DER HAUPTSTADT HANNOVER, 1960, 213.

⁷⁶ So den an den Krankenmorden beteiligten Psychiater Hans Heinze; vgl. Kurt Giese, in: KLEE 2005, 183.

⁷⁷ BAUER 1960, 167; das Spruchgericht in Bielefeld wurde bis 1956 abgewickelt.

⁷⁸ BA, Z 42 V, Nr. 4301.

das dort zum 1. April wieder Gäste aufnehmen wollte.⁷⁹ Die Akten und Register wurden per LKW zum Gericht nach Bielefeld gebracht und gelangten später ins Bundesarchiv in Koblenz.⁸⁰

Auch Kleffels Dienst in Detmold lief mit der Auflösung des Spruchgerichts zum Jahresende 1948 aus. Für die Monate Januar und Februar 1949 gewährte ihm das Zentral-Justizamt für die Britische Zone noch Erholungsurlaub. Diese Zeit nutzte der Oberstaatsanwalt, um sein Büro aufzulösen und Abschiedspost an ihm wichtige Personen zu verfassen. Von besonderer Bedeutung war ihm die Verbindung zu Rudolf Dix gewesen, dem er noch einmal schriftlich dankte. Und auch die Detmolder Stadtverwaltung erhielt einen Abschiedsgruß mit Dank für Unterstützung der Arbeit:

„Ich darf Ihnen versichern, daß diese Gesinnung und diese Einstellung, die ich schon beim Aufbau dieser Behörde im März 1947 besonders empfinden durfte, mir und meinen engeren Mitarbeitern stets in bester Erinnerung bleiben werden.“⁸¹

Diese Freundlichkeit ist bemerkenswert, wenn man die öffentliche Ignoranz gegenüber dem Spruchgericht in Rechnung stellt.

Kleffel zog für sich abschließend eine positive Bilanz. Der Kontakt mit den Verteidigern sei alles in allem zufriedenstellend verlaufen. Mit dem Gericht habe die Anklagebehörde meist reibungslos zusammengearbeitet, was er unter anderem mit einem guten persönlichen Verhältnis der beiden Behördenleiter begründete.⁸² Kleffel zog zurück nach Bad Harzburg, wurde Oberstaatsanwalt in Hildesheim und starb 1961, im Jahr nach seiner Pensionierung.⁸³

Fazit

Nur wenige Mitglieder des Volksgerichtshofs wurden überhaupt zur Verantwortung gezogen.⁸⁴ Der Fall Gieses zeigt einmal mehr, wie schwer sich die Justiz mit einer Bewertung des NS-Unrechts tat, wenn es sich bei dem Angeklagten um einen Standesangehörigen handelte.

Als 1987 mit Ingo Müllers Veröffentlichung „Furchtbare Juristen“ eine über die Geschichtswissenschaft hinaus geführte Debatte zur Rolle der Justiz im Nationalsozialismus einsetzte, war das Spruchgericht in Hiddesen längst in Vergessenheit geraten.⁸⁵ Vergessen war auch der Staatsanwalt Werner Kleffel, der die Augen vor der Verantwortung seiner Juristen-Kollegen nicht

⁷⁹ BA, Z 42 I, Nr. 78, Bl. 44; *Freie Presse*, 15. Januar 1949.

⁸⁰ BA, Z 42 V, Nr. 4301, Bl. 76.

⁸¹ STADTARCHIV DETMOLD, D 106 Detmold A, Nr. 2008, Schreiben an den Stadtdirektor, 6. Januar 1949.

⁸² BA, Z 42 I, Nr. 187, Bl. 340.

⁸³ Zum beruflichen Werdegang vgl. seine Personalakten, NIEDERSÄCHSISCHES LANDESARCHIV, HA, Nds. 711, Acc. 2007/076, Nr. 119-126.

⁸⁴ WALTER WAGNER, *Der Volksgerichtshof im nationalistischen Staat*, Stuttgart 1974, 855-860, nennt wenige Einzelfälle.

⁸⁵ INGO MÜLLER, *Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz*, München 1987.

verschlossen hatte. Im Prozess gegen Giese wollte er den verbrecherischen Charakter des Volksgerichts beweisen, gelungen ist ihm das ebenso wenig wie die Schaffung einer Öffentlichkeit für sein Anliegen. Erst 40 Jahre später, als die führenden NS-Juristen bereits verstorben oder doch zumindest ihre Pensionierung längst hinter sich hatten, brach die Debatte um die Rechtsstaatlichkeit der Justiz im NS auf. Kleffel, der seine Aufgabe politisch verstanden hatte und die Öffentlichkeit darüber informieren wollte, wie die Justiz den Unrechtsstaat unterstützt hatte, war gescheitert. Kleffel trat zwar für eine differenzierte Beurteilung der Beschuldigten ein, eine milde Strafe wie die gegen einen Schreibtischtäter wie Giese fand bei ihm aber kein Verständnis.

Der kurze Bericht im *SPIEGEL* blieb übrigens der einzige Hinweis in der Presse auf das Verfahren und die bemerkenswerte Filmvorführung. Für eine überregionale Berichterstattung, aber selbst für die lokale Wahrnehmung war der abgelegene Standort des Gerichts im Detmolder Vorort Hiddesen denkbar ungünstig. Mit Spruchgerichtsprozessen befasste sich die Presse meist nur im Zusammenhang mit Skandalurteilen.⁸⁶ Dass auch das Urteil gegen Giese ein Skandal war, nahm die Öffentlichkeit jedoch nicht wahr.

⁸⁶ Ein prominentes Beispiel war das milde Urteil des Bielefelder Spruchgerichts gegen den SS-Förderer Kurt Freiherr von Schröder, das sogar den einzigen Proteststreik gegen ein Spruchgerichtsurteil auslöste; vgl. MONIKA MINNINGER, Bankier Schröder finanziert Spruchgericht. Zur Geschichte einer lang vergessenen Institution, in: RAVENSBERGER BLÄTTER, H. 2 1995, 43-55.

Die lippische Rose im nordrhein-westfälischen Landeswappen

von Hermann Niebuhr

I

Eigentlich ist es kaum vorstellbar, dass der Name des bevölkerungsreichsten deutschen Bundeslandes zur Debatte gestellt wird. Nordrhein-Westfalen galt lange als „Kernland der Bundesrepublik Deutschland“¹ und bezog daraus unter diesem Namen ein recht robustes Selbstverständnis. Möglicherweise wurden aber dennoch auch die Unterschiede der landschaftlichen Identitäten zwischen dem Rheinland und Westfalen öffentlich als derart prägend wahrgenommen, dass die Schaffung eines umfassenden „Nordrhein-Westfalen-Bewusstseins“ als Desiderat erschien und deshalb schon wiederholt als politisches Ziel formuliert worden ist.² Auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Franz Meyers (1958-1966) empfand hierbei offenbar Nachholbedarf und entwickelte daher seit 1959 verschiedene Ideen, um diesem Mangel abzuhelpfen.³ So sollte es etwa eine Landeshymne und einen Landes-Verdienstorden geben; auch ein „großes Landeswappen“ wurde 1960 entworfen. 1963 wurde schließlich eine Umbenennung des Landes erwogen.⁴

Die von der britischen Besatzungsmacht entscheidend beeinflusste Gründung des Landes lag erst 17 Jahre zurück, und daher waren die englischsprachigen Begriffe aus diesen Zusammenhängen wohl noch derart präsent, dass insbesondere der Namensbestandteil „Nordrhein“ automatisch mit der englischen Fassung „North-Rhine“ assoziiert wurde. Meyers forderte deshalb die Bevölkerung auf, Vorschläge einzureichen. Zahlreiche Ideen wurden entwickelt – so etwa „Rheinfalen“ oder die Ersetzung des Namensbestandteils „Nordrhein“ durch „Niederrhein“. Eine Bezeichnung, die auch Lippe als dritten Landesteil berücksichtigt hätte, ist nicht vorgeschlagen worden.⁵ Ein weiterer Vorschlag lautete „Rhein-Ruhr-Land“; er hätte beispielsweise mit ein wenig Phantasie und gutem Willen – und sogar unter Fortsetzung der Alliteration – zu „Rhein-Ruhr-Rosen-Land“ erweitert werden können. Ein historisches Beispiel für die Benennung Lippes als „Rosenland“ findet sich bereits in einem Huldigungsgedicht anlässlich der Beendigung des lippischen Thronfolgestreits 1905:

¹ So der Titel einer Ausstellung der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen aus Anlass des 40-jährigen Bestehens der Bundesrepublik Deutschland 1989.

² Vgl. dazu die verschiedenen Beiträge in: JÜRGEN BRAUTMEIER/KURT DÜWELL/ULRICH HEINEMANN/DIETMAR PETZINA (Hg.), *Heimat Nordrhein-Westfalen*, Essen 2010.

³ Vgl. INGEBORG SCHNELLING-REINICKE, *Eine Hymne für Niederrhein-Westfalen?*, in: CHRISTIAN REINICKE/HORST ROMEYK (Red.), *Nordrhein-Westfalen. Ein Land in seiner Geschichte*, Münster 1996, 329-334.

⁴ Von all diesen Vorschlägen ist nur der Verdienstorden realisiert worden.

⁵ SCHNELLING-REINICKE 1996, 332.

„Uns Lipper verbinde das heiligste Band,
Ob Wetter und Sturmwind auch tose!
Hoch Rosenfürst und du Rosenland!
Den Treuschwur der lippischen Rose!“⁶

Die Rose ist das seit dem Ende des 12. Jahrhunderts überlieferte Wappen der Edelherren, Grafen und Fürsten zur Lippe sowie des bis 1947 selbständigen Landes Lippe.

II

Ähnlich wie bei der 1963 beabsichtigten Umbenennung des Landes Nordrhein-Westfalen war auch schon 1947 für die Gestaltung des Landeswappens ein Wettbewerb ausgeschrieben worden. Dessen Durchführung und Auswertung waren damals aufgrund der Zeitumstände nicht problemlos.

Am 23. August 1946 war das Land Nordrhein-Westfalen gegründet worden; ihm schloss sich mit Wirkung vom 21. Januar 1947 das bis dahin selbständige Land Lippe an. Die beiden lippischen Kreise Detmold und Lemgo wurden in den Regierungsbezirk Minden eingegliedert, der – so die als „Punktationen“ bekannten Abmachungen zwischen dem lippischen Landespräsidenten Heinrich Drake und dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rudolf Amelunxen – künftig von Detmold aus verwaltet werden sollte.⁷ Dagegen regte sich allerdings Widerstand von verschiedenen Seiten: Der noch amtierende Mindener Regierungspräsident Paul Zenz fühlte sich bei den entsprechenden Beratungen übergangen, Beamte der Mindener Regierung leisteten zum Teil aktiv Widerstand gegen die Verlegung der Behörde, und in Detmold sorgte sich der Stadtdirektor darum, wie die Mindener Regierungsbeamten und ihre Familien am neuen Dienort untergebracht werden sollten. All dies musste im Frühjahr 1947 geregelt werden, und die entsprechenden Verhandlungen und Korrespondenzen nahmen nicht nur Heinrich Drake voll in Anspruch, der zum 1. April 1947 zum Regierungspräsidenten des vereinigten Verwaltungsbezirks Minden-Lippe (seit 2. Juni 1947 Regierungsbezirk Detmold) ernannt worden war.

Gleichzeitig, aber unabhängig davon, begannen in Düsseldorf erste Überlegungen wegen der Gestaltung eines Wappens für das neue Land Nordrhein-Westfalen. Heinrich Drake hat sich daran sehr engagiert beteiligt, obwohl er zur gleichen Zeit mit der Regelung der Geschäfte in seiner Behörde sicherlich stark belastet war. Am 8. Mai 1947 wurde der bereits erwähnte Wettbewerb ausgeschrieben⁸ und eine Jury eingesetzt, in die unter anderem einschlägige Fachleute wie der Heraldiker Wolfgang Pagenstecher und der Archivar Dr. Wilhelm Kisky berufen wurden sowie auch einige Politiker wie zum Beispiel der Kölner Oberbürgermeister a. D.

⁶ WILHELM OESTERHAUS in: LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG vom 26. Oktober 1905.

⁷ LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN ABTEILUNG OSTWESTFALEN-LIPPE (LAV NRW OWL), L 80.04 Nr. 214.

⁸ GVBl NRW Nr. 14 (29. Mai 1947): Preisausschreiben vom 8. Mai 1947.

Konrad Adenauer. Sämtliche Mitglieder waren allerdings im Rheinland ansässig.⁹ Dies nahm Heinrich Drake zum Anlass, für sich selbst die Beteiligung an der Jury einzufordern. Außerdem bat er darum, „daran zu denken, dass auch das lippische Landeswappen in irgendeiner Weise berücksichtigt wird“.¹⁰

Die Einbeziehung der lippischen Rose war grundsätzlich schon vorgesehen gewesen, eine Beteiligung Drakes am Preisrichterkollegium dagegen zunächst nicht. Er wurde dann doch noch in die Jury berufen, aber nur mit beratender Stimme. Innenminister Walter Menzel teilte zur Begründung mit, dass „ich es vermeiden möchte, von den [...] Bedingungen des Preisausschreibens entscheidend abzuweichen.“ Eine derart beschränkte Mitwirkung lehnte Drake jedoch ab. Damit war eine Situation entstanden, die dem Innenminister offensichtlich etwas peinlich war. Er gab jetzt vor, dass „sich [...] inzwischen die Notwendigkeit gezeigt hat, den ein oder anderen Künstler mit heranzuziehen, [daher] glaube ich, meine damaligen Bedenken zurückstellen zu sollen.“ Drake solle daher „ohne irgendeine Einschränkung“ mitwirken.¹¹ Die Begründung für den Sinneswandel des Innenministers wirkt etwas bemüht, und von einer Hinzuziehung „des ein oder anderen Künstlers“ war danach auch keine Rede mehr.

Über 1.000 Entwürfe wurden eingereicht; sie wurden anonym und nummeriert ausgestellt. Das Publikum war aufgefordert, schriftlich durch Angabe der Nummer der bevorzugten Version über die Entwürfe abzustimmen. Daneben gingen aber auch mehr oder weniger ausführlich begründete Stellungnahmen ein. Hermann Nieten, ein emeritierter Professor der TH Aachen, schrieb:

„Mir persönlich erscheint es untragbar, dass die lippische Rose im Landeswappen erscheint! Nicht wegen der Kleinheit des Landes, sondern wegen der Tatsache, dass in Lippe der Nazismus zuerst zur Macht gelangte, zu einer Zeit, als von Zwang keine Rede sein konnte!“ Heraldik sei eine lebende Wissenschaft und könne deshalb „an Ereignissen der letzten Jahre nicht achtlos vorüber gehen.“

Die Landesarchivverwaltung hat sich in ihrer Antwort nicht darauf eingelassen, mit dem Einsender über das Verhältnis der Lipper zum Nationalsozialismus zu diskutieren, sondern beschränkte sich auf fachheraldische und aktuelle politische Argumente: Man könne die lippische Rose aufnehmen, da „sie sich zur heraldischen Darstellung ausserordentlich gut eignet und jetzt, nachdem der Regierungsbezirk Minden zum Land Lippe gekommen ist, wird von Lippe aus grosser Wert darauf gelegt, dass die Rose im Wappen erscheint.“¹²

Am 16. September 1947 tagte das Preisrichterkollegium in Düsseldorf. Nach intensiver Beratung traf Ministerpräsident Arnold die Entscheidung: An erster Stelle stand der Entwurf des Heraldikers Wolfgang Pagenstecher aus Düsseldorf (Nr. 1062), zum zweitbesten wurde die Nummer

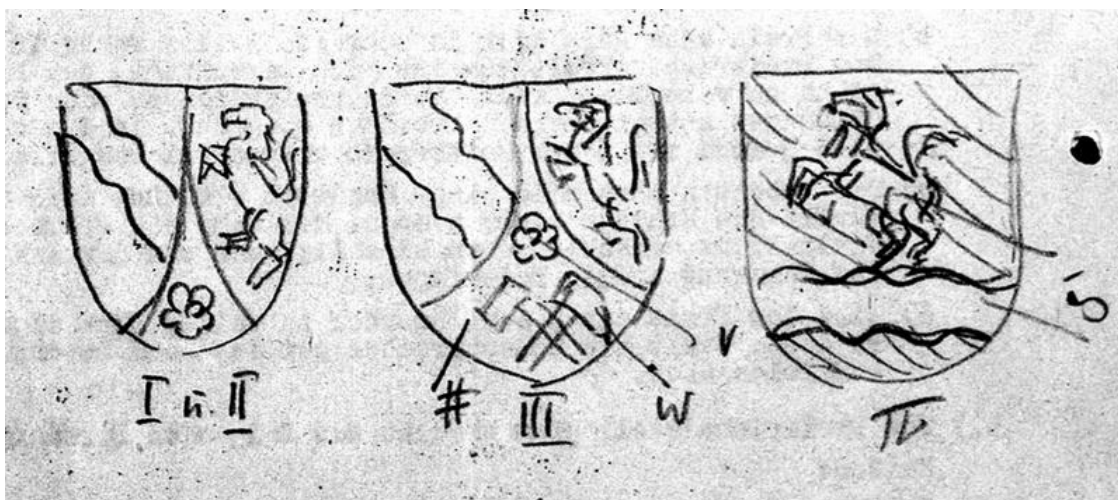
⁹ LAV NRW OWL, D 1, Nr. 15647.

¹⁰ Drake an Karl Arnold (seit 17. Juni 1947 Ministerpräsident), 1. Juli 1947, EBD.

¹¹ Menzel an Drake, 15. Juli 1947, EBD.

¹² LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN ABTEILUNG RHEINLAND (LAV NRW R), NW 4 Nr. 175, 27. August bzw. 4. September 1947.

1058 bestimmt, eine Arbeit des Malers und Grafikers Konrad Schäfer aus Euskirchen. An die dritte Stelle wurde der Entwurf des Bildhauers Zoltan Szekessy aus Düsseldorf-Lohhausen gesetzt (Nr. 372). Die beiden erstplatzierten Arbeiten hatten auch schon bei der Publikumsentscheidung am besten abgeschnitten. Leider sind die Entwürfe später an die Einsender zurückgegeben worden.¹³ Es sind allerdings einige Skizzen überliefert, die vermutlich Heinrich Drake während der Sitzung des Preisrichterkollegiums auf seinen Konferenzpapieren angefertigt hat. Nur sie vermitteln einen Eindruck von den damals möglichen Alternativen zum heutigen Landeswappen.¹⁴



Neben der Festlegung einer Rangfolge für die Entwürfe wurde auch die Verteilung des ausgelobten Preisgeldes in Höhe von 3.000 Mark diskutiert. Mehreren Mitgliedern der Jury erschien die Summe zu gering, und sie meinten, es sei zuvor auch von 10.000 M die Rede gewesen. Drake fand die Summe „beschämend“ und stellte fest: „Wir wollen etwas gestalten, das für Generationen Geltung haben soll. Da darf es auf ein paar tausend Mark nicht ankommen.“ Ministerpräsident Arnold behauptete, ihm sei es „[...] ganz entgangen, dass der Preis nur 3.000 Mark betrug“. An der Höhe des Preisgeldes wurde aber nichts mehr geändert; es wurde dem Entwurf Nr. 1062 in voller Höhe zugesprochen.¹⁵

Anfang Dezember 1947 kam eine Kommission von Heraldikern und Historikern zusammen, um die endgültige Gestaltung des Wappens zu beraten. An dieser Sitzung hat nicht Heinrich Drake teilgenommen, sondern der Detmolder Archivar Erich Kittel. Die Fachleute einigten sich schnell darauf, den erstplatzierten Entwurf von Wolfgang Pagenstecher zu übernehmen. „Aus Gründen der Tradition [seien] die Wappen der drei Landesteile Nordrhein-Provinz, Westfalen und Lippe so beizubehalten [...], weil diese Wappen sich seit langem eingebürgert haben [...] und weil] sie heraldisch gut kombiniert werden können“. Es seien im Wettbewerb auch „Symbole“ vorgeschlagen worden, die „keine ‚Wappen‘ darstellen, da die Wappen [...] die Geschichte des Landes versinnbildlichen sollen, zum Unterschied von Fabrikmarken und Warenzeichen, die lediglich ein Unterscheidungsmerkmal sein sollen.“¹⁶ Verschiedene Anordnungen der drei

¹³ Landesarchivverwaltung an Marta von Kaven, Detmold, 19. Februar 1948, in: LAV NRW R, NW 4 Nr. 178.

¹⁴ LAV NRW OWL, D 1 Nr. 15647.

¹⁵ Protokoll der Jury-Sitzung am 16. September 1947, in: LAV NRW OWL, D 1 Nr. 15647.

¹⁶ Protokoll der Sitzung vom 3. Dezember 1947, in: LAV NRW R, NW 4 Nr. 175.

Wappen wurden diskutiert – eine schräge oder waagerechte Teilung des Wappenschildes oder eine Quadrierung wurden verworfen, „weil dann das Wappen von Lippe nicht stilgerecht unterzubringen ist. Die lippische Rose muss in einem Felde für sich stehen, sie darf nicht in dem westfälischen Felde untergebracht werden, weil sie dann im Siegel (Stempel) zu klein und undeutlich wird, sie darf es auch nicht aus politischen Gründen.“¹⁷ Das für die lippische Rose vorgesehene Feld an der Spitze sollte zwar verkleinert werden, sie müsse aber noch erkennbar bleiben.

Die Erkennbarkeit der Rose war also ausdrücklich zugesichert worden; dennoch hat Drake, nachdem er den Bericht Kittels über das Ergebnis der Beratungen erhalten hatte, sofort beim Innenminister interveniert und verlangt, dass die Rose nicht zu klein erscheinen dürfe.¹⁸ Obwohl der Chef der Landeskanzlei versicherte, dass die lippische Rose „auch im Stempelabdruck klar erkennbar“ bleibe, monierte Drake, „daß in jedem verkleinerten Stempelabdruck demnächst in der unteren Ecke weiter nichts zu sehen sein wird als ein dunkler Punkt. Das hat das lippische Land nun gerade nicht verdient. Ich bitte wenigstens dafür zu sorgen, daß die Stempel der Regierungspräsidenten nicht verkleinert werden.“¹⁹

Danach scheint sich die Lage zunächst beruhigt zu haben. Dennoch hat man in Detmold sehr genau die Umsetzung der Wappenbestimmungen beobachtet. Noch ein halbes Jahr später beklagte sich Drake beim Innenminister darüber, dass „... die z. Zt. noch übliche ausschließliche Verwendung des Wappens der Provinz Westfalen in den Dienststempeln der Landesbehörden im Bereiche der früheren Provinz Westfalen [...] nicht mehr den gegebenen Verhältnissen“ entspreche.²⁰

III

„Im gespaltenen Schild vorne in grünem Feld ein linksschräger silberner Wellenbalken, hinten im roten Feld ein springendes silbernes Ross und unten in einer eingebogenen silbernen Spitze eine rote Rose mit goldenem Butzen und goldenen Kelchblättern“, so lautet die amtliche Beschreibung des nordrhein-westfälischen Landeswappens, wie sie im Gesetz über die Landesfarben, das Landeswappen und die Landesflagge vom 10. März 1953 festgelegt worden ist.²¹ Nicht ausdrücklich festgelegt ist die Positionierung der lippischen Rose: Weist ein Blütenblatt oder ein Kelchblatt nach unten? Im offiziellen Landeswappen zeigt immer ein Blütenblatt nach unten, während in den nicht weniger offiziellen Wappen und Siegeln des früheren Landes Lippe, des Landesverbandes Lippe und verschiedener lippischer Städte und Gemeinden ein Kelchblatt nach unten zeigt. Diese Diskrepanz wurde immer wieder moniert, und als sich die Gelegenheit dazu bot, wurde sie – wenigstens partiell – beseitigt. Während das Landeswappen

¹⁷ EBD.

¹⁸ Drake an Innenminister, 10. Dezember 1947, in: LAV NRW OWL, D 1 Nr. 15647.

¹⁹ Drake an Ministerpräsident, 30. Januar 1948, EBD.

²⁰ Drake an Innenminister, 9. Juli 1948., EBD.

²¹ GS. NW. S. 140, SGV. NW. 113 §§ 1 bis 4, zit. nach KLEMENS STADLER, Deutsche Wappen. Bd. 7, Bremen 1972, 4. Wappen werden in der heraldischen Fachsprache aus der Sicht des Trägers beschrieben; aus der Sicht des Betrachters wirkt die Beschreibung daher seitenverkehrt. „Vorne“ bedeutet „links“, „hinten“ dementsprechend „rechts“.

gesetzlich festgelegt und damit unveränderbar ist und auch nicht beliebig von jedermann benutzt werden darf, steht seit 2009 als nichtamtliches „Wappenzeichen“ eine vereinfachte Version des Landeswappens zu freier Verwendung zur Verfügung. In diesem Wappenzeichen wurde die Rose um 36° gedreht, sodass hier ein Kelchblatt nach unten weist. Im Verhältnis zum offiziellen Landeswappen sind im Wappenzeichen alle drei Felder etwas angeschnitten – auch die lippische Rose, und dies wurde prompt in Lippe kritisiert. Immerhin konnte der Vorsteher des Landesverbandes Lippe dieser Wappenversion zustimmen; dies war ihm aber nur deshalb möglich, weil das Westfalenross noch stärker angeschnitten wurde.²²

IV

Eigentlich versteht es sich von selbst, dass die offizielle und die inoffizielle Version des Landeswappens in ihren einzelnen Elementen übereinstimmen sollten. Hier ist man 2009 bei dem Wappenzeichen aber davon abgewichen und hat sich bei der Positionierung der lippischen Rose dem Gebrauch der lippischen Institutionen Landesverband und Kreis angepasst.

Auch in Lippe selbst war übrigens der Umgang mit diesem Problem im Verlauf der Jahrhunderte nicht allzu eng: Ein Wappen der Edelherren zur Lippe auf einem Siegel von 1218 zeigt die Rose mit einem nach unten weisenden Kelchblatt, während sie in der Mitte des 14. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts in der Zeichnung eines Wappenschildes mit einem nach unten weisenden Blütenblatt erscheint.²³

Mit dem rheinischen Wellenbalken ist man bei der Gestaltung des nordrhein-westfälischen Landeswappens ebenfalls eher locker verfahren, und das wurde nach der Veröffentlichung des neuen Landeswappens²⁴ sofort bemerkt und kritisiert. Ein Bürger schrieb an den Ministerpräsidenten Arnold: „Ich gestatte mir höflich darauf hinzuweisen, dass in dem Feld ‚Rheinland‘ das silberne Wellenband verkehrt läuft, im Gegensatz zu dem traditionellen Rheinland-Wappen. (Oder soll diese Gegensätzlichkeit absichtlich sein?)“ Aber auch die beiden anderen Elemente des neuen Landeswappens blieben nicht ohne Kritik. „Im Feld ‚Westfalen‘ sieht das springende Ross derart ‚üppig‘ aus, wie es bisher wohl in keinem Westfalenschild zu sehen ist. Es muss schlanker sein, (ohne dass ich damit auf die heutige Futterverknappung hinweisen möchte.) Die rote Rose des Landes Lippe dürfte in dem Schild etwas kleiner sein, – schon aus Schönheitsgründen.“²⁵

²² LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG vom 29. Oktober 2009.

²³ PETER VEDDELER, Die lippische Rose, Detmold 1978, 13, 17; die wahrscheinlich älteste farbige Darstellung der lippischen Rose findet sich in einem Amtsbuch des Klosters Falkenhagen (LAV NRW OWL, D 71 Nr. 5).

²⁴ Z. B. in der WESTFALENZEITUNG vom 12. Februar 1948.

²⁵ Friedrich Kobler, Buch- und Kunstdruck, Mülheim/Ruhr, an Ministerpräsident Karl Arnold, 13. Februar 1948, in: LAV NRW R, NW 4 Nr. 178. In den oben abgebildeten Skizzen liegt der Wellenbalken übrigens noch „richtig“, nämlich schrägrechts.

Feuerstürme in der Lüneburger Heide und im Wendland: Der Einsatz lippischer Feuerwehren bei der bislang größten deutschen Brand- katastrophe im August 1975

von Hansjörg Riechert

Vorbemerkung

Kleine und außer Kontrolle geratene große Waldbrände, mittlerweile auch Megawaldbrände genannt, sind kein Phänomen unserer Zeit. Mit der Ausbreitung riesiger Waldzonen auf der Erde nach der Eiszeit kam es unter dem Einfluss bestimmter Witterungen zur Entstehung oftmals gewaltiger Waldbrände, die sich wochen- oder monatelang ausdehnten, ehe sie mangels weiterer Nahrung und aufgrund von Nässephasen von selbst erloschen – lange vor den meist von Menschen gemachten Wald-, Gebäude- oder Stadtbränden.

In der menschlichen Zivilisation fanden Großbrände lange Zeit meist dann öffentliche Aufmerksamkeit, wenn sie auf bebauten Flächen wüteten. Auch in der Gegenwart gibt es gewaltige Waldbrände, die wie in Urzeiten periodisch auftreten.¹ So in der Mitte und im Osten Russlands in oft abgelegenen Gebieten oder in den westlichen USA. Die Waldökosysteme beider Länder haben sich vor langer Zeit daran angepasst, ihre betroffenen Wälder verjüngten sich sogar durch solche Ereignisse. Aber weltweit wird erkennbar, dass durch den Klimawandel Häufung, Intensität und Ausdehnung der Waldbrände in erheblichem Maße zugenommen haben. Eingrenzung und Kontrollierbarkeit solcher Ereignisse lassen sich immer schwerer bewerkstelligen. Damit steigt auch der personelle, technische und zeitliche Aufwand zur Brandbekämpfung.

Noch finden solche Großbrandszenarien meist in bisher von häufiger Trockenheit geprägten geografischen Zonen statt wie in Kalifornien, Australien oder im Mittelmeerraum, auch wenn aus der kanadischen Provinz Alberta bereits im Mai dieses Jahres gewaltige Waldbrände gemeldet wurden.² Die Zonen der Vernichtung sind dabei erheblich und die Zahl der Toten auch. So vernichtete in Australien im Februar 2009 ein Buschfeuer nicht nur 430 qkm und 1.800 Häuser, sondern es starben auch 173 Menschen. Ähnliches wiederholte sich im Südosten Australiens im September 2019 bei damals 28 Toten. In 2018 verwüsteten Waldbrände in Kalifornien eine Fläche von 1.200 qkm, also in etwa so groß wie das ganze lippische Kreisgebiet. In demselben Jahr wurden dort im Zeitraum vom 18. Februar bis zum 22. November 58 Brände mit 102 Toten registriert. Ebenfalls in 2018 war Griechenland im Umfeld seiner Hauptstadt Athen im Monat Juli von den bis dahin schwersten Waldbränden betroffen, mit 100 Toten. Die Zahl der Brände pro Jahr im Mittelmeerraum wird auf mindestens 50.000 geschätzt. Derzeit ist Portugal das am

¹ Liste weltweiter Brandkatastrophen über die Jahrhunderte s. https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Brandkatastrophen (Aufruf: 16. und 17. März 2023); zur gegenwärtigen weltweiten und insbesondere europäischen Waldbrandlage, <https://www.wwf.de> (Aufruf: 30. März 2023). Ebenso im Folgenden.

² Die Evakuierung von 25.000 Menschen war notwendig geworden: Provinz Alberta ruft wegen Waldbränden den Notstand aus: <https://www.spiegel.de/panorama/kanada-provinz-alberta-ruft-wegen-waldbraenden-den-notstand-aus-a-e1cb99dc-9782-416e-8836-f38a2bc3a25c> (Aufruf: 7. Mai 2023).

stärksten von Bränden belastete europäische Land, im Jahresdurchschnitt brennt es dort etwa 17.000 Mal. Großbrände dieser Art werden in Mittel- und Nordeuropa zukünftig keine Ausnahme mehr sein wie damals in der Lüneburger Heide.

Die weit überwiegende Zahl der Waldbrände wurde und wird von Menschen verursacht, absichtlich oder fahrlässig. So auch im August 1975 in der Lüneburger Heide, als an unterschiedlichen Stellen aus kleinen Bränden Flächenfeuer wurden, die sich bis dahin in Deutschland in Größe und Bewegungsdynamik kaum jemand vorzustellen vermochte, da ihm passende nationale und regionale Vergleiche fehlten. Einzig die Großbrände und die aus ihnen entstandenen Feuerstürme in zahlreichen deutschen Groß- und Mittelstädten, die durch Luftangriffe vornehmlich vom Royal Air Force Bomber Command mit seinen Einsatzverbänden und der US-amerikanischen Eight Air Force im Zweiten Weltkrieg verursacht wurden, waren in den 1970er Jahren im kollektiven Gedächtnis der Deutschen noch sehr präsent.³

Ausgangslage

Die Lüneburger Heide, verbunden mit touristischen Wunschbildern, ist nicht nur ein Natur-, sondern auch ein Wirtschaftsraum, der nicht ausschließlich von Heide dominiert ist, auch wenn der Begriff bis heute namensprägend ist. Gelegen zwischen der Aller im Südwesten und der Elbe im Nordosten dominieren Wald und landwirtschaftliche Flächen in erheblichem Maße ihre Landschaft. Die Heideflächen sind auf den etwa 7.500 qkm nur noch ein wenig prägendes Landschaftsmerkmal. Zudem stellt der Raum als Bestandteil der norddeutschen Tiefebene keine durchgehende Ebene dar, sondern ist gegen Westen und Osten, aber auch mittendrin, von Höhenzügen geprägt.

Auf dem sandhaltigen Boden sind bis heute Kiefern und Fichten die wichtigsten Baumarten, die aus forstwirtschaftlichen Gründen meist zu großen, schnell wachsenden Plantagen zusammengefasst worden sind. Der geringere Teil dieser Baumarten ist natürlich gewachsen.⁴ Stämme und Nadeln dieser Bäume enthalten Harze und ätherische Öle, die als erhebliche Brandbeschleuniger wirken können. Sind solche Bäume in großflächigen Monokulturen zusammengefasst, ist das Brandpotential noch ungleich größer. Als ungünstig für die Brandbekämpfung erweisen sich der wärme- und brandhitzespeichernde Sandboden und die ebenso wirkenden Moore und Torfböden. Daher galt die Lüneburger Heide als eine der brandanfälligsten Regionen in der alten Bundesrepublik.⁵ Zudem erschweren diese Bodenformen den Löscheinsatz von Radfahrzeugen, vor allem wenn sie nicht per Allrad angetrieben sind. Vor der damaligen Brand-

³ „Ältere Bundesbürger erinnerten sich angesichts des Flammenmeeres der brennenden Städte des Zweiten Weltkrieges“: „Unser Feuer machen wir selber aus“, in: DER SPIEGEL, Nr. 34 (1975), 18; grundlegend zum Luftkrieg in Europa im Zweiten Weltkrieg RICHARD OVERY, Der Bombenkrieg in Europa 1939-1945, Berlin 2014; mittlerweile eingehend dokumentiert, auch mit US-amerikanischen Unterlagen, sind die schwersten Luftangriffe in Lippe, die im letzten Kriegsjahr des Zweiten Weltkrieges auf die Stadt Lage mit den dort verlaufenden Eisenbahnverbindungen zielten: KONRAD SOPPA, Luftangriffe auf Lage im Frühjahr 1945, Lage 2015.

⁴ 1.3 Raumanalysen-Beispiel Lüneburger Heide, in: Terra Deutschland. Demographie und städtische Strukturen, 2007, 26; Lüneburger Heide, <https://www.deutsche-staedte.de/lueneburger-heide/> (Aufruf: 12. April 2023).

⁵ „Unser Feuer machen wir selber aus“, 19.

katastrophe fehlte es in dem Großgelände zudem an Löschteichen oder zentral gelegenen Hydranten sowie an einsatzfähigen Forstwegen für Großfahrzeuge, da sie an etlichen Stellen beengt und vielfach zugewachsen waren. Unter solchen Umständen war der rasche Aufbau einer hinreichenden Versorgungslogistik für einen über das Normalmaß weit hinausgehenden Brandbekämpfungseinsatz nicht gegeben.

Als weiteres erschwerte der Zustand der Wälder in der Lüneburger Heide und im Wendland den schnellen Erfolg einer großflächigen Brandbekämpfung. Am 13. November 1972 hatte der Orkan Qimburga mit bis dahin für den westdeutschen Raum noch nie gemessenem Luftdruckabfall innerhalb weniger Stunden und maximalen Windgeschwindigkeiten schwerste Waldschäden insbesondere in Niedersachsen angerichtet. Die von West nach Ost laufende Orkanwalze warf auf einer Holzbodenfläche von über 1000 qkm bei einer niedersächsischen Gesamtfläche an Holzböden von 9542 qkm 16 Millionen Festmeter Holz oder 50 Millionen starke Bäume um. Bei dem Orkan kamen in Westdeutschland 51 Menschen ums Leben.⁶ Durch diese extreme Schadenslage lagen in niedersächsischen Wäldern im zeitlichen Vorfeld der Brandkatastrophe immer noch große Mengen an gestürzten Bäumen und Unterholz, die nicht abtransportiert worden waren und als zusätzliche Brandbeschleuniger wirken konnten. An vielen Stellen hatten Waldarbeiter das Bruchholz sogar luftig aufgetürmt, um so die Borkenkäfer besser bekämpfen zu können, die in der Rinde toter Stämme ihre Kolonien bilden.

Nach regenreichen Sommerjahren lastete in den Wochen vor dem 8. August 1975, dem Beginn der Katastrophe, eine Hitzephase mit häufig bis zu 35 Grad bei stetem Wind mit mehr als 15 km/h über weiten Teilen Norddeutschlands. Die Böden trockneten bis in die tieferen Schichten aus, sie verwandelten sich in nächtliche Wärmespeicher bei Nachttemperaturen von bis zu 20 Grad und beförderten dadurch den Hitzeeffekt zusätzlich. In der Hitzeglocke schmolzen Straßenbeläge und in Hamburg verbog es Bahnschienen.⁷ Das Land dörrte aus, es brauchte wenig, um den Wald zu entflammen.

Vom Brandbeginn zur Katastrophe

Trotz ausgetrockneter Böden, Unmengen von Totholz in den Monokulturen, einer heiklen Wetterlage und einer mangelhaften Löschwasserlogistik sahen selbst einige regionale und lokale Forst- und Feuerwehrprofis wie der Landforstmeister Dietrich Heyden keinen Anlass zur Besorgnis, die Wehren seien bestens gerüstet.⁸ Immerhin gab es einen Feuerwehr-Flugdienst Niedersachsen, der auch Forsten der Lüneburger Heide kontrollierte. Neben Kontrollflügen waren Feuerwehren vorgewarnt worden und es hatte verstärkte Waldbrandkontrollen auch am Boden gegeben.⁹ Im Vorfeld der Brandkatastrophe waren immer mal wieder Brände gemeldet worden, die von örtlichen Feuerwehrräften erfolgreich bekämpft werden konnten.

⁶ A. CAPPEL/P. EMMRICH, Zwei Wetterkatastrophen des Jahres 1972: Den Niedersachsen-Orkan und das Gewitterunwetter von Stuttgart. Bericht des Deutschen Wetterdienstes, Offenbach am Main 1975, 36-42.

⁷ „Unser Feuer machen wir selber aus“, 18.

⁸ EBD., 19.

⁹ Vor 45 Jahren, Waldbrandkatastrophe Lüneburg im August 1975, <https://www.irmgartei-chen.net/2020/08/waldbrandkatastrophe-luen> (Aufruf: 12. Januar 2023).

So waren sich Feuerwehrleute und kommunale Verwaltungsspitzen aufgrund ihrer in vielen Jahren gesammelten Einsatzerfahrungen bei der Brandbekämpfung sicher, neuen Herausforderungen erfolgreich trotzen zu können. Der Oberkreisdirektor des Landkreises Celle, Axel Bruns, verkündete in der Anfangsphase des Branddramas: „Ich habe schon 120 Brände gemacht.“¹⁰ Bis dahin reichte der traditionelle und bewährte Einsatz von Spritze und Feuerpatsche. Es wurde lange an der tödlichen Illusion festgehalten, dass auch weiterhin das bewährte Einsatzinstrumentarium und die bewährten Einsatztaktiken ausreichen werde und unerwünschte Einmischungen von oben unnötig seien. „Dat is us Fier“¹¹ [Das ist unser Feuer; der Verf.].

Auffällig ist, dass über den zehntägigen Zeitraum der Katastrophe vom Freitag, den 8. August bis Montag, den 18. August, mehrere größere Einzelbrände an räumlich deutlich auseinanderliegenden Orten entstanden, also nicht ein einziges Feuer, das sich unter den beschriebenen Ausbreitungsumständen zu einem Großbrand entwickelte.¹² Dadurch sorgten diese unterschiedlichen Brände für eine Aufsplitterung der Einsatzkräfte. Der Verdacht auf Brandstiftungen liegt nahe. Als am 8. August gegen 15 Uhr im Landkreis Gifhorn nordöstlich der gleichnamigen Kreisstadt bei der Gemeinde Sassenburg ein Flächenbrand gemeldet wurde, deutete zunächst nichts auf das kommende Inferno hin. Die eingespielte Routine lief ab, die Löschzüge am Ort fuhren raus, vor allem mit Schaufel und Feuerpatsche wurde die Brandbekämpfungsrbeit ausgeführt. Dasselbe geschah einen Tag später, diesmal im Landkreis Celle, als aus Unterlüß, zwischen Celle und Uelzen gelegen, gegen Mittag ein Brand gemeldet wurde. Am Sonntag, den 10. August, lief die Entwicklung dann aus dem Ruder. Ebenfalls gegen Mittag wurde in der Gemeinde Eschede nahe der Siedlung Quehlo ein Waldbrand gemeldet, dessen Monokulturen und ein aufkommender Wind von den Einsatzkräften mit den vorhandenen Mitteln nicht mehr eingedämmt werden konnte. Als sich noch am selben Tag an der Bundesstraße 188 bei Meinersen westlich von Gifhorn ein weiterer Brand in Richtung des Ortes ausweitete, der zwar gestoppt werden konnte, aber durch einen Windrichtungswechsel die hochschießenden Flammenwände die Besatzung eines Tanklöschfahrzeugs der Freiwilligen Feuerwehr Wolfsburg-Fallersleben überraschte und alle fünf Feuerwehrmänner verbrannten, war die Lage längst außer Kontrolle geraten.

Am 12. August drohte ein weiteres außer Kontrolle geratenes Feuer rund 50 Kilometer entfernt in der Nähe von Gorleben im Kreis Lüchow-Dannenberg sogar auf das Gebiet der DDR zuzugreifen. Der launische Wind drehte auch hier ab, dafür mussten in den Nachmittagsstunden mehrere kleine Ortschaften evakuiert werden. Die Flächenfeuer erzeugten mittlerweile eine 250 km lange Rauchsäule, die im All deutlich sichtbar war. Die Wucht der über 20 bis zu 40 Meter hohen Flammenwände überwand natürliche und bauliche Barrieren, wie den Damm der Bahnlinie Hannover-Hamburg, den Elbe-Seitenkanal und die Bundesstraße 3. Mit den vorhandenen Einsatzmitteln, den -methoden und dem örtlichen und regional verfügbaren Personal konnte die Katastrophenlage nicht gestemmt werden. Bis dahin waren Wald- und Flächenfeuer in

¹⁰ „Unser Feuer machen wir selber aus“, 19.

¹¹ Zit. nach NDR. Heidebrand im August 1975: Von Flammen überrollt, (Aufruf: 12. Januar 2023).

¹² „Der Überblick fehlte bisweilen.“ Interview mit Niedersachsens Innenminister Rötger Groß, in: DER SPIEGEL, Nr. 34 (1975), 26.

Deutschland eher lokale Ereignisse, die von örtlichen Kräften auch gemeistert wurden. Die Strategie konnte jetzt nur noch lauten „groß denken“. In der Geschichte der bundesrepublikanischen Brandbekämpfung musste erstmals und im großen Umfang schwere Technik zum Einsatz gebracht werden, am Boden und in der Luft. Also Räumpanzer zum Schlagen von Brandschneisen und spezielle Löschflugzeuge mit integrierten Flüssigkeitstanks sowie Helikopter mit angehängten Flüssigkeitsbehältern. In den USA mit seinen großen Flächenfeuern und selbst in Frankreich mit seiner von Großbränden bedrohten Mittelmeerküste war der Einsatz von Spezialflugzeugen längst Routine. All dies verlangte nach einer frühzeitigen, zentralen Koordination mit aufeinander abgestimmten Einsatzmaßnahmen, die in den ersten sechs Tagen gänzlich gefehlt hatte, ein Manko, das zur Katastrophenentwicklung entscheidend beigetragen hatte.

Zeitweiliges organisatorisches und taktisches Versagen bei der Brandbekämpfung

Die Überzeugung von der hohen gesellschaftlichen und staatlichen Organisationsfähigkeit bei der Bewältigung von kleinen wie großen Herausforderungen, die sich in der öffentlichen Wahrnehmung beispielhaft bei der Bewältigung der schweren Sturmflut an der deutschen Nordseeküste und insbesondere in Hamburg im Jahr 1962 durch den Helmut Schmidt-Effekt erwiesen hatte, trug wohl zur Unterschätzung der Gefahrenlage bei. Tatsächlich zeigte der Einsatz handelnder ziviler und nichtziviler Führungskräfte eine Zeit lang eine Abfolge von Fehleinschätzungen, Selbstüberschätzungen, amtsbezogenen Egoismen sowie Eigenmächtigkeiten und belegt ihre zeitweise Überforderung – mit fatalen Konsequenzen.

Bis zum Donnerstag, den 14. August, kam es in der Melde-, Zuständigkeits- und damit Verantwortungskette zu teils schwerwiegenden Reibereien, obgleich das rechtliche Regelwerk eindeutig war und bis heute ist: Gemäß Grundgesetz, Artikel 35, bekämpft im Katastrophenfall, der sich ausschließlich auf ein Bundesland erstreckt, die betreffende Landesregierung in eigener Regie die Gefährdungslage. Ihr können auf Bitten Unterstützungskräfte wie Bundeswehr und Bundesgrenzschutz unterstellt werden, die den Weisungen des betreffenden Innenministers oder der -ministerin unterliegen. Die entsprechende zivile Befehlsgewalt über Unterstützungskräfte üben in der Gliederungshierarchie auch die Regierungspräsidenten und -präsidentinnen, die Landräte und Landrätinnen, damals die Oberkreisdirektoren, bis zu den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen aus.¹³ Daran hatte sich der Brigadegeneral des Bundesgrenzschutzes (BGS) Paul Kühne in der Wahrnehmung ziviler Führungskräfte nicht gehalten.¹⁴ Nachdem am 10. August endlich von Hannover Hilfe aus Bonn angefordert worden war, nachdem sich das Katastrophenausmaß nicht mehr übersehen ließ, war auch der Bundesgrenzschutz angerückt und Kühne mit der Einsatzkoordination beauftragt worden. Am Ende verlief der Konflikt vor allem zwischen ihm und dem niedersächsischen Innenminister Rötger Groß. Der General wollte durchentscheiden bei anscheinend mangelnder Kommunikationsbereitschaft. Der Innenminister schien sich ausgeschlossen gefühlt zu haben, am Ende entließ er Kühne aus der Verantwortung und beauftragte am 13. August dessen Stellvertreter, Oberstleutnant Herbert Mally – eine Bloßstellung für den General.

¹³ Grundgesetz, insbesondere Absatz 2 und 3.

¹⁴ Im Folgenden „Unser Feuer machen wir selber aus“, 19-21.

Zuvor aber hatte Oberkreisdirektor Axel Bruns den Reigen organisatorischer Verwirrung und fehlender verlässlicher Kommunikation eröffnet. Sein Markenzeichen war die zeitweilige Unerreichbarkeit an vorderster Feuerfront samt Fehleinschätzung der Gefahrenlage mit der Konsequenz, dass sein Stellvertreter Gerrit von Germar auf Betreiben der Polizei eine eigene Einsatzzentrale schuf. Die Folge: Eine kurzer aber intensiver halbprivater Machtkampf zwischen den beiden. Bruns feuerte seinen Vize und Bruns wurde danach ebenfalls von seinen Leitungsaufgaben entbunden – zunächst. Zwischenzeitlich hatte der Regierungspräsident in Lüneburg, Hans-Rainer Frede, etwas Sinnvolles getan, in den Kreisen Celle und Gifhorn mobil gemacht und das Innenministerium in Hannover alarmiert. Nachdem Kühne entlassen worden war, wurde Bruns kurz darauf, eine Woche nach Beginn der Brände, wieder in seine Position beordert. Aber auch andere waren den Herausforderungen nicht gewachsen: Mit Bruns musste auch der Bezirksbrandmeister Celles gehen. Der Verlust des Überblicks über das Geschehen wurde ihnen vorgeworfen mit der fatalen Folge, dass sich auf verschiedenen Ebenen nicht nur diese beiden Akteure in Einzelaktionen verloren und die Brandbekämpfung zunächst Stückwerk blieb, ohne jegliche Systematik.¹⁵

Die mangelnde Einsatzeffizienz resultierte auch aus dem fehlenden Know-how über die effektive Bekämpfung eines solch gewaltigen Wald- und Heidebrandes. So verlief der Einsatz von drei französischen Löschflugzeugen vom Typ Canadair CL-215 und von Helikoptern, unter anderem vom schweren Typ Sikorsky CH-53¹⁶, zunächst wenig zielführend, dafür aber spektakulär, wenn Tonnen von Wasser mitten ins Feuer geworfen wurden. Bisweilen verdampfte es in den Feuerwänden, ehe es den Boden erreichte, oder der Wasserabwurf gefährdete Löschmannschaften am Boden. Dafür fehlte ein solch konzentrierter Wassereinsatz zunächst über den durch Panzer geschaffenen Brandschneisen, die regelmäßig hätten gewässert werden müssen, um Wirkung zu erzielen. Die mit der Katastrophenlage überforderten Feuerwehren warfen sich pflichtbewusst und verbissen bis zur völligen Erschöpfung auf viele Einzelfeuer. Dabei verzettelten sie sich häufig und gefährdeten sich auch noch unnötig. Vor allem bei rasch wechselndem Wind, der sich auch aus der Branddynamik ergab. Das Ausmaß der Brände hatte eine Dimension erreicht, bei der mit direktem Angriff nichts mehr ausgerichtet werden konnte. Bestimmte betroffene Waldbereiche mussten kontrolliert abbrennen, während zum Schutz von noch intakten Zonen großflächige Schneisen geschlagen werden mussten, aus denen jedes brennbare Material entfernt werden musste.¹⁷

Neben diesen anfänglich fehlenden Einsatztaktiken erschwerten auch grundlegende logistische Defizite ein rasches, erfolgreiches Vorgehen bei der Brandbekämpfung. Neben dem erheblichen Mangel an Wasserentnahmestellen, wie hinreichend großen Löschwasserteichen oder Hydranten, sowie einer entsprechenden Kartierung und dem Fehlen einer ausreichenden Zahl von allradbetriebenen Einsatzfahrzeugen mangelte es auch an Löschfahrzeugen mit großvolumigen

¹⁵ Ein sehr aufschlussreicher Fernsehfilm über Fehleinschätzungen vor Ort lieferte das Gesellschafts- und Politikmagazin „Panorama“ vom 11. Mai 1975 einschließlich bedrückenden Aufnahmen von der Feuerfront: ARD Mediathek Panorama. Waldbrand in der Heide.

¹⁶ Brand in der Lüneburger Heide, https://www.wikiwand.com/de/Brand_in_der_Lüneburger_Heide, (Aufruf: 4. Mai 2023).

¹⁷ „Unser Feuer machen wir selber aus“, 21, 23 f.

Wassertanks. Zudem besaßen nicht alle eingesetzten Helikopter Rettungswinden, der Tod der fünf verbrannten Feuerwehrleute geht auch auf diesen Umstand zurück. Vor allem aber gab es keine einheitliche, belastbare Funkfrequenz – technisch bedingte Kommunikationseinbrüche kamen immer wieder vor und führten sogar zu einer organisatorisch kreativen Notlösung: Feuerwehren aus Frankfurt und Düsseldorf sendeten auf Initiative des innovativ denkenden und in Fachkreisen bekannten Frankfurter Oberbranddirektors Ernst Achilles im Verbund mit einer Bundeswehreinheit als Leitstelle Hessen auf eigener Frequenz. Dabei hielten sie einen Brandsektor erfolgreich unter Kontrolle.¹⁸

Am 14. August übernahm die Bundeswehr mit Generalmajor Wilhelm Garken, Kommandeur der damaligen 1. Panzergrenadierdivision, die Einsatzführung auf geräuschlose und professionelle Weise. Rivalitäten kamen nun nicht mehr auf. BGS-Oberstleutnant Mally war sein Stellvertreter und Bundeswehr-Oberst Eberhard Wetter sein Stabschef. Unter dem Kommando von Garken hatte sich der Divisionsstab im zeitlichen Vorfeld auf einen Einsatz vorbereitet und mit zivilen Stellen abgestimmt.¹⁹ Bereits am 18. August konnte der Katastrophenalarm aufgehoben werden.²⁰

Einsatz und Einsatzwahrnehmung lippischer Feuerwehrkräfte

Im Verlauf der Brandkatastrophe bewegten sich über Tage und Nächte aus dem überwiegenden Teil Westdeutschland, aus immerhin sieben von elf westdeutschen Bundesländern,²¹ große Kolonnen von Personal und motorisierter Brandbekämpfungstechnik auf das Einsatzgebiet zu. Insgesamt waren 14.000 Kräfte von Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren, Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Polizei, Deutschem Roten Kreuz, Technischem Hilfswerk und britische Pioniere im Einsatz, dazu die französischen Löschflugzeuge und zahlreiche Helikopter.²²

Am Dienstag, den 12. August gegen 18:10 Uhr starteten von der „neuen“ Feuerwache in Bad Salzuflen nach mediengerechter Verabschiedung durch den für den Katastrophenschutz im lippischen Kreisgebiet verantwortlichen Oberkreisdirektor Hilmar Lotz 111 lippische Feuerwehrmänner²³ aus fünfzehn Wehren in vierzehn Einsatzfahrzeugen und zwei Kommando-Fahr-

¹⁸ EBD., 23; Ernst Achilles, https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Achilles (Aufruf: 4. Mai 2023).

¹⁹ „Unser Feuer machen wir selber aus“, 24; Garken hielt auf Einladung der Gesellschaft für Wehrkunde, Sektion Detmold, am 2. Dezember 1975 im Vortragssaal des Landesmuseums Detmold vor großem Publikum, unter ihnen kommunale Vertreter und Fachleute aus dem Bereich Katastrophenschutz, einen Vortrag über das Geschehen aus seiner Sicht. Der Oberkreisdirektor des Kreises Lippe, Hilmar Lotz, hatte „verpflichtend“ für diese Veranstaltung geworben; s. KREISARCHIV LIPPE (KA LIPPE), K 2 Lippe, Nr. 2685.

²⁰ Brand in der Lüneburger Heide.

²¹ Westberlin mitgerechnet trotz seines besonderen Status aufgrund des Viermächteabkommens über die Stadt.

²² „Unser Feuer machen wir selber aus“, 20.

²³ In der Presse variierten die Einsatzgrößen zwischen 110 Mann mit vierzehn Fahrzeugen: LIPPISCHE LANDESZEITUNG vom 13. August 1975, bis zu 112 Feuerwehrmänner aus zwölf Wehren: LIPPISCHE RUNDSCHAU vom 14. August 1975. Die Namensliste der 111 eingesetzten Kräfte und ihre Einheiten sind enthalten in: KA LIPPE, K 2 Lippe, Nr. 2685. Es wurde auch ein Katastrophenschutz-Betreuungszug des DRK-Kreisverbandes Detmold in den Einsatz entsendet. Die 34 Helferinnen und Helfer waren mit der Verpflegungsversorgung der bei Gifhorn eingesetzten Kräfte beauftragt. Dazu LIPPISCHE LANDESZEITUNG vom 16. August 1975.

zeugen vom Typ VW-„Bulli“ mit Zielort Trebel im Kreis Lüchow-Dannenberg. Am Autobahnrastplatz Herford erfolgte die Zusammenstellung der Bereitschaften des Regierungsbezirks Detmold zur Einsatzfahrt, am Rastplatz Hannover wurde die Kolonne in zwei Marscheinheiten mit unterschiedlichen Zielen aufgeteilt. Die Einheiten aus Bielefeld, Gütersloh und Lippe mit Marschziel Trebel sollten nunmehr von der Polizei geführt werden. Um 01:30 Uhr am Mittwoch wurde in Uelzen aufgetankt und verpflegt, um 06:30 Uhr traf die Kolonne bei der Einsatzleitstelle in Trebel ein.²⁴

Der Einsatzaktion war ein Fernschreiben des Regierungspräsidenten Detmold vorausgegangen. In ihm teilte er die Anordnung des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen dem Oberstadtdirektor in Bielefeld und den Oberkreisdirektoren seines Bezirks mit, nach der als Nachbarhilfe für Niedersachsen schnellstens 50 Tanklöschfahrzeuge aus dem Bezirk Richtung Niedersachsen zu entsenden seien. Von ihnen sollten 40 Fahrzeuge der Einsatzleitstelle in Oldendorf im Kreis Celle zur Verfügung gestellt und der Rest zur Landesfeuerwehrschule nach Celle gefahren werden. Aufgrund der dynamischen Brandentwicklung wurde dann der Kreis Lüchow-Dannenberg ein zusätzlicher Zielort und Einsatzraum.²⁵ Auch wurden an schwerem Gerät nicht nur Tanklöschfahrzeuge, sondern auch Schlauchfahrzeuge entsendet.

Tatsächlich waren über die wenigen Einsatztage vor Ort deutlich mehr Lipper im Brandbekämpfungseinsatz als aus den tabellarischen Personal-, Kosten- und Erstattungsauflistungen des Kreises Lippe hervorgeht. Nachweisen lassen sich 237 gelistete Helfer, von denen 150 vornehmlich lippischen Betrieben angehört haben.²⁶ Der Bereitstellungsumfang an Personal und Technik für den Katastrophenfall und damit auch für den Kriegsfall im Kreis Lippe zum Zeitpunkt der Brandkatastrophe umfasste insgesamt 4.238 Kräfte und 242 Fahrzeuge mit Gerät und Ausrüstung einschließlich 90 km Schlauchmaterial.²⁷ Der Personalansatz bezog sich auf ein Prozent der Wohnbevölkerung im Kreisgebiet und war daher kein willkürlicher.²⁸ Er wurde im Abgleich mit anderen Kreisen und der Stadt Bielefeld vom Regierungspräsidenten Detmold in Zeitabständen überprüft. Ihm war der „Festsetzungserlass Katastrophenschutz“ des Innenministers von Nordrhein-Westfalen vom 14. Juni 1973 vorausgegangen, in dem die Richtzahl von 1 Prozent der Bevölkerung in Bezug auf das Gesamtsoll der Einsatzkräfte festgelegt worden war. Danach betrug das Gesamtsoll für das Land Nordrhein-Westfalen 173.000 „Helfer“.²⁹

²⁴ Einsatzbericht (Leseabschrift) der Feuerwehrebereitschaft des Kreises Lippe über den Löscheinsatz im Waldbrandgebiet Trebel, Kr. Lüchow-Dannenberg vom 12. bis 15. August 1975, erstellt am 22. August 1975 für den Oberkreisdirektor des Kreises Lippe, EBD.

²⁵ EBD.

²⁶ KA LIPPE, K 2 Lippe, Nr. 2734.

²⁷ Laut undatierter Aufstellung gehörten 3.000 „Helfer“ der Feuerwehr an, 823 dem Deutschen Roten Kreuz (Sanitäts- und Fernmeldedienst), 275 dem Technischen Hilfswerk sowie 100 den Johannitern. Unter den Einsatzfahrzeugen befanden sich 104 Löschfahrzeuge, davon 33 mit eigenem Löschtank und zusätzlich drei Drehleitern (30 m), in: KA LIPPE, K 2 Lippe, Nr. 2685. Die Gesamtzahl der lippischen Helfer lag damit sogar deutlich über dem vorgegebenen 1 Prozent Bevölkerungsanteil.

²⁸ Tabelle: Personal und Einheiten-Soll. Zusammenfassung der Kreise Detmold und Lemgo, in: KA LIPPE, K 2 Lippe Nr. 2745.

²⁹ Hierzu liegt auch eine Tabelle „Stärke und Gliederung des Katastrophenschutzes – Personalsoll gem. Festsetzungserlaß KatS im NW v. 14.6.1973“ nach dem Stand vom 15. August 1973 vor. In ihr sind die Stärkeberechnungen

Die lippischen Einsatzkräfte wurden bei ihrer Ankunft in Trebel als Bereitschaft „Lippe“ kurzzeitig in Reserve gehalten. Im Tagesverlauf erfolgte schließlich ihr Einsatz: Der 1. und 3. Zug führte Löscharbeiten im Bereich des Ortsteils Nemitz durch, der an große Waldbereiche grenzte. Auf einem Teil seiner einstigen Fläche ist als Folge der Waldbrände mittlerweile eine über 5 qkm große Heide entstanden.³⁰ Der 2. Zug richtete Wasserentnahme- und Füllstellen in Trebel und in der benachbarten Gemeinde Gartow zum Betanken der im rollenden Einsatz befindlichen Tanklöschfahrzeuge ein und betrieb diese Stellen auch. Am Folgetag unterhielt der 2. Zug die Wasserversorgung, während der verstärkte 1. Zug eine 2,5 km lange Löschwasserleitung von der Bundesstraße 493 in das südlich der Straße gelegene Waldbrandgebiet verlegte und dann dort Löscharbeiten durchführte. Der 3. Zug war mit einem Löscheinsatz nach Lanze befohlen worden, einem Ortsteil der Gemeinde Prezelle. Am Freitag, den 15. August, dem letzten Einsatztag, unterhielt der 2. Zug weiterhin die Wasserversorgung, während die beiden anderen Züge längs der am Tag zuvor verlegten Löschwasserverbindung zum Löscheinsatz kamen. Gegen 18 Uhr traf die Ablösemannschaft ein,³¹ es erfolgte die Übernahme der Fahrzeuge und die Rückkehr nach Bad Salzuflen mit Ankunft gegen 24 Uhr desselben Tages.³²

Die sich aus dem dreitägigen Einsatz der lippischen Feuerwehrkräfte ergebende Bewertung der vorgefundenen Lage und der ihnen von der Einsatzleitstelle erteilten Befehle spiegelt sich in den „Erkenntnissen“ aus diesem Einsatz im Bericht der Feuerwehrebereitschaft des Kreises Lippe. Danach wurde als ein wesentlicher Mangel die fachlich unterbesetzte Einsatzleitstelle angeführt. Fachführer der dort eingesetzten Katastrophenschutz-Einheiten hätten gefehlt. Kartenmaterial sei kaum vorhanden und das Vorhandene wenig brauchbar gewesen. Die Nachrichtenmittel, vor allem wohl die Funkausrüstung, hätten kaum ausgereicht. Die gesamte Löschwasserversorgung sei in Anbetracht eines derart großen und brandgefährdeten Gebietes mit Löschwasserstellen unzureichend ausgestattet gewesen. Daher hätten die Löschfahrzeuge weite Fahrtwege zurücklegen müssen. Vor dem Hintergrund wird enttäuscht und irritiert bemerkt, dass das Angebot der Lipper, eine Versorgungsleitung zu verlegen und zu unterhalten, nicht angenommen worden sei, obgleich für eine derartige Aufgabe die Bereitschaft bestens geeignet gewesen sei. Selbstkritisch wurde festgestellt, dass die lippischen Kräfte mit

je Kreise und der Stadt Bielefeld im Regierungsbezirk Detmold je Bevölkerungsanteil und Aufteilung auf die einzelnen Aufgabenbereiche beim Katastrophenschutz aufgelistet; EBD.

³⁰ Über die Entstehung der Nemitzer Heide als Folge der Feuerwalze, die insgesamt 2.000 Hektar Wald vernichtete, <https://trebel.de/nemitzer-heide/> (Aufruf: 3. Mai 2023).

³¹ Quellenseitig ist nicht belegt, woher die Ablösemannschaft kam. Vermutlich aus Lippe, da sie die Fahrzeuge übernahm und die dann insgesamt eingesetzten lippischen Kräfte mehr als doppelt soviel Kräfte zählten wie die erstmals am 12. August entsandten.

³² Einsatzbericht (Leseabschrift) der Feuerwehrebereitschaft des Kreises Lippe. An demselben Tag wurde wohl auch unter dem Eindruck der Brandkatastrophe in Niedersachsen beim Kreis Lippe ein Warn- und Verhaltensaufruf an die Bevölkerung zur Veröffentlichung formuliert. Angesichts langanhaltender Trockenheit und Hitze in Wald und Flur sollten bestimmte Verhaltensmuster unterlassen werden, um die Entstehung von Feuer zu vermeiden. Zudem wurden etliche Vorsorgemaßnahmen beim Kreis in Kooperation mit den im Kreisgebiet stationierten deutschen, britischen und niederländischen Streitkräften getroffen und die Straßen durch den Truppenübungsplatz in der Senne am Wochenende vom Freitag, den 15. August auf Sonntag, den 17. August für Erholungssuchende gesperrt. Elf Tanklöschfahrzeuge der Feuerwehr waren ebenso in Alarmbereitschaft versetzt wie vier Bergepanzer der Bundeswehr als erste „Welle“. Vgl. LIPPISCHE LANDESZEITUNG vom 16. August 1975.

zwei Zügen und ausgestattet mit geländegängigen Tanklöschfahrzeugen sowie einem Wasserförderzug zum Einsatz hätten anfahren müssen, um in einem solchen Einsatzgebiet besser wirken zu können. Zudem hätten sie es versäumt, leichten Atemschutz mitzunehmen.³³ Insgesamt entspricht die Einsatzkritik den Erfahrungen vieler Kräfte, auch aus anderen Bundesländern, die sich oft nicht ausgelastet fühlten oder gar ziellos ins Gelände geschickt wurden, da die technische und personenbezogene Kommunikation und Übersicht häufig fehlte. Der ursprünglich hohen Einsatzbereitschaft der pausenlos anrollenden Helferkolonnen folgten nicht selten Frustration oder die Entscheidung, den Einsatz selbst zu koordinieren wie im Fall des Frankfurter Branddirektors. Umgekehrt war es für das örtliche Personal in den Einsatzleitstellen in Anbetracht gravierender struktureller Defizite bei der Wasserversorgung, der Funkausrüstung und einer extrem dynamischen Brandlage eine ungeheure Aufgabe, die anrollenden Verstärkungen überhaupt zielführend einzusetzen.

Bilanz und Folgen

Die in den Brandräumen von Einsatzkräften und Bewohnern unmittelbar erlebten bisweilen infernogleichen Bilder, tagtäglich von Fernsehsendern in das Land transportiert, lösten Empfindungen aus zwischen Betroffenheit, Fassungslosigkeit und Schock. Die auf einer Brandfläche von rund 13.000 qkm entstandenen gravierenden Schäden an der Natur, die sich auf Jahrzehnte auswirkten, der heftige Verlust an Vertrauen und Reputation vor allem in einige Führungskräfte öffentlicher Verwaltungen vor Ort, aber auch bei der Feuerwehr auf Orts- und Landesebene mit Blick auf die ersten Chaostage nach Entstehung der Katastrophenlage und angesichts von sieben Toten³⁴ erzeugten einen Prozess der kritischen Bestandsaufnahme und des Umdenkens mit Blick auf zukünftige Einsatzszenarien.³⁵

Es wurden rasch verschiedene umfängliche Maßnahmen eingeleitet, von einer deutlich besseren technischen Ausstattung der Feuerwehren bis zu baulichen Maßnahmen im Gelände. So wurden Vielkanal-Funkgeräte eingeführt, um zukünftig mit Verstärkungskräften störungsfrei kommunizieren zu können. Einsatzfahrzeuge mit Allrad und Tanklöschfahrzeuge mit vergrößerten Wassertanks lösten vermehrt ältere Fahrzeuge ab. Einsatzleitwagen, Fernmeldezüge und Waldbrandeinsatzkarten rundeten die Ausstattung ab. Es wurden zahlreiche großflächige Wasserentnahmestellen errichtet und in 2011 ein elektronisches, kamerabasiertes Früherkennungssystem in Lüneburg eingerichtet, das von den niedersächsischen Landesforsten im Auftrag des Landes betrieben wird. 2021 erneuert, kann es in bis zu 20 km Entfernung Entwick-

³³ EBD.

³⁴ Fünf verbrannte Feuerwehrleute, ein bei der Nachhausefahrt vom Einsatz durch Herzinfarkt verstorbener Kreisbrandmeister, ein bei der Verfolgung eines vermuteten Brandstifters tödlich verunglückter Polizist: Brand in der Lüneburger Heide; dazu kamen zahlreiche durch Rauchvergiftungen verletzte Einsatzkräfte, Atemschutzmasken wurden scheinbar nicht umfassend eingesetzt.

³⁵ Zur inhaltlichen Auseinandersetzung von Fachleuten mit dem Einsatz und der Katastrophenentwicklung liegen Ausführungen vor. Verfasser sind der Hauptbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr und Kreisoberamtmann beim Landkreis Lüchow-Dannenberg, Alfred Braband, der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Albert Bürger, und der Ministerialdirektor beim Bundesminister des Innern, Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung, Hans Arnold Thomsen, in: KA LIPPE, K 2 Lippe, Nr. 2685.

lungsbrände aufzeichnen. Mit ihm werden an die 10.000 qkm Wald- und Heideflächen überwacht.³⁶ Da die Brandkatastrophe auf dem sandhaltigen Boden die ohnehin schwach entwickelte Humusschicht stark geschädigt hatte, war eine großflächige Aufforstung mit wärmeresistenteren Laubbäumen kaum möglich. Brandflächen wurden erneut mit Fichten und Kiefern aufgeforstet, allerdings konnten an manchen Stellen aus Brandschutzgründen Streifen von Laubbäumen gepflanzt werden.³⁷

Im Dezember 1975 leitete der Regierungsbezirk Detmold die beim Einsatz angefallenen erheblichen Kosten seiner Kreise und der Stadt Bielefeld an den Regierungspräsidenten in Lüneburg, der vom niedersächsischen Innenminister zur zentralen Abrechnungsstelle für die beim Bekämpfungseinsatz entstandenen Kosten benannt worden war. Der Abrechnungsprozess erstreckte sich dann weit in das Nachfolgejahr.³⁸

Noch unter dem Eindruck der Brandkatastrophe, der erhaltenen Informationen und des Gesehenen in den Medien stand die erste Katastrophenschutzübung verschiedener Fachdienste des Kreises Lippe über ein Jahr später am 16. Oktober 1976.³⁹ Das Szenario sah den Zusammenstoß mehrerer Transportflugzeuge eines übenden Geschwaders der Bundeswehr im Luftraum über der Gemeinde Extertal vor. Um die beteiligten Führungskräfte des Lagezentrums und der eingesetzten Rettungskräfte trotz der bereits höchst anspruchsvollen Übungslage vor Ort noch weiter zu fordern, wurden die Einsatzherausforderungen während der Übung noch weiter heraufgeschraubt, von großflächigen Brandszenarien in den Bereichen Linderhofe, Burg Sternberg, Bösingfeld und Dörentrup über den Ausfall der Wasserversorgung in den Schadenszonen bis zur Zerstörung mehrerer Industrie- und Wohngebiete mit Toten und Verletzten, der Brandbedrohung der Bösingfelder Realschule und des Güterbahnhofes mit dort abgestellten Wagons. Mit Blick auf die ehemalige Brandlage in der Lüneburger Heide und im Wendland wurde auch die Rettung von Feuerwehrleuten simuliert, die vom Feuer eingeschlossen waren. Um einen unmittelbaren Realitätsbezug zu erzeugen, wurden 50 Jugendfeuerwehrleute verpflichtet, Verletzte zu simulieren, zudem vier Schülerinnen aus Detmold, die für den Anlass eine Unterrichtsbefreiung erhalten sollten. Neben der Übung der Führungskräfte in der Befehlsgebung und Einsatzführung lag der Übungszweck in der Schulung des Zusammenspiels zwischen Befehlsstelle, Einsatzleitung, Katastrophenschutz-Einheiten, kriminalpolizeilicher Ermittlungsarbeit und Bundeswehr sowie in der wichtigen Übung der Verwendung von Fernmeldemitteln.

³⁶ Spezialseite Waldbrand der Niedersächsischen Landesforsten, <https://landesforsten.de/nlf-spezial/waldbrand/> (Aufruf: 4. Mai 2023).

³⁷ Brand in der Lüneburger Heide.

³⁸ KA LIPPE, K 2 Lippe, Nr. 2685.

³⁹ Im Folgenden KA LIPPE, K 2 Lippe Nr. 2668. Die Akte enthält die Vorlaufplanungen zur eintägigen Übung, das Tagebuch für die Übung mit dem detaillierten Ablaufplan, Organisationen und Namen der Beteiligten sowie die Manöverkritik. Die Übung wurde von Schiedsrichtern u.a. aus dem Feuerwehrspektrum begleitet. Rund eineinhalb Monate vor dem Einsatz lippischer Feuerwehren in Niedersachsen war in Lippe am 21. Juni 1975 eine Katastrophenschutzübung mit einem ähnlichen Ausgangsszenario durchgeführt worden. Diesmal war über dem Luftraum des Segelflugplatzes Oerlinghausen ein Transportflugzeug der Bundeswehr mit einem Jagdflugzeug unbekannter Nationalität zusammengestoßen. Dieses sich wiederholende Übungsszenario dürfte von den intensiven Luftkampfübungen der Nato in jenen Jahren des Kalten Krieges inspiriert worden sein, bei denen immer wieder Kampfflugzeuge in den damals besonders engen Übungsräumen Westdeutschland abstürzten; dazu KA LIPPE, K 2 Lippe, Nr. 2676.

Schien die Ausgangslage zur Brandkatastrophe in der Lüneburger Heide und im Wendland besonders mit der vorausgegangenen intensiven Hitzeperiode in der Nachbetrachtung für viele Menschen noch eine singuläre gewesen zu sein, hat sich Jahrzehnte später die Wahrnehmung allmählich geändert. Der Gesellschaft wird der klimatische Wandel mit seinen Auswirkungen auf Deutschland bewusst, auch angesichts unübersehbar abgestorbener Waldbereiche, die nicht genügend wärmeresistent waren und zunehmender Wasserknappheit in europäischen Regionen, die solche Verhältnisse zuvor nicht gekannt haben. In unseren bisher klimatisch gemäßigten Breiten steigt die Gefahr von Waldbränden bereits in den Frühlingsmonaten. Lippische Feuerwehren mussten seit dem August 1975 in keinen Einsatz zur Bekämpfung eines ähnlich gewaltigen Flächenbrandes außerhalb urbaner Zonen. Hoffentlich bleibt ihnen auch zukünftig ein solcher Einsatz erspart.

Rezension

Chris Webb & Artur Hojan: The Chelmno Death Camp. History, Biographies, Remembrance.
Ibidem-Verlag. Stuttgart 2019. 523 Seiten. ISBN-13: 978-3-8382-1206-7. 39,90 Euro.



*Abb. 1: Ortsausgangsschild Chelmno.
(Foto: Katrin Stoll, 12. Juli 2023)*

Mitte Mai 1945: Auf Initiative und in Begleitung des jüdischen Überlebenden Jakub Waldman besuchen Mitglieder der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission, darunter Nachman Blumental und Józef Kermisz, sowie eine Delegation der Hauptkommission zur Untersuchung deutscher Verbrechen in Polen Chelmno am Fluss Ner, um die von den Deutschen im Zentrum des Ortes neben der Kirche sowie im ca. vier Kilometer entfernt gelegenen Wald Rzuchów verübten Morde an jüdischen Männern, Frauen und Kindern aufzuklären.

Dieses Ereignis, das den Anfang der dokumentarischen und historiographischen Wissensproduktion markiert, wird im Epilog (Kapitel XV) des 2019 veröffentlichten Buches *The Chelmno Death Camp* erwähnt. Teile des von Waldman generierten Materials, darunter Interviews mit polnischen Dorfbewohnern sowie zwei Überlebenden – nach Angaben des Autorenduos überlebten insgesamt sieben Männer Chelmno (Szlamek, Yitzak Justman, Michał Podchlebnik, Abram Rój, Szymon Srebrnik, Jerachmiel Widawski, Mordka Żurawski), davon sechs den Holocaust – wurden 1946 in dem von Blumental herausgegebenen Buch *Obozy* veröffentlicht.



Abb. 2: „Mr. Podchlebnik (1), one of the only two to survive Chełmno giving witness to Polish Official“.
(Foto: Nachman Zonabend, Mai 1945; YIVO INSTITUTE FOR JEWISH RESEARCH)



Abb. 3: „Polish soldiers and others at the site where the corpses of those murdered were burned,
recording witnesses testimonies, Chełmno 1945:
1 Kurawsky, 2 Dr. Kermish, 3 Mr. Blumenthal, 4 Dr. Friedman, 5 Mr. Leszczinsky“.
(Foto: Nachman Zonabend, Mai 1945; YIVO INSTITUTE FOR JEWISH RESEARCH)

Waldmans Bericht unter dem Titel „Opis tragedii chełmińskiej“ erschien 1946 ebenfalls im Verlag der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission, namentlich in der von Kermisz herausgegebenen Quellenedition „Akcje“ i „Wysiedlenia“. „Jakub Waldman passed away in Turek on September 1, 1945“, so Webb und Hojan (416). Indes, Waldman verübte Selbstmord, wie der von Kermisz verfassten Einführung zu dessen Bericht zu entnehmen ist. In der „Selected Bibliography“ (492-493) sind die beiden Quellensammlungen nicht aufgeführt. Die Nichtberücksich-

tigung grundlegender polnischsprachiger Quellen und Literatur ist deswegen überraschend, weil der polnische Historiker Artur Hojan (1973-2013) an dem Buch mitarbeitete und Webb und Hojan mehrere Reisen an die Orte der Verbrechen unternahmen, wovon einige der unter „Illustrations“ (441-461) aufgeführten Fotos zeugen. Die von Staatsanwalt Rückerl herausgegebene Dokumentation *NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse* von 1977 fehlt ebenfalls. Laut Rückerl konnte die deutsche Justiz die Namen von 160 Personen feststellen, „die im Verdacht standen, für kürzere oder längere Zeit in Chelmno entweder unmittelbar an der Durchführung der Mordaktionen selbst oder an den Bewachungs- und Absperrmaßnahmen mitgewirkt zu haben.“¹

Das Buch *The Chelmno Death Camp* gliedert sich in 15 Kapitel, die auf zwei Abschnitte aufgeteilt sind: „The Hell Called Chelmno“ und „Survivors, Victims, Perpetrators and the Aftermath“. Im ersten Teil gehen die Autoren chronologisch vor und behandeln den Zeitraum von November 1941 bis Januar 1945. Kapitel I beginnt mit einer Beschreibung der geographischen Lage des Ortes Chelmno: 50 Kilometer nördlich von Łódź, 13 Kilometer von Koło, von den Deutschen als Warthbrücken bezeichnet. Die Ortschaft war Teil eines Gebietes, das die Deutschen nach dem Überfall auf Polen ins Deutsche Reich eingliederten und als Reichsgau Wartheland bezeichneten. An der Spitze standen Reichsgauleiter Arthur Greiser und der Höhere SS- und Polizeiführer Wilhelm Koppe. Sie nahmen, so die Autoren, die Dienste des SS-Hauptsturmführers Herbert Lange in Anspruch, der zuvor in Soldau, Kościan, Osieczna und anderen Orten mit einem „Sonderkommando“ im Rahmen der sog. Aktion T4 Morde an Menschen, die von den Nationalsozialisten als psychisch krank und behindert kategorisiert worden waren, verübt hatte. In Kapitel I erfahren wir etwas über den Aufbau des ersten NS-Vernichtungslagers, die deutschen Täter (die Mitglieder des SS-Sonderkommandos Herbert Lange und seines Untergebenen Walter Burmeister sowie Schutzpolizeieinheiten aus Łódź und Poznań), die von einem polnischen „Arbeitskommando“ (ehemalige Gefangene aus dem Fort VII in Poznań, die am 15. November 1941 in Chelmno eintrafen und am 4. Dezember die ersten Massengräber im Wald ausheben mussten) unterstützt wurden, sowie über das Mordwerkzeug. Die Deutschen verwendeten zwei Typen von komplett verschlossenen Wagen: einen kleinen, in dem sie 50 Personen zur gleichen Zeit ermorden konnten (Diamond, Opel Blitz, Renault) und einen größeren, von den Firmen Sauer und Magirus hergestellten Wagen, in den sie 70 bis 80 Menschen zwecks Ermordung zusammendrängten. Die Motorenabgase wurden mit Hilfe eines beweglichen Schlauchs in das Innere der Wagen geleitet. Irritierend ist die Bezeichnung des Tötungsverfahrens als „a new more humane method of killing“ (35).

¹ ADALBERT RÜCKERL, *NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse*. Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmno, 3. Aufl., München 1979, 248.



*Abb. 4: Auto fährt in Chełmno ein. Im Hintergrund die katholische Kirche.
(Foto: Katrin Stoll, 12. Juli 2023)*

Kapitel II handelt von dem Beginn des Massenmordes am 8. Dezember 1941. Die ersten Juden und Jüdinnen, die von den Deutschen in sog. Gaswagen ermordet wurden, waren einen Tag zuvor aus Koło nach Chełmno gebracht und dort zur Übernachtung im Herrenhaus („Schloss“) unweit der Kirche gezwungen worden.



*Abb. 5: Kirche in Chełmno.
(Foto: Katrin Stoll, 12. Juli 2023)*

„Appendix II“, in dem die Transporte aus polnischen Städten und Ortschaften für die Jahre 1941, 1942 und 1944 aufgelistet sind, lässt sich entnehmen, dass die Deutschen zwischen dem 7. und 11. Dezember 1941 3.500 Menschen aus Koło, 975 aus Dąbie, sechs Kilometer von Chełmno, und 1.100 aus Dobra, 38 Kilometer entfernt, deportierten.

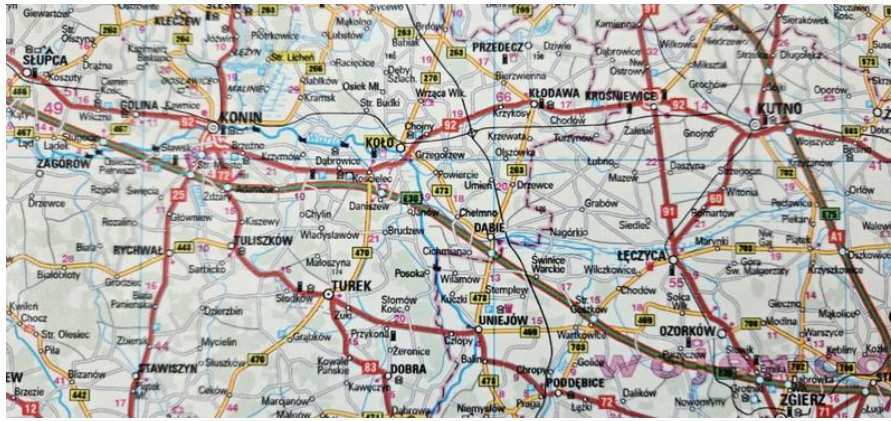


Abb. 6: Kartenausschnitt.
(Foto: Katrin Stoll, 11. Juli 2023)



Abb. 7: Synagoge in Dąbie.
(Foto: Katrin Stoll, 11. Juli 2023)

Die ersten, die im Januar 1942 aus Łódź nach Chełmno gebracht und dort ermordet wurden, waren Roma. In Kapitel II wird unter der Bezeichnung „gypsies“ ohne Anführungszeichen eine Zahl von 4.000 angegeben, im Appendix heißt es „4.300 (Roma)“, in Kapitel III wird die Zahl der für den Zeitraum vom 5. Januar bis 12. Januar 1942 Deportierten auf „ungefähr 5.000“ beziffert. Es wäre hilfreich gewesen, bezüglich der im Appendix aufgeführten September-Deportationen aus Łódź zu vermerken, dass es sich um Juden und Jüdinnen handelte, die zuvor aus Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei und Luxemburg dorthin verschleppt worden waren. Kapitel III unternimmt eine genaue Rekonstruktion des Ablaufes des Massenmordes an einzelnen Tagen im Januar 1942. Besonders ausführlich gehen die Autoren auf die Ermordung der ersten Juden und Jüdinnen aus dem Ghetto in Łódź von Mitte bis Ende Januar 1942 ein.



*Abb. 8: Synagoge in Dąbie.
(Foto: Katrin Stoll, 11. Juli 2023)*

Aus Kapitel IV, das die Monate Februar bis März 1942 behandelt, erfahren wir, dass die Deutschen Anfang März die „methods of arrival“ (75) änderten. Nach ihrer Ankunft am Bahnhof von Koło wurden die jüdischen Männer, Frauen und Kinder mit einer Kleinbahn in offenen Güterwagen nach Powiercie transportiert, von wo sie zu einer Mühle in Zawadka marschieren mussten. Dort mussten sie eine Nacht bleiben. Am nächsten Tag brachten die Deutschen sie mit Lastwagen nach Chełmno, wo sie ermordet wurden. Die Autoren zitieren eine Aussage des Försters Heinrich May (vgl. 75). Über den polnischen Kontext und das Verhalten der Umgebungsbevölkerung verlieren sie indes kein Wort. Kapitel „V April – May 1942“ handelt von den Deportationen aus Łódź sowie aus kleineren Orten mit jüdischen Gemeinden, die von dem sog. Transportkommando aufgesucht wurden. In Kapitel „VI June – August 1942“ werden die Exhumie-

rung der Leichen und ihre Verbrennung im sog. Waldlager von Rzuchów geschildert sowie die Ermordung der Kinder (81 nach Angaben der Autoren, 88 nach Angaben der *Enzyklopädie des Holocaust*) aus dem Dorf Lidice in der Nähe von Prag, das die Deutschen am 10. Juni 1942 zerstört hatten.



Abb. 9: Gedenkstein im Wald Rzuchów.
(Foto: Katrin Stoll, 12. Juli 2023)

Alle 192 Männer des Dorfes sowie 71 Frauen hatten die Deutschen vor Ort ermordet. 198 weitere Frauen deportierten sie nach Ravensbrück.

Zwischen dem 5. und 12. September 1942 verschleppten die Deutschen ca. 15.000 Kinder, Kranke und ältere Menschen aus dem Ghetto in Łódź zur Ermordung nach Chełmno, „one of the most tragic events in the history of Chełmno“ (Kapitel VII, 101). In Kapitel VIII wird die Ereignisgeschichte zwischen Oktober 1942 und April 1943 in erster Linie auf Grundlage von Täterdokumenten dargestellt. So findet sich auf Seite 108 eine (schlechte) Kopie einer Rechnung über 1.400 Reichsmark vom 2. November 1942, welche die Leipziger Firma Motoren-Heyne dem „SS-Sonderkommando X“ (z.Hd. Bothmann), für einen „gebrauchte[n], betriebssichere[n] Dieselmotor“ ausstellte.

Zwischen Februar 1944 und Juli 1944 ermordeten die Deutschen alle jüdischen Männer, Frauen und Kinder, die sie nach Chełmno verschleppt hatten, in sog. Gaswagen im Wald Rzuchów, wo sie zudem zwei Verbrennungsöfen bauten. In diesem Zeitraum wurde Szymon Srebrnik, damals 13 Jahre alt, aus dem Ghetto in Łódź nach Chełmno gebracht. Eine englische Übersetzung der Vernehmung durch Untersuchungsrichter Bednarz vom 29. Juni 1945 ist in Kapitel IX in Auszügen abgedruckt (127-145). In der zweiten Phase der Existenz des Lagers wurden die Deportierten in der Kirche in Chełmno eingesperrt, bevor sie in Lastwagen aus dem Zentrum zum Wald gefahren wurden. Der Überlebende Mordka (Mieczysław) Żurawski beschreibt in seiner Vernehmung vom 31. Juli 1945, wie systematisch die Täter die Deportierten täuschten. Es begann in der Kirche mit falschen Versprechungen Häfeles und endete mit der Lüge, es warte ein Bad auf sie. In den Baracken im Wald, so Żurawski, sei den Juden ein Handtuch und ein

Stück Seife gegeben worden, um sie in der Überzeugung zu bestätigen, sie würden zum Baden gehen (132 f).²

Angesichts des Vormarsches der Roten Armee, die am 22. Juli 1944 den Fluss Bug überquerte, brachen die Deutschen die Ermordung im Wald im Juli 1944 ab und deportierten die Überlebenden des Ghettos in Łódź nach Auschwitz, wo sie in Birkenau ermordet wurden. In Kapitel „X August 1944 – January 1945“ wird ausgeführt, dass das sog. Waldkommando im September und Oktober 1944 zunächst die beiden Baracken im Waldlager abbaute und danach, unter Aufsicht des Hauptscharführers Johannes Runge, die beiden Krematorien (vgl. 138). Am 17. Januar 1945, als die Rote Armee näher rückte, beabsichtigten die Deutschen, die 47 jüdischen Gefangenen und Arbeitssklaven, die sie noch am Leben gelassen hatten, in Gruppen von fünf zu ermorden. Żurawski gelang es zu fliehen. Eine auf Srebrnik abgefeuerte Kugel verfehlte ihre tödliche Wirkung. Er versteckte sich in Wiczoreks Scheune (vgl. 140) und überlebte, weil er, wie wir aus Lanzmanns Film *Shoah* wissen, von einem Arzt der Roten Armee behandelt und gepflegt wurde.

In Teil II des Buches werden u.a. die Namen einiger Personen aus dem Deutschen Reich, die in Chełmno ermordet wurden, in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt. Die Informationen stammen von der Website des Bundesarchivs. Kapitel „XIV Testimonies and Trials“ ist kurz ausgefallen. Verweise auf die Urteilssammlung *Justiz und NS-Verbrechen* sucht man vergeblich. Bei den Auszügen aus den Aussagen von Theodor Malzmüller (27. Juni 1960), Walter Burmeister (24. Januar 1961) und Kurt Möbius (8. November 1961) fehlen Angaben zum justitiellen Kontext. Hilfreich ist die Tabelle auf Seite 411 f. zu den Urteilssprüchen und den Strafen für 12 Angeklagte, darunter Burmeister, im Fall des Chełmno-Prozesses, der am 26. November 1962 in Bonn begann. Die im Epilog des Buches geschilderte Nachgeschichte des Ortes gilt es zu ergänzen. Eine Analyse katholisch-nationalistischer Praktiken in Chełmno und im Wald steht noch aus.



Abb. 10: Pfarrhaus in Chełmno.
(Foto: Katrin Stoll, 11. Juli 2023)

² Siehe auch Dokument 8. Protokół przesłuchania świadka 31 lipca 1945 r. w Kole, in: BARTŁOMIEJ GRZANKA, Przybysze z zaświatów. Uciekinierzy z niemieckiego obozu zagłady w Chełmnie, Chełmno 2022, 109-118, hier 110-111.



*Abb. 11: Parkplatz im Zentrum von Chełmno gegenüber vom Muzeum byłego niemieckiego Obozu Zagłady Kulmhof w Chełmnie nad Nerem unweit der Kirche. Im Hintergrund links das Gebäude der Freiwilligen Feuerwehr.
(Foto: Katrin Stoll, 11. Juli 2023).*

Das Artur Hojan und allen Opfern des Todeslagers Chełmno gewidmete Buch ist für alle, die sich ausführlich über das erste NS-Todeslager informieren wollen, unentbehrlich.

Katrin Stoll

Impressum

Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte.

Herausgeber und Redaktion der Sonderausgabe:

Jürgen Hartmann (Nordhorn) und Dr. Bärbel Sunderbrink (Detmold).

Anschrift: Jürgen Hartmann, Sonnenteich 15, D-48527 Nordhorn.

URL: www.rosenland-lippe.de

Anfragen, Beiträge etc. an: rosenland-lippe@web.de

Erscheinungsweise: etwa 1-2 Ausgaben / Jahr.

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich vor Jahresende 2023.

Redaktionsschluss: 30. November 2023.